



# Monatsbericht April 2019

71. Jahrgang  
Nr. 4

Deutsche Bundesbank  
Wilhelm-Epstein-Straße 14  
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02  
60006 Frankfurt am Main

Tel.: 069 9566-3512  
E-Mail: [www.bundesbank.de/kontakt](http://www.bundesbank.de/kontakt)

Internet: [www.bundesbank.de](http://www.bundesbank.de)

Publizistische Verwertung nur mit Quellen-  
angabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)  
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:  
12. April 2019, 11.00 Uhr.

Ein Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken kann unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



## ■ Inhalt

■ <b>Kurzberichte</b> .....	5
Konjunkturlage .....	5
Öffentliche Finanzen .....	8
Wertpapiermärkte.....	9
Zahlungsbilanz .....	10
■ <b>Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2017</b> .....	13
<i>Vermögenskonzept der Studie „Private Haushalte und ihre Finanzen (PHF)“</i> .....	15
<i>PHF-Studie 2017: methodisches Konzept der dritten Befragung</i> .....	17
<i>Ausgewählte Forschungsergebnisse auf Basis von PHF-Daten</i> .....	19
<i>Selbsteinschätzung zur Position in der Vermögensverteilung</i> .....	24
■ <b>Zinsweitergabe im Niedrigzinsumfeld</b> .....	45
<i>Langfristige Zinsweitergabe aus der Perspektive eines Fehlerkorrekturmodells</i> .....	58
<i>Kurzfristige Zinsweitergabe aus der Perspektive eines BVAR</i> .....	63
■ <b>Europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt: zu einzelnen Reformoptionen</b> .....	79
■ <b>Deutsche Schuldenbremse: zur Überwachung durch den Stabilitätsrat</b> .....	95

■ Statistischer Teil.....	1•
Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum.....	5•
Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum.....	8•
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16•
Banken .....	20•
Mindestreserven .....	42•
Zinssätze.....	43•
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48•
Kapitalmarkt .....	50•
Finanzierungsrechnung .....	54•
Öffentliche Finanzen in Deutschland.....	58•
Konjunkturlage in Deutschland .....	66•
Außenwirtschaft .....	75•
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank .....	85•

## Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

## ■ Kurzberichte

### ■ Konjunkturlage

#### Grundtendenzen

*Deutsche Wirtschaft im Winter gestützt auf Sondereffekte wohl moderat gewachsen*

Die deutsche Wirtschaft dürfte im Winterquartal 2019 moderat gewachsen sein. Allerdings waren hierfür wohl zu einem erheblichen Teil binnenwirtschaftliche Sondereffekte ausschlaggebend. Die ohnehin boomende Baubranche profitierte zusätzlich von der im Februar günstigen Witterung. Außerdem dürfte der private Verbrauch die Schwächephase aus der zweiten Hälfte des Vorjahres hinter sich gelassen haben. Gestützt wurde er durch die zur Jahreswende in Kraft getretenen Fiskalmaßnahmen, die die Ausgabenspielräume der Verbraucher erweiterten. Dies spiegelt sich in den jüngst deutlich gestiegenen Umsätzen im Einzelhandel wider. Zusätzliche Impulse für die privaten Konsumausgaben kamen wohl von einem lebhaften Pkw-Absatz. Offenbar holten die Verbraucher Neuwagenkäufe nach, die sie im Herbst aufgrund des begrenzten Modell-Angebots verschoben hatten. Damals litt die Automobilindustrie unter Schwierigkeiten mit der Einführung eines neuen Emissionstestverfahrens (Worldwide harmonised Light Vehicles Test Procedure: WLTP). Die konjunkturelle Grundtendenz der deutschen Wirtschaft ohne diese Sondereinflüsse bleibt allerdings verhalten. Dies liegt primär an dem anhaltenden Abschwung in der Industrie. Hier sind die Auftragseingänge zuletzt regelrecht eingebrochen und die Stimmung der Unternehmen hat sich laut ifo Institut weiter deutlich eingetrübt.

#### Industrie

*Industrieproduktion ohne Schwung*

Die industrielle Erzeugung blieb im Februar 2019 schwunglos. Im Vormonatsvergleich verringerte sie sich saisonbereinigt leicht um ¼ %. Zwar wurde der Vormonatsstand merklich aufwärtsrevidiert, doch lag die Industrieproduktion im Mittel der Monate Januar und Februar im-

mer noch spürbar unter dem Vorquartalsstand (– ½ %). Dabei sank die industrielle Fertigung auf recht breiter Basis. Die deutschen Maschinenbauer mussten aber besonders deutliche Produktionseinbußen verkraften. Auch die Ausbringung in der Automobilindustrie verfehlte den Stand des letzten Jahresviertels 2018 spürbar. Zudem signalisieren die bis März verfügbaren Angaben des Verbands der Automobilindustrie (VDA) zu den gefertigten Pkw-Stückzahlen, dass die saisonbereinigte Kfz-Produktion im Mittel des gesamten Winterquartals 2019 rückläufig war. Damit wären nennenswerte Aufholeffekte in der Branche nicht zu beobachten, nachdem es hier im Zuge der WLTP-Einführung in der zweiten Jahreshälfte 2018 zu umfangreichen Produktionsausfällen gekommen war. Die Normalisierung wurde offenbar durch eine global schwächere Nachfrage nach Kraftfahrzeugen überlagert. Möglicherweise wurde zuletzt auch inländische Pkw-Produktion ins europäische Ausland verlagert. Insgesamt gab die Fertigung von Investitions-, Vorleistungs- und Konsumgütern im Januar und Februar gegenüber dem Vorquartalsstand recht gleichmäßig nach.

Der Auftragseingang in der deutschen Industrie erlitt im Februar 2019 einen starken Rückschlag. Gegenüber dem Vormonat brach er saisonbereinigt um 4¼ % ein. Im Januar und Februar zusammengenommen unterschritt der Orderzufluss den Vorquartalsstand ebenfalls kräftig (– 3¾ %). Die Nachfrage nach deutschen Erzeugnissen in Drittstaaten außerhalb des Euro-raums ging dabei besonders stark zurück (– 6½ %). Vor allem Aufträge aus diesem Länderkreis für in Deutschland hergestellte Kraftfahrzeuge brachen kräftig ein (– 13¼ %). In den Ländern des Euro-Währungsgebiets und im Inland sorgten die Kfz-Bestellungen hingegen für positive Impulse (+ 6 % bzw. + 3¼ %). Diese Zuwächse dürften im Zusammenhang mit WLTP-bedingten Aufholeffekten stehen, nachdem die Kfz-Orders um die Jahresmitte 2018

*Industrieller Auftragseingang kräftig eingebrochen*

## Zur Wirtschaftslage in Deutschland <sup>\*)</sup>

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2015 = 100			
	Industrie			Bauhaupt- gewerbe
	insgesamt	davon:		
		Inland	Ausland	
2018 2. Vj.	108,0	102,7	112,0	117,7
3. Vj.	106,9	103,5	109,5	119,1
4. Vj.	107,4	103,3	110,5	131,0
Dez.	107,9	104,5	110,4	142,7
2019 Jan.	105,6	103,0	107,5	131,4
Febr.	101,2	101,4	101,0	...
Produktion; 2015 = 100				
Zeit	Industrie			Bau- gewerbe
	insgesamt	darunter:		
		Vorlei- stungs- güter- produ- zenten	Investi- tions- güter- produ- zenten	
2018 2. Vj.	107,3	106,3	107,7	112,4
3. Vj.	105,6	105,3	104,7	108,0
4. Vj.	104,5	104,6	104,9	108,9
Dez.	104,6	104,7	105,7	108,7
2019 Jan.	104,1	104,3	104,2	109,7
Febr.	103,9	103,7	104,8	117,2
Außenhandel; Mrd €				nachr.: Leis- tungs- bilanz- saldo; Mrd €
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
2018 2. Vj.	331,21	271,62	59,59	63,54
3. Vj.	330,61	277,88	52,73	55,05
4. Vj.	333,70	277,56	56,14	64,08
Dez.	112,35	92,50	19,85	20,92
2019 Jan.	112,42	93,82	18,60	23,19
Febr.	110,94	92,28	18,66	18,24
Arbeitsmarkt				
	Erwerbs- tätige	Offene Stellen <sup>1)</sup>	Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote in %
	Anzahl in 1 000			
2018 3. Vj.	44 886	804	2 322	5,1
4. Vj.	45 002	803	2 276	5,0
2019 1. Vj.	...	806	2 243	5,0
Jan.	45 126	804	2 258	5,0
Febr.	45 165	805	2 238	5,0
März	...	807	2 231	4,9
Preise; 2015 = 100				
	Einfuhr- preise	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte	Bau- preise <sup>2)</sup>	Harmo- nisierte Ver- braucher- preise
2018 3. Vj.	103,6	104,2	111,0	104,3
4. Vj.	103,7	105,0	112,0	104,8
2019 1. Vj.	...	...	114,0	104,6
Jan.	102,1	105,2	.	104,5
Febr.	102,3	105,0	.	104,7
März	...	...	.	104,7

\* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, XI, und Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. **1** Ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. **2** Nicht saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

infolge der Einführung des neuen EU-weiten Abgasprüfverfahrens beträchtlich nachgegeben haben. Dennoch vermeldeten die deutschen Industrieunternehmen aus dem Euro-Währungsgebiet insgesamt ein kräftiges Auftragsminus (– 4½ %). Der inländische Orderzufluss verringerte sich weniger stark (– 1 %). Mit Blick auf die Branchen sank der Auftragseingang im Investitionsgütergewerbe mit 4¾ % am stärksten. Gleichwohl gingen auch bei den Vorleistungs- und Konsumgüterherstellern erheblich weniger neue Bestellungen ein (jeweils – 2½ % und – 1½ %).

Die deutsche Industrie setzte im Februar 2019 dem Wert nach deutlich weniger um. So gingen die nominalen Umsätze im Vormonatsvergleich saisonbereinigt um 1 % zurück. Im Durchschnitt der Monate Januar und Februar folgten sie jedoch nicht der schwunglosen Industrieproduktion, sondern legten gegenüber dem letzten Jahresviertel 2018 kräftig zu (+ 1¼ %). Ausschlaggebend war der starke Zuwachs in Drittstaaten außerhalb des Euroraums. Der Absatz im Euroraum ging dagegen nicht über den Stand des Vorquartals hinaus. Im Inland legten die Umsätze im gleichen Maß zu wie im Mittel der verschiedenen Regionen. Mit Blick auf die Branchen expandierten die Umsätze im Investitionsgütergewerbe in Anbetracht der regen Kfz-Verkäufe besonders stark. Deutlich bescheidener fiel das Absatzplus bei den Herstellern von Konsumgütern aus. Der Umsatz in der Vorleistungsgüterbranche verfehlte das Vorquartalsniveau sogar spürbar. Im Einklang mit der Umsatzentwicklung gingen die nominalen Warenausfuhren im Februar 2019 gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt kräftig zurück (– 1¼ %). Im Vorquartalsvergleich legten sie im Januar und Februar zusammengenommen hingegen spürbar zu (+ ½ %). Nach Ausschaltung der Preiseffekte ergab sich hier ein etwas stärkerer Zuwachs (+ ¾ %). Die nominalen Warenimporte sanken im Februar im Vormonatsvergleich saisonbereinigt ebenfalls kräftig (– 1¾ %). Gegenüber dem Vorquartal stiegen sie im Januar und Februar jedoch merklich an (+ ½ %). Der um Preiseffekte bereinigte Zuwachs lag mit

*Industrieumsätze und Warenexporte im Februar kräftig gefallen*

2 % noch deutlich höher. Diese Diskrepanz ist auf die zum Jahreswechsel rückläufigen Preise für Energieimporte zurückzuführen.

## Baugewerbe

*Bauproduktion im Februar wegen günstiger Witterung sehr stark im Plus*

Die Produktion im Baugewerbe stieg im Februar 2019 sehr stark an. Gegenüber dem Vormonat expandierte sie saisonbereinigt um 6¾ %. Dieser Anstieg dürfte allerdings vor allem der besonders günstigen Witterung im Berichtsmonat zu verdanken sein. Im Mittel der Monate Januar und Februar legte die Bauproduktion gegenüber dem Vorquartalsstand ebenfalls ganz erheblich zu (+ 4¼ %). Dabei erhöhte sich die Aktivität im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe in vergleichbarer Größenordnung (jeweils + 4½ % und + 4 %). Auch abgesehen von positiven Wittereinflüssen ist mit einer Fortsetzung der regen Baukonjunktur in Deutschland zu rechnen. So nahm der Orderzufluss im Bauhauptgewerbe im Januar 2019 – bis dahin liegen Angaben vor – gegenüber dem ausgesprochen starken und von Großaufträgen geprägten Vorquartal sogar noch leicht zu (+ ¼ %). Die hervorragende Baukonjunktur schlägt sich auch in der Geräteauslastung in der Branche nieder, die laut Angaben des ifo Instituts im März ein neues Rekordhoch erklomm.

## Arbeitsmarkt

*Weiter deutliches Beschäftigungswachstum*

Der Arbeitsmarkt erweist sich als bislang sehr robust gegenüber der konjunkturellen Abkühlung. Die Beschäftigung wuchs zwar im Februar weniger stark als im Januar, jedoch noch immer erheblich. Die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt lag im Februar saisonbereinigt um 39 000 Personen höher als im Vormonat. Gegenüber dem Vorjahresmonat nahm die Erwerbstätigkeit um 482 000 Personen oder 1,1 % zu. Die Zunahme ist im Wesentlichen Ergebnis der weiterhin kräftig expandierenden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Diese stieg – Datenstand ist hier der Januar 2019 – gegenüber dem Vorjahresmonat sogar um 660 000 Personen.

Die Zahl der Selbständigen wie auch der ausschließlich geringfügig Beschäftigten ging dagegen fortgesetzt zurück. Die vorlaufenden Indikatoren der Arbeitsnachfrage sind weiter expansiv ausgerichtet, wenngleich das ifo Beschäftigungsbarometer im März sein sehr hohes Niveau verließ. Dies lag vor allem am konjunkturellen Abschwung im Verarbeitenden Gewerbe. Gleichzeitig sind die gesamtwirtschaftlichen Indikatoren für die Anspannung am Arbeitsmarkt weiter sehr hoch.

Die registrierte Arbeitslosigkeit ging im März nur wenig zurück. Bei der Bundesagentur für Arbeit waren in saisonbereinigter Rechnung 2,23 Millionen arbeitslose Personen erfasst, 7 000 weniger als im Februar. Die Arbeitslosenquote sank um 0,1 Prozentpunkte auf 4,9 %. Im Vergleich zum Vorjahresmonat gab es 157 000 arbeitslose Personen weniger. Dieser Rückgang ist praktisch vollständig der Arbeitslosigkeit im Grundsicherungssystem zuzurechnen, welche von der geringen Zugangswahrscheinlichkeit in Langzeitarbeitslosigkeit profitiert. Im Versicherungssystem des SGB III glichen sich dagegen Zu- und Abflüsse weitgehend aus. Das Barometer Arbeitslosigkeit des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung verringerte sich weiter und befindet sich im neutralen Bereich, was eine insgesamt konstante Arbeitslosigkeit in den nächsten drei Monaten erwarten lässt.

*Arbeitslosigkeit nur leicht verringert*

## Preise

Im März stiegen die Rohölnotierungen aufgrund von Angebotskürzungen der OPEC und ihrer Partner sowie Förderausfällen in Venezuela weiter an. Gegenüber Februar lagen sie 3½ % höher und erreichten wieder den Vorjahresstand. Zum Abschluss dieses Berichts notierte das Fass Brent bei 71 US-\$. Der Abschlag für zukünftige Rohöllieferungen betrug bei Bezug in sechs Monaten 1¾ US-\$ und bei Lieferung in 12 Monaten 3¼ US-\$.

Die Einfuhrpreise zogen im Februar etwas an. Hier übten die Energiepreise, die sich stark am

*Anhaltender Anstieg der Rohölnotierungen*

*Einfuhrpreise  
höher, Erzeuger-  
preise niedriger*

Rohölpreis orientieren, einen treibenden Einfluss aus, während sie bei den gewerblichen Erzeugerpreisen im Inlandsabsatz aufgrund der höheren Bedeutung von inländisch produzierter Energie dämpfend wirkten. Die gewerblichen Erzeugerpreise gaben daher insgesamt etwas nach, setzten aber – ohne Energie gerechnet – ihre leichte Aufwärtstendenz fort. Der Vorjahresabstand weitete sich bei den Einfuhren auf 1½ % aus und verharrte bei den Erzeugerpreisen bei gut 2½ %.

*Verbraucher-  
preise  
unverändert*

Die Verbraucherpreise (HVPI) blieben im März saisonbereinigt unverändert, nachdem sie im Vormonat leicht gestiegen waren. Während sich Energie und Dienstleistungen einschließlich Mieten verteuerten, wurden Nahrungsmittel etwas günstiger. Die Preise für Industriegüter ohne Energie sanken spürbar, weil die Preisentwicklung bei Bekleidung schwächer ausfiel als sonst im März üblich. Die Vorjahresrate verringerte sich beim HVPI insgesamt von 1,7 % auf +1,4 % (VPI +1,3 %, nach +1,5 %) und bei der Rate ohne Energie und Nahrungsmittel von +1,6 % auf +1,0 %. Da für diesen Rückgang auch der verglichen mit dem Vorjahr spätere Ostertermin und die Entwicklung bei der schwankungsanfälligen Komponente Bekleidung verantwortlich waren, dürfte er wahrscheinlich vorübergehend sein.

## ■ Öffentliche Finanzen

### Kommunal финанzen

*Erneut hoher  
Überschuss im  
Jahr 2018, bei  
weiter dyna-  
misch wachsen-  
den Steuer-  
einnahmen ...*

Der Überschuss der kommunalen Kern- und Extrahaushalte betrug im Jahr 2018 knapp 10 Mrd €. Er lag damit um 1 Mrd € unter dem sehr hohen Vorjahresergebnis. Die Einnahmen legten insgesamt um 4½ % zu. Das dynamische Steuerwachstum von 5½ % entsprach der Entwicklung bei der besonders gewichtigen Gewerbesteuer. Zudem trugen die Einkommensteueranteile und – durch eine Abtretung des Bundes – die Umsatzsteueranteile deutlich zum Aufkommensplus bei. Die Gebühreneinnahmen legten ebenfalls kräftig zu. Die Zuweisungen

der Länder entwickelten sich hingegen insgesamt etwas schwächer als die Gesamteinnahmen. So erstatteten die Länder – auch wegen rückläufiger Asylbewerberleistungen – insgesamt weniger für diverse laufende Ausgaben.

Die Ausgaben wuchsen mit 5 % etwas schneller als die Einnahmen. Einen großen Beitrag leisteten die gewichtigen Kategorien Personal (+ 5 %) und Sachaufwendungen (+ 4½ %). Das Plus beim Personalaufwand ist darauf zurückzuführen, dass die Tarifentgelte spürbar zunahmen und offenbar weiter Personal aufgebaut wurde. Die Sachinvestitionen stiegen sogar um 13 %. Ursächlich dürften Nachholeffekte sein, nachdem die Bauinvestitionen im Vorjahr stagniert hatten. Die Ausgaben für Sozialleistungen änderten sich hingegen kaum. Zwar nahmen die Zahlungen von Sozialhilfe an nicht erwerbsfähige Personen weiter deutlich zu. Dem standen jedoch erneut stark rückläufige Asylbewerberleistungen gegenüber, und auch die Unterkunftskosten für Arbeitslosengeld II-Beziehende nahmen ab. Die Zinsausgaben gingen nochmals stark zurück.

Im laufenden Jahr und in den Folgejahren ist zu erwarten, dass die Überschüsse weiter sinken. Zum einen verlangsamt die erwartete konjunkturelle Abschwächung die Entwicklung der Steuereinnahmen. Allerdings bildet ein Gegenwicht, dass im nächsten Jahr die erhöhte Gewerbesteuerumlage (4 Mrd €) ausläuft. Diese war zur Beteiligung der westdeutschen Kommunen an den Kosten der Wiedervereinigung eingeführt worden. Zum anderen dürften die Ausgaben anhaltend dynamisch steigen. Daran haben Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrs- und Schulinfrastruktur sowie der Kinderbetreuung ihren Anteil. Diese werden nur in Teilen von Bund und Ländern mitfinanziert. Perspektivisch dürften zudem die Lasten aus Sozialleistungen wieder steigen.

Die kommunalen Schulden gingen im Jahr 2018 deutlich um 7½ Mrd € auf knapp 135 Mrd € zurück. Dies ist größtenteils darauf zurückzuführen, dass die vom Land eingerichtete Hes-

*... und  
insgesamt  
kräftigem  
Ausgabenplus  
für Personal,  
Sachaufwand  
und vor allem  
Investitionen*

*Mittelfristig  
weiter sinkende  
Überschüsse  
wegen verlang-  
samten Einnah-  
menwachstums  
bei fortgesetzter  
Ausgaben-  
dynamik*

*Hessenkasse maßgeblich für starken Schuldenrückgang im Jahr 2018, Überschuss stärkt größtenteils Rücklagen*

senkasse die Kassenkredite der hessischen Kommunen nahezu vollständig übernahm (5 Mrd €). Kassenkredite sind eigentlich für unterjährige Liquiditätsengpässe vorgesehen, wurden aber auch zur dauerhaften Finanzierung verwendet. Der übermäßige Rückgriff darauf zeigt eine starke Haushaltsanspannung in vielen Kommunen an. Über den Effekt der Hessenkasse hinaus sank der Kassenkreditbestand zusätzlich um 1½ Mrd € auf gut 37 Mrd €. Die kommunale Ebene im Saarland, in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen verzeichnete trotz Abwärtstendenzen allerdings weiterhin sehr hohe Pro-Kopf-Niveaus. Die Kreditmarktschulden (94 Mrd €) und die Kredite beim öffentlichen Bereich (3½ Mrd €) sanken nur wenig. Unter dem Strich wurde also nur etwa ein Viertel des Kassenüberschusses dazu verwendet, Schulden zu tilgen. Mit dem Restbetrag stockten offenbar zahlreiche Kommunen ihre Rücklagen deutlich auf und bildeten damit auch Reserven für schlechtere Zeiten.

## ■ Wertpapiermärkte

### Rentenmarkt

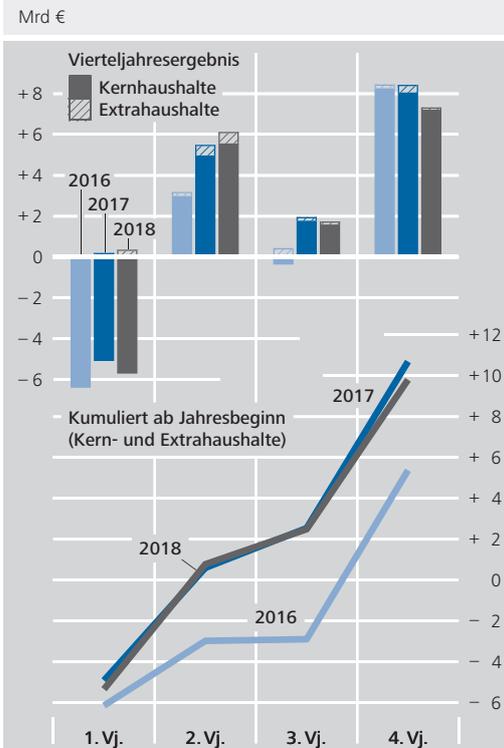
*Nettoemissionen am deutschen Rentenmarkt*

Die Bruttoemissionen am deutschen Rentenmarkt lagen im Februar 2019 mit 127,3 Mrd € leicht unter dem Wert des Vormonats (129,8 Mrd €). Nach Abzug der gegenüber dem Vormonat niedrigeren Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten stieg der Umlauf heimischer Rentenwerte um 13,7 Mrd €. Ausländische Schuldverschreibungen wurden für netto 12,8 Mrd € am deutschen Markt untergebracht. Im Ergebnis nahm damit der Umlauf von Schuldverschreibungen in Deutschland um 26,5 Mrd € zu.

*Gestiegene Kapitalmarktverschuldung der Kreditinstitute*

Die Kreditinstitute emittierten im Berichtsmonat Schuldverschreibungen für netto 16,8 Mrd €, nach 8,4 Mrd € im Januar. Dies war im Ergebnis überwiegend auf Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute zurückzuführen, deren Umlauf um 8,6 Mrd € anstieg. Daneben wur-

### Finanzierungssalden der Gemeindehaushalte



Quelle: Statistisches Bundesamt.  
 Deutsche Bundesbank

den auch Sonstige Bankschuldverschreibungen (5,2 Mrd €) und Hypothekendarlehen (2,9 Mrd €) netto begeben.

Inländische Unternehmen erhöhten im Februar ihre Kapitalmarktverschuldung um 2,0 Mrd €, nach 1,3 Mrd € im Monat davor. Dabei wurden im Ergebnis ausschließlich Papiere mit einer Laufzeit von über einem Jahr emittiert. Ein Großteil der Emissionen war auf nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften zurückzuführen.

*Nettoemissionen der Unternehmen*

Die öffentliche Hand verringerte im Berichtsmonat ihren Bestand an Rentenmarktverbindlichkeiten dagegen um netto 5,2 Mrd €, nach Nettoemissionen in Höhe von 10,6 Mrd € im Januar. Der Bund tilgte vor allem fünfjährige Bundesobligationen in Höhe von netto 11,7 Mrd €, in geringerem Umfang aber auch unverzinsliche Bubills (3,3 Mrd €). Dem standen Nettoemissionen von zweijährigen Schatzanweisungen (5,2 Mrd €) sowie von zehn- und 30-jährigen Anleihen (3,1 Mrd € bzw. 2,2

*Kapitalmarktverschuldung der öffentlichen Hand gesunken*

## Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Mrd €

Position	2018	2019	
	Februar	Januar	Februar
<b>Absatz</b>			
Inländische Schuldverschreibungen <sup>1)</sup>	5,3	20,3	13,7
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	12,7	8,4	16,8
Anleihen der öffentlichen Hand	-9,5	10,6	-5,2
Ausländische Schuldverschreibungen <sup>2)</sup>	-1,9	14,0	12,8
<b>Erwerb</b>			
Inländer	-4,8	9,3	14,1
Kreditinstitute <sup>3)</sup>	-5,0	1,5	7,2
Deutsche Bundesbank	5,7	-1,7	-2,0
Übrige Sektoren <sup>4)</sup>	-5,5	9,5	8,9
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	-3,9	-3,3	1,2
Ausländer <sup>2)</sup>	3,7	25,0	12,4
<b>Absatz bzw. Erwerb insgesamt</b>	<b>3,3</b>	<b>34,3</b>	<b>26,5</b>

1 Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Transaktionswerte. 3 Buchwerte, statistisch bereinigt. 4 Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

Mrd €) gegenüber. Die Länder und Gemeinden emittierten Wertpapiere für per saldo 2,4 Mrd €.

*Erwerb von Schuldverschreibungen*

Auf der Erwerberseite traten im Februar insbesondere ausländische Investoren in Erscheinung, die hiesige Schuldverschreibungen für netto 12,4 Mrd € in ihr Portfolio nahmen. Inländische Nichtbanken und heimische Kreditinstitute erwarben Rentenwerte für per saldo 8,9 Mrd € beziehungsweise 7,3 Mrd €. In beiden Fällen lag der Fokus der Käufe auf ausländischen Titeln. Das Rentenportfolio der Bundesbank verkleinerte sich hingegen aus operativen Gründen um netto 2,0 Mrd €.

## Aktienmarkt

*Nettoemissionen am deutschen Aktienmarkt*

Am deutschen Aktienmarkt wurden im Berichtsmontat junge Aktien für 1,3 Mrd € begeben. Im gleichen Zeitraum stieg der Umlauf ausländischer Aktien in Deutschland um 1,2 Mrd €. Unter den Erwerbern dominierten im Februar

inländische Nichtbanken, die Aktien für netto 2,5 Mrd € erwarben. Hingegen veräußerten gebietsfremde Investoren sowie hiesige Kreditinstitute Dividendenpapiere für per saldo 0,8 Mrd € beziehungsweise 0,4 Mrd €.

## Investmentfonds

Den inländischen Investmentfonds flossen im Februar mit 8,7 Mrd € mehr neue Mittel zu als im Monat davor (7,7 Mrd €). Die Gelder kamen vor allem den institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds zugute (7,5 Mrd €). Unter den Anlageklassen verzeichneten hauptsächlich Gemischte Wertpapierfonds und Rentenfonds Mittelzuflüsse (3,5 Mrd € bzw. 2,7 Mrd €), aber auch Offene Immobilienfonds und Dachfonds akquirierten neue Mittel (je 0,9 Mrd €). Das Volumen ausländischer Fondsanteile am deutschen Markt stieg im Februar um 3,4 Mrd €. Erworben wurden Investmentfondsanteile im Ergebnis nahezu ausschließlich von inländischen Nichtbanken (13,4 Mrd €). Hiesige Kreditinstitute erwarben Anteilscheine für netto 0,7 Mrd €, während ausländische Anleger hiesige Fondsanteile für per saldo 2,0 Mrd € veräußerten.

*Deutsche Investmentfonds verzeichnen Mittelzuflüsse*

## Zahlungsbilanz

Die deutsche Leistungsbilanz verzeichnete im Februar 2019 einen Überschuss von 16,3 Mrd €. Das Ergebnis lag um 2,6 Mrd € unter dem Niveau des Vormonats. Der Aktivsaldo im Warenhandel stieg zwar, der Saldo im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, die Dienstleistungen sowie Primär- und Sekundäreinkommen umfassen, sank jedoch deutlich stärker.

*Leistungsbilanzüberschuss vermindert*

Der Überschuss im Warenhandel weitete sich im Berichtsmontat gegenüber dem Vormonat um 3,2 Mrd € auf 19,1 Mrd € aus. Die Warenausfuhren gaben zwar nach, insbesondere wegen geringerer Nettoausfuhren im Transit-

*Aktivsaldo im Warenhandel zugenommen*

handel, der Rückgang der Wareneinfuhren war jedoch kräftiger.

*Saldo der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen zurückgegangen*

Die „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen verzeichneten im Februar einen Passivsaldo in Höhe von 2,8 Mrd €, nach einem Aktivsaldo von 3,0 Mrd € im Vormonat. Hinter dem Umschwung standen Saldorückgänge bei den Primäreinkommen und den Sekundäreinkommen. Die Nettoeinkünfte bei den Primäreinkommen nahmen um 2,9 Mrd € auf 6,2 Mrd € ab, wobei vor allem höhere Dividendenzahlungen für Wertpapierengagements Gebietsfremder von Bedeutung waren. Das Defizit bei den Sekundäreinkommen weitete sich um 2,9 Mrd € auf 7,9 Mrd € aus. Dazu trug insbesondere der Anstieg der Zahlungen an den EU-Haushalt im Rahmen von auf das Bruttonationaleinkommen bezogenen Finanzierungsleistungen bei. Demgegenüber blieb der Passivsaldo in der Dienstleistungsbilanz mit 1,1 Mrd € praktisch unverändert. Hier verkürzten sich beide Bilanzseiten weitgehend in gleichem Umfang: Bei den vergleichsweise geringen Bewegungen in den einzelnen Positionen überwogen einnahmen- und ausgabenseitig die Rückgänge, insbesondere im Bereich der sonstigen unternehmensbezogenen Dienste und der Transportleistungen.

*Netto-Kapitalexporte im Wertpapierverkehr und ...*

Im Februar 2019 waren die internationalen Finanzmärkte davon geprägt, dass einerseits die Unsicherheit insbesondere im Handelsstreit zwischen den USA und China nachließ und andererseits verstärkt eine weiterhin lockere Geldpolitik im Euroraum erwartet wurde. Vor diesem Hintergrund verzeichnete der grenzüberschreitende Wertpapierverkehr Deutschlands Netto-Kapitalexporte von 7,6 Mrd € (Januar: Netto-Kapitalimporte von 1,1 Mrd €). Ausschlaggebend war, dass hiesige Anleger für per saldo 16,6 Mrd € ausländische Wertpapiere nachfragten. Dabei erwarben sie vor allem – insbesondere in Euro denominated – Anleihen (12,5 Mrd €) sowie Investmentzertifikate (3,4 Mrd €). Außerdem kauften sie in geringerem Umfang ausländische Aktien (0,4 Mrd €) und Geldmarktpapiere (0,3 Mrd €). Gebietsfremde Investoren engagierten sich mit per saldo 9,0

## Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2018	2019	
	Febr.	Jan.	Febr. <sup>P)</sup>
<b>I. Leistungsbilanz</b>	+ 19,5	+ 18,8	+ 16,3
1. Warenhandel <sup>1)</sup>	+ 19,1	+ 15,8	+ 19,1
Ausfuhr (fob)	103,7	109,2	107,7
Einfuhr (fob)	84,6	93,4	88,6
nachrichtlich:			
Außenhandel <sup>2)</sup>	+ 18,3	+ 14,6	+ 17,9
Ausfuhr (fob)	104,7	108,9	108,8
Einfuhr (cif)	86,5	94,3	90,9
2. Dienstleistungen <sup>3)</sup>	- 0,8	- 1,1	- 1,1
Einnahmen	20,9	23,2	21,8
Ausgaben	21,6	24,3	22,9
3. Primäreinkommen	+ 6,5	+ 9,1	+ 6,2
Einnahmen	16,9	17,4	16,5
Ausgaben	10,4	8,3	10,3
4. Sekundäreinkommen	- 5,3	- 5,0	- 7,9
<b>II. Vermögensänderungsbilanz</b>	+ 0,3	+ 2,1	+ 0,3
<b>III. Kapitalbilanz (Zunahme: +)</b>	+ 13,9	+ 15,2	+ 29,2
1. Direktinvestition	+ 4,0	+ 12,3	+ 5,3
Inländische Anlagen im Ausland	+ 14,1	+ 16,0	+ 12,8
Ausländische Anlagen im Inland	+ 10,1	+ 3,7	+ 7,5
2. Wertpapieranlagen	- 5,7	- 1,1	+ 7,6
Inländische Anlagen in Wertpapieren ausländischer Emittenten	+ 2,2	+ 21,2	+ 16,6
Aktien <sup>4)</sup>	+ 3,9	+ 3,3	+ 0,4
Investmentfondsanteile <sup>5)</sup>	+ 0,2	+ 3,9	+ 3,4
Langfristige Schuldverschreibungen <sup>6)</sup>	- 1,8	+ 8,6	+ 12,5
Kurzfristige Schuldverschreibungen <sup>7)</sup>	- 0,1	+ 5,4	+ 0,3
Ausländische Anlagen in Wertpapieren inländischer Emittenten	+ 7,9	+ 22,4	+ 9,0
Aktien <sup>4)</sup>	- 0,2	- 1,6	- 1,4
Investmentfondsanteile	- 0,0	- 1,1	- 2,0
Langfristige Schuldverschreibungen <sup>6)</sup>	- 3,4	+ 15,3	+ 17,0
Kurzfristige Schuldverschreibungen <sup>7)</sup>	+ 11,5	+ 9,7	- 4,6
3. Finanzderivate <sup>8)</sup>	+ 2,9	+ 0,8	+ 4,2
4. Übriger Kapitalverkehr <sup>9)</sup>	+ 12,2	+ 3,2	+ 12,0
Monetäre Finanzinstitute <sup>10)</sup>	+ 8,4	- 29,5	- 9,8
darunter: kurzfristig Unternehmen und Privatpersonen <sup>11)</sup>	+ 5,3	- 33,3	- 13,8
Staat	- 0,9	- 6,1	+ 8,5
Bundesbank	- 7,4	+ 4,7	- 7,2
Währungsreserven	+ 12,1	+ 34,1	+ 20,5
5. Währungsreserven	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,1
<b>IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen<sup>12)</sup></b>	- 5,9	- 5,7	+ 12,6

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). 3 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 4 Einschl. Genussscheine. 5 Einschl. reinvestierter Erträge. 6 Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. 7 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. 8 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktioptionen. 9 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 10 Ohne Bundesbank. 11 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. 12 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

Deutsche Bundesbank

Mrd € in deutschen Wertpapieren. Sie fokussierten sich dabei auf – in erster Linie private – Anleihen (17,0 Mrd €). Dagegen trennten sie sich von Geldmarktpapieren (4,6 Mrd €), Investmentzertifikaten (2,0 Mrd €) sowie Aktien (1,4 Mrd €).

*... bei Direktinvestitionen*

Im Bereich der Direktinvestitionen ergaben sich im Februar Netto-Kapitalexporte von 5,3 Mrd € (Januar: 12,3 Mrd €). Inländische Unternehmen führten ihren ausländischen Niederlassungen per saldo Kapital zu (12,8 Mrd €). Dies geschah zum einen über die konzerninterne Kreditvergabe (7,6 Mrd €), insbesondere über kurzfristige Finanzkredite. Zum anderen erhöhten sie ihr Beteiligungskapital im Ausland um 5,2 Mrd €, wobei 2,9 Mrd € auf reinvestierte Gewinne entfielen. Ausländische Gesellschaften erhöhten ihre Direktinvestitionen in Deutschland um 7,5 Mrd €. Der konzerninterne Kreditverkehr trug hierbei mehr als die Hälfte zur Gesamtsumme bei (4,6 Mrd €). Ausschlaggebend waren die von ausländischen Tochtergesellschaften an deutsche Mütter vergebenen Finanzkredite („reverse flows“), die sich auf 7,6 Mrd € beliefen. Zusätzlich stockten die ausländischen

Unternehmen ihr Beteiligungskapital in Deutschland auf (2,9 Mrd €).

Im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der Finanz- und Handelskredite (soweit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen), Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, flossen im Februar per saldo 12,0 Mrd € ins Ausland ab (Januar: 3,2 Mrd €). Verantwortlich dafür waren Netto-Kapitalexporte des Bankensystems von 10,8 Mrd €. Dabei erhöhten sich die Nettoforderungen der Bundesbank um 20,5 Mrd €, wobei gesunkene Einlagen von Ansässigen außerhalb des Euroraums eine bedeutende Rolle spielten. Die TARGET2-Forderungen stiegen im Februar um 4,6 Mrd €. Bei den monetären Finanzinstituten kamen hingegen Mittel im Umfang von 9,8 Mrd € auf, da sie ihre Forderungsposition im Ausland zurückführten. Auch bei staatlichen Stellen ergaben sich Mittelzuflüsse (7,2 Mrd €), während bei Unternehmen und Privatpersonen Kapital abfloss (8,5 Mrd €).

*Auch im übrigen Kapitalverkehr Kapitalabflüsse*

Die Währungsreserven der Bundesbank nahmen im Februar – zu Transaktionswerten gerechnet – geringfügig zu (0,1 Mrd €).

*Währungsreserven*

## Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögens- befragung 2017

*Die Bundesbank befragt im Abstand von drei Jahren unter dem Titel „Private Haushalte und ihre Finanzen (PHF)“ Haushalte in Deutschland zu ihrem Vermögen und ihren Schulden. Die erhobenen Daten fließen in geld- und finanzstabilitätspolitische Untersuchungen ein und bilden die Grundlage für Forschungsprojekte und Analysen innerhalb und außerhalb der Bundesbank. An der Befragung im Jahr 2017 beteiligten sich fast 5 000 Haushalte. Rund zwei Drittel nahmen bereits zum zweiten oder dritten Mal teil.*

*Die Ergebnisse für das Jahr 2017 zeigen, dass die Vermögen der privaten Haushalte zwischen 2014 und 2017 auf breiter Basis zunahmen. Sowohl das durchschnittliche Nettovermögen als auch der Median sind deutlich angestiegen. Insbesondere die Nettovermögen von Immobilieneigentümern haben sich in Folge der gestiegenen Immobilienpreise erhöht. Aber auch die Vermögen vieler Mieterhaushalte und von Haushalten in der vermögensärmeren Hälfte der Verteilung sind angestiegen. Zur positiven Vermögensentwicklung dieser Haushalte tragen insbesondere die gestiegenen Einkommen bei. Sie versetzen diese Haushalte in die Lage, mehr zu sparen und verringern die Notwendigkeit, neue Konsumentenkredite aufzunehmen.*

*Zwar gingen gegenüber der letzten Erhebung einige Kennziffern für die Ungleichheit der Vermögensverteilung leicht zurück, insgesamt lässt sich im Vergleich zu den bisherigen Befragungen aber kein eindeutiger Trend erkennen.*

*Der Anteil der verschuldeten Haushalte und der Anteil der Haushalte mit negativem Nettovermögen veränderten sich zwischen 2010 und 2017 nur marginal. Die Belastung der Haushalte durch Kreditzinsen ging im gleichen Zeitraum zurück. Die verschuldeten Haushalte wendeten im Jahr 2017 einen deutlich geringeren Teil ihres Einkommens für Kreditzinsen auf als im Jahr 2010.*

*Dieser Aufsatz beschreibt, wie sich Vermögen und Schulden privater Haushalte in Deutschland zusammensetzen und verteilen. Für eine umfassendere Beurteilung der finanziellen Lage oder gar des Wohlergehens der Haushalte spielen auch andere Faktoren, wie die öffentlichen Finanzen, die staatliche Alterssicherung, der Zugang zu Bildung oder dem Gesundheitssystem und vieles mehr eine Rolle.*

## ■ Einleitung

In diesem Aufsatz werden ausgewählte Ergebnisse der Befragung zu den Finanzen der privaten Haushalte in Deutschland aus dem Jahr 2017 dargestellt. Da die Bundesbank bereits in den Jahren 2010 und 2014 die Haushalte in Deutschland zu ihrem Vermögen, ihren Schulden und ihrem Einkommen sowie ihrem Spar- und Anlageverhalten befragt hat, kann auch ein Vergleich über die Jahre angestellt werden.

Der Artikel beschränkt sich darauf, die Verteilung und Zusammensetzung des Vermögens der privaten Haushalte deskriptiv darzustellen. Diese Statistiken alleine lassen in der Regel noch keine Rückschlüsse auf kausale Zusammenhänge zu. Dafür sind weitergehende Analysen nötig. Die Studie „Private Haushalte und ihre Finanzen (PHF)“ wurde daher von Beginn an auch mit Blick auf die wissenschaftliche Forschung innerhalb und außerhalb der Bundesbank konzipiert. Die anonymisierten Mikrodatensätze können für wissenschaftliche Forschungsprojekte beim Forschungsdaten- und Servicezentrum der Bundesbank beantragt werden. Sie werden derzeit in mehr als 140 Projekten von über 200 Forscherinnen und Forschern verwendet.

## ■ Die Vermögensverteilung in Deutschland im Jahr 2017

Die Vermögensverteilung lässt sich mithilfe verschiedener statistischer Kennzahlen charakterisieren. Hierzu zählen die Verhältnisse zwischen Mittelwert und Median, Gini-Koeffizienten oder die Anteile vermögender Haushalte am gesamten Nettovermögen.

Um das Verhältnis zwischen Median und Mittelwert des Vermögens zu berechnen, muss zunächst das durchschnittliche Vermögen (Mittelwert) bestimmt werden. Im Jahr 2017 verfügten laut PHF-Studie die privaten Haushalte in Deutschland im Durchschnitt über ein Bruttovermögen von 262 500 €. <sup>1)</sup> Nach Abzug der

Schulden ergibt sich ein durchschnittliches Nettovermögen von 232 800 €.

Sortiert man die Haushalte aufsteigend nach ihrem Nettovermögen, so lässt sich unter anderem der Median ablesen, das heißt der Wert, welcher die Haushalte in eine reichere und eine ärmere Hälfte teilt. <sup>2)</sup> Die Medianwerte lagen im Jahr 2017 deutlich niedriger als die Durchschnittswerte, bei 86 400 € für das Bruttovermögen beziehungsweise 70 800 € für das Nettovermögen.

*Mediannettovermögen im Jahr 2017: 70 800 €*

Mit Blick auf die Relation zwischen Median und Mittelwert zeigt sich, dass das durchschnittliche Nettovermögen mehr als drei Mal so hoch ist wie das Mediannettovermögen. Dieser hohe Wert deutet bereits auf eine ungleiche Verteilung der Nettovermögen in Deutschland hin. <sup>3)</sup>

*Nettovermögen ungleich verteilt*

Anhand der Reihung der Haushalte nach dem Nettovermögen kann auch die Grenze bestimmt werden, ab der ein Haushalt zu den vermögendsten 10 % der Haushalte in Deutschland zu rechnen ist. Diese Grenze (das sog. neunzigste Perzentil) verlief für das Bruttovermögen bei 621 000 € und für das Nettovermögen bei 555 400 €.

Ein weiteres Maß für die Ungleichheit einer Verteilung ist das Verhältnis des neunzigsten Perzentils zum Median. Je höher dieser Wert ist, desto stärker müsste das Nettovermögen der Haushalte in der Mitte der Verteilung ansteigen, damit diese zu den 10 % der vermögendsten Haushalte gehören. Die Grenze zwischen den vermögendsten 10 % und dem Rest der Haushalte ist für das Nettovermögen etwa achtmal

<sup>1</sup> Dieser und alle anderen in diesem Aufsatz aufgeführten Werte sind – soweit nicht anders vermerkt – nominal angegeben, d. h. nicht inflationsbereinigt.

<sup>2</sup> Aus der Abfolge der nach dem Vermögen sortierten Haushalte lassen sich weitere Kennzahlen ablesen (sog. Quantile). Eine Einteilung in zehn gleich große Teile ergibt die Dezile.

<sup>3</sup> Der Mittelwert des Nettovermögens wird stark von Extremwerten beeinflusst. Ein hoher Wert für das Verhältnis von Mittelwert zu Median deutet daher darauf hin, dass die Vermögen im oberen Teil der Verteilung deutlich höher sind als in der Mitte der Verteilung.

## Vermögenskonzept der Studie „Private Haushalte und ihre Finanzen (PHF)“

Ziel der PHF-Studie ist es, das Vermögen der privaten Haushalte<sup>1)</sup> in Deutschland im Detail zu erfassen und darzustellen. Das Vermögenskonzept der PHF-Studie sieht daher vor, sowohl Aktiva als auch Passiva der Haushaltsbilanz zu erheben. Die Aktivseite (Bruttovermögen) besteht dabei aus Sachvermögen und Finanzvermögen. Auf der Passivseite stehen den Vermögenswerten Verbindlichkeiten gegenüber, das heißt mit Immobilien besicherte und unbesicherte Kredite. Als Differenz aus Bruttovermögen und Verschuldung ergibt sich das Nettovermögen.

Der Detailgrad der im PHF erfassten Vermögensarten geht über den anderer Studien zum Thema Vermögen hinaus. Beispielsweise wird im Sachvermögen neben Immobilien- und Unternehmensbesitz auch der Wert von Fahrzeugen, Sammlungen oder Schmuck erfasst. Auch das Finanzvermögen wird umfassend abgedeckt. Es setzt sich aus Guthaben bei Banken, Sparkassen und Bausparkassen, aus Wertpapieren, Beteiligungen und verwaltetem Vermögen zusammen. Zudem zählen die Guthaben bei privaten Renten- und Lebensversicherungen dazu.<sup>2)</sup> Nicht eingerechnet werden etwaige in der Zukunft

liegende Ansprüche auf eine gesetzliche Rente oder Pension. Aufgrund des in Deutschland existierenden Umlageverfahrens wäre es nur mit vielen Annahmen möglich, die künftigen Ansprüche in Vermögen umzurechnen („zu kapitalisieren“). Zudem handelt es sich nur um Ansprüche, jedoch nicht um angespartes Vermögen.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände nehmen die Haushalte selbst vor. Dies ist vor allem für Immobilien und Unternehmensbesitz relevant. In beiden Fällen werden die Haushalte gefragt, welcher Preis für die Immobilie beziehungsweise das Unternehmen bei einem Verkauf zu erzielen wäre.

In die Berechnung des gesamten Vermögens eines Haushalts fließen auch die Vermögensgegenstände im Ausland mit ein, soweit die Befragten diese angeben.

**1** Haushalte sind im PHF definiert als Personengruppen, die ihren Lebensmittelpunkt an einer gemeinsamen Adresse haben und die Kosten des täglichen Lebens gemeinsam bestreiten. Personen, die vorübergehend nicht an der Adresse wohnen, aber regelmäßig dorthin zurückkehren, gehören ebenfalls zum Haushalt. Personen oder Gruppen von Personen, die in einer Wohngemeinschaft leben und keine familiären oder partnerschaftlichen Beziehungen zueinander haben oder an der Adresse lebende Hausangestellte stellen eigenständige Haushalte dar. Nicht zu den privaten Haushalten zählen Haushalte in Gemeinschaftsunterkünften (z. B. Senioren- oder Flüchtlingsheime) und Anstaltshaushalte (z. B. Klöster).

**2** Private Renten- und Lebensversicherungen werden in der Anspar- oder Ruhephase dem Vermögen der Haushalte zugerechnet. Sobald Auszahlungen aus den Verträgen beginnen, fallen sie aus der Bilanz der Haushalte heraus. Die entsprechenden Einkommensströme werden dann bei der Berechnung des Einkommens berücksichtigt.

### Vermögensbilanz eines Haushalts – Schematische Übersicht

Aktiva	Passiva
<b>Sachvermögen:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>– selbstgenutztes Haus- und Wohnungseigentum</li> <li>– anderer Haus- und Grundbesitz</li> <li>– eingerichteter Gewerbebetrieb (Nettowert)</li> <li>– Fahrzeuge, Sammlungen, Schmuck, usw.</li> </ul>	<b>Verbindlichkeiten:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Hypotheken</li> <li>– Konsumentenkredite (einschl. Kreditkartenschulden, Kontokorrentkredite, unbezahlte Rechnungen, BaföG-Schulden)</li> <li>– Kredite für Geschäftstätigkeit</li> </ul>
<b>Finanzvermögen:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Spar- und Girokonten, Bausparguthaben</li> <li>– Fondsanteile, verwaltetes Vermögen, Schuldverschreibungen, Aktien, Derivate und Zertifikate</li> <li>– Guthaben aus privaten Renten- und Lebensversicherungen</li> <li>– Beteiligungen</li> </ul>	<b>Nettovermögen</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>Bilanzsumme</b>

so hoch wie der Median. Zum Vergleich: Im Euroraum insgesamt lag dieses Verhältnis im zuletzt verfügbaren Jahr 2014 bei einem Wert von fünf.

Ebenso deutet der Gini-Koeffizient<sup>4)</sup> für das Nettovermögen – ein klassisches Maß für Ungleichheit – mit einem Wert von 74% im Jahr 2017 auf eine weiterhin hohe Ungleichverteilung der Vermögen hin.<sup>5)</sup>

*Anteil der Vermögendsten 10% am Nettovermögen bei 55%*

In den letzten Jahren hat die wissenschaftliche Literatur zur Beschreibung von Einkommens- und Vermögensverteilungen verstärkt die Anteile (sehr) vermögender Haushalte am gesamten Vermögen herangezogen.<sup>6)</sup> Wie ungleich die Verteilung ist, lässt sich demnach auch am Anteil des Vermögens ablesen, das den oberen 10% der Nettovermögensverteilung gehört. Diese Gruppe nannte in Deutschland im Jahr 2017 etwa 55% des gesamten Nettovermögens ihr Eigen.<sup>7)</sup> Nur für die USA, Italien und Österreich liegen derzeit Werte für einen vergleichbaren Zeitraum vor. In Italien erreichte dieser Anteil im Jahr 2016 etwa 44%, in den USA im Jahr 2016 77% und in Österreich im Jahr 2017 56%. Für den Euroraum insgesamt ergab sich im Jahr 2014 ein Wert von 51%.<sup>8)</sup>

Neben den Verteilungsmaßen für das Nettovermögen insgesamt ist auch eine Betrachtung der Verteilung der Vermögen einzelner Gruppen von Haushalten von Interesse, beispielsweise für die Gruppe der Immobilienbesitzer.<sup>9)</sup>

*Immobilienbesitz indikativ für hohes Nettovermögen*

Immobilienbesitz ist ein guter Indikator für die Höhe des Vermögens von Haushalten. Haushalte, die in einer in eigenem Besitz stehenden Immobilie leben, haben deutlich höhere Nettovermögen als Mieterhaushalte.<sup>10)</sup> Der Median des Nettovermögens für Eigentümerhaushalte lag im Jahr 2017 bei 277 000 €. Für Mieterhaushalte ergibt sich dagegen ein Medianwert von lediglich rund 10 400 €. Vergleichbare Strukturen lassen sich in anderen Ländern – europaweit auch weltweit – finden. Die aufgezeigten Unterschiede liegen nicht nur in der Tatsache begründet, ob ein Haushalt Immobilien besitzt

oder nicht, sondern sind zumindest teilweise auch auf die unterschiedliche Haushaltsstruktur von Eigentümern und Mietern zurückzuführen, zum Beispiel hinsichtlich des Alters, der Haushaltsgröße, des Familienstandes der Haushaltsmitglieder und des Einkommens.<sup>11)</sup> Zudem kommt den in den letzten Jahren angestiegenen Immobilienpreisen ein nicht unerheblicher Einfluss auf die Entwicklung der Vermögen von Eigentümerhaushalten zu.

Die gut dokumentierten Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern hinsichtlich des Einkommens und anderer ökonomischer Kennzahlen<sup>12)</sup> zeigen sich auch beim Vermögen. Der Medianhaushalt im Osten Deutschlands kam im Jahr 2017 auf ein Vermögen von 23 400 €, der Medianhaushalt im Westen dagegen mit 92 500 € auf etwa viermal so viel. Hierfür spielt vermutlich der geringere Anteil an

*Deutliche Unterschiede zwischen Ost und West*

4 Der Gini-Koeffizient nimmt in der Regel Werte zwischen 0% und 100% an, wobei 0% vollkommene Gleichverteilung und 100% maximale Ungleichheit bedeutet. Je näher der Wert an 100% liegt, desto ungleicher ist die Verteilung. Werden auch negative Werte in die Berechnung mit einbezogen, kann der Gini-Koeffizient auch Werte über 100% annehmen.

5 Der aktuell verfügbare Gini-Koeffizient für den Euroraum stammt aus dem Jahr 2014 und lag damals bei 68,5%. Werte für einzelne Länder im Euroraum für das Jahr 2014 können folgender Publikation entnommen werden: Household Finance and Consumption Network (2016a).

6 Vgl.: Piketty (2014); Saez und Zucman (2016).

7 Der Anteil des Vermögens, der den oberen 10% der Verteilung zuzuordnen ist, ist dabei vermutlich unterschätzt (Vgl.: Vermeulen (2018)). Das Konzept der Studie „Private Haushalte und ihre Finanzen (PHF)“ sieht vor, die vermögenden Haushalte in der (ungewichteten) Stichprobe überzu-repräsentieren (vgl. Erläuterungen auf S. 17). Dieses Ziel wird generell erreicht. Wie in allen anderen vergleichbaren Befragungen fehlen aber die sehr vermögenden Haushalte auch im PHF. Keiner der im PHF befragten Haushalte verfügt über ein Vermögen von 100 Mio € oder mehr. Diese Unter-erfassung wird auch durch die Gewichtung der Daten nicht ausgeglichen.

8 Vgl.: Italien: Banca d'Italia (2018); USA: Federal Reserve Bank (2017); Österreich: Oesterreichische Nationalbank (2019); Euroraum: Household Finance and Consumption Network (2016b).

9 Hier kann nur ein Teil der Möglichkeiten skizziert werden, Haushalte in unterschiedliche Gruppen aufzugliedern. Weitere Aufgliederungen können dem Tabellenanhang auf S. 32 ff. entnommen werden.

10 In Deutschland sind nur 44% der Haushalte Eigentümer ihres Hauptwohnsitzes. Ähnlich niedrig ist dieser Anteil im Euroraum nur noch in Österreich (46% im Jahr 2017). Zum Vergleich, in Italien und Spanien lagen die Eigentümerge-raten im Jahr 2014 bei etwa 70% bzw. 80%.

11 Vgl. hierzu auch S. 18.

12 Vgl.: Brenke (2014).

## PHF-Studie 2017: methodisches Konzept der dritten Befragung

Zwischen März und Oktober 2017 wurden im Rahmen der PHF-Studie 4 942 private Haushalte mit 9 710 Personen ab 16 Jahren in Deutschland befragt. Ein Teil der Haushalte (3 335) nahm bereits zum zweiten oder dritten Mal an einer PHF-Befragung teil. Für die restlichen 1 607 Haushalte war es die erste Erhebung. Insgesamt liegt die Teilnahmequote bei 33 % der erfolgreich kontaktierten Haushalte. Für die Haushalte, die schon einmal teilgenommen haben („Panel-Haushalte“), ergibt sich eine Quote von etwa 70 % und für die erstmalig angeschriebenen Haushalte von nur 16 %. Für die Wiederbefragung ist die Teilnahmequote mit der aus anderen Studien in Deutschland vergleichbar. Der Wert für die neu angeschriebenen Haushalte ist jedoch relativ niedrig, was teilweise mit der generell sinkenden Bereitschaft zur Teilnahme an Befragungen zu begründen sein dürfte.

Die Methodik der dritten PHF-Erhebung im Jahr 2017 orientiert sich stark an der Methodik der vorherigen Erhebungen in den Jahren 2010/2011 und 2014. So wurden abermals persönliche Interviews vor Ort beim befragten Haushalt („Face-to-Face“) geführt. Auch wurden die Daten erneut mithilfe von elektronischen Fragebögen (Computer Assisted Personal Interviewing: CAPI) erhoben. Die knapp 300 geschulten Interviewer benötigten im Durchschnitt eine gute Stunde um ein Interview abzuschließen.

Zur Grundgesamtheit gehörten auch im Jahr 2017 wieder private Haushalte mit mindestens einer Person ab 18 Jahren, aber keine Haushalte in Gemeinschaftsunterkünften (z. B. Seniorenheime, Studentenwohnheime

und Flüchtlingsheime) oder Anstaltshaushalte (z. B. Klöster oder Gefängnisse).

Die Adressen der erstmalig angeschriebenen Haushalte wurden nach einem Zufallsverfahren aus den Registern der Einwohnermeldeämter gezogen. Dabei wurde ein sogenanntes „Oversampling“ umgesetzt, das heißt, vermögende Haushalte sind bei der gezogenen Stichprobe überrepräsentiert.<sup>1)</sup> Die höhere Ziehungswahrscheinlichkeit wurde in der Gewichtung berücksichtigt, sodass die dargestellten Ergebnisse als repräsentativ für die privaten Haushalte in Deutschland gelten können.

Der Fragebogen der PHF-Studie wurde für die dritte Welle nur geringfügig modifiziert, um die Vergleichbarkeit über die einzelnen Befragungswellen zu gewährleisten. Das Frageprogramm wurde an einigen Stellen erweitert, zum Beispiel um Fragen zu den Erwartungen der Haushalte hinsichtlich Immobilienpreisen.

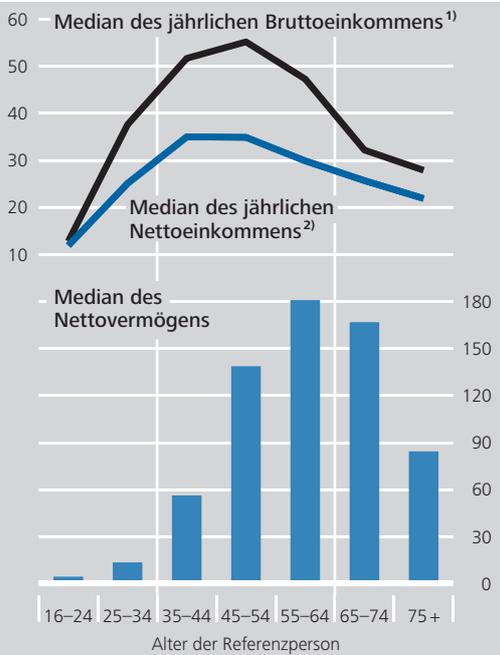
Weitere Informationen zur Methodik und den Hintergründen der PHF-Studie sind unter [www.bundesbank.de/phf](http://www.bundesbank.de/phf) verfügbar.

---

<sup>1</sup> Bei der Stichprobenziehung werden dazu kleinere Gemeinden mit weniger als 100 000 Einwohnern auf Basis der Einkommensteuerstatistik in „reiche Gemeinden“ und „sonstige Gemeinden“ aufgeteilt. In Städten mit 100 000 und mehr Einwohnern werden vermögende Straßenabschnitte mithilfe mikrogeografischer Informationen zu Wohnlage und Kaufkraft identifiziert. Der Anteil der Haushalte in der Stichprobe wird schließlich so gewählt, dass Haushalte aus reichen Gemeinden und vermögenden Straßenabschnitten stärker in der Stichprobe vertreten sind als sie in der Population vorkommen.

### Nettovermögen und Einkommen der privaten Haushalte nach dem Alter der Referenzperson

Tsd €, Stand: März 2019



Quelle: PHF 2017. 1 Aus Komponenten berechnet. 2 Selbsteinschätzung.  
 Deutsche Bundesbank

Alleinerziehenden über geringe Vermögen. Die Hälfte dieser Haushalte besaß im Jahr 2017 weniger als 5 200 € Brutto- und 3 900 € Nettovermögen.

Die Haushalte lassen sich anhand einer Referenzperson<sup>13)</sup> auch nach „Personenmerkmalen“ gruppieren. Beispielhaft sei hier das Alter der Referenzperson genannt. Haushalte, in denen die Referenzperson zwischen 16 und 24 Jahre alt ist, haben das geringste Nettovermögen (siehe nebenstehendes Schaubild). Das Mediannettovermögen steigt mit dem Alter der Referenzpersonen bis zur Gruppe der 55- bis 64-Jährigen an und sinkt erst in der Altersgruppe ab 65 Jahren, wenn Haushalte entsparen und Schenkungen an Bedeutung gewinnen. Das Mediannettoeinkommen der Haushalte sinkt dagegen schon ab der Altersgruppe 55 bis 64 Jahre.<sup>14)</sup> Die isolierte Betrachtung des Alters als Erklärungsfaktor für die Vermögensstrukturen hat allerdings nur eine bedingte Aussagekraft. Die Zusammensetzung des Haushalts sowie die Erwerbstätigkeit der Haushaltsmitglieder sind nur zwei von vielen Faktoren, die sich mit dem Alter verändern und dadurch die gemessenen Vermögensbestände und deren Zusammensetzung beeinflussen können.

*Lebenszyklusmuster für Einkommen und Vermögen*

Wohneigentümern in den neuen Bundesländern eine Rolle. Noch immer ist die Vermögensverteilung in den neuen Bundesländern gemessen am Gini-Koeffizienten (77 %) etwas ungleicher als in den alten Bundesländern (72 %).

*Alleinerziehende besitzen nur wenig Vermögen*

Unterschiede gibt es auch hinsichtlich soziodemographischer Merkmale. Die PHF-Studie erfasst das Vermögen für einen Haushalt als Ganzen und nicht das Vermögen der einzelnen Haushaltsmitglieder. Die Haushaltsgröße und -zusammensetzung ist daher für das Durchschnitts- und Medianvermögen bestimmter Haushaltsgruppen von Bedeutung. Die durchschnittlichen Nettovermögen von Ein-Personenhaushalten („Alleinlebende“) summierten sich im Jahr 2017 mit 141 800 € auf etwas weniger als die Hälfte der durchschnittlichen Vermögen von Paarhaushalten (319 000 €). Der Medianwert für Paarhaushalte ist dagegen fast sieben Mal so hoch wie der Median von Alleinlebenden. Wie sich auch in den vergangenen Jahren zeigte, verfügen vor allem die Haushalte von

## Die Vermögensverteilung im Jahr 2017 im Vergleich zu den Jahren 2010 und 2014<sup>15)</sup>

Der Mittelwert und der Medianwert für das Nettovermögen der Haushalte sind wie schon

<sup>13</sup> In der Regel wird die Referenzperson als die Person im Haushalt definiert, die das höchste Einkommen bezieht. Haben zwei oder mehr Personen im Haushalt ein gleich hohes Einkommen, wird eine Person zufällig ausgewählt.

<sup>14</sup> Mögliche Gründe hierfür sind u. a. (Früh-)Verrentung bzw. eine generell sinkende Partizipation am Arbeitsmarkt.

<sup>15</sup> Obwohl die Befragung bereits zum dritten Mal stattfand, kann sie bestimmte Ereignisse, wie etwa den verstärkten Zuzug von Flüchtlingen, im Zeitablauf von einer Befragung zur nächsten nur ungenügend abbilden. Die Auswirkungen der Migration auf die Ergebnisse der Befragung können daher anhand der Daten aus der PHF-Studie nicht untersucht werden. Die Anzahl von Migranten in der Stichprobe ist dafür zu gering.

## Ausgewählte Forschungsergebnisse auf Basis von PHF-Daten

Die Studie „Private Haushalte und ihre Finanzen (PHF)“ liefert nicht nur wichtige Ergebnisse für die Politikberatung, sondern wird auch für die wissenschaftliche Forschung zum Verhalten und der wirtschaftlichen Lage der Haushalte in Deutschland genutzt. Inzwischen nutzen mehr als 200 Forscher im In- und Ausland die anonymisierten Daten für Forschungsprojekte. Die empirischen und theoretischen Projekte decken ein großes Themenspektrum ab.

In den vergangenen Jahren haben Notenbanken weltweit ihre Leitzinsen auf historisch niedrige Stände gesenkt und unkonventionelle Politikmaßnahmen wie etwa umfassende Ankaufprogramme von Staatsanleihen verfolgt. Eine Reihe von aktuellen Forschungsprojekten beschäftigt sich daher mithilfe der Mikrodaten aus dem PHF und vergleichbaren Haushaltsbefragungen anderer Zentralbanken mit der Frage, inwiefern die Geldpolitik die Verteilung der Vermögen und Einkommen von privaten Haushalten in Deutschland und anderen europäischen Ländern beeinflusst.<sup>1)</sup>

Tzamourani (2019) analysiert das nicht abgesicherte Zinsänderungsrisiko<sup>2)</sup> der privaten Haushalte im Euroraum. Dieser Indikator erfasst, wie stark die Haushalte auf Änderungen der realen Zinssätze reagieren und gibt Aufschluss über ihre direkten Zinsgewinne und -verluste nach solchen Zinsänderungen. Insgesamt sind die privaten Haushalte in den einzelnen Ländern einem sehr unterschiedlichen Zinsänderungsrisiko ausgesetzt. Diese nationalen Unterschiede sind vor allem durch die unterschiedliche Verbreitung variabel verzinslicher Hypothekenkredite bedingt. In Ländern, in denen der Anteil der Haushalte mit variabel ver-

zinslichen Hypothekarkrediten hoch ist, ist das Zinsänderungsrisiko der privaten Haushalte im Schnitt negativ, das heißt, die Haushalte würden (bei konstanter Inflation) durch einen Zinsanstieg im Schnitt belastet. In Deutschland sowie in anderen Ländern, in denen der Anteil der Hypothekenschuldner mit variabel verzinslichen Hypothekarkrediten gering ist, würden die Haushalte (bei konstanter Inflation) im Schnitt von einem Zinsanstieg zunächst profitieren.

Durch die Wichtigkeit des Immobilienvermögens für die Vermögensverteilung innerhalb einzelner Länder und zwischen den Ländern des Euroraums sind auch die Unterschiede im Anlageverhalten von Eigentümerhaushalten und Mieterhaushalten Gegenstand einiger aktuell laufender Forschungsprojekte. Le Blanc und Schmidt (2019a) untersuchen die unterschiedliche Sparneigung von Eigentümern und Mietern. Sie dokumentieren, dass Haushalte trotz des passivseitigen Sparens in Form von Hypothekenrückzahlungen ihre aktiven Sparflüsse nicht verringern, sondern zusätzlich zu bereits bestehenden Verträgen sparen.

Während im vorliegenden Aufsatz die Verteilung der Vermögen im Vordergrund steht, ist die finanzielle Situation von Haushalten mehrdimensional und durch die gemeinsame Verteilung von Konsum, Einkommen und Vermögen gekennzeichnet.<sup>3)</sup> In einem noch laufenden Forschungsprojekt schätzen

<sup>1</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank (2016a); Casiraghi et al. (2016); Ampudia et al. (2018); Lenza und Slacalek (2019).

<sup>2</sup> Das nicht abgesicherte Zinsänderungsrisiko („unhedged interest rate exposure“) wurde in Auclert (2019) als die Differenz zwischen fällig werdenden Vermögenswerten und Verbindlichkeiten definiert.

<sup>3</sup> Vgl.: Fisher et al. (2018).

Le Blanc und Schmidt (2019b) die gemeinsame Verteilung von Konsum, Einkommen und Vermögen in Deutschland. Ein vorläufiges Resultat dieses Projektes ist, dass Konsum und Einkommen weniger ungleich verteilt sind als das Nettovermögen.

Für die Vermögensverteilung und -ungleichheit spielt auch das geerbte Vermögen eine große Rolle. Pasteau und Zhu (2018) analysieren ererbtes Vermögen als einen möglichen zusätzlichen Erklärungsfaktor für die Partnerwahl. Ein Hauptresultat ihrer Analyse ist, dass die Aussicht auf eine Erbschaft mehr als doppelt so wichtig für die Erklärung der Ehepartnerwahl als das Einkommen ist. Da in den nächsten Jahren mit einem Anstieg an Erbschaften gerechnet wird, ergeben sich daraus auch Implikationen für die Dynamik der Vermögensungleichheit.

Neben detaillierten Informationen zu Vermögensbestandteilen liefert das PHF auch Informationen zu den Erwartungen von Haushalten, die entscheidend für das Konsum- und Anlageverhalten sind.

Goldfayn-Frank und Wohlfahrt (2018) analysieren die Inflationserwartungen von Haushalten in Ost- und Westdeutschland. Sie dokumentieren, dass die Inflationserwartungen von Haushalten, die zur Wende in Ostdeutschland ansässig waren, um 1 Prozentpunkt höher ausfallen als die Inflationserwartungen der westdeutschen Haushalte. Als Erklärung für die signifikant höheren Inflationserwartungen der ostdeutschen Haushalte führen die Autoren die überraschend hohe Inflation an, die ostdeutsche Haushalte nach 1989 erlebten. Die unterschiedlichen Inflationserwartungen spiegeln sich bis heute im Anlageverhalten der in Ostdeutschland geborenen Personen wider.

In einem aktuell laufenden Forschungsprojekt untersuchen Kindermann et al. (2019) die Erwartungen der Haushalte bezüglich der Immobilienpreisentwicklung in den nächsten 12 Monaten. Bezieht man sich auf Haushalte, die Angaben dazu machen, wie sich die Immobilienpreise in ihrer Umgebung in den nächsten 12 Monaten entwickeln, zeigen sich zwei robuste Muster. Zum einen unterschätzen Haushalte tendenziell die zukünftige Immobilienpreisentwicklung.<sup>4)</sup> Zum anderen zeigt sich ein Unterschied zwischen Mieter- und Eigentümerhaushalten. Mieter erwarten höhere Preisanstiege als Eigentümerhaushalte, was besonders auf diejenigen zutrifft, die vorhaben, eine Immobilie zu erwerben.

Interessierte Forscher können für wissenschaftliche Projekte Zugang zu den anonymisierten Daten („Scientific Use File“) des PHF beantragen. Nähere Informationen und Formulare für die Beantragung der Daten können von der Seite der Bundesbank heruntergeladen werden: [www.bundesbank.de/phf-data](http://www.bundesbank.de/phf-data).

---

<sup>4</sup> Diese Ergebnisse können jedoch nicht verallgemeinert werden, da die zugrunde liegenden Daten nur den Aufschwung der Immobilienpreise kennen.

*Mittelwert und Median der Nettovermögen steigen weiterhin*

zwischen 2010 und 2014 auch zwischen 2014 und 2017 angestiegen (siehe nebenstehendes Schaubild). Insgesamt ergab sich zwischen 2014 und 2017 ein Anstieg des durchschnittlichen Nettovermögens um 18 300 € (+ 9 %) und des Medians um 10 400 € (+ 17 %).<sup>16)</sup> In der Mitte und im unteren Bereich der Verteilung findet man kaum Haushalte mit Immobilieneigentum und Aktienbesitz. Für die Entwicklung des Medians sind daher die gestiegenen Einkommen der Haushalte bedeutender, die die Haushalte in die Lage versetzen, mehr zu sparen und gleichzeitig die Notwendigkeit der Aufnahme neuer Konsumentenkredite verringern. Demgegenüber dürften die gestiegenen Immobilien- und Aktienpreise im oberen Bereich der Verteilung, wo Immobilien- und Aktienbesitz weit verbreitet sind, eine wesentliche Rolle für den Anstieg der Nettovermögen gespielt haben.

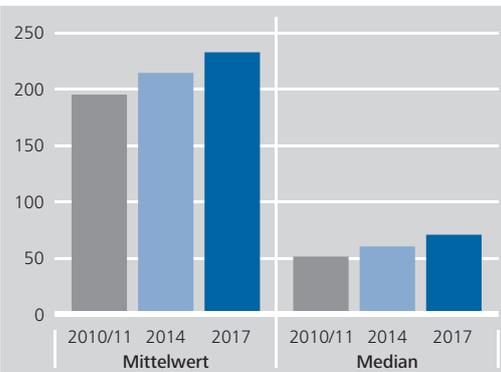
*Nettovermögen in der Breite angestiegen*

Generell sind die Werte angestiegen, welche die Nettovermögensverteilung<sup>17)</sup> in zehn gleich große Abschnitte unterteilen. Waren die Grenzen für die unteren vier Abschnitte im Jahr 2014 im Vergleich zu 2010 noch gesunken, erreichen sie im Jahr 2017 wieder das Niveau des Jahres 2010.<sup>18)</sup> Absolut gesehen sind die Anstiege aber gering und lagen in diesem Bereich der Verteilung zwischen 100 € und 4 200 €. In Euro gemessen sind die Anstiege im oberen Teil der Verteilung erwartungsgemäß größer. Um zu den vermögendsten 10 % der Haushalte in Deutschland zu gehören, waren im Jahr 2010 rund 442 000 €, im Jahr 2014 etwa 468 000 € und im Jahr 2017 gut 555 400 € nötig.<sup>19)</sup> Aber auch relativ zum Wert der jeweils letzten Befragung waren die prozentualen Anstiege in der oberen Hälfte der Verteilung stärker ausgeprägt als in der unteren Hälfte der Verteilung.

Die große Bedeutung von Immobilien für die Vermögen der privaten Haushalte und deren Verteilung wurde bereits in den ersten beiden Wellen der PHF-Studie deutlich.<sup>20)</sup> Folglich verwundert es nicht, dass die Vermögen vor allem in den Bereichen der Verteilung absolut und relativ zu den Werten für das Jahr 2014 stark angestiegen sind, in denen Eigentümerhaushalte

### Mittelwert und Median der Nettovermögensverteilung der privaten Haushalte in Deutschland

Tsd €, Stand: März 2019



Quellen: PHF 2010/2011, PHF 2014, PHF 2017.

Deutsche Bundesbank

besonders häufig zu finden sind, das heißt unter den 40 % der vermögendsten Haushalte.<sup>21)</sup>

In Folge dieser Entwicklungen sind Indikatoren, die auf den Abstand zwischen bestimmten Teilen der Vermögensverteilung abstellen, seit dem Jahr 2010 angestiegen.

*Absoluter Abstand der Ränder der Verteilung zum Median steigt*

**16** Soweit nicht anders angegeben, erfolgt die Betrachtung im Zeitablauf anhand nominaler Werte. Die Bestimmung inflationsbereinigter Vermögenswerte ist nicht unproblematisch, da es keinen allgemein akzeptierten Vermögenspreisindex gibt. In der Regel behilft man sich daher mit der Entwicklung der Verbraucherpreise oder verzichtet gänzlich auf den Ausweis inflationsbereinigter Werte. Da die kumulierte Inflationsrate, gemessen am Verbraucherpreisindex, zwischen 2014 und 2017 nur bei etwa 2,7 % lag, beeinflusst eine Inflationsbereinigung den Vergleich zwischen 2014 und 2017 kaum und verändert nicht die Tendenzangaben. Zwischen 2010 und 2014 stiegen die Verbraucherpreise kumuliert um 6,7 %. Inflationsbereinigt, d. h. in Preisen des Jahres 2010, lag der Anstieg gegenüber dem Jahr 2014 für den Mittelwert bei 10 800 € und für den Median bei 7 700 €.

**17** Die Diskussion konzentriert sich im Folgenden auf die Nettovermögensverteilung. Entsprechende Analysen für die Bruttovermögensverteilung lassen sich mithilfe der Tabellen im Anhang auf S. 32 ff. vornehmen.

**18** Über die Veränderung der Nettovermögen einzelner Haushalte geben diese Kennzahlen nur bedingt Auskunft, da Haushalte ihre Position in der Verteilung auch verändern können.

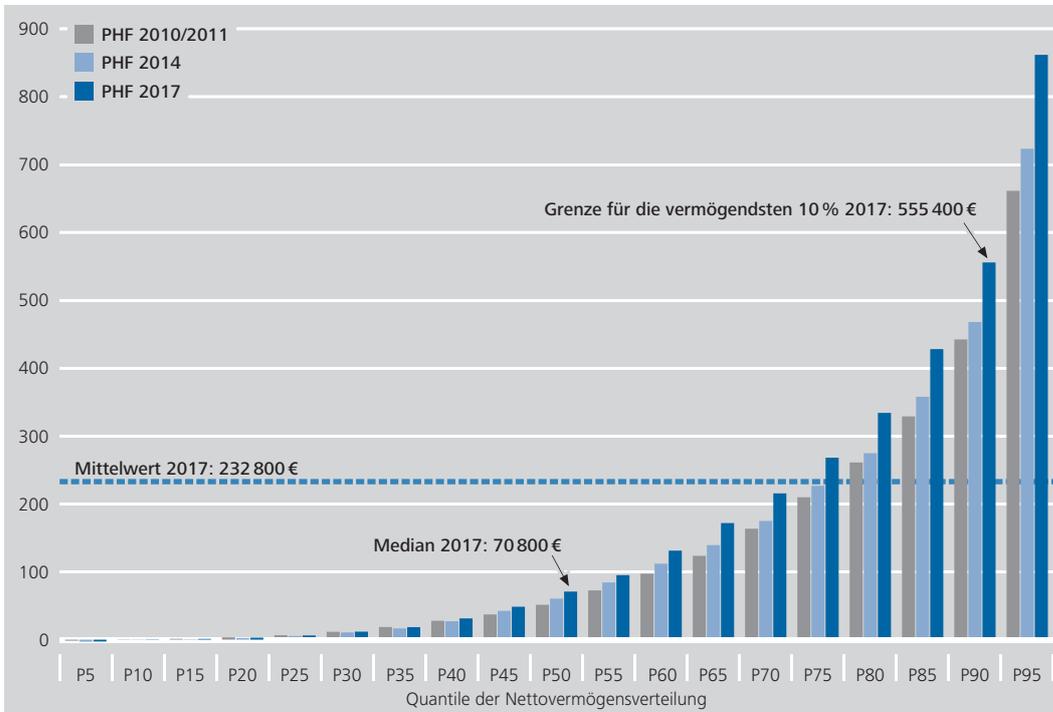
**19** In Preisen von 2010 lauten die Werte für das Jahr 2014 436 600 € und für das Jahr 2017 503 500 €.

**20** Vgl.: Deutsche Bundesbank (2013); sowie Deutsche Bundesbank (2016b).

**21** In diesem Bereich der Nettovermögensverteilung besitzen jeweils mehr als 60 % der Haushalte Immobilien.

### Verteilung der Nettovermögen\*) der privaten Haushalte in Deutschland: 2010, 2014 und 2017

Tsd €, Stand: März 2019



Quellen: PHF 2010/2011, PHF 2014, PHF 2017. \* Minima der jeweiligen Quantile.  
 Deutsche Bundesbank

So erhöhte sich zum Beispiel der Abstand zwischen dem oberen und dem unteren Viertel der Nettovermögensverteilung („Interquartilsabstand“) von rund 203 000 € auf nun 262 000 €. Dies entspricht einem Anstieg um fast 30 % von 2010 auf 2017.<sup>22)</sup>

*Immobilien wichtig für die Entwicklung der Vermögen im oberen Teil der Vermögensverteilung*

Bei der Betrachtung der Abstände zwischen den Dezilen der Verteilung und dem Medianwert als Mitte der Verteilung fällt auf, dass sich sowohl die unteren als auch die oberen Dezile weiter vom Medianwert entfernt haben. Der Abstand zwischen dem Median und dem ersten Dezil ist nun um etwa 19 400 € größer als noch im Jahr 2010. Der Abstand vom neunten Dezil zum Median stieg gegenüber 2010 um rund 93 600 €. Besonders der Bereich der Verteilung mit einem hohen Anteil an Immobilieneigentümern (siehe Schaubild auf S. 23) hat sich relativ gesehen zwischen 2010 und 2017 weiter vom Median entfernt. Diese Entwicklung spiegelt auch wider, dass der Anteil der Haushalte, die im Eigentum wohnen, in Deutschland unter

50 % liegt. Das heißt, der Medianhaushalt besitzt keine selbstgenutzte Immobilie und profitiert somit auch nicht von den gestiegenen Immobilienpreisen.

Die steigenden Abstände zwischen einzelnen Teilen der Nettovermögensverteilung deuten in der Tendenz auf einen Anstieg der Ungleichheit hin. Dagegen gehen andere in der Tabelle auf Seite 23 aufgeführten Maßzahlen zur Messung der Ungleichheit für die Verteilung der Nettovermögen der privaten Haushalte im Zeitablauf leicht zurück oder zeigen sich unverändert.

*Standardindikatoren zur Messung der Ungleichheit leicht gesunken*

Der Gini-Koeffizient und der Anteil der vermögendsten 10 % der Haushalte am gesamten Nettovermögen haben sich um 2 beziehungs-

<sup>22</sup> Der Interquartilsabstand ist ein Maß für die Streuung von Daten. Bei der Interpretation ist zu beachten, dass der Interquartilsabstand auch dann ansteigen würde, wenn sich die Vermögen aller Haushalte um denselben Faktor erhöhen würden. In Preisen des Jahres 2010 beträgt der Interquartilsabstand im Jahr 2017 etwa 237 200 € (+ 17 % gegenüber dem Jahr 2010).

weise 5 Prozentpunkte reduziert. Das Verhältnis von Mittelwert zu Median und die Relation der Grenze zwischen den 10 % Vermögendsten und dem Median haben sich nur geringfügig verändert. Die untere Hälfte der Vermögensverteilung besitzt nach wie vor etwa 3 % des gesamten Nettovermögens (siehe Schaubild auf S. 25). Der Anteil der oberen 10 % der Haushalte am Gesamtvermögen sank von rund 60 % im Jahr 2014 auf 55 % im Jahr 2017. Dafür erhöhte sich der Anteil der Gruppe zwischen dem neunzigsten Perzentil und dem Median im gleichen Zeitraum von 38 % auf 42 %.

Ähnliche kleinere Veränderungen dieser Indikatoren zeigten sich in der Vergangenheit auch in anderen Vermögensbefragungen für Deutschland und andere Länder, ohne dass dies zu einer veränderten Einschätzung bezüglich der Ungleichheit führte.<sup>23)</sup>

*Untererfassung von Vermögen am oberen Rand beeinflusst Ungleichheitsmaße*

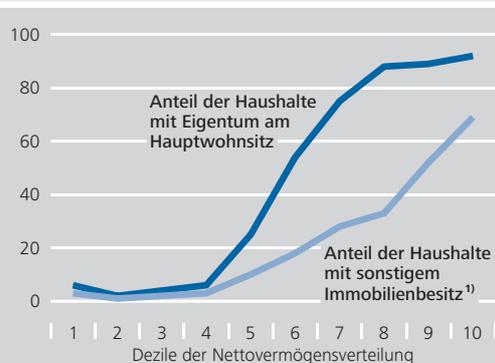
Die Rückgänge des Gini-Koeffizienten und des Anteils der Haushalte im oberen Zehntel der Verteilung am gesamten Nettovermögen sollte auch aufgrund von bekannten Problemen mit der Erfassung des Vermögens am oberen Rand nicht überbewertet werden.<sup>24)</sup> Für die Erhebungswelle 2017 scheint es insbesondere zu einer Untererfassung von Betriebsvermögen am oberen Rand der Verteilung gekommen zu sein. Zudem beteiligten sich im Vergleich zu den Erhebungswellen der Jahre 2010 und 2014 weniger Haushalte mit sehr hohen Vermögen an der Befragung. Beides kann ursächlich für den leichten Rückgang einiger Verteilungsmaße sein.

*Ungleichheit weiterhin auf hohem Niveau*

Insgesamt lässt sich aus den Zahlen kein eindeutiger Trend in Bezug auf die Entwicklung der Ungleichheit hinsichtlich der Nettovermögensverteilung ablesen. Die Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland sind weiterhin ungleich verteilt.

### Immobilienbesitz entlang der Nettovermögensverteilung

Anteil der Haushalte in %, Stand: März 2019



Quelle: PHF 2017. <sup>1</sup> Sonstiger Immobilienbesitz beinhaltet hier nur Immobilien, die nicht für unternehmerische Tätigkeit genutzt werden.

Deutsche Bundesbank

### Indikatoren zur Verteilung der Nettovermögen in den Jahren 2010/2011, 2014 und 2017

Position	2010/2011	2014	2017
Interquartilsabstand P90-P10	203 000 € 442 000 €	221 000 € 468 000 €	262 000 € 555 000 €
Mittelwert/Median P90/P50	3,8 8,6	3,6 7,8	3,3 7,8
Gini-Koeffizient	76%	76%	74%
Anteil vermögendste 10 % am gesamten Nettovermögen	59%	60%	55%

Quelle: PHF 2017 – Datenstand 3/2019.

Deutsche Bundesbank

<sup>23</sup> In Italien schwankt der Gini-Koeffizient für das Nettovermögen seit Mitte der 1990er Jahre zwischen 60 % und 64 % (Banca d'Italia (2018)), in Österreich seit dem Jahr 2010 zwischen 76 % und 73 % (Oesterreichische Nationalbank (2019)), und auch für Deutschland zeigte sich (auf Basis der Daten aus dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)) in der Vergangenheit immer wieder ein leichtes Auf und Ab des Gini-Koeffizienten in einer Größenordnung von 1 bis 2 Prozentpunkten (vgl.: Deutsche Bundesbank (2016a), S. 20–22 und Schaubild S. 19; Grabka und Westermeier (2014)).

<sup>24</sup> Vgl.: Vermeulen (2016); Grabka und Westermeier (2014); Deutsche Bundesbank (2013); Chakraborty und Waltl (2018).

## Selbsteinschätzung zur Position in der Vermögensverteilung

In der PHF-Studie für das Jahr 2017 wurden Haushalte das erste Mal dazu befragt, wie sie sich selbst in der Vermögensverteilung einordnen würden. Theoretisch gehören jedem Dezil 10 % der Haushalte an. An den Antworten zeigt sich jedoch am oberen Rand der Verteilung eine klare Tendenz zur Unterschätzung der eigenen Vermögensposition (siehe unten stehendes Schaubild). Nicht einmal 3 % der befragten Haushalte ordneten sich einem der beiden oberen Dezile zu, dafür sehen sich aber jeweils um die 20 % der Haushalte zu jedem der mittleren drei Dezile zugehörig.<sup>1)</sup> Am unteren Rand der Verteilung sortieren sich jeweils etwas mehr als 10 % in die entsprechenden Dezile ein.

Setzt man die Selbsteinschätzung mit der tatsächlichen Position in der Verteilung in Relation, zeigt sich, dass mit dem in der Erhebung gemessenen Nettovermögen nicht nur der Anteil der Haushalte steigt, die sich in das falsche Dezil einsortieren, sondern auch die durchschnittliche Abweichung des geschätzten zum tatsächlichen Dezil. Andererseits gilt aber auch, dass das durch-

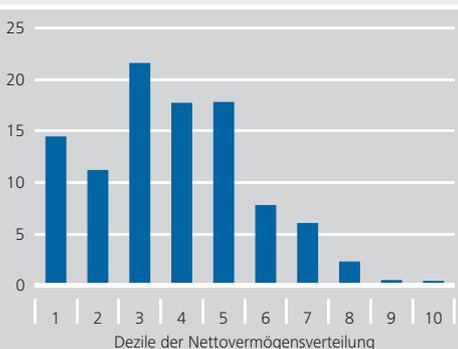
schnittliche Vermögen der Haushalte umso höher ist, je weiter oben sie sich in der Verteilung einsortieren.

Um eine korrekte Einstufung vornehmen zu können, müsste ein Haushalt Kenntnis von der tatsächlichen Vermögensverteilung haben und sein eigenes gesamtes Nettovermögen korrekt einschätzen können. Mit zunehmendem Nettovermögen steigt in der Regel der Komplexitätsgrad der Vermögensstrukturen und es wird schwieriger für die Haushalte, eine Ad-hoc-Schätzung ihres Gesamtvermögens vorzunehmen.<sup>2)</sup> Zudem ist anzunehmen, dass nur sehr wenige Haushalte die tatsächliche Vermögensverteilung kennen. Vor diesem Hintergrund ist es allerdings erstaunlich, dass vor allem die Haushalte im unteren Teil der Verteilung, wo diese noch sehr flach verläuft, ihre Vermögensposition präziser einschätzen.

Weitere Analysen sind nötig, um festzustellen, ob die Selbsteinschätzung (im Vergleich zur tatsächlichen Position in der Vermögensverteilung) Auswirkungen auf das Konsum- und Sparverhalten der Haushalte hat.

### Selbsteinschätzung hinsichtlich der Position des eigenen Haushalts in der Vermögensverteilung

Anteil der Haushalte in %, Stand: März 2019



Quelle: PHF 2017.  
Deutsche Bundesbank

<sup>1</sup> Eine vergleichbare Struktur zeigte sich 2014 und 2016 auch in Österreich. Vgl. hierzu: Oesterreichische Nationalbank (2019).

<sup>2</sup> Nicht zuletzt deshalb werden in der PHF-Studie Werte für einzelne Vermögens- und Schuldenarten erhoben und daraus das Nettovermögen des Haushalts berechnet.

## Die Struktur der Vermögen privater Haushalte im Jahr 2017 im Vergleich zu den Jahren 2014 und 2010

Gesamtwirtschaftlich waren die letzten Jahre in Deutschland von einem hohen Beschäftigungsgrad, steigenden Aktienkursen, niedrigen Einlagen- und Kreditzinsen und in vielen Regionen steigenden Immobilienpreisen gekennzeichnet. Diese Entwicklungen haben sich auch auf die Vermögenssituation und das Anlageverhalten der privaten Haushalte ausgewirkt, wie die oben angesprochenen Strukturen bereits andeuten. Ein genauerer Blick auf einzelne Vermögensgegenstände und Teile der Vermögensverteilung liefert weitere Indizien.

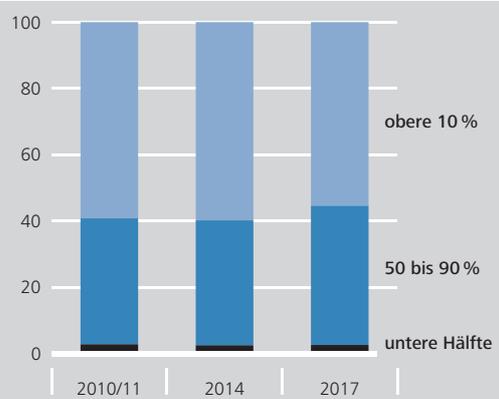
*Vermögenszuwächse bei Immobilienbesitzern ...*

So schlagen sich etwa die steigenden Immobilienpreise in einem höheren Immobilienvermögen für Haushalte mit Eigentum am Hauptwohnsitz nieder, sowohl gemessen am Durchschnitt (+ 27 400 €) als auch am Median (+ 37 200 €).<sup>25)</sup>

Die steigenden Preise für Wohnimmobilien können sich indirekt auch auf die Höhe von Hypothekenkrediten auswirken, wenn etwa Haushalte sich nun stärker verschulden müssen, um sich eine Immobilie leisten zu können, oder wenn Immobilien angesichts der niedrigen Kreditzinsen nun stärker beliehen werden. Der Median der Hypothekenschulden lag im Jahr 2017 bei 81 000 €, im Vergleich zu 76 400 € im Jahr 2014. Nicht nur der Median, auch die durchschnittlich noch ausstehenden Hypothekenschulden haben sich für die Haushalte mit Hypothekenkrediten um etwa 14 000 € erhöht.<sup>26)</sup> Den Hypothekenschulden stehen aber noch stärker gestiegene Immobilienvermögen gegenüber. Die relativ gesehen größten Zuwächse an Hypothekenschulden sind bei den Haushalten zu finden, die nach dem Nettovermögen zu den 10 % der Vermögendsten gehören.<sup>27)</sup> Der unbedingte Mittelwert für Hypothekenschulden stieg in diesem Bereich der Verteilung um rund 28 700 € an. Diese Haushalte verfügen in der Regel über ausreichend finanzielle

### Anteil am gesamten Nettovermögen der privaten Haushalte

in %, Stand: März 2019



Quellen: PHF 2010/11, PHF 2014, PHF 2017.

Deutsche Bundesbank

Mittel, um die Eigenkapitalanforderungen an einen Hypothekenkredit erfüllen zu können. Wie unten im Abschnitt „Verschuldungssituation der Haushalte“ dargestellt wird, ist auch die Belastung der verschuldeten Haushalte insgesamt durch Kreditzinsen gemessen am Einkommen zurückgegangen.

Die Entwicklung des Aktien- und Fondsbesitzes spiegelt die zwischen 2014 und 2017 gestiegenen Aktienkurse wider. Im Durchschnitt stieg der Wert des Aktienbesitzes für die Haushalte mit direkter Aktienhaltung um etwa 5 000 € beziehungsweise 13 % an, der Medianwert lag dagegen nahezu unverändert bei nicht ganz 10 000 €. Der deutsche Aktienindex legte zwischen Mitte April 2014 und Mitte April 2017

*... und Haushalten mit Aktienbesitz*

<sup>25</sup> Der aktuelle hypothetische (Wiederverkaufs-)Wert einer Immobilie wird in der Befragung von den Haushalten selbst geschätzt. Neben dem selbst geschätzten derzeitigen Wert geben Haushalte auch den ursprünglichen Kaufpreis an, der oftmals länger in der Vergangenheit liegt. Der Unterschied zwischen beiden Preisen wird Plausibilitätsprüfungen unterzogen.

<sup>26</sup> Bei der Interpretation dieser Werte ist zu beachten, dass hier auf den aktuell noch ausstehenden Kreditbetrag Bezug genommen wird und daher schon vor längerer Zeit aufgenommene und neu abgeschlossene Kredite zusammen betrachtet werden.

<sup>27</sup> Für diese Gruppe von sehr vermögenden Haushalten ist der Anteil der Haushalte, die Immobilien neben dem Hauptwohnsitz besitzen, um 5 Prozentpunkte gestiegen. Ein Teil der Zuwächse bei den Hypothekenkrediten ist daher wohl auf Neubauten oder Ankäufe von weiteren Immobilien zurückzuführen.

fast 30 % zu. Der in der PHF-Studie gemessene Anstieg fällt also geringer aus. Allerdings ist es anhand der Daten nicht möglich, die Wertentwicklung von eventuellen Zu- und Verkäufen gesondert zu betrachten. Außerdem kann die Veränderung hinsichtlich der Zusammensetzung der Aktienbesitzer nicht berücksichtigt werden. Verkaufen zum Beispiel Haushalte mit großen Aktienportfolios einen Teil ihres Besitzes und investieren andere Haushalte kleinere Beträge am Aktienmarkt, kann dies den Durchschnittswert und auch den Median beeinflussen, obwohl sich der Anteil an Haushalten mit Aktienbesitz nicht verändert. Diese Dynamik könnte auch ein Grund für die gesunkenen Werte für den Fondsbesitz sein.

*Weniger Haushalte mit längerfristigen Finanzanlagen*

Innerhalb des Finanzvermögens fällt der Anstieg des Vermögens auf Girokonten auf. Gegenüber dem Jahr 2014 haben sich die durchschnittlichen Guthaben auf Girokonten um 65 % erhöht, und auch der Median stieg in ähnlichem Umfang an. Die Entwicklung deutet darauf hin, dass die privaten Haushalte in Deutschland weiterhin eine Präferenz für liquide und als risikoarm empfundene Anlageformen haben.

Nach wie vor besitzt fast jeder Haushalt in Deutschland ein Girokonto. Leicht rückläufig war dagegen der Anteil der Haushalte, der längerfristige Finanzanlagen sein Eigen nennt, wie Produkte zur privaten Altersvorsorge,<sup>28)</sup> aus denen noch keine Auszahlungen erfolgen, kapitalbildende Lebensversicherungen oder Sparkonten.

*Entwicklung des Finanzvermögens in der PHF-Studie unterschätzt Dynamik*

Insgesamt ist das durchschnittliche in der PHF-Studie nachgewiesene Finanzvermögen zwischen 2014 und 2017 nur geringfügig angestiegen (+ 5 %), sprich die Summe aus den Guthaben auf Giro- und Sparkonten, dem Wert von Fonds und Aktien, privater Altersvorsorgeprodukte (inkl. kapitalbildender Lebensversicherungen) und sonstigem Finanzvermögen. Die gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung<sup>29)</sup> weist zwischen 2014 und 2017 einen deutlich höheren Anstieg des Bruttofinanzvermögens um 313,2 Mrd € aus (+ 15,6 %). Allerdings sind

die in der PHF-Studie und der Finanzierungsrechnung verwendeten Konzepte und Abgrenzungen von Vermögenswerten nicht identisch. Auch ist bereits aus den früheren Erhebungen bekannt, dass das Finanzvermögen in Befragungen tendenziell untererfasst ist.<sup>30)</sup>

Ein Vergleich der Ergebnisse der PHF-Studie und der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung erscheint dennoch hilfreich. In beiden Bilanzen stieg der Wert der Sichteinlagen an, während der Wert der Spareinlagen zwischen 2014 und 2017 sank. Auch der Anstieg des Aktienvermögens und des Wertes von Fonds findet sich sowohl in der PHF-Studie als auch in der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung. Insgesamt sind die Anstiege und Rückgänge dieser Vermögenskomponenten im PHF geringer als in der Finanzierungsrechnung.<sup>31)</sup>

Unternehmen, in denen der Haushalt eine aktive Rolle einnimmt, zählen in der PHF-Studie zum Sachvermögen und werden mit dem vom Haushalt geschätzten hypothetischen Verkaufswert angesetzt.<sup>32)</sup> Die PHF-Studie aus dem Jahr 2017 zeigt, dass sich der Anteil der Haushalte mit Unternehmensbesitz nicht verändert hat. Das durchschnittliche Betriebsvermögen ging zurück, während der Median anstieg. Diese Struktur weist auf ein Problem bei der Erfassung

*Betriebsvermögen am oberen Rand nicht vollständig abgebildet*

<sup>28</sup> Eine vergleichbare Entwicklung zeigen Statistiken der Versicherungswirtschaft (vgl.: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (2018)).

<sup>29</sup> Der Vergleich mit der Finanzierungsrechnung kann ausschließlich für die (unbedingten) Mittelwerte angestellt werden. Die Finanzierungsrechnung liefert keine Informationen zum Anteil der Haushalte, die bestimmte Vermögensgegenstände besitzen und auch keine Verteilungsinformationen.

<sup>30</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank (2013), S. 28 f.

<sup>31</sup> Zum Anstieg in der Finanzierungsrechnung trägt auch eine Erhöhung der Bargeldbestände um rd. 63 Mrd € bei. Diese Position wird im Vermögenskonzept der PHF-Studie nicht berücksichtigt. Außerdem steigen die Ansprüche an Versicherungssysteme in den gesamtwirtschaftlichen Rechenwerken deutlich an, die in der PHF-Studie nicht im gleichen Umfang und gleicher Abgrenzung wie in der Finanzierungsrechnung erhoben werden und daher nicht vergleichbar sind.

<sup>32</sup> Die konkrete Frage lautet „Wieviel ist der Betrieb beziehungsweise das Unternehmen nach Abzug von Verbindlichkeiten wert? Hier meine ich: für welche Summe könnten Sie Ihr Eigentum verkaufen, wenn Sie alle dazu gehörenden Vermögenswerte berücksichtigen und die Verbindlichkeiten abziehen?“ Die Frage ist über die einzelnen Erhebungswelten des PHF hinweg unverändert.

## Portfoliostruktur der privaten Haushalte in Deutschland

Position	Anteile der Haushalte in %			Mittelwert (bedingt) in €			Median (bedingt) in €		
	2010	2014	2017	2010	2014	2017	2010	2014	2017
Sachvermögen	80	81	83	218 600	229 500	249 100	89 200	90 900	106 900
Eigentum am Hauptwohnsitz	44	44	44	205 800	231 400	258 800	168 000	162 000	199 200
Fahrzeuge und Wertgegenstände	73	75	78	13 000	13 300	13 600	7 080	7 000	8 000
Betriebsvermögen	10	10	10	333 600	338 800	309 900	20 000	21 600	26 600
Finanzvermögen	99	99	99	47 400	54 200	56 800	17 100	16 500	16 900
Girokonten	99	99	99	3 400	4 300	7 100	1 200	1 100	1 800
Sparkonten (ohne private Altersvorsorge)	78	72	70	22 500	29 400	27 600	9 700	8 900	9 900
Private Altersvorsorge insgesamt (inkl. Lebensversicherungen)	47	46	43	27 200	28 300	33 200	11 400	13 500	15 400
Fondsanteile (ohne private Altersvorsorge)	17	13	16	29 000	39 800	37 500	10 000	14 800	12 900
Aktien	11	10	11	29 100	38 700	43 700	8 600	9 800	9 900
Verschuldung	47	45	45	56 900	57 000	65 200	12 600	15 200	19 800
Hypothekenschulden	21	20	21	110 200	111 100	125 100	80 000	76 400	81 000
Unbesicherte Kredite	35	33	33	9 600	9 500	10 800	3 200	3 500	4 900

Quellen: PHF 2010/2011, PHF 2014, PHF 2017 – Datenstand 3/2019.  
 Deutsche Bundesbank

von Haushalten mit sehr großen Betriebsvermögen hin.<sup>33)</sup> Betriebsvermögen ist ebenso wie Aktienvermögen bei den vermögenden Haushalten im oberen Teil der Verteilung konzentriert und eine der am ungleichsten verteilten Vermögensarten.<sup>34)</sup> Einzelne extrem hohe Werte können daher einen großen Einfluss auf die gemessenen Durchschnitte und die Ungleichheit für diese Vermögensart, aber auch für das Nettovermögen insgesamt haben.

Auf der Passivseite der Haushaltsbilanzen ergaben sich die oben bereits angesprochenen Zuwächse bei den Hypothekenkrediten. Auch der ausstehende Betrag für unbesicherte Kredite ist im Jahr 2017 angestiegen. Der Median liegt nun bei 4 900 €, nach 3 500 € im Jahr 2014 und 3 200 € im Jahr 2010. Der Anteil der Haushalte mit unbesicherten Krediten blieb hingegen zwischen 2014 und 2017 konstant bei 33 %. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, dass der Anteil der Haushalte mit negativem Nettovermögen, also Haushalte, deren Ver-

schuldung das Vermögen übersteigt, von 8,7 % im Jahr 2014 auf 7,5 % im Jahr 2017 leicht gesunken ist.<sup>35)</sup>

Die Struktur der Portfolios entlang der Nettovermögensverteilung hat sich zwischen 2010 und 2017 kaum verändert. Während im oberen Teil der Verteilung das Sach- und Immobilienvermögen den überwiegenden Teil des Vermögens darstellt, sind in der unteren Hälfte der Verteilung fast ausschließlich Finanzvermögen vorzufinden (siehe Schaubild auf S. 28). Die Höhe der ausstehenden Kreditschulden steigt mit dem Nettovermögen an.

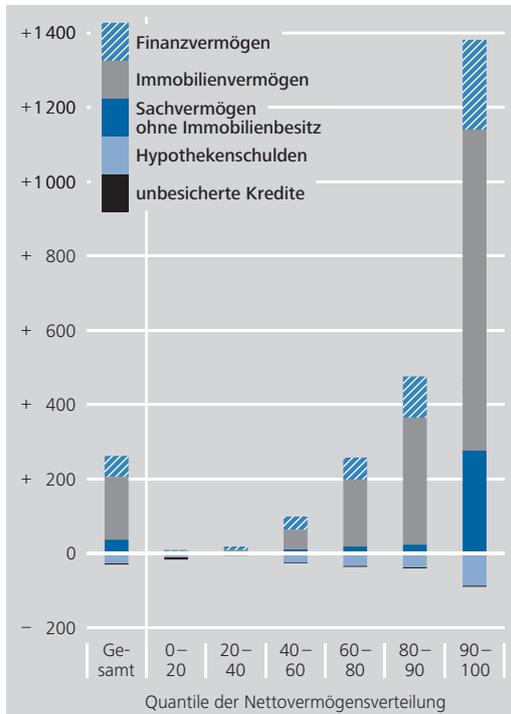
*Zusammensetzung der Vermögen entlang der Vermögensverteilung unverändert*

*Ausstehende Beträge für Kredite steigen*

<sup>33</sup> Allerdings ist es aufgrund von Abgrenzungsproblemen und unterschiedlichen Wertansätzen nicht einfach, Vergleichswerte zu finden (vgl.: Chakraborty und Waltl (2018)).  
<sup>34</sup> Selbst wenn nur die Besitzer von Unternehmen berücksichtigt werden, liegt der Gini-Koeffizient bei etwa 85 %.  
<sup>35</sup> Werden auch Haushalte mit einem Nettovermögen von 0 € berücksichtigt, ergeben sich Anteile von 10 % für das Jahr 2010 bzw. 9 % für das Jahr 2014.

### Zusammensetzung des Vermögens der privaten Haushalte nach seiner Höhe\*)

Vermögen bzw. Schulden in Tsd €, Stand: März 2019



Quelle: PHF 2017. \* Mittelwerte (unbedingte).  
 Deutsche Bundesbank

Ein Rückgang der Sparanstrengungen gemessen am Anteil der Haushalte, die angeben regelmäßig zu sparen, ist in den im Jahr 2017 erhobenen Daten nicht zu erkennen. Etwa 63 % der Haushalte geben an, monatlich einen festen Betrag zu sparen. Damit ist der Anteil sogar um 4 Prozentpunkte höher als im Jahr 2014. Gleichzeitig ist der Anteil der Haushalte, die angeben, nicht sparen zu können, weil ihnen die finanziellen Mittel dazu fehlen, um 4 Prozentpunkte gesunken. Die gute Lage am Arbeitsmarkt dürfte hierfür eine Rolle spielen.

*Mehr als die Hälfte der Haushalte spart regelmäßig*

Die PHF-Studie gibt über die drei Wellen hinweg auch Aufschluss darüber, aus welchen Gründen Haushalte sparen. Bei den Sparmotiven lassen sich im Zeitablauf Veränderungen erkennen. Zwischen 2010 und 2017 ist der Anteil der Haushalte angestiegen, die als wichtigstes Sparmotiv den Erwerb von Immobilien angeben. Vor allem bei jüngeren Haushalten, für die dieses Motiv traditionell besonders wichtig ist, war zwischen 2010 und 2014 ein Anstieg zu verzeichnen (siehe Schaubild auf S. 29), während zwischen 2014 und 2017 ein leichter Rückgang zu erkennen ist.

*Sparmotive ändern sich*

## ■ Sparen und Vermögen

Die oben beschriebene Struktur der Vermögensbestände kann sich nicht nur durch einen Anstieg oder Rückgang bestimmter Vermögenspreise ändern, sondern wird zu einem Teil auch durch das Spar- und Anlageverhalten der Haushalte bestimmt. Anpassungen am Spar- und Anlageverhalten wirken sich zwar in der Regel erst über einen längeren Zeitraum auf die Zusammensetzung der Vermögen aus, sind aber dennoch für die Wirkung von geldpolitischen Maßnahmen relevant.

Analysen auf Basis einer Sondererhebung im Rahmen der PHF-Studie zeigen für das Jahr 2016, dass die Haushalte in ihrem Sparverhalten in gewissem Maß auf die niedrigen Zinsen reagieren.<sup>36)</sup> Dabei deutet sich eine Tendenz sowohl zu geringeren Sparanstrengungen als auch zu einer Anpassung der Sparziele an.

In den letzten drei Jahren ist ebenfalls der Anteil von Haushalten angestiegen, für die der wichtigste Spargrund die Renovierung, Sanierung oder der Ausbau einer Immobilie ist.<sup>37)</sup> Etwa 9 % nennen 2017 dieses als wichtigstes Sparmotiv. Die Preissteigerungen bei Immobilien stellen offenbar Anreize dar, in den Erhalt und die Aufwertung von Immobilien zu investieren. Die geringen Zinsen erlauben es auch, Kredite zu günstigen Konditionen für die Sanierung einer selbstgenutzten Immobilie aufzunehmen.

Gesunken ist hingegen der Anteil der Haushalte, die als wichtigstes Sparmotiv „Altersvorsorge“ nennen, von 22 % im Jahr 2010 auf 17 % im Jahr 2017. Dieser Rückgang ist konsis-

*Weniger Haushalte mit Sparmotiv Altersvorsorge*

<sup>36)</sup> Vgl.: Marek (2017).

<sup>37)</sup> Dieses Sparmotiv wird erst seit dem Jahr 2014 mit abgefragt.

tent mit dem oben beschriebenen Rückgang des Anteils der Haushalte mit längerfristigen Sparanlagen und Verträgen zur privaten Altersvorsorge. Die abnehmende Bedeutung dieses Sparmotivs zeigte sich schon zwischen 2010 und 2014 und ist in allen Altersgruppen zu beobachten, besonders stark aber bei den älteren Haushalten ab 65 Jahren. Für die letztgenannte Gruppe ist Sparen zunehmend durch die Unterstützung von Kindern und Enkeln sowie für Erbschaft und Schenkung motiviert.

## Verschuldungssituation der privaten Haushalte

Im bisherigen Verlauf des Aufsatzes wurden vor allem das Vermögen von privaten Haushalten und seine Struktur betrachtet. Für Zentralbanken ist aber nicht nur das Anlageverhalten, sondern sind auch die Kreditentscheidungen von Haushalten von Interesse. Die Verschuldungssituation der Haushalte lässt sich an unterschiedlichen Indikatoren festmachen, etwa am Anteil der verschuldeten Haushalte, über die Schuldenhöhe bis hin zu Maßen für die Schuldentragfähigkeit der Haushalte.

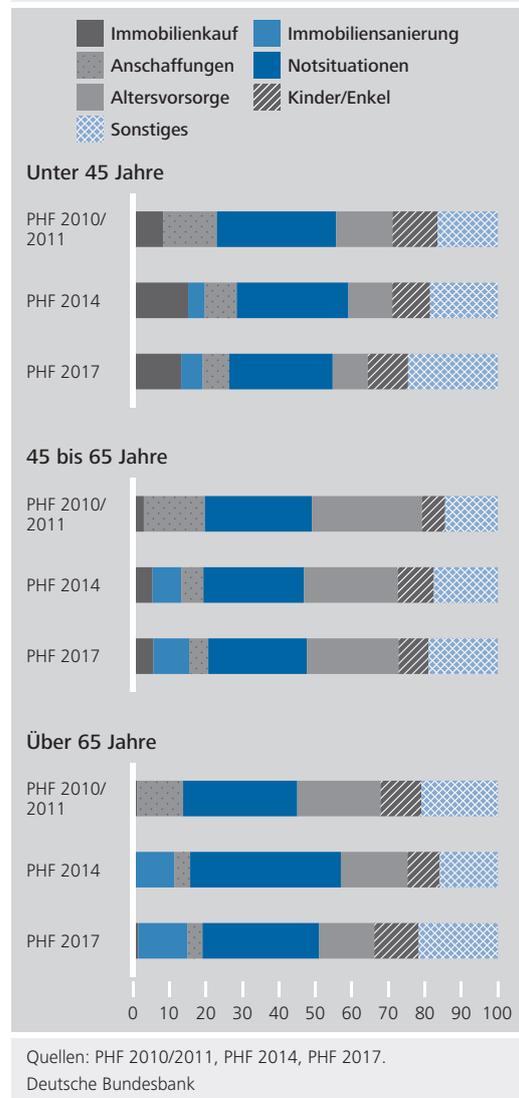
*Anteil verschuldeter Haushalte unverändert*

Der Anteil der verschuldeten Haushalte hat sich zwischen 2010 und 2017 laut PHF-Studie kaum verändert, nach wie vor haben etwa 45 % der Haushalte in irgendeiner Form ausstehende Schulden.<sup>38)</sup> Auch an den grundlegenden Strukturen hat sich nur geringfügig etwas verändert: Hypothekenschulden sind bei einer geringeren Zahl von Haushalten zu finden als unbesicherte Kreditarten, die ausstehenden Beträge sind bei Hypothekenkrediten aber erwartungsgemäß deutlich höher (Median: 81 000 €) als bei anderen Krediten (Median: 4 900 €). Beide Werte sind gegenüber dem Jahr 2014 angestiegen, insbesondere die ausstehenden Beträge für unbesicherte Kredite sind immer noch niedrig.

Wichtiger als die absolute Höhe der ausstehenden Schulden ist die Schuldentragfähigkeit, also das Zusammenspiel aus Einkommen, Schuldenhöhe und Schuldendienst. Die Relation aus

### Wichtigstes Sparmotiv nach Alter der Referenzperson

in %, Stand: März 2019



Schuldendienst, das heißt Zins- und Tilgungszahlungen, und dem Nettoeinkommen wird zum Beispiel häufig für Analysen im Zusammenhang mit Finanzstabilitätsfragen und im geldpolitischen Kontext herangezogen.<sup>39)</sup>

Mit dem Einkommen steigen sowohl der Anteil der Haushalte mit ausstehenden Schulden als auch die ausstehenden Beträge für diese Gruppe von Haushalten. Von den Haushalten

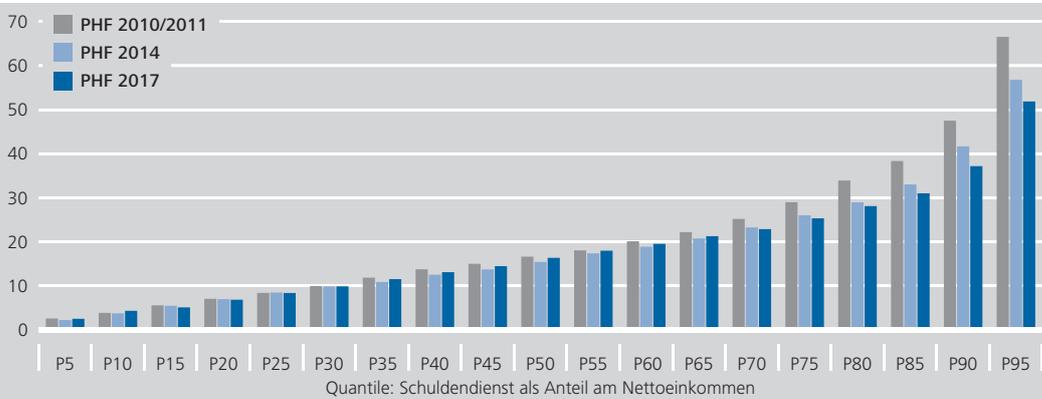
*Anteil verschuldeter Haushalte steigt mit dem Einkommen an*

<sup>38</sup> Hierzu zählen in der PHF-Studie neben Hypothekenkrediten auch unbesicherte Kredite bis hin zu überzogenen Girokonten oder Geldschulden gegenüber anderen Haushalten.

<sup>39</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank (2019).

### Verteilung des Schuldendienstes als Anteil am Nettoeinkommen für verschuldete Haushalte\*)

in %, Stand: März 2019



Quellen: PHF 2010/2011, PHF 2014, PHF 2017. \* Die Anteile beziehen sich auf verschuldete Haushalte, die Schulden abzahlen.  
 Deutsche Bundesbank

mit einem jährlichen Nettoeinkommen bis etwa 13 200 € hatten im Jahr 2017 rund 32 % ausstehende Schulden, in der Gruppe der Haushalte mit einem jährlichen Nettoeinkommen von mehr als 37 200 € waren es dagegen etwas mehr als 60 %.

der Reduktion des Schuldendienstes relativ zum Nettoeinkommen kann also auf die geringeren Zinszahlungen für neu aufgenommene Kredite oder Kredite mit ausgelaufener Zinsbindung zurückgeführt werden.

*Schuldendienst als Anteil am Nettoeinkommen zurückgegangen*

Der Anteil von Zinszahlungen und Tilgungsleistungen am Nettoeinkommen hat sich zwischen 2010 und 2017 von im Mittel 23 % auf nun 20 % reduziert. Wie das oben stehende Schaubild zeigt, gab es vor allem am oberen Rand dieser Verteilung Änderungen gegenüber dem Jahr 2014. Etwa ab dem siebten Dezil kommt es zu einem Rückgang. Das neunte Dezil beginnt im Jahr 2017 bereits bei 37 % des Nettoeinkommens; im Jahr 2010 hatte es noch 47 % und im Jahr 2014 42 % betragen. Demnach müssen auch Haushalte mit einer hohen Zins- und Tilgungsleistung im Jahr 2017 einen geringeren Teil ihres Einkommens für den Schuldendienst aufwenden.

### Zusammenfassung

Die PHF-Studie liefert einen Überblick über die finanzielle Lage der privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2017. Sie zeigt, dass die Durchschnittsvermögen der privaten Haushalte und der Median zwischen 2014 und 2017 deutlich angestiegen sind. Insbesondere in den Bereichen der Verteilung mit einem hohen Anteil an Eigentümern von Immobilien haben sich die Nettovermögen erhöht. Die Ergebnisse unterstreichen damit erneut die Bedeutung von Immobilien für die Vermögensbestände von privaten Haushalten.

*Zinslast als Anteil am Einkommen gesunken*

Für diese Entwicklung dürften zwei Aspekte eine Rolle spielen: die gestiegenen Nettoeinkommen der Haushalte und die anhaltend niedrigen Kreditzinsen. Wird nur der Zinsanteil zum Einkommen ins Verhältnis gesetzt, zeigt sich ein sehr starker Rückgang zwischen 2010 und 2017 um 4 Prozentpunkte auf nun durchschnittlich 6 % für verschuldete Haushalte. Ein großer Teil

Im Vergleich mit den Ergebnissen für die Jahre 2014 und 2010 zeigt sich zudem, dass die Haushalte in Deutschland weiterhin nur zögerlich in Wertpapiere investieren und einen substanziellen Teil ihres Finanzvermögens in liquiden und als risikoarm empfundenen Anlageformen halten, obwohl diese derzeit nur geringe Renditen abwerfen. Es gibt erste Anzeichen dafür, dass weniger Haushalte in längerfristige Anlagen in-

vestieren, wie etwa Verträge zur privaten Altersvorsorge oder kapitalbildende Lebensversicherungen. Auf der Verschuldungsseite profitieren die Haushalte von den niedrigen Kreditzinsen.

Die Ungleichheitsmaße veränderten sich im Jahr 2017 gegenüber 2014 nur geringfügig und lassen keinen eindeutigen Trend erkennen. Während die üblicherweise zur Messung der Ungleichheit verwendeten Indikatoren – wie Gini-Koeffizient und der Anteil der vermögendsten Haushalte am gesamten Nettovermögen – leicht zurückgingen, stieg der Abstand zwischen dem oberen und dem unteren Teil der Verteilung an. Nach wie vor ist Deutschland ein Land, in dem die privaten Vermögen ungleich verteilt sind.

Die PHF-Studie dokumentiert, dass sich die Vermögensverteilung und die grundlegenden Portfoliostrukturen der Haushalte in Deutschland nur langsam verändern. Auch in Zeiten starker Vermögenspreisanstiege, anhaltend niedriger Zinsen und einer guten konjunkturellen Lage ergaben sich keine größeren Verschiebungen im Bezug auf die gemessene Ungleichheit und die Portfoliostrukturen.

## ■ Tabellenanhang

In dem Aufsatz zu den Ergebnissen der PHF-Studie konnte nur eine kleine Auswahl von Kenn-

zahlen zur finanziellen Lage der deutschen Haushalte präsentiert werden. Im folgenden Anhang werden weitere Tabellen zur Verfügung gestellt. Diese zeigen jeweils den Anteil der Haushalte, die im Besitz des jeweiligen Vermögensgegenstands oder verschuldet sind (Prävalenzraten), den bedingten Mittelwert und den bedingten Median. „Bedingt“ bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Mittelwerte und Mediane jeweils nur für die Haushalte berechnet werden, die einen bestimmten Vermögensgegenstand besitzen beziehungsweise auf eine bestimmte Art verschuldet sind. Ist keine Prävalenzrate angegeben, so liegt diese bei 100 %, und die Mittelwerte und Mediane beziehen sich auf alle Haushalte. Die genannten Kennzahlen werden sowohl insgesamt als auch jeweils aufgegliedert nach dem Alter, der Nationalität, der sozialen Stellung, der schulischen sowie der beruflichen Bildung der Referenzperson,<sup>40</sup> dem Haushaltstyp, der Region, in der ein Haushalt lebt, und dessen Wohnsituation dargestellt. Zusätzlich werden die Haushalte noch nach ihrer Position in der Nettovermögens- und Bruttoeinkommensverteilung unterschieden.

---

<sup>40</sup> Die Referenzperson ist dabei immer die Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt. Haben zwei oder mehrere Haushaltsmitglieder ein gleich hohes Einkommen, wird eine Person zufällig ausgewählt.

### Prävalenzrate, Mittelwert und bedingte Verteilung von Brutto-, Netto-, Sach-, Finanzvermögen und Verschuldung sowie jährlichem Brutto- und Nettoeinkommen

Angaben in €

Position	Bruttovermögen	Nettovermögen	Verschuldung	Sachvermögen (brutto)	Finanzvermögen (brutto)	Bruttoeinkommen (jährlich)	Nettoeinkommen (jährlich, Selbsteinschätzung)
<b>Prävalenzrate in %</b>	100	100	45	83	99	100	100
<b>Mittelwert (bedingt)</b>	262 500	232 800	65 200	249 100	56 800	53 000	36 700
<b>Bedingte Verteilung</b>							
5. Perzentil	300	- 2 800	300	500	0	7 900	8 900
10. Perzentil	1 100	100	600	1 400	300	12 200	11 900
20. Perzentil	6 000	3 000	2 400	4 900	2 000	19 300	15 600
30. Perzentil	15 500	11 800	5 600	10 900	4 900	26 300	19 800
40. Perzentil	38 100	31 200	10 000	37 100	9 500	32 900	24 000
50. Perzentil	86 400	70 800	19 800	106 900	16 900	40 100	27 600
60. Perzentil	167 100	131 000	36 500	175 500	29 500	47 800	32 300
70. Perzentil	260 000	215 400	63 500	249 900	49 000	58 700	38 200
80. Perzentil	379 800	334 000	101 900	346 600	79 500	73 800	44 400
90. Perzentil	621 000	555 400	174 100	540 300	147 000	100 600	59 600
95. Perzentil	969 100	861 600	265 500	898 400	224 400	137 300	72 000

Deutsche Bundesbank

## Brutto- und Nettovermögen sowie Verschuldung gesamt und nach Eigenschaften des Haushalts

Angaben in €

Position	Bruttovermögen		Nettovermögen		Verschuldung		
	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median
<b>Alle Haushalte</b>	262 500	86 400	232 800	70 800	45	65 200	19 800
<b>Region</b>							
Ost 1)	110 400	26 700	93 200	23 400	45	38 200	9 700
West	302 500	123 300	269 600	92 500	45	72 300	24 700
davon: Region 1 2)	313 600	88 500	281 100	74 300	47	69 800	29 100
Region 2 3)	349 000	165 900	314 000	139 800	42	82 500	28 700
Region 3 4)	236 000	74 500	205 600	60 300	49	62 300	16 900
<b>Wohnsituation</b>							
Eigentümer ohne Hypothek	513 400	319 700	494 900	317 100	25	74 900	19 300
Eigentümer mit Hypothek	527 300	316 800	406 000	218 400	100	121 300	85 400
Mieter	61 400	13 400	54 900	10 400	38	17 000	5 000
<b>Haushaltstyp</b>							
Alleinlebende	156 500	27 400	141 800	22 200	33	44 200	10 000
Alleinerziehende	80 300	5 200	58 000	3 900	51	43 500	7 300
Paare ohne Kinder	360 700	194 700	330 800	167 300	44	67 500	26 900
Paare mit Kindern	361 500	196 300	295 100	115 300	76	88 000	39 500
Sonstige	221 800	54 300	194 800	47 900	44	61 600	7 600
<b>Alter der Referenzperson</b>							
16–24	16 400	6 600	13 000	4 500	41	8 200	4 800
25–34	88 800	17 400	64 500	13 600	57	42 500	7 300
35–44	210 700	82 900	162 300	56 300	65	74 900	29 500
45–54	389 200	174 100	339 900	138 700	60	81 900	41 700
55–64	352 100	202 100	317 100	180 900	48	73 600	30 000
65–74	328 300	171 800	313 200	166 800	28	54 600	8 900
75+	227 500	84 800	223 600	84 400	10	40 800	9 900
<b>Soziale Stellung der Referenzperson</b>							
Selbstständige	779 000	270 700	712 600	211 000	59	112 100	51 200
Beamte	346 800	245 600	294 200	170 500	62	84 200	21 400
Angestellte	259 300	97 500	216 100	76 900	59	72 900	29 300
Arbeiter 5)	143 500	42 600	114 900	26 900	58	48 900	22 600
Arbeitslose	40 400	1 500	35 000	600	37	14 700	1 200
Nichtberufstätige 6)	222 100	70 800	212 400	67 300	25	39 400	6 800
Rentner	229 000	91 500	223 800	87 700	16	31 700	6 300
Pensionäre	452 300	380 300	403 800	353 200	34	143 000	69 500
<b>Schulbildung der Referenzperson</b>							
ohne Schulabschluss	39 800	1 500	36 400	1 000	36	9 200	800
Haupt-/Volksschule	210 800	62 100	194 600	52 100	33	49 400	13 900
Realschule 7)	242 300	82 700	212 100	65 700	53	56 700	19 700
(Fach-)Hochschulreife	345 400	147 700	301 300	108 500	52	85 100	30 300
<b>Berufliche Bildung der Referenzperson</b>							
ohne beruflichen Abschluss	83 600	5 500	71 300	3 800	40	30 500	4 800
Beruflich-betrieblicher Abschluss 8)	220 000	72 400	196 100	59 800	45	52 800	17 700
Fachschulabschluss	440 700	235 300	397 900	195 000	45	94 200	50 500
Fachhochschulabschluss 9)	315 100	88 300	280 300	78 500	49	71 100	15 400
Hochschulabschluss 10)	431 500	221 800	377 400	175 400	48	112 200	49 600
<b>Nationalität der Referenzperson</b>							
deutsch	284 100	108 000	253 300	87 100	44	69 800	23 700
andere Nationalität	132 800	18 200	108 500	11 000	55	44 300	8 700
<b>Nettovermögen (Quantile)</b>							
0– 20 %	9 600	1 100	– 6 800	100	54	30 000	5 100
20– 40 %	18 800	13 500	13 300	11 800	35	15 400	4 200
40– 60 %	99 400	81 300	73 400	70 800	43	61 000	24 600
60– 80 %	258 000	250 700	222 100	215 400	47	76 200	50 000
80– 90 %	476 400	456 200	436 400	428 400	43	93 800	51 700
90– 100 %	1 381 500	955 800	1 292 100	861 600	53	170 100	92 600
<b>Bruttoeinkommen (Quantile)</b>							
0– 20 %	57 100	4 400	53 400	3 500	28	12 900	3 200
20– 40 %	149 400	34 000	140 400	29 800	36	25 000	5 700
40– 60 %	183 000	74 300	162 300	62 500	46	44 700	13 200
60– 80 %	270 100	173 200	234 200	118 100	54	66 400	29 500
80– 90 %	409 200	292 800	352 400	219 300	64	89 400	56 000
90– 100 %	897 900	523 600	796 900	456 100	60	167 100	99 400

1 Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen. 2 Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen. 3 Bayern, Baden-Württemberg, Hessen. 4 Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland. 5 Inkl. Landwirtschaft. 6 Inkl. (Früh-)Rentner/Pensionäre, Schüler, Wehrdienstleistende, Hausfrauen, Sonstige, usw. 7 Oder gleichwertiger Abschluss/10. Klasse POS. 8 Berufsausbildung im dualen System. 9 Inklusive Bachelorabschluss. 10 Bzw. Promotion.

## Sachvermögen (brutto) und Finanzvermögen (brutto) gesamt und nach Eigenschaften des Haushalts

Angaben in €

Position	Sachvermögen (brutto)			Finanzvermögen (brutto)		
	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median
<b>Alle Haushalte</b>	83	249 100	106 900	99	56 800	16 900
<b>Region</b>						
Ost <sup>1)</sup>	76	105 500	21 100	100	30 900	10 100
West	85	283 000	143 100	99	63 700	21 200
davon: Region 2 <sup>2)</sup>	82	319 400	144 600	99	53 400	15 900
Region 2 <sup>3)</sup>	88	308 100	164 000	100	77 200	30 600
Region 3 <sup>4)</sup>	81	226 100	118 800	99	52 200	15 400
<b>Wohnsituation</b>						
Eigentümer ohne Hypothek	100	407 300	250 400	100	106 200	50 800
Eigentümer mit Hypothek	100	462 400	264 200	100	65 100	31 600
Mieter	69	44 900	6 800	99	30 600	6 900
<b>Haushaltstyp</b>						
Alleinlebende	69	168 700	30 000	100	40 200	9 900
Alleinerziehende	63	99 600	8 300	94	18 300	2 700
Paare ohne Kinder	96	298 100	158 700	100	76 000	30 700
Paare mit Kindern	94	313 900	171 600	99	67 900	21 100
Sonstige	80	224 200	68 700	100	43 500	13 100
<b>Alter der Referenzperson</b>						
16–24	57	11 500	5 300	98	10 100	2 800
25–34	78	85 800	8 300	100	22 200	7 100
35–44	84	192 000	80 400	99	49 700	18 600
45–54	89	356 500	167 400	100	73 400	25 800
55–64	90	310 200	171 500	100	73 700	31 900
65–74	85	297 700	183 800	100	76 200	26 200
75+	76	230 800	113 100	100	53 200	16 700
<b>Soziale Stellung der Referenzperson</b>						
Selbstständige	96	697 700	220 800	100	110 400	36 400
Beamte	97	279 100	195 600	100	76 900	56 500
Angestellte	88	226 600	100 400	100	59 700	23 400
Arbeiter <sup>5)</sup>	86	136 400	50 800	100	25 800	9 300
Arbeitslose	48	45 000	2 700	97	19 300	600
Nichterwerbstätige <sup>6)</sup>	76	220 500	119 500	99	55 600	14 600
Rentner	78	219 900	119 300	99	58 300	17 200
Pensionäre	93	393 300	296 400	100	85 900	40 200
<b>Schulbildung der Referenzperson</b>						
ohne Schulabschluss	35	94 400	3 700	95	7 200	500
Haupt-/Volksschule	78	218 900	104 600	99	39 300	9 800
Realschule <sup>7)</sup>	87	222 800	84 400	99	47 900	15 800
(Fach-)Hochschulreife	86	302 900	140 000	100	84 700	33 400
<b>Berufliche Bildung der Referenzperson</b>						
ohne beruflichen Abschluss	56	118 400	12 900	98	17 500	2 100
Beruflich-betrieblicher Abschluss <sup>8)</sup>	84	208 000	85 500	100	44 500	13 700
Fachschulabschluss	95	385 600	204 400	100	75 200	35 300
Fachhochschulabschluss <sup>9)</sup>	89	264 500	73 300	100	79 400	30 700
Hochschulabschluss <sup>10)</sup>	89	359 200	199 800	100	110 700	57 200
<b>Nationalität der Referenzperson</b>						
deutsch	84	264 000	120 300	100	61 700	21 200
andere Nationalität	72	150 700	44 600	97	24 400	3 400
<b>Nettovermögen (Quantile)</b>						
0– 20 %	45	15 700	1 100	98	2 500	700
20– 40 %	75	11 800	5 400	100	9 900	7 600
40– 60 %	94	68 200	40 900	100	35 500	30 800
60– 80 %	99	199 900	200 800	100	59 200	41 700
80– 90 %	99	367 400	360 200	100	111 100	84 900
90–100 %	100	1 140 300	774 100	100	241 200	165 600
<b>Bruttoeinkommen (Quantile)</b>						
0– 20 %	50	84 500	5 000	98	14 700	2 700
20– 40 %	81	147 000	33 300	99	30 700	7 400
40– 60 %	89	160 600	48 400	100	40 700	14 500
60– 80 %	95	220 900	141 600	100	59 900	28 300
80– 90 %	98	330 100	238 600	100	86 200	52 000
90–100 %	99	719 300	384 400	100	188 400	112 700

1 Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen. 2 Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen. 3 Bayern, Baden-Württemberg, Hessen. 4 Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland. 5 Inkl. Landwirtschaft. 6 Inkl. (Früh-)Rentner/Pensionäre, Schüler, Wehrdienstleistende, Hausfrauen, Sonstige, usw. 7 Oder gleichwertiger Abschluss/10. Klasse POS. 8 Berufsausbildung im dualen System. 9 Inklusive Bachelorabschluss. 10 Bzw. Promotion.

## Selbstgenutztes Wohneigentum und sonstige Immobilien gesamt und nach Eigenschaften des Haushalts

Angaben in €

Position	Selbstgenutztes Wohneigentum			Sonstige Immobilien		
	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median
<b>Alle Haushalte</b>	44	258 800	199 200	22	244 700	115 800
<b>Region</b>						
Ost 1)	34	149 700	105 000	14	143 800	61 800
West	47	279 500	217 700	25	259 700	120 300
davon: Region 1 2)	48	286 000	201 200	22	247 400	125 400
Region 2 3)	49	314 300	249 100	29	262 700	119 100
Region 3 4)	43	224 300	178 700	21	261 900	108 500
<b>Wohnsituation</b>						
Eigentümer ohne Hypothek	100	239 800	195 300	39	288 300	124 000
Eigentümer mit Hypothek	100	287 900	217 700	35	235 700	119 200
Mieter	–	–	–	11	176 300	98 600
<b>Haushaltstyp</b>						
Alleinlebende	28	205 300	152 100	18	182 600	99 600
Alleinerziehende	16	240 100	187 400	8	202 300	62 400
Paare ohne Kinder	60	270 200	199 900	30	257 900	116 200
Paare mit Kindern	54	304 500	247 100	23	300 200	145 900
Sonstige	45	230 700	181 900	13	450 600	134 800
<b>Alter der Referenzperson</b>						
16–24	–	–	–	–	–	–
25–34	15	213 600	167 000	9	195 400	95 500
35–44	39	246 700	195 600	17	210 600	118 100
45–54	55	293 900	241 100	28	255 400	124 800
55–64	60	256 600	199 300	32	261 300	106 600
65–74	54	253 800	197 800	30	283 200	125 800
75+	48	237 200	173 600	22	213 300	83 100
<b>Soziale Stellung der Referenzperson</b>						
Selbstständige	54	438 800	294 700	39	454 700	195 400
Beamte	56	313 700	245 100	24	238 600	176 100
Angestellte	45	257 100	201 800	23	237 400	133 700
Arbeiter 5)	40	206 700	162 900	17	80 500	45 200
Arbeitslose	9	176 300	116 700	5	64 000	47 600
Nichterwerbstätige 6)	45	230 200	179 400	22	221 900	103 400
Rentner	48	225 100	171 900	23	211 400	98 100
Pensionäre	74	268 000	222 300	49	308 600	154 600
<b>Schulbildung der Referenzperson</b>						
ohne Schulabschluss	14	180 100	141 900	–	–	–
Haupt-/Volksschule	44	222 500	171 200	22	181 000	77 400
Realschule 7)	45	254 100	196 800	19	216 000	99 300
(Fach-)Hochschulreife	45	300 000	245 500	27	312 100	160 100
<b>Berufliche Bildung der Referenzperson</b>						
ohne beruflichen Abschluss	20	199 600	161 700	12	175 000	72 700
Beruflich-betrieblicher Abschluss 8)	45	224 800	180 000	19	206 600	99 500
Fachschulabschluss	63	322 300	225 900	37	233 700	98 700
Fachhochschulabschluss 9)	43	258 000	199 000	23	301 600	181 800
Hochschulabschluss 10)	49	335 700	268 400	33	343 900	164 900
<b>Nationalität der Referenzperson</b>						
deutsch	47	261 500	199 500	23	254 600	117 900
andere Nationalität	24	212 900	147 800	22	147 300	73 500
<b>Nettovermögen (Quantile)</b>						
0– 20 %	4	107 700	82 100	2	65 900	17 400
20– 40 %	5	74 500	43 800	3	9 000	4 400
40– 60 %	40	110 500	94 000	15	61 800	44 700
60– 80 %	81	186 400	177 400	31	90 500	62 500
80– 90 %	89	291 900	295 600	52	155 700	141 500
90– 100 %	92	515 800	426 300	71	551 800	347 600
<b>Bruttoeinkommen (Quantile)</b>						
0– 20 %	16	178 400	145 900	6	116 800	58 900
20– 40 %	35	182 100	143 600	18	112 800	56 000
40– 60 %	43	214 000	155 900	20	170 600	95 900
60– 80 %	56	230 900	198 400	24	227 000	125 300
80– 90 %	66	294 200	246 200	35	227 200	164 800
90– 100 %	74	429 900	337 500	52	453 600	209 000

1 Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen. 2 Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen. 3 Bayern, Baden-Württemberg, Hessen. 4 Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland. 5 Inkl. Landwirtschaft. 6 Inkl. (Früh-)Rentner/Pensionäre, Schüler, Wehrdienstleistende, Hausfrauen, Sonstige, usw. 7 Oder gleichwertiger Abschluss/10. Klasse POS. 8 Berufsausbildung im dualen System. 9 Inklusive Bachelorabschluss. 10 Bzw. Promotion.

## Betriebsvermögen und Fahrzeuge bzw. wertvolle Gegenstände gesamt und nach Eigenschaften des Haushalts

Angaben in €

Position	Betriebsvermögen			Fahrzeuge und wertvolle Gegenstände		
	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median
<b>Alle Haushalte</b>	10	309 900	26 600	78	13 600	8 000
<b>Region</b>						
Ost <sup>1)</sup>	7	51 100	17 100	69	9 300	5 000
West	10	356 500	28 900	80	14 600	8 000
davon: Region 2 <sup>2)</sup>	9	753 100	72 600	77	14 400	7 900
Region 2 <sup>3)</sup>	12	284 200	28 800	84	15 700	8 800
Region 3 <sup>4)</sup>	10	257 100	24 200	76	13 300	7 800
<b>Wohnsituation</b>						
Eigentümer ohne Hypothek	11	400 300	22 100	91	18 200	9 900
Eigentümer mit Hypothek	17	498 200	47 400	93	16 300	10 400
Mieter	7	98 500	14 400	66	9 500	4 900
<b>Haushaltstyp</b>						
Alleinlebende	7	287 300	27 200	62	10 400	4 900
Alleinerziehende	–	–	–	57	10 900	1 900
Paare ohne Kinder	10	339 600	30 100	92	15 700	9 500
Paare mit Kindern	15	335 500	21 900	91	15 400	9 500
Sonstige	6	130 200	7 700	77	11 700	5 600
<b>Alter der Referenzperson</b>						
16–24	–	–	–	55	7 000	3 900
25–34	8	145 100	22 400	74	9 300	5 800
35–44	10	195 600	18 500	80	13 400	8 000
45–54	18	447 500	40 800	83	14 500	8 500
55–64	12	272 000	9 500	86	14 700	8 500
65–74	6	269 400	27 800	81	17 300	8 900
75+	2	327 300	36 500	66	13 700	5 300
<b>Soziale Stellung der Referenzperson</b>						
Selbstständige	79	315 200	23 700	83	24 400	10 600
Beamte	5	501 300	170 100	96	16 400	11 500
Angestellte	7	341 100	27 000	84	13 100	8 000
Arbeiter <sup>5)</sup>	4	272 200	46 300	82	10 800	6 900
Arbeitslose	–	–	–	47	6 300	1 900
Nichterberbstätige <sup>6)</sup>	3	176 000	21 300	70	13 300	7 000
Rentner	2	160 400	13 300	71	13 600	7 000
Pensionäre	2	184 900	155 000	86	17 200	9 100
<b>Schulbildung der Referenzperson</b>						
ohne Schulabschluss	–	–	–	35	3 400	1 700
Haupt-/Volksschule	7	415 000	25 700	72	11 200	6 000
Realschule <sup>7)</sup>	9	299 100	27 500	83	13 800	8 000
(Fach-)Hochschulreife	13	263 800	26 000	81	16 000	8 800
<b>Berufliche Bildung der Referenzperson</b>						
ohne beruflichen Abschluss	4	82 700	23 000	54	6 700	3 600
Beruflich-betrieblicher Abschluss <sup>8)</sup>	9	290 400	26 100	79	12 800	8 000
Fachschulabschluss	15	451 600	37 900	91	18 400	10 000
Fachhochschulabschluss <sup>9)</sup>	8	772 300	37 300	85	12 300	6 900
Hochschulabschluss <sup>10)</sup>	14	209 300	12 600	83	17 600	9 000
<b>Nationalität der Referenzperson</b>						
deutsch	9	341 200	27 600	80	14 200	8 000
andere Nationalität	14	151 000	20 000	64	9 300	4 600
<b>Nettovermögen (Quantile)</b>						
0– 20 %	2	14 800	100	44	3 400	1 000
20– 40 %	3	5 300	1 600	73	6 700	4 800
40– 60 %	8	23 100	17 900	89	10 700	7 700
60– 80 %	12	49 200	26 100	89	15 200	9 800
80– 90 %	10	84 900	36 600	92	17 700	12 200
90–100 %	35	786 200	213 000	95	32 600	17 600
<b>Bruttoeinkommen (Quantile)</b>						
0– 20 %	3	167 300	23 400	45	5 800	2 100
20– 40 %	8	371 400	26 800	74	8 200	4 300
40– 60 %	8	109 000	17 000	85	11 300	8 000
60– 80 %	9	177 200	11 900	91	14 200	9 600
80– 90 %	14	242 700	23 000	93	19 700	13 200
90–100 %	27	541 400	66 100	94	27 000	16 000

1 Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen. 2 Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen. 3 Bayern, Baden-Württemberg, Hessen. 4 Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland. 5 Inkl. Landwirtschaft. 6 Inkl. (Früh-)Rentner/Pensionäre, Schüler, Wehrdienstleistende, Hausfrauen, Sonstige, usw. 7 Oder gleichwertiger Abschluss/10. Klasse POS. 8 Berufsausbildung im dualen System. 9 Inklusive Bachelorabschluss. 10 Bzw. Promotion.

## Girokonten, Sparkonten (ohne private Altersvorsorge) und Bausparverträge gesamt und nach Eigenschaften des Haushalts

Angaben in €

Position	Girokonten			Sparkonten (inkl. Bausparkonten, ohne private AV)			darunter: Bausparverträge		
	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median
<b>Alle Haushalte</b>	99	7 100	1 800	70	27 600	9 900	31	9 800	5 000
<b>Region</b>									
Ost 1)	99	4 200	1 400	61	18 000	5 900	24	7 000	4 500
West	99	7 900	2 000	72	29 700	10 100	33	10 400	5 700
davon: Region 1 2)	99	7 600	1 600	71	23 200	8 300	28	7 100	4 500
Region 2 3)	100	9 500	2 300	76	35 100	15 000	39	12 800	7 100
Region 3 4)	99	5 900	1 300	67	26 000	7 800	28	7 900	5 000
<b>Wohnsituation</b>									
Eigentümer ohne Hypothek	100	11 500	3 100	83	46 700	22 000	42	12 100	7 900
Eigentümer mit Hypothek	100	9 300	2 500	82	18 800	9 600	47	9 900	5 400
Mieter	99	4 300	1 000	59	18 500	4 900	21	7 600	4 000
<b>Haushaltstyp</b>									
Alleinlebende	99	6 000	1 400	62	22 500	7 100	22	8 200	4 700
Alleinerziehende	91	3 200	300	54	8 200	1 900	16	5 600	3 100
Paare ohne Kinder	100	8 600	2 400	77	35 200	13 900	38	9 400	5 800
Paare mit Kindern	99	8 000	1 800	75	25 500	9 600	40	13 400	6 000
Sonstige	99	5 100	1 100	70	23 000	9 700	36	8 000	4 400
<b>Alter der Referenzperson</b>									
16–24	98	2 600	1 000	60	4 200	1 200	17	5 000	2 000
25–34	98	5 100	1 400	67	13 600	4 100	33	6 200	2 800
35–44	98	7 000	1 500	71	22 900	7 500	35	11 100	4 900
45–54	99	9 400	2 000	68	25 300	8 200	38	9 800	5 100
55–64	100	6 000	1 900	69	36 200	18 400	36	12 600	6 900
65–74	99	8 900	1 900	73	43 600	18 900	26	10 500	7 100
75+	100	7 100	2 000	72	30 400	14 000	21	8 400	5 600
<b>Soziale Stellung der Referenzperson</b>									
Selbstständige	99	18 800	3 000	60	40 400	9 900	23	23 500	7 100
Beamte	100	8 600	3 200	86	38 600	20 200	53	12 300	7 000
Angestellte	99	6 900	2 000	77	23 300	7 900	40	9 500	4 800
Arbeiter 5)	99	3 600	1 100	64	13 000	5 400	37	6 100	4 200
Arbeitslose	97	2 000	100	27	14 600	1 900	9	4 600	2 000
Nichtberufstätige 6)	99	6 600	1 900	67	34 500	13 100	23	9 400	6 600
Rentner	99	6 900	2 000	71	35 800	15 100	23	10 000	7 000
Pensionäre	100	9 800	3 200	79	42 700	22 100	27	12 200	8 900
<b>Schulbildung der Referenzperson</b>									
ohne Schulabschluss	95	1 100	100	35	8 700	4 100	–	–	–
Haupt-/Volksschule	99	5 300	1 200	64	25 300	9 700	25	8 200	5 000
Realschule 7)	99	5 300	1 500	70	21 100	7 000	35	7 800	4 700
(Fach-)Hochschulreife	100	10 800	2 800	77	35 000	12 700	36	12 600	5 900
<b>Berufliche Bildung der Referenzperson</b>									
ohne beruflichen Abschluss	98	2 500	400	50	12 600	3 000	14	7 500	3 400
Beruflich-betrieblicher Abschluss 8)	99	5 100	1 500	69	22 000	7 900	33	8 900	5 000
Fachschulabschluss	100	9 000	2 300	79	35 300	16 400	40	10 100	5 800
Fachhochschulabschluss 9)	100	10 500	2 900	78	39 000	15 700	37	11 600	4 800
Hochschulabschluss 10)	100	15 700	4 700	78	41 500	18 400	34	12 300	7 800
<b>Nationalität der Referenzperson</b>									
deutsch	99	7 700	2 000	72	29 200	10 000	33	10 000	5 700
andere Nationalität	97	3 300	400	48	15 600	4 600	18	9 900	3 200
<b>Nettovermögen (Quantile)</b>									
0–20 %	97	700	100	35	1 600	500	8	2 400	1 100
20–40 %	99	2 500	1 400	63	5 500	3 900	22	3 500	2 600
40–60 %	100	5 300	2 100	79	17 700	9 900	37	8 000	4 900
60–80 %	100	7 100	2 300	85	28 900	16 600	43	10 000	7 500
80–90 %	100	12 100	4 300	90	46 500	24 500	49	10 000	6 700
90–100 %	100	27 100	8 700	83	78 400	37 300	43	21 700	9 700
<b>Bruttoeinkommen (Quantile)</b>									
0–20 %	97	2 900	500	46	15 400	3 400	10	7 200	3 900
20–40 %	99	4 700	1 000	61	19 400	7 500	21	6 700	5 800
40–60 %	99	4 400	1 500	74	22 700	7 900	34	6 900	3 900
60–80 %	100	6 700	2 000	81	26 000	9 700	44	8 500	4 900
80–90 %	100	10 200	3 600	84	36 600	17 000	45	10 800	7 800
90–100 %	100	23 000	7 300	88	54 200	24 300	49	19 000	7 900

1 Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen. 2 Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen. 3 Bayern, Baden-Württemberg, Hessen. 4 Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland. 5 Inkl. Landwirtschaft. 6 Inkl. (Früh-)Rentner/Pensionäre, Schüler, Wehrdienstleistende, Hausfrauen, Sonstige, usw. 7 Oder gleichwertiger Abschluss/10. Klasse POS. 8 Berufsausbildung im dualen System. 9 Inklusive Bachelorabschluss. 10 Bzw. Promotion.

## Fondsanteile (ohne private Altersvorsorge), Aktien sowie Rentenwerte gesamt und nach Eigenschaften des Haushalts

Angaben in €

Position	Fondsanteile (ohne private Altersvorsorge)			Aktien			Rentenwerte		
	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median
<b>Alle Haushalte</b>	16	37 500	12 900	11	43 700	9 900	3	43 200	15 100
<b>Region</b>									
Ost <sup>1)</sup>	10	36 000	14 100	5	27 400	7 700	1	32 500	17 300
West	17	37 800	12 900	13	45 300	9 900	4	44 000	14 400
davon: Region 1 <sup>2)</sup>	13	31 000	8 200	11	46 500	11 500	4	43 100	20 400
Region 2 <sup>3)</sup>	21	37 700	14 900	15	45 600	10 100	5	43 300	11 400
Region 3 <sup>4)</sup>	15	41 400	10 000	9	43 700	9 800	3	46 200	19 600
<b>Wohnsituation</b>									
Eigentümer ohne Hypothek	23	54 500	20 800	17	69 800	16 400	6	62 800	26 400
Eigentümer mit Hypothek	19	22 300	7 400	15	23 800	5 700	4	20 500	5 400
Mieter	11	29 300	9 800	7	24 800	9 500	2	28 400	10 900
<b>Haushaltstyp</b>									
Alleinlebende	14	38 800	13 100	9	39 600	9 800	2	28 700	6 300
Alleinerziehende	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Paare ohne Kinder	20	43 400	15 000	14	46 300	12 300	4	57 900	27 000
Paare mit Kindern	14	24 900	7 100	12	48 600	7 800	4	27 100	5 800
Sonstige	15	11 200	4 000	8	38 400	13 800	4	39 400	9 900
<b>Alter der Referenzperson</b>									
16–24	–	–	–	–	–	–	–	–	–
25–34	11	13 500	5 800	9	7 500	2 800	2	7 300	4 800
35–44	16	19 900	5 500	8	51 200	4 800	4	30 600	7 300
45–54	18	26 000	10 500	16	25 400	8 100	3	26 900	6 000
55–64	19	38 900	14 800	10	50 300	11 400	3	42 200	23 700
65–74	19	68 500	25 700	13	53 300	15 100	5	70 100	21 800
75+	11	69 500	32 400	12	79 500	27 600	3	66 900	27 900
<b>Soziale Stellung der Referenzperson</b>									
Selbstständige	21	47 200	14 600	14	41 800	6 800	4	32 800	3 500
Beamte	27	17 900	8 900	18	22 300	8 700	4	12 000	8 800
Angestellte	20	24 700	7 700	12	32 900	9 600	4	31 700	9 700
Arbeiter <sup>5)</sup>	7	20 500	9 300	4	3 500	1 100	–	–	–
Arbeitslose	6	27 500	3 400	–	–	–	–	–	–
Nichtwerbende <sup>6)</sup>	13	61 300	24 800	11	63 100	16 300	3	63 100	23 800
Rentner	13	70 200	29 100	12	62 900	21 000	3	78 100	26 900
Pensionäre	24	48 400	32 500	17	95 400	36 100	6	40 000	17 600
<b>Schulbildung der Referenzperson</b>									
ohne Schulabschluss	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Haupt-/Volksschule	8	50 900	19 000	6	37 200	15 700	2	40 400	22 400
Realschule <sup>7)</sup>	15	32 600	10 000	10	35 100	8 300	2	48 500	11 100
(Fach-)Hochschulreife	25	35 600	12 100	17	49 900	9 700	5	42 200	11 500
<b>Berufliche Bildung der Referenzperson</b>									
ohne beruflichen Abschluss	5	62 700	21 100	4	46 500	8 700	–	–	–
Beruflich-betrieblicher Abschluss <sup>8)</sup>	12	38 500	10 000	8	33 800	9 900	3	38 200	19 700
Fachschulabschluss	18	29 500	10 000	13	49 400	10 100	2	25 000	6 600
Fachhochschulabschluss <sup>9)</sup>	24	27 500	8 500	17	25 600	8 600	5	58 900	13 900
Hochschulabschluss <sup>10)</sup>	32	38 200	17 100	22	61 500	13 400	8	49 100	14 300
<b>Nationalität der Referenzperson</b>									
deutsch	17	38 000	14 900	12	43 400	9 900	4	42 700	15 600
andere Nationalität	8	38 700	5 900	2	88 300	61 900	0	119 100	16 200
<b>Nettovermögen (Quantile)</b>									
0–20 %	–	–	–	–	–	–	–	–	–
20–40 %	6	4 700	2 600	2	5 800	1 900	–	–	–
40–60 %	17	13 500	8 100	9	13 400	5 400	2	13 700	10 300
60–80 %	19	23 700	9 900	12	16 400	5 800	4	11 800	3 800
80–90 %	34	41 000	21 600	26	28 400	10 600	6	39 000	24 200
90–100 %	39	79 100	38 600	36	93 700	23 500	12	82 400	38 400
<b>Bruttoeinkommen (Quantile)</b>									
0–20 %	4	21 300	7 600	3	21 200	10 700	1	15 400	4 200
20–40 %	9	50 200	18 000	4	30 300	20 400	1	69 800	24 500
40–60 %	15	34 100	13 700	10	30 400	8 000	2	23 600	11 100
60–80 %	19	29 100	9 700	11	35 500	9 800	3	30 900	12 300
80–90 %	25	25 000	9 100	18	31 400	5 900	7	35 900	5 300
90–100 %	36	54 500	19 400	34	70 800	14 200	11	58 100	24 900

1 Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen. 2 Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen. 3 Bayern, Baden-Württemberg, Hessen. 4 Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland. 5 Inkl. Landwirtschaft. 6 Inkl. (Früh-)Rentner/Pensionäre, Schüler, Wehrdienstleistende, Hausfrauen, Sonstige, usw. 7 Oder gleichwertiger Abschluss/10. Klasse POS. 8 Berufsausbildung im dualen System. 9 Inklusive Bachelorabschluss. 10 Bzw. Promotion.

## Sonstiges Finanzvermögen<sup>1)</sup> sowie Geldschulden gegenüber dem Haushalt gesamt und nach Eigenschaften des Haushalts

Angaben in €

Position	Sonstiges Finanzvermögen			Geldschulden gegenüber dem Haushalt		
	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median
<b>Alle Haushalte</b>	15	7 800	1 500	13	9 400	1 900
<b>Region</b>						
Ost <sup>1)</sup>	12	4 000	1 400	15	5 900	1 500
West	16	8 500	1 500	12	10 600	2 000
davon: Region 1 <sup>2)</sup>	18	10 800	1 800	13	9 700	2 500
Region 2 <sup>3)</sup>	20	8 800	1 500	12	9 000	2 300
Region 3 <sup>4)</sup>	11	5 500	1 500	12	13 300	1 800
<b>Wohnsituation</b>						
Eigentümer ohne Hypothek	21	9 600	1 900	9	19 200	5 600
Eigentümer mit Hypothek	16	11 000	1 800	8	17 200	5 000
Mieter	12	4 900	1 300	16	5 600	1 400
<b>Haushaltstyp</b>						
Alleinlebende	15	6 600	1 500	17	6 100	1 500
Alleinerziehende	4	3 000	600	15	5 900	2 800
Paare ohne Kinder	19	8 000	1 500	9	16 900	3 000
Paare mit Kindern	12	11 400	2 500	11	9 000	1 700
Sonstige	9	3 600	1 500	13	16 800	8 600
<b>Alter der Referenzperson</b>						
16–24	4	12 000	1 400	19	1 600	500
25–34	12	1 900	900	22	2 400	1 000
35–44	14	6 300	1 700	14	4 000	1 900
45–54	14	11 400	2 400	11	13 700	4 800
55–64	21	8 900	1 400	12	12 700	2 900
65–74	18	9 600	1 900	11	20 400	6 500
75+	15	5 400	1 500	5	21 100	3 800
<b>Soziale Stellung der Referenzperson</b>						
Selbstständige	26	12 900	3 700	23	14 300	4 600
Beamte	20	6 600	2 700	11	6 700	900
Angestellte	15	7 100	1 200	13	7 300	1 500
Arbeiter <sup>5)</sup>	9	9 600	1 100	15	3 300	1 600
Arbeitslose	–	–	–	16	6 100	1 200
Nichtberufstätige <sup>6)</sup>	16	6 500	1 500	9	14 600	2 900
Rentner	17	5 900	1 600	7	20 300	4 900
Pensionäre	20	19 600	4 200	12	15 800	4 500
<b>Schulbildung der Referenzperson</b>						
ohne Schulabschluss	–	–	–	–	–	–
Haupt-/Volksschule	15	4 300	1 300	10	11 400	1 900
Realschule <sup>7)</sup>	14	7 800	1 200	13	11 100	2 400
(Fach-)Hochschulreife	17	10 900	2 600	15	7 100	1 700
<b>Berufliche Bildung der Referenzperson</b>						
ohne beruflichen Abschluss	7	3 900	1 500	12	2 800	1 000
Beruflich-betrieblicher Abschluss <sup>8)</sup>	15	6 600	1 200	12	10 500	2 400
Fachschulabschluss	21	6 800	1 100	12	18 400	4 400
Fachhochschulabschluss <sup>9)</sup>	20	6 500	1 900	16	5 900	1 200
Hochschulabschluss <sup>10)</sup>	19	13 500	3 800	15	8 500	1 700
<b>Nationalität der Referenzperson</b>						
deutsch	17	7 800	1 500	13	10 200	2 000
andere Nationalität	–	–	–	11	4 400	1 300
<b>Nettovermögen (Quantile)</b>						
0–20 %	4	1 300	900	13	4 000	900
20–40 %	11	1 400	900	16	3 400	1 400
40–60 %	16	3 100	1 600	14	8 200	1 900
60–80 %	17	6 000	1 100	9	8 900	2 800
80–90 %	26	9 800	2 800	10	15 000	5 500
90–100 %	32	18 600	4 000	15	30 400	7 200
<b>Bruttoeinkommen (Quantile)</b>						
0–20 %	11	3 300	1 300	14	3 200	1 000
20–40 %	14	6 700	1 000	11	10 500	2 000
40–60 %	12	5 900	1 300	14	6 800	1 400
60–80 %	17	5 700	1 800	13	12 700	2 400
80–90 %	21	7 700	1 700	10	9 300	4 500
90–100 %	25	17 800	4 500	13	19 400	5 900

\* U. a. Gold, Derivate, Genossenschaftsanteile, Zertifikate. **1** Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen. **2** Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen. **3** Bayern, Baden-Württemberg, Hessen. **4** Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland. **5** Inkl. Landwirtschaft. **6** Inkl. (Früh-)Rentner/Pensionäre, Schüler, Wehrdienstleistende, Hausfrauen, Sonstige, usw. **7** Oder gleichwertiger Abschluss/10. Klasse POS. **8** Berufsausbildung im dualen System. **9** Inklusive Bachelorabschluss. **10** Bzw. Promotion.

## Private Altersvorsorge und kapitalbildende Lebensversicherungen insgesamt sowie Riester/Rürup-Altersvorsorgeprodukte gesamt und nach Eigenschaften des Haushalts

Angaben in €

Position	Private Altersvorsorge insgesamt (inkl. kapitalbildender Lebensversicherungen)			Darunter: Riester/Rürup-Altersvorsorgeprodukte		
	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median
<b>Alle Haushalte</b>	43	33 200	15 400	21	13 800	7 100
<b>Region</b>						
Ost <sup>1)</sup>	37	21 100	10 800	20	10 100	5 400
West	45	35 800	17 500	21	14 800	7 600
davon: Region 1 <sup>2)</sup>	42	29 000	17 000	20	11 400	6 400
Region 2 <sup>3)</sup>	48	39 200	19 300	23	16 400	9 100
Region 3 <sup>4)</sup>	42	34 800	15 100	19	14 300	5 800
<b>Wohnsituation</b>						
Eigentümer ohne Hypothek	43	49 300	31 700	19	21 800	11 400
Eigentümer mit Hypothek	66	41 900	24 100	37	14 900	7 900
Mieter	36	19 100	8 100	16	8 600	5 000
<b>Haushaltstyp</b>						
Alleinlebende	32	26 400	11 200	10	14 900	5 500
Alleinerziehende	37	13 600	4 200	22	6 100	4 000
Paare ohne Kinder	46	38 500	20 800	22	15 000	8 600
Paare mit Kindern	63	37 300	17 800	40	13 400	7 400
Sonstige	52	24 800	10 500	28	9 700	5 200
<b>Alter der Referenzperson</b>						
16–24	35	3 400	1 900	13	2 200	1 100
25–34	44	10 500	4 700	23	6 500	2 900
35–44	57	26 000	16 000	35	11 000	6 600
45–54	63	47 400	26 600	34	18 600	9 700
55–64	54	43 900	27 200	21	16 500	9 600
65–74	19	34 500	19 000	5	15 500	5 000
75+	13	18 400	9 400	1	23 800	14 900
<b>Soziale Stellung der Referenzperson</b>						
Selbstständige	57	64 100	35 000	22	27 400	11 600
Beamte	71	32 900	22 900	42	11 900	6 800
Angestellte	61	33 400	16 700	32	14 200	7 200
Arbeiter <sup>5)</sup>	52	20 900	9 600	28	8 600	5 400
Arbeitslose	29	25 000	6 400	14	6 700	6 200
Nichterberbstätige <sup>6)</sup>	19	28 000	12 800	5	11 900	7 600
Rentner	15	25 300	11 000	2	13 100	7 000
Pensionäre	24	25 700	12 900	6	22 000	11 800
<b>Schulbildung der Referenzperson</b>						
ohne Schulabschluss	–	–	–	–	–	–
Haupt-/Volksschule	31	27 000	10 000	11	10 300	6 700
Realschule <sup>7)</sup>	50	29 400	14 000	26	10 000	5 900
(Fach-)Hochschulreife	52	40 300	20 800	26	18 700	9 700
<b>Berufliche Bildung der Referenzperson</b>						
ohne beruflichen Abschluss	23	11 500	5 000	10	8 000	3 600
Beruflich-betrieblicher Abschluss <sup>8)</sup>	44	29 200	12 700	20	10 500	6 000
Fachschulabschluss	45	40 200	21 800	21	13 700	8 500
Fachhochschulabschluss <sup>9)</sup>	54	32 800	18 600	28	14 900	8 900
Hochschulabschluss <sup>10)</sup>	54	48 700	26 800	26	24 300	13 600
<b>Nationalität der Referenzperson</b>						
deutsch	45	34 800	17 100	21	14 500	7 700
andere Nationalität	28	18 600	9 100	10	9 900	6 000
<b>Nettovermögen (Quantile)</b>						
0– 20 %	16	3 600	1 500	7	3 300	1 600
20– 40 %	37	7 200	5 500	20	5 000	3 800
40– 60 %	53	19 700	14 300	23	9 800	6 400
60– 80 %	51	35 700	24 700	24	16 000	9 600
80– 90 %	54	49 800	33 500	28	18 600	10 900
90–100 %	64	82 300	59 500	29	28 400	17 500
<b>Bruttoeinkommen (Quantile)</b>						
0– 20 %	17	11 800	5 900	7	5 700	2 700
20– 40 %	27	18 300	7 400	10	7 700	5 600
40– 60 %	44	19 300	8 500	19	8 600	4 200
60– 80 %	56	30 800	15 900	28	11 900	6 500
80– 90 %	67	39 000	22 800	39	15 200	10 200
90–100 %	76	67 800	47 500	40	25 800	16 500

1 Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen. 2 Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen. 3 Bayern, Baden-Württemberg, Hessen. 4 Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland. 5 Inkl. Landwirtschaft. 6 Inkl. (Früh-)Rentner/Pensionäre, Schüler, Wehrdienstleistende, Hausfrauen, Sonstige, usw. 7 Oder gleichwertiger Abschluss/10. Klasse POS. 8 Berufsausbildung im dualen System. 9 Inklusive Bachelorabschluss. 10 Bzw. Promotion.

## Hypothekenkredite für selbstgenutzte und für sonstige Immobilien sowie unbesicherte Kredite<sup>\*)</sup> gesamt und nach Eigenschaften des Haushalts

Angaben in €

Position	Hypothekenkredite für selbstgenutzte Immobilien			Hypothekenkredite für sonstige Immobilien			Unbesicherte Kredite		
	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median
<b>Alle Haushalte</b>	17	99 400	76 200	6	151 500	80 100	33	10 800	4 900
<b>Region</b>									
Ost 1)	12	91 500	65 500	3	92 500	61 200	39	10 800	4 100
West	19	100 600	78 000	7	157 500	86 100	31	10 800	4 900
davon: Region 1 2)	22	86 600	69 200	7	162 900	119 800	31	10 000	4 100
Region 2 3)	17	110 500	81 200	7	177 200	93 600	27	12 900	5 400
Region 3 4)	19	98 900	79 300	6	125 200	55 300	36	9 200	4 700
<b>Wohnsituation</b>									
Eigentümer ohne Hypothek	–	–	–	8	193 800	69 200	18	17 400	7 000
Eigentümer mit Hypothek	100	99 400	76 200	13	132 900	86 900	40	9 900	4 500
Mieter	–	–	–	3	118 300	86 800	37	9 500	4 600
<b>Haushaltstyp</b>									
Alleinlebende	8	77 500	59 000	4	125 600	79 300	27	11 400	4 500
Alleinerziehende	14	114 200	107 200	–	–	–	46	5 500	2 200
Paare ohne Kinder	19	91 000	67 700	7	124 100	72 100	31	11 100	5 000
Paare mit Kindern	37	119 100	97 900	9	192 100	94 700	47	11 300	5 400
Sonstige	10	77 200	76 400	–	–	–	35	7 400	4 700
<b>Alter der Referenzperson</b>									
16–24	–	–	–	–	–	–	41	8 200	4 900
25–34	8	184 300	166 100	2	202 500	130 100	51	10 200	5 100
35–44	27	116 000	105 400	6	176 600	103 800	45	11 500	4 100
45–54	33	97 500	72 600	9	133 700	89 600	38	12 600	5 800
55–64	22	73 700	58 900	10	157 100	67 700	30	11 400	4 300
65–74	9	72 800	60 300	5	158 000	42 500	18	5 100	2 000
75+	3	38 800	23 200	2	97 600	65 400	6	10 900	3 400
<b>Soziale Stellung der Referenzperson</b>									
Selbstständige	27	105 200	72 200	17	197 600	109 200	36	14 200	6 700
Beamte	31	128 500	87 300	4	147 000	93 300	36	18 500	8 500
Angestellte	25	106 900	83 800	7	150 100	79 300	41	11 700	5 500
Arbeiter 5)	23	77 000	69 000	5	107 900	62 500	47	10 900	4 200
Arbeitslose	–	–	–	–	–	–	36	4 600	1 100
Nichterwerbstätige 6)	6	69 200	45 400	3	130 600	52 800	19	7 600	2 500
Rentner	5	51 300	29 200	2	79 400	47 600	11	6 900	2 100
Pensionäre	18	74 600	70 300	14	257 700	99 200	9	3 200	1 600
<b>Schulbildung der Referenzperson</b>									
ohne Schulabschluss	–	–	–	–	–	–	33	5 100	700
Haupt-/Volksschule	11	75 600	65 800	4	125 800	59 300	24	9 500	4 000
Realschule 7)	21	94 700	70 100	5	120 200	69 800	41	9 800	4 000
(Fach-)Hochschulreife	21	116 900	97 100	9	179 700	96 000	33	13 000	6 300
<b>Berufliche Bildung der Referenzperson</b>									
ohne beruflichen Abschluss	8	88 800	68 900	2	174 600	121 800	36	6 600	2 500
Beruflich-betrieblicher Abschluss 8)	18	84 100	69 300	4	125 300	64 900	34	10 300	4 000
Fachschulabschluss	22	112 500	92 100	9	145 400	96 400	28	13 500	5 200
Fachhochschulabschluss 9)	19	113 500	95 000	6	126 000	104 800	32	14 200	7 000
Hochschulabschluss 10)	21	130 100	99 500	12	186 900	91 000	27	15 200	7 500
<b>Nationalität der Referenzperson</b>									
deutsch	18	99 700	79 000	6	152 700	75 900	31	11 200	4 900
andere Nationalität	16	90 500	63 400	4	127 700	85 800	45	9 700	4 500
<b>Nettovermögen (Quantile)</b>									
0–20 %	3	154 300	139 200	2	349 600	180 300	53	11 300	4 900
20–40 %	3	88 000	72 700	–	–	–	33	6 900	3 700
40–60 %	20	96 100	77 600	3	105 600	96 200	33	8 500	5 300
60–80 %	31	86 700	65 100	7	76 900	49 200	24	13 400	6 700
80–90 %	27	100 400	84 300	9	98 300	87 900	20	17 000	5 300
90–100 %	30	121 500	87 900	24	203 600	98 600	20	16 800	2 500
<b>Bruttoeinkommen (Quantile)</b>									
0–20 %	2	76 600	47 200	–	–	–	27	6 200	2 700
20–40 %	7	62 800	39 400	2	91 800	69 000	31	8 900	3 500
40–60 %	15	82 700	62 700	3	122 200	55 600	37	10 800	5 300
60–80 %	25	91 900	76 800	7	114 600	56 600	37	12 500	6 900
80–90 %	37	102 500	78 600	11	129 600	106 100	36	11 200	4 600
90–100 %	37	136 600	103 500	21	211 400	98 400	26	19 900	7 800

\* U. a. Konsumentenkredite, BAföG-Darlehen, revolvingende Kreditkartenschulden. 1 Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen. 2 Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen. 3 Bayern, Baden-Württemberg, Hessen. 4 Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland. 5 Inkl. Landwirtschaft. 6 Inkl. (Früh-)Rentner/Pensionäre, Schüler, Wehrdienstleistende, Hausfrauen, Sonstige, usw. 7 Oder gleichwertiger Abschluss/10. Klasse POS. 8 Berufsausbildung im dualen System. 9 Inklusive Bachelorabschluss. 10 Bzw. Promotion.

## Brutto- und Nettoeinkommen <sup>\*)</sup> gesamt und nach Eigenschaften des Haushalts

Angaben in €

Position	Bruttoeinkommen (jährlich, aus Komponenten berechnet)		Nettoeinkommen (jährlich, Selbsteinschätzung)	
	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median
<b>Alle Haushalte</b>	53 000	40 100	36 700	27 600
<b>Region</b>				
Ost <sup>1)</sup>	42 000	32 200	30 200	23 800
West	56 000	42 400	38 500	29 800
davon: Region 1 <sup>2)</sup>	51 000	40 900	35 500	26 200
Region 2 <sup>3)</sup>	63 400	46 700	42 000	31 500
Region 3 <sup>4)</sup>	49 300	38 900	35 700	27 200
<b>Wohnsituation</b>				
Eigentümer ohne Hypothek	62 300	46 200	44 100	32 200
Eigentümer mit Hypothek	81 800	66 900	48 700	41 600
Mieter	39 800	30 200	29 500	22 200
<b>Haushaltstyp</b>				
Alleinlebende	31 800	25 000	26 000	18 600
Alleinerziehende	32 200	25 200	22 200	20 900
Paare ohne Kinder	67 000	52 700	46 200	35 700
Paare mit Kindern	80 200	61 700	47 000	41 200
Sonstige	48 700	37 300	31 900	28 200
<b>Alter der Referenzperson</b>				
16–24	20 000	12 800	16 000	11 900
25–34	42 300	37 600	29 400	25 100
35–44	61 500	51 700	38 400	35 000
45–54	74 900	55 200	41 800	34 900
55–64	60 900	47 300	41 800	29 900
65–74	43 900	32 200	39 900	25 700
75+	34 400	27 900	33 100	21 900
<b>Soziale Stellung der Referenzperson</b>				
Selbstständige	81 600	55 300	56 300	33 400
Beamte	78 900	67 300	59 700	47 700
Angestellte	67 300	53 100	39 300	34 700
Arbeiter <sup>5)</sup>	45 400	42 000	31 400	28 600
Arbeitslose	25 100	19 500	14 600	12 800
Nichtnerwerbstätige <sup>6)</sup>	36 500	28 200	32 500	22 700
Rentner	35 500	27 800	34 800	22 700
Pensionäre	54 000	47 900	40 600	34 500
<b>Schulbildung der Referenzperson</b>				
ohne Schulabschluss	20 000	17 200	22 900	12 700
Haupt-/Volksschule	40 000	30 700	30 300	22 700
Realschule <sup>7)</sup>	51 600	42 000	35 500	29 800
(Fach-)Hochschulreife	69 300	54 100	45 000	34 700
<b>Berufliche Bildung der Referenzperson</b>				
ohne beruflichen Abschluss	28 000	21 900	21 000	17 300
Beruflich-betrieblicher Abschluss <sup>8)</sup>	48 200	37 600	33 400	25 100
Fachschulabschluss	60 100	49 500	37 600	32 000
Fachhochschulabschluss <sup>9)</sup>	66 900	50 200	40 300	34 900
Hochschulabschluss <sup>9)</sup>	81 700	68 300	60 000	38 100
<b>Nationalität der Referenzperson</b>				
deutsch	54 500	41 400	37 900	28 800
andere Nationalität	45 100	34 400	28 700	22 800
<b>Nettovermögen (Quantile)</b>				
0– 20 %	25 800	20 300	18 900	15 200
20– 40 %	34 200	31 600	29 800	22 700
40– 60 %	50 100	44 100	34 500	29 800
60– 80 %	63 700	50 900	43 500	33 000
80– 90 %	73 600	60 500	47 300	38 800
90–100 %	109 600	85 100	66 900	50 000
<b>Bruttoeinkommen (Quantile)</b>				
0– 20 %	11 400	12 200	14 700	12 000
20– 40 %	26 100	26 300	23 600	20 400
40– 60 %	40 100	40 100	32 800	26 800
60– 80 %	59 400	58 700	38 100	36 800
80– 90 %	86 100	85 100	57 300	47 800
90–100 %	170 800	137 300	92 000	65 800

\* Das Bruttoeinkommen ergibt sich als Summe der abgefragten Einkommensbestandteile. Das Nettoeinkommen dagegen als Selbsteinschätzung der Gesamtsumme. Bei der Abfrage des Nettoeinkommens als Aggregat kann der sog. „Aggregation bias“ auftreten, d. h. die Einkommen werden unterschätzt, da bestimmte Einkommensbestandteile eher vergessen werden, als wenn gezielt nach ihnen gefragt wird. **1** Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen. **2** Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen. **3** Bayern, Baden-Württemberg, Hessen. **4** Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland. **5** Inkl. Landwirtschaft. **6** Inkl. (Früh-)Rentner/Pensionäre, Schüler, Wehrdienstleistende, Hausfrauen, Sonstige, usw. **7** Oder gleichwertiger Abschluss/10. Klasse POS. **8** Berufsausbildung im dualen System. **9** Inklusive Bachelorabschluss. **10** Bzw. Promotion.

## ■ Literaturverzeichnis

Adam K. und P. Tzamourani (2016), Distributional consequences of asset price inflation in the euro area, *European Economic Review* 89, S. 172–192.

Ampudia, M., D. Georgarakos, J. Slacalek, O. Tristani, P. Vermeulen und G. L. Violante (2018), Monetary policy and household inequality, *ECB Discussion Paper No. 2170*.

Auclert, A. (2019), Monetary policy and the redistribution channel, *American Economic Review* (forthcoming).

Banca d'Italia (2018), Survey on Italian Household Income and Wealth, *Statistics Report*, 12 March 2018.

Brenke, K. (2014), Ostdeutschland – ein langer Weg des wirtschaftlichen Aufholens, *DIW Wochenbericht* 40/2014, S. 939–957.

Casiraghi, M., E. Gaiotti, L. Rodano und A. Secchi (2016), A „Reverse Robin Hood“? The distributional implications of non-standard monetary policy for Italian households, *Banca d'Italia Discussion Paper Nr. 1077*.

Chakraborty, R. und S. R. Waihl (2018), Missing the wealthy in the HFCS: Micro Problems with Macro Implications, *ECB Working Paper 2163*.

Deutsche Bundesbank (2019), Zum Einfluss einer Zinsnormalisierung auf den nichtfinanziellen Privatsektor im Euroraum aus bilanzieller Perspektive, *Monatsbericht*, Januar 2019, S. 13 ff.

Deutsche Bundesbank (2016a), Verteilungseffekte der Geldpolitik, *Monatsbericht*, September 2016, S. 20 ff.

Deutsche Bundesbank (2016b), Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2014, *Monatsbericht*, März 2016, S. 61 ff.

Deutsche Bundesbank (2013), Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Bundesbankstudie, *Monatsbericht*, Juni 2013, S. 25 ff.

Federal Reserve Bank (2017), Changes in U. S. Family Finances from 2013 to 2016: Evidence from the Survey of Consumer Finances, *Federal Reserve Bulletin* 103 (3).

Fisher, J., D. Johnson, T. Smeeding, J. Thompson (2018), Inequality in 3D: Income, Consumption and Wealth, *Board of Governors of the Federal Reserve System Finance and Economics Discussion Series Working Paper 2018-001*.

Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (2018), *Statistisches Taschenbuch der Versicherungswirtschaft*.

Goldfayn-Frank, O. und J. Wohlfahrt (2018), How Do Consumers Adapt to a New Environment in their Economic Forecasting? Evidence from the German Reunification, *IMFS Working Paper Nr. 129*.

Grabka, M. und C. Westermeier (2014), Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, DIW Wochenbericht 9/2014, S. 151–164.

Household Finance and Consumption Network (2016a), The Household Finance and Consumption Survey: Results from the second wave, ECB Statistics Paper 18/2016.

Household Finance and Consumption Network (2016b), The Household Finance and Consumption Survey – Wave 2 – Statistical Tables.

Kindermann, F., J. Le Blanc, M. Piazzesi und M. Schneider (2019), Expectations during the German House Price Boom, mimeo.

Le Blanc, J. und T. Schmidt (2019a), Do Homeowners Save more than Renters? – Evidence from the German Wealth Survey, mimeo.

Le Blanc, J. und T. Schmidt (2019b), The joint distribution of income, wealth and consumption in Germany, mimeo.

Lenza, M. und J. Slacalek (2019), How does monetary policy affect income and wealth inequality? Evidence from quantitative easing in the Euro Area, ECB Working Paper No. 2190.

Marek, P. (2017), Sparverhalten im Niedrigzinsumfeld – Ergebnisse der Sommerbefragung 2016, Deutsche Bundesbank Research Brief 12-4/2017.

Oesterreichische Nationalbank (2019), Eurosystem Household Finance and Consumption Survey 2017 – First Results for Austria.

Pasteau, E. und J. Zhu (2018), Love and money with inheritance: marital sorting by labor income and inherited wealth in the modern partnership, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 23/2018.

Piketty, T. (2014), Das Kapital im 21. Jahrhundert, Beck: München.

Saez, E. und G. Zucman (2016), Wealth Inequality in the United States since 1913: Evidence from Capitalized Income Tax Data, Quarterly Journal of Economics 131(2), S. 519–578.

Tzamourani, P. (2019), The interest rate exposure of euro area households, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank. Nr. 01/2019.

Vermeulen, P. (2018), How fat is the top tail of the wealth distribution?, Review of Income and Wealth 64(2), S. 357–387.

Vermeulen, P. (2016), Estimating the top tail of the wealth distribution, American Economic Review 106(5), S. 646–650.

## ■ Zinsweitergabe im Niedrigzinsumfeld

*Im Zuge der Finanz- und Staatsschuldenkrise senkte der EZB-Rat die Leitzinsen im Euroraum auf historische Tiefststände. Im Juni 2014 wurde der Zinssatz für die Einlagefazilität erstmals negativ. Andere geldpolitische Sondermaßnahmen wie das Programm zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors (Public Sector Purchase Programme: PSPP) und die Forward Guidance zielten unter anderem auf eine Reduktion der Markttrenditen im längerfristigen Bereich ab. Die expansive Geldpolitik führte zu einer erheblichen Lockerung der Kreditangebotspolitik der Banken: Die Kreditzinsen sanken seit 2014 deutlich und erreichten historische Tiefststände. Im Gegensatz dazu reduzierten die Banken im Euroraum die Zinsen für Kundeneinlagen deutlich zögerlicher: Sie folgten den Geldmarktzinsen überwiegend nicht in den negativen Bereich, sondern verharrten knapp oberhalb der Nulllinie.*

*Auf die langfristige Zinsweitergabe bei Kreditzinsen wirkte sich das Negativzinsumfeld der vergangenen vier Jahre bisher nicht aus: Veränderungen des EURIBOR werden gemäß den Ergebnissen einer Kointegrationsanalyse in der langen Frist nahezu vollständig an den Bankzins im Unternehmenskreditgeschäft weitergegeben. Aussagen zur kurzfristigen Wirkung der geldpolitischen Sondermaßnahmen und dem Einfluss des Negativzinsumfelds auf die Zinsweitergabe lassen sich dagegen eher mit einem flexibleren Modellrahmen treffen, der Zeitvariabilität in der empirischen Analyse zulässt.*

*In einem solchen Modellrahmen deuten eigene empirische Untersuchungen darauf hin, dass die Zinsweitergabe durch die seit 2011 ergriffenen geldpolitischen Sondermaßnahmen unterstützt wurde: Die geldpolitischen Änderungen wurden bis 2016 vollständig an den Bankkreditzins weitergegeben. Mit anhaltender Dauer der Negativzinsphase schwächte sich die Zinsweitergabe im Jahr 2016 etwas ab und ist seitdem in etwa vergleichbar mit derjenigen im Jahr 2011. Dabei dürfte vor allem der seit Mitte 2016 knapp oberhalb der Nulllinie verharrende Einlagenzins der Banken weitere deutliche Kreditzinssenkungen verhindert haben.*

*Mit zunehmender Dauer der Negativzinsphase könnte sich die Abschwächung der kurzfristigen Zinsweitergabe irgendwann auch auf die langfristigen Parameter übertragen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass eine abgeschwächte Weitergabe der expansiven geldpolitischen Impulse in einem Umfeld historisch niedriger Kreditzinsen erfolgt und die Schätzungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt trotz Abschwächung auf eine annähernd vollständige Zinsweitergabe hindeuten. Das Kreditzinsniveau dürfte daher immer noch deutlich expansiv auf die Kreditvergabe wirken.*

## ■ Einleitung

*Banken haben eine zentrale Funktion im geldpolitischen Transmissionsprozess*

Zentralbanken beeinflussen mit ihrem geldpolitischen Instrumentarium unter anderem das allgemeine Zinsniveau, um ihr geldpolitisches Ziel zu erreichen. Vorrangiges Ziel des Eurosystems ist es, Preisstabilität im Euroraum zu gewährleisten. Die Übertragung der geldpolitischen Maßnahmen auf die Entwicklung des Preisniveaus erfolgt über verschiedene Transmissionskanäle. Dabei kommt den Banken eine zentrale Funktion zu: Zum einen stehen sie ganz am Anfang des Transmissionsprozesses, da sie die geldpolitischen Geschäftspartner des Eurosystems sind. Zum anderen stellt der Bankkredit im Euroraum für viele Nichtbanken weiterhin eine bedeutende Finanzierungsquelle dar, obwohl in den vergangenen Jahren eine Diversifizierung der Finanzierungsstruktur hin zu mehr Eigenkapital und alternativen Schuldinstrumenten zu beobachten war.

*Zinskanal: ein über die Kreditbeziehung wirkender Transmissionskanal*

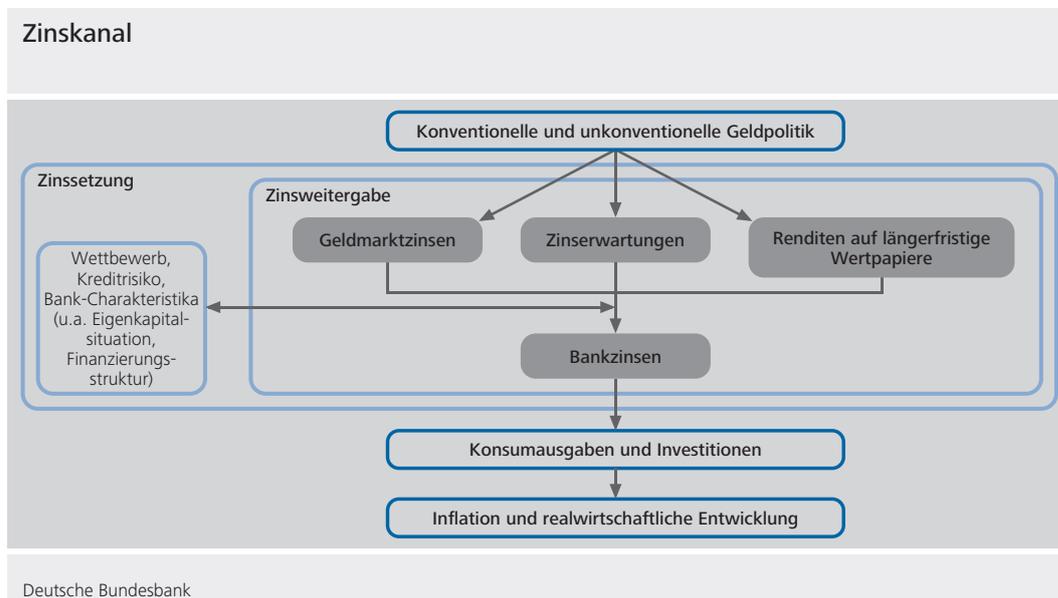
Die Geldpolitik nimmt über das Bankensystem Einfluss auf die Finanzierungsbedingungen von Unternehmen und privaten Haushalten. Dabei unterstellt der Zinskanal, dass geldpolitische Maßnahmen direkt die Marktzinsen und indirekt die Kredit- und Einlagenzinsen der Banken beeinflussen.<sup>1)</sup> Letzteres beschreibt die Zinsweitergabe (siehe unten stehendes Schaubild). Über den Zinskanal wirken sich zinspolitische

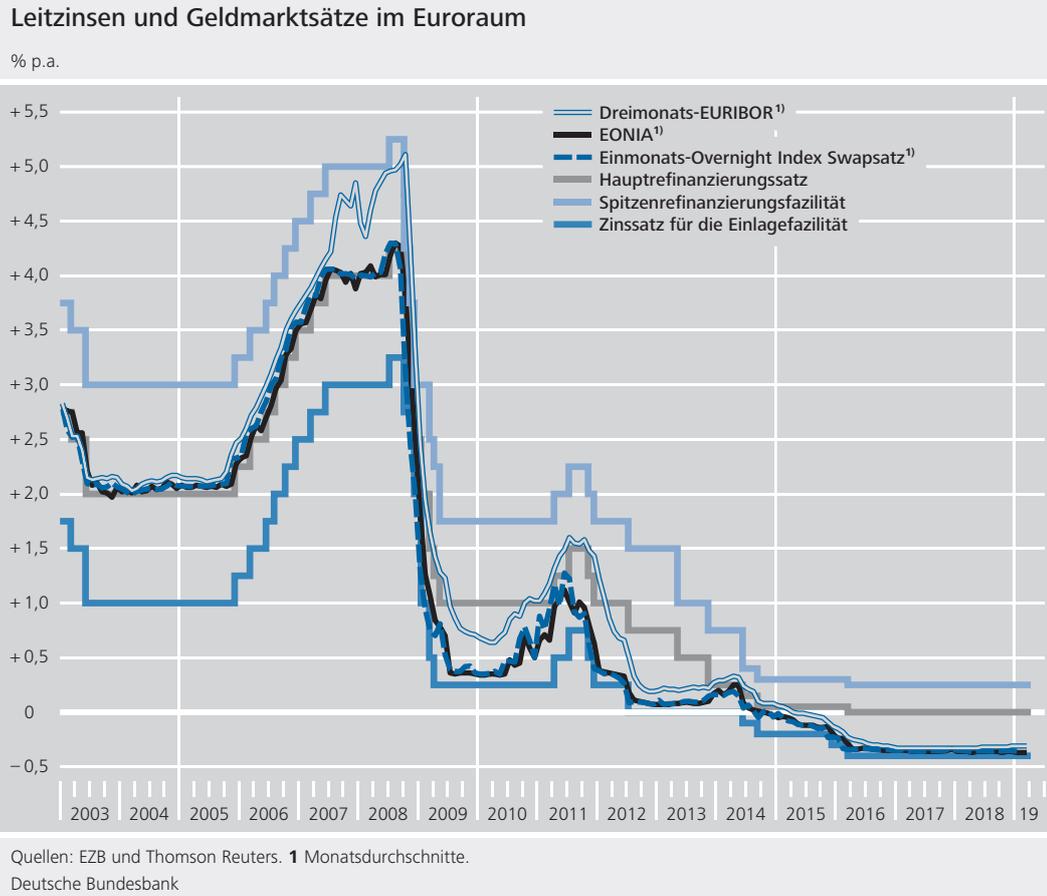
Impulse auf die Kreditdynamik, die Konjunktur und letztlich das Preisniveau aus. Der Einfluss des Zinskanals hängt davon ab, ob geldpolitische Zinsänderungen vollständig und ohne größere zeitliche Verzögerung weitergegeben werden.

Infolge der Finanzkrise (2008/2009) und der europäischen Staatsschuldenkrise (2010/2012) senkte der EZB-Rat die Leitzinsen auf historische Tiefststände. Im Juni 2014 führte der EZB-Rat den Negativzinsatz für die Einlagefazilität ein. Die kurzfristigen Marktzinsen im Euroraum folgten der schrittweisen Absenkung des Leitzinsniveaus und sanken im Nachgang ebenfalls überwiegend in den negativen Bereich. Mit Annäherung an die Zinsuntergrenze wurde es immer schwieriger, über Leitzinssenkungen den geldpolitischen Expansionsgrad spürbar weiter zu erhöhen. Um dennoch die Geldpolitik weiter zu lockern, beschloss der EZB-Rat ergänzend eine Reihe geldpolitischer Sondermaßnahmen und beeinflusste damit direkt und indirekt die längerfristigen Zinssätze am Markt (vgl. die Lite-

*Zinsniveau im Euroraum sehr niedrig, seit 2014 kurzfristige Zinsen sogar überwiegend negativ*

<sup>1</sup> Vgl.: Beyer et al. (2017).





raturhinweise auf S. 57).<sup>2)</sup> Zudem zielten einige der Maßnahmen darauf ab, die Finanzierungskosten der Banken direkt zu beeinflussen.<sup>3)</sup>

*Niedriges Zinsniveau wirkt sich auf das Zinssetzungsverhalten der Banken aus*

Das anhaltend niedrige Zinsniveau stellt für das Bankensystem im Euroraum eine ungewöhnliche Rahmenbedingung dar. Insbesondere mit der Einführung negativer Zinsen betrat die Geldpolitik weitgehend unbekanntes Terrain: Mangels historischer Erfahrungen gab es kaum theoretische oder empirische Erkenntnisse zur Transmission geldpolitischer Impulse über das Bankensystem in Negativzinsphasen. Weil Banken in ihrer Geschäftspolitik auf eine Vielzahl von Faktoren reagieren, lassen sich geschäftspolitische Änderungen nicht notwendigerweise und schon gar nicht ausschließlich auf das außergewöhnliche Zinsumfeld zurückführen. Die Finanzkrise und die durch sie hervorgerufenen Unsicherheiten und Verwerfungen hinterließen wahrscheinlich ihre Spuren im Transmissionsprozess. Ähnliches gilt für die Reform der Bankenregulierung und des bankaufsichtlichen

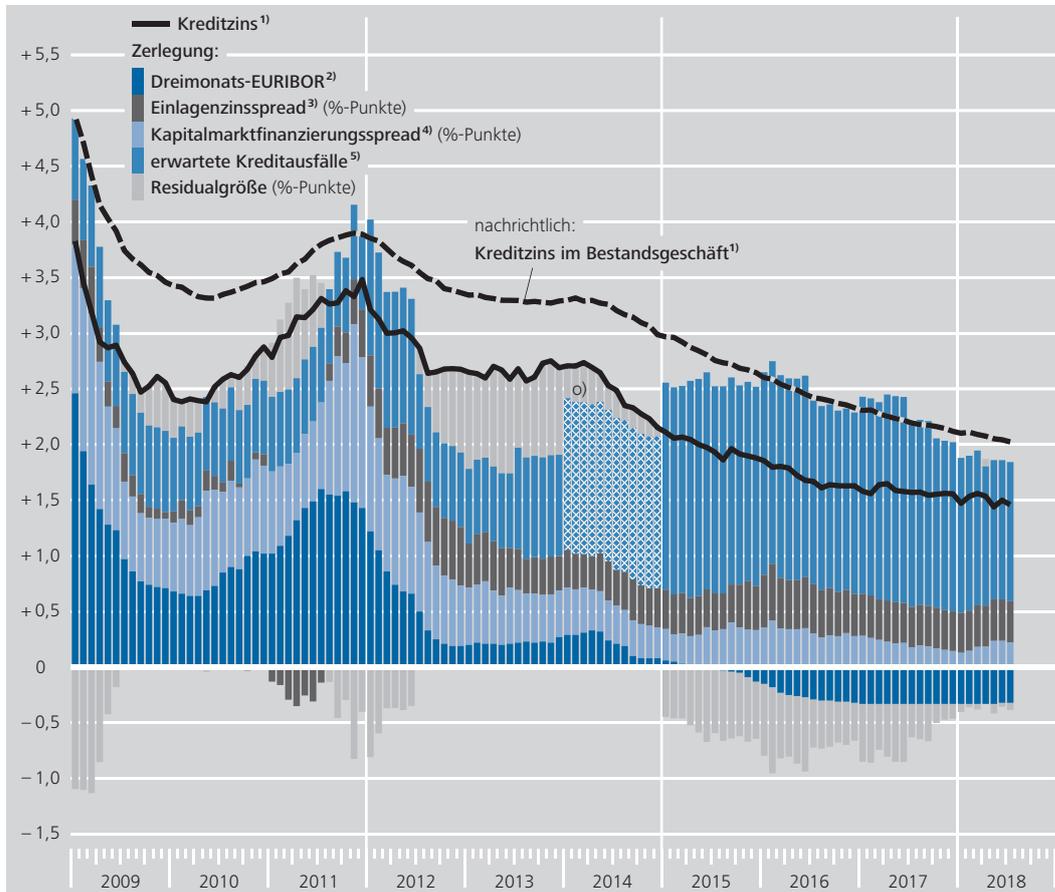
Regelwerks im Zuge der Umsetzung von Basel III und der Einführung der europäischen Bankenunion. Dennoch deuten die Ergebnisse eigener empirischer Analysen darauf hin, dass ein anhaltend niedriges positives, aber vor allem ein negatives Zinsumfeld die Zinsweitergabe bislang langfristig nicht verändert hat, obwohl in der kurzfristigen Weitergabe durchaus Veränderungen feststellbar sind.

<sup>2</sup> Zu diesen Maßnahmen zählten das 2010 eingeführte Programm zum Ankauf von privaten und öffentlichen Schuldverschreibungen (Securities Markets Programm: SMP), die Ankündigung des Ankaufprogramms für Staatsanleihen (Outright Monetary Transactions: OMT) im Juli 2012, der Übergang zur längerfristigen Erwartungssteuerung (Forward Guidance) im Juli 2013 und das Programm zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors unter dem erweiterten Ankaufprogramm für Vermögenswerte (expanded Asset Purchase Programme: APP), das im Januar 2015 beschlossen wurde. Zu den Details der einzelnen Ankaufprogramme vgl.: <https://www.ecb.europa.eu/mopo/implement/omt/html/index.en.html>.

<sup>3</sup> Hierzu zählen bspw. die gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (GLRG I und II), die ab 2014 bzw. 2016 angeboten wurden.

## Zerlegung des Kreditzinses im Neugeschäft für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften

in % p. a.



Quellen: EZB, EBA (Risk Dashboard), Thomson Reuters und eigene Berechnungen. **1** Gemäß MFI-Zinsstatistik. **2** Monatsdurchschnitt. **3** Differenz zwischen dem aggregierten Zins auf Einlagen des nichtfinanziellen Privatsektors und dem einjährigen Overnight Index Swapsatz gewichtet mit dem Anteil der Kundeneinlagenfinanzierung an der gesamten Fremdfinanzierung. **4** Differenz der Rendite auf Senior-Bankschuldschreibungen (IBOXX) und dem fünfjährigen Overnight Index Swapsatz gewichtet mit dem Anteil der Finanzierung über Bankschuldschreibungen an der gesamten Fremdfinanzierung. **5** Nichtfinanzieller Unternehmenssektor. Produkt der erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) und der Ausfallverlustquote (LGD) der Banken des Euroraums (ohne Litauen, Lettland und Estland). **o)** Für 2014 sind keine EBA Daten verfügbar. Dargestellt ist der Mittelwert zwischen Dezember 2013 und Januar 2015. Ab 2015 basieren die EBA-Daten erstmalig auf dem einheitlichen aufsichtlichen Meldestandard „Common Reporting Framework“ (COREP) für Finanzinstitute in der EU.

Deutsche Bundesbank

## Zinssetzungsverhalten der Banken im Niedrigzinsumfeld

*Zinssetzung vor der Niedrigzinsphase: Kreditzins oberhalb, Einlagenzins unterhalb eines Referenzzinses*

Trotz unterschiedlicher Strukturen in den nationalen Bankensystemen des Euroraums zeigt sich bei der Bepreisung von Bankkrediten und Kundeneinlagen durchaus ein einheitliches Muster: Banken orientieren sich bei ihrer Zinssetzung im Allgemeinen an einem Marktzins (im Folgenden Referenzzins).<sup>4</sup> Der Zins, den Banken für Kundeneinlagen zahlen, liegt bei einem normalen Zinsniveau unter diesem Referenzzins (Mark-down).<sup>5</sup> Daher finanzieren sich Banken über Einlagen gewöhnlich günstiger als über jede andere Finanzierungsquelle ähnlicher Laufzeit.

Im Gegensatz dazu wird der Bankkreditzins normalerweise durch einen Aufschlag auf den gewählten Referenzzins (Mark-up) ermittelt.<sup>6</sup> Banken versuchen, damit mindestens im Durchschnitt ihre operativen Kosten zu decken. Diese setzen sich unter anderem aus Kapitalkosten, erwarteten Verlusten aus Kreditausfällen, Finanzierungskosten und betrieblichen Kosten zu-

<sup>4</sup> Z. B. dem EONIA oder EURIBOR.

<sup>5</sup> Dieser Preisansatz liegt z. B. dem Monti-Klein-Modell zugrunde. Vgl.: Klein (1971); sowie Monti (1971).

<sup>6</sup> Vgl.: Rouseas (1985); Klein (1971); sowie Monti (1971).

sammen.<sup>7)</sup> Während der Kapitalzuschlag und der zu erwartende Verlust bei Kreditausfall prinzipiell mit der Ausfallwahrscheinlichkeit des Schuldners steigen, hängen die Finanzierungskosten der Bank und ihre betrieblichen Kosten nicht von der Bonität ihrer Kreditnehmer, sondern insbesondere von ihrem Geschäftsmodell ab.

herkömmlichen Betrachtungsweise während der Krisenjahre und seit 2014 nicht ausreichen, um kostendeckend Kredite zu vergeben. Der Unternehmenskreditzins scheint daher von Banken im Negativzinsumfeld zu niedrig kalkuliert zu sein, sodass der Nettozinsertrag<sup>10)</sup> im klassischen Unternehmenskreditgeschäft negativ sein müsste.

*Seit 2014 verlangen Banken keine kosten-deckenden Unternehmenskreditzinsen mehr, ...*

*Wichtigste Komponenten des Kreditzinses: Finanzierungskosten der Bank, Kreditrisiken, Referenzzins*

Mit Blick auf den Kreditzins lässt sich die Bedeutung der verschiedenen Kostenkomponenten für die Zinssetzung der Banken anhand einer modellhaften rechnerischen Zinszerlegung darstellen (vgl. Schaubild auf S. 48). Sie basiert auf der Annahme, dass Banken bei der Bepreisung ihrer Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen neben einem Referenzzins<sup>8)</sup> noch weitere Kostenkomponenten berücksichtigen:

- ihre Finanzierungskosten<sup>9)</sup>;
- Kreditrisiken, gemessen an den erwarteten Kreditausfällen im nichtfinanziellen Unternehmenssektor;
- unerwartete Kreditausfälle und weitere Kosten, darunter zum Beispiel die Eigenkapitalkosten, die im Schaubild durch die Residualgröße oder auch Intermediationsmarge abgedeckt werden. Sie berechnet sich aus der Differenz zwischen dem Kreditzins und der Summe der Kostenkomponenten (inklusive Referenzzins).

Laut den von den Banken im Euroraum im Aggregat tatsächlich ausgewiesenen Ergebnissen war seit 2015 ein zwar sinkender, jedoch nicht negativer Nettozinsertrag zu beobachten. Dies ist vor allem auf die Kosten aus erwarteten Kreditausfällen zurückzuführen. In der üblicherweise und auch hier zugrunde liegenden Berechnung wird angenommen, dass Banken bei einem ausgefallenen Kredit die gesamte Kredithöhe (Exposure at Default) abschreiben.<sup>11)</sup> Dies entspricht aufgrund der regulatorischen Spielräume nicht zwingend der Erfassung durch die Banken.<sup>12)</sup> Ein Exposure at Default unter 100 % reduziert die Höhe der Balken der erwarteten Kreditausfälle (siehe Schaubild auf S. 48) und würde somit die Kosten reduzieren.<sup>13)</sup> Es wären also geringere Erträge nötig, um die Kosten zu

*... was vor allem an einem zu geringen Aufschlag für erwartete Verluste im Unternehmenskreditgeschäft liegt*

Rückschlüsse auf Kausalitäten lassen sich aus einer solchen Zerlegung allerdings ebenso wenig ableiten wie der Anspruch, dass die Beschreibung auf spezifische einzelne Banken zuträfe. Weil in der Zerlegung einzig das Kreditgeschäft als Quelle für die Zinserträge betrachtet wird, gelten die Ergebnisse dieser Analyse vor allem für Banken mit traditionellem Geschäftsmodell.

Für Banken, die hauptsächlich das klassische Kreditgeschäft betreiben, zeigt die Zinszerlegung, dass ihre im Unternehmenskreditgeschäft erwirtschafteten Zinserträge im Rahmen der

<sup>7</sup> Im betriebswirtschaftlichen Sinn bezeichnet dies die Mindestmargenkalkulation einer Bank. Im Rahmen ihres internen Rechnungswesens ermitteln Banken auf diese Weise kostendeckende Preise im zinsabhängigen Geschäft. Weitere Einkommensquellen der Banken, wie bspw. das Provisionsergebnis, bleiben in dieser Kalkulation unberücksichtigt. Für Euroraum-Banken ist das Nettozinseinkommen mit rd. 60 % am operativen Ergebnis die wesentliche Ertragsquelle. Vgl.: Europäische Zentralbank (2017a), S. 40 f.

<sup>8</sup> In der Zinszerlegung wird dafür der Dreimonats-EURIBOR verwendet.

<sup>9</sup> Finanzierungskosten werden in der Berechnung, die dem Schaubild auf S. 48 zugrunde liegt, durch die Differenz der Finanzierungskosten und eines risikolosen Zinses ähnlicher Laufzeit approximiert. Zudem wird implizit angenommen, dass sich Banken im Euroraum ausschließlich über Kundeneinlagen und Bankschuldverschreibungen finanzieren. Diese sind die mit Abstand bedeutendsten Finanzierungsquellen für das aggregierte Bankensystem im Euroraum. Im Jahr 2018 finanzierten sich die Banken im Euroraum durchschnittlich zu 40 % über Kundeneinlagen und zu etwa 14 % über Bankschuldverschreibungen.

<sup>10</sup> Differenz zwischen dem Zinsertrag und den Zinsaufwendungen.

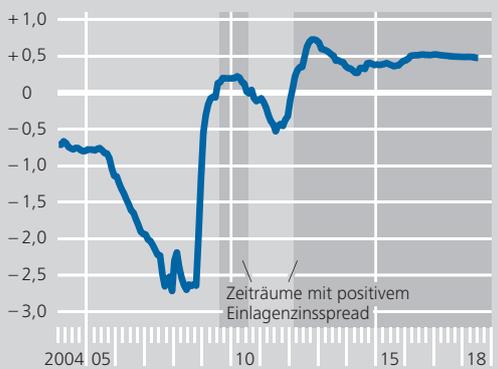
<sup>11</sup> Vgl.: Europäische Zentralbank (2017b), S. 44.

<sup>12</sup> Im Juni 2013 lag der Exposure at Default im Euroraum-Durchschnitt bei 30 %. Vgl.: European Banking Authority (2014).

<sup>13</sup> Dies folgt aus der Berechnung: erwartete Kreditausfälle = Loss Given Default \* Probability of Default \* Exposure at Default.

### Einlagenzinsspread\*<sup>1)</sup> im Euroraum

%-Punkte, monatlich



Quellen: EZB, Thomson Reuters und eigene Berechnungen.  
 \* Differenz zwischen Neugeschäftszins für Einlagen privater Haushalte und nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften gemäß harmonisierter MFI-Zinsstatistik und Dreimonats-EURIBOR.  
 Deutsche Bundesbank

decken. Dass Banken bei der Bewertung ihrer Kreditrisiken optimistisch agieren, zeigen sowohl die empirische Literatur als auch die Ergebnisse zum Beispiel des Comprehensive Assessment der Banken im Euroraum.<sup>14)</sup>

*Seit 2012 liegen die Einlagenzinsen erstmalig über den kurzfristigen Marktzinsen*

Die Einlagenzinsen liegen seit den Leitzinssenkungen im Zuge der Finanzkrise und insbesondere seit den erneuten Zinssenkungen des Jahres 2012 entgegen der üblichen Geschäftspraxis nicht mehr unter, sondern über den kurzfristigen Marktzinsen. Banken berechnen ihre Einlagenzinsen also über einen Aufschlag anstelle eines Abschlags auf den Referenzzins (Mark-up statt Mark-down).<sup>15)</sup> (Vgl. oben stehendes Schaubild) Die sukzessive Annäherung der Einlagenzinsen an die Nulllinie bei Kundeneinlagen bewirkte, dass Banken ihre Einlagenzinsen nur noch geringfügig reduzierten.<sup>16)</sup> Erst seit etwa 2013 stabilisierte sich der bis dahin steigende Aufschlag auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Seit 2016 verharren sowohl Markt- als auch Einlagenzinsen auf ihrem jeweiligen Niveau: die kurzfristigen Marktzinsen im deutlich negativen Bereich, die Einlagenzinsen weiterhin knapp oberhalb der Null. Der nunmehr positive Abstand zwischen Einlagen- und Marktzins stellt einen relevanten Kostenfaktor in erster Linie für Banken mit klassischem Bankgeschäft dar.

Inwieweit sich diese strukturelle Veränderung bei der Bepreisung von Kundeneinlagen (Aufschlag anstelle von Abschlag) auf die Bankkreditzinsen auswirkt, hängt von der Finanzierungsstruktur und dem Geschäftsmodell der einzelnen Bank ab.<sup>17)</sup> Grundsätzlich steuern Banken ihre Nettozinsmarge<sup>18)</sup> aktiv, um sie so über die Zeit annähernd stabil zu halten (Margenglättung).<sup>19)</sup> Dabei nutzen sie einerseits ihre Marktmacht und andererseits unterliegen sie einer Reihe von Restriktionen (Wettbewerb, betriebswirtschaftliche und regulatorische Vorgaben). Banken passen die Konditionen für Kredite und Einlagen mithin so an, dass sie ihre Margenziele erreichen. Daraus ergibt sich ein langfristiger Zusammenhang zwischen Kredit- und Einlagenzinsen, der auf Grundlage einer Kointegrationsanalyse empirisch nachweisbar ist.<sup>20)</sup>

*Die Rigidität der Einlagenzinsen könnte sich auf die Kreditzinsen auswirken, ...*

Mit Eintritt ins Negativzinsumfeld änderte sich die Margengestaltung jedoch: Obwohl wie zuvor permanent und simultan Entscheidungen über Kreditvergabe und Finanzierung getroffen wurden, schwächte sich der langfristige Zusammenhang zwischen Kredit- und Einlagenzinsen erheblich ab.<sup>21)</sup> Das war die Folge sehr unterschiedlicher Zinsdynamiken: Während die Kre-

*... allerdings sanken die Kreditzinsen zwischen 2014 und 2016 deutlich*

**14** Im Asset Quality Review als Teil des Comprehensive Assessment im Jahr 2014, bei dem 130 Banken von der EZB überprüft wurden, ergaben sich zusätzliche Rückstellungen aufgrund einer revidierten Bewertung von Krediten von 42,9 Mrd €. Vgl.: EZB (2014a), S. 79. Zu den Kosten von Forbearance vgl.: Caballero et al. (2008). Für den Euroraum vgl.: Homar et al. (2015).

**15** Die zentrale Bedeutung eines positiven Einlagenzinsspreads zumindest für deutsche Banken zeigen auch die Ergebnisse der Niedrigzinsumfeld-Umfrage der Deutschen Bundesbank. Vgl.: Drescher et al. (2016).

**16** Vgl.: Darracq Pariès et al. (2014). Eine Nullzinsgrenze existiert nicht bei allen Einlagekategorien, sondern vor allem bei Einlagen privater Haushalte. Für großvolumige Sichteinlagen von Haushalten oder nichtfinanziellen Unternehmen verlangen Banken im Euroraum durchaus negative Zinsen. Dies betrifft insgesamt aber nur wenige Länder.

**17** Vgl.: Heider et al. (2018).

**18** Die Nettozinsmarge ist der Nettozinsertrag im Verhältnis zu den zinstragenden Aktiva.

**19** Vgl.: Drechsler et al. (2018).

**20** Vgl.: Sopp (2018).

**21** Vgl.: Sopp (2018). Sopp untersucht die Zinsweitergabe für Einlagenzinsen und verwendet als erklärende Variable den aggregierten Zins für den Kreditbestand anstelle eines Referenzzinses. Die Veränderung des langfristigen Zusammenhangs über die Zeit misst der Autor unter Verwendung rollierender Regressionen.

ditzinsen zwischen 2014 und 2016 deutlich und kontinuierlich sanken, änderten sich die Sicht- und Spareinlagenzinsen umso weniger, je näher sie an die Nulllinie kamen (vgl. nebenstehendes Schaubild).<sup>22)</sup> Der abnehmende langfristige Zusammenhang und die unterschiedliche Dynamik zeigen, dass sich im Euroraum die Rigidität bei den Einlagenzinsen bis 2016 nicht auf die Kreditzinsen übertrug. Diese unterschiedliche Entwicklung der Kredit- und Einlagenzinsen bewirkte, dass die Nettozinserträge im traditionellen Kreditgeschäft der Banken im Euroraum vor allem seit 2014 rückläufig sind.

*Banken reagieren mit Kreditausweitung und verstärkter Fristentransformation, um den Rückgang der Nettozinserträge zu kompensieren*

Den sinkenden Nettozinserträgen versuchten die Banken im Euroraum mit verschiedenen Anpassungen ihrer Geschäftspolitik zu begegnen. Während der aggregierte Neugeschäftszins für Bankkredite seit 2016 auf historisch niedrigem Niveau annähernd konstant blieb, versuchten insbesondere die Banken mit vorwiegend klas-

**22** Darracq Pariès et al. (2014) finden eine abgeschwächte Zinsweitergabe zwischen dem Dreimonats-Overnight-Index-Swapsatz (OIS) und dem Zinssatz für Sicht- und Spareinlagen des nichtfinanziellen Privatsektors im Euroraum bereits für die Phase der Leitzinszinssenkungen von 2011 bis 2013.

**23** So sind die Kredite der Sparkassen und Kreditgenossenschaften an den nichtfinanziellen Privatsektor zwischen 2014 und 2018 mit einer durchschnittlichen Jahresrate von 3,1% bzw. 4,8% gewachsen, während sie von 2000 bis 2013 im Durchschnitt nur 1,6% bzw. 2,7% jährlich wuchsen. Der Anteil der vergebenen Unternehmenskredite mit einer anfänglichen Zinsbindung von über fünf Jahren am gesamten Neugeschäft stieg ebenfalls um 5 Prozentpunkte und der Anteil der privaten Wohnungsbaukredite mit einer anfänglichen Zinsbindung von über zehn Jahren um 15 Prozentpunkte. Der Anteil der kurzfristigen Finanzierung über Sicht- und Spareinlagen stieg im gleichen Zeitraum um 8 Prozentpunkte.

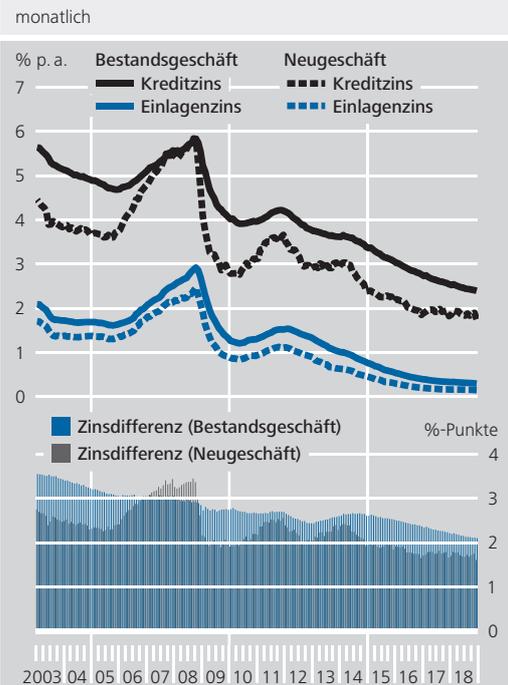
**24** Vgl.: Internationaler Währungsfond (2018), S. 65 ff.

**25** Zur Einschätzung von Zinsänderungsrisiken wird ein von Drechsler et al. (2017) vorgeschlagenes Maß verwendet:

$$\Delta NIM_t = \alpha + \sum_{s=0}^{s=12} \beta_s \Delta Euribor_{t-s} + \epsilon_t$$

Die Veränderung der Nettozinsmarge wird regressiert auf die Veränderung des Dreimonats-EURIBOR (Anzahl der Lags = 12 Monate). Es ergibt sich von Januar 2003 bis Dezember 2008 ein  $\beta_{NIM}$  von 0,1. Drechsler et al. (2017) errechnen ein  $\beta$  von 0,02 für größere US-Banken. Hoffmann et al. (2018) schätzen ein  $\beta$  von 0,04 für größere Euroraum-Banken. Für die Zeit ab 2008 ergibt sich hingegen ein negatives oder nahe null liegendes  $\beta$ . Somit reagieren die Zinserträge von Euroraum-Banken deutlich weniger sensitiv als noch vor 2008, was auf erhöhte Zinsänderungsrisiken hindeutet. Es kann davon ausgegangen werden, dass Banken, die eine erhöhte Fristentransformation zur Ertragsstabilisierung nutzen, ihre Zinsänderungsrisiken nicht absichern, weil eine Absicherung den zusätzlichen Ertrag nivellieren würde.

### Kreditzinsen, Einlagenzinsen und Zinsdifferenzen im Euroraum\*)

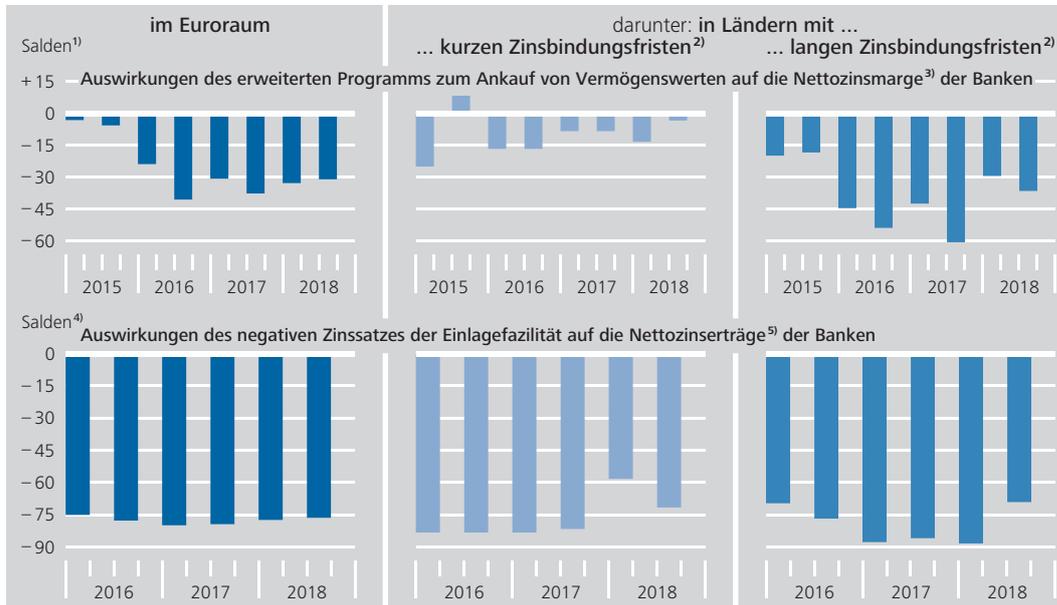


sischem Einlagen- und Kreditgeschäft zusätzliche Erträge zu erwirtschaften, indem sie das Geschäftsvolumen massiv ausweiteten und die Fristentransformation verstärkten.<sup>23)</sup> Beides ist für die Banken mit höheren Risiken verbunden. Mit wachsendem Kreditvolumen steigt das Kreditrisiko, weil mit zunehmendem Kreditwachstum die durchschnittliche Qualität der Kreditnehmer tendenziell sinken dürfte.<sup>24)</sup> Die erhöhte Fristentransformation schlägt sich in höheren Zinsänderungsrisiken nieder.<sup>25)</sup> Dass die Banken die beschriebenen Risiken verstärkt eingegangen sind, statt den Kreditzins anzuheben, dürfte am intensiven Wettbewerb im Kreditgeschäft gelegen haben. Hierauf deuten die Ergebnisse der Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey: BLS) des Eurosystems hin, wonach die befragten Institute seit 2014 die Konkurrenz durch andere Banken als wichtigsten Grund für die Lockerung ihrer Kreditstandards angaben.

Der BLS fragt zudem explizit nach dem Einfluss verschiedener geldpolitischer Maßnahmen auf

## Auswirkungen geldpolitischer Maßnahmen\*)

in % aller antwortenden Banken, Quartalsendstände



Quelle: EZB. Angaben gemäß Bank Lending Survey des Euroraums. \* Auswirkungen in den letzten sechs Monaten. Berücksichtigung direkter oder indirekter Effekte. **1** Saldo aus der Summe der Angaben „erheblich verbessert“ und „etwas verbessert“ und der Summe der Angaben „etwas verschlechtert“ und „erheblich verschlechtert“ in % der gegebenen Antworten. **2** Kurze (lange) Zinsbindungsfristen bezieht sich auf das arithmetische Mittel der Angaben derjenigen drei Länder, die im Euroraum gemäß MFI-Bilanzstatistik die kürzesten (längsten) Zinsbindungsfristen im Kreditbestand aufweisen (kurz: ES, FI, PT; lang: BE, DE, FR). **3** Zinserlös abzüglich Zinsaufwendungen im Verhältnis zu den verzinslichen Anlagen. **4** Saldo aus der Summe der Angaben „hat deutlich/etwas zu einem Anstieg beigetragen“ und der Summe der Angaben „hat deutlich/etwas zu einem Rückgang beigetragen“ in % der gegebenen Antworten. **5** Differenz zwischen Zinseinnahmen und -ausgaben für die Bestände zinstragender Aktiva und Passiva einer Bank.

Deutsche Bundesbank

*BLS: belastender Einfluss des negativen Zinssatzes für die Einlagefazilität auf Nettozinserträge der Banken*

die Nettozinserträge. Rund drei Viertel aller teilnehmenden Banken im Euroraum gaben an, dass sich der negative Zinssatz für die Einlagefazilität belastend auf ihre Nettozinserträge auswirke (vgl. oben stehendes Schaubild). Diese Aussage dürfte sich vor allem auf die Margenkompression beziehen, die sich daraus ergibt, dass infolge des negativen Einlagesatzes das allgemeine Zinsniveau gesunken ist.<sup>26)</sup> Der isolierte Effekt der negativen Verzinsung der Überschussliquidität ist für die Ertragslage der Banken hingegen aus quantitativer Perspektive von untergeordneter Bedeutung. In Bezug auf die geldpolitischen Ankaufprogramme, innerhalb derer das Eurosystem seit Frühjahr 2015 in großem Umfang Wertpapiere erwirbt, gab dagegen nur etwa ein Drittel der Banken belastende Effekte auf ihre Nettozinssmarge an. Die Ankaufprogramme senkten sukzessive die längerfristigen Marktrenditen, wodurch sich die Zinsstrukturkurve im Euroraum deutlich abflachte. Laut BLS wirkte sich dies insbesondere auf die Erträge derjenigen Bankensysteme im

Euroraum negativ aus, in deren Kreditbestand lange Zinsbindungsfristen dominieren (vgl. oben stehendes Schaubild). Die Bankensysteme der meisten Euroraum-Länder betrifft dies allerdings nicht.

## Zinsweitergabe

### Rolle von Referenzzinsen

Die Zinsweitergabe unterstellt, dass sich geldpolitische Zinsänderungen über die Marktzinsen auf die Kredit- und Einlagenzinsen der Banken auswirken. Bis zur Finanzkrise steuerte das Eurosystem die kurzfristigen Geldmarktsätze über die regelmäßige Bereitstellung von Liquidität zum Hauptrefinanzierungssatz. Weil sich in den

*Als Näherungsgröße für die Zinspolitik des Eurosystems können die kurzfristigen Geldmarktsätze weiterhin verwendet werden*

<sup>26</sup> Konkret wird im BLS nach den direkten und indirekten Auswirkungen des negativen Zinssatzes der EZB-Einlagefazilität auf die Nettozinserträge gefragt, unabhängig davon, ob die betreffende Bank Überschussliquidität hält oder nicht.

kurzfristigen Geldmarktsätzen sowohl die aktuellen Leitzinssätze als auch Erwartungen über das zukünftige Leitzinsniveau niederschlagen, werden sie oft als Näherungsgröße für die geldpolitische Ausrichtung herangezogen.<sup>27)</sup> Daneben beeinflussen aber auch Risikoprämien, der Segmentierungsgrad im Geldmarkt sowie die Liquiditätssituation im Bankensystem die Höhe der Geldmarktsätze. Diese Faktoren gewannen in der Finanzkrise stark an Bedeutung, sodass beispielsweise der EURIBOR zeitweilig eine nicht vernachlässigbare Risikoprämie enthielt. Die verstärkte Risikowahrnehmung im Geldmarkt führte wiederum zu einer stark erhöhten Liquiditätsnachfrage der Banken bei der Zentralbank, die durch Vollzuteilung<sup>28)</sup> in den Refinanzierungsgeschäften bedient wurde. Die reichliche Liquiditätsbereitstellung hatte zur Folge, dass die kurzfristigen Geldmarktsätze unter das Niveau des Hauptrefinanzierungssatzes sanken und phasenweise sogar bis dicht an den Einlagesatz. Dennoch können sie auch weiterhin grundsätzlich als Näherungsgröße für den aktuellen und erwarteten geldpolitischen Zins herangezogen werden. Insbesondere der EONIA kann noch immer als bestmögliche Annäherung an die Zinspolitik des Eurosystems angesehen werden.<sup>29)</sup>

*Aufgrund der Sondermaßnahmen wird als Näherungsgröße für den gesamten geldpolitischen Lockerungsgrad der Schattenzins verwendet*

Der geldpolitische Lockerungsgrad insgesamt lässt sich indessen wegen der umfangreichen geldpolitischen Sondermaßnahmen nicht mehr allein durch einen Geldmarktzins messen. Die geldpolitischen Sondermaßnahmen bestimmen neben der Zinspolitik die geldpolitische Ausrichtung. Daher wird seit einigen Jahren anstelle eines Geldmarktzinses oder eines daraus abgeleiteten Derivates vermehrt ein künstlicher Zins, der Schattenzins, als Näherungsgröße für die Geldpolitik herangezogen.<sup>30)</sup>

*Insbesondere der EURIBOR wird von Banken als Referenzzins für Bankgeschäfte verwendet*

Für die Analyse der Zinsweitergabe ist die Wahl des Referenzzinses von besonderer Bedeutung. Dieser sollte im Idealfall einerseits eine gute Näherungsgröße für die Geldpolitik darstellen und andererseits möglichst dicht an dem von den Banken verwendeten Referenzzins liegen. Bis zur Finanzkrise erfüllte der EURIBOR beide

Bedingungen in ausreichendem Maße. Mit ihm ließ sich der Verlauf der Kreditzinsen mit hoher Präzision vorhersagen. Insbesondere der EURIBOR mit einer Laufzeit zwischen drei und 12 Monaten wird von den Banken im Euroraum als Referenzzins herangezogen.<sup>31)</sup> Er hat eine wichtige Ankerfunktion für die Finanzierung der Banken. Viele Finanzgeschäfte sind an ihn gekoppelt, wobei die hohe Marktliquidität bei den Geschäften ein wichtiges Kriterium ist.<sup>32)</sup> So wird der EURIBOR mit Laufzeiten bis zu einem Jahr unter anderem bei den Quotierungen für Kapitalmarktinstrumente und als Basiszins bei Bankanleihen mit variablem Nominalzins verwendet. Deshalb nutzen Banken den EURIBOR als Referenzzins, sowohl für die Kalkulation ihrer Finanzierungskosten als auch zur Berechnung ihrer Kreditzinsen.<sup>33)</sup>

## Rolle von Marktmacht

Empirische Untersuchungen finden für Kreditzinsen im Euroraum zumindest bis zur Finanzkrise eine nahezu vollständige Zinsweitergabe, während für Einlagenzinsen die Weitergabe unvollständig zu sein scheint.<sup>34)</sup> Werden Referenzzinssatzänderungen nicht vollständig weitergegeben, könnte dies ein Hinweis auf oligopolistische Strukturen im europäischen Bankenmarkt sein. Diese dürften sich nach der Finanzkrise insbesondere in bis dahin weniger konzentrierten

*Wettbewerbsintensität im Finanzsystem und Marktmacht der Banken bestimmen das Ausmaß der Zinsweitergabe, ...*

<sup>27</sup> Geldmarktsätze mit Laufzeiten über einen Tag sowie Swapsätze wie der Overnight-Index-Swapsatz (OIS) enthalten typischerweise Erwartungen über die zukünftige Geldpolitik.

<sup>28</sup> Beginnend mit dem Geschäft am 15. Oktober 2008.

<sup>29</sup> Seine kurze Laufzeit (über Nacht) erlaubt kaum die Einpreisung substanzieller Risiken.

<sup>30</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank (2017). Für Erläuterungen zum Schattenzins vgl.: S. 63 ff.

<sup>31</sup> Vgl.: Europäische Zentralbank (2019).

<sup>32</sup> Die Marktliquidität für Absicherungsgeschäfte ist beim Dreimonats-EURIBOR am höchsten.

<sup>33</sup> Vgl.: Kirti (2017).

<sup>34</sup> Vor der Finanzkrise vollzogen im Euroraum Kreditzinsen (Sicht- und Spareinlagenzinsen) im Durchschnitt 36 % (10 %) einer Referenzzinssatzänderung innerhalb des ersten Monats nach. Der Grad der langfristigen Zinsweitergabe lag im Euroraum vor der Finanzkrise bei Kreditzinsen im Durchschnitt nahe 100 %, gegenüber rd. 33 % bei Sicht- und Spareinlagenzinsen. Vgl.: Europäische Zentralbank (2009); sowie Bernhofer und van Treeck (2013).

nationalen Bankensektoren tendenziell verstärkt haben – darauf deuten Berechnungen üblicher Konzentrationsmaße in einer Reihe von Ländern des Euroraums hin.<sup>35)</sup> Aus theoretischer Sicht ließe sich eine solche Erklärung mit der oligopolistischen Version des Monti-Klein-Modells stützen: Es zeigt, dass der Grad der Zinsweitergabe abnimmt, je geringer die Wettbewerbsintensität im Bankenmarkt ist.<sup>36)</sup> Dies erscheint plausibel, da ein unvollständiger Wettbewerb den Banken eine substantielle Marktmacht gegenüber ihren Kunden einräumt. Neben diesem Effekt stärken noch weitere Faktoren die Marktmacht der Banken.<sup>37)</sup> Dazu zählen Kosten beim Wechsel der Bankverbindung oder die Abhängigkeit der Kunden von einer stabilen Bank-Kunden-Beziehung, etwa bei Kleinunternehmern. Bei Einlegern ist angesichts einer hohen Liquiditätspräferenz die Nachfrage nach Sichteinlagen besonders hoch. Diese Faktoren reduzieren die Zinselastizität der Nachfrage nach Bankprodukten. Das empirische Ergebnis, dass die Zinsweitergabe bei den Einlagenzinsen schwächer ausgeprägt ist als bei den Kreditzinsen, deutet darauf hin, dass die Marktmacht der Banken gegenüber ihren Einlegern größer sein dürfte als gegenüber ihren Kreditnehmern.<sup>38)</sup>

... daneben spielen auch die betriebswirtschaftliche Kostenkalkulation, die Volatilität der Zinssätze und Zinserwartungen eine Rolle

Zusätzlich beeinflussen Kostenkalküle der Banken die Entwicklung der Bankzinsen. So können Preisanpassungskosten („menu costs“)<sup>39)</sup> dahinter stehen, wenn Banken nach Referenzzinssatzänderungen ihre Zinsen nur langsam oder unvollständig anpassen. Es vermindert die Kosten, die Zinsen nicht stetig, sondern schrittweise dann anzupassen, wenn die Veränderung des Referenzzinssatzes und somit die Abweichung von Zinsen auf bestehende Kreditverträge eine gewisse Größenordnung erreicht haben.<sup>40)</sup> Zudem hängt die Trägheit von Bankzinsen positiv von der Volatilität der Markt- und Leitzinsen ab.<sup>41)</sup> Fest verankerte Zinserwartungen und eine gut kommunizierte Geldpolitik begünstigen somit eine zügige Zinsweitergabe.

## Implikationen eines geänderten Mark-up für die Zinsweitergabe

In der empirischen Literatur<sup>42)</sup> wird sowohl eine Ausweitung der Differenz zwischen Bankzins und Referenzzins (Mark-up) als auch eine geringere Korrelation zwischen beiden Variablen häufig als Indiz für eine abgeschwächte Zinsweitergabe gedeutet.<sup>43)</sup> Tatsächlich erhöhte sich im Euroraum der Mark-up zwischen dem Kreditzins<sup>44)</sup> und dem Dreimonats-EURIBOR seit Ende 2008 erheblich, nachdem er vorher nahezu kontinuierlich gefallen war (vgl. Schaubild auf S. 55).<sup>45)</sup>

*Differenz zwischen Kredit- und Referenzzins seit Ende 2008 erheblich gestiegen, ...*

Aus einem solchen Anstieg lässt sich jedoch nicht unmittelbar auf eine geänderte Zinsweitergabe schließen. Erstens ist der Mark-up bei

**35** So erhöhten sich der Herfindahl-Konzentrationsindex und die relative Bedeutung der fünf größten nationalen Kreditinstitute, vermutlich aufgrund von Abwicklungen und Fusionen von Banken im Zuge der Finanz- und Staatsschuldenkrise.

**36** Vgl.: Freixas und Rochet (2008). Für eine empirische Analyse für den Euroraum vgl.: van Leuvensteijn et al. (2008).

**37** Vgl.: van Leuvensteijn et al. (2008); sowie Klemperer (1987).

**38** Zur Marktmacht von Banken gegenüber ihren Einlegern vgl.: Drechsler et al. (2018); Drechsler et al. (2017); sowie Borio et al. (2017). Zur Trägheit von Einlagenzinsen vgl. bspw.: Hannan und Berger (1991); Driscoll und Judson (2013); sowie Sander und Kleimeier (2004).

**39** Das könnten Kosten für die Erstellung neuer Preislisten sein, aber auch Informations- und Organisationskosten.

**40** Vgl. Hofmann und Mizen (2004); sowie de Bondt et al. (2005).

**41** Vgl.: Borio und Fritz (1995).

**42** Vgl.: Übersicht auf S. 69 f. für einen Überblick zur kurz- und langfristigen Zinsweitergabe im Euroraum.

**43** Vgl. u. a.: Hristov et al. (2014); Illes et al. (2015). Für die Geldpolitik sind vor allem die Zinsweitergabeschätzungen für Kreditzinsen interessant, da diese direkt in Konsum- und Investitionsentscheidungen münden. Die Einlagenzinsen beeinflussen als wichtige Komponente der Finanzierungskosten die Zinssatzungsentscheidung der Banken. Die Analysen in der Literatur und in diesem Aufsatz konzentrieren sich daher auf die Kreditzinsen.

**44** Aggregierter Neugeschäftszins über alle Kreditsegmente gemäß MFI-Zinsstatistik.

**45** Die teilnehmenden Banken im BLS führen den Rückgang der Marge zwischen Kredit- und Marktzins seit 2013 vor allem auf den intensiven Wettbewerb im Kreditgeschäft im Euroraum zurück.

... was nicht zwangsläufig eine veränderte Zinsweitergabe bedeutet, da erstens der Kreditzins Erhöhungen des Referenzzinssatzes nicht sofort vollständig nachvollzieht, ...

unvollständiger<sup>46)</sup> Zinsweitergabe nicht notwendigerweise konstant, sondern variiert über den Zinszyklus: Bei einem Zinsanstieg steigt der Kreditzins weniger stark als der Referenzzins. Beide Zinssätze nähern sich somit einander an, der Mark-up wird also kleiner. Bei sinkenden Zinsen hingegen weitet sich der Mark-up aus, da ein fallender Referenzzinssatz ebenfalls nicht vollständig an den Bankkreditzins weitergegeben wird. Das zeigte sich deutlich bei den drastischen Zinssenkungen im Zuge der Finanzkrise, die der Kreditzins nur eingeschränkt nachvollzog.

... zweitens sich der Mark-up zwischen Kreditzins und Finanzierungskosten nicht ungewöhnlich ausweitete, ...

Zweitens zeigt sich ein anderes Bild für die Entwicklung des Mark-up, wenn bei seiner Berechnung anstelle des Referenzzinssatzes die durchschnittlichen Finanzierungskosten<sup>47)</sup> der Banken herangezogen werden (vgl. nebenstehendes Schaubild): Wird der Mark-up zwischen dem Kreditzins und den Finanzierungskosten berechnet, lässt sich keine Ausweitung nach der Finanzkrise im Vergleich zur Vorkrisenzeit finden. Im Gegenteil, auf die Finanzkrise folgte zunächst ein starker Rückgang des Mark-up und dann eine allmähliche Erholung, bis er sich seit etwa 2015 in der Nähe des Vorkrisenniveaus einpendelte. Dabei wirkte insbesondere die Nullzinsgrenze bei den durchschnittlichen Finanzierungskosten der Banken einer stärkeren Erhöhung des Mark-up entgegen. Somit scheint der Befund einer Ausweitung des Mark-up allein auf der Auswahl des Referenzzinssatzes als Bezugsgröße für die Berechnung zu beruhen.

... und drittens gestiegene Risiken in einem konjunkturellen Abschwung dem Absinken der Kreditzinsen entgegenwirken

Geht drittens eine Niedrigzinsphase mit einer schwachen Konjunkturphase einher, wirken die gestiegenen kreditnehmerseitigen Risiken einem Absinken der Bankkreditzinsen entgegen.<sup>48)</sup> Hierzu passend zeigen die Ergebnisse des BLS, dass zwischen 2008 und Ende 2013 kreditnehmerseitige Risiken ausschlaggebend für die restriktivere Kreditangebotspolitik der Banken im Euroraum waren (vgl. oberes Schaubild auf S. 56).

Aus diesen Gründen wäre eine Ausweitung des Mark-up mit einer geänderten wie einer unver-



änderten Zinsweitergabe vereinbar. Außerdem ist davon auszugehen, dass neben den genannten Faktoren noch weitere Faktoren auf den Mark-up wirken. Für eine Interpretation in Bezug auf die Zinsweitergabe bedarf es daher empirischer Methoden, die eine diesbezügliche Einschätzung erlauben. Beispielsweise deuten Ex-post-Prognosen eines einfachen Fehlerkorrekturmodells darauf hin, dass die so spezifizierten Modelle die Zinsweitergabe aktuell nicht adäquat abbilden können: Bis zur Finanzkrise ließ sich anhand eines solchen Zinsweitergabemodells mit nur einer erklärenden Variable, dem Dreimonats-EURIBOR, der Verlauf der Kreditzinsen mit hoher Präzision vorhersagen. Ab 2009

*Fehlerkorrekturmodelle allein auf Basis eines Referenzzinssatzes scheinen die Zinsweitergabe nicht mehr adäquat abzubilden*

<sup>46</sup> Aufgrund der Berechnung des Mark-up kann er nur als Grad der kurzfristigen Zinsweitergabe, also der Veränderung des Bankzinses innerhalb des Monats der Referenzzinssatzänderung, herangezogen werden. Diese war, wie in Fußnote 34 dargelegt, auch schon vor der Finanzkrise unvollständig.

<sup>47</sup> Berechnet aus allen Finanzierungsquellen außer Eigenkapital, gewichtet mit dem jeweiligen Bestandsvolumen und dem jeweiligen Neugeschäftszins.

<sup>48</sup> Vgl.: Borio und Fritz (1995).

## Anpassungen der Standards und Margen im Unternehmenskreditgeschäft im Euroraum

Salden in %<sup>1)</sup>

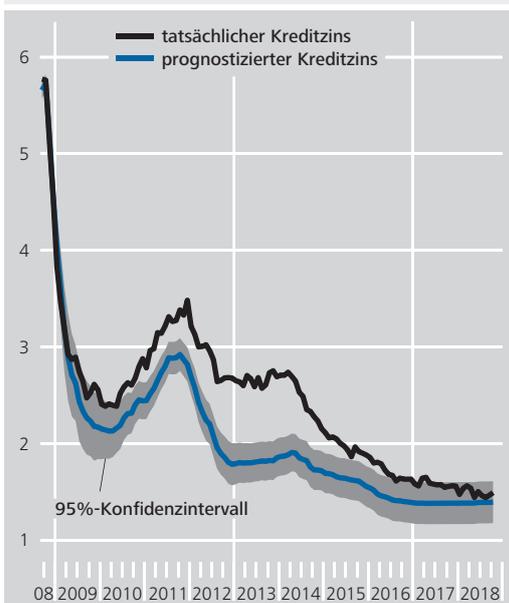


Quelle: EZB. **1** Gemäß Bank Lending Survey; Salden ergeben sich aus der Summe der Angaben „deutlich verschärft“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben „etwas gelockert“ und „deutlich gelockert“ in % der gegebenen Antworten. Die Nettosalden der erklärenden Faktoren werden aus der Summe der Nettosalden der jeweiligen Unterkategorien gebildet. **2** Im BLS-Fragebogen als Risikoeinschätzung bezeichnet.

Deutsche Bundesbank

## Prognostizierter und tatsächlicher Kreditzins für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften im Euroraum<sup>3)</sup>

in % p. a., monatlich



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. \* Out-of-Sample-Prognosen. Prognostizierter Kreditzins basierend auf einem Fehlerkorrekturmodell mit einer erklärenden Variablen, dem Dreimonats-EURIBOR (für weitere Details siehe Erläuterungen auf S. 58) Schätzzeitraum: Januar 2003 bis August 2008.

Deutsche Bundesbank

zeigt die Prognose jedoch, dass der tatsächliche Kreditzins stärker gestiegen ist, als es das Modell für den Vorkrisenzeitraum implizierte (vgl. nebenstehendes unteres Schaubild). Seit der Finanzkrise lässt sich die Entwicklung der Bankkreditzinsen offenbar nicht mehr allein mit diesem Referenzzins erklären.

Durch den Vertrauensverlust und die gestiegene Unsicherheit am Interbankenmarkt sowie den sprunghaften Anstieg der Geldmarktsätze in der Finanzkrise gerieten Banken weltweit in Finanzierungsschwierigkeiten. Die Finanzierungskosten der Banken entkoppelten sich in der Krise von der Entwicklung des EURIBOR. So begann die Geldpolitik, ihr Augenmerk auf die durchschnittlichen Finanzierungskosten der Banken zu richten.<sup>49)</sup> Das veranlasste Illes et al. (2015), in ihrer empirischen Untersuchung der Zinsweitergabe anstelle eines Referenzzinses die durchschnittlichen Finanzierungskosten der Banken als erklärende Variable zu verwenden. Im Gegensatz zu der Schätzung mit dem Dreimonats-EURIBOR finden die Autoren, dass sich die Kreditzinsen so entwickelten, wie es auf Basis dieses Indikators auch vor der Finanzkrise zu erwarten gewesen wäre. Dieses Ergebnis legt eine veränderte Beziehung zwischen dem Referenzzins und den Finanzierungskosten der Banken in der Krise nahe, die sich auf die Bepreisung der Kredite auswirkte.<sup>50)</sup> Der EURIBOR erscheint damit zwar weiterhin als ein wichtiger Referenzzins für die Banken, er bildet aber offensichtlich nicht mehr alle Informationen ab, welche die Höhe der Finanzierungskosten der Banken und schließlich des Kreditzinses bestimmen.

*Finanzierungskosten der Banken sind seit der Finanzkrise vom Referenzzins entkoppelt*

Eine Kointegrationsanalyse im Rahmen eines Fehlerkorrekturmodells mit einem Referenzzins als erklärender Variable kommt zu einem vergleichbaren Ergebnis: Für den Gesamtzeitraum

**49** So wurden u. a. 2014 und 2016 zwei Serien gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (GLRG I und II) eingeführt, um die Finanzierungsbedingungen der Banken im Euroraum zu verbessern. Vgl.: Europäische Zentralbank (2017c).  
**50** Vgl.: Holton und Rodriguez d'Acri (2015).

*Langfristiger Zusammenhang zwischen Kreditzins und Referenzzins ist nur bei Ergänzung eines Risikomaßes nachweisbar*

der vergangenen 15 Jahre findet sich kein signifikanter langfristiger Zusammenhang zwischen dem Neugeschäftszins für Unternehmenskredite und dem Dreimonats-EURIBOR. Empirische Tests auf das Vorliegen eines Strukturbruchs deuten auf einen Strukturbruch während der Staatsschuldenkrise hin. Wird das Modell jedoch um ein Risikomaß – hier die Staatenrisikoprämie<sup>51)</sup> – ergänzt, lässt sich ein signifikanter langfristiger Zusammenhang zwischen den drei beteiligten Variablen für den Gesamtzeitraum finden (vgl. die Erläuterungen auf S. 58 ff.). Der Koeffizient der langfristigen Weitergabe von Referenzzinssatzänderungen liegt für Unternehmenskreditzinsen bei gut 80 %. Die Zinsweitergabe ist damit nahezu vollständig. Dieser langfristige Zusammenhang ist dagegen bis 2010 empirisch nicht nachweisbar. Das Modell wäre bei Berücksichtigung der Staatenrisikoprämie bis zu Beginn der Staatsschuldenkrise fehlspezifiziert.

*Risiken beeinflussen Zinsweitergabe vor allem in Krisenzeiten*

Offenbar beeinflussen bestimmte Risiken die Zinsweitergabe insbesondere in Krisenzeiten, während sie in anderen Phasen weniger bedeutend sind. Zu diesen Risiken zählten während der Finanz- und Staatsschuldenkrise vor allem Liquiditäts- und Ausfallrisiken (von Banken wie von Staaten, Unternehmen und Haushalten). Hinzu kamen Preiseinbrüche an einzelnen Immobilienmärkten und die Vertrauenskrise im Bankensystem. Diese Risiken wirkten sich auf das Kreditzinsniveau aus, was die Geldpolitik in ihren Entscheidungen berücksichtigte.

*Untersuchungen der Zinsweitergabe für den aktuellen Rand benötigen Schätzmethoden, die zeitvariable Parameter enthalten*

Die Ergebnisse derartiger, um ein Risikomaß erweiterter Kointegrationsanalysen liefern wertvolle Erkenntnisse zur langfristigen Gleichgewichtsbeziehung zwischen dem von den Banken verwendeten Referenzzins und dem Bankkreditzins. Steht demgegenüber der Einfluss der geldpolitischen Sondermaßnahmen und die Wirkung des Negativzinsumfelds im Fokus, so bietet es sich an, einen flexibleren Modellrahmen zu verwenden, der Zeitvariabilität in den ökonomischen Zusammenhängen zulässt.<sup>52)</sup>

## Zinsweitergabe in Zeiten unkonventioneller Geldpolitik

Seit der Finanzkrise im Jahr 2008 griff der EZB-Rat zu einer Reihe neuer geldpolitischer Maßnahmen. Dazu zählen negative Zinsen für die Einlagefazilität sowie die verschiedenen unkonventionellen geldpolitischen Programme, aber auch der zunehmende Einsatz von Forward Guidance. Unter anderem versuchte der EZB-Rat über die geldpolitischen Sondermaßnahmen, das langfristige Ende der Zinsstrukturkurve nach unten zu drücken.<sup>53)</sup> Dazu zählte insbesondere das Programm zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors (Public Sector Purchase Programme: PSPP) unter dem erweiterten Ankaufprogramm für Vermögenswerte (expanded Asset Purchase Programme: APP), das im Januar 2015 beschlossen wurde (vgl. Schaubild auf S. 62). Die empirische Literatur legt nahe, dass bereits die Ankündigungen des Programms unmittelbare Effekte am Markt hinterließen.<sup>54)</sup> Nach Schätzungen von Altavilla et al. (2015) und Andrade et al. (2016) senkten die Ankündigungen des APP, unter dem Staatsanleihen mit einer Laufzeit zwischen zwei und 30 Jahren gekauft wurden, die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen im Euroraum um 30 bis 50 Basispunkte. Zu ähnlichen Effekten kommen Eser et al. (2019). Sie betrachten auch den Einfluss der Nettokäufe unter dem PSPP bis Ende 2018 und schätzen, dass diese die zehnjährige

*Mit Beginn der Finanzkrise führte der EZB-Rat verschiedene geldpolitische Sondermaßnahmen ein, ...*

<sup>51</sup> Die Staatenrisikoprämie wird berechnet als Differenz zwischen der Rendite einer zehnjährigen Staatsanleihe und einem risikolosen Zins (Overnight-Index-Swapsatz) gleicher Fristigkeit. Sie umfasst länderspezifische Kreditrisiken, „Flight-to-quality“-Effekte und Liquiditätsprämien. Vgl.: Europäische Zentralbank (2013), S. 90. Ein ähnliches Vorgehen mit einer Staatenrisikoprämie als zusätzlicher erklärender Variable in einem Fehlerkorrekturmodell findet sich auch in Europäische Zentralbank (2017b), S. 17; sowie in Europäische Zentralbank (2013), S. 90.

<sup>52</sup> Erste Anhaltspunkte zu Veränderungen der Zinsweitergabe in der jüngsten Vergangenheit können bereits aus dem Fehlerkorrekturmodell gewonnen werden: Schätzungen mit rollierenden Zehnjahresfenstern innerhalb des gesamten Betrachtungshorizonts zeigen, dass sich die kurzfristige Weitergabe von Veränderungen des Referenzzinses zuletzt abgeschwächt hat.

<sup>53</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank (2016).

<sup>54</sup> Vgl.: Krishnamurthy et al. (2017); Georgiadis und Gräb (2016); sowie Altavilla et al. (2014).

## Langfristige Zinsweitergabe aus der Perspektive eines Fehlerkorrekturmodells

Zur empirischen Untersuchung der langfristigen Zinsweitergabe bieten sich Eingleichungs-Fehlerkorrekturmodelle (Error-correction model: ECM) an, die sich wegen ihrer intuitiven Interpretierbarkeit in der Vergangenheit bewährt haben (vgl. u. a. de Bondt (2005)). Die allgemeine Darstellung des verwendeten ECM-Ansatzes lautet:

$$\Delta br_t = \sum_{j=0}^p \gamma_j \Delta mr_{t-j} + \sum_{k=1}^p \delta_k \Delta br_{t-k} - \alpha (br_{t-1} - \beta mr_{t-1} - \mu) + \varepsilon_t$$

Hierin bezeichnet  $br_t$  den Kreditzins im Neugeschäft und  $mr_t$  den Referenzzins.<sup>1)</sup> Der Referenzzins soll die marginalen Finanzierungskosten<sup>2)</sup> der Banken approximieren. Der Koeffizient  $\gamma_0$  gibt an, inwieweit eine Veränderung des Referenzzinssatzes in Periode null innerhalb derselben Periode an

den Bankzins weitergegeben wird (sofortige Zinsweitergabe).<sup>3)</sup> Eine schnelle Zinsweitergabe spiegelt sich in einem hohen positiven Wert<sup>4)</sup> für  $\gamma_0$  wider. Essenziell für die Existenz eines ECM ist eine langfristige Gleichgewichtsbeziehung zwischen den beteiligten Variablen in Niveaus (Term in der Klammer). Diese ist gleichbedeutend mit dem Vorliegen von Kointegration. Ob eine Kointegrationsbeziehung zwischen dem Bankzins und dem Referenzzins vorliegt, kann durch statistische Signifikanztests der Parameter des ECM überprüft werden: Ist  $\alpha$  statistisch signifikant positiv, so sind die integrierten Variablen  $br_t$  und  $mr_t$  kointegriert mit dem Kointegrationsvektor  $(\beta, \mu)$ . Dabei repräsentiert  $\beta$  den Koeffizienten für die langfristige Zinsweitergabe. Er gibt an, wie stark eine Veränderung des Referenzzinssatzes im langfristigen Gleichgewicht auf den Bankzins übertragen wird. Bei einer vollständigen Zinsweitergabe ergibt sich ein Koeffizient in Höhe von eins. Die Konstante  $\mu$  spiegelt all diejenigen zeitunveränderlichen Einflüsse wider, die im Gleichgewichtsterm nicht explizit berücksichtigt werden. Der Anpassungskoeffizient  $\alpha$  drückt aus, um wie



Quelle: Thomson Reuters und eigene Berechnungen. **1** Der Zehnjahres-Spread ist die Differenz zwischen der durchschnittlichen Rendite zehnjähriger Staatsanleihen im Euroraum und dem Zehnjahres-Overnight-Index-Swapsatz (OIS).  
 Deutsche Bundesbank

**1**  $\Delta br_t$  bezeichnet die Veränderung des Bankkreditzinses im Vergleich zur Vorperiode. Das Modell setzt voraus, dass die Kredit- und Referenzzinszeitreihen integriert vom Grad eins sind. Die Ergebnisse des ADF-Tests können diese Hypothese nicht verwerfen.

**2** Marginale Finanzierungskosten sind diejenigen Kosten, die bei der Aufnahme einer zusätzlichen Einheit an Finanzierungsmitteln anfallen.

**3** Da bei den Ergebnissen später nur die Effekte der unverzögerten Referenzzinsen interpretiert werden, wird im Weiteren auf die Erklärung von  $\gamma_{j,j} > 0$  und  $\delta_k$  verzichtet. Die Berücksichtigung von verzögerten Veränderungen von Bank- und Referenzzinsen im Modell dient der Beseitigung potenzieller Autokorrelation in den Störgrößen. Die jeweils passende Lag-Länge wird mittels Schwarz-Kriterium aus allen Lags bis zum Lag zehn ausgewählt.

**4** Ein Wert von eins bedeutet eine 100 %ige, also vollständige Weitergabe. Aufgrund der im Modell abgebildeten zusätzlichen zeitverzögerten Effekte sind für diesen Koeffizienten auch Werte über eins möglich.

viel eine Abweichung von der langfristigen Gleichgewichtsbeziehung pro Monat abgebaut wird.<sup>5)</sup>

Zunächst wird für beide betrachteten Kreditzinskategorien (Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und für den Wohnungsbau privater Haushalte)<sup>6)</sup> auf Euroraum-Ebene ein ECM mit dem Dreimonats-EURIBOR<sup>7)</sup> als Referenzzins geschätzt. Lässt sich mit diesem Referenzzins keine Kointegrationsbeziehung etablieren, so wird er durch längerfristige Marktzinsen<sup>8)</sup> ersetzt. In Modellen für die Zinsweitergabe bei Unternehmenskrediten lässt sich allerdings auf diese Weise keine Kointegrationsbeziehung mit den Kreditzinsen feststellen (vgl. Tabelle auf S. 60).<sup>9)</sup> Dies kann daran liegen, dass ein für die Zinsweitergabe relevanter Faktor nicht berücksichtigt wurde, wie zum Beispiel ein Risikomaß. Wird im Modell für die Zinsweitergabe bei Unternehmenskrediten der Referenzzins  $mr_t$  um einen Spread<sup>10)</sup>  $spr_t$  als Risikomaß ergänzt, so lässt sich eine langfristige Gleichgewichtsbeziehung finden.<sup>11)</sup> Das erweiterte Modell lautet:

$$\begin{aligned} \Delta br_t = & \sum_{j=0}^p \gamma_j \Delta mr_{t-j} + \sum_{l=0}^p \theta_l \Delta spr_{t-l} \\ & + \sum_{k=1}^p \delta_k \Delta br_{t-k} \\ & - \alpha (br_{t-1} - \beta mr_{t-1} - \beta^S spr_{t-1} - \mu) + \varepsilon_t \end{aligned}$$

Offenbar beeinflussen bestimmte Risiken die Zinsweitergabe insbesondere in Krisenzeiten, während sie in anderen Phasen weniger bedeutend sind. Die Geldpolitik scheint den Einfluss solcher Faktoren, hier ausgedrückt in dem Risikomaß, berücksichtigen zu müssen, wenn sie eine Veränderung des Kreditzinsniveaus bewirken will.

Für die Modellierung der Zinsweitergabe bei privaten Wohnungsbaukrediten muss ein Referenzzins mit längerer Frist (12-Monats-EURIBOR) gewählt werden. Hierin kommt zum Ausdruck, dass in einigen Ländern üb-

licherweise Wohnungsbaukredite mit langer Zinsbindungsfrist vergeben werden.<sup>12)</sup> Die Hinzunahme eines Risikomaßes wird für eine signifikante Langfristbeziehung jedoch

**5** Die Parameter eines ECM können in der ausmultiplizierten Form des Modells geschätzt werden. Banerjee et al. (1986) weisen nach, dass insbesondere bei kleinen Stichproben eine simultane Schätzung aller Parameter in einer Gleichung der Engle-Granger-Methode (Engle und Granger (1987)) überlegen ist, da diese zweistufige Methode die Gefahr einer verzerrten Schätzung der Langfristbeziehung birgt. Das Vorliegen einer Kointegrationsbeziehung zwischen Bank- und Referenzzins, die jeweils integriert vom Grad eins sind, kann unter Verwendung der gewöhnlichen t-Statistik des Parameters  $\alpha$  überprüft werden. Da die t-Statistik von  $\alpha$  unter der Nullhypothese weder für endliche Stichproben noch asymptotisch t-verteilt ist, müssen angepasste kritische Werte verwendet werden. Gültige Quantile der Verteilungen für verschiedene Stichprobengrößen und der Grenzverteilung finden sich in Banerjee et al. (1998). Die Autoren weisen nach, dass dieser ECM-Test auf Kointegration grundsätzlich ähnlich trennscharf ist wie vergleichbare Kointegrationstests. Letztere sind allerdings anfälliger für gewisse Fehlspezifikationen, die ihre Testgüte negativ beeinflussen können.

**6** Die Analyse basiert auf den Kreditzinszeitreihen aus der MFI-Zinsstatistik, die mit monatlicher Frequenz seit Januar 2003 erhoben werden. Der Schätzzeitraum beginnt im Januar 2003 und endet im November 2018.

**7** Umfragen bei Euroraum-Banken ergaben, dass insbesondere der EURIBOR mit einer Laufzeit zwischen drei und 12 Monaten als Referenzzins verwendet wird (vgl. Europäische Zentralbank (2019)). Diese Referenzzinsen bilden die Finanzierungskosten der Banken näherungsweise ab. Viele Finanzierungsverträge und Absicherungsgeschäfte sind insbesondere mit dem Dreimonats-EURIBOR als Basiswert ausgestaltet.

**8** 12-Monats-EURIBOR sowie Renditen von Staatsanleihen mit verschiedenen Restlaufzeiten.

**9** Strukturbruchtests zeigen einen Bruch (im Zeitraum der Staatsschuldenkrise) an.

**10** Als allgemeines Risikomaß wird hier eine Staatenrisikoprämie, das heißt die Differenz zwischen der Rendite einer zehnjährigen Staatsanleihe und einem risikolosen Zins (OIS-Rate) gleicher Fristigkeit, gewählt. Der Fokus liegt auf dieser Fristigkeit, weil der Markt für zehnjährige Staatsanleihen am liquidesten ist. Im Vergleich zu Spreads mit kürzerfristiger Basis unterscheiden sich die Ergebnisse allerdings kaum. Ein ähnliches Vorgehen mit einer Staatenrisikoprämie als zusätzlicher erklärender Variable in einem Fehlerkorrekturmodell findet sich auch in Europäische Zentralbank (2017b), S. 17; sowie in Europäische Zentralbank (2013), S. 90.

**11** Bei Schätzungen mit rollierenden Zehnjahresfenstern innerhalb des gesamten Betrachtungshorizonts ergibt sich für alle Teilzeiträume ebenfalls Kointegration zwischen den drei Variablen Bankkreditzins, Referenzzins und Risikomaß.

**12** Dies ist insbesondere in Deutschland und in Frankreich der Fall.

### Ergebnisse der Weitergabemodelle

Referenzzins $mr_t$	Risikomaß $spr_t$	Anzahl Lags in Kurzdynamik	Sofortige Zinsweitergabe Referenzzins $\gamma_0$	Sofortige Zinsweitergabe Risikomaß $\gamma_0^S$	Anpassungsgeschwindigkeit $\alpha$ (sign. = kointegriert) <sup>1)</sup>	Langfristige Konstante <sup>2)</sup> $\mu$	Langfristige Zinsweitergabe Referenzzins <sup>2)</sup> $\beta$	Langfristige Zinsweitergabe Risikomaß <sup>2)</sup> $\beta^S$	Adj. R <sup>2</sup>
Aggregierte Zinsen für Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen									
Dreimonats-EURIBOR	.	<sup>3)</sup> > 10	.	.	.	.	.	.	.
12-Monats-EURIBOR	.	5	0,60***	.	nicht kointegriert	.	.	.	0,71
Dreimonats-EURIBOR	<sup>4)</sup> 10 Jahre	4	0,72***	-0,02	-0,18***	1,54***	0,84***	0,51***	0,85
Aggregierte Zinsen für private Wohnungsbaukredite									
Dreimonats-EURIBOR	.	1	0,16***	.	nicht kointegriert	.	.	.	0,62
12-Monats-EURIBOR	.	1	0,13***	.	-0,04***	2,03***	0,73***	.	0,68
12-Monats-EURIBOR	<sup>4)</sup> 10 Jahre	1	0,18***	-0,07***	-0,06*	1,73***	0,79***	.	0,75

**1** Kritische Werte aus Banerjee et al. (1998). **2** Da die Konstante und die langfristigen Weitergabekoeffizienten nicht unmittelbar aus der Gleichung, sondern nur als Quotienten anderer Parameter bestimmt werden können, erfolgt keine direkte Angabe des Signifikanzniveaus. Bei einer alternativen, direkten Schätzung dieser Koeffizienten mittels der ersten Stufe des Engle-Granger-Verfahrens ergibt sich in allen angegebenen Fällen ein Signifikanzniveau von mindestens 1% (in Klammern). **3** Bei einer benötigten Lag-Anzahl über zehn ist angesichts der Autokorrelation eine Bestimmung der Modellparameter nicht sinnvoll. **4** Differenz zwischen der durchschnittlichen Rendite zehnjähriger Staatsanleihen im Euroraum und dem Zehnjahres-Overnight-Index-Swapsatz (OIS). Modelle mit Risikomaß werden wegen Datenrestriktionen für einen Zeitraum beginnend mit September 2005 geschätzt.

Deutsche Bundesbank

nicht benötigt.<sup>13)</sup> Offenbar spielt entweder in diesem Kreditsegment ein Risikomaß keine so entscheidende Rolle wie bei den Unternehmenskrediten. Oder es haben bei den Wohnungsbaukrediten im Euroraum diejenigen Länder ein stärkeres Gewicht, in denen das Ausmaß und die Variation des Risikomaßes zu gering sind, um die Kreditzinsen nennenswert zu beeinflussen.

Der langfristige Weitergabekoeffizient für den Referenzzins beträgt bei den Unternehmenskrediten 0,84 und bei den privaten Wohnungsbaukrediten 0,73.<sup>14)</sup> Der Grad der Weitergabe ist somit hoch und zumindest für Unternehmenskredite ist die Zinsweitergabe nahezu vollständig.<sup>15)</sup> Der Koeffizient für die langfristige Weitergabe des Risikomaßes bei Unternehmenskrediten ist ebenfalls signifikant von null verschieden und hat eine bedeutende Größenordnung. Die Anpassungsgeschwindigkeit ist bei Unterneh-

menskrediten höher als bei privaten Wohnungsbaukrediten. Die sofortige Weitergabe von Änderungen des Referenzzinssatzes im ersten Monat beträgt bei Unternehmenskreditzinsen 72 %, bei Wohnungsbaukreditzinsen hingegen nur 13 %. Änderungen des Risikomaßes werden dagegen im selben Monat nicht in signifikantem Ausmaß an

**13** Ein Modell mit Risikomaß weist allerdings ebenfalls eine (in diesem Fall nur schwach) signifikante Anpassungsgeschwindigkeit und damit Kointegration zwischen Bankzins, Referenzzins und Risikomaß auf. Bei Schätzungen mit rollierenden Zehnjahresfenstern ergeben sich sowohl in Modellen ohne Risikomaß als auch mit Risikomaß Teilzeiträume mit und ohne Kointegration. Modelle für aktuellere Zeitfenster weisen bei Einbeziehung eines Risikomaßes tendenziell eher Kointegration auf als solche ohne Risikomaß.

**14** Die absolute Höhe der Konstante ist wegen der unterschiedlichen Referenzzinsen nicht aussagekräftig.

**15** Dieses Ergebnis steht im Einklang mit der Literatur zur Zinsweitergabe vor der Finanzkrise. Bei Krediten sowohl an Unternehmen als auch für Wohnungsbauzwecke wurde meist eine hohe, nahezu vollständige langfristige Zinsweitergabe festgestellt (vgl. etwa de Bondt (2005); Kok Sørensen und Werner (2006); Gambacorta (2008); sowie Marotta (2009)).

den Unternehmenskreditzins weitergeben. Die Berücksichtigung eines Risikomaßes ist daher vor allem wichtig, um eine langfristige Gleichgewichtsbeziehung zwischen dem Referenzzins und dem Kreditzins zu finden.

Die Ergebnisse separater Schätzungen für Kredite mit kurzer und mit längerer Zinsbindungsfrist sind grundsätzlich konsistent mit den Ergebnissen auf aggregierter Ebene. Sowohl für kurz- als auch langfristige Unternehmenskredite wird ein Risikomaß für den Nachweis von Kointegration benötigt, bei privaten Wohnungsbaukrediten hingegen nicht. Bei Krediten mit längerer Zinsbindungsfrist erweisen sich Modelle mit längerfristigen Referenzzinsen als geeignet.<sup>16)</sup>

Festzuhalten bleibt, dass im Modell für die Zinsweitergabe bei Unternehmenskrediten auf Ebene des Euroraums eine langfristige

Gleichgewichtsbeziehung zwischen dem Bankzins und einem Referenzzins nur bei Ergänzung eines Risikomaßes unterstellt werden kann. Im Modell für die Zinsweitergabe bei Wohnungsbaukrediten besteht hingegen eine langfristige Gleichgewichtsbeziehung allein zwischen dem Bankzins und einem Referenzzins. Der Grad der langfristigen Weitergabe von Änderungen des Referenzzinssatzes ist in beiden betrachteten Kreditzinskategorien hoch und mit über 80 % zumindest im Fall der Unternehmenskredite nahezu vollständig.

**16** Da private Wohnungsbaukredite mit langer Zinsbindung vor allem in Deutschland und Frankreich vergeben werden, erweist sich eine durchschnittliche Rendite langfristiger Staatsanleihen der AAA-gerateten Länder des Euroraums als am besten passender Referenzzins.

Staatsanleiherendite des Euroraums um 100 Basispunkte senkten.

*... wodurch sich die Zinsstrukturkurve zunehmend nach unten verschob und abflachte*

Mit den geldpolitischen Sondermaßnahmen hat das Eurosystem maßgeblich dazu beigetragen, dass sich die Zinsstrukturkurve wiederholt nach unten verschob und zudem abflachte. Im Jahr 2016 lagen die Renditen von Anleihen der Mitgliedstaaten mit höchster Bonität (AAA) sogar bis zu einer Laufzeit von zehn Jahren im negativen Bereich (vgl. Schaubild auf S. 62). Seither stiegen sie wieder etwas an. Doch nach wie vor liegen sie nahe an ihren historischen Tiefstwerten. Zweifellos beeinflussen auch andere Faktoren, zum Beispiel politische Ereignisse, die Zinsstrukturkurve.<sup>55)</sup>

*Zeitvariable Methode für Untersuchung der kurzfristigen Zinsweitergabe im aktuellen Zinsumfeld nötig*

Der EZB-Rat äußerte wiederholt Befürchtungen, dass der geldpolitische Transmissionsprozess im Euroraum gestört sein könnte.<sup>56)</sup> Diese Störungen, aber auch die diversen neu eingeführten geldpolitischen Maßnahmen dürften die Zinsweitergabe beeinflusst und auch verändert

haben. Daher bedarf es eines flexiblen Modellierungsansatzes, in dem die Parameter über die Zeit variieren können. Diese Möglichkeit bieten zeitvariable vektorautoregressive Modelle. Mit ihnen lässt sich untersuchen, wie sich die Zinsweitergabe zum Beispiel während der Krisenzeiten oder auch im Niedrig- oder Negativzinsumfeld verändert hat.

Im Gegensatz zu den Kointegrationsanalysen<sup>57)</sup> (vgl. S. 57 und die Erläuterungen auf S. 58 ff.) konzentrieren sich vektorautoregressive Modelle (VARs) eher auf die kurzfristige Zinsweitergabe. Zwei Papiere, die möglichen Veränderungen in

*Die empirische Literatur deutet auf eine schwächere Zinsweitergabe nach der Finanzkrise hin, ...*

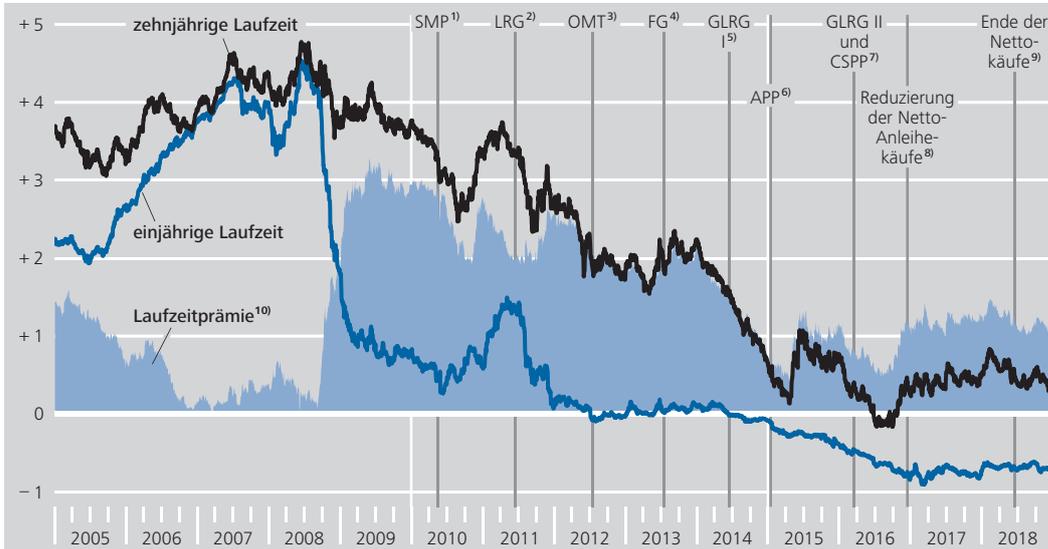
**55** So dürfte bspw. das Brexit-Votum im Vereinigten Königreich vom 23. Juni 2016 mit einem Rückgang der Staatsanleiherenditen von Euroraum-Ländern mit höchster Bonität einhergegangen sein. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2018), S. 39.

**56** Vgl.: Draghi (2012); Europäische Zentralbank (2010a, 2010b, 2014b).

**57** Diese basieren auf Eingleichungs-Fehlerkorrekturmodellen, für die fälschlicherweise angenommene Kointegrationsbeziehungen problematisch sind. VAR-Modelle hingegen vermeiden diese Möglichkeit der Fehlspezifikation (vgl.: de Bondt (2005); sowie von Borstel et al. (2016)).

## Kurz- und langfristige Staatsanleiherenditen<sup>\*)</sup> im Euroraum und ausgewählte geldpolitische Entscheidungen

% p.a., monatlich



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. \* Spot Rates basierend auf Staatsanleihen mit Rating AAA. Zur Berechnung und Definition siehe: <https://www.ecb.europa.eu/stats/money/yc/html/index.en.html> **1** Mai 2010: Ankündigung „Security Markets Programme“. **2** Juni 2011: Ankündigung „Längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte“. **3** Juli 2012: Ankündigung „Outright Monetary Transactions“. **4** Juli 2013: Beginn der „Forward Guidance“. **5** Juni 2014: Ankündigung der ersten Serie der „Gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte“. **6** Januar 2015: Ankündigung des „expanded Asset Purchase Programme (APP)“, dessen Implementierung ab März 2015 beginnt. **7** März 2016: Ankündigung der zweiten Serie der „Gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte“ und „Corporate Sector Purchase Programme“. **8** Dezember 2016: Reduzierung der monatlichen Netto-Anleihekäufe unter dem APP von 80 Mrd € auf 60 Mrd € ab April 2017 angekündigt. **9** Juni 2018: Ankündigung, dass das APP im Dezember 2018 auslaufen wird. **10** Differenz zwischen zehnjähriger und einjähriger Staatsanleiherrendite (AAA) im Euroraum.

Deutsche Bundesbank

der kurzfristigen Zinsweitergabe durch die Finanzkrise nachgehen, sind Aristei und Gallo (2014) und Hristov et al. (2014).<sup>58)</sup> Beide Studien verwenden VAR-Modelle und analysieren die Zeit vor der Finanzkrise (2003 bis 2007) und unmittelbar danach (2008 bis 2011). Sie finden eine weniger vollständige kurzfristige Weitergabe eines geldpolitischen Schocks auf Bankzinsen nach der Finanzkrise.<sup>59)</sup>

Die meisten Studien verwenden kurzfristige Geldmarktsätze als geldpolitische Indikatoren, um die Zinsweitergabe zu analysieren. Diese reflektieren jedoch lediglich die Veränderungen und das Niveau der Leitzinsen. Die Auswirkungen geldpolitischer Sondermaßnahmen, die vor allem seit 2011 die zinspolitischen Instrumente des Eurosystems ergänzen, zeigen sich in Geldmarktsätzen nur begrenzt. Daher wird seit einigen Jahren vermehrt ein hypothetischer Zins, der Schattenzins, als Näherungsgröße für die Geldpolitik herangezogen. Den Schattenzins verwenden zum Beispiel von Borstel et al.

(2016).<sup>60)</sup> Sie analysieren die Wirkung konventioneller wie unkonventioneller geldpolitischer Maßnahmen.<sup>61)</sup> Verglichen mit konventionellen Zinsänderungen vor der Finanzkrise schätzen sie eine unvollständigere Weitergabe eines unkonventionellen geldpolitischen Impulses auf die Kreditzinsen während der europäischen Staatsschuldenkrise. Ihre Analyse reicht bis 2013 und deckt damit noch nicht die Negativzinsphase und den Großteil der seitens des Eurosystems

... auch nach Einführung der geldpolitischen Sondermaßnahmen während der europäischen Staatsschuldenkrise

<sup>58</sup> Aristei und Gallo (2014) verwenden ein Markov-Switching VAR und Hristov et al. (2014) ein Panel VAR für den Euroraum.

<sup>59</sup> Der geldpolitische Indikator wird in beiden Papieren durch kurzfristige Geldmarktzinsen approximiert. Aristei und Gallo (2014) verwenden den Dreimonats-EURIBOR und Hristov et al. (2014) den EONIA.

<sup>60</sup> Sie verwenden ein Factor-Augmented-VAR für den Euroraum und konzentrieren sich auf die europäische Staatsschuldenkrise (2010 bis 2013). Diese vergleichen sie mit der Zeit vor der Finanzkrise (2000 bis Mitte 2007).

<sup>61</sup> Ein konventioneller Impuls basiert in dem Modell auf dem EONIA. Die unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen werden über verschiedene Näherungsgrößen abgebildet. Der Fokus liegt jedoch auf dem Schattenzins.

## Kurzfristige Zinsweitergabe aus der Perspektive eines BVAR

Im Folgenden wird analysiert, ob sich die kurzfristige Weitergabe geldpolitischer Schocks auf die Kreditzinsen von Geschäftsbanken im Euroraum in den vergangenen Jahren unter dem Einfluss des Niedrigzinsumfelds verändert hat (vgl.: Michaelis (2019)). Unter einem geldpolitischen Schock wird dabei eine Änderung der geldpolitischen Ausrichtung verstanden (vgl. u. a.: Sims (1992); sowie Christiano et al. (1999)). Insbesondere das Niedrigzinsumfeld könnte zu Veränderungen in der Zinsweitergabe geführt haben, weil sich die Bankzinsen sukzessive der Nulllinie näherten. Das heißt, es könnte zu systematischen Veränderungen in den Varianzen der Schocks und/oder in der dynamischen Auswirkung dieser Schocks gekommen sein.

### Zeitvariables-VAR mit Vorzeichenrestriktionen

Für die Analyse wird ein bayesianisches zeitvariables vektorautoregressives (VAR) Modell<sup>1)</sup> für den Euroraum verwendet, in dem drei makroökonomische Schocks betrachtet werden: ein geldpolitischer Schock und ein aggregierter Nachfrage- sowie ein aggregierter Angebotsschock. Die Schocks werden mithilfe von Vorzeichenrestriktionen

<sup>1</sup> Im verwendeten VAR-Modell sind sowohl die Koeffizienten als auch Varianz-Kovarianz-Matrizen zeitvariabel.

<sup>2</sup> Die Prämie errechnet sich aus dem Zinsabstand zwischen der synthetischen zehnjährigen Euroraum-Anleihe und den zehnjährigen deutschen Bundesanleihen. Somit reflektiert der Zinsabstand die Entwicklung der durchschnittlichen Risikoprämie in den europäischen Staatsanleihezinsen. Starke Bewegungen in diesen Prämien (wie bspw. während der Finanz- und europäischen Staatsschuldenkrise) können sich auf die Zinsweitergabe auswirken, daher müssen sie bei der Bestimmung der geldpolitischen Schocks berücksichtigt werden.

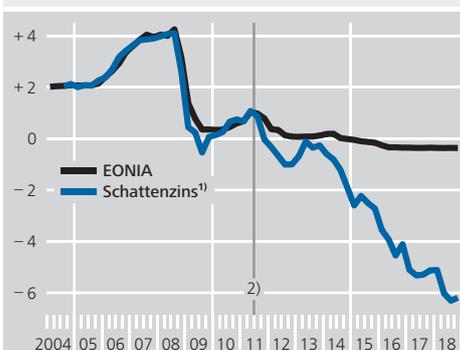
<sup>3</sup> Die Ergebnisse verändern sich nicht wesentlich, wenn der Schattenzins bereits früher (z. B. seit dem 1. Quartal 2010) oder erst etwas später berücksichtigt wird.

identifiziert. Dass neben dem geldpolitischen Schock noch zwei Konjunkturschocks identifiziert werden, hat zwei Gründe: Erstens wird so vermieden, dass diese Störungen den Geldpolitikschock verzerren. Zweitens kann auch der Einfluss dieser Schocks auf die endogenen Variablen über die Zeit verglichen werden.

Das Modell enthält fünf Variablen: reales Bruttoinlandsprodukt (BIP), harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI), einen kurzfristigen Zinssatz, der die Geldpolitik beschreibt (repräsentiert durch den EONIA bzw. einen Schattenzins), den Bankkreditzins für das Neugeschäft mit nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften sowie eine Staatenrisikoprämie<sup>2)</sup>. Bis zum 1. Quartal 2011 wird der EONIA im Modell als Proxy für die Geldpolitik der EZB verwendet. Ab dem 2. Quartal 2011 tritt an seine Stelle der Schattenzins (SR) von Wu und Xia (2018) für den Euroraum.<sup>3)</sup> Ab diesem Zeitpunkt entwickeln sich die beiden Zinssätze unterschiedlich: Im Vergleich zum EONIA fällt der Schattenzins stärker (vgl. unten stehendes Schaubild). Der Schattenzins ist zwar ebenfalls ein kurzfris-

EONIA und Schattenzins

% p. a., Quartalsdurchschnitte



Quellen: Wu und Xia (2018), Thomson Reuters. <sup>1</sup> Der Schattenzins basiert auf Rechnungen von Wu und Xia (2018). <sup>2</sup> Statt des EONIA wird ab dem 2. Vj. 2011 der Schattenzins im Modell des zeitvariablen VAR verwendet.

Deutsche Bundesbank

### Vorzeichenrestriktionen <sup>\*)</sup>

Schock	Reales BIP	HVPI	EONIA/SR	Kredit-zins	Staa-ten-risiko-prämie
Geldpolitik Angebot (aggregiert)	↓	↓	↑	?	?
Nachfrage (aggregiert)	↓	↑	↑	?	?
	↑	↑	↑	?	?

\* Die Vorzeichenrestriktion wird für zwei Quartale auferlegt. „↑“ bezeichnet einen positiven Einfluss, „↓“ einen negativen und „?“ bezeichnet eine unrestringierte Variable.  
 Deutsche Bundesbank

tiger Zins.<sup>4)</sup> Er erfasst aber im Gegensatz zum EONIA neben der Zinspolitik implizit auch die zahlreichen vom EZB-Rat beschlossenen unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen<sup>5)</sup>. Somit ist er im Niedrigzinsumfeld ein besser geeignetes Maß für die Abschätzung des Lockerungsgrades der Geldpolitik als der EONIA. Wir interpretieren im Folgenden den geldpolitischen Impuls ab dem 2. Quartal 2011 als unkonventionellen geldpolitischen Schock. Auch die Literatur verweist zunehmend auf den Schattenzins, um den Lockerungsgrad der Geldpolitik abzuschätzen.<sup>6)</sup>

In der Schätzung werden Quartalsdaten<sup>7)</sup> vom 1. Quartal 1998 bis zum 4. Quartal 2018 verwendet.<sup>8)</sup> Das reale BIP und der HVPI gehen in Wachstumsraten<sup>9)</sup> (gegenüber dem Vorquartal) ein und die Zinsen in ersten Differenzen. Das Modell enthält für alle Variablen in der Schätzung eine zeitliche Verzögerung von einem Quartal.<sup>10)</sup>

Die Vorzeichenrestriktionen werden gemäß den üblichen Annahmen in der Literatur<sup>11)</sup> festgelegt (vgl. oben stehende Tabelle).<sup>12)</sup> Demnach reduziert ein restriktiver geldpolitischer Schock kurzfristig sowohl das BIP als auch den HVPI und erhöht den EONIA/SR. Ein negativer aggregierter Angebotsschock senkt das BIP und erhöht sowohl die Preise als auch den EONIA/SR. Von einem positiven

aggregierten Nachfrageschock wird angenommen, dass er das BIP, den HVPI sowie den EONIA/SR erhöht. Der Kreditzins und die Staatenrisikoprämie bleiben unrestringiert. So entscheiden die Daten über das Vorzeichen dieser Impulsantworten. Unser Hauptinteresse gilt dem Kreditzins.

### Ergebnisse

Die Impulsantwortfolgen zeigen, dass sich die Auswirkungen eines geldpolitischen Schocks (Anstieg des EONIA/SR um 1 Prozentpunkt)<sup>13)</sup> über die Zeit verändert haben: Die unmittelbare Weitergabe<sup>14)</sup> von unkonventionellen Schocks an den Kreditzins scheint sich seit Ende 2016 gegenüber der

**4** Der Schattenzins ist ein hypothetischer kurzfristiger Zinssatz, der sich ohne Nominalzinsuntergrenze einstellen würde. Er misst den Druck auf längerfristige Zinsen, der sich aus der Ergreifung geldpolitischer Sondermaßnahmen ergibt. Vgl. auch: Deutsche Bundesbank (2017).

**5** Zwar senkte der EZB-Rat die Leitzinsen zwischen 2011 und 2016 weiter. Jedoch implementierte er zeitgleich umfangreiche unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen. Darunter fallen die Ankündigung längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte im Juni 2011, das OMT im August 2012 sowie das APP im Januar 2015.

**6** Vgl.: Lombardi und Zhu (2014); Wu und Xia (2016); Potjagailo (2017); sowie Filardo und Nakajima (2018).

**7** Quartalswerte der monatlichen Zeitreihen (HVPI und Zinsen) basieren auf Mittelwerten der jeweiligen Monate.

**8** Das „Training-Sample“ verwendet Daten vom 1. Quartal 1998 bis zum 4. Quartal 2003. Dieses schätzt die A-priori-Verteilung der Modellparameter. Die eigentliche Schätzung beruht auf Daten vom 1. Quartal 2004 bis zum 4. Quartal 2018.

**9** BIP und HVPI sind saisonbereinigt.

**10** Die Länge der Verzögerungen basiert auf dem „modified harmonic mean estimator“ nach Geweke (1999). Eine Überprüfung der dynamischen Stabilität des Systems ergibt, dass keiner der Eigenwerte nahe eins oder gleich eins ist.

**11** Vgl.: Galí et al. (2003); Straub und Peersman (2006); Canova und Paustein (2010); sowie Hristov et al. (2014).

**12** Die Vorzeichenrestriktionen, welche die Impulsantwortfolgen über einen vorgegebenen Zeitraum erfüllen müssen (vgl. oben stehende Tabelle), sind so gewählt, dass sie den Schock plausibel und ökonomisch fundiert einem exogenen geldpolitischen Schock zurechnen sowie eindeutig von anderen Schocks trennen.

**13** Die strukturellen Schocks sind normiert. So wird garantiert, dass die Schocks über die Zeit vergleichbar bleiben.

**14** Unter unmittelbarer Weitergabe wird hier die Zeit bis zu einem Jahr verstanden.

Phase von Mitte 2013 bis Anfang 2016 etwas abgeschwächt zu haben (vgl. nebenstehendes Schaubild). So liegt das „untere Zuverlässigkeitsband“, das 16. Perzentil der posterioren Verteilung der Impulsantworten, seit Ende 2016 unterhalb von null und deutet somit auf eine nicht mehr von null zu unterscheidende Impulsantwort hin. Dennoch ist die Zinsweitergabe in etwa vergleichbar mit derjenigen im Jahr 2011. Die seit 2011 ergriffenen geldpolitischen Sondermaßnahmen verstärkten die Zinsweitergabe bis 2013. Von Mitte 2013 bis Anfang 2016 variierte die Weitergabe hingegen kaum. Die Impulsantworten legen während dieser Zeit eine vollständige Zinsweitergabe nahe. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Zuverlässigkeitsbänder um den geschätzten Median der Impulsantwortfolgen recht breit sind.<sup>15)</sup>

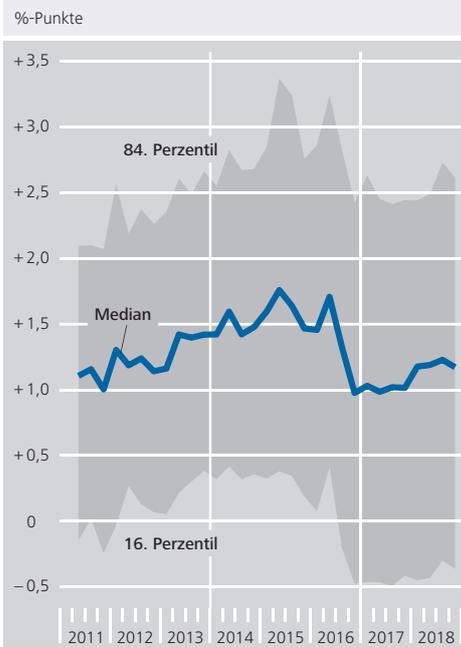
Die Berechnung von posterioren Wahrscheinlichkeiten ermöglicht einen statistischen Vergleich der Unterschiede in den Impulsantworten zwischen verschiedenen Perioden.<sup>16)</sup> Werte nahe 50 % implizieren dabei nur schwache Unterschiede zwischen den betrachteten Perioden.<sup>17)</sup> Die Auswertung zeigt, dass sich die Impulsantworten des Kreditzinses von Mitte 2013 bis Anfang 2016 tatsächlich kaum unterschieden (vgl. nebenstehende Tabelle). Vor allem trifft dies zum Zeitpunkt des Schocks und dem darauf-

**15** Von Mitte 2013 bis Anfang 2016 liegen diese zwischen etwa 0,3 und 3,3 Prozentpunkten zum Schockzeitpunkt in Periode null. Die Zuverlässigkeitsbänder beziehen sich auf das 16. und 84. Perzentil der posterioren Verteilung der Impulsantworten.

**16** Berechnet wird der Quotient der Markov-Chain-Monte-Carlo-Ziehungen zwischen zwei Zeitperioden. Die Zeitpunkte (4. Quartal 2013, 2. Quartal 2014 etc.) sind willkürlich ausgewählt. Sie stehen stellvertretend für die verschiedenen makroökonomischen Rahmenbedingungen. Der Vergleichszeitpunkt wird nicht im Jahr 2018 gewählt, da die Zeitpunkte am aktuellen Rand einer Stichprobe potenziell unter etwas höherer Schätzunsicherheit leiden.

**17** Werte oberhalb (unterhalb) von 50 % implizieren kleinere (höhere) Impulsantworten im z. B. 2. Quartal 2014 als im 2. Quartal 2017.

### Auswirkungen eines Anstiegs des Schattenzinses um einen Prozentpunkt auf den Kreditzins zum Schockzeitpunkt<sup>\*)</sup>



\* Impuls-Antwort basierend auf einem zeitvariablen vektorautoregressiven Modell.  
 Deutsche Bundesbank

### Wahrscheinlichkeit für Unterschiede in Impulsantworten in Folge eines geldpolitischen Schocks auf den Kreditzins<sup>\*)</sup>

in %

Horizont	0 Vj.	1 Vj.	2 Vj.	3 Vj.
... gegenüber 2. Vj. 2016				
3. Vj. 2011	66	58	53	52
4. Vj. 2012	61	50	40	38
2. Vj. 2013	51	48	47	44
2. Vj. 2015	48	53	55	58
... gegenüber 2. Vj. 2017				
3. Vj. 2011	48	55	66	67
4. Vj. 2013	39	40	50	56
2. Vj. 2014	38	48	59	65
2. Vj. 2015	36	47	61	65
2. Vj. 2016	39	46	58	61
4. Vj. 2016	49	49	51	54

\* Posteriore Wahrscheinlichkeit für Unterschiede in Impulsantworten zwischen 3. Vj. 2011, 4. Vj. 2012, 2. Vj. 2013, 4. Vj. 2013, 2. Vj. 2014, 2. Vj. 2015, 2. Vj. 2016, 4. Vj. 2016 und 2. Vj. 2017 für jeweils 0 bis 3 Quartale. Werte oberhalb (unterhalb) von 50 % implizieren kleinere (höhere) Impulsantworten zum ersten Zeitpunkt als zum Vergleichszeitpunkt (2. Vj. 2016 bzw. 2. Vj. 2017).

Deutsche Bundesbank

folgenden Quartal zu. Im Vergleich dazu fallen die Impulsantworten seit Ende 2016 deutlich geringer aus.<sup>18)</sup> Zudem ist ersichtlich, dass sich die Impulsantwort im Jahr 2017 von der im Jahr 2011 zum Schockzeitpunkt und unmittelbar danach kaum unterscheidet. Die Werte liegen nahe 50 %.

Um die quantitative Bedeutung der jeweiligen Schocks zu analysieren, werden die Varianzen der Prognosefehler zerlegt.<sup>19)</sup> Nachfrageschocks erklären den größten Teil der Variation des BIP. Angebotschocks sind hingegen für Preisvariationen am relevantesten. Die treibende Kraft hinter dem Kreditzins sind insbesondere Geldpolitiksschocks. Ihre Bedeutung für den Kreditzins veränderte sich jedoch über die Zeit: Im Jahr 2017 ist dieser Schock für den Kreditzins viel weniger wichtig als noch in den Jahren zuvor. Bereits in der zweiten Jahreshälfte 2016 verlor er gegenüber der ersten Jahreshälfte

erheblich an Bedeutung. Im Gegenzug erhöhte sich der Erklärungsgehalt der nicht identifizierten Schocks für den Kreditzins. Diese umfassen alle verbleibenden strukturellen Schocks wie etwa einen Risikoprämienschock.<sup>20)</sup> Somit weisen auch die Ergebnisse der Varianzzerlegung auf eine schwächere Zinsweitergabe seit Ende 2016 hin.

---

**18** Dies lässt sich in der Tabelle daran ablesen, dass die Werte für den Vergleich vom 4. Quartal 2016 mit dem 2. Quartal 2017 nahe 50 % liegen, während die vorherigen Werte der Gegenüberstellungen (bis 4. Quartal 2013) mit dem 2. Quartal 2017 deutlich darunter liegen.

**19** Im Gegensatz zu den Impulsantworten berücksichtigt die Zerlegung die geschätzten Standardabweichungen der Schocks.

**20** Er ergibt sich aus der Differenz zur Summe über die identifizierten Schocks. Zu den hier identifizierten Schocks zählen Nachfrage- und Angebotschocks wie auch der geldpolitische Schock.

ergriffenen geldpolitischen Sondermaßnahmen ab.

*Das Negativzinsumfeld wurde in der Literatur zur Zinsweitergabe bisher noch kaum untersucht*

Bisher gibt es kaum empirische Untersuchungen zur Zinsweitergabe in einem Umfeld negativer Marktzinsen. Die in den Erläuterungen auf Seite 63 ff. dargestellte empirische Analyse untersucht mithilfe eines bayesianischen zeitvariablen VAR-Modells für den Euroraum die kurzfristige Zinsweitergabe. Betrachtet wird dabei, wie sich geldpolitische Impulse auf den Bankzins für Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften im Euroraum (im Folgenden: Bankzins) ausgewirkt haben. Die Geldpolitik wird dabei durch den EONIA beziehungsweise den Schattenzins abgebildet: Der EONIA approximiert die Geldpolitik im Modell bis zum 1. Vierteljahr 2011. Ab dem Folgequartal findet der Schattenzins Anwendung. Im Gegensatz zum EONIA reflektiert er neben der Zinspolitik auch die Ankündigungen beziehungsweise Implementierungen der geldpolitischen Sondermaßnahmen.<sup>62)</sup> Diese haben im Euroraum ab Mitte

2011 mehr und mehr an Bedeutung gewonnen.<sup>63)</sup> Daher wird im Folgenden der geldpolitische Impuls ab diesem Zeitpunkt als unkonventioneller geldpolitischer Schock interpretiert.

Die Modellschätzungen zeigen, dass sich die Zinsweitergabe über die vergangenen Jahre verändert hat. Ab Mitte 2011, also mit zunehmendem Einsatz geldpolitischer Sondermaßnahmen, verstärkte sich die Zinsweitergabe zunächst. Sie stieg bis Mitte 2013 auf ein Niveau, das eine vollständige Zinsweitergabe nahelegen würde. Von Mitte 2013 bis Anfang 2016 blieb die Zinsweitergabe auf diesem hohen Niveau und variierte kaum. Mit zunehmender Dauer

*Schätzergebnisse deuten auf eine zunächst stärkere und seit Ende 2016 schwächere Zinsweitergabe hin*

---

**62** Für eine detaillierte Beschreibung des Schattenzinses siehe die Erläuterungen auf S. 63 ff.

**63** Beispiele für unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen, welche die EZB seit Mitte 2011 angekündigt hat, sind die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (LRG) im Juni 2011, das OMT im August 2012 sowie das APP im Januar 2015. Schätzungen zeigen zudem, dass die unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen seit Mitte 2011 zunehmend den Schattenzins beeinflusst haben dürften (vgl.: de Rezende und Ristiniemi (2018)).

des Negativzinsumfelds, speziell seit Ende 2016, wirkt sich ein unkonventioneller geldpolitischer Schock schwächer auf den Kreditzins aus.<sup>64)</sup> Parallel sank Anfang 2017 auch der Erklärungsgehalt unkonventioneller geldpolitischer Schocks für den Bankzins. Der Erklärungsgehalt nicht identifizierter Schocks im Modell stieg hingegen. Dazu zählen unter anderem Schocks auf Risikoprämien. Zusammengenommen deutet dies darauf hin, dass die Zinsweitergabe durch die Ergreifung der geldpolitischen Sondermaßnahmen unterstützt wurde und sich die geldpolitischen Schocks vollständig auf den Bankkreditzins übertragen haben. Etwa eineinhalb Jahre nach Einführung des PSPP Anfang 2015 hat sich die Zinsweitergabe dann etwas abgeschwächt. Dennoch ist sie in etwa vergleichbar mit derjenigen im Jahr 2011, also zu Beginn der unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen.

*Analyse erlaubt keine Aussagen zur Notwendigkeit des Gesamtpakets der seitens des Eurosystems ergriffenen geldpolitischen Sondermaßnahmen*

Weil die einzelnen geldpolitischen Maßnahmen nicht separat in Schocks modelliert sind, sondern der Schattenzins die Gesamtheit der Maßnahmen abbildet, erlaubt die Analyse keine Aussage darüber, ob das gesamte Paket der unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen notwendig war, um diese Weitergabe eines geldpolitischen Impulses zu erreichen. In der hier verwendeten Modellspezifikation ist es nicht möglich, die Wirkung jeder einzelnen geldpolitischen Entscheidung aufzufangen und separat abzuschätzen.

*An der Nulllinie verharrende Einlagenzinsen könnten dazu beigetragen haben, dass die Banken ihre Kreditzinsen seit 2016 nicht stärker senkten*

Auf den ersten Blick mag es überraschen, dass sich trotz der fortgesetzten umfangreichen geldpolitischen Maßnahmen die Zinsweitergabe seit Ende 2016 abgeschwächt hat. Zwar kommunizierte der EZB-Rat Ende 2016, dass er seinen expansiven Kurs nicht weiter verstärken wollte, doch blieb die geldpolitische Ausrichtung weiter klar expansiv. Ungefähr zeitgleich, etwa ab Mitte 2016, endete die seit März 2014 anhaltende Phase massiver Kreditzinssenkungen durch die Banken (vgl. oben stehendes Schaubild). Dabei könnte vor allem der ebenfalls seit Mitte 2016 knapp oberhalb der Nulllinie verharrende Einlagenzins der Banken wei-

### Kumulierte Veränderung des Kredit- und Einlagenzinses im Euroraum seit Anfang 2014<sup>1)</sup>



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. \* Neugeschäft gemäß harmonisierter MFI-Zinsstatistik. <sup>1</sup> Zins für Einlagen privater Haushalte und nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften.  
 Deutsche Bundesbank

tere deutliche Kreditzinssenkungen verhindert haben, die mit weiter sinkenden Nettozinsentträgen einhergegangen wären.<sup>65)</sup>

## Fazit

Bis zur Finanzkrise steuerte das Eurosystem die kurzfristigen Geldmarktsätze, indem es regelmäßig zum Hauptrefinanzierungssatz Liquidität bereitstellte. Die geldpolitischen Impulse übertrugen sich über die Geld- und Kapitalmarktzinsen auf die Kredit- und Einlagenzinsen der Banken. In der Finanzkrise führten unter anderem die Unsicherheit und der Vertrauensverlust am Interbankenmarkt dazu, dass die Referenzzinssätze nach oben verzerrt wurden. Dadurch ließ sich kein langfristiger Zusammenhang zwischen Kreditzins und Referenzzins mehr nachweisen. Offenbar beeinflussen bestimmte Risiken die Zinsweitergabe vor allem in Krisenzeiten, während sie in anderen Phasen weniger bedeutend sind. So wirkten sich beispielsweise Liquiditäts- und Ausfallrisiken auf das Kreditzinsniveau der

*Risiken beeinflussen die Zinsweitergabe seit der Finanzkrise*

<sup>64</sup> Diese Veränderungen über die Zeit lassen sich zum einen an den Unsicherheitsbändern der Impulsantworten festmachen, zum anderen aber auch an der Berechnung der Wahrscheinlichkeit für statistische Unterschiede zwischen den Impulsantworten verschiedener Zeitpunkte (vgl. die Erläuterungen auf S. 63 ff.).

<sup>65</sup> Eine ähnliche Argumentation führen auch Eggertsson et al. (2019) an.

Banken im Euroraum aus. Die Geldpolitik schien dies in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen. Eigene empirische Untersuchungen bestätigen den Einfluss dieser Risiken auf die Zinsweitergabe für die Zeit nach der Finanzkrise. So besteht seit 2010 ein langfristiger Zusammenhang zwischen dem Kreditzins, dem Referenzzins und einer Staatenrisikoprämie.

*Einlagenzinsen liegen seit 2012 nicht mehr unter, sondern über den Geldmarktzinsen*

Im Zuge der Finanz- und Staatsschuldenkrise senkte der EZB-Rat die Leitzinsen im Euroraum auf historische Tiefststände. Im Juni 2014 wurde der Zinssatz für die Einlagefazität erstmals negativ. Andere unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen wie das PSPP und die Forward Guidance zielten unter anderem auf eine Reduktion der Marktrenditen im längerfristigen Bereich ab. Die expansive Geldpolitik führte zu einer erheblichen Lockerung der Kreditangebotspolitik der Banken: Die Kreditzinsen sanken seit 2014 deutlich und erreichten ebenfalls historische Tiefststände. Im Gegensatz dazu reduzierten die Banken im Euroraum die Zinsen für Kundeneinlagen aber deutlich zögerlicher: Sie folgten den Geldmarktzinsen überwiegend nicht in den negativen Bereich, sondern verharrten knapp oberhalb der Nulllinie.

*Trotz rigider Einlagenzinsen kann keine Veränderung der langfristigen Zinsweitergabe nachgewiesen werden*

Auf die langfristige Zinsweitergabe bei Kreditzinsen wirkte sich das Negativzinsumfeld der vergangenen vier Jahre bisher nicht aus. Veränderungen des EURIBOR werden in der langen Frist nahezu vollständig an den Bankzins im Unternehmenskreditgeschäft weitergegeben. Aussagen zur kurzfristigen Wirkung der geldpolitischen Sondermaßnahmen und dem Einfluss des Negativzinsumfelds auf die Zinsweiter-

gabe lassen sich dagegen eher mit einem flexibleren Modellrahmen treffen, der Zeitvariabilität in den ökonomischen Zusammenhängen zulässt.

Eigene zeitvariable empirische Untersuchungen, die den Schattenzins als Maß für den geldpolitischen Lockerungsgrad verwenden, deuten darauf hin, dass sich die kurzfristige Zinsweitergabe in den vergangenen Jahren verändert hat. Demnach wurde die Zinsweitergabe durch die seit 2011 ergriffenen geldpolitischen Sondermaßnahmen zunächst unterstützt, sodass sich die geldpolitischen Schocks vollständig auf den Bankkreditzins übertragen haben. Während der Negativzinsphase schwächte sich die Zinsweitergabe hingegen etwas ab und ist seitdem in etwa vergleichbar mit derjenigen im Jahr 2011. Dabei könnte vor allem der seit Mitte 2016 knapp oberhalb der Nulllinie verharrende Einlagenzins der Banken weitere deutliche Kreditzinssenkungen verhindert haben.

Mit zunehmender Dauer der Negativzinsphase könnte sich die Abschwächung der kurzfristigen Zinsweitergabe irgendwann auch auf die langfristigen Parameter übertragen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass eine abgeschwächte Weitergabe der expansiven geldpolitischen Impulse in einem Umfeld historisch niedriger Kreditzinsen erfolgt und die Schätzungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt trotz Abschwächung auf eine annähernd vollständige Zinsweitergabe hindeuten. Das Kreditzinsniveau dürfte daher immer noch deutlich expansiv auf die Kreditvergabe wirken.

*Zunächst verbesserte sich die kurzfristige Zinsweitergabe durch geldpolitische Sondermaßnahmen, mit anhaltender Negativzinsphase schwächte sie sich hingegen ab*

*Abschwächung der kurzfristigen Zinsweitergabe erfolgt in einem Umfeld historisch niedriger Kreditzinsen*

### Literaturübersicht zur Zinsweitergabe seit 2014<sup>a)</sup>

Autor	Länder	Untersuchungs- periode & -ebene	Strukturbruch	Methode	Wichtige Ergebnisse
Altavilla et al. (2016)	Euroraum	– Juli 2007 bis Dez. 2015 – Makro	–	VAR	– Bankbilanzcharakteristika (Kapitalquote, Anteil gehaltener Staatsanleihen) verantwortlich für Heterogenität bei Weitergabe konventioneller Geldpolitik – Unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen senkten die Kreditzinsen, besonders bei Banken mit hoher NPL-Quote und geringer Kapitalquote
Aristei und Gallo (2014)	Euroraum	– Jan. 2003 bis Sept. 2011 – Makro	Bruch: Sept. 2008	Markov- Switching VAR	– Wenn Marktzinsen sehr volatil sind, geringere Zinsweitergabe an Kreditzinsen – Kreditzinsen für NFU reagieren stärker auf Marktzensänderung als Kreditzinsen für private Haushalte
Arnold und van Ewijk (2014)	AT, BE, DE, ES, FI, FR, GR, IE, IT, NL, PT	– Jan. 2003 bis Nov. 2013 – Makro	Schätzzeiträume: – Jan. 2003 bis Aug. 2008 – Sept. 2008 bis Nov. 2013	State Space- Modell	– Heterogenität der Staatsanleiherenditen seit der Finanzkrise ist wichtigster Faktor für heterogene Kredit- und Einlagenzinsen zwischen Euroraum-Ländern
Avouyi-Dovi et al. (2017)	DE, ES, FR, IT, GR, PT	– Jan. 2003 bis Okt. 2014 – Makro	ein oder zwei Brüche je Land	ECM mit Zeitdummies, Stochastic Volatility Modell, VAR	– Langfristiger Zusammenhang in der Zinsweitergabe von Zinsen für Kundeneinlagen an Kreditzinsen für NFU schwächte sich im Zuge der Staatsschuldenkrise ab – Ergebnisse im Ländervergleich heterogen – VAR-Modell: geringerer Effekt des Einlagenzinsschocks auf unerwartete Varianz der Kreditzinsen seit 2010
Blagov et al. (2015)	IT, ES, IE, PT	– Jan. 2004 bis Dez. 2014 – Makro	–	Markov- Switching VAR	– Globale Risikofaktoren erhöhten Kreditzinsen in ES und IT. ES: zusätzlich Probleme im Bankensektor. IT: zusätzlich fiskalische Probleme und Ansteckungseffekte
Blot und Labondance (2013)	AT, BE, DE, ES, FI, FR, GR, IE, IT, NL, PT	– Jan. 2003 bis Mai 2010 – Makro	Bruch: Okt. 2008	SUR ECM	– Weniger vollständige Zinsweitergabe seit der Finanzkrise – Gestiegene Homogenität zwischen Euroraum-Ländern
von Borstel et al. (2016)	AT, BE, DE, ES, FI, FR, GR, IE, IT, NL, PT und Euroraum	– Jan. 2000 bis Dez. 2013 – Makro	Schätzzeiträume: – Jan. 2000 bis Juni 2007 – 2010 bis Dez. 2013	FAVAR	– Staatsschuldenkrise veränderte Transmission konventioneller Geldpolitik, nicht aber die Komponenten der Zinsweitergabe: Geldpolitik senkte Finanzierungskosten der Banken, nicht aber deren Mark-up – Unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen wirkten effektiv auf die Zinsweitergabe, Kreditzinsen sanken
Camba-Mendez et al. (2016)	Euroraum	– Juli 2007 bis Okt. 2014 – Mikro	–	zweistufige Panel-Regr.	– Geldpolitische Maßnahmen zur Reduzierung der Volatilität am Geldmarkt und zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen über Schuldverschreibungen (CBPP) wirkten positiv auf die Zinsweitergabe (vollständiger)

\* Erläuterungen auf S. 70.  
 Deutsche Bundesbank

noch: Literaturübersicht zur Zinsweitergabe seit 2014<sup>\*)</sup>

Autor	Länder	Untersuchungs- periode & -ebene	Strukturbruch	Methode	Wichtige Ergebnisse
Darracq Pariès et al. (2014)	AT, BE, DE, ES, FI, FR, GR, IE, IT, LU, NL, PT	– Jan. 2003 bis Dez. 2013 – Makro	Schätzzeiträume: – Jan. 2003 bis Aug. 2008 – Sept. 2008 bis Dez. 2013	ECM, DSGE-Modell	– Unvollständigere Zinsweitergabe in IT und ES wegen angespannten Staatsanleihemärkten und schlechterer wirtschaftlicher Lage – Unvollständigere Zinsweitergabe im Niedrigzinsumfeld bei Einlagenzinsen
Eller und Reiniger (2016)	Euroraum, DK, HU, SE, GB, CZ, PL, RO	– Jan. 2003 bis Dez. 2014 – Makro	–	Panel ECM, VECM für einzelne Länder	– Renditen langfristiger Staatsanleihen beeinflussen Zinsen für langfristige Kredite – Über diesen Zusammenhang beeinflussen unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen Kreditzinsen
Gambacorta et al. (2014)	IT, ES, GB, US	– Jan. 1989 bis Juni 2013 – Makro	Bruch: Sept. 2008	ECM	– Bruch in Kointegrationsbeziehung zwischen dem EONIA und Kreditzins im Jahr 2008 – Aufnahme von Risikovariablen (NPL-Quote und CDS) erklärt Modelländerung
Holton und Rodriguez d’Arci (2015)	Euroraum	– Aug. 2007 bis Juni 2012 – Mikro	–	Panel ECM	– Unvollständige Zinsweitergabe von Geldmarkt- auf Kreditzinsen seit der Finanzkrise: höhere Staatsanleiherenditen erhöhten Finanzierungskosten der Banken – Bedeutend sind individuelle Bankcharakteristika, besonders solche die Finanzierungsschwierigkeiten abbilden
Hristov et al. (2014)	AT, BE, DE, ES, FI, FR, GR, IE, IT, NL, PT	– 1. Quartal 2003 bis 4. Quartal 2011 – Makro	Bruch: 1. Quartal 2008; Schätzzeiträume: – 2003 bis 2007 – 2008 bis 2011	Panel VAR, DSGE-Modell (finanzielle Friktionen)	– Weniger vollständige Zinsweitergabe seit der Finanzkrise – Abschwächung der Zinsweitergabe wegen veränderter struktureller Parameter der ökonomischen Variablen und größerer struktureller Schocks
Illes et al. (2015a)	AT, DE, ES, FI, FR, IE, IT, NL, PT, DK, GB	– Jan. 2003 bis Apr. 2014 – Makro	Schätzzeiträume: – Jan. 2003 bis Aug. 2008 – Sept. 2008 bis Apr. 2014	Panel ECM	– Irreführender Vergleich zwischen Kreditzinsen und geldpolitischem Zins: Banken finanzieren sich zu höheren Kosten – Vergleich zwischen Kreditzinsen und Finanzierungskostenindikator: unveränderte Zinsweitergabe seit der Finanzkrise
Leroy und Lucotte (2015)	AT, BE, DE, ES, FI, FR, GR, IE, IT, NL, PT	– Jan. 2003 bis Dez. 2011 – Makro	Schätzzeiträume: – Jan. 2003 bis Sept. 2008 – Aug. 2007 bis Dez. 2011	Panel ECM und Panel VAR	– Anstieg der Heterogenität zwischen Euroraum-Ländern in der Zinsweitergabe seit der Finanzkrise bei Kreditzinsen – Gründe: angespannte Finanzmärkte, schwache wirtschaftliche Lage und länderspezifische Finanzmarktstrukturen (Wettbewerb)

\* CBPP: Covered Bond Purchase Programme, CDS: Credit Default Spread, DSGE: Dynamic Stochastic Equilibrium Modell, ECM: Error Correction Modell, FAVAR: Factor Augmented Vector AutoRegressive Modell, SUR: Seemingly Unrelated Regression Modell, VAR: Vector AutoRegressive Modell, NFIU: nichtfinanzielle Unternehmen, NIRP: Negative Interest Rate Policy, NPL: non-performing loans.

## Literatur zum Negativzinsumfeld<sup>3)</sup>

Autor	Länder	Untersuchungs- periode & -ebene	Strukturbruch	Methode	Wichtige Ergebnisse
Amzallag et al. (2019)	IT	– Jan. 2013 bis Dez. 2015 – Mikro	Dummy-Variable nach Juni 2014	Difference-in-Difference	– Bedeutend bei der Zinsweitergabe von negativen Zinsen auf Kreditzinsen ist die Finanzierungsstruktur der Banken – Banken mit einem höheren Einlagenanteil erheben höhere Zinsen auf fest verzinsten Wohnungsbaukrediten
Eggertsson et al. (2019)	Euroraum, S, CH, DK, JP, DE	– ab 2014 – Makro und Mikro	–	Difference-in-Difference, DSGE-Modell (mit NZG)	– Zinsweitergabe sowohl bei Einlagen- als auch bei Kreditzinsen seit Beginn der NIRP im Euroraum gestört – NIRP kann kontraktiv auf GDP wirken – Ursache: NIRP wirkt belastend auf Ertragslage der Banken
Heider et al. (2018)	Euroraum	– Jan. 2009 bis Dez. 2015 – Mikro	Schätzzeiträume: – Jan. 2011 bis Dez. 2015; – Jan. 2013 bis Dez. 2015	Difference-in-Difference	– Banken reichen negative Zinsen an Einleger zögerlich weiter, daraus folgen höhere Finanzierungskosten (besonders für Banken mit hohem Einlagenanteil) – NIRP erhöht Risikopräferenz und senkt Kreditvergabe bei Banken mit hohem Einlagenanteil
Horvath et al. (2018)	AT, BE, CY, FI, FR, DE, IR, IT, NL, PT, SL, SK, ES	– Jan. 2008 bis Okt. 2016 – Makro	–	Panel ECM	– Vollständige Zinsweitergabe nur bei kleinvolumigen Krediten – Schwächere Zinsweitergabe in der Staatsschuldenkrise; Ankaufprogramme des Eurosystems schwächten diese adversen Effekte ab – Negatives Zinsumfeld ohne Auswirkungen auf die Zinsweitergabe
Sopp (2018)	DE	– Jan. 2003 bis Dez. 2016 – Makro	–	ECM	– Abschwächung der Zinsweitergabe von Kreditzinsen an Einlagenzinsen seit Beginn der NIRP

CBPP: Covered Bond Purchase Programme, CDS: Credit Default Spread, DSGE: Dynamic Stochastic Equilibrium Modell, ECM: Error Correction Modell, FAVAR: Factor Augmented Vector Autoregressive Modell, SUR: Seemingly Unrelated Regression Modell, VAR: Vector Autoregressive Modell, NFIU: nichtfinanzielle Unternehmen, NIRP: Negative Interest Rate Policy, NZG: Nullzinsgrenze.

Deutsche Bundesbank

## ■ Literaturverzeichnis

Altavilla, C., F. Canova und C. Matteo (2016), Mending the broken link: heterogeneous bank lending and monetary policy pass-through, ECB Working Paper, Nr. 1978.

Altavilla, C., G. Carboni und R. Motto (2015), Asset purchase programmes and financial markets: Lessons from the euro area, ECB Working Paper, Nr. 1864.

Altavilla, C., D. Giannone und M. Lenza (2014), The financial and macroeconomic effects of OMT announcements, CEPR Working Paper, Nr. 352.

Amzallag, A., A. Calza, D. Georgarakos und J. Sousa (2019), Monetary policy transmission to mortgages in a negative interest rate environment, ECB Working Paper, Nr. 2243.

Andrade, P., J.H. Breckenfelder, F. De Fiore, P. Karadi und O. Tristani (2016), The ECB's asset purchase programme: an early assessment, ECB Working Paper, Nr. 1956.

Aristei, D. und M. Gallo (2014), Interest rate pass-through in the Euro area during the financial crisis: a multivariate regime switching approach, Journal of Policy Modeling, Vol. 36, S. 273–295.

Arnold, I. und S. van Ewijk (2014), The impact of sovereign and credit risk on interest rate convergence in the euro area, DNB Working Paper, Nr. 425.

Avouyi-Dovi, S., G. Horny und P. Sevestre (2017), The stability of short-term interest rates pass-through in the euro area during the financial market and sovereign debt crises, Journal of Banking and Finance, Vol. 79, S. 74–94.

Banerjee, A., J.J. Dolado und R. Mestre (1998), Error-Correction Mechanism Tests for Cointegration in a Single-Equation Framework, Journal of Time Series Analysis, Vol. 19, S. 267–283.

Banerjee, A., J.J. Dolado, D.F. Hendry und G.W. Smith (1986), Exploring Equilibrium Relationships in Econometrics Through Static Models: Some Monte Carlo Evidence, Oxford Bulletin of Economics and Statistics, Vol. 48, 253–277.

Bernhofer, D. und T. van Treeck (2013), New evidence of heterogeneous bank interest rate pass-through in the euro area. Economic Modelling, Vol. 35, S. 418–429.

Beyer, A., G. Nicoletti, N. Papadopoulou, P. Papsdorf, G. Rünstler, C. Schwarz, J. Sousa und O. Vergote (2017), The transmission channels of monetary, macro- and microprudential policies and their interrelations, ECB Occasional Paper Series, Nr. 191.

Blagov, B., M. Funke und R. Moessner (2015), Modelling the Time-Variation in Euro Area Lending Spreads, BIS Working Paper, Nr. 526.

Blot, C. und F. Labondance (2013), Business lending rate pass-through in the Eurozone: monetary policy transmission before and after the financial crash, Economic Bulletin, Vol. 33, S. 973–985.

de Bondt, G.J. (2005), Interest rate pass-through: empirical results for the euro area, *German Economic Review*, Vol. 6, S. 37–78.

de Bondt, G.J., B. Mojon und N. Valla (2005), Term structure and the sluggishness of retail bank interest rates in euro area countries, *ECB Working Paper*, Nr. 518.

Borio, C., L. Gambacorta und B. Hofmann (2017), The influence of monetary policy on bank profitability, *International Finance*, Vol. 20, S. 48–63.

Borio, C. und W. Fritz (1995), The response of short-term bank lending rates to policy rates: a cross-country perspective, *BIS Working Paper*, Nr. 27.

von Borstel, J., S. Eickmeier und L. Krippner (2016), The interest rate pass-through in the euro area during the sovereign debt crisis, *Journal of International Money and Finance*, Vol. 68, S. 386–402.

Caballero, R.J., T. Hoshi und A.K. Kahsyap (2008), Zombie lending and depressed restructuring in Japan, *American Economic Review*, Vol. 98, S. 1943–1977.

Camba-Mendez, G., A. Durré und F.P. Mongelli (2016), Bank interest rate setting in the euro area during the Great Recession, *ECB Working Paper*, Nr. 1965.

Canova, F. und M. Paustein (2010), Measurement with some theory: a new approach to evaluate business cycle models, *Economics Working Papers*, Universität Pompeu Fabra.

Christiano, L., M. Eichenbaum und C. Evans (1999), Monetary policy shocks: What have we learned and to what end?, *Handbook of Macroeconomics*, 1A, S. 65–148, Amsterdam.

Darracq Pariès, M., D.N. Moccero, E. Krylova und C. Marchini (2014), The retail bank interest rate pass-through – The case of the euro area during the financial and sovereign debt crisis, *ECB Occasional Paper*, Nr. 155.

Draghi, M. (2012), Rationale and principles for financial union, Rede vom 22. Frankfurter European Banking Congress, 23. November 2012 in Frankfurt am Main.

Deutsche Bundesbank (2018), Finanzmärkte, Monatsbericht, November 2018, S. 39.

Deutsche Bundesbank (2017), Geldpolitische Indikatoren an der Zinsuntergrenze auf Basis von Zinsstrukturmodellen, Monatsbericht, September 2017, S. 13–34.

Deutsche Bundesbank (2016), Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der quantitativen Lockerung im Euroraum, Monatsbericht, Juni 2016, S. 29–54.

Deutsche Bundesbank (2015), Zinsweitergabe in der Krise, Monatsbericht, September 2015, S. 34 ff.

Drechsler, I., A. Savov und P. Schnabl (2018), Banking on Deposits: Maturity Transformation without Interest Rate Risk, *CEPR Discussion Paper*, Nr. 12950.

Drechsler, I., A. Savov und P. Schnabl (2017), The deposit channel of monetary policy, *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 132, S. 1819–1876.

Drescher, C., B. Ruprecht, M. Gründer, M. Papageorgiou, E. Töws und F. Brinkmann (2016), Die Krux mit den Einlagen: Niedrige Zinsen belasten Margen der Kreditinstitute, *Deutsche Bundesbank Research Brief*, 4. Ausgabe.

Driscoll, J.C. und R.A. Judson (2013), Sticky deposit rates, *FEDS Working Paper*, Nr. 2013–80.

Eggertsson, G.B., R.E. Juelsrud, L.H. Summers und E.G. Wold (2019), Negative Nominal Interest Rates and the Bank Lending Channel, *NBER Working Paper*, Nr. 25416.

Eller, M. und T. Reininger (2016), The influence of sovereign bond yields on bank lending rates: the pass-through in Europe, *Focus on European Economic Integration*, OeNB, Vol. 2, S. 54–78.

Engle, R.F. und C.W.J. Granger (1987), Cointegration and Error Correction: Representation, Estimation, and Testing, *Econometrica*, Vol. 35, S. 251–276.

Eser, F., W. Lemke, K. Nyholm, S. Radde und A. Vladu (2019), Tracing the impact of the ECB's asset purchase programme on the yield curve, im Erscheinen als *ECB Working Paper*.

Europäische Zentralbank (2019), Working Group on euro risk-free rates – Guiding principles for fall-back provisions in new contracts for euro-denominated cash products, Januar 2019.

Europäische Zentralbank (2017a), Report on Financial Structures, Oktober 2017.

Europäische Zentralbank (2017b), MFI lending rates: pass-through in the time of non-standard monetary policy, *ECB Economic Bulletin*, Februar 2017.

Europäische Zentralbank (2017c), The targeted longer-term refinancing operations: an overview of the take-up and their impact on bank intermediation, *ECB Economic Bulletin*, Mai 2017, S. 43–46.

Europäische Zentralbank (2014a), Aggregate Report on the Comprehensive Assessment, Oktober 2014.

Europäische Zentralbank (2014b), The determinants of euro area sovereign bond yield spreads during the crisis, *ECB Monthly Bulletin*, Mai 2014, S. 67–83.

Europäische Zentralbank (2013), Assessing the retail bank interest rate pass-through in the euro area at times of financial fragmentation, *ECB Monthly Bulletin*, August 2013.

Europäische Zentralbank (2010a), Additional measures decided by the governing council, *Monthly Bulletin*, Mai 2010, S. 7–8.

Europäische Zentralbank (2010b), Euro area money growth and the securities markets programme, *Monthly Bulletin*, Juni 2010, S. 24–26.

Europäische Zentralbank (2009), Recent developments in the retail bank interest rate pass-through in the euro area, ECB Monthly Bulletin, August 2009, S. 93–105.

European Banking Authority (2014), Annex to EBA Risk Dashboard Q1 2014: Risk parameters disclosure of EU banks.

Filardo, A.J. und J. Nakajima (2018), Effectiveness of unconventional monetary policies in a low interest rate environment, BIS Working Paper, Nr. 691.

Freixas, X. und J.-C. Rochet (2008), *Microeconomics of Banking*, MIT Press.

Galí, J., J.D. López-Salido und J. Vallès (2003), Technology shocks and monetary policy: assessing the Fed's performance, *Journal of Monetary Economics*, Vol. 50, S. 723–743.

Gambacorta, L., A. Illes und M.J. Lombardi (2014), Has the transmission of policy rates to lending rates been impaired by the Global Financial Crisis? BIS Working Paper, Nr. 477.

Gambacorta, L. (2008), How do banks set interest rates?, *European Economic Review*, Vol. 52, S. 792–819.

Georgiadis, G. und J. Gräßl (2016), Global financial market impact of the announcement of the ECB's asset purchase programme, *Journal of Financial Stability*, Vol. 26, S. 257–265.

Geweke, J. (1999), Using S methods for Bayesian econometric models: inference, development, and communication, *Economic Review*, Vol. 18, S. 1–73.

Hannan, T.H. und A.N. Berger (1991), The rigidity of prices: Evidence from banking industry, *The American Economic Review*, Vol. 81, S. 938–945.

Heider, F., F. Saidi und G. Schepens (2018), Life below zero: bank lending under negative policy rates, ECB Working Paper, Nr. 2173.

Hoffmann, P., S. Langfield, F. Pierobon und G. Vuillemeys (2018), Who bears interest rate risk?, *The Review of Financial Studies*, hhy113, <https://doi.org/10.1093/rfs/hhy113>

Hofmann, B. und P. Mizzen (2004), Interest rate pass-through and monetary transmission: Evidence from individual financial institutions' retail rates, *Economica*, Vol. 71, S. 99–123.

Holton, S. und C. Rodriguez d'Acuña (2015), Jagged cliffs and stumbling blocks: interest rate pass-through fragmentation during the euro area crisis, ECB Working Paper, Nr. 1850.

Homar, T., H. Kick und C. Salleo (2015), What drives forbearance – evidence from the ECB Comprehensive Assessment, ECB Working Paper, Nr. 1860.

Horvath, R., J. Kotlebova und M. Siranova (2018), Interest rate pass-through in the euro area: Financial fragmentation, balance sheet policy and negative rates, *Journal of Financial Stability*, Vol. 36, S. 12–21.

Hristov, N., O. Hülsewig und T. Wollmershäuser (2014), The interest rate pass-through in the Euro area during the global financial crisis, *Journal of Banking & Finance*, Vol. 48, S. 104–119.

Illes, A., M. Lombardi und P. Mizen (2015), Why did bank lending rates diverge from policy rates after the financial crisis, *BIS Working Papers*, Nr. 486.

Internationaler Währungsfonds (2018), *Global Financial Stability Report*, April 2018, S. 65 ff.

Kirti, D. (2017), What are reference rates for?, *IMF Working Paper*, Nr. 13.

Klein, M. A. (1971), A theory of the banking firm, *Journal of Money, Credit and Banking*, S. 261–275.

Klemperer, P. (1987), Markets with consumer switching costs, *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 102, S. 375–394.

Kok Sørensen, C. und T. Werner (2006), Bank interest rate pass-through in the euro area: a cross country comparison, *ECB Working Paper*, Nr. 580.

Krishnamurthy, A., S. Nagel und A. Vissing-Jorgensen (2017), ECB Policies Involving Government Bond Purchases: Impact and Channels, *Review of Finance*, Vol. 22, S. 1–44.

Leroy, A. und Y. Lucotte (2015), Structural and cyclical determinants of bank interest rate pass-through in Eurozone, *NBP Working Paper*, Nr. 198.

van Leuvensteijn, M., C. Kok Sørensen, J. A. Bikker und A. van Rixtel (2008), Impact of bank competition on the interest-rate pass-through in the euro area, *ECB Working Paper*, Nr. 885.

Lombardi, M. J. und F. Zhu (2014), A shadow policy rate to calibrate US monetary policy at the zero lower bound, *BIS Working Paper*, Nr. 452.

Marotta, G. (2009), Structural breaks in the lending interest rate pass-through and the euro, *Economic Modelling*, Vol. 26, S. 191–205.

Michaelis, H. (2019), Changes in the euro area interest rate pass-through, *Deutsche Bundesbank mimeo*.

Monti, M. (1971), A theoretical model of bank behavior and its implications for monetary policy, *L'Industria*, Vol. 2, S. 3–29.

Potjagailo, G. (2017), Spillover effects from Euro area monetary policy across Europe: A factor-augmented VAR approach, *Journal of International Money and Finance*, Vol. 72, S. 127–147.

de Rezende, R. B. und A. Ristinemi (2018), A shadow rate without a lower bound constraint, *Sveriges Riksbank Working Paper*, Nr. 355.

Rousseas, S. (1985), A markup theory of bank loan rates, *Journal of Post Keynesian Economics*, Vol. 8, S. 135–144.

Sander, H. und S. Kleimeier (2004), Convergence in euro-zone retail banking? What interest rate pass-through tells us about monetary policy transmission, competition and integration, *Journal of International Money and Finance*, Vol. 23, S. 461–492.

Sims, C. (1992), Interpreting the macroeconomic time series facts: The effects of monetary policy, *European Economic Review*, Vol. 36, S. 975–1000.

Sopp, H. (2018), Interest rate pass-through to the rates of core deposits – a new perspective, *Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank*, Nr. 25.

Straub, R. und G. Peersman (2006), Putting the New Keynesian model to a test, *IMF Working Papers*, Nr. 135.

Wu, J.C. und F.D. Xia (2018), European Central Bank shadow rate, <https://sites.google.com/view/jingcynthiawu/shadow-rates>, abgerufen am 18. Oktober 2018.

Wu, J.C. und F.D. Xia (2016), Measuring the Macroeconomic Impact of Monetary Policy at the Zero Lower Bound, *Journal of Money, Credit and Banking*, Vol. 48, S. 253–291.



## Europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt: zu einzelnen Reformoptionen

*Solide Staatsfinanzen sind für eine stabilitätsorientierte Währungsunion von zentraler Bedeutung. Die europäischen Haushaltsregeln sollen deshalb darauf hinwirken. Die Regeln wurden wiederholt angepasst, und auch zurzeit werden Veränderungen diskutiert.*

*Bei einer Reform sollten die grundlegenden Ziele der Haushaltsregeln erhalten bleiben. Werden die mittelfristigen Haushaltsziele (Medium-term objective: MTO) rasch erreicht und eingehalten, sinken hohe Schuldenquoten zügig. Um die quantitativen Ziele wieder verbindlicher zu machen, müssen die Vorgaben aber transparenter gestaltet und vorhersehbar umgesetzt werden. Deshalb sollten zahlreiche Ausnahmen und Ermessensspielräume entfallen. Auch eine stringente Haushaltsüberwachung ist wichtig. Hierfür wäre es sinnvoll, die Aufgaben von der Europäischen Kommission auf eine unabhängige, weniger politische Institution mit Fokus auf die Regelüberwachung zu übertragen.*

*Verschiedene andere Anpassungen stehen in der Diskussion. Hierzu gehört, stärker auf Ausgabenobergrenzen zu setzen. Das könnte die Regeln an manchen Stellen verschlanken. Aber auch Ausgabenregeln sind in der Praxis schwierig, und sie eröffnen neue Umgehungsmöglichkeiten. Dies wäre bei der Ausgestaltung zu berücksichtigen. In jedem Fall sollten Ausgabengrenzen an den bestehenden strukturellen Haushaltszielen anknüpfen. Zudem sollten sie nur für das jeweils folgende Haushaltsjahr und nicht für mehrere Jahre vorgegeben werden.*

*Vielfach wird beklagt, stringente quantitative Vorgaben seien zu eng. Um auch bei stringenten Grenzen Puffer zu haben, könnten nationale Rainy-Day-Funds geschaffen und nutzbar gemacht werden. Sie sollten vorab in dem Maße befüllt werden können, in dem das MTO übertroffen wird. Dies baut unerwünschter zusätzlicher Verschuldung vor. Empfehlenswert wäre, solche Puffer nur regelgebunden für unerwartete Belastungen zu verwenden. Vorschläge für einen relativ komplizierten Rainy-Day-Fund auf europäischer Ebene überzeugen hingegen nicht. Ihre gemeinsame Finanzierung passt schwerlich zur weiter nationalen Verantwortung für die Finanzpolitik. Wesentliche der mit europäischen Fonds verfolgten Ziele sind auch durch nationale Fonds zu erreichen.*

*Außerdem wird häufiger eine Goldene Regel zum Schutz staatlicher Investitionen gefordert. Probleme eines solchen Ansatzes zeigten sich etwa bei der früheren deutschen Haushaltsregel, die aus gutem Grund ersetzt wurde. Würde dennoch eine Goldene Regel für die europäischen Vorgaben erwogen, sollten zumindest die damit verbundenen Risiken möglichst klein gehalten werden. So sollten Investitionen nicht unbegrenzt zusätzliche Defizite gestatten. Es sollten keine Abstriche am Ziel rasch sinkender hoher Schuldenquoten gemacht und deshalb das MTO allenfalls bei Schuldenquoten erheblich unter 60 % begrenzt gelockert werden. Auch wären die Investitionen eng und harmonisiert abzugrenzen. Zudem wäre nur der Aufbau zusätzlichen Vermögens zu berücksichtigen, während ein Vermögensverzehr (negative Nettoinvestitionen) ambitioniertere fiskalische Positionen verlangen würde.*

*Glaubwürdige und bindende Fiskalregeln helfen, Stabilitätsrisiken zu begrenzen und Vertrauen zu schaffen. Über ihren Erfolg entscheiden aber letztlich die für die Finanzpolitik zuständigen Mitgliedstaaten. Daher ist es unverzichtbar, dass sie sich eigenverantwortlich am Kapitalmarkt finanzieren und dort mit ihrem fiskalischen Kurs überzeugen müssen.*

## Stabilitäts- und Wachstumspakt in der Diskussion

*Solide Staatsfinanzen schützen Geldpolitik*

Solide Staatsfinanzen sind wichtig für die Stabilität der Währungsunion. Sie ermöglichen, dass die Mitgliedstaaten finanzpolitisch handlungsfähig sind, und sichern eine stabilitätsorientierte Geldpolitik ab. Diese könnte unter Druck geraten, der Finanzpolitik beizuspringen, wenn Vertrauen in solide Staatsfinanzen verloren geht.

*Mitgliedstaaten für ihre Finanzpolitik verantwortlich*

In der Währungsunion entscheiden die Mitgliedstaaten über ihre Finanzpolitik. Das derzeit sehr niedrige Zinsniveau erleichtert es ihnen zwar, ihre Schulden zu tragen.<sup>1)</sup> Hohe Schulden bleiben aber ein Risiko für die Stabilität der Währungsunion.<sup>2)</sup> Es wäre riskant, die aktuell sehr niedrigen Zinsen als Dauerzustand anzusehen und deswegen auf hohe Staatsschulden zu setzen. Bei steigenden Zinsen geht dann potenziell schnell Vertrauen in die Solidität der Staatsfinanzen verloren, mit schädlichen Auswirkungen auf den Mitgliedstaat und die Währungsunion.

*Eigenverantwortliche Finanzierung wichtig*

Mit gemeinsam vereinbarten Fiskalregeln sollen verbindliche Grenzen gesetzt und Vertrauen in tragfähige öffentliche Finanzen geschaffen werden. Die Fiskalregeln können ihren Zweck aber nur erfüllen, wenn die Länder sie auch befolgen. Die europäische Ebene kann nicht über die Finanzpolitik der Mitgliedstaaten bestimmen, um die Regeleinhaltung zu erzwingen. Aus diesem Grund ist es elementar, dass sich die Staaten eigenverantwortlich am Kapitalmarkt finanzieren und dort mit ihrem fiskalischen Kurs überzeugen müssen. Etwaige Risikoprämien sind ein starker Anreiz für Haushaltsdisziplin.

*Reformdiskussion an bestehenden quantitativen Haushaltsgrenzen ausrichten*

Die Fiskalregeln wurden im Zeitverlauf wiederholt angepasst. Auch derzeit werden Reformen diskutiert. Ziel sollte dabei sein, die Regeln so auszurichten, dass hohe Schuldenquoten zügig zurückgeführt und solide Grundpositionen erreicht werden. Die bestehenden Vereinbarungen spiegeln diese Absicht durchaus wider: Das zentrale Ziel, das der Staatshaushalt mindestens

erreichen muss, ist ein (annähernd) ausgeglichener struktureller – das heißt um Konjunktur- und Einmaleffekte bereinigter – Saldo. Dieser ist das sogenannte mittelfristige Haushaltsziel (Medium-term objective: MTO). Bei höheren Schuldenquoten darf das MTO maximal – 0,5 % betragen. Wird dieses MTO eingehalten, sinken üblicherweise auch die Schuldenquoten zügig. Erst wenn die Schuldenquote erheblich unter 60 % liegt, darf ein weniger ambitioniertes MTO festgesetzt werden. Verfehlen Mitgliedstaaten ihr MTO, ist vorgesehen, dass sie die strukturelle Defizitquote in der Regel um jährlich 0,5 Prozentpunkte zurückführen. Damit würden sie zumeist nur in einem überschaubaren Übergangszeitraum vom Haushaltsziel abweichen.<sup>3)</sup>

Die gemeinsamen Regeln erlauben zurzeit allerdings häufig, von diesen grundlegenden quantitativen Vorgaben abzuweichen. Ziel sollte es sein, die Vorgaben wieder zu stärken. Zwar ist für Haushaltsregeln eine gewisse Flexibilität angemessen und dadurch eine gewisse Komplexität unvermeidlich. Die Regeln und ihre Umsetzung müssen dabei aber nachvollziehbar und vorhersehbar bleiben. Dies ist bei den europäischen Regeln immer weniger der Fall. Ihre Anwendung ergibt sich im politischen Verhandlungsprozess, und anstelle verbindlicher quantitativer Vorgaben gibt es bewegliche Ziele. Weite Ermessensspielräume ermöglichen, auch anhaltend grobe Zielverfehlungen zu entschuldigen. So ist es offenbar möglich, sogar den Abbau sehr hoher Schuldenquoten regelkonform immer weiter aufzuschieben. Inzwischen können weder Bevölkerung noch Politik oder Wissenschaft abschätzen, wo die Grenzen regelkonformer Haushaltspolitik liegen. Um die

*Fiskalregeln derzeit mangelhaft ausgestaltet und umgesetzt*

<sup>1</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank (2017a); Blanchard (2019).

<sup>2</sup> Vgl.: EZB (2016), S. 59; Fuest und Gros (2019a).

<sup>3</sup> Neben dem MTO gibt es den Referenzwert von 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das (unbereinigte) Defizit und von 60 % für die Schuldenquote. Diese definieren die Grenze für den sog. korrektiven Teil des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP), der hier nicht näher diskutiert wird. Zur Ausgestaltung der Regeln vgl.: Europäische Kommission (2017a, 2019), VO (EU) 1175/2011, VO (EU) 1177/2011, VO (EU) 473/2013, ABI 2010 C 83/99, ABI 2010 C 83/279, Vertrag (2012).

Regeln wieder zu ertüchtigen, sind Veränderungen notwendig.<sup>4)</sup>

*Diskussion über mehr Haushalts-spielräume*

Stringente Regeln werden aber auch dafür kritisiert, dass sie zu eng seien. Sie ließen zu wenig Raum etwa für gesamtwirtschaftliche Stabilisierung und staatliche Investitionen. Allerdings bestehen diesbezüglich durchaus Möglichkeiten. So sind die Regeln darauf ausgerichtet, dass automatische Stabilisatoren wirken können. Zudem gelten Ausnahmen in schweren Abschwüngen. Spielraum besteht darüber hinaus, wenn mit Sicherheitsabständen zu den Regelgrenzen geplant wurde. Die Regeln verhindern auch nicht, eine leistungsfähige staatliche Infrastruktur bereitzustellen. Mängel resultieren hier eher daraus, dass politische Prioritäten anders gesetzt wurden.

*Kritikpunkte aufnehmen, ohne Abstriche am Ziel solider Finanzen*

Die grundlegenden quantitativen Ziele der europäischen Haushaltsregeln sind sinnvoll und geeignet. Sie sichern solide Staatsfinanzen und lassen ausreichend Handlungsspielraum. Sie müssen diesbezüglich nicht neu ausgerichtet werden. Gleichwohl lassen sich Anpassungen an einzelnen Stellen prüfen, ohne dabei Abstriche am Ziel solider Staatsfinanzen zu machen. Näher betrachtet werden dazu im Folgenden: die Übertragung der Haushaltsüberwachung auf eine unabhängige Institution, die Regeln nachvollziehbarer und bindender zu machen, die Einführung einer Ausgabenregel, die Nutzung von Kontrollkonten sowie Rainy-Day-Funds und schließlich die Frage, inwiefern staatliche Investitionen besonders berücksichtigt werden könnten.

## **Zu ausgewählten Reformfeldern**

### **Haushaltsüberwachung auf unabhängige Institution übertragen**

*Unabhängige Haushaltsüberwachung empfehlenswert*

Regelgrenzen sind nur wirksam, wenn ihre Einhaltung überwacht, Verfehlungen aufgezeigt und auch sanktioniert werden. Für die Über-

wachung sind unabhängige Institutionen besser geeignet als solche, die selbst Teil des politischen Prozesses sind. Bei politischen Entscheidungen bestehen regelmäßig starke Anreize zu einer übermäßigen Verschuldung. Zu diesen Anreizen bilden die Fiskalregeln ein Gegengewicht, und deshalb ist eine Haushaltsüberwachung durch politiknahe Gremien ungünstig.<sup>5)</sup> So haben auch die Mitgliedstaaten mit dem Fiskalpakt vereinbart, für die nationale Ebene unabhängige nationale Fiskalräte einzusetzen.

Demgegenüber ist auf der europäischen Ebene die Europäische Kommission zentrale Akteurin in der Haushaltsüberwachung. Diese versteht sich aber als politische Institution und hat neben der Haushaltsüberwachung weitere Aufgaben. Daher wägt sie verschiedene politische Ziele im Verhandlungsprozess mit den Mitgliedstaaten ab. Gerade auch aufgrund der sehr hohen Flexibilität und weiten Ermessensspielräume besteht dabei die Gefahr, dass die Ziele der Fiskalregeln in den Hintergrund treten.

Um dem zu begegnen, wäre es sinnvoll, die Haushaltsüberwachung einer unabhängigen Institution zu übertragen. Die zuständige Behörde sollte ein klares und enges Mandat haben, also insbesondere keine konkurrierenden Ziele verfolgen. Sie sollte die Staatsfinanzen überwachen und die Finanzplanungen prüfen. Ihre Aufgaben wären es, tatsächliche und drohende Regelverstöße aufzuzeigen, Konsolidierungsbedarfe zu benennen sowie Verfahrensschritte und Sanktionen zu empfehlen. Ihre Ermessensspielräume wären eng zu begrenzen. Auf Basis dieser Vorbereitung trafe zwar wie bisher der Rat die Entscheidungen (z. B. Feststellung eines übermäßigen Defizits). Aber die Vorbereitung und die Vorlagen wären weniger politisch. Es könnte daran gedacht werden, die Überwachungsaufgabe beispielsweise dem Europäischen Stabilitätsmechanismus zu über-

*Regeln auch auf der europäischen Ebene ...*

*... fokussiert und unabhängig überwachen*

4 Vgl. zu Aufgaben und Kritik der europäischen Fiskalregeln auch: Deutsche Bundesbank, (2017b).

5 Vgl. etwa: Beetsma und Debrun (2016); Feld (2018).

tragen und diesbezüglich dessen Unabhängigkeit zu stärken.<sup>6)</sup> Der zuletzt gegründete Europäische Fiskalrat ist dagegen auf die Konjunktursteuerung des Euroraums ausgerichtet und sehr eng mit der Europäischen Kommission verbunden.<sup>7)</sup>

## Regeln nachvollziehbarer und bindender machen

*Wirksame Haushaltsüberwachung durch klare und bindende Vorgaben*

Fiskalregeln müssen konkrete und gut nachvollziehbare Vorgaben machen. Nur so lässt sich auch gewährleisten, dass fiskalische Entwicklungen im Zeitverlauf und zwischen den Mitgliedstaaten vergleichbar beurteilt und behandelt werden. Diese Anforderungen erfüllen die europäischen Regeln nicht.<sup>8)</sup> Deshalb sollten die Möglichkeiten, von den grundlegenden quantitativen Zielen abzuweichen, deutlich eingeschränkt werden. Dies betrifft festgelegte Ausnahmen, denn diese sind oft weder eindeutig definiert noch schlüssig begründet. Darüber hinaus ist bedenklich, dass an vielen Stellen nicht regelgebunden bewertet wird und Verfehlungen entschuldigt werden. Die Europäische Kommission hat sehr weitreichende Ermessensspielräume und kann sogar grünes Licht geben, obwohl quantitative Anforderungen bei allen Indikatoren verfehlt werden. Die Ausnahmen sollten eng und klar abgegrenzt und die relevanten Prüfungsabläufe und -bestandteile ex ante definiert sein.

## Etwaige Ausgabenregeln allenfalls einjährig und an strukturelle Ziele binden

*Ausgabenregeln werden diskutiert*

Häufig wird vorgeschlagen, in den Regeln stärker auf Ausgabenobergrenzen zu setzen.<sup>9)</sup> Dies könnte die Regeln tatsächlich an manchen Stellen vereinfachen. Aber Ausgabenregeln sind in der Praxis durchaus schwierig, und sie eröffnen auch neue Umgehungsmöglichkeiten. Dies gälte es bei der Ausgestaltung zu berücksichtigen. Entscheidend ist, dass Ausgabenobergrenzen an der grundlegenden Vorgabe für den struktu-

rellen Saldo ansetzen und diese nicht aushebeln. Auch deshalb empfiehlt es sich nicht, Ausgabenziele für mehrere Jahre festzulegen.

In den europäischen Regeln ist das MTO als struktureller Saldo definiert. Zudem wird die Höhe für die Verbesserung des strukturellen Saldos vorgegeben, wenn ein Land auf dem Anpassungspfad zum MTO ist oder ein übermäßiges Defizit korrigieren muss. Zwar sind auch strukturelle Salden (wie alle Zielgrößen von Haushaltsregeln) mit spezifischen Problemen verbunden. Sie sind aber sinnvolle Ankerpunkte für Haushaltsregeln und sollten daher beibehalten werden. So lassen strukturelle Ziele das Atmen der automatischen Stabilisatoren zu. Gleichzeitig lassen strukturelle Salden den fiskalischen Kurs erkennen.

Allerdings sind konkrete strukturelle Salden nicht immer treffsicher zu erreichen. So können sich unerwartete Entwicklungen darin niederschlagen. Das betrifft insbesondere die Einnahmen oder auch eine Neuschätzung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials, auf der die Konjunkturbereinigung basiert. Wenn keine Sicherheitsabstände eingeplant, können wegen solcher Prognosefehler die strukturellen Saldoziele verfehlt worden sein, obwohl die Haushaltspläne sonst wie vorgesehen umgesetzt wurden. Sollen die strukturellen Saldoziele trotz der unerwarteten Entwicklungen eingehalten werden, wäre der Haushaltsvollzug ad hoc anzupassen. Dies könnte einen recht erratischen fiskalischen Kurs auslösen. Um dies zu vermeiden und solchen unbeabsichtigten Zielverfehlungen Rechnung zu tragen, werden derzeit komplexe Korrekturrechnungen und Sonderbewertungen vorgenommen. Im Ergebnis können selbst Fachleute oftmals kaum mehr erkennen,

*Ziele weiterhin als strukturelle Salden definieren, ...*

*... aber wegen Revisionsbedarf ...*

6 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2019).

7 Vgl.: ABl 2015 L 282/37.

8 Eine ausführliche, konkrete Darstellung der hohen Komplexität der aktuellen Regeln und der Ansatzpunkte zur Vereinfachung findet sich in: Deutsche Bundesbank (2017b).

9 Vorschläge für eine Ausgabenregel finden sich bspw. in: Europäische Kommission (2017b); European Fiscal Board (2018), S. 70–88; Bénassy-Quéré et al. (2018), S. 10–12; Christofzik et al. (2018), S. 13–21; Andrieu et al. (2015), S. 11–18; Darvas et al. (2018); Fuest und Gros (2019b).

warum eine Vorgabe als eingehalten oder verfehlt gilt.

*... durch Ausgabenregel operationalisieren*

Eine Ausgabenregel könnte diesen Bewertungsprozess vereinfachen. So könnte für den zu erreichenden strukturellen Saldo im kommenden Haushaltsjahr ein damit korrespondierendes maximales Ausgabenwachstum errechnet werden.<sup>10)</sup> Diese Obergrenze wäre dann der Bewertungsmaßstab für die Regeleinhaltung in dem betreffenden Jahr. Abweichungen in anderen Kategorien oder Revisionen der Konjunkturberichterstattung wären dafür also nicht relevant sondern entschuldigt.

*Ausgabenregel nicht trivial*

Allerdings ist eine Ausgabenregel nicht so einfach, wie sie auf den ersten Blick erscheint. So dürfte es schwierig sein, sie in einem stark dezentralisierten oder föderalen Mitgliedstaat in den einzelnen staatlichen Einheiten umzusetzen und zu überwachen. Auch müsste die Ausgabenobergrenze bei zwischenzeitlichen Maßnahmen auf der Einnahmenseite unmittelbar angepasst werden: Sie wäre etwa zu senken, wenn nachträglich Steuern gesenkt oder staatliche Teilbereiche mit Einnahmen und Ausgaben ausgegliedert würden.<sup>11)</sup> Nachträgliche Steuererhöhungen könnten dagegen für Mehrausgaben genutzt werden.

*Ausgabenregel braucht umsichtige Prognose*

Für die Wirksamkeit der Ausgabenregel ist wichtig, dass ihre Grenzen auf realistischen Prognosen basieren. Dies gilt insbesondere für die besonders schwer zu schätzenden gewinnabhängigen Steuern, Steuerrechtsänderungen und den Steuervollzug. Fielen die Einnahmenschätzungen zu hoch aus, würde das zulässige Ausgabenwachstum zu hoch festgelegt. Die Ziele für den strukturellen Saldo würden dann überschritten. Um Fehlanreize zu begegnen, sollten unabhängige Überwachungsinstanzen die Prognosen und Planungen validieren.

*Ausgabengrenze nur für das kommende Jahr festlegen*

Zudem wäre wichtig, dass das maximale Ausgabenwachstum jährlich, also nur für das kommende Haushaltsjahr festgelegt wird. Für das folgende Haushaltsjahr wäre es dann wieder vom jeweils aktuellen, regelkonformen struktu-

rellen Saldo oder der geforderten Verbesserung des strukturellen Saldos abzuleiten. Dagegen wird teilweise auch vorgeschlagen, Ausgabenziele für mehrere Jahre festzulegen, etwa für eine Legislaturperiode. Dies wäre problematisch. Denn damit dürften gegebenenfalls die Defizite über diese Zeit ohne ein Gegensteuern steigen. Wäre etwa die Wirtschaftsentwicklung strukturell deutlich schwächer als veranschlagt, könnten über mehrere Jahre erhebliche Schief-lagen entstehen, weil auf die neue Entwicklung viel zu spät reagiert wird.<sup>12)</sup>

## Kontrollkonten als wichtige Ergänzung

Haushaltsziele können aus unterschiedlichen Gründen verfehlt werden. Beispielsweise können die Einnahmen zu hoch oder zu niedrig prognostiziert oder die Ausgabenermächtigungen über- oder unterschritten worden sein. Kritisch ist, wenn deshalb die Verschuldung im Zeitverlauf schneller steigt, als mit den Regelobergrenzen beabsichtigt war. Es wäre daher sinnvoll, für Zielverfehlungen ein Kontrollkonto zu führen. Darauf wäre festzuhalten, um wie viel die Haushaltsziele über- oder untererfüllt wurden.<sup>13)</sup> Gleichzeitig sollte ein Schwellenwert für negative Abweichungen festgelegt werden, der anzeigt, wenn der kumulierte Schuldenzuwachs korrekturbedürftig ist. Gleichen sich die Buchungen über die Zeit mehr oder weniger aus, gibt es keinen Handlungsbedarf. Wird aber

*Kontrollkonto für Zielverfehlungen ...*

**10** Viele Vorschläge sehen dagegen eine Ausgabenregel vor, die nicht an ein strukturelles Haushaltsziel für den Saldo anknüpft. Die Bewertung solcher Vorschläge hängt vor allem davon ab, woran sich die Festsetzung der Ausgabenobergrenze orientiert. Von besonderer Bedeutung sollte dabei das Tempo sein, in dem hohe Schuldenquoten sinken. Dies bleibt in vielen Vorschlägen jedoch unbestimmt.

**11** Dies wäre etwa auch der Fall, wenn Nutzungsentgelte reduziert (oder weniger konsequent erhoben würden) oder spezifische, an Ausgaben gebundene Zuweisungen etwa von der EU gekürzt würden.

**12** Den jährlichen Haushalt weiterhin in eine Mittelfristplanung einzubetten, ist aber sinnvoll, da hier jährlich nachgesteuert wird.

**13** Grundsätzlich könnte jeweils die Höhe der Abweichungen vom MTO auf dem Kontrollkonto verbucht werden (positive und negative). Alternativ könnten bevor das MTO erreicht ist, nur die Abweichungen vom Anpassungspfad erfasst werden.

der Schwellenwert überschritten, wäre der aufgelaufene Fehlbetrag regelgebunden in den kommenden Jahren auszugleichen.<sup>14)</sup> Dazu müssten dann die Vorgaben für das jährliche Haushaltsziel für eine gewisse Zeit ambitionierter ausfallen.<sup>15)</sup>

... und Konjunkturkomponenten

Die Schulden können auch aus anderen Gründen im Zeitverlauf höher ausfallen als mit den Regeln intendiert. Dies gilt insbesondere, wenn die Methode zur Konjunkturbereinigung nicht symmetrisch ist und sie per saldo negative Produktionslücken ausweist. Dies ist bei der für die europäischen Regeln relevanten Methode der Europäischen Kommission nicht ausgeschlossen. Zur Kontrolle könnten die ermittelten Konjunkturkomponenten über die Zeit ebenfalls summiert und gegebenenfalls aufgelaufene Schulden wieder getilgt werden.

## Nationale Rainy-Day-Funds in Fiskalregeln aufnehmen

Handlungsspielraum erhöhen, ...

Die quantitativen Vorgaben europäischer Fiskalregeln werden mitunter als zu eng kritisiert. Es sei beispielsweise zu vermeiden, dass die Mitgliedstaaten bei unerwarteten strukturellen Einbrüchen prozyklisch konsolidieren müssen. Außerdem werden mehr Spielräume etwa für eine aktive Stabilisierungspolitik gefordert.

... ohne Schuldenbegrenzung zu gefährden: Rainy-Day-Funds aus MTO-Übererfüllung

Um einerseits notwendige strikte Regelgrenzen nicht durch zahlreiche Ausnahmetatbestände auszuhöhlen und andererseits Flexibilität zu ermöglichen, könnten nationale Rainy-Day-Funds regelkonform nutzbar gemacht werden. Die Grundidee eines solchen Fonds ist, Mittel in guten Zeiten anzusparen, um für künftige Bedarfe vorzusorgen.<sup>16)</sup> Der SWP könnte um eine vergleichbare Möglichkeit erweitert werden, ohne dabei zusätzliche Verschuldung zuzulassen. Das heißt, der mit dem MTO angestrebte Schuldenpfad sollte weiterhin mindestens erreicht werden. Daher sollten Fondsguthaben nur in dem Maße geschaffen werden können, wie das MTO übertroffen wird.<sup>17)</sup> Diese Reserve könnte dann Spielraum eröffnen, wenn das re-

guläre MTO im weiteren Verlauf durch Rückgriff auf die dortigen Guthaben überschritten werden dürfte.<sup>18)</sup> Das reguläre MTO würde so nicht mehr in jedem einzelnen Jahr eingehalten, wohl aber im Mittel ab Einrichtung des Rainy-Day-Funds.<sup>19)</sup>

Grundsätzlich könnten solche Fonds für verschiedene Zwecke eingesetzt werden. Es wäre aber sehr empfehlenswert, durch nationales Recht eine regelgebundene Verwendung solcher Fondsmittel vorzusehen.<sup>20)</sup> Andernfalls könnten Fonds neue Probleme schaffen. So könnten beispielsweise mit den Fondsmitteln „politische Konjunkturzyklen“ erzeugt werden. Außerdem könnten hohe Rücklagen dazu verführen, dauerhafte Mehrausgaben oder Steuerensenkungen zu beschließen, die (nur) vorübergehend aus Fondsmitteln finanziert sind. So würden strukturelle Schieflagen zunächst über-

Empfehlenswert: Fonds regelgebunden verwenden

**14** Beim Kontrollkonto geht es primär darum, einen unbeabsichtigten Schuldenaufbau zu vermeiden. Im Prinzip könnten aber auch per saldo positive Einträge ab einem Schwellenwert temporär weniger ambitionierte Haushaltsziele mit sich bringen. Dies sollte aber allenfalls aus positiven Einträgen möglich sein, die daraus resultieren, dass das MTO zuvor übererfüllt wurde. Lediglich positive Abweichungen vom Anpassungspfad, d. h. wenn das MTO noch verfehlt wird, sollten dagegen keine höhere Neuverschuldung legitimieren. Grundsätzlich könnte eine Übererfüllung des MTO auch wie ein Rainy-Day-Fund genutzt werden. Dieser wird im folgenden Abschnitt diskutiert.

**15** Ähnlich in Christofzik et al. (2018), S. 18–19. Zur Schuldenbremse vgl.: Deutsche Bundesbank (2011, 2012); Bundesministerium der Finanzen (2015).

**16** In den USA haben fast alle Bundesstaaten Rainy-Day-Funds. Vgl.: NASBO (2018).

**17** Mit den Puffern in dem Rainy-Day-Fund wird dabei nicht unbedingt Vermögen gebildet. Es handelt sich vielmehr um ein fiktives Konto. Darin wird aufsummiert, inwieweit das MTO übertroffen wurde.

**18** Die zuvor beschriebenen Kontrollkonten könnten parallel eingeführt werden. In Rainy-Day-Funds sollten in jedem Fall nur Mittel aus der Übererfüllung des MTO eingestellt werden dürfen.

**19** Staatliche Fonds oder Rücklagen können einen vergleichbaren Zweck derzeit nicht erfüllen, da das MTO fixiert ist und die Regeln am staatlichen VGR-Saldo anknüpfen. Dieser ändert sich nicht, wenn ein Staatsfonds befüllt oder angezapft wird: Solche innerstaatliche Transaktionen werden saldenneutral erfasst. Höhere Ausgaben oder Abgabensenkungen verschlechtern den Saldo also auch dann, wenn sie aus einem staatlichen Fonds finanziert werden. Die deutsche Schuldenbremse für den Bund wird anders als die EU-Regeln auf die Nettokreditaufnahme bezogen (nicht auf den Finanzierungssaldo). Mit der Flüchtlingsrücklage kann der Bund daher im Hinblick auf die Nettokreditaufnahme ein mit Rainy-Day-Funds vergleichbares Prinzip umsetzen. Das VGR-Defizit wird dadurch aber nicht verändert.

**20** Vgl. ausführlich: Deutsche Bundesbank (2018), S. 32.

deckt und der Konsolidierungsbedarf auf künftige Regierungen geschoben. Um dies zu vermeiden, wäre es ratsam, für die Nutzung der Reserve in den mittelfristigen Finanzplanungen besondere Anforderungen zu stellen. So sollte der Haushalt solide durchfinanziert sein, wenn die Rücklagen verbraucht sind. Bei rücklagenfinanzierten einmaligen Ausgaben wäre dies gewährleistet. Dies wäre auch dann der Fall, wenn die Puffer degressiv verwendet würden und im Zeitverlauf mit konkreten, korrespondierenden Konsolidierungsmaßnahmen verbunden werden müssten. Vorgaben könnten die Fonds auch generell ausschließlich dafür reservieren, unerwartete Budgetlasten abzufedern. Ziel wäre hierbei, einen etwaigen unerwarteten fiskalischen Anpassungsbedarf durch die Nutzung von Fondsmitteln stärker strecken zu können. Zwar exkulpiert die aktuellen Regeln bereits, wenn sich die strukturelle Haushaltslage im laufenden Haushaltsjahr überraschend verschlechtert. Aber in den kommenden Jahren müsste auf die strukturelle Verschlechterung reagiert werden. Mit Fondsmitteln ließen sich die Anpassungen dann zeitlich strecken.

*Rainy-Day-Funds: national anstelle europäisch*

Mitunter wird gefordert, einen europäischen Rainy-Day-Fund einzuführen, der gemeinsam finanziert werden soll. Dabei wird häufig betont, dass zusätzliche Verschuldungsmöglichkeiten und Transfers zwischen den Mitgliedstaaten auszuschließen seien.<sup>21)</sup> Die für einen solchen europäischen Fonds genannten Ziele wären aber besser mit nationalen Rainy-Day-Funds zu erreichen: Sie benötigen beispielsweise keine komplizierten Mechanismen, um dauerhafte Transfers zwischen den Mitgliedstaaten zu vermeiden („claw-back mechanisms“). Nationale Lösungen scheinen grundsätzlich im aktuellen Ordnungsrahmen der Währungsunion naheliegender, da die Mitgliedstaaten für ihre Finanzpolitik selbst verantwortlich sind.

## Besonderer Schutz von Investitionen in Haushaltsregeln?

### Goldene Regel in der Diskussion

In der Diskussion über Haushaltsregeln werden oftmals auch Verschuldungsmöglichkeiten für staatliche Investitionsausgaben gefordert (sog. Goldene Regeln).<sup>22)</sup> Die europäischen Fiskalregeln sehen dies nicht vor.

*Schuldenfinanzierte Investitionen*

Auf der einen Seite wird für eine Goldene Regel angeführt:

*Argumente für eine Goldene Regel*

- Mit Investitionen wird staatliches Vermögen gebildet. Wird zusätzliches Vermögen schuldenfinanziert, steigt zwar der Schuldenstand, aber das staatliche Nettovermögen bleibt unverändert. Insofern ist auch die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen nicht beeinträchtigt.<sup>23)</sup>
- Der aus staatlichen Investitionen gebildete Kapitalstock stellt eine wichtige Voraussetzung für das gesamtwirtschaftliche Wachstum dar. Investitionen finanzieren sich insofern selbst, als künftige Staatseinnahmen höher ausfallen.
- Die Verteilung der Investitionskosten zwischen Generationen ist mit einer Goldenen Regel angemessener. Sie bringt die Kosten und Erträge des zusätzlichen Kapitalstocks

<sup>21</sup> Vgl.: Lenarčič und Korhonen (2018); Arnold et al. (2018).  
<sup>22</sup> Vgl. etwa: Blanchard und Giavazzi (2004); Truger (2015); Melyn et al. (2016); Hüther (2019). Zu Für und Wider einer Berücksichtigung von Investitionen vgl.: Deutsche Bundesbank (1999, 2005); Expertenkommission (2016); Europäische Kommission (2016); Internationaler Währungsfonds (2018a, 2018b).

<sup>23</sup> Die europäischen Haushaltsregeln stellen auf den VGR-Saldo ab. Investitionen in Finanzvermögen beeinflussen den Saldo nicht: Sie sind reine Umschichtungen im Finanzvermögen, und eine Kreditfinanzierung ist somit zulässig. Zu solchen finanziellen Transaktionen zählen etwa Darlehensvergaben oder Privatisierungserlöse. Eine Grenze für finanzielle Transaktionen besteht aber über die Vorgaben für die Schuldenquote (60 %): Wird Finanzvermögen über zusätzliche Verschuldung erworben, so erhöht sich die Bruttoverschuldung. Diese ist maßgeblich für den Maastricht-Schuldenstand.

besser in Einklang: Bei Finanzierung allein aus den laufenden Einnahmen werden die heutigen Steuerpflichtigen belastet. Mit einer Kreditfinanzierung lässt sich die Last der Nutzungsdauer entsprechend längerfristig verteilen.

- Ohne Verschuldungsmöglichkeit drohen die Investitionen zu gering und der staatliche Kapitalstock zu niedrig auszufallen: So werden Investitionen eher von Interessengruppen unterstützt, die weniger durchsetzungstark sind als jene, die andere Ausgaben oder Steuersenkungen fordern. Politisch sind Investitionen deshalb vergleichsweise disponibel. Soweit sie noch nicht endgültig vertraglich fixiert sind, sind sie auch praktisch relativ leicht einzuschränken (z. B. durch Aufschub). Wenn konsolidiert werden muss, werden sie daher häufig zuerst zurückgefahren.

*Argumente  
gegen eine  
Goldene Regel*

Auf der anderen Seite wird auf Probleme einer Goldenen Regel verwiesen:

- Ersatzinvestitionen dürften in entwickelten Volkswirtschaften den weit überwiegenden Teil staatlicher Investitionen ausmachen; per saldo erhöht sich also damit der Kapitalstock nicht. Überhaupt nur bei einem steigenden Kapitalstock ließe sich aber eine Kreditfinanzierung rechtfertigen. Insofern wären Abschreibungen und sonstige Abgänge zu berücksichtigen.
- Auch wenn hoher Verschuldung ein statistisch hoher staatlicher Kapitalstock gegenübersteht, können Probleme auftreten: Bei Zweifeln an der Tragfähigkeit der Staatsschulden lassen sich Teile des staatlichen Kapitalstocks häufig kaum mobilisieren, um Schulden zu bedienen.<sup>24)</sup>
- Ob eine staatliche Investition Wachstum fördert, hängt vom konkreten Investitionsvorhaben ab. Beispielsweise dürfte die Nettoinvestition in eine bereits sehr gute Infrastruktur das Wachstum nur noch sehr begrenzt steigern. Unter solchen Bedingungen

kann es etwa bei einem Konsolidierungsbedarf durchaus sinnvoll sein, die Investitionsausgaben vorrangig zu kürzen. Letztlich sind Investitionsklauseln in den Haushaltsregeln ebenso wenig geeignet wie pauschale Ziele für staatliche Investitionsquoten, um bedarfsgerechtes und effizientes staatliches Investieren zu sichern.

- Mit einer politisch einfachen Möglichkeit zur Kreditfinanzierung könnte die Gefahr von Über- und Fehlinvestitionen steigen. Private Investitionen können verdrängt werden, insbesondere wenn die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten ausgelastet sind. Zudem besteht die Gefahr, dass nicht mehr ausreichend geprüft wird, ob die entsprechende Leistung besser über private Investoren angeboten würde.
- Ob die Lasten und Nutzen staatlicher Investitionen zwischen den Generationen angemessen verteilt sind, ist nicht ohne Weiteres zu beurteilen. So können sich die Präferenzen bezüglich einzelner Investitionsobjekte wandeln, während die zu ihrer Finanzierung eingegangene Verschuldung in jedem Fall zu tragen ist. Auch lässt eine zurückgehende Bevölkerung unter sonst gleichen Bedingungen einen sinkenden oder stagnierenden Kapitalstock naheliegend erscheinen. Letztlich wäre zur Beurteilung der intergenerativen Verteilung eine umfassende Betrachtung nötig. Erhebliche Verteilungswirkungen entfaltet beispielsweise auch die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung im demografischen Wandel. Solche Aspekte werden in der Goldenen Regel nicht berücksichtigt.
- Es besteht die Gefahr, dass wegen der Goldenen Regel Ausgaben als investiv deklariert werden, die zuvor nicht als solche galten. Ganz allgemein würden die Gestaltungs- und Manipulationsmöglichkeiten zunehmen. Auch würden die Regeln komplizierter.

<sup>24</sup> Dies gilt nicht zuletzt für staatliche Investitionen in geistiges Eigentum.

## Aktuell keine Goldenen Regeln

*Deutsche  
Schuldenbremse  
bisher erfolg-  
reich ...*

In Deutschland galten für Bund und Länder lange Jahre investitionsbezogene Haushaltsregeln. Sie bewährten sich allerdings nicht<sup>25)</sup> und wurden durch die Schuldenbremse ersetzt.<sup>26)</sup> Die Schuldenbremse war bislang insofern erfolgreich, als sich der jahrzehntelange Trend steigender Schuldenquoten umgekehrt hat. Zwar profitierten die staatlichen Budgets von sehr guten Rahmenbedingungen. Die neuen, stark verankerten Budgetgrenzen dürften aber entscheidend dazu beigetragen haben, die Entlastungen etwa bei den Zinsausgaben oder durch die gute Arbeitsmarktentwicklung auch zum Defizitabbau zu nutzen.

*... und Infra-  
strukturmängel  
nicht darauf  
zurückzuführen*

Dabei wird die Infrastruktur Deutschlands in vergleichenden internationalen Umfragen weiterhin als überdurchschnittlich bewertet.<sup>27)</sup> Zwar bestehen Schwächen an verschiedenen Stellen. Dies lässt sich aber kaum auf die neue Schuldenbremse zurückführen. Nicht zuletzt sind seit einiger Zeit auch innerhalb dieser Grenzen umfangreiche Haushaltsspielräume vorhanden. Hinsichtlich deren Verwendung wurden zwar zum guten Teil andere Prioritäten gesetzt – wie etwa spürbar höhere Sozialleistungen. Aber auch die Investitionsbudgets wurden aufgestockt. Dass Infrastrukturschwächen recht schleppend behoben werden, dürfte auch an Planungs- und Kapazitätsengpässen sowie an aufwendigen rechtlichen Anforderungen und langwierigen Genehmigungsverfahren liegen.

*Schuldenbremse  
einhalten und  
für gute Infra-  
struktur sorgen*

Insgesamt gesehen war es für Deutschland wichtig, die Schuldenbremse einzuführen. Solide Staatsfinanzen werden damit wieder verlässlicher abgesichert. Die Schuldenquote dürfte die 60 %-Obergrenze im laufenden Jahr unterschreiten. Mit den absehbar erheblich steigenden demografischen Belastungen stehen allerdings noch große haushaltspolitische Herausforderungen bevor. Nicht zuletzt deshalb sind die Regeln auch heute noch empfehlenswert, und gleichzeitig ist es möglich, in diesem Rahmen für eine gute staatliche Infrastruktur zu sorgen.

Wegen der Probleme einer Goldenen Regel wurde auch bei den europäischen Fiskalregeln weitestgehend darauf verzichtet. Es wurde bei Gründung der Währungsunion als prioritär angesehen, die Staatsverschuldung zu begrenzen. In der Reformdiskussion wird nunmehr mitunter gefordert, Investitionen expliziter im Sinne einer Goldenen Regel zu berücksichtigen.

## Anforderungen, um Risiken einer etwaigen Goldenen Regel zu begrenzen und beispielhafte Ausgestaltungsoptionen

Die Bedenken gegenüber einer Goldenen Regel sind gewichtig. Sollten im Ergebnis der gegenwärtigen europäischen Diskussion die potenziellen Vorteile dennoch höher gewichtet werden, käme es darauf an, die Risiken möglichst eng zu begrenzen. Dazu wären vier Grundsätze zu beachten:

Erstens wäre sicherzustellen, dass hohe Schuldenquoten bei Regeleinhaltung nicht langsamer sinken. Das heißt, das Haushaltsziel sollte dann nicht weniger ambitioniert ausfallen als das aktuelle MTO. Für die zusätzlichen Defizite und Schulden aufgrund von Investitionen sollte auch deshalb eine Obergrenze eingezogen werden (gekappte Goldene Regel). Dies begrenzt auch

*Bei europäischer  
Reformdiskus-  
sion Probleme  
einer Goldenen  
Regel im Auge  
behalten*

*Wichtige  
Leitplanken  
für etwaige  
Sonderregeln für  
Investitionen*

*Hohe Schulden-  
quoten sinken  
rasch*

<sup>25</sup> In Deutschland war die regelkonforme Kreditaufnahme auf die Höhe der investiven Ausgaben begrenzt. Empfangene Investitionszuschüsse waren abzuziehen. Diese Obergrenze durfte nur überschritten werden, um die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abzuwenden. Daran war u. a. kritisch, dass Investitionen sehr breit abgegrenzt waren, Abschreibungen und Vermögensveräußerungen nicht berücksichtigt wurden, die Vorgabe nur in der Planung – nicht im Vollzug – einzuhalten war, Belastungen in Sondervermögen unberücksichtigt blieben und die Ausnahme nicht näher abgegrenzt war. Im Ergebnis begrenzte diese Haushaltsregel nicht den Verzehr des Staatsvermögens. Die staatliche Schuldenquote stieg deutlich über 60 %, ohne dass dem ein entsprechender Vermögenszuwachs gegenübergestanden hätte. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2005).

<sup>26</sup> Für die Länder tritt die Schuldenbremse des Grundgesetzes erst 2020 voll in Kraft. Die Gemeinden dürfen sich weiterhin für Investitionen verschulden, müssen dafür aber ihre finanzielle Leistungsfähigkeit nachweisen.

<sup>27</sup> Vgl.: Jaramillo et al. (2018); World Economic Forum (2018).

die Risiken durch unerwünschte Gestaltungen und von Überinvestitionen.<sup>28)</sup>

*Nur Investitionen in VGR-Abgrenzung berücksichtigen*

Zweitens wären die zu berücksichtigenden Investitionen klar und eng abzugrenzen. Hier böten sich die staatlichen Investitionen gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) an. Die VGR stellen eine international harmonisierte Definition von Investitionen bereit, die sich am Aufbau eines staatlichen Kapitalstocks orientiert. Dies könnte Gestaltungsspielräume des Investitionsbegriffs zumindest beschränken.

*Zusätzliche Verschuldung nur für positive Nettoinvestitionen*

Drittens sollten sich die Länder nur in dem Umfang zusätzlich verschulden können, wie zusätzlich Vermögen aufgebaut wird. Für die Defizitgrenze wären die in den VGR ermittelten Abschreibungen von den Bruttoinvestitionen abzuziehen – also nur Nettoinvestitionen wären ausgeklammert.

*Bei negativen Nettoinvestitionen symmetrisch vorgehen*

Viertens wäre symmetrisch vorzugehen. Wenn bei positiven Nettoinvestitionen höhere Defizite erlaubt würden, wären bei negativen Nettoinvestitionen, das heißt bei einem Verzehr des staatlichen Kapitalstocks, ambitioniertere Haushaltsziele zu fordern.

*Auf dem aktuellen MTO aufsetzen und weiterhin ...*

Um diesen Anforderungen nahezukommen, könnte eine etwaige Goldene Regel an den bestehenden Grenzen für das MTO ansetzen. Die bisherigen Regeln erlauben ein strukturelles Defizit von bis zu 0,5 % des BIP, solange die Schuldenquote noch nicht „erheblich unter 60 %“<sup>29)</sup> liegt. Was unter „erheblich“ zu verstehen ist, wurde bisher nicht quantifiziert. Eine Schuldenquote unter 50 % könnte im Regelfall aber wohl als angemessene, recht solide Basis für ein moderat gelockertes MTO angesehen werden.

*... das Haushaltsziel nach Höhe ...*

Daher könnte für Schuldenquoten über 50 % (also nicht erheblich unter 60 %) das strukturelle Defizit so hoch sein wie die VGR-Nettoinvestitionen, aber maximal 0,5 % des BIP. Damit gälte die bisherige MTO-Obergrenze fort, allerdings nur, wenn die Nettoinvestitionen

mindestens 0,5 % des BIP betragen. Liegen die Nettoinvestitionen zwischen 0 % und 0,5 % des BIP, könnten Defizite in entsprechender Höhe zugelassen werden. Sind die Nettoinvestitionen negativ, wären Überschüsse erforderlich.

Für Schuldenquoten erheblich unter 60 % kann derzeit eine um 0,5 Prozentpunkte höhere strukturelle Defizitquote von bis zu 1 % als MTO festgelegt werden. Entsprechend der zuvor beschriebenen Vorgehensweise wären bei Schuldenquoten unter 50 % Defizite von bis zu 1 % des BIP nur zulässig, wenn die Nettoinvestitionen mindestens 0,5 % des BIP betragen. Bei solchen relativ soliden Positionen könnte unter Umständen geprüft werden, den Umfang der Nettoinvestitionen auch zusätzlich zur 1 %-Grenze zu berücksichtigen – wiederum begrenzt auf 0,5 % des BIP. Das heißt, es wäre eine strukturelle Defizitquote von bis zu 1,5 % erlaubt, wenn die Nettoinvestitionen mindestens 0,5 % des BIP betragen. Liegen sie darunter, wären entsprechend ambitioniertere Haushaltsziele einzuhalten. Die Schuldenquote würde damit potenziell weniger deutlich unter 50 % sinken. Sehr niedrige Schuldenquoten durch anhaltend ausgeglichene Haushalte blieben dabei weiter möglich, weil es sich beim MTO um keinen Zielwert, sondern eine Obergrenze handelt.

Investitionen könnten auch auf dem Anpassungspfad zum MTO berücksichtigt werden. So könnte vorgesehen werden, dass sinkende Investitionsausgaben nur dann als Konsolidierungsbeitrag gewertet werden, solange die Nettoinvestitionen mindestens noch 0,5 % des BIP betragen. Liegen die Nettoinvestitionen darunter, müsste vollständig über andere Aus-

*... der Schuldenquote differenzieren*

*Schutz von Investitionen auch auf dem Anpassungspfad zum MTO*

<sup>28</sup> Es wäre u. U. zu prüfen, ob nur eigenfinanzierte Nettoinvestitionen angerechnet werden. Dies würde verhindern, dass etwa von der EU mitfinanzierte Investitionsprojekte eine höhere nationale Verschuldung ermöglichen.

<sup>29</sup> Siehe Vertrag (2012), Art. 3 (1) d).

gabenkategorien oder über die Einnahmen konsolidiert werden.<sup>30)</sup>

*Plan-Ist-Vergleich*

Werden Investitionsausgaben in den Regeln berücksichtigt, wäre in der Haushaltsüberwachung auch darauf zu achten, wie sich die Investitionen tatsächlich entwickelt haben. Nachträglich niedrigere Investitionsausgaben (ohne niedrigere Defizite) würden eine Verfehlung darstellen.

*Hohe Schuldenquoten sanken weiterhin rasch*

Diese beispielhafte Ausgestaltung einer gekappten strikten Goldenen Regel würde gewährleisten, dass sehr hohe und hohe Schuldenquoten bei Regeleinhaltung zügig sinken. Dem Risiko, das hohe Schuldenquoten für die Währungsunion darstellen, würde Rechnung getragen. Erst bei Schuldenquoten erheblich unter der 60 %-Grenze könnte erwogen werden, das MTO anknüpfend an positive Nettoinvestitionen etwas stärker zu lockern.

*Anreize zur Investitionskürzung entgegenwirken*

Gleichzeitig würde Anreize entgegengewirkt, die Investitionen übermäßig zu kürzen, um die europäischen Fiskalregeln einzuhalten. Die Defizitziele würden ambitionierter, je stärker die Nettoinvestitionen unter 0,5 % des BIP sinken. Länder könnten die Fiskalregeln also nicht einhalten, indem sie die Investitionsausgaben unter 0,5 % des BIP kürzen. Auch bei strukturellem Anpassungsbedarf gerieten die staatlichen Investitionen allenfalls begrenzt unter Konsolidierungsdruck. Dieser beträfe dann andere Bereiche. Wenn die Anrechnungsmöglichkeit der Nettoinvestitionen auf 0,5 % des BIP gekappt wäre, würden etwaige Fehlanreize begrenzt: Den Gefahren ineffizienter Überinvestitionen oder missbräuchlicher Gestaltungen würde entgegengewirkt. Höhere staatliche Nettoinvestitionen wären damit nicht ausgeschlossen, sie dürften nur nicht über zusätzliche Schulden finanziert werden.

Schuldenquoten sanken auch in den günstigen Zeiten der letzten Jahre vielfach kaum. Die Haushaltsüberwachung wirkte offenbar nicht auf weitere Konsolidierungsschritte hin, und sogar strukturelle Lockerungen blieben ungeahndet. Es besteht Reformbedarf. Das mittelfristige Haushaltsziel des strukturell (annähernd) ausgeglichenen Saldos sollte die Fiskalpolitik stärker binden. Damit würde erreicht, dass hohe Schuldenquoten zügig sinken. Deshalb sollten zahlreiche Ausnahmen und Ermessensspielräume entfallen.

Regelgrenzen müssen strikt implementiert werden. Zwar bleiben die nationalen Parlamente zuständig, die Fiskalpolitik festzulegen. Aber der Druck auf einen soliden Kurs könnte erhöht werden. Fortschritte in diese Richtung wären zu erwarten, wenn die Haushaltsüberwachung auf eine klar fokussierte unabhängige Institution übertragen würde. Wenn eine Ausgabenregel eingeführt werden sollte, sollte der strukturelle Haushaltssaldo maßgeblicher Anknüpfungspunkt bleiben. Er könnte in eine Ausgabenobergrenze umgerechnet werden, die in der Haushaltsplanung und beim -vollzug einzuhalten wäre. Die Ausgabenobergrenze wäre nur für das jeweils kommende Jahr vorzugeben und nicht für mehrere Jahre. Für folgende Haushaltsjahre wäre es jeweils neu vom jeweils aktuellen, regelkonformen strukturellen Saldo oder der geforderten Verbesserung des strukturellen Saldos abzuleiten.

*Regeln strikt implementieren*

Nationale Rainy-Day-Funds könnten auch bei stringenteren quantitativen Zielen Flexibilität für die Haushaltspolitik im Rahmen der Regeln schaffen. Voraussetzung dafür wäre, solche Fonds besser in die Haushaltsregeln zu integrieren. Die Fonds wären vorab aus der Übererfüllung der mittelfristigen Zielvorgabe (des MTO) zu bestücken und sollten keine zusätzlichen

*Flexibilität durch Rainy-Day-Funds*

## ■ Fazit

*Es besteht Reformbedarf*

Die europäischen Fiskalregeln haben sich unbefriedigend entwickelt. Ihre Anwendung ist kaum noch nachvollziehbar. Gerade sehr hohe

<sup>30</sup> Wenn die Nettoinvestitionen zuvor kleiner als 0,5 % des BIP waren, könnten die Investitionsausgaben sogar bis zu dieser Höhe steigen, ohne dass dies den Konsolidierungsdruck in anderen Kategorien erhöhte. Der Schuldenabbau würde damit insgesamt gesehen aber eher wenig verzögert. Alternativ könnte anstelle von Nettoinvestition von 0,5 % des BIP auch 0 % angesetzt werden.

Verschuldungsmöglichkeiten eröffnen. Es wäre empfehlenswert, die Fondsmittel nur regelgebunden einzusetzen, um insbesondere unerwartete Haushaltsbelastungen abfedern zu können. Komplizierte europäische Mechanismen wären hierfür nicht erforderlich.

Ein zügiger Rückgang hoher Schuldenquoten sollte ein wesentliches Ziel der Budgetregeln sein. Er sollte auch bei Überlegungen zu etwaigen Reformen im Vordergrund stehen. Dies gilt auch, wenn die Regeln etwa darauf ausgerichtet würden, staatliche Investitionen stärker zu schützen. Solche Goldenen Regeln sind mit beträchtlichen Problemen und Risiken verbunden und haben sich in der Vergangenheit häufig nicht bewährt. Geht man bei den europäischen Regeln dennoch in diese Richtung, müsste sichergestellt sein, dass die Regelvorgaben keine Abstriche am Ziel rasch sinkender hoher Schuldenquoten machen. Sie sollten sich auf eng definierte Nettoinvestitionen beziehen. Bei Vermögensverzehr (d. h. negativen Nettoinvestitionen) wäre dann eine ambitioniertere fiskalische Position als derzeit zu verlangen. Bei Schuldenquoten erheblich unter 60 % könnten positive Nettoinvestitionen begrenzte zusätzliche Defizite gestatten.

Jeder Mitgliedstaat ist in der Währungsunion für seine Finanzpolitik selbst zuständig und muss deshalb auch für die Folgen verantwortlich bleiben. Unabhängig von der konkreten Fiskalregel gilt: Jeder Mitgliedstaat entscheidet, ob er zu den gemeinsamen Vereinbarungen steht und diese befolgt oder nicht. Die europäische Ebene kann nicht in die Haushaltspolitik eingreifen, um sicherzustellen, dass Grenzen eingehalten oder Schulden bedient werden. Dies bedeutet, dass der Ausschluss von Gemeinschaftshaftung und die eigenverantwortliche Finanzierung am Kapitalmarkt wesentliche Elemente des fiskalischen Rahmens in der Währungsunion bleiben müssen. Es muss also für jeden Mitgliedstaat notwendig bleiben, an den Finanzmärkten keine Zweifel an der Bedienung der Staatsschulden aufkommen zu lassen. Potenziell steigende Risikoprämien stellen damit weiterhin einen wesentlichen Anreiz für solide Finanzpolitik dar. Zielgerichtete und als bindend wahrgenommene Fiskalregeln können maßgeblich dabei helfen, Vertrauen zu schaffen und zu erhalten. Sie müssen dafür aber geeignet umgesetzt werden, und ihre Einhaltung muss nachvollziehbar überprüft und bedarfsweise sanktioniert werden.

*Eigenverantwortliche Mitgliedstaaten – eigenverantwortliche Finanzierung*

## ■ Literaturverzeichnis

ABl 2015 L 282/37, Beschluss (EU) 2015/1937 der Kommission vom 21. Oktober 2015 zur Einrichtung eines unabhängigen beratenden Europäischen Fiskalausschusses, 28. Oktober 2015, Amtsblatt der Europäischen Union L 282, S. 37–40.

ABl 2010 C 83/99, Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (2010/C 83/01), 30. März 2010, Amtsblatt der Europäischen Union C 83, Artikel 126, S. 99–102.

ABl 2010 C 83/279, Protokoll (Nr. 12) über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit, 30. März 2010, Amtsblatt der Europäischen Union C 83, S. 279–280.

Andrle, M., J. Bluedorn, L. Eyraud, T. Kinda, P. Koeva-Brooks, G. Schwartz und A. Weber (2015), Reforming Fiscal Governance in the European Union, IMF Staff Discussion Note, Mai 2015, SDN/15/09.

Arnold, N., B. Barkbu, E. Ture, H. Wang, J. Yao (2018), A Central Fiscal Stabilization Capacity for the Euro Area, IMF Staff Discussion Note, März 2018, SDN/18/03.

Beetsma, R. und X. Debrun (2016), Fiscal councils: Rationale and Effectiveness, IMF Working Paper No 16/86.

Bénassy-Quéré, A., M. Brunnermeier, H. Enderlein, E. Farhi, M. Fratzscher, C. Fuest, P.-O. Gourinchas, P. Martin, J. Pisani-Ferry, H. Rey, I. Schnabel, N. Véron, B. Weder di Mauro und J. Zettelmeyer (2018), Reconciling risk sharing with market discipline: A constructive approach to euro area reform, CEPR Policy Insight, No. 91, Januar 2018.

Blanchard, O. (2019), Public Debt and Low Interest Rates, AEA Presidential Lecture, Januar 2019.

Blanchard, O. und F. Giavazzi (2004), Improving the SGP through a proper Accounting of Public Investment, CEPR Discussion Paper No. 4220.

Bundesministerium der Finanzen (2015), Kompendium zur Schuldenbremse des Bundes, Stand März 2015.

Christofzik, D., L. P. Feld, W. H. Reuter und M. Yeter (2018), Uniting European Fiscal Rules: How to Strengthen the Fiscal Framework, German Council of Economic Experts Working Paper 04/2018, September 2018.

Darvas, Z., P. Martin und X. Ragot (2018), The economic case for an expenditure rule in Europe, <https://voxeu.org/article/economic-case-expenditure-rule-europe>, 12. September 2018.

Deutsche Bundesbank (2019), Deutsche Schuldenbremse: zur Überwachung durch den Stabilitätsrat, Monatsbericht, April 2019, S. 95–102.

Deutsche Bundesbank (2018), Länderfinanzen: Entwicklungen im Vergleich, Schuldenbremsen und Haushaltsüberwachung, Monatsbericht, Oktober 2018, S. 13–47.

Deutsche Bundesbank (2017a), Zur Entwicklung der staatlichen Zinsausgaben in Deutschland und anderen Ländern des Euroraums, Monatsbericht, Juli 2017, S. 35–70.

Deutsche Bundesbank (2017b), Zur Ausgestaltung und Umsetzung der europäischen Haushaltsregeln, Monatsbericht, Juni 2017, S. 29–45.

Deutsche Bundesbank (2012), Zur Gefahr fehlender Symmetrie bei der Konjunkturbereinigung im Rahmen von Fiskalregeln, Monatsbericht, August 2012, S. 70–73.

Deutsche Bundesbank (2011), Die Schuldenbremse in Deutschland – Wesentliche Inhalte und deren Umsetzung, Monatsbericht, Oktober 2011, S. 15–40.

Deutsche Bundesbank (2005), Defizitbegrenzende Haushaltsregeln und nationaler Stabilitätspakt in Deutschland, Monatsbericht, April 2005, S. 23–38.

Deutsche Bundesbank (1999), Entwicklung und Finanzierungsaspekte der öffentlichen Investitionen, Monatsbericht, April 1999, S. 29–46.

Europäische Kommission (2019), Vade Mecum on the Stability and Growth Pact, Institutional Paper 101, April 2019.

Europäische Kommission (2017a), Specifications on the implementation of the Stability and Growth Pact and Guidelines on the format and content of Stability and Convergence Programmes, 15. Mai 2017.

Europäische Kommission (2017b), Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung von Bestimmungen zur Stärkung der haushaltspolitischen Verantwortung und der mittelfristigen Ausrichtung der Haushalte in den Mitgliedstaaten, 6. Dezember 2017, COM(2017) 824 final, 2017/0335 (CNS).

Europäische Kommission (2016), Report on Public Finances in EMU 2016, Institutional Paper 045, Dezember 2016.

European Fiscal Board (2018), Annual report 2018, September 2018.

Expertenkommission (2016), Stärkung von Investitionen in Deutschland, Bericht der Expertenkommission im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, Herausgeber: Expertenkommission, Vorsitz Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.

EZB (2016), Strategien zur Senkung der Staatsverschuldung im Euro-Währungsgebiet, Wirtschaftsbericht, 3/2016, S. 58–65.

Feld, L. P. (2018), The Quest for Fiscal Rules, Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, 18/09.

Fuest, C. und D. Gros (2019a), Government debt in times of low interest rates: the case of Europe, EconPol Policy Brief, 16/2019, März 2019, Vol. 3.

Fuest, C. und D. Gros (2019b), Applying nominal expenditure rules in the euro area, EconPol Policy Brief, 15/2019, März 2019, Vol. 3.

Hüther, M. (2019), 10 Jahre Schuldenbremse – ein Konzept mit Zukunft?, IW-Policy Paper 3/19.

Internationaler Währungsfonds (2018a), Public Investment Management Assessment – Review and Update, Mai 2018.

Internationaler Währungsfonds (2018b), Euro Area Policies Staff Report for the 2018 Article IV consultation with member countries, IMF Country Report No. 18/223, Juni 2018.

Jaramillo, C. F., C. Freund, J. G. Reis, J. F. Avis, C. K. Wiederer, L. M. Ojala, B. A. Shepherd, A. U. L. Raj, K. S. Dairabayeva und T. M. M. Kiiski (2018), Connecting to compete 2018: trade logistics in the global economy – the logistics performance index and its indicators, Washington, D. C., World Bank Group.

Lenarčič, A. und K. Korhonen (2018), A case for a European rainy day fund, ESM Discussion Paper Series/5, November 2018.

Melyn, W., R. Schoonackers, P. Stinglhamber und L. Van Meensel (2016), Should government investment be promoted?, National Bank of Belgium, Economic Review, September 2016, S. 99–113.

NASBO (2018), The fiscal survey of states, Fall 2018, an update of state fiscal conditions, Report by the National Association of State Budget Officers, Washington, D. C.

Truger, A. (2015), Implementing the Golden Rule for Public Investment in Europe Safeguarding Public Investment and Supporting the Recovery, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 138, Working Paper-Reihe der AK-Wien, März 2015.

VO (EU) 473/2013, Verordnung (EU) Nr. 473/2013 des europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über gemeinsame Bestimmungen für die Überwachung und Bewertung der Übersichten über die Haushaltsplanung und für die Gewährleistung der Korrektur übermäßiger Defizite der Mitgliedstaaten im Euro-Währungsgebiet.

VO (EU) 1177/2011, Verordnung (EU) Nr. 1177/2011 des Rates vom 8. November 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit.

VO (EU) 1175/2011, Verordnung (EU) Nr. 1175/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken.

Vertrag (2012), Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion, 2. März 2012 unterzeichnet, am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

World Economic Forum (2018), The Global Competitiveness Report 2018, <http://reports.weforum.org/global-competitiveness-report-2018/country-economy-profiles/#economy=DEU>.



## Deutsche Schuldenbremse: zur Überwachung durch den Stabilitätsrat

*Die Schuldenbremse begrenzt die strukturelle Nettokreditaufnahme des Bundes seit dem Jahr 2016 auf 0,35% des Bruttoinlandsprodukts. Für die Länder gilt ab 2020 im Regelfall ein Neuverschuldungsverbot. Die Länder haben diese Vorgabe des Grundgesetzes bisher sehr unterschiedlich konkretisiert. Wichtig ist, dass die Schulden künftig im Ergebnis begrenzt bleiben. Zudem soll die Schuldenbremse sicherstellen, dass die europäischen Haushaltsregeln für den Gesamtstaat eingehalten werden.*

*Für die Bindungswirkung von Haushaltsregeln ist eine umfassende und gut nachvollziehbare Haushaltsüberwachung von großer Bedeutung. In Deutschland soll diese Überwachung der Stabilitätsrat gewährleisten, also vor allem die Finanzministerinnen und -minister des Bundes und der Länder. Der Rat prüft dazu ab 2020, inwieweit der Bund und die einzelnen Länder ihre Schuldenbremsen einhalten. Dabei sollen die Haushalte nach einheitlichen Maßstäben beurteilt und die Ergebnisse veröffentlicht werden. Gleichzeitig soll der Rat darüber wachen, dass keine Konflikte mit den europäischen Haushaltsregeln entstehen. Diese knüpfen nicht an haushaltsmäßigen Daten an, sondern am Finanzierungssaldo gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Insgesamt geht es um ein neues Frühwarnsystem für Verfehlungen der Haushaltsregeln. Da der Stabilitätsrat keine unabhängige Überwachungsinstitution ist, wäre ein zielgerichtetes und transparentes Überwachungsverfahren wichtig.*

*Im Dezember 2018 beschloss der Stabilitätsrat sein Prüfschema zur Überwachung der Schuldenbremsen. Drohende Konflikte mit den europäischen Haushaltsregeln deckt es allerdings nicht sicher auf, insbesondere weil sich Defizite nicht in der erforderlichen Abgrenzung ableiten lassen. Zudem müssen die vereinbarten Kennzahlen nicht umfassend harmonisiert bestimmt werden, was Ländervergleiche erschwert. Zusammen mit den verästelten Verfahrensschritten beeinträchtigt dies auch die Nachvollziehbarkeit. Das Ergebnis der Prüfung soll überdies nur veröffentlicht werden, wenn die jeweilige Gebietskörperschaft zustimmt.*

*Alles in allem erscheint das Prüfverfahren unzureichend, um die jeweilige Finanzlage und die Aussichten beurteilen und vergleichen zu können. Ob ein Konflikt mit der gesamtstaatlichen Defizitgrenze droht, ist nicht gut zu erkennen. Für ein umfassendes und aussagekräftiges Bild wäre es unter anderem empfehlenswert, harmonisierte Kennzahlen eng an die Regeln der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen anzulehnen. Dies betrifft neben den zu berücksichtigenden ausgliederten Einheiten auch die Abgrenzung defizitrelevanter Vorgänge. In jedem Fall sollten die Ergebnisse und ihre Herleitung der Öffentlichkeit vollständig zur Verfügung stehen.*

## Bisherige Haushaltsüberwachung durch den Stabilitätsrat

*Schuldenbremse benötigt Überwachung mitzeitigem Alarmsignal*

Die Schuldenbremse wurde im Jahr 2009 beschlossen und greift ab 2020 auch für die Länder. Das Grundgesetz gibt in Artikel 109 Absatz 3 für die Schuldenbremsen allgemeine Regeln vor. Der zentrale Punkt ist ein Verbot der Nettokreditaufnahme mit nur wenigen Ausnahmen. Für den Bund sind in Artikel 115 weitere Eckpunkte festgelegt, die auch Tilgungspflichten umfassen, wenn die Vorgaben verfehlt wurden. Die Länder sind aufgefordert, ihre Schuldenbremsen jeweils landesrechtlich zu konkretisieren. Verfassungsgerichtlich kann überprüft werden, ob die Vorgaben eingehalten wurden. Es ist aber darüber hinaus wichtig, Fehlentwicklungen frühzeitig aufzudecken und gegenzusteuern. Dazu müssen Haushaltslagen und -entwicklungen möglichst umfassend und – nicht zuletzt für die Öffentlichkeit – transparent geprüft werden.

*Haushaltsüberwachung durch Stabilitätsrat als Ministergremium*

Mit der Schuldenbremse wurde der Stabilitätsrat geschaffen, der die deutschen Staatsfinanzen überwachen soll. Statt eines unabhängigen Gremiums überwachen sich die im Rat vertretenen Finanzministerinnen und -minister von Bund und Ländern selbst. Bislang prüft der Rat, ob den einzelnen Ländern oder dem Bund eine Haushaltsnotlage droht. Außerdem beurteilt er, ob die Konsolidierungshilfelande Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein die bis 2020 vereinbarten Defizitabbau-pfade einhalten. Er überprüft auch, ob die gesamtstaatliche Defizitgrenze gemäß den EU-Regeln eingehalten wird, und schlägt bedarfsweise Korrekturmaßnahmen vor. Um dem europäischen Fiskalvertrag Rechnung zu tragen, wird der Stabilitätsrat hierbei von einem unabhängigen Beirat aus Fachleuten unterstützt.<sup>1)</sup> Dieser Beirat veröffentlicht seine Einschätzungen zu den Projektionen des Stabilitätsrates.

*Erhebliche Schwächen in der bisherigen Überwachung*

Entscheidend für eine wirksame Haushaltsüberwachung sind harmonisierte und aussagekräftige aktuelle Angaben zu Haushaltslage und

-perspektiven. Diesbezügliche Transparenz erleichtert es auch der Öffentlichkeit, auf solide Staatsfinanzen hinzuwirken.<sup>2)</sup> Dies ist besonders wichtig, wenn die Haushaltsverantwortlichen sich selbst überwachen. Daran gemessen weist die bisherige Haushaltsüberwachung durch den Stabilitätsrat erhebliche Schwächen auf. Beispielfürhaft dafür ist das vereinbarte Kennzahlensystem für eine drohende Haushaltsnotlage.<sup>3)</sup> Hohe Alarmschwellen und das große Gewicht des trägen Schuldenstandes verhindern dabei frühzeitige Alarmsignale, die ein sanfteres Gegensteuern erleichtern. Darüber hinaus bleiben staatliche Einheiten ausgeblendet, die aus dem Kernhaushalt ausgegliedert wurden. Auch werden statt aktueller Prognosewerte zum Teil relativ alte Haushaltsplanzahlen herangezogen.

## Künftige Überwachung der Schuldenbremsen

### Prüfung nach den jeweiligen Vorgaben

Im Dezember 2018 beschloss der Stabilitätsrat, die Schuldenbremsen ab dem Jahr 2020 in einem neuen, zweistufigen Verfahren zu überwachen.<sup>4)</sup> Demnach prüft der Rat im ersten Schritt nach Maßgabe der Schuldenbremse des Bundes beziehungsweise des jeweiligen Landes. Die Einzelheiten dieses Prüfschritts sind nicht offengelegt.

Die meisten Länderschuldenbremsen zielen darauf ab, das um konjunkturelle Einflüsse bereinigte Haushaltsergebnis zumindest auszugleichen. Dabei unterscheiden sich die Regelungen aber in etlichen Punkten. Dies gilt nicht nur für die vielfältigen Verfahren zur Konjunkturbereinigung.<sup>5)</sup> Auch werden ergebnisneutrale Umschichtungen im Finanzvermögen (finan-

*Prüfungsdetails nicht veröffentlicht*

*Wichtige Unterschiede bei Konjunkturbereinigung, Anwendung von VGR-Regeln und Zielgröße*

1 Im Beirat ist u. a. ein von der Bundesbank entsandter Experte vertreten. Vgl. ausführlicher zum unabhängigen Beirat: [www.stabilitaetsrat.de](http://www.stabilitaetsrat.de).

2 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2018a), S. 32–37.

3 Vgl. dazu: Deutsche Bundesbank (2011).

4 Vgl.: Stabilitätsrat (2018).

5 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2017).

zielle Transaktionen) unterschiedlich abgegrenzt. Darüber hinaus unterscheiden sich die Zielgrößen. Sie orientieren sich überwiegend nicht eng am Finanzierungssaldo der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), der für die gesamtstaatliche Defizitgrenze maßgeblich ist. Zudem werden vielfach Entnahmen aus (oder Aufstockungen von) Reserven als Einnahme (bzw. Ausgabe) behandelt. Somit ändert sich das ausgewiesene Ergebnis trotz unveränderter finanzieller Gesamtlage der Gebietskörperschaft.<sup>6)</sup>

*Prüfung gemäß jeweiliger Regel mutmaßlich wenig ergiebig*

Insgesamt ist zu befürchten, dass diese Prüfung der jeweiligen Schuldenbremsen nicht sehr ergiebig sein wird.<sup>7)</sup> Die Angaben der jeweiligen Einheit zu ihren Planungen sind voraussichtlich teilweise nur schwer nachzuvollziehen und zu interpretieren. Dies gilt insbesondere bei Ländern, die ihre Planzahlen vergleichsweise selten aktualisieren. Für eine effektive Überwachung wären dagegen aktualisierte, nachvollziehbare Prognosen wichtig. Hilfreich könnte auch sein, im Stabilitätsrat Abweichungen der Ergebnisse von den zuvor vorgelegten Prognosen zu analysieren.

## Prüfung auf harmonisierter Basis mit Blick auf die europäischen Vorgaben

*Auftrag: harmonisierte Prüfung der Länder ausgehend von europäischen Vorgaben*

Die Prüfung im Hinblick auf die Länderschuldenbremsen ist wichtig. Sie ermöglicht aber keine sinnvollen Ländervergleiche. Dazu bedarf es einheitlich ermittelter Haushaltskennzahlen, die auch formal ausgegliederte staatliche Einheiten einbeziehen. Die gesetzliche Vorgabe legt nahe, dass der zweite Prüfungsschritt diese Anforderung erfüllen sollte (siehe nebenstehende Übersicht). Zudem sollen die europäischen Vorgaben offenbar zentraler Maßstab sein. Hier sind die VGR der entscheidende Referenzrahmen, was dann auch für die harmonisierte

## Rechtlicher Hintergrund der Überwachung nach dem Stabilitätsratsgesetz

### § 5a Stabilitätsratsgesetz: Überprüfung der Einhaltung der grundgesetzlichen Verschuldungsregel

(1) Der Stabilitätsrat überprüft regelmäßig im Herbst eines Jahres die Einhaltung der Verschuldungsregel des Artikels 109 Absatz 3 des Grundgesetzes durch den Bund und jedes einzelne Land für das jeweils abgelaufene, das aktuelle und das darauffolgende Jahr.

(2) Die Überwachung nach Absatz 1 orientiert sich an den Vorgaben und Verfahren aus Rechtsakten aufgrund des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin. Grundlage ist ein einheitliches Konkulturbereinigungsverfahren. Die Beschlüsse und Berichte werden veröffentlicht.

### Begründung im Gesetzentwurf (Bundestagsdrucksache 18/11135): Zu Nummer 2 (Änderung des § 5)

Durch den neu eingefügten § 5a wird die Ausweitung der Aufgaben des Stabilitätsrates unter Nummer 1 konkretisiert. Der Stabilitätsrat überprüft demnach regelmäßig im Herbst eines Jahres die Einhaltung der Verschuldungsregel des Artikels 109 Absatz 3 GG durch den Bund und jedes einzelne Land für das jeweils abgelaufene, das aktuelle und das darauffolgende Jahr. Die Überwachung orientiert sich an den Vorgaben und Verfahren aus Rechtsakten auf Grund des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin. Die Erweiterung der Aufgaben des Stabilitätsrates erfolgt hierdurch auch mit Blick auf die Verpflichtung Deutschlands zur Einhaltung der Vorgaben des präventiven Arms des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie des Vertrages über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag).

<sup>6</sup> Vgl. ausführlicher zu Rücklagen: Deutsche Bundesbank (2016) und (2018b), S 72 f.

<sup>7</sup> Zu wichtigen Elementen einer geeigneten Haushaltsüberwachung vgl. auch: Deutsche Bundesbank (2018a), S. 34 ff.

Überwachung durch den Stabilitätsrat gelten sollte. Von Bedeutung ist dies insbesondere bei zwei Aspekten: zum Ersten bei der Sektorabgrenzung, das heißt der Auswahl der einzubeziehenden ausgegliederten Einheiten (alle Extrahaushalte); zum Zweiten bei der konkreten Verbuchung von Haushaltsvorgängen, insbesondere welche Transaktionen ergebnisneutral erfasst werden.

*Prüfgrößen vereinbart*

Der Stabilitätsrat vereinbarte für seine harmonisierte Prüfung verschiedene Ankerpunkte, die weiter unten näher beleuchtet werden. Festgelegt wurden:

- die grundlegende Zielgröße,
- die Berichtspflichten hinsichtlich ausgegliederter Einheiten des Staatssektors (Extrahaushalte),
- die als finanzielle Transaktionen auszuklammernden Vorgänge und
- die Ermittlung der Konjunkteinflüsse.

Zusätzlich beschloss der Rat einen Schwellenwert, ab dem bei Ländern eine Abweichung vom strukturell ausgeglichenen Haushalt als auffällig gilt.

*Transparenz erfordert Veröffentlichung*

Die Herleitungen und Ergebnisse für ein Land sollen nur veröffentlicht werden, wenn dieses einwilligt. Allerdings ist es nicht ersichtlich, warum die Angaben der Öffentlichkeit vorenthalten werden sollten: Die transparente öffentliche Darstellung ist ein wichtiger Bestandteil der Haushaltsüberwachung. Dies gilt hier umso mehr, als die Mitglieder des Stabilitätsrates die Staatshaushalte maßgeblich selbst verantworten und insofern keine unabhängige Überwachungsinstanz bilden können. Mit Transparenz würde auch eine breitere öffentliche Diskussion der Haushaltsentwicklungen erleichtert – sowohl für einzelne Einheiten als auch im Ländervergleich.

Absehbare Unterschiede in der Datenqualität dürften ebenfalls die Transparenz und zudem die Vergleichbarkeit belasten. So dürfen zur Beurteilung der Haushalte im laufenden und folgenden Jahr auch Planungen eingereicht werden. Planungen können aber zum Beispiel umfangreiche globale Minderausgaben oder Mehreinnahmen enthalten, um keine Regelverletzungen auszuweisen. Soweit die Haushaltsentlastungen nicht erzielt werden, werden die Vorgaben dann ohne vorheriges Alarmsignal verfehlt. Darüber hinaus beruhen Planangaben der Länder üblicherweise auf unterschiedlich aktuellen Daten. Bedeutsam ist dies insbesondere, wenn verschiedene Steuerschätzungen zugrunde gelegt wurden oder erst später verabschiedete Steuerrechtsänderungen unterschiedlich eingerechnet sind. Für einen aussagekräftigen Vergleich wären einbezogene, aber noch nicht verabschiedete Maßnahmen mit Beträgen transparent auszuweisen. Für zwischenzeitlich verabschiedete, aber noch nicht eingerechnete Maßnahmen wären ebenfalls Beträge anzugeben. Generell wäre sachlich ein Vergleich aktueller Prognosen der Haushaltsentwicklung mit der Obergrenze geboten. Um die Belastbarkeit der Schätzungen zu sichern, wären regelmäßige Ex-post-Kontrollen im Stabilitätsrat erwägenswert.

### **Zielgröße Nettokreditaufnahme**

Als harmonisierte Zielgröße für die Überwachung legte der Stabilitätsrat die Nettokreditaufnahme fest. An dieser Größe setzt auch die Schuldenbremse des Bundes und der meisten Länder an. Sie eignet sich aber nur eingeschränkt, um die durch die europäischen Regeln begrenzten strukturellen VGR-Defizite zu überwachen. Ein Rückgriff auf die (aktuell hohen) Rücklagen würde nämlich die haushaltsmäßige Nettokreditaufnahme reduzieren, nicht jedoch den VGR-Saldo, da eine Rücklagenentnahme nur eine Umschichtung im Staatssektor ist.<sup>8)</sup> Immerhin sind Rücklagenbewegungen bei

*Aktuelle Schätzungen mit Ex-post-Kontrolle aussagekräftiger als verzerrungsanfällig und teils veraltete Plangrößen*

*Nettokreditaufnahme als Zielgröße erlaubt Defizite bei verfügbaren Rücklagen*

<sup>8</sup> Eine Möglichkeit, Rücklagenbewegungen zielkonform in die europäischen Regeln zu integrieren, findet sich in: Deutsche Bundesbank (2019), S. 84 f.

der vereinheitlichten Prüfung anzugeben. Wenn die Daten veröffentlicht werden, lassen sich die (geplanten und erzielten) VGR-Salden insoweit ableiten.

### Berücksichtigung von Extrahaushalten

*Durch Extrahaushalte ohne Kreditermächtigung werden strukturelle Defizite nicht ersichtlich*

Das Ableiten der maßgeblichen Defizite erfordert zudem, dass die staatlichen Einheiten vollständig in die Überwachung einbezogen sind. Neben den Kernhaushalten berücksichtigt der Stabilitätsrat die unselbständigen Extrahaushalte<sup>9)</sup> aber nur, soweit sie seit dem Jahr 2011 eigene Kreditermächtigungen erhielten. Da diesen Einheiten aber künftig eine Nettoneuverschuldung zumeist untersagt ist, sollten sie zumindest auf längere Sicht kaum eine Rolle spielen. Bedeutsam könnten dagegen die ausgeblendeten Extrahaushalte ohne Kreditermächtigung werden, in die in den letzten Jahren Überschüsse zurückgelegt wurden. Die dort gebildeten Reserven können genutzt werden, um die für die Schuldenbremse relevante Nettokreditaufnahme zu reduzieren. Wie bei den Rücklagenentnahmen verbessern Rückgriffe auf solche Reserven aber nicht den für die europäischen Regeln maßgeblichen VGR-Saldo. Anders als bei den Rücklagenentnahmen lassen sich solche Vorgänge nicht aus den vereinbarten Angaben entnehmen: Weder die Finanzströme zwischen Kernhaushalt und diesen Extrahaushalten noch die geplanten Finanzierungssalden dieser Sondervermögen müssen angegeben werden.

### Bereinigung um finanzielle Transaktionen

*Fortschritte im Hinblick auf VGR-konforme Erfassung von Garantieabrufen, ...*

Für die harmonisierte Prüfung wird die Nettokreditaufnahme um die finanziellen Transaktionen „Darlehensaufnahmen und -rückzahlungen“ sowie „Beteiligungserwerbe und -veräußerungen“ korrigiert. Dies entspricht den Vorgaben der meisten Landesschuldenbremsen. Ausgaben aufgrund von Garantieabrufen sollen nun anders als bisher (bei der Überwachung der Konsolidierungshilfelande) ergebniswirksam angerechnet werden. Insofern wurde ein nennenswerter Fortschritt erzielt.

Allerdings weicht die Definition der finanziellen Transaktionen in anderen Fällen weiter erheblich von der europäischen (VGR-)Abgrenzung ab. So sollen Kapitalzuführungen immer als finanzielle Transaktionen erfasst werden und damit ausgeklammert bleiben. Dies ist in den VGR aber nicht der Fall, wenn mit der Kapitalzuführung kein werthaltiges Vermögen erworben wird: Werden etwa Verluste bei Verkehrsbetrieben ausgeglichen, wird ein defiziterhöhender Vermögenstransfer verbucht. Anders als im EU-Rahmen bleiben überdies nicht zahlungswirksame Transaktionen im Finanzvermögen generell ausgeklammert. So werden bei der harmonisierten Prüfung Schuldenerlasse und -übernahmen ignoriert, obwohl sie die Vermögensposition verschlechtern und den VGR-Saldo belasten. Die harmonisierte Haushaltsüberwachung durch den Stabilitätsrat sollte dem VGR-Ansatz folgen, auch um ein realistisches Bild der Haushaltslage zu vermitteln. Zumindest sollten Abweichungen vom VGR-Ausweis aufgeführt werden, was der Stabilitätsrat aber nicht einfordert.<sup>10)</sup>

*... aber fortbestehende Abweichungen etwa bei Kapitalzuführungen und ...*

Auch bei den haushaltmäßigen Zinsausgaben wären zur Annäherung an die europäischen Regeln finanzielle Transaktionen herauszurechnen. Dies gilt sowohl im Hinblick auf Derivategeschäfte als auch auf Disagien und Agien beim Begeben von Schuldtiteln. Bei der vereinheitlichten Prüfung wird aber weder dementsprechend korrigiert, noch werden die dafür maßgeblichen Informationen ausgewiesen.

*... Zinsausgaben*

### Konjunkturbereinigung<sup>11)</sup>

Die harmonisierte Prüfung sollte gemäß § 5a des Stabilitätsratsgesetzes ein einheitliches Konjunkturbereinigungsverfahren vorsehen. Nach dem Ratsbeschluss wendet der Bund sein reguläres Verfahren an, das auf dem EU-Ansatz

<sup>9</sup> Unselbständig sind Landesbetriebe und Sondervermögen. Anstalten, Körperschaften (wie Zweckverbände) und Stiftungen bleiben damit ausgeschlossen.

<sup>10</sup> Vgl. zu einer solchen Forderung im Hinblick auf die Überwachung der gesamtstaatlichen Defizitgrenze: Unabhängiger Beirat (2018), S. 2.

<sup>11</sup> Vgl. dazu grundlegend: Deutsche Bundesbank (2017).

*Trotz geforderter einheitlicher Konjunkturbereinigung weitreichende Wahlmöglichkeiten für die Länder*

basiert. Damit bleibt die Gesamtprüfung für den Bund unauffällig, solange er seine eigene Regel einhält. Offenbar wünschten einige Länder, dass ihre Bewertungen eng an die eigenen Regeln angelehnt werden. So wurden den Ländern im harmonisierten Verfahren Wahlmöglichkeiten bezüglich des Konjunkturbereinigungsverfahrens eingeräumt. Ein Land kann etwa für das Bereinigungsverfahren optieren, das der Begutachtung der Konsolidierungshilfsländer zugrunde liegt. Damit kann der angerechnete Konjunkturreinfluss weit von dem des Bundesverfahrens abweichen. Der Grund dafür ist, dass beim Konsolidierungshilfungsverfahren Prognosefehler (bei Doppelhaushalten sogar über mehrere Jahre) vollständig als konjunkturbedingt angesehen werden. Einige Länder lassen in ihren Schuldenbremsen eine Nettokreditaufnahme erst bei einer äußerst schwachen Wirtschaftsentwicklung zu und fordern nur im Anschluss daran Tilgungen in einer Boomphase. Für diese Länder gibt es eine Option, nicht auffällig zu werden, wenn trotz rechnerischer konjunktureller Begünstigung des Haushalts keine Tilgungen geplant sind. Dazu darf ein spezifisches Kontrollkonto seit Inkrafttreten der Schuldenbremse keinen Schuldenanstieg anzeigen. Damit erlaubt bei dieser Option auch das vereinheitlichte Verfahren das Verplanen konjunkturbedingter Steuererhöhungen, statt ein Alarmsignal zu geben. Im Ergebnis schränken all diese Optionen sowohl die Vergleichbarkeit als auch die Eignung zur Überwachung hinsichtlich der EU-Regeln erheblich ein. Zumindest nachrichtlich sollten die Ergebnisse mit einer Konjunkturbereinigung nach dem EU-Verfahren angegeben werden.

### **Toleranzbereich**

Trotz der skizzierten Spielräume der Länder, Haushaltslücken zu verbergen, will der Stabilitätsrat nicht bei jeder identifizierten strukturellen Neuverschuldung ein Alarmsignal senden. Vereinbart wurde vielmehr ein Toleranzbereich („Ausgleichskomponente“) von 0,15 % des Bruttoinlandsprodukts für die Ländergesamtheit. Der Betrag wird nach der Einwohnerzahl

*Ausgleichskomponente als Lockerung für alle Länder nicht überzeugend*

auf die Länder aufgeteilt. Für Nordrhein-Westfalen ergibt sich daraus beispielsweise eine tolerierte strukturelle Nettoneuverschuldung von gut 1 Mrd €, für Hessen von nahezu ½ Mrd €. Gerechtfertigt wird dies vor allem mit Besonderheiten kommunaler Finanzausgleichssysteme. So werden Abrechnungsverzögerungen nicht bei der Konjunkturbereinigung erfasst. Allerdings wäre es möglich, die Effekte über Darlehen sachgerecht zu neutralisieren. Die mit der Ausgleichskomponente vereinbarte Lockerung des eigentlichen Haushaltszieles überzeugt somit nicht.

Nachvollziehbar ist die vom Rat vorgesehene Ausgleichskomponente bei überdurchschnittlicher Bevölkerungszunahme. Bevölkerungsbedingte steuerliche Zusatzeinnahmen werden etwa bei einer Konjunkturbereinigung mit dem Konsolidierungshilfungsverfahren zunächst als konjunkturbedingt erfasst. Dann dürfen sie nicht verausgabt werden. Sie sollten aber umgehend verfügbar sein, um die zusätzlichen Bedarfe durch den Bevölkerungszuwachs zu decken. Für Stadtstaaten wurde dafür ein an die Bevölkerungsdynamik gekoppelter Aufschlag auf die Ausgleichskomponente vereinbart. Warum dies nur für Stadtstaaten gilt und keine entsprechenden Abschläge bei unterdurchschnittlicher Bevölkerungsentwicklung anfallen, ist nicht schlüssig.

Die Schuldenbremse erstreckt sich nicht auf die Gemeinden. Bei den Stadtstaaten wird die Gemeindeebene allerdings automatisch einbezogen. Darum sollen sie gemäß dem Ratsbeschluss einen Aufschlag auf die Neuverschuldungsgrenze erhalten, wenn die Gemeindefschulden in den Flächenländern gestiegen sind. Diese Regel ist jedoch nicht symmetrisch. Ein Rückgang der Gemeindefschulden der Flächenländer führt nämlich nicht zu höheren Anforderungen an die Stadtstaaten. Im Übrigen sollten höhere Gemeindefdefizite in den Flächenländern eher dort eingerechnet werden, als zusätzliche Spielräume für Stadtstaaten zu eröffnen. Letztlich entsteht der Eindruck, dass die Aufschläge darauf zielen, die Haushaltsregeln für

*Aufschläge bei Bevölkerungswachstum wären mit Abschlägen bei Rückgängen zu verbinden*

*Ausgleichende Aufschläge für Stadtstaaten bei gestiegenen Gemeindefschulden nicht naheliegend*

die schon sehr hoch verschuldeten Stadtstaaten zu lockern.

liegen können. An diesen Stellen wären gezielte Nachbesserungen ratsam.

## ■ Schlussfolgerungen

*Kontrolle der jeweiligen Schuldenbremsen voraussichtlich wenig wirkungsvoll*

Im Dezember 2018 beschloss der Stabilitätsrat, wie er ab 2020 den gesetzlichen Auftrag zur Kontrolle der Schuldenbremsen wahrnehmen wird. Die absehbar sehr unterschiedlichen Landesregelungen zur Schuldenbremse erschweren diese Aufgabe. Die im ersten Prüfungsschritt geplante Überwachung der länderspezifischen Kreditgrenzen dürfte letztlich nicht aufschlussreich genug sein. Insbesondere Vergleiche der einzelnen Länder sind auf dieser Grundlage nicht möglich.

*Vereinheitlichte Kontrolle verfehlt Anforderungen an unabhängige Überwachung und hinsichtlich Vergleichbarkeit*

Für einen zweiten Prüfungsschritt wurde zwar ein stärker vereinheitlichtes Prüfraster vereinbart. Dieses ist aber wenig transparent, und das Resultat muss auch nicht für jedes Land veröffentlicht werden. Es sichert damit im Ergebnis ebenfalls keine umfassenden Vergleiche. Dies erscheint als erhebliches Manko, insbesondere da keine unabhängige Instanz mit der Überwachung der Schuldenbremsen beauftragt ist. Für die Öffentlichkeit dürfte die Überwachung schwer nachvollziehbar sein.

*Größere Schwächen: Abweichen von VGR-Regeln und uneinheitliche Konjunkturbereinigung*

Das vereinheitlichte Prüfraster hat zahlreiche Schwächen. Insbesondere lässt sich nicht hinreichend abschätzen, ob die europäischen Regeln verfehlt werden. So können keine darauf abgestimmten strukturellen Defizite abgeleitet werden. Die Regelungen folgen nämlich nicht durchgehend den Klassifizierungsvorschriften für Transaktionen aus den VGR, die für die europäischen Haushaltsregeln maßgeblich sind. Anders als in den VGR bleiben auch wichtige Extrahaushalte der Länder ausgeblendet. Die Vergleichbarkeit unter den Ländern wird zusätzlich durch verschiedene Wahlmöglichkeiten für die Konjunkturbereinigung stark eingeschränkt. Zudem sind keine aktualisierten Haushaltsschätzungen für die Planjahre vorgeschrieben, sodass sehr unterschiedliche Datenstände zugrunde

Ein überhöhtes gesamtstaatliches strukturelles Defizit kann auch von der Gemeindeebene ausgehen. Zwar wurde diese mit Verweis auf Daten- und Planungsprobleme aus der Schuldenbremse ausgeklammert.<sup>12)</sup> Der Bund wird allerdings weiterhin eine Schätzung für das Gemeindeaggregat vorlegen, um ein gesamtstaatliches Defizit ermitteln zu können. Hier wäre es wünschenswert gewesen, wenn die Länder die Finanzergebnisse ihrer Gemeinden prognostizieren würden. Dies könnte die aggregierte Bundesprognose verbessern, da die Länder einen Informationsvorsprung haben. So regeln sie wichtige kommunale Aufgaben sowie umfangreiche Zuweisungen an ihre Gemeinden. Darüber hinaus bestimmen sie das kommunale Haushaltsrecht und können dessen Einhaltung absichern. Lasten von finanziell überschuldeten Gemeinden dürften zudem zumindest teilweise von ihrem Land zu schultern sein. Insgesamt wäre es daher sachgerecht, die jeweiligen Gemeindeentwicklungen in die Länderüberwachung einzubeziehen.

*Einbeziehen der Gemeinden wichtig für gesamtstaatliche Defizitkontrolle*

Zudem rechnen die europäischen Haushaltsregeln größere einmalige Effekte heraus, die grundlegende Entwicklungen verdecken können. Im letzten Jahr gab es eine ganze Reihe solcher Sondereffekte auf Länderebene: Niedersachsen und Bayern vereinnahmten hohe Geldbußen von Automobilproduzenten, Hamburg und Schleswig-Holstein mussten dagegen Einmallesten im Zusammenhang mit der HSH Nordbank tragen. Um die Haushalte ohne solche Verzerrungen vergleichen zu können, wäre es nötig, größere Einmaleffekte mit den jeweiligen Beträgen aufzulisten.

*Ausweis von Einmaleffekten ratsam*

Insgesamt gewährleistet das vereinbarte Prüfschema keine transparente und aussagekräftige Haushaltsüberwachung. Im weiteren Verlauf ist vorgesehen, es zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Hier wären Fortschritte in den

*Im weiteren Verlauf Transparenz der Überwachung stärken und die Öffentlichkeit einbeziehen*

12 Vgl. dazu: Deutscher Bundestag (Hrsg., 2009), S. 10 f.

beschriebenen Feldern wichtig – auch um den Herausforderungen durch eine nicht unabhängige Überwachungsinstanz zu begegnen. In jedem Fall sollten die Länder die ermittelten Kennzahlen der Öffentlichkeit vorlegen. Diese sollte die Möglichkeit haben, die länderweisen

Entwicklungen anhand der Kennzahlen treffend einzuordnen. Solide Staatsfinanzen werden nicht zuletzt durch die Öffentlichkeit gestützt, die dafür nachvollziehbar aufbereitete, umfassende Informationen über die Finanzentwicklung benötigt.

## ■ Literaturverzeichnis

Deutsche Bundesbank (2019), Europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt: zu einzelnen Reformoptionen, Monatsbericht, April 2019, S. 79–93.

Deutsche Bundesbank (2018a), Länderfinanzen: Entwicklungen im Vergleich, Schuldenbremsen und Haushaltsüberwachung, Monatsbericht, Oktober 2018, S. 13–47.

Deutsche Bundesbank (2018b), Exkurs: Zur Nutzung von Rücklagen und Extrahaushalten bei Bund und Ländern, Monatsbericht, August 2018, S. 70–74.

Deutsche Bundesbank (2017), Zur Konjunkturbereinigung der Länder im Rahmen der Schuldenbremse, Monatsbericht, März 2017, S. 35–58.

Deutsche Bundesbank (2016), Wichtige Haushaltskennzahlen des Bundes im Zusammenhang mit der Schuldenbremse, Monatsbericht, Februar 2016, S. 68–69.

Deutsche Bundesbank (2011), Zur Rolle des Stabilitätsrates, Monatsbericht, Oktober 2011, S. 20–23.

Deutscher Bundestag (Hrsg., 2009), Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91c, 91d, 104b, 109, 109a, 115, 143d), Drucksache 16/12410.

Stabilitätsrat (2018), Kompendium des Stabilitätsrates zur Überwachung der Einhaltung der Schuldenbremse nach Artikel 109a Absatz 2 Grundgesetz, Stand 6. Dezember 2018, abrufbar unter: [www.stabilitaetsrat.de](http://www.stabilitaetsrat.de).

Unabhängiger Beirat (2018), Zehnte Stellungnahme zur Einhaltung der Obergrenze für das strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit, abrufbar unter: [www.stabilitaetsrat.de](http://www.stabilitaetsrat.de).

# Statistischer Teil

## **■ Inhalt**

### **■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum**

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

### **■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum**

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

### **■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems**

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

### **■ IV. Banken**

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) in Deutschland..	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche .....	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) .....	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck .....	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen .....	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

## ■ V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum.....	42•
2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland.....	42•

## ■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze.....	43•
2. Basiszinssätze.....	43•
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
4. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

## ■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

## ■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland.....	50•
2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten.....	51•
3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten.....	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	52•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	53•

## ■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	55•
3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte.....	56•
4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte.....	57•

## ■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“.....	58•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaft- lichen Gesamtrechnungen.....	58•
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung.....	59•
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden.....	59•
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen.....	60•

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten .....	60*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern.....	61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung .....	61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung.....	62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung .....	62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung .....	63*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme .....	63*
13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern.....	63*
14. Maastricht-Verschuldung nach Arten .....	64*
15. Maastricht-Verschuldung des Bundes nach Arten und Instrumenten.....	65*

## ■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	66*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe.....	67*
3. Auftragseingang in der Industrie .....	68*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe.....	69*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen.....	69*
6. Arbeitsmarkt.....	70*
7. Preise .....	71*
8. Einkommen der privaten Haushalte .....	72*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft .....	72*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen.....	73*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen .....	74*

## ■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum .....	75*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland.....	76*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern.....	77*
4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland .....	78*
5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland .....	78*
6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland .....	78*
7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland .....	79*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank.....	80*
9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland .....	81*
10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen .....	82*
11. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU.....	82*
12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft .....	83*

## I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

### 1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze			
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)	
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt							
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt			
2017 Juni	9,6	5,2	4,9	4,8	4,1	2,8	- 1,2	- 0,36	- 0,33	1,0	
Juli	9,3	5,0	4,6	4,8	3,9	2,6	- 1,0	- 0,36	- 0,33	1,2	
Aug.	9,6	5,4	5,1	4,9	3,8	2,3	- 0,9	- 0,36	- 0,33	1,0	
Sept.	9,7	5,3	5,1	5,1	3,9	2,4	- 0,9	- 0,36	- 0,33	1,0	
Okt.	9,5	5,4	5,0	5,0	3,8	2,5	- 1,4	- 0,36	- 0,33	1,1	
Nov.	9,1	5,2	4,9	4,9	3,9	2,9	- 1,3	- 0,35	- 0,33	0,9	
Dez.	8,8	5,2	4,7	4,7	3,6	2,6	- 1,1	- 0,34	- 0,33	0,9	
2018 Jan.	8,8	5,2	4,6	4,5	3,5	2,9	- 0,6	- 0,36	- 0,33	1,1	
Febr.	8,4	4,8	4,2	4,2	3,3	2,6	- 1,0	- 0,36	- 0,33	1,2	
März	7,5	4,3	3,6	3,9	2,8	2,4	- 0,6	- 0,36	- 0,33	1,1	
April	7,1	4,2	3,8	3,8	2,8	2,7	- 0,5	- 0,37	- 0,33	1,0	
Mai	7,5	4,6	4,0	4,0	3,3	3,2	- 0,8	- 0,36	- 0,33	1,1	
Juni	7,4	4,7	4,3	4,1	3,1	2,8	- 0,9	- 0,36	- 0,32	1,1	
Juli	7,0	4,4	3,9	3,9	3,4	3,3	- 0,6	- 0,36	- 0,32	1,0	
Aug.	6,5	4,0	3,5	3,7	3,3	3,3	- 0,7	- 0,36	- 0,32	1,1	
Sept.	6,8	4,3	3,5	3,6	3,2	3,2	0,0	- 0,36	- 0,32	1,2	
Okt.	6,8	4,4	3,8	3,7	2,9	2,9	0,6	- 0,37	- 0,32	1,3	
Nov.	6,7	4,3	3,7	3,9	2,6	2,8	0,6	- 0,36	- 0,32	1,2	
Dez.	6,6	4,3	4,1	3,9	2,8	3,0	0,7	- 0,36	- 0,31	1,1	
2019 Jan.	6,2	4,0	3,8	4,1	2,7	2,9	0,8	- 0,37	- 0,31	1,0	
Febr.	6,6	4,5	4,3	...	3,0	3,1	1,4	- 0,37	- 0,31	0,9	
März	...	...	...	...	...	...	...	- 0,37	- 0,31	0,8	

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen

Nicht-MFIs. 5 Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43. 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE,FR,NL,BE,AT,FI,IE,PT,ES,IT,GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

### 2. Außenwirtschaft \*)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz des Euroraums 1)								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz				Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Warenhandel	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Finanzderivate 2)	Übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)
	Mio €								1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999=100	
2017 Juni	+ 32 311	+ 31 843	+ 74 257	- 6 220	+ 19 610	- 6 991	+ 66 285	+ 1 573	1,1229	96,3	91,0
Juli	+ 36 903	+ 29 503	+ 26 865	- 1 747	+ 25 725	- 1 180	+ 9 259	- 5 193	1,1511	97,6	92,2
Aug.	+ 34 357	+ 22 574	- 3 379	- 20 425	+ 67 631	- 4 607	- 45 304	- 674	1,1807	99,0	93,5
Sept.	+ 47 719	+ 31 894	+ 89 394	+ 57 928	+ 12 827	- 1 813	+ 14 040	+ 6 413	1,1915	99,0	93,5
Okt.	+ 38 522	+ 27 778	+ 24 605	+ 14 555	+ 54 152	+ 1 530	- 42 938	- 2 695	1,1756	98,6	93,0
Nov.	+ 39 121	+ 33 281	- 5 116	- 58 948	+ 24 346	+ 1 610	+ 21 712	+ 6 164	1,1738	98,5	92,9
Dez.	+ 46 006	+ 29 489	+ 104 577	+ 51 429	- 8 935	+ 2 518	+ 61 170	- 1 604	1,1836	98,8	93,2
2018 Jan.	+ 8 547	+ 9 504	+ 4 044	+ 38 113	+ 12 898	- 2 375	- 46 792	+ 2 201	1,2200	99,4	93,8
Febr.	+ 22 055	+ 22 408	+ 17 214	+ 2 229	+ 61 505	+ 1 046	- 47 518	- 49	1,2348	99,6	93,8
März	+ 43 867	+ 34 210	+ 80 731	+ 81 831	- 62 274	- 3 169	+ 55 182	+ 9 160	1,2336	99,7	94,0
April	+ 31 364	+ 23 023	- 11 062	+ 25 557	+ 30 285	+ 12 717	- 75 982	- 3 640	1,2276	99,5	93,8
Mai	+ 12 284	+ 22 909	+ 29 524	- 1 157	+ 57 043	+ 13 890	- 42 622	+ 2 369	1,1812	98,1	92,6
Juni	+ 29 445	+ 27 165	+ 24 523	- 6 342	- 35 666	+ 11 780	+ 46 880	+ 7 872	1,1678	97,9	92,4
Juli	+ 29 734	+ 24 072	- 4 463	- 3 920	+ 2 688	+ 13 200	- 12 139	- 4 292	1,1686	99,2	93,6
Aug.	+ 27 181	+ 17 271	+ 47 865	- 6 460	+ 76 752	+ 15 763	- 41 406	+ 3 215	1,1549	99,0	93,3
Sept.	+ 25 922	+ 18 200	+ 43 691	- 3 566	- 35 126	+ 6 465	+ 73 594	+ 2 323	1,1659	99,5	93,8
Okt.	+ 33 951	+ 23 958	- 27 510	+ 18 927	- 15 286	+ 7 007	- 37 409	- 750	1,1484	98,9	93,2
Nov.	+ 28 829	+ 27 629	+ 51 943	- 35 632	+ 14 132	+ 15 967	+ 54 019	+ 3 456	1,1367	98,3	92,8
Dez.	+ 41 494	+ 26 091	+ 61 091	- 56 946	+ 107 041	+ 6 565	+ 1 308	+ 3 124	1,1384	98,4	92,6
2019 Jan.	+ 9 327	+ 6 763	+ 8 464	- 12 180	- 1 226	+ 5 676	+ 18 900	- 2 706	1,1416	97,8	p) 92,0
Febr.	...	...	...	...	...	...	...	...	1,1351	97,4	p) 91,6
März	...	...	...	...	...	...	...	...	1,1302	96,9	p) 91,1

\* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Monatsdurchschnitte, siehe auch Tab. XII.10 und 12, S. 82• / 83•. 2 Einschl.

Mitarbeiteraktienoptionen. 3 Gegenüber den Währungen der EWK-19-Gruppe. 4 Auf Basis der Verbraucherpreisindizes.

## I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

### 3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	Euroraum	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland	
<b>Reales Bruttoinlandsprodukt <sup>1)</sup></b>											
Veränderung gegen Vorjahr in %											
2016	2,0	1,5	2,2	3,5	2,8	1,2	- 0,2	5,0	1,1	2,1	
2017	2,4	1,7	2,2	4,9	2,7	2,2	1,5	7,2	1,6	4,6	
2018	1,8	1,4	1,4	3,9	2,3	1,5	1,9	6,7	0,9	4,8	
2017 3.Vj.	2,8	1,4	2,2	3,9	2,0	2,5	2,4	13,2	1,4	5,5	
4.Vj.	2,7	1,9	2,2	4,8	2,4	2,8	2,1	6,5	1,4	4,3	
2018 1.Vj.	2,4	1,5	1,4	3,3	2,4	2,0	2,3	9,6	1,1	4,0	
2.Vj.	2,1	1,5	2,3	3,9	2,5	1,7	1,4	9,5	1,3	5,3	
3.Vj.	1,6	1,6	1,1	4,0	2,1	1,6	2,4	5,4	0,6	4,5	
4.Vj.	1,1	1,1	0,9	4,2	2,3	1,1	1,6	3,0	0,5	5,2	
<b>Industrieproduktion <sup>2)</sup></b>											
Veränderung gegen Vorjahr in %											
2016	1,6	4,5	1,1	3,0	4,3	0,5	2,6	1,8	1,9	4,9	
2017	2,9	2,9	3,4	4,3	3,3	2,4	4,8	- 2,2	3,6	8,5	
2018	1,0	1,2	p)	4,1	2,7	0,4	1,2	- 0,1	0,7	2,0	
2017 3.Vj.	4,0	4,2	4,3	0,9	2,1	2,9	4,5	3,4	4,6	11,4	
4.Vj.	4,2	1,9	5,0	1,4	4,3	4,1	1,9	0,5	4,0	4,9	
2018 1.Vj.	3,1	2,7	4,0	5,2	5,3	2,4	- 0,5	- 2,2	3,4	4,4	
2.Vj.	2,3	1,3	3,1	2,4	1,7	0,6	1,7	4,1	1,8	0,1	
3.Vj.	0,6	- 0,5	- 0,1	3,7	2,4	0,3	1,8	5,9	- 0,2	3,0	
4.Vj.	- 1,9	1,3	p) - 2,4	5,1	1,5	- 1,7	1,7	- 6,4	- 2,2	0,9	
<b>Kapazitätsauslastung in der Industrie <sup>3)</sup></b>											
in % der Vollausslastung											
2016	81,6	80,0	84,6	73,6	78,0	83,2	67,6	78,3	76,3	72,6	
2017	83,0	81,8	86,6	74,9	82,3	84,7	70,0	79,5	76,8	74,5	
2018	83,9	81,0	87,7	74,4	84,1	85,9	70,8	76,2	78,1	76,4	
2017 4.Vj.	83,8	82,9	87,7	74,8	83,6	85,2	71,2	78,9	77,6	74,2	
2018 1.Vj.	84,2	82,1	88,2	75,5	83,1	86,2	70,4	77,0	78,3	75,8	
2.Vj.	84,0	81,2	87,8	73,9	84,3	85,9	71,2	76,1	78,1	76,3	
3.Vj.	83,8	79,9	87,8	75,2	84,7	85,9	70,7	74,6	77,9	77,4	
4.Vj.	83,6	80,8	87,1	73,0	84,1	85,7	70,9	77,0	77,9	75,9	
2019 1.Vj.	83,6	81,5	86,3	75,2	83,2	85,4	70,2	80,3	78,4	77,0	
<b>Standardisierte Erwerbslosenquote <sup>4)</sup></b>											
in % der zivilen Erwerbspersonen											
2016	10,0	7,8	4,1	6,8	8,8	10,1	23,6	8,4	11,7	9,6	
2017	9,1	7,1	3,8	5,8	8,6	9,4	21,5	6,7	11,2	8,7	
2018	8,2	6,0	3,4	...	7,4	9,1	19,3	5,8	10,6	7,4	
2018 Okt.	8,0	5,7	3,3	5,3	7,0	9,0	18,6	5,7	10,8	6,9	
Nov.	7,9	5,8	3,3	4,6	6,9	8,9	18,3	5,6	10,6	6,9	
Dez.	7,9	5,8	3,2	4,3	6,8	8,9	18,0	5,7	10,5	7,1	
2019 Jan.	7,8	5,8	3,2	4,2	6,7	8,9	...	5,7	10,5	7,3	
Febr.	7,8	5,7	2,9	...	6,7	8,8	...	5,6	10,7	7,2	
März	...	...	...	...	...	...	...	5,4	...	...	
<b>Harmonisierter Verbraucherpreisindex</b>											
Veränderung gegen Vorjahr in %											
2016	0,2	1,8	0,4	0,8	0,4	0,3	0,0	- 0,2	- 0,1	0,1	
2017	1,5	2,2	1,7	3,7	0,8	1,2	1,1	0,3	1,3	2,9	
2018	1,8	2,3	1,9	3,4	1,2	2,1	0,8	0,7	1,2	2,6	
2018 Okt.	2,3	3,2	2,6	4,5	1,7	2,5	1,8	1,1	1,7	3,2	
Nov.	1,9	2,9	2,2	3,2	1,4	2,2	1,1	0,8	1,6	2,9	
Dez.	1,5	2,2	1,7	3,3	1,3	1,9	0,6	0,8	1,2	2,5	
2019 Jan.	1,4	1,8	1,7	2,8	1,2	1,4	0,5	0,8	0,9	2,9	
Febr.	1,5	2,0	1,7	1,9	1,3	1,6	0,8	0,7	1,1	2,8	
März	s)	...	1,4	...	s)	1,1	s)	0,8	...	s)	1,1
<b>Staatlicher Finanzierungssaldo <sup>5)</sup></b>											
in % des Bruttoinlandsprodukts											
2016	- 1,6	- 2,4	0,9	- 0,3	- 1,7	- 3,5	0,5	- 0,5	- 2,5	0,1	
2017	- 1,0	- 0,9	1,0	- 0,4	- 0,7	- 2,7	0,8	- 0,2	- 2,4	- 0,6	
2018	...	...	1,7	...	...	...	...	...	...	...	
<b>Staatliche Verschuldung <sup>5)</sup></b>											
in % des Bruttoinlandsprodukts											
2016	89,1	106,1	68,5	9,2	63,0	98,2	178,5	73,4	131,4	40,3	
2017	86,8	103,4	64,5	8,7	61,3	98,5	176,1	68,4	131,2	40,0	
2018	...	...	60,9	...	...	...	...	...	...	...	

Quellen: Eurostat, Europäische Kommission, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Eigene Berechnungen. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Presse-

meldungen und sind vorläufig. 1 Euroraum: Quartalsangaben saisonbereinigt. 2 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie: arbeitstäglich bereinigt.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakei	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
<b>Reales Bruttoinlandsprodukt <sup>1)</sup></b>										
Veränderung gegen Vorjahr in %										
2,4	2,4	5,7	2,2	2,0	1,9	3,1	3,1	3,2	4,8	2016
4,1	1,5	6,7	2,9	2,6	2,8	3,2	4,9	3,0	4,5	2017
3,4	2,6	6,6	2,7	2,7	2,1	4,1	4,5	2,6	3,9	2018
3,7	0,6	7,4	2,8	2,5	2,7	3,0	4,2	2,7	4,7	2017 3. Vj.
3,8	2,7	5,1	2,7	2,4	2,4	3,7	6,3	3,2	3,7	4. Vj.
3,7	3,0	5,1	2,9	3,7	2,1	3,7	4,8	2,8	4,0	2018 1. Vj.
3,8	3,0	6,6	3,2	2,7	2,6	4,5	4,1	2,6	4,0	2. Vj.
2,6	2,9	7,1	2,4	2,2	2,1	4,6	5,0	2,3	3,8	3. Vj.
3,7	1,6	7,2	2,2	2,4	1,7	3,6	4,1	2,6	3,8	4. Vj.
<b>Industrieproduktion <sup>2)</sup></b>										
Veränderung gegen Vorjahr in %										
2,7	0,1	- 7,3	1,3	2,8	2,4	4,6	7,7	1,7	9,1	2016
6,8	2,6	8,8	1,3	5,5	3,5	3,3	8,4	3,3	7,5	2017
5,2	- 0,8	1,3	0,6	3,7	- 0,2	4,4	4,5	0,4	6,9	2018
8,5	4,7	14,2	1,9	6,8	5,6	3,2	8,6	3,1	7,0	2017 3. Vj.
7,1	5,3	8,6	2,3	6,6	2,4	3,7	11,0	5,4	6,9	4. Vj.
7,1	2,6	2,1	2,5	5,0	2,0	1,2	8,2	2,9	5,1	2018 1. Vj.
5,2	- 1,2	0,8	1,5	5,1	0,4	5,8	6,4	1,3	10,3	2. Vj.
2,9	- 2,1	- 2,0	0,1	2,4	- 1,4	6,0	3,3	0,4	6,1	3. Vj.
5,7	- 2,3	4,6	- 1,6	2,3	- 1,8	4,5	0,5	- 2,9	6,0	4. Vj.
<b>Kapazitätsauslastung in der Industrie <sup>3)</sup></b>										
in % der Vollausslastung										
75,9	76,9	79,1	81,7	84,3	80,2	84,5	83,5	78,6	59,8	2016
77,2	81,5	80,3	82,5	86,7	80,4	85,3	85,1	78,7	59,1	2017
77,5	81,2	80,3	84,0	88,7	81,6	85,4	85,3	79,5	61,4	2018
77,4	81,1	82,8	83,1	88,0	81,7	83,0	85,2	79,1	59,1	2017 4. Vj.
77,8	83,1	81,1	83,9	88,8	81,6	83,7	85,0	79,7	60,4	2018 1. Vj.
77,5	82,0	77,6	83,6	88,7	81,4	86,3	86,0	80,3	60,9	2. Vj.
77,2	80,8	83,2	84,4	88,7	82,0	84,0	84,6	79,3	61,8	3. Vj.
77,4	79,0	79,1	84,0	88,5	81,2	87,6	85,6	78,6	62,5	4. Vj.
77,5	80,1	77,1	84,4	87,0	77,8	88,2	85,2	80,8	61,5	2019 1. Vj.
<b>Standardisierte Erwerbslosenquote <sup>4)</sup></b>										
in % der zivilen Erwerbspersonen										
7,9	6,3	4,7	6,0	6,0	11,2	9,7	8,0	19,6	13,0	2016
7,1	5,6	4,0	4,9	5,5	9,0	8,1	6,6	17,2	11,1	2017
6,2	5,4	3,7	3,8	4,9	7,0	6,5	5,1	15,3	8,4	2018
6,1	5,3	3,5	3,7	4,8	6,6	6,1	4,6	14,7	7,7	2018 Okt.
5,8	5,2	3,5	3,5	4,6	6,7	6,0	4,4	14,5	7,8	Nov.
5,8	5,1	3,4	3,6	4,6	6,6	5,9	4,3	14,3	7,4	Dez.
6,1	5,1	3,4	3,6	4,8	6,6	5,8	4,3	14,1	7,3	2019 Jan.
6,1	5,3	3,5	3,4	5,0	6,3	5,8	4,4	13,9	7,1	Febr.
...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	März
<b>Harmonisierter Verbraucherpreisindex</b>										
Veränderung gegen Vorjahr in %										
0,7	0,0	0,9	0,1	1,0	0,6	- 0,5	- 0,2	- 0,3	- 1,2	2016
3,7	2,1	1,3	1,3	2,2	1,6	1,4	1,6	2,0	0,7	2017
2,5	2,0	1,7	1,6	2,1	1,2	2,5	1,9	1,7	0,8	2018
2,8	2,8	2,1	1,9	2,4	0,8	2,5	2,3	2,3	1,9	2018 Okt.
2,4	2,6	1,4	1,8	2,3	0,9	2,0	2,1	1,7	1,6	Nov.
1,8	1,9	1,2	1,8	1,7	0,6	1,9	1,4	1,2	1,0	Dez.
1,6	1,6	1,0	2,0	1,7	0,6	2,2	1,2	1,0	2,1	2019 Jan.
2,0	2,1	1,3	2,6	1,4	0,9	2,3	1,3	1,1	0,8	Febr.
...	s)	2,4	s)	1,1	...	s)	0,8	s)	1,1	März
<b>Staatlicher Finanzierungssaldo <sup>5)</sup></b>										
in % des Bruttoinlandsprodukts										
0,3	1,6	0,9	0,0	- 1,6	- 2,0	- 2,2	- 1,9	- 4,5	0,3	2016
0,5	1,4	3,5	1,2	- 0,8	- 3,0	- 0,8	0,1	- 3,1	1,8	2017
...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	2018
<b>Staatliche Verschuldung <sup>5)</sup></b>										
in % des Bruttoinlandsprodukts										
39,9	20,7	56,3	61,9	83,0	129,2	51,8	78,7	99,0	105,5	2016
39,4	23,0	50,9	57,0	78,3	124,8	50,9	74,1	98,1	96,1	2017
...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	2018

3 Verarbeitendes Gewerbe: Quartalsangaben saisonbereinigt. Datenerhebung zu Beginn des Quartals. 4 Monatsangaben saisonbereinigt. Deutschland: Eigene

Berechnung auf Basis von Ursprungswerten des Statistischen Bundesamtes. 5 Abgrenzung gemäß Maastricht-Vertrag.

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

### 1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang \*) a) Euroraum<sup>1)</sup>

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) <sup>2)</sup>	Kapital und Rücklagen <sup>3)</sup>
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2017 Juli	7,1	- 0,1	15,2	7,2	9,6	6,9	105,9	99,0	- 6,9	- 7,7	- 0,9	- 2,7	4,4
Aug.	11,8	- 20,7	- 15,9	32,4	38,5	- 26,9	- 2,8	24,0	6,8	- 6,1	- 0,8	- 3,0	16,7
Sept.	55,9	44,0	- 12,6	11,8	17,3	5,3	- 35,6	- 40,9	- 24,1	- 11,8	- 0,9	- 30,0	18,6
Okt.	63,6	52,0	- 10,2	11,7	11,5	- 68,6	87,8	156,4	- 30,0	- 27,0	- 0,6	- 7,2	4,8
Nov.	127,5	98,8	21,8	28,7	34,8	18,4	- 1,0	- 19,4	5,5	4,4	- 0,8	- 1,5	3,4
Dez.	- 107,5	- 89,3	- 8,8	- 18,2	- 8,6	17,0	- 151,8	- 168,9	- 2,0	11,4	- 0,6	- 7,9	- 4,9
2018 Jan.	124,7	83,9	26,4	40,8	27,6	- 43,9	152,4	196,3	11,6	- 8,5	- 0,1	22,0	- 1,8
Febr.	7,6	3,4	- 0,3	4,2	20,8	- 11,4	46,9	58,3	- 16,3	- 0,8	- 0,5	- 13,4	- 1,7
März	65,8	60,9	1,5	4,9	6,9	81,5	- 66,0	- 147,5	13,2	- 5,9	- 0,4	1,9	17,6
April	66,3	65,2	52,5	1,1	- 0,7	- 75,3	42,0	117,3	- 5,5	- 1,2	- 0,5	- 2,5	- 1,3
Mai	122,3	88,1	11,0	34,2	39,9	- 35,5	120,6	156,1	- 4,5	- 7,4	- 0,4	1,2	2,1
Juni	- 5,6	- 23,0	- 22,3	17,3	20,5	77,3	- 67,6	- 144,9	- 8,4	- 4,8	- 0,4	- 7,7	4,6
Juli	67,7	66,9	19,9	0,8	3,4	- 25,3	41,6	66,9	10,4	6,1	- 0,6	- 8,3	13,1
Aug.	- 2,2	- 13,6	- 4,8	11,4	22,7	- 27,3	- 1,3	26,0	4,1	- 8,3	- 0,4	1,4	11,4
Sept.	25,2	22,3	- 11,2	2,9	7,1	65,6	- 26,5	- 92,1	23,8	- 12,5	- 0,5	22,3	14,6
Okt.	12,1	18,2	3,7	- 6,1	- 7,9	- 11,9	73,4	85,4	7,9	- 6,5	- 0,2	3,8	10,9
Nov.	92,0	91,1	11,7	0,9	2,4	70,9	35,0	- 35,9	3,6	- 4,2	- 1,0	4,0	4,9
Dez.	- 89,0	- 69,5	- 21,1	- 19,6	- 21,5	0,7	- 162,8	- 163,4	7,1	16,3	0,1	- 7,8	- 1,5
2019 Jan.	125,8	68,5	14,9	57,2	44,2	7,7	193,3	185,6	20,6	- 8,6	0,1	26,1	3,1
Febr.	52,2	40,6	17,4	11,6	25,2	21,8	- 22,9	- 44,8	18,6	0,4	- 0,1	25,3	- 7,0

### b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) <sup>2)</sup>	Kapital und Rücklagen <sup>3)</sup>
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2017 Juli	18,1	12,8	1,8	5,3	3,5	- 10,3	- 23,0	- 12,7	- 4,0	- 1,3	- 0,8	- 1,4	- 0,5
Aug.	13,6	10,2	- 0,6	3,4	8,3	14,7	- 13,8	- 28,5	4,5	0,1	- 0,8	3,5	1,7
Sept.	17,8	14,1	- 1,8	3,7	8,0	- 22,3	9,2	31,5	- 5,9	- 0,2	- 0,6	- 7,3	2,3
Okt.	15,9	8,6	0,4	7,3	6,5	6,1	- 11,4	- 17,5	- 11,4	- 1,0	- 0,8	- 9,5	- 0,1
Nov.	27,2	16,7	6,4	10,5	11,2	23,1	- 2,6	- 25,7	2,6	3,3	- 0,6	0,1	- 0,1
Dez.	- 5,4	- 3,5	4,3	- 1,8	1,0	- 48,9	- 8,1	40,8	2,6	- 0,3	- 0,6	- 1,9	5,3
2018 Jan.	19,1	21,3	2,0	- 2,2	- 1,3	10,1	28,1	18,0	4,9	- 3,0	- 0,7	14,2	- 5,6
Febr.	5,1	10,7	- 1,7	- 5,6	- 0,2	- 20,7	11,6	32,4	- 5,3	- 0,9	- 0,6	- 1,0	- 2,9
März	7,2	9,7	- 2,2	- 2,5	- 0,6	7,9	- 5,2	- 13,1	3,1	- 2,6	- 0,4	4,0	2,2
April	7,3	7,2	0,9	0,1	- 0,7	- 5,0	- 13,9	- 8,9	- 2,3	- 0,6	- 0,5	- 3,1	1,9
Mai	19,2	21,2	5,0	- 2,1	2,4	- 10,7	29,8	40,6	- 0,1	0,6	- 0,2	4,1	- 4,6
Juni	16,7	17,9	2,1	- 1,1	1,3	- 18,2	- 20,4	- 2,1	2,3	- 2,2	- 0,5	- 3,1	8,1
Juli	12,7	9,7	0,0	2,9	0,9	26,0	- 0,3	- 26,3	2,4	- 0,4	- 0,5	- 2,7	5,9
Aug.	4,1	5,7	- 8,7	- 1,6	2,8	- 8,5	- 11,6	- 3,1	- 3,5	- 3,2	- 0,4	- 1,7	1,8
Sept.	19,3	18,3	1,8	1,0	4,1	- 4,1	7,9	12,0	12,0	- 3,1	- 0,3	7,6	7,8
Okt.	7,0	8,7	1,4	- 1,7	- 5,0	34,2	2,8	- 31,4	1,6	0,1	- 0,5	4,1	- 2,0
Nov.	20,0	18,5	0,9	1,5	2,5	15,1	- 3,7	- 18,8	0,8	- 0,2	- 0,6	3,0	- 1,4
Dez.	- 5,6	- 1,5	- 0,4	- 4,0	- 0,7	- 33,5	3,6	37,1	- 1,1	0,7	- 0,3	- 9,1	7,5
2019 Jan.	16,3	15,0	0,3	1,3	- 1,3	67,9	21,1	- 46,8	2,1	- 5,7	- 0,5	14,0	- 5,7
Febr.	12,4	16,4	- 0,3	- 3,9	- 1,4	24,2	- 15,4	- 39,5	6,7	- 0,8	0,1	12,6	- 5,2

\* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112\*). **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-

MFIs-Beteiligungen. **4** Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

a) Euroraum

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)				
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)						
- 7,7	- 15,2	-	43,8	31,5	35,8	6,0	29,8	- 6,2	1,9	- 24,1	12,9	- 2,5	2017 Juli
- 18,3	- 59,5	-	55,9	45,5	30,9	- 2,3	33,3	8,1	6,4	2,6	9,4	- 5,3	Aug.
41,3	23,5	-	20,4	23,3	47,8	0,9	47,0	- 21,5	3,0	7,0	- 4,1	10,4	Sept.
- 43,4	53,0	-	15,4	12,0	22,7	1,9	20,8	- 8,0	- 2,7	19,8	9,0	- 7,8	Okt.
- 8,8	71,7	-	77,4	73,2	81,7	0,9	80,7	- 7,6	0,8	17,2	- 3,8	0,1	Nov.
- 21,4	- 89,3	-	22,2	63,8	66,3	16,1	50,2	- 6,6	4,1	- 31,8	- 26,5	- 7,1	Dez.
40,9	20,0	-	8,3	- 2,4	- 19,6	- 15,2	- 4,5	5,6	11,7	- 7,8	20,1	- 12,7	2018 Jan.
13,8	11,1	-	- 12,4	- 9,4	5,3	0,3	5,0	- 17,4	2,7	- 4,8	- 11,3	4,9	Febr.
13,9	49,3	-	70,9	67,5	64,7	8,7	56,0	- 3,6	6,3	8,2	- 1,4	8,3	März
- 19,8	- 32,6	-	48,9	29,9	48,6	4,2	44,4	- 20,7	2,0	- 3,8	11,3	0,8	April
7,1	15,5	-	68,6	93,1	95,8	4,9	90,9	- 10,0	7,2	24,9	- 12,3	- 6,7	Mai
21,4	- 43,4	-	102,1	108,7	91,1	11,4	79,6	14,2	3,4	- 5,6	- 8,9	4,8	Juni
7,6	34,1	-	- 9,6	- 9,5	- 6,1	6,7	- 12,8	- 8,1	4,7	6,7	10,3	- 7,1	Juli
2,9	- 41,1	-	4,6	- 1,4	- 0,0	2,9	- 2,9	- 6,7	5,2	3,8	- 1,6	1,2	Aug.
40,6	5,8	-	20,5	45,4	69,3	2,1	67,1	- 20,8	3,2	- 10,7	- 19,5	1,1	Sept.
- 38,9	- 5,3	-	36,4	13,3	8,0	1,8	6,3	8,3	- 3,0	- 10,2	23,8	- 0,8	Okt.
7,3	64,8	-	87,3	88,2	97,7	5,3	92,4	- 11,6	2,2	31,5	0,3	- 3,8	Nov.
- 59,7	- 89,5	-	53,8	50,3	49,3	18,0	31,4	- 4,4	5,3	- 14,2	0,6	8,0	Dez.
66,1	64,5	-	- 17,8	- 22,4	- 39,6	- 13,1	- 26,5	3,3	13,9	15,6	8,1	- 7,2	2019 Jan.
18,7	- 2,2	-	38,8	46,0	40,3	3,2	37,1	- 0,7	6,4	0,2	- 6,8	- 1,5	Febr.

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit	
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)		Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)
					täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)				
2,5	14,8	2,1	2,1	- 5,6	- 3,0	- 3,0	- 0,4	1,4	- 0,1	- 0,6	0,6	2017 Juli		
7,4	5,1	3,7	- 1,3	11,2	14,7	- 2,9	- 0,3	0,1	0,2	- 0,5	0,5	Aug.		
9,6	- 14,2	3,5	- 0,3	5,9	5,6	0,8	0,0	0,8	0,0	0,3	0,3	Sept.		
- 14,2	43,1	2,1	0,8	4,5	14,3	- 9,3	0,5	- 0,3	- 0,3	- 0,5	0,5	Okt.		
6,2	8,7	1,2	- 0,0	32,7	33,8	- 1,7	0,2	0,3	0,0	0,2	0,2	Nov.		
10,0	- 58,0	3,8	2,0	- 8,8	- 10,1	0,4	2,4	0,7	- 0,3	- 1,8	1,8	Dez.		
- 24,3	35,5	- 0,0	- 2,8	13,1	11,5	2,4	0,2	1,0	- 0,0	- 2,0	2,0	2018 Jan.		
9,2	- 21,2	2,0	- 0,3	1,7	5,2	- 4,4	0,3	- 0,5	0,3	- 0,7	0,7	Febr.		
8,3	0,6	6,9	- 1,5	3,1	- 0,5	6,0	- 0,5	- 0,9	0,2	- 1,1	1,1	März		
- 15,2	14,5	1,3	1,9	5,3	14,7	- 8,6	- 0,3	- 0,5	- 0,0	- 0,0	0,0	April		
11,7	- 42,5	5,4	- 0,1	39,3	38,8	- 0,5	- 0,1	- 0,8	- 0,2	2,1	2,1	Mai		
17,7	- 26,3	3,6	2,5	4,8	- 6,4	14,6	- 0,5	- 0,3	0,1	- 2,6	2,6	Juni		
- 21,0	57,8	3,1	2,2	- 0,5	6,6	- 6,1	- 0,6	0,6	- 0,1	- 0,9	0,9	Juli		
13,7	- 14,2	5,3	0,5	- 0,4	2,4	- 3,5	- 0,2	- 0,6	- 0,0	1,7	1,7	Aug.		
12,2	- 32,9	3,9	- 0,3	23,8	27,3	- 2,1	0,0	0,1	- 0,1	- 1,5	1,5	Sept.		
- 17,8	43,5	3,8	0,1	13,8	11,1	- 0,8	0,2	1,0	0,0	2,3	2,3	Okt.		
9,7	- 8,2	2,5	1,0	32,8	38,6	- 4,1	0,5	- 1,0	0,4	- 1,5	1,5	Nov.		
- 5,4	- 27,6	4,0	2,8	- 5,0	- 1,3	- 3,3	2,0	- 0,6	- 0,0	- 1,8	1,8	Dez.		
- 18,5	103,9	- 9,6	7,5	- 3,4	- 14,3	9,6	0,3	0,9	0,0	0,0	0,0	2019 Jan.		
- 2,7	20,2	2,9	0,4	12,4	8,3	3,6	1,0	0,3	- 0,0	- 0,8	0,8	Febr.		

9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

### 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) \*)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen	
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen				öffentliche Haushalte				
				Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte		Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)		
<b>Euroraum (Mrd €) 1)</b>											
2017 Jan.	26 780,3	17 355,5	12 994,4	10 814,8	1 393,2	786,3	4 361,1	1 097,6	3 263,5	5 374,1	4 050,7
Febr.	27 043,4	17 416,7	13 032,5	10 845,5	1 398,2	788,8	4 384,3	1 076,5	3 307,8	5 494,3	4 132,3
März	26 995,3	17 549,7	13 115,5	10 902,2	1 423,6	789,7	4 434,2	1 073,0	3 361,2	5 414,8	4 030,8
April	27 097,0	17 594,2	13 129,6	10 897,5	1 429,3	802,9	4 464,6	1 075,7	3 388,9	5 447,2	4 055,6
Mai	27 012,9	17 632,3	13 145,1	10 895,9	1 451,1	798,2	4 487,1	1 062,5	3 424,6	5 357,9	4 022,7
Juni	26 689,9	17 610,8	13 132,6	10 895,2	1 441,2	796,1	4 478,3	1 063,1	3 415,2	5 192,9	3 886,2
Juli	26 650,3	17 603,7	13 118,4	10 866,0	1 460,0	792,4	4 485,3	1 060,3	3 425,0	5 229,5	3 817,2
Aug.	26 683,9	17 609,7	13 086,6	10 852,9	1 444,0	789,6	4 523,2	1 054,6	3 468,6	5 199,9	3 874,3
Sept.	26 562,4	17 656,1	13 131,0	10 905,8	1 434,3	790,9	4 525,1	1 046,0	3 479,1	5 171,5	3 734,8
Okt.	26 760,5	17 733,1	13 189,5	10 968,3	1 423,0	798,2	4 543,6	1 046,2	3 497,4	5 292,7	3 734,6
Nov.	26 790,2	17 846,3	13 272,1	11 037,5	1 430,9	803,7	4 574,2	1 038,3	3 535,9	5 247,3	3 696,6
Dez.	26 320,8	17 707,9	13 166,9	10 942,4	1 425,5	798,9	4 541,0	1 028,7	3 512,3	5 065,9	3 547,0
2018 Jan.	26 335,6	17 818,8	13 241,0	10 990,5	1 448,8	801,7	4 577,8	1 041,6	3 536,2	5 253,9	3 262,9
Febr.	26 299,5	17 821,0	13 239,7	10 993,3	1 456,5	790,0	4 581,2	1 025,2	3 556,0	5 342,9	3 135,6
März	26 291,7	17 880,1	13 279,0	11 032,1	1 466,5	780,4	4 601,1	1 023,3	3 577,8	5 257,7	3 154,0
April	26 515,2	18 032,6	13 432,7	11 127,7	1 490,0	814,9	4 599,9	1 025,1	3 574,8	5 334,9	3 147,6
Mai	26 916,0	18 104,0	13 514,0	11 201,8	1 504,5	807,7	4 590,1	1 019,9	3 570,2	5 543,5	3 268,5
Juni	26 771,9	18 098,7	13 482,1	11 193,5	1 501,6	786,9	4 616,7	1 016,8	3 599,9	5 455,8	3 217,3
Juli	26 782,0	18 156,2	13 547,0	11 235,8	1 523,9	787,2	4 609,3	1 012,7	3 596,5	5 466,1	3 159,6
Aug.	26 815,7	18 127,4	13 530,6	11 227,3	1 523,9	779,3	4 596,8	1 001,7	3 595,1	5 485,0	3 203,4
Sept.	26 769,6	18 147,5	13 539,3	11 247,9	1 509,2	782,1	4 608,3	1 000,7	3 607,5	5 462,0	3 160,0
Okt.	27 088,7	18 151,6	13 555,6	11 266,4	1 511,2	778,0	4 596,0	1 002,6	3 593,4	5 679,3	3 257,9
Nov.	27 225,8	18 243,2	13 637,8	11 338,0	1 515,9	783,9	4 605,5	1 001,0	3 604,5	5 704,0	3 278,5
Dez.	26 994,8	18 172,9	13 568,4	11 296,3	1 501,9	770,3	4 604,5	1 002,8	3 601,7	5 562,2	3 259,7
2019 Jan.	27 398,4	18 309,2	13 637,7	11 345,8	1 517,4	774,5	4 671,5	1 015,9	3 655,6	5 776,4	3 312,8
Febr.	27 444,4	18 353,5	13 682,0	11 367,1	1 528,5	786,5	4 671,4	1 001,4	3 670,1	5 773,6	3 317,3
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €)</b>											
2017 Jan.	6 131,6	4 054,1	3 112,0	2 682,7	165,0	264,3	942,1	345,2	596,8	1 260,2	817,4
Febr.	6 196,5	4 075,7	3 124,9	2 691,3	168,1	265,5	950,8	344,6	606,2	1 281,9	839,0
März	6 176,3	4 089,6	3 136,8	2 701,2	169,6	266,0	952,8	340,6	612,3	1 281,0	805,7
April	6 174,4	4 103,1	3 143,3	2 709,1	170,4	263,9	959,8	342,3	617,5	1 264,2	807,1
Mai	6 160,2	4 114,5	3 157,3	2 719,6	172,6	265,0	957,2	332,2	624,9	1 234,6	811,2
Juni	6 106,3	4 120,6	3 165,9	2 722,5	173,2	270,2	954,7	330,8	623,9	1 238,6	747,1
Juli	6 069,0	4 135,9	3 176,7	2 731,5	175,2	269,9	959,2	332,6	626,7	1 201,4	731,7
Aug.	6 084,5	4 152,3	3 186,3	2 741,6	174,3	270,3	966,1	327,8	638,3	1 185,1	747,2
Sept.	6 076,7	4 167,7	3 200,9	2 757,6	174,3	269,1	966,8	323,2	643,6	1 194,6	714,3
Okt.	6 082,0	4 185,9	3 210,4	2 766,1	174,6	269,8	975,4	324,0	651,4	1 188,5	707,7
Nov.	6 088,7	4 211,0	3 227,4	2 777,0	178,7	271,6	983,6	321,5	662,1	1 177,2	700,5
Dez.	6 051,1	4 202,2	3 222,8	2 768,6	180,4	273,8	979,4	318,5	660,9	1 163,4	685,4
2018 Jan.	6 074,8	4 214,9	3 242,3	2 786,5	181,6	274,2	972,5	317,0	655,6	1 176,4	683,5
Febr.	6 051,9	4 220,1	3 253,3	2 799,4	183,1	270,8	966,8	311,4	655,4	1 195,1	636,8
März	6 053,7	4 228,1	3 260,9	2 809,5	183,0	268,4	967,2	309,7	657,5	1 184,4	641,2
April	6 046,4	4 233,3	3 267,7	2 816,0	184,4	267,4	965,6	310,5	655,0	1 178,5	634,6
Mai	6 148,1	4 248,4	3 280,8	2 824,1	186,8	269,8	967,6	306,5	661,1	1 226,7	673,0
Juni	6 120,9	4 264,2	3 297,3	2 838,8	187,5	271,0	966,9	304,3	662,7	1 201,8	654,9
Juli	6 089,3	4 274,2	3 307,9	2 849,4	187,0	271,5	966,3	304,9	661,4	1 194,2	620,9
Aug.	6 121,9	4 279,7	3 313,6	2 863,9	183,8	265,9	966,0	300,5	665,5	1 189,8	652,4
Sept.	6 119,7	4 295,4	3 331,0	2 880,3	184,8	265,9	964,4	297,5	666,9	1 194,5	629,8
Okt.	6 154,2	4 303,6	3 339,1	2 888,2	185,3	265,6	964,5	300,8	663,7	1 208,1	642,4
Nov.	6 177,4	4 323,4	3 356,8	2 905,6	188,1	263,0	966,7	299,8	666,9	1 202,7	651,3
Dez.	6 194,1	4 317,4	3 353,6	2 903,7	187,8	262,2	963,7	296,4	667,3	1 208,5	668,2
2019 Jan.	6 252,9	4 333,5	3 366,6	2 917,4	188,8	260,4	966,9	299,2	667,7	1 232,6	686,9
Febr.	6 243,9	4 343,3	3 381,8	2 932,5	189,2	260,2	961,4	296,7	664,7	1 221,0	679,6

\* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unter-

nehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12\*) Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenlauf der

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen								
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
<b>Euroraum (Mrd €) 1)</b>											
1 075,6	11 985,3	11 191,8	11 306,6	5 823,9	914,2	286,6	2 034,7	2 182,1	65,0	2017 Jan.	
1 078,5	11 994,0	11 210,5	11 330,1	5 849,1	919,5	284,5	2 028,8	2 183,6	64,6	Febr.	
1 082,9	12 103,6	11 279,9	11 422,6	5 945,0	912,9	284,5	2 027,9	2 188,3	64,1	März	
1 089,7	12 140,9	11 322,9	11 456,1	6 022,2	888,7	278,2	2 013,3	2 190,1	63,7	April	
1 090,2	12 151,7	11 338,9	11 444,1	6 044,1	862,7	272,6	2 003,3	2 199,3	62,0	Mai	
1 099,7	12 214,1	11 384,0	11 483,6	6 113,3	854,2	265,6	1 986,7	2 201,9	61,9	Juni	
1 105,6	12 209,8	11 392,9	11 476,5	6 123,4	848,8	262,8	1 976,5	2 206,6	58,4	Juli	
1 103,3	12 226,5	11 422,5	11 504,8	6 146,4	857,8	260,6	1 969,4	2 213,0	57,7	Aug.	
1 104,2	12 271,6	11 432,3	11 519,7	6 196,5	843,3	256,2	1 956,5	2 210,4	56,8	Sept.	
1 106,2	12 217,1	11 420,3	11 507,4	6 216,9	846,4	250,5	1 929,6	2 207,7	56,2	Okt.	
1 107,1	12 249,2	11 471,4	11 544,6	6 291,1	832,2	245,9	1 912,7	2 207,2	55,5	Nov.	
1 123,2	12 286,2	11 543,2	11 618,1	6 349,3	834,7	242,2	1 925,2	2 211,7	54,9	Dez.	
1 108,0	12 318,5	11 528,3	11 610,5	6 348,3	840,6	236,7	1 915,0	2 214,1	55,8	2018 Jan.	
1 108,3	12 329,8	11 524,6	11 603,3	6 352,3	831,3	232,1	1 915,9	2 216,5	55,1	Febr.	
1 117,0	12 393,9	11 580,6	11 660,8	6 416,6	831,5	226,4	1 909,0	2 222,6	54,8	März	
1 121,2	12 401,6	11 611,1	11 680,7	6 454,5	817,7	222,3	1 907,2	2 224,6	54,4	April	
1 126,1	12 502,7	11 691,0	11 763,4	6 548,1	810,6	217,7	1 900,9	2 232,1	54,0	Mai	
1 137,6	12 613,8	11 777,2	11 845,2	6 623,7	821,4	214,9	1 895,2	2 236,3	53,7	Juni	
1 145,3	12 606,1	11 760,9	11 827,3	6 603,9	817,3	212,1	1 899,9	2 241,0	53,1	Juli	
1 148,3	12 595,5	11 753,5	11 804,8	6 594,2	812,2	208,9	1 890,4	2 246,4	52,7	Aug.	
1 150,4	12 662,3	11 780,4	11 833,5	6 657,4	812,2	205,9	1 877,6	2 243,7	52,3	Sept.	
1 152,2	12 639,6	11 788,7	11 848,8	6 669,1	812,9	203,6	1 872,0	2 239,2	52,1	Okt.	
1 157,5	12 719,4	11 862,2	11 912,8	6 750,9	801,7	200,7	1 866,8	2 241,5	51,3	Nov.	
1 175,4	12 713,5	11 926,7	11 989,8	6 803,3	800,9	200,7	1 888,3	2 245,0	51,5	Dez.	
1 162,4	12 764,6	11 908,5	11 974,3	6 782,0	798,4	199,4	1 885,0	2 258,2	51,3	2019 Jan.	
1 165,5	12 829,1	11 956,4	12 002,4	6 809,9	795,3	196,8	1 885,4	2 263,7	51,2	Febr.	
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €)</b>											
245,4	3 526,3	3 439,3	3 306,3	1 873,8	174,0	38,7	632,1	537,1	50,6	2017 Jan.	
246,6	3 532,6	3 448,3	3 313,4	1 881,5	175,3	38,8	630,0	537,9	50,0	Febr.	
247,7	3 549,3	3 449,2	3 318,1	1 886,4	177,4	39,9	628,4	536,5	49,5	März	
249,3	3 540,9	3 447,5	3 317,0	1 895,9	170,7	40,0	624,7	536,6	49,0	April	
248,6	3 566,1	3 465,8	3 327,4	1 910,5	167,5	40,2	624,1	536,4	48,7	Mai	
249,5	3 590,5	3 482,0	3 339,9	1 928,7	165,5	40,3	621,4	535,7	48,3	Juni	
251,6	3 583,1	3 472,8	3 333,0	1 927,8	162,6	40,3	619,5	537,9	44,9	Juli	
250,4	3 600,7	3 483,1	3 338,6	1 938,3	159,0	40,3	619,3	537,5	44,1	Aug.	
250,1	3 616,3	3 486,8	3 345,9	1 945,0	162,3	39,6	617,9	537,5	43,5	Sept.	
250,9	3 606,4	3 490,8	3 352,9	1 958,5	158,8	38,6	616,2	538,0	42,7	Okt.	
250,9	3 646,8	3 521,5	3 383,7	1 990,6	157,1	37,4	618,2	538,3	42,1	Nov.	
252,9	3 647,9	3 515,8	3 378,5	1 976,2	162,0	37,7	620,4	540,7	41,5	Dez.	
250,1	3 632,5	3 522,3	3 390,7	1 994,6	161,5	36,4	616,5	539,5	42,2	2018 Jan.	
249,8	3 642,4	3 523,0	3 388,4	1 995,9	160,2	35,3	615,5	540,0	41,5	Febr.	
248,3	3 652,2	3 524,1	3 389,6	1 998,1	164,6	34,2	612,1	539,4	41,0	März	
250,3	3 641,8	3 529,8	3 395,0	2 013,5	157,6	33,6	610,6	539,1	40,6	April	
250,2	3 693,8	3 568,4	3 425,0	2 048,0	154,6	33,0	610,2	539,0	40,3	Mai	
252,7	3 716,5	3 574,0	3 423,0	2 039,4	165,5	32,6	607,2	538,5	39,8	Juni	
256,0	3 694,1	3 571,0	3 429,7	2 053,1	161,2	32,2	605,8	538,0	39,4	Juli	
256,4	3 703,1	3 568,1	3 417,3	2 051,8	153,7	34,0	601,1	537,7	38,9	Aug.	
256,1	3 737,2	3 588,3	3 437,1	2 076,9	153,2	34,0	597,4	537,8	38,6	Sept.	
256,3	3 730,6	3 595,8	3 453,9	2 092,2	155,1	33,6	596,9	538,0	38,1	Okt.	
257,2	3 774,2	3 632,0	3 482,3	2 127,4	149,8	33,2	595,9	538,5	37,4	Nov.	
260,0	3 766,4	3 629,3	3 481,1	2 120,4	152,5	33,7	596,7	540,6	37,2	Dez.	
267,6	3 737,2	3 622,2	3 471,2	2 113,7	154,3	33,5	592,1	540,9	36,7	2019 Jan.	
268,0	3 747,2	3 634,2	3 474,2	2 117,5	153,9	33,2	591,0	541,8	36,7	Febr.	

Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

### noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) \*)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva													
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Begebene Schuld-	
	öffentliche Haushalte													
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte			mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)			insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt
zusammen	tätlich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen						
<b>Euroraum (Mrd €) 1)</b>														
2017 Jan.	316,7	362,0	169,5	99,5	21,3	43,4	22,9	5,5	250,1	249,5	525,9	2 200,9	1 486,8	
Febr.	299,9	364,1	175,0	96,2	20,2	44,1	23,1	5,4	241,7	241,0	521,9	2 212,2	1 492,2	
März	324,0	357,0	165,4	96,5	21,5	44,6	23,6	5,4	256,5	255,8	534,0	2 184,3	1 478,2	
April	318,6	366,2	176,4	92,4	23,7	44,7	23,5	5,5	250,4	249,7	529,6	2 156,4	1 464,9	
Mai	332,1	375,5	181,6	94,5	25,3	45,2	24,2	4,7	238,4	237,7	524,9	2 164,7	1 489,4	
Juni	352,5	378,0	181,2	95,7	26,6	45,8	24,0	4,7	221,7	221,0	504,1	2 147,8	1 477,6	
Juli	345,0	388,3	191,0	95,2	26,7	46,2	24,4	4,8	197,4	196,8	517,0	2 127,0	1 469,9	
Aug.	326,7	395,0	197,1	94,8	27,8	46,2	24,4	4,7	199,6	198,9	526,4	2 112,1	1 462,7	
Sept.	362,5	389,5	193,2	91,9	28,1	47,5	24,1	4,7	206,6	205,9	522,1	2 092,5	1 446,5	
Okt.	318,9	390,9	197,9	87,6	28,3	48,3	24,1	4,7	226,5	225,8	531,3	2 083,4	1 429,2	
Nov.	310,2	394,4	197,6	89,5	29,8	49,0	23,8	4,6	243,4	242,8	527,6	2 096,7	1 444,2	
Dez.	289,0	379,1	191,1	81,5	31,5	46,8	23,5	4,6	211,2	210,7	501,2	2 076,2	1 433,0	
2018 Jan.	329,9	378,0	186,1	84,3	31,1	47,5	24,1	5,0	203,0	202,5	521,3	2 070,6	1 439,3	
Febr.	343,7	382,8	191,5	83,4	30,4	47,8	24,8	4,8	198,5	198,0	510,0	2 072,8	1 430,6	
März	357,8	375,3	181,4	85,8	29,5	48,6	25,1	4,8	206,7	206,1	508,5	2 077,7	1 435,4	
April	337,9	383,0	190,3	84,7	28,4	49,7	25,1	4,7	227,6	227,1	519,7	2 085,5	1 436,6	
Mai	345,0	394,3	196,4	87,2	29,8	51,0	25,2	4,7	253,0	252,5	507,4	2 097,7	1 439,2	
Juni	366,4	402,2	199,3	91,7	29,9	51,9	24,8	4,7	247,4	246,8	498,2	2 095,1	1 439,0	
Juli	374,2	404,6	203,1	88,4	30,9	52,8	24,8	4,7	254,0	253,5	508,7	2 075,6	1 432,2	
Aug.	377,0	413,7	208,3	90,6	31,0	54,4	24,8	4,6	257,8	257,3	507,1	2 081,7	1 438,6	
Sept.	414,0	414,8	210,8	87,8	32,4	54,8	24,4	4,6	247,2	246,7	487,6	2 109,0	1 457,2	
Okt.	375,3	415,4	213,2	84,0	32,3	55,7	25,7	4,5	237,4	236,9	511,4	2 164,7	1 474,7	
Nov.	382,8	423,8	218,9	85,1	33,6	56,3	25,7	4,3	268,8	268,4	511,7	2 161,5	1 468,8	
Dez.	322,3	401,4	203,6	78,6	34,2	56,9	23,7	4,3	254,5	254,2	512,5	2 157,7	1 472,1	
2019 Jan.	388,4	401,9	196,7	85,9	34,8	55,8	24,2	4,5	270,2	269,6	521,5	2 176,4	1 485,0	
Febr.	407,3	419,3	207,2	92,1	34,2	56,3	25,1	4,5	270,5	269,7	514,8	2 203,0	1 505,7	
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €)</b>														
2017 Jan.	21,2	198,8	55,1	86,6	16,4	36,9	3,2	0,6	4,8	4,8	2,2	553,4	261,4	
Febr.	17,5	201,8	61,5	83,2	15,7	37,7	3,1	0,6	4,5	4,5	2,2	556,7	262,6	
März	31,6	199,5	58,7	82,5	16,5	38,2	3,1	0,6	2,6	2,6	2,1	551,8	263,6	
April	25,0	198,9	59,0	79,4	18,8	38,2	3,0	0,6	3,5	3,5	2,1	546,7	264,9	
Mai	32,7	206,1	61,6	81,6	20,6	38,7	3,1	0,6	2,4	2,4	2,1	542,6	263,2	
Juni	39,8	210,9	63,4	82,6	22,0	39,3	3,0	0,6	1,8	1,8	2,1	542,7	266,0	
Juli	42,3	207,8	60,3	81,5	22,6	39,8	3,0	0,7	3,3	3,3	2,1	534,5	264,9	
Aug.	49,7	212,4	64,0	81,0	23,6	40,1	3,0	0,7	3,4	3,4	2,3	534,4	267,8	
Sept.	59,5	210,9	63,2	78,5	24,3	41,2	3,0	0,7	2,6	2,6	2,3	529,1	264,0	
Okt.	45,3	208,2	64,4	73,5	24,7	41,9	3,0	0,7	2,3	2,3	2,0	521,8	252,3	
Nov.	51,7	211,4	65,5	73,0	26,2	43,1	2,9	0,7	2,6	2,6	2,0	518,3	251,1	
Dez.	61,7	207,7	69,3	66,3	27,8	40,6	2,9	0,7	3,3	3,3	1,7	512,7	256,4	
2018 Jan.	37,4	204,4	61,6	70,3	27,5	41,4	2,8	0,8	4,3	4,3	1,7	518,8	262,8	
Febr.	46,7	207,4	66,3	69,2	26,8	41,5	3,0	0,6	3,8	3,8	2,0	522,7	263,8	
März	55,0	207,6	63,2	72,7	25,8	42,3	3,0	0,6	2,9	2,9	2,2	523,5	265,6	
April	39,7	207,0	63,1	72,5	24,4	43,3	3,0	0,6	2,4	2,4	2,1	524,1	270,0	
Mai	51,4	217,4	68,6	74,9	25,7	44,5	3,1	0,6	1,6	1,6	1,9	536,8	274,3	
Juni	69,1	224,5	70,7	79,2	25,6	45,3	3,1	0,6	1,3	1,3	2,0	531,3	274,8	
Juli	48,1	216,4	63,4	76,6	26,5	46,2	3,1	0,6	1,8	1,8	1,9	526,6	277,0	
Aug.	61,7	224,1	67,3	78,9	26,4	47,7	3,1	0,6	1,2	1,2	1,9	527,7	282,0	
Sept.	73,9	226,2	69,6	76,9	27,8	48,3	3,1	0,6	1,3	1,3	1,9	536,3	287,6	
Okt.	56,1	220,6	66,1	73,9	28,0	48,9	3,1	0,6	2,4	2,4	1,9	544,5	286,9	
Nov.	65,7	226,3	69,4	74,8	28,7	49,7	3,1	0,7	1,3	1,3	2,2	544,9	290,3	
Dez.	60,3	225,0	74,6	67,5	29,3	49,9	3,0	0,6	0,8	0,8	2,2	532,5	283,4	
2019 Jan.	41,8	224,2	67,1	74,8	30,0	48,7	3,0	0,6	1,7	1,7	2,2	546,6	294,1	
Febr.	38,8	234,3	71,8	80,3	29,3	49,1	3,1	0,6	2,0	2,0	2,2	560,3	302,9	

\* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bauparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bank-schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

ligungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10\*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

verschreibungen (netto) <sup>3)</sup>							sonstige Passivpositionen		Nachrichtlich			Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) <sup>14)</sup>	Stand am Jahres- bzw. Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet <sup>5)</sup>	Kapital und Rücklagen <sup>6)</sup>	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	insgesamt <sup>8)</sup>	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten <sup>9)</sup>	Geldmengenaggregate <sup>7)</sup> (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)					
bis zu 1 Jahr <sup>4)</sup>	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren						M1 <sup>10)</sup>	M2 <sup>11)</sup>	M3 <sup>12)</sup>	Geldkapitalbildung <sup>13)</sup>		
<b>Euroraum (Mrd €) <sup>1)</sup></b>													
38,4	43,0	2 119,5	4 251,4	2 634,0	- 19,6	3 876,5	-	7 183,7	10 734,7	11 415,5	6 902,2	139,1	2017 Jan.
43,2	44,4	2 124,6	4 382,6	2 684,4	- 23,5	3 951,5	-	7 218,4	10 769,9	11 449,6	6 951,9	140,1	Febr.
41,9	44,5	2 097,9	4 322,7	2 665,4	- 6,2	3 852,2	-	7 309,1	10 860,5	11 554,2	6 905,3	140,0	März
30,1	40,5	2 085,8	4 405,2	2 662,8	- 2,2	3 864,2	-	7 406,4	10 927,1	11 602,1	6 875,7	142,1	April
37,0	40,9	2 086,8	4 337,9	2 658,7	- 0,2	3 846,5	-	7 437,0	10 939,6	11 618,3	6 860,8	145,0	Mai
37,6	39,8	2 070,4	4 139,0	2 631,0	- 6,5	3 726,0	-	7 515,8	11 007,6	11 656,5	6 800,5	145,5	Juni
35,1	38,7	2 053,2	4 184,5	2 615,9	- 9,4	3 683,8	-	7 544,1	11 032,5	11 692,4	6 755,1	148,0	Juli
30,6	38,7	2 042,7	4 181,0	2 647,7	- 0,9	3 688,2	-	7 571,6	11 073,6	11 744,4	6 768,5	148,5	Aug.
39,4	38,3	2 014,8	4 159,3	2 650,8	- 17,0	3 538,2	-	7 620,4	11 098,3	11 764,0	6 731,1	150,4	Sept.
33,6	36,4	2 013,4	4 340,8	2 666,0	- 13,3	3 575,8	-	7 646,1	11 114,4	11 783,8	6 718,2	148,7	Okt.
37,4	36,7	2 022,6	4 290,9	2 657,3	- 45,9	3 572,1	-	7 724,0	11 175,5	11 852,9	6 701,7	151,3	Nov.
32,5	34,8	2 008,9	4 099,3	2 730,9	- 26,2	3 266,5	-	7 786,8	11 234,8	11 870,8	6 771,4	146,0	Dez.
24,9	28,7	2 017,1	4 416,9	2 714,8	- 44,2	3 026,7	-	7 767,7	11 221,3	11 866,7	6 755,2	148,1	2018 Jan.
32,0	27,2	2 013,6	4 507,7	2 708,1	- 28,7	2 892,9	-	7 777,2	11 218,2	11 861,5	6 745,3	147,5	Febr.
39,8	27,1	2 010,8	4 350,0	2 719,4	- 8,3	2 926,9	-	7 840,4	11 283,4	11 929,2	6 747,4	147,5	März
41,3	26,9	2 017,3	4 495,7	2 720,5	- 9,9	2 933,4	-	7 892,3	11 317,3	11 985,6	6 753,8	148,4	April
35,6	26,7	2 035,3	4 710,4	2 699,6	- 13,5	3 005,5	-	7 995,1	11 420,1	12 065,3	6 745,5	147,0	Mai
41,4	26,0	2 027,7	4 564,2	2 670,0	- 31,6	2 914,0	-	8 086,9	11 529,7	12 168,3	6 703,1	150,2	Juni
33,0	27,1	2 015,5	4 614,4	2 665,2	- 18,6	2 894,1	-	8 080,9	11 519,3	12 157,6	6 691,2	152,4	Juli
34,4	27,1	2 020,2	4 651,7	2 661,0	- 25,7	2 887,0	-	8 082,4	11 520,1	12 164,8	6 683,3	155,5	Aug.
37,0	25,1	2 046,8	4 573,9	2 660,3	- 27,3	2 851,7	-	8 152,7	11 567,1	12 186,6	6 696,5	157,9	Sept.
35,9	26,8	2 102,0	4 705,4	2 705,9	- 2,6	2 974,8	-	8 164,2	11 585,7	12 230,0	6 792,2	153,6	Okt.
37,2	21,7	2 102,5	4 661,5	2 708,5	- 15,7	3 021,3	-	8 260,8	11 672,7	12 316,0	6 789,8	157,4	Nov.
46,3	20,6	2 090,8	4 505,8	2 725,6	- 13,9	2 936,0	-	8 311,2	11 719,7	12 366,5	6 817,3	154,1	Dez.
35,4	24,0	2 117,0	4 695,8	2 751,4	- 21,5	3 034,8	-	8 268,3	11 693,6	12 345,6	6 865,0	151,7	2019 Jan.
30,9	26,0	2 146,1	4 668,6	2 738,1	- 21,3	3 033,6	-	8 310,2	11 741,9	12 386,0	6 881,6	152,0	Febr.
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €)</b>													
22,8	14,4	516,2	930,2	575,5	- 926,5	1 465,7	328,3	1 928,9	2 784,9	2 829,2	1 811,9	-	2017 Jan.
22,2	15,2	519,2	972,2	587,9	- 944,3	1 484,8	330,1	1 943,0	2 797,0	2 841,1	1 825,3	-	Febr.
19,5	15,9	516,4	979,6	586,5	- 957,7	1 462,2	331,9	1 945,1	2 801,0	2 841,1	1 819,5	-	März
17,7	16,9	512,1	985,8	597,9	- 965,5	1 463,1	335,2	1 954,8	2 803,4	2 843,5	1 822,6	-	April
18,4	16,8	507,4	957,7	595,0	- 967,6	1 461,9	338,1	1 972,1	2 821,5	2 861,2	1 814,4	-	Mai
19,3	16,4	507,0	946,6	591,5	- 981,1	1 412,1	342,8	1 992,1	2 841,2	2 880,9	1 808,1	-	Juni
18,8	16,2	499,5	926,1	589,1	- 975,5	1 406,4	345,0	1 988,1	2 835,9	2 876,2	1 793,6	-	Juli
18,5	15,8	500,0	894,5	597,2	- 970,2	1 422,2	348,6	2 002,3	2 846,8	2 886,8	1 801,4	-	Aug.
19,3	15,4	494,4	927,7	594,2	- 982,9	1 387,5	352,1	2 008,2	2 853,5	2 893,0	1 792,0	-	Sept.
18,6	15,7	487,5	913,6	596,3	- 946,7	1 386,3	354,2	2 023,0	2 859,6	2 898,2	1 785,4	-	Okt.
18,5	15,8	484,0	883,4	593,7	- 940,3	1 382,0	355,5	2 056,1	2 890,9	2 929,9	1 781,9	-	Nov.
17,7	14,8	480,2	921,3	668,6	- 999,6	1 295,2	359,3	2 045,5	2 882,9	2 920,4	1 852,1	-	Dez.
16,0	14,2	488,5	931,6	656,8	- 974,7	1 303,7	359,3	2 056,2	2 894,2	2 930,5	1 846,2	-	2018 Jan.
16,7	14,3	491,6	968,4	653,3	- 1 003,8	1 263,2	361,3	2 062,1	2 896,6	2 933,5	1 844,1	-	Febr.
16,0	13,9	493,6	953,5	657,7	- 1 016,5	1 278,1	368,2	2 061,3	2 901,1	2 936,2	1 847,4	-	März
17,5	12,3	494,3	949,7	658,7	- 1 002,9	1 270,5	369,5	2 076,6	2 907,0	2 941,3	1 848,1	-	April
19,0	13,1	504,7	997,9	662,3	- 1 044,2	1 297,9	374,9	2 116,6	2 946,8	2 982,4	1 862,6	-	Mai
17,0	12,5	501,8	996,0	666,2	- 1 070,1	1 277,7	378,5	2 110,1	2 954,5	2 987,3	1 860,9	-	Juni
16,7	11,9	498,0	967,9	665,4	- 1 019,3	1 250,8	381,6	2 116,5	2 954,1	2 986,4	1 855,4	-	Juli
18,3	12,0	497,4	966,5	672,6	- 1 024,8	1 273,6	386,9	2 119,1	2 953,0	2 986,4	1 858,4	-	Aug.
17,8	11,0	507,4	979,8	670,9	- 1 059,4	1 251,7	390,8	2 146,5	2 978,4	3 010,4	1 863,3	-	Sept.
20,2	11,0	513,2	952,8	676,1	- 1 031,2	1 277,1	394,6	2 158,3	2 990,0	3 025,5	1 873,8	-	Okt.
19,4	10,3	515,2	932,7	675,8	- 1 041,8	1 288,0	397,1	2 196,8	3 024,9	3 058,2	1 874,7	-	Nov.
17,7	10,1	504,6	967,9	689,9	- 1 063,4	1 297,9	401,1	2 195,0	3 021,7	3 052,5	1 879,0	-	Dez.
18,2	9,6	518,7	920,7	690,0	- 971,6	1 326,1	391,5	2 180,7	3 017,3	3 049,1	1 886,9	-	2019 Jan.
19,0	8,1	533,2	882,9	684,4	- 966,0	1 330,9	394,4	2 189,4	3 030,9	3 062,2	1 895,1	-	Febr.

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für den Euroraum) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentral-

staaten) (für den Euroraum) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

### 3. Liquiditätsposition des Bankensystems \*) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 7)	Basisgeld 8)
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems					Einlage- fazilität	Bank- noten- umlauf 5)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto)6)			
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte 3)					Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte 4)		
<b>Eurosystem 2)</b>												
2016 Okt.	687,8	37,4	503,5	0,1	1 447,0	387,3	0,0	1 094,7	168,3	248,0	777,4	2 259,4
Nov.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Dez.	687,4	34,0	511,8	0,2	1 570,2	439,4	0,0	1 103,1	159,7	277,6	823,9	2 366,3
2017 Jan.	674,7	34,6	548,9	0,2	1 670,8	434,4	0,0	1 119,1	143,1	313,6	919,0	2 472,6
Febr.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
März	662,4	29,0	554,3	0,3	1 787,5	479,2	0,0	1 110,8	160,3	322,2	960,9	2 550,9
April	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Mai	678,6	18,5	707,4	0,3	1 905,3	550,0	0,0	1 118,4	182,0	378,8	1 081,1	2 749,4
Juni	683,1	13,7	767,4	0,2	1 995,0	593,7	0,0	1 126,0	163,6	397,4	1 178,7	2 898,5
Juli	656,9	9,4	767,4	0,2	2 076,1	595,3	0,0	1 136,3	229,8	379,4	1 169,2	2 900,8
Aug.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Sept.	639,0	5,5	768,6	0,3	2 150,2	611,4	0,0	1 142,5	181,8	385,1	1 242,7	2 996,7
Okt.	635,0	6,7	765,3	0,2	2 239,2	648,1	0,0	1 142,8	218,3	383,9	1 253,3	3 044,2
Nov.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Dez.	634,5	3,0	763,7	0,2	2 333,5	682,5	0,0	1 146,6	188,5	407,6	1 309,7	3 138,8
2018 Jan.	635,7	2,9	760,6	0,2	2 398,2	689,2	0,0	1 158,2	188,1	487,0	1 275,2	3 122,5
Febr.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
März	630,9	1,5	760,5	0,0	2 435,5	686,3	0,0	1 148,2	203,6	474,9	1 315,6	3 150,1
April	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Mai	627,1	1,9	759,5	0,1	2 476,8	668,0	0,0	1 159,0	247,5	495,6	1 295,3	3 122,3
Juni	625,2	1,8	757,3	0,1	2 519,9	659,5	0,0	1 170,4	218,0	502,5	1 353,9	3 183,8
Juli	635,1	2,1	744,2	0,1	2 558,4	652,2	0,0	1 183,6	263,4	533,8	1 306,9	3 142,6
Aug.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Sept.	637,5	3,0	739,9	0,1	2 589,7	671,2	0,0	1 192,2	239,1	519,1	1 348,7	3 212,0
Okt.	625,2	6,9	727,8	0,1	2 622,8	631,8	0,0	1 194,3	283,1	504,4	1 369,0	3 195,1
Nov.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Dez.	625,1	6,8	726,4	0,1	2 642,3	635,9	0,0	1 202,4	240,2	542,9	1 379,4	3 217,7
2019 Jan.	655,8	7,9	723,8	0,1	2 652,8	640,0	0,0	1 218,8	231,3	618,2	1 332,1	3 190,9
Febr.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
März	665,5	6,0	723,1	0,1	2 645,8	637,6	0,0	1 209,2	257,3	571,4	1 364,8	3 211,7
<b>Deutsche Bundesbank</b>												
2016 Okt.	168,7	1,5	50,6	0,0	311,9	105,2	0,0	258,6	50,5	- 125,2	243,6	607,4
Nov.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Dez.	167,7	0,9	54,0	0,0	339,2	129,7	0,0	260,3	43,7	- 141,9	270,0	660,0
2017 Jan.	163,8	0,9	62,0	0,0	361,5	132,7	0,0	264,2	35,4	- 146,1	302,0	698,9
Febr.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
März	159,4	0,8	63,5	0,0	386,6	153,7	0,0	262,3	23,1	- 169,8	341,0	757,0
April	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Mai	164,4	1,0	86,0	0,1	412,4	181,4	0,0	264,1	29,7	- 185,3	374,0	819,5
Juni	165,8	0,3	95,0	0,0	431,8	181,2	0,0	266,2	32,4	- 204,9	418,0	865,4
Juli	159,6	0,5	95,0	0,0	447,9	170,1	0,0	269,0	52,7	- 201,6	412,7	851,9
Aug.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Sept.	155,2	0,3	94,9	0,0	463,2	165,5	0,0	269,9	52,4	- 192,6	418,5	853,9
Okt.	154,8	0,3	94,9	0,0	481,5	171,0	0,0	269,4	65,9	- 197,6	422,7	863,2
Nov.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Dez.	154,2	0,5	94,8	0,0	501,4	187,5	0,0	270,3	56,0	- 218,6	455,8	913,6
2018 Jan.	155,5	0,9	93,3	0,0	514,7	204,4	0,0	272,8	54,9	- 192,2	424,5	901,7
Febr.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
März	151,5	0,6	93,4	0,0	522,9	207,9	0,0	271,0	56,8	- 221,3	453,9	932,8
April	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Mai	150,7	1,1	93,3	0,0	530,6	190,8	0,0	273,8	61,1	- 191,3	440,9	905,5
Juni	150,1	1,1	93,1	0,0	540,6	200,3	0,0	277,4	59,2	- 217,9	466,0	943,6
Juli	151,9	0,4	91,8	0,0	547,6	196,8	0,0	280,0	69,4	- 194,1	439,6	916,4
Aug.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Sept.	152,1	0,4	91,5	0,0	556,2	192,9	0,0	282,0	65,2	- 178,9	439,0	913,9
Okt.	148,1	0,5	88,5	0,0	563,5	160,0	0,0	282,6	81,3	- 183,4	460,0	902,6
Nov.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Dez.	146,9	0,6	88,1	0,0	570,0	148,0	0,0	283,6	69,6	- 185,2	489,5	921,2
2019 Jan.	155,8	1,7	87,6	0,1	570,4	153,1	0,0	293,4	60,5	- 144,9	453,7	900,1
Febr.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
März	158,3	0,6	87,6	0,0	569,5	163,3	0,0	294,3	49,3	- 157,0	466,0	923,7

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. \* Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Seit Umstellung auf den neuen, sechswöchigen Zyklus der geldpolitischen EZB-Ratssitzungen endet nicht in jedem Monat eine Mindestreserve-Erfüllungsperiode. In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der geldpolitischen Wertpapierankaufprogramme des Eurosystems. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenswapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts

füllungsperiode. In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der geldpolitischen Wertpapierankaufprogramme des Eurosystems. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenswapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditäts-ab-schöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentral-regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)				
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditäts-zuführende Geschäfte 3)									
<b>Eurosystem 2)</b>													
+ 2,8	- 6,1	+ 19,8	+ 0,1	+ 107,3	+ 32,2	± 0,0	- 1,5	+ 30,5	+ 34,0	+ 28,6	+ 59,2	2016 Okt.	
- 0,4	- 3,4	+ 8,3	+ 0,1	+ 123,2	+ 52,1	± 0,0	+ 8,4	- 8,6	+ 29,6	+ 46,5	+ 106,9	Nov.	
- 12,7	+ 0,6	+ 37,1	± 0,0	+ 100,6	- 5,0	± 0,0	+ 16,0	- 16,6	+ 36,0	+ 95,1	+ 106,3	Dez.	
- 12,3	- 5,6	+ 5,4	+ 0,1	+ 116,7	+ 44,8	± 0,0	- 8,3	+ 17,2	+ 8,6	+ 41,9	+ 78,3	2017 Jan.	
												Febr.	
												März	
+ 16,2	- 10,5	+ 153,1	± 0,0	+ 117,8	+ 70,8	± 0,0	+ 7,6	+ 21,7	+ 56,6	+ 120,2	+ 198,5	April	
+ 4,5	- 4,8	+ 60,0	- 0,1	+ 89,7	+ 43,7	± 0,0	+ 7,6	- 18,4	+ 18,6	+ 97,6	+ 149,1	Mai	
- 26,2	- 4,3	± 0,0	± 0,0	+ 81,1	+ 1,6	± 0,0	+ 10,3	+ 66,2	- 18,0	- 9,5	+ 2,3	Juni	
- 17,9	- 3,9	+ 1,2	+ 0,1	+ 74,1	+ 16,1	± 0,0	+ 6,2	- 48,0	+ 5,7	+ 73,5	+ 95,9	Juli	
- 4,0	+ 1,2	- 3,3	- 0,1	+ 89,0	+ 36,7	± 0,0	+ 0,3	+ 36,5	- 1,2	+ 10,6	+ 47,5	Aug.	
- 0,5	- 3,7	- 1,6	± 0,0	+ 94,3	+ 34,4	± 0,0	+ 3,8	- 29,8	+ 23,7	+ 56,4	+ 94,6	Sept.	
+ 1,2	- 0,1	- 3,1	± 0,0	+ 64,7	+ 6,7	± 0,0	+ 11,6	- 0,4	+ 79,4	- 34,5	- 16,3	2018 Okt.	
- 4,8	- 1,4	- 0,1	- 0,2	+ 37,3	- 2,9	± 0,0	- 10,0	+ 15,5	- 12,1	+ 40,4	+ 27,6	Nov.	
												Dez.	
												2018 Jan.	
												Febr.	
												März	
- 3,8	+ 0,4	- 1,0	+ 0,1	+ 41,3	- 18,3	± 0,0	+ 10,8	+ 43,9	+ 20,7	- 20,3	- 27,8	April	
- 1,9	- 0,1	- 2,2	± 0,0	+ 43,1	- 8,5	± 0,0	+ 11,4	- 29,5	+ 6,9	+ 58,6	+ 61,5	Mai	
+ 9,9	+ 0,3	- 13,1	± 0,0	+ 38,5	- 7,3	± 0,0	+ 13,2	+ 45,4	+ 31,3	- 47,0	- 41,2	Juni	
+ 2,4	+ 0,9	- 4,3	± 0,0	+ 31,3	+ 19,0	± 0,0	+ 8,6	- 24,3	- 14,7	+ 41,8	+ 69,4	Juli	
- 12,3	+ 3,9	- 12,1	± 0,0	+ 33,1	- 39,4	± 0,0	+ 2,1	+ 44,0	- 14,7	+ 20,3	- 16,9	Aug.	
- 0,1	- 0,1	- 1,4	± 0,0	+ 19,5	+ 4,1	± 0,0	+ 8,1	- 42,9	+ 38,5	+ 10,4	+ 22,6	Sept.	
+ 30,7	+ 1,1	- 2,6	± 0,0	+ 10,5	+ 4,1	± 0,0	+ 16,4	- 8,9	+ 75,3	- 47,3	- 26,8	2019 Okt.	
+ 9,7	- 1,9	- 0,7	± 0,0	- 7,0	- 2,4	± 0,0	- 9,6	+ 26,0	- 46,8	+ 32,7	+ 20,8	Nov.	
												Dez.	
												2019 Jan.	
												Febr.	
												März	
<b>Deutsche Bundesbank</b>													
+ 0,4	- 0,5	+ 6,6	+ 0,0	+ 23,7	+ 14,4	± 0,0	- 0,1	+ 14,3	- 12,6	+ 14,2	+ 28,5	2016 Okt.	
- 0,9	- 0,5	+ 3,3	+ 0,0	+ 27,3	+ 24,4	± 0,0	+ 1,7	- 6,8	- 16,7	+ 26,5	+ 52,6	Nov.	
- 4,0	- 0,1	+ 8,1	- 0,0	+ 22,3	+ 3,0	± 0,0	+ 3,9	- 8,3	- 4,3	+ 31,9	+ 38,8	Dez.	
- 4,4	- 0,0	+ 1,4	+ 0,0	+ 25,1	+ 21,0	± 0,0	- 1,9	- 12,2	- 23,6	+ 39,0	+ 58,1	2017 Jan.	
												Febr.	
												März	
+ 4,9	+ 0,1	+ 22,6	+ 0,0	+ 25,9	+ 27,7	± 0,0	+ 1,8	+ 6,6	- 15,6	+ 33,0	+ 62,5	April	
+ 1,5	- 0,7	+ 9,0	- 0,1	+ 19,4	- 0,2	± 0,0	+ 2,1	+ 2,6	- 19,6	+ 44,0	+ 45,9	Mai	
- 6,2	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 16,1	- 11,1	± 0,0	+ 2,8	+ 20,3	+ 3,3	- 5,3	- 13,6	Juni	
- 4,4	- 0,2	- 0,1	+ 0,0	+ 15,4	- 4,6	± 0,0	+ 0,9	- 0,2	+ 9,0	+ 5,8	+ 2,1	Juli	
- 0,4	- 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 18,3	+ 5,5	± 0,0	- 0,5	+ 13,5	- 5,0	+ 4,2	+ 9,2	Aug.	
- 0,6	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 19,9	+ 16,5	± 0,0	+ 0,9	- 9,9	- 21,0	+ 33,1	+ 50,4	Sept.	
+ 1,3	+ 0,4	- 1,6	- 0,0	+ 13,3	+ 16,9	± 0,0	+ 2,5	- 1,1	+ 26,4	- 31,3	- 11,9	2018 Okt.	
- 4,0	- 0,3	+ 0,1	+ 0,0	+ 8,2	+ 3,5	± 0,0	- 1,7	+ 1,9	- 29,1	+ 29,4	+ 31,1	Nov.	
												Dez.	
												2018 Jan.	
												Febr.	
												März	
- 0,8	+ 0,5	- 0,0	+ 0,0	+ 7,7	- 17,0	± 0,0	+ 2,8	+ 4,2	+ 30,0	- 13,0	- 27,3	April	
- 0,6	+ 0,0	- 0,2	- 0,0	+ 10,0	+ 9,5	± 0,0	+ 3,6	- 1,8	- 26,6	+ 25,1	+ 38,1	Mai	
+ 1,8	- 0,6	- 1,3	+ 0,0	+ 7,0	- 3,5	± 0,0	+ 2,6	+ 10,2	+ 23,9	- 26,4	- 27,2	Juni	
+ 0,2	+ 0,0	- 0,3	- 0,0	+ 8,6	- 3,9	± 0,0	+ 2,0	- 4,2	+ 15,2	- 0,6	- 2,5	Juli	
- 4,0	+ 0,0	- 3,0	+ 0,0	+ 7,3	- 32,9	± 0,0	+ 0,6	+ 16,1	- 4,5	+ 21,1	- 11,2	Aug.	
- 1,1	+ 0,1	- 0,5	+ 0,0	+ 6,6	- 12,0	± 0,0	+ 1,1	- 11,7	- 1,8	+ 29,5	+ 18,5	Sept.	
+ 8,8	+ 1,2	- 0,4	+ 0,0	+ 0,4	+ 5,0	± 0,0	+ 9,7	- 9,2	+ 40,2	- 35,9	- 21,1	2019 Okt.	
+ 2,5	- 1,1	- 0,1	- 0,1	- 0,9	+ 10,3	± 0,0	+ 1,0	- 11,2	- 12,0	+ 12,3	+ 23,6	Nov.	
												Dez.	
												2019 Jan.	
												Febr.	
												März	

des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sons-

tige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. 6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

### III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

#### 1. Aktiva \*)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
<b>Eurosystem <sup>1)</sup></b>									
2018 Sept.	14. 4 638,8	373,2	317,8	74,0	243,8	20,7	19,3	19,3	–
	21. 4 645,8	373,2	318,1	73,9	244,2	20,3	18,4	18,4	–
	28. 4 619,8	355,5	319,4	73,8	245,6	18,4	20,0	20,0	–
Okt.	5. 4 625,0	355,5	320,0	73,8	246,2	18,5	17,7	17,7	–
	12. 4 632,9	355,5	320,7	73,8	246,9	18,2	19,4	19,4	–
	19. 4 628,3	355,5	320,0	73,8	246,2	19,6	18,7	18,7	–
	26. 4 624,8	355,5	318,7	73,8	244,9	19,4	19,5	19,5	–
Nov.	2. 4 622,2	355,5	318,7	74,9	243,9	20,2	19,1	19,1	–
	9. 4 626,2	355,5	319,8	74,8	245,0	20,0	19,8	19,8	–
	16. 4 638,3	355,5	321,4	74,9	246,5	19,6	19,5	19,5	–
	23. 4 646,9	355,5	323,1	74,9	248,2	18,5	20,6	20,6	–
	30. 4 660,3	355,5	324,7	74,9	249,8	17,7	22,2	22,2	–
Dez.	7. 4 663,0	355,5	326,1	74,9	251,2	17,2	22,2	22,2	–
	14. 4 668,1	355,5	325,4	73,8	251,5	17,5	20,9	20,9	–
	21. 4 674,9	355,5	328,4	76,2	252,2	20,7	20,9	20,9	–
	28. 4 669,0	355,5	329,2	76,3	252,8	20,6	20,3	20,3	–
2019 Jan.	4. 4 694,4	389,8	329,0	76,9	252,0	16,3	20,9	20,9	–
	11. 4 703,4	389,8	327,9	76,9	250,9	17,2	19,3	19,3	–
	18. 4 705,9	389,8	327,6	76,9	250,7	18,8	18,1	18,1	–
	25. 4 708,9	389,8	327,9	77,0	251,0	20,8	19,0	19,0	–
Febr.	1. 4 695,5	389,8	326,9	76,9	250,0	21,7	22,3	22,3	–
	8. 4 696,5	389,8	328,2	76,8	251,4	21,3	20,2	20,2	–
	15. 4 702,8	389,8	329,0	76,9	252,1	20,8	23,0	23,0	–
	22. 4 692,1	389,8	328,8	76,9	251,9	20,4	19,1	19,1	–
März	1. 4 686,3	389,8	327,7	76,9	250,8	20,9	21,8	21,8	–
	8. 4 691,3	389,8	328,5	76,9	251,6	21,0	23,6	23,6	–
	15. 4 680,6	389,8	329,3	76,9	252,4	19,5	19,7	19,7	–
	22. 4 677,0	389,8	331,2	76,8	254,4	19,0	18,6	18,6	–
	29. 4 695,8	402,3	340,2	78,1	262,1	20,2	19,0	19,0	–
<b>Deutsche Bundesbank</b>									
2018 Sept.	14. 1 739,5	116,3	50,4	19,2	31,3	0,0	3,5	3,5	–
	21. 1 753,9	116,3	50,6	19,2	31,4	0,0	3,1	3,1	–
	28. 1 817,3	116,3	50,3	19,2	31,1	0,0	4,4	4,4	–
Okt.	5. 1 762,5	110,8	51,3	19,1	32,1	0,0	2,1	2,1	–
	12. 1 749,4	110,8	51,3	19,1	32,2	0,0	3,3	3,3	–
	19. 1 763,5	110,8	51,2	19,1	32,1	0,0	3,0	3,0	–
	26. 1 766,4	110,8	50,6	19,1	31,5	0,0	3,5	3,5	–
Nov.	2. 1 769,2	110,8	51,0	19,4	31,6	0,0	2,2	2,2	–
	9. 1 783,8	110,8	51,1	19,5	31,6	0,0	2,5	2,5	–
	16. 1 790,8	110,8	51,3	19,5	31,9	0,0	2,1	2,1	–
	23. 1 784,2	110,8	50,8	19,5	31,4	0,0	3,5	3,5	–
	30. 1 807,8	110,8	50,9	19,5	31,4	0,0	4,1	4,1	–
Dez.	7. 1 785,4	110,8	50,8	19,5	31,3	0,0	4,3	4,3	–
	14. 1 797,0	110,8	50,4	19,1	31,3	0,0	2,5	2,5	–
	21. 1 808,6	110,8	50,9	19,7	31,1	1,6	2,7	2,7	–
	28. 1 822,3	110,8	50,9	19,7	31,1	1,6	1,1	1,1	–
2019 Jan.	4. 1 794,5	121,4	51,6	19,9	31,7	0,0	2,4	2,4	–
	11. 1 766,7	121,4	51,6	19,9	31,8	0,0	1,9	1,9	–
	18. 1 772,0	121,4	51,6	19,9	31,8	0,0	1,1	1,1	–
	25. 1 737,6	121,4	52,1	19,9	32,2	0,0	2,8	2,8	–
Febr.	1. 1 745,8	121,4	51,9	19,8	32,0	0,0	6,5	6,5	–
	8. 1 753,1	121,4	51,7	19,8	31,9	0,0	4,1	4,1	–
	15. 1 773,9	121,4	51,7	19,9	31,9	0,0	6,5	6,5	–
	22. 1 745,1	121,4	51,6	19,9	31,8	0,0	2,7	2,7	–
März	1. 1 741,6	121,4	52,0	19,9	32,1	0,0	4,7	4,7	–
	8. 1 742,8	121,4	52,3	19,9	32,4	0,0	6,9	6,9	–
	15. 1 745,6	121,4	52,0	19,9	32,2	0,0	3,2	3,2	–
	22. 1 751,0	121,4	51,7	19,9	31,8	0,0	2,0	2,0	–
	29. 1 812,7	125,3	52,8	20,2	32,6	0,0	2,9	2,9	–

\* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitglied-

staaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuereungsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere			
<b>Eurosystem <sup>1)</sup></b>													
743,3	4,2	739,0	–	–	0,1	–	31,5	2 863,2	2 607,7	255,5	24,5	245,4	2018 Sept. 14.
744,0	5,0	739,0	–	–	0,0	–	33,7	2 868,7	2 613,6	255,1	24,5	244,8	21.
732,1	6,4	725,5	–	–	0,1	–	29,8	2 869,2	2 615,1	254,1	24,4	251,0	28.
732,8	7,2	725,5	–	–	0,1	–	28,4	2 877,5	2 623,2	254,2	24,4	250,4	Okt. 5.
732,8	7,3	725,5	–	–	0,1	–	29,6	2 879,5	2 625,9	253,6	24,4	252,7	12.
733,4	7,9	725,5	–	–	0,0	–	34,2	2 877,3	2 626,2	251,1	24,4	245,3	19.
733,4	7,7	725,5	–	–	0,2	–	30,8	2 879,8	2 630,0	249,8	24,4	243,4	26.
734,3	8,0	726,2	–	–	0,1	–	26,9	2 878,7	2 629,9	248,8	24,4	244,3	Nov. 2.
732,8	6,6	726,2	–	–	0,0	–	21,8	2 883,3	2 634,3	249,0	24,4	248,8	9.
733,0	6,7	726,2	–	–	0,1	–	27,8	2 888,7	2 639,5	249,2	24,4	248,5	16.
732,9	6,4	726,2	–	–	0,4	–	25,1	2 892,4	2 642,9	249,5	24,4	254,4	23.
733,5	6,5	726,7	–	–	0,3	–	26,0	2 892,8	2 643,8	249,1	24,4	263,5	30.
733,3	6,6	726,7	–	–	0,0	–	25,0	2 899,1	2 650,8	248,3	24,0	260,8	Dez. 7.
733,8	7,1	726,7	–	–	0,1	–	25,2	2 903,5	2 655,6	247,9	24,0	262,4	14.
733,5	9,6	723,8	–	–	0,0	–	25,4	2 909,0	2 660,0	249,0	24,0	257,6	21.
733,5	9,6	723,8	–	–	0,1	–	19,9	2 907,4	2 658,5	248,9	24,0	258,7	28.
732,1	8,2	723,8	–	–	0,1	–	29,1	2 892,6	2 645,7	246,9	23,9	260,8	2019 Jan. 4.
731,2	7,3	723,8	–	–	0,0	–	33,6	2 898,4	2 651,3	247,2	23,9	262,0	11.
730,2	6,3	723,8	–	–	0,1	–	35,0	2 898,0	2 651,2	246,8	23,9	264,5	18.
730,5	6,6	723,8	–	–	0,0	–	38,5	2 899,1	2 651,9	247,3	23,9	259,3	25.
730,0	6,6	723,3	–	–	0,1	–	35,5	2 890,2	2 644,5	245,7	23,9	255,3	Febr. 1.
728,8	5,4	723,3	–	–	0,1	–	33,9	2 892,7	2 646,8	245,9	23,9	257,9	8.
729,3	5,9	723,3	–	–	0,1	–	35,3	2 895,3	2 649,5	245,8	23,9	256,6	15.
729,3	5,9	723,2	–	–	0,1	–	35,4	2 891,7	2 646,3	245,4	23,9	253,6	22.
729,1	6,5	722,6	–	–	–	–	32,6	2 879,3	2 639,7	239,6	23,9	261,3	März 1.
728,5	5,8	722,6	–	–	0,1	–	37,7	2 883,1	2 643,2	240,0	23,9	255,3	8.
728,7	6,1	722,6	–	–	0,0	–	36,1	2 878,1	2 639,1	239,0	23,9	255,4	15.
728,2	5,6	722,6	–	–	–	–	38,2	2 877,0	2 637,1	239,9	23,9	251,1	22.
725,3	6,1	718,7	–	–	0,5	–	39,1	2 868,5	2 629,7	238,8	23,9	257,2	29.
<b>Deutsche Bundesbank</b>													
92,2	0,7	91,5	–	–	–	–	5,7	558,9	558,9	–	4,4	908,1	2018 Sept. 14.
92,0	0,5	91,5	–	–	0,0	–	6,9	561,1	561,1	–	4,4	919,4	21.
88,5	0,5	87,9	–	–	0,1	–	3,5	564,4	564,4	–	4,4	985,3	28.
88,5	0,5	87,9	–	–	–	–	5,0	564,7	564,7	–	4,4	935,7	Okt. 5.
88,6	0,6	87,9	–	–	–	–	6,7	562,3	562,3	–	4,4	922,0	12.
88,5	0,5	87,9	–	–	0,0	–	7,3	562,7	562,7	–	4,4	935,5	19.
88,2	0,3	87,9	–	–	0,0	–	6,8	564,9	564,9	–	4,4	937,1	26.
88,4	0,3	88,1	–	–	0,0	–	5,8	566,8	566,8	–	4,4	939,8	Nov. 2.
88,4	0,4	88,1	–	–	–	–	6,1	567,9	567,9	–	4,4	952,6	9.
88,5	0,4	88,1	–	–	0,0	–	6,9	569,1	569,1	–	4,4	957,7	16.
88,3	0,3	88,1	–	–	–	–	7,2	569,6	569,6	–	4,4	949,5	23.
88,6	0,5	88,1	–	–	–	–	7,0	569,8	569,8	–	4,4	972,1	30.
88,8	0,7	88,1	–	–	–	–	6,2	573,4	573,4	–	4,4	946,7	Dez. 7.
89,5	1,4	88,1	–	–	0,0	–	6,4	571,9	571,9	–	4,4	961,0	14.
89,6	1,9	87,6	–	–	0,0	–	4,3	573,3	573,3	–	4,4	971,1	21.
89,6	1,9	87,6	–	–	0,1	–	0,6	573,3	573,3	–	4,4	989,9	28.
90,3	2,6	87,6	–	–	–	–	6,2	567,2	567,2	–	4,4	951,0	2019 Jan. 4.
89,8	2,1	87,6	–	–	0,0	–	6,6	568,9	568,9	–	4,4	921,9	11.
88,4	0,8	87,6	–	–	0,0	–	7,5	570,2	570,2	–	4,4	927,1	18.
88,8	1,2	87,6	–	–	0,0	–	7,7	569,4	569,4	–	4,4	890,8	25.
88,2	0,6	87,6	–	–	0,0	–	6,8	569,6	569,6	–	4,4	896,9	Febr. 1.
88,2	0,5	87,6	–	–	0,0	–	5,9	570,5	570,5	–	4,4	906,9	8.
88,2	0,6	87,6	–	–	0,0	–	7,9	571,4	571,4	–	4,4	922,2	15.
88,2	0,7	87,6	–	–	0,0	–	6,3	567,8	567,8	–	4,4	902,6	22.
88,3	0,7	87,6	–	–	–	–	7,3	567,4	567,4	–	4,4	896,0	März 1.
88,1	0,5	87,6	–	–	–	–	7,6	568,6	568,6	–	4,4	893,4	8.
88,2	0,6	87,6	–	–	0,0	–	7,0	565,2	565,2	–	4,4	904,1	15.
88,2	0,6	87,6	–	–	–	–	5,9	563,5	563,5	–	4,4	913,7	22.
87,3	0,7	86,2	–	–	0,5	–	5,5	562,2	562,2	–	4,4	972,3	29.

-preisen bewertet. 1 Quelle: EZB.

### III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

#### 2. Passiva \*)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Passiva insgesamt	Banknotenumlauf 1)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet					Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet				
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserveguthaben)	Einlagefazilität	Termin-einlagen	Verbindlichkeiten aus Geschäften mit Rücknahmevereinbarung			Einlagen aus dem Margenausgleich	insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten	Sonstige Verbindlichkeiten	
<b>Eurosystem 3)</b>														
2018 Sept.	14.	4 638,8	1 192,7	2 013,2	1 351,0	662,1	–	–	0,2	6,1	–	384,7	261,3	123,4
	21.	4 645,8	1 191,8	1 987,9	1 333,5	654,5	–	–	0,0	9,7	–	420,2	292,7	127,5
	28.	4 619,8	1 194,8	1 951,4	1 311,9	639,5	–	–	0,0	7,4	–	409,3	284,2	125,1
Okt.	5.	4 625,0	1 196,4	2 023,1	1 381,6	641,4	–	–	0,1	6,4	–	386,2	265,4	120,8
	12.	4 632,9	1 195,7	2 033,7	1 378,9	654,7	–	–	0,0	7,0	–	383,3	261,7	121,6
	19.	4 628,3	1 194,0	1 999,4	1 379,7	619,7	–	–	0,0	8,1	–	416,9	293,2	123,8
	26.	4 624,8	1 195,4	1 997,1	1 405,5	591,5	–	–	0,1	6,3	–	412,8	288,2	124,6
Nov.	2.	4 622,2	1 200,7	2 050,7	1 433,0	617,4	–	–	0,2	4,8	–	342,6	217,9	124,7
	9.	4 626,2	1 198,6	2 054,1	1 403,2	650,8	–	–	0,2	5,7	–	338,8	213,9	124,9
	16.	4 638,3	1 197,3	1 986,1	1 362,1	623,8	–	–	0,2	6,9	–	401,9	267,6	134,3
	23.	4 646,9	1 197,2	1 982,3	1 353,3	628,8	–	–	0,2	6,8	–	408,2	279,2	129,0
	30.	4 660,3	1 203,3	2 007,5	1 352,5	654,8	–	–	0,2	7,0	–	375,3	245,5	129,8
Dez.	7.	4 663,0	1 209,6	2 029,9	1 375,5	654,2	–	–	0,2	9,6	–	348,2	216,7	131,5
	14.	4 668,1	1 214,0	1 995,1	1 364,1	630,8	–	–	0,1	9,4	–	371,4	237,9	133,5
	21.	4 674,9	1 227,9	1 978,6	1 364,7	613,9	–	–	0,0	10,7	–	327,5	201,8	125,7
	28.	4 669,0	1 231,5	1 913,4	1 299,7	613,6	–	–	0,1	20,4	–	324,3	201,4	122,9
2019 Jan.	4.	4 694,4	1 224,7	1 971,6	1 304,8	666,4	–	–	0,3	12,9	–	321,3	197,8	123,5
	11.	4 703,4	1 215,8	2 026,4	1 356,6	669,5	–	–	0,2	7,6	–	334,2	213,5	120,8
	18.	4 705,9	1 209,9	1 988,3	1 350,4	637,8	–	–	0,1	8,6	–	387,7	258,3	129,4
	25.	4 708,9	1 206,4	1 985,1	1 344,8	640,2	–	–	0,1	8,4	–	404,3	281,7	122,6
Febr.	1.	4 695,5	1 209,2	2 015,1	1 341,9	673,0	–	–	0,2	8,5	–	356,3	230,6	125,7
	8.	4 696,5	1 208,3	2 024,9	1 366,2	658,6	–	–	0,0	7,6	–	355,0	232,4	122,6
	15.	4 702,8	1 207,9	1 977,1	1 342,2	634,9	–	–	0,0	10,0	–	405,0	286,1	118,8
	22.	4 692,1	1 207,2	1 971,1	1 337,0	634,1	–	–	0,0	7,9	–	414,3	289,1	125,2
März	1.	4 686,3	1 212,2	2 021,2	1 380,2	641,0	–	–	0,0	7,6	–	361,6	234,2	127,4
	8.	4 691,3	1 213,6	2 044,6	1 412,8	631,8	–	–	0,0	9,6	–	349,1	219,4	129,7
	15.	4 680,6	1 213,3	1 995,0	1 403,5	591,5	–	–	0,0	6,7	–	398,7	272,3	126,4
	22.	4 677,0	1 212,4	1 971,7	1 351,4	620,2	–	–	0,0	7,0	–	429,9	302,3	127,6
	29.	4 695,8	1 216,1	1 948,2	1 348,9	599,2	–	–	0,1	5,3	–	389,9	263,7	126,2
<b>Deutsche Bundesbank</b>														
2018 Sept.	14.	1 739,5	282,0	598,0	419,7	178,3	–	–	0,0	3,9	–	140,2	94,8	45,4
	21.	1 753,9	282,9	596,4	426,1	170,2	–	–	0,0	7,1	–	156,5	95,5	61,0
	28.	1 817,3	281,0	644,0	473,4	170,6	–	–	0,0	3,9	–	143,2	76,6	66,5
Okt.	5.	1 762,5	282,1	629,3	466,6	162,7	–	–	0,0	3,5	–	138,4	72,1	66,3
	12.	1 749,4	282,4	621,7	458,0	163,7	–	–	0,0	4,8	–	129,4	64,0	65,4
	19.	1 763,5	282,6	619,8	460,1	159,6	–	–	0,0	5,6	–	146,1	87,4	58,6
	26.	1 766,4	284,3	621,0	481,9	139,1	–	–	0,0	4,3	–	142,6	84,2	58,5
Nov.	2.	1 769,2	282,5	652,4	500,8	151,6	–	–	0,0	2,9	–	106,8	48,8	57,9
	9.	1 783,8	282,5	656,9	507,7	149,3	–	–	0,0	3,5	–	111,8	53,2	58,5
	16.	1 790,8	282,7	637,5	497,4	140,1	–	–	0,0	4,1	–	138,1	79,1	59,0
	23.	1 784,2	283,2	627,3	492,6	134,7	–	–	0,0	4,1	–	139,1	79,2	59,9
	30.	1 807,8	283,0	658,0	500,3	157,7	–	–	0,0	4,0	–	128,1	64,9	63,3
Dez.	7.	1 785,4	285,3	638,6	475,9	162,7	–	–	0,0	4,9	–	123,9	58,5	65,4
	14.	1 797,0	287,4	597,9	455,6	142,3	–	–	0,0	4,5	–	163,8	99,5	64,3
	21.	1 808,6	293,5	609,7	451,8	157,9	–	–	0,0	2,9	–	137,2	79,3	57,9
	28.	1 822,3	293,5	593,9	440,3	153,6	–	–	0,0	5,9	–	123,1	65,1	57,9
2019 Jan.	4.	1 794,5	295,9	616,6	456,1	160,5	–	–	0,1	7,5	–	101,0	38,8	62,3
	11.	1 766,7	293,8	615,2	462,6	152,6	–	–	0,0	3,9	–	105,6	51,5	54,1
	18.	1 772,0	292,7	622,7	472,0	150,7	–	–	0,0	4,5	–	118,5	60,8	57,7
	25.	1 737,6	292,1	607,5	456,5	150,9	–	–	0,0	4,6	–	104,0	55,0	48,9
Febr.	1.	1 745,8	293,6	625,4	453,2	172,2	–	–	0,0	4,6	–	87,6	39,4	48,2
	8.	1 753,1	294,1	634,1	466,7	167,4	–	–	0,0	3,7	–	90,3	41,8	48,5
	15.	1 773,9	294,6	624,1	463,0	161,0	–	–	0,0	6,6	–	115,1	67,4	47,7
	22.	1 745,1	294,9	619,5	463,2	156,2	–	–	0,0	4,5	–	104,3	57,4	47,0
März	1.	1 741,6	294,5	639,9	470,4	169,4	–	–	0,0	4,4	–	88,7	41,3	47,4
	8.	1 742,8	295,0	646,1	477,5	168,6	–	–	0,0	5,7	–	89,4	41,4	48,0
	15.	1 745,6	295,4	628,3	470,9	157,3	–	–	0,0	3,8	–	120,3	72,5	47,8
	22.	1 751,0	295,7	641,5	475,2	166,3	–	–	0,0	4,2	–	119,4	71,2	48,2
	29.	1 812,7	295,2	663,4	481,2	182,2	–	–	0,0	2,1	–	109,0	61,8	47,3

\* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungs-

legungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwertes des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92 % des Wertes am in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva <sup>2)</sup>	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten <sup>1)</sup>	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
<b>Eurosystem <sup>3)</sup></b>										
265,7	6,8	11,0	11,0	–	56,1	237,6	–	360,4	104,4	2018 Sept. 14.
258,3	6,2	11,3	11,3	–	56,1	239,4	–	360,4	104,4	21.
301,8	4,4	11,0	11,0	–	56,0	237,0	–	342,3	104,4	28.
256,7	4,7	11,8	11,8	–	56,0	237,0	–	342,3	104,4	Okt. 5.
255,9	5,4	11,5	11,5	–	56,0	237,7	–	342,3	104,4	12.
255,6	5,4	11,8	11,8	–	56,0	234,3	–	342,3	104,4	19.
263,4	5,5	10,1	10,1	–	56,0	231,4	–	342,3	104,4	26.
269,6	5,2	10,0	10,0	–	56,0	235,9	–	342,3	104,4	Nov. 2.
274,9	5,9	10,1	10,1	–	56,0	235,4	–	342,3	104,4	9.
288,5	5,3	10,4	10,4	–	56,0	239,1	–	342,3	104,4	16.
291,7	5,3	10,3	10,3	–	56,0	242,4	–	342,3	104,4	23.
299,0	5,0	10,9	10,9	–	56,0	249,6	–	342,3	104,4	30.
301,2	4,5	11,2	11,2	–	56,0	246,1	–	342,3	104,4	Dez. 7.
311,9	4,7	11,0	11,0	–	56,0	247,9	–	342,3	104,4	14.
364,0	4,8	11,1	11,1	–	56,0	247,6	–	342,3	104,4	21.
412,3	4,3	10,8	10,8	–	56,0	249,2	–	342,3	104,4	28.
364,1	4,3	10,4	10,4	–	56,5	248,1	–	376,2	104,4	2019 Jan. 4.
317,6	4,5	10,2	10,2	–	56,5	250,1	–	376,1	104,5	11.
305,6	5,1	10,2	10,2	–	56,5	253,8	–	376,1	104,3	18.
296,0	6,0	11,1	11,1	–	56,5	254,7	–	376,1	104,2	25.
298,2	7,2	9,7	9,7	–	56,5	254,6	–	376,1	104,2	Febr. 1.
290,6	7,8	9,9	9,9	–	56,5	255,6	–	376,1	104,2	8.
291,8	8,0	9,4	9,4	–	56,5	256,8	–	376,1	104,2	15.
279,2	7,6	9,3	9,3	–	56,5	258,1	–	376,1	104,8	22.
270,9	6,6	9,5	9,5	–	56,5	259,1	–	376,1	104,9	März 1.
262,2	6,9	9,8	9,8	–	56,5	258,0	–	376,1	104,9	8.
255,5	5,6	10,1	10,1	–	56,5	256,9	–	376,1	106,2	15.
245,3	6,3	9,6	9,6	–	56,5	256,0	–	376,1	106,2	22.
302,5	5,6	9,8	9,8	–	57,5	256,6	–	397,5	106,8	29.
<b>Deutsche Bundesbank</b>										
165,8	0,0	0,2	0,2	–	14,6	29,5	386,9	112,9	5,7	2018 Sept. 14.
160,7	0,0	0,4	0,4	–	14,6	29,8	386,9	112,9	5,7	21.
191,2	0,0	0,2	0,2	–	14,6	29,8	390,8	112,9	5,7	28.
160,3	0,0	1,0	1,0	–	14,5	29,4	390,8	107,5	5,7	Okt. 5.
162,0	0,0	0,9	0,9	–	14,5	29,6	390,8	107,5	5,7	12.
160,5	0,0	0,7	0,7	–	14,5	29,7	390,8	107,5	5,7	19.
165,9	0,0	0,0	0,0	–	14,5	29,8	390,8	107,5	5,7	26.
172,2	0,0	0,1	0,1	–	14,5	30,1	394,6	107,5	5,7	Nov. 2.
176,6	0,0	0,2	0,2	–	14,5	30,1	394,6	107,5	5,7	9.
175,5	0,0	0,4	0,4	–	14,5	30,1	394,6	107,5	5,7	16.
177,7	0,0	0,3	0,3	–	14,5	30,2	394,6	107,5	5,7	23.
178,8	0,0	0,3	0,3	–	14,5	30,6	397,1	107,5	5,7	30.
177,3	0,0	0,1	0,1	–	14,5	30,5	397,1	107,5	5,7	Dez. 7.
188,1	0,0	– 0,0	– 0,0	–	14,5	30,6	397,1	107,5	5,7	14.
209,7	0,0	– 0,0	– 0,0	–	14,5	30,9	397,1	107,5	5,7	21.
250,2	0,0	– 0,0	– 0,0	–	14,5	30,9	397,1	107,5	5,7	28.
211,7	0,0	–	–	–	14,7	31,2	391,9	118,5	5,7	2019 Jan. 4.
186,2	0,0	0,0	0,0	–	14,7	31,2	391,9	118,5	5,7	11.
171,6	0,0	0,0	0,0	–	14,7	31,2	391,9	118,5	5,7	18.
166,4	0,0	0,6	0,6	–	14,7	31,7	392,0	118,5	5,7	25.
171,9	0,0	0,4	0,4	–	14,7	31,9	391,5	118,5	5,7	Febr. 1.
168,2	0,0	0,4	0,4	–	14,7	31,9	391,5	118,5	5,7	8.
170,9	0,0	0,3	0,3	–	14,7	31,9	391,5	118,5	5,7	15.
159,1	0,0	0,2	0,2	–	14,7	32,3	391,5	118,5	5,7	22.
150,6	0,0	0,4	0,4	–	14,7	29,8	394,4	118,5	5,7	März 1.
142,8	0,0	0,7	0,7	–	14,7	29,8	394,4	118,5	5,7	8.
134,0	0,0	0,4	0,4	–	14,7	30,1	394,4	118,5	5,7	15.
126,7	0,0	0,1	0,1	–	14,7	30,2	394,4	118,5	5,7	22.
172,9	0,0	0,1	0,1	–	14,9	29,4	396,9	123,1	5,7	29.

auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von

dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. <sup>2</sup> Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. <sup>3</sup> Quelle: EZB.

#### IV. Banken

##### 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland \*)

###### Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im				
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland		
				zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken		zusammen	Unternehmen und personen	
												zusammen	Buchkredite
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende</b>													
2010	8 304,8	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 303,0	2 669,2	2 354,7
2011	8 393,3	16,4	2 394,4	1 844,5	1 362,2	482,2	550,0	362,3	187,7	3 673,5	3 270,5	2 709,4	2 415,1
2012	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7
2013	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0
2014	7 802,3	19,2	2 022,8	1 530,5	1 147,2	383,3	492,3	333,9	158,4	3 654,5	3 239,4	2 661,2	2 384,8
2015	7 665,2	19,5	2 013,6	1 523,8	1 218,0	305,8	489,8	344,9	144,9	3 719,9	3 302,5	2 727,4	2 440,0
2016	7 792,6	26,0	2 101,4	1 670,9	1 384,2	286,7	430,5	295,0	135,5	3 762,9	3 344,5	2 805,6	2 512,0
2017	7 710,8	32,1	2 216,3	1 821,1	1 556,3	264,8	395,2	270,1	125,2	3 801,7	3 400,7	2 918,8	2 610,1
2018	7 776,0	40,6	2 188,0	1 768,3	1 500,7	267,5	419,7	284,8	134,9	3 864,0	3 458,2	3 024,3	2 727,0
2017 Mai	7 947,0	25,6	2 286,5	1 864,4	1 579,4	285,0	422,1	290,1	132,0	3 782,1	3 360,7	2 847,3	2 552,6
Juni	7 849,7	27,3	2 245,7	1 830,9	1 548,9	282,1	414,8	284,2	130,6	3 780,7	3 364,7	2 859,4	2 559,7
Juli	7 818,7	26,6	2 258,5	1 840,3	1 560,2	280,0	418,2	289,0	129,2	3 787,1	3 370,5	2 867,1	2 567,3
Aug.	7 807,7	27,5	2 243,1	1 828,2	1 553,7	274,5	415,0	286,9	128,0	3 792,2	3 377,0	2 876,6	2 576,3
Sept.	7 811,3	28,4	2 262,7	1 847,3	1 578,3	269,0	415,4	288,4	127,0	3 799,4	3 385,3	2 890,2	2 589,5
Okt.	7 825,7	28,4	2 285,3	1 873,3	1 604,0	269,2	412,1	285,1	127,0	3 804,7	3 393,5	2 899,1	2 598,2
Nov.	7 849,9	28,0	2 312,8	1 901,5	1 633,0	268,5	411,3	285,5	125,8	3 818,1	3 411,2	2 919,0	2 612,6
Dez.	7 710,8	32,1	2 216,3	1 821,1	1 556,3	264,8	395,2	270,1	125,2	3 801,7	3 400,7	2 918,8	2 610,1
2018 Jan.	7 817,2	29,2	2 296,1	1 891,0	1 624,5	266,5	405,1	280,3	124,9	3 813,9	3 407,5	2 930,5	2 622,5
Febr.	7 790,8	29,6	2 298,1	1 892,3	1 627,0	265,2	405,9	280,6	125,2	3 814,1	3 406,5	2 938,1	2 633,4
März	7 746,6	35,1	2 254,6	1 852,5	1 585,3	267,1	402,1	274,9	127,2	3 814,9	3 410,8	2 946,8	2 644,4
April	7 781,1	33,8	2 300,8	1 892,1	1 625,1	267,0	408,7	280,6	128,0	3 818,5	3 417,4	2 956,1	2 650,7
Mai	7 882,8	35,0	2 314,0	1 900,7	1 630,1	270,6	413,3	284,6	128,6	3 823,8	3 418,9	2 963,0	2 656,6
Juni	7 804,7	35,0	2 266,6	1 853,0	1 584,7	268,2	413,6	285,5	128,1	3 832,7	3 430,8	2 979,9	2 672,2
Juli	7 784,2	34,7	2 276,2	1 852,8	1 585,7	267,1	423,4	295,9	127,5	3 840,0	3 437,3	2 987,0	2 679,3
Aug.	7 828,0	35,1	2 294,8	1 865,2	1 597,6	267,6	429,6	301,1	128,5	3 840,6	3 431,8	2 987,4	2 690,7
Sept.	7 799,9	35,8	2 267,8	1 846,4	1 577,7	268,7	421,4	291,0	130,4	3 854,6	3 447,2	3 006,3	2 708,5
Okt.	7 845,2	36,9	2 286,9	1 855,6	1 588,6	267,0	431,4	298,1	133,2	3 858,3	3 447,8	3 009,7	2 711,9
Nov.	7 881,2	36,8	2 303,5	1 872,8	1 605,2	267,6	430,8	295,9	134,8	3 874,4	3 460,7	3 023,7	2 727,7
Dez.	7 776,0	40,6	2 188,0	1 768,3	1 500,7	267,5	419,7	284,8	134,9	3 864,0	3 458,2	3 024,3	2 727,0
2019 Jan.	7 902,3	36,7	2 267,3	1 827,4	1 559,5	267,8	439,9	304,8	135,1	3 878,8	3 468,7	3 032,2	2 737,6
Febr.	7 935,7	36,9	2 304,8	1 862,5	1 591,5	271,1	442,3	304,8	137,5	3 893,1	3 477,0	3 044,7	2 750,8
<b>Veränderungen 3)</b>													
2011	54,1	- 0,1	32,6	58,7	91,7	- 33,0	- 26,0	- 12,1	- 13,9	- 51,8	- 35,3	38,7	56,7
2012	- 129,2	2,9	- 81,9	- 28,4	3,0	- 31,4	- 53,5	- 39,7	- 13,8	27,5	27,7	17,0	28,8
2013	- 703,6	- 0,5	- 257,1	- 249,2	- 216,5	- 32,7	- 7,9	1,6	- 9,5	13,6	16,6	23,6	21,6
2014	206,8	0,4	- 126,2	- 128,6	- 95,3	- 33,4	2,4	7,2	- 4,8	55,1	40,0	52,3	36,8
2015	- 191,4	0,3	- 18,2	- 12,1	66,1	- 78,2	- 6,1	6,6	- 12,8	64,8	64,1	68,1	56,6
2016	184,3	6,5	120,3	178,4	195,3	- 16,8	- 58,1	- 49,2	- 8,8	57,5	53,4	88,8	81,0
2017	8,0	6,1	135,9	165,0	182,6	- 17,6	- 29,1	- 19,6	- 9,5	51,3	63,5	114,8	101,1
2018	101,8	8,5	- 29,2	- 49,7	- 53,4	3,7	20,6	13,0	7,6	78,7	71,9	118,1	127,8
2017 Juni	- 85,4	1,7	- 38,0	- 31,5	- 29,2	- 2,3	- 6,5	- 5,2	- 1,4	0,5	5,3	13,2	8,0
Juli	- 14,3	- 0,7	14,5	10,5	12,2	- 1,7	4,0	5,2	- 1,2	8,6	7,1	8,9	8,6
Aug.	- 4,7	0,9	- 14,3	- 11,6	- 6,3	- 5,3	- 2,8	- 1,6	- 1,2	5,6	6,8	9,9	9,3
Sept.	4,8	0,9	21,8	21,5	26,0	- 4,5	0,3	1,2	- 0,9	6,9	7,1	12,0	13,5
Okt.	8,6	0,1	21,9	25,5	25,4	0,1	- 3,7	- 3,7	0,1	4,6	8,0	8,6	8,6
Nov.	33,4	- 0,4	28,9	28,8	29,4	- 0,6	0,0	1,2	- 1,1	14,8	18,7	19,0	13,5
Dez.	- 126,4	4,1	- 90,1	- 74,7	- 72,0	- 2,7	- 15,4	- 15,0	- 0,4	- 15,2	- 10,0	0,1	- 2,4
2018 Jan.	124,2	- 2,9	82,2	70,9	68,7	2,2	11,3	11,5	- 0,2	14,7	8,2	12,4	13,0
Febr.	6,3	0,3	0,5	0,6	2,0	- 1,4	- 0,1	- 0,4	0,3	0,2	- 0,7	7,7	10,7
März	- 37,4	5,5	- 42,9	- 39,5	- 41,4	1,9	- 3,4	- 5,3	2,0	2,7	5,6	10,1	12,3
April	28,9	- 1,3	45,6	39,7	39,9	- 0,2	5,9	5,1	0,9	4,0	7,1	9,8	6,3
Mai	85,0	1,3	12,4	9,1	5,7	3,4	3,4	2,8	0,5	12,9	9,4	15,3	14,3
Juni	- 77,2	- 0,1	- 47,4	- 47,7	- 45,4	- 2,3	0,3	0,9	- 0,5	9,9	12,8	17,9	16,4
Juli	- 14,4	- 0,3	10,5	0,3	1,3	- 1,0	10,1	10,7	- 0,6	7,8	6,8	5,9	6,1
Aug.	41,9	0,4	19,8	13,8	13,0	0,8	5,9	4,9	1,0	0,6	- 5,6	0,4	11,3
Sept.	- 30,4	0,8	- 27,3	- 18,9	- 19,9	1,0	- 8,4	- 10,4	1,9	14,2	15,9	19,2	18,2
Okt.	36,4	1,1	15,0	8,5	10,3	- 1,8	6,5	6,1	0,4	3,8	0,5	3,4	3,2
Nov.	38,5	- 0,1	17,2	17,6	16,7	1,0	- 0,5	- 2,0	1,6	16,7	13,4	14,4	16,1
Dez.	- 100,0	3,8	- 114,6	- 104,0	- 104,3	0,2	- 10,6	- 10,9	0,3	- 8,8	- 1,5	1,6	- 0,1
2019 Jan.	128,9	- 3,9	79,5	59,2	58,8	0,5	20,3	20,0	0,3	17,0	12,6	10,0	11,4
Febr.	35,5	0,1	37,6	35,2	31,9	3,2	2,5	- 0,0	2,5	16,0	9,7	13,9	14,7

\* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 2 Einschl. Schuldver-

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
				an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern						insgesamt	darunter Buchkredite			
Privat-		öffentliche Haushalte		zusammen	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte							
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)		zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere	insgesamt	darunter Buchkredite	Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende</b>														
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,1	2010	
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	2013	
276,4	578,2	327,9	250,4	415,0	270,0	142,7	145,0	31,9	113,2	1 050,1	805,0	1 055,8	2014	
287,4	575,1	324,5	250,6	417,5	276,0	146,4	141,5	29,4	112,1	1 006,5	746,3	905,6	2015	
293,6	538,9	312,2	226,7	418,4	281,7	159,5	136,7	28,5	108,2	1 058,2	802,3	844,1	2016	
308,7	481,9	284,3	197,6	401,0	271,8	158,3	129,1	29,8	99,3	991,9	745,3	668,9	2017	
297,2	433,9	263,4	170,5	405,8	286,7	176,5	119,2	28,6	90,6	1 033,2	778,5	650,2	2018	
294,6	513,4	298,9	214,6	421,4	288,5	166,8	132,9	28,9	103,9	1 056,3	808,0	796,5	2017 Mai	
299,7	505,4	296,4	208,9	416,0	283,4	162,6	132,6	29,9	102,6	1 064,9	817,0	731,1	Juni	
299,8	503,4	298,3	205,1	416,6	285,0	164,1	131,7	29,9	101,8	1 028,5	780,9	717,9	Juli	
300,4	500,4	293,4	207,0	415,2	283,8	165,2	131,4	30,0	101,4	1 011,0	765,3	733,9	Aug.	
300,7	495,1	289,0	206,1	414,1	283,0	167,9	131,1	29,8	101,3	1 021,2	776,3	699,6	Sept.	
301,0	494,4	289,2	205,3	411,2	281,6	167,7	129,6	30,4	99,2	1 014,2	768,9	693,0	Okt.	
306,4	492,2	287,3	205,0	406,8	276,8	164,2	130,0	29,8	100,2	1 005,3	759,4	685,6	Nov.	
308,7	481,9	284,3	197,6	401,0	271,8	158,3	129,1	29,8	99,3	991,9	745,3	668,9	Dez.	
308,0	477,0	282,8	194,2	406,4	278,6	163,9	127,8	29,7	98,0	1 009,1	758,2	668,9	2018 Jan.	
304,7	468,4	277,4	191,0	407,6	280,5	165,9	127,1	29,6	97,5	1 026,5	775,9	622,5	Febr.	
302,4	463,9	275,5	188,4	404,1	278,3	164,9	125,9	29,8	96,1	1 016,8	763,8	625,3	März	
305,4	461,2	276,2	185,0	401,2	275,1	165,1	126,0	29,9	96,2	1 009,2	757,3	618,9	April	
306,4	455,9	272,3	183,6	404,9	280,2	167,4	124,8	29,8	95,0	1 052,9	799,1	657,1	Mai	
307,7	450,8	270,0	180,8	402,0	278,4	166,4	123,6	29,9	93,7	1 032,5	777,4	637,9	Juni	
307,7	450,3	270,8	179,5	402,7	281,2	169,9	121,5	29,7	91,8	1 028,8	770,8	604,5	Juli	
296,8	444,3	266,4	178,0	408,9	286,1	173,1	122,8	29,7	93,1	1 021,0	762,2	636,6	Aug.	
297,8	440,9	263,4	177,5	407,4	283,7	171,7	123,6	29,6	94,0	1 028,7	770,3	613,1	Sept.	
297,8	438,1	265,4	172,7	410,5	287,6	176,1	122,9	31,0	91,9	1 037,4	780,7	625,6	Okt.	
296,0	437,0	264,5	172,5	413,7	290,8	177,8	122,9	30,9	92,1	1 032,1	777,3	634,5	Nov.	
297,2	433,9	263,4	170,5	405,8	286,7	176,5	119,2	28,6	90,6	1 033,2	778,5	650,2	Dez.	
294,6	436,5	265,9	170,6	410,1	291,8	179,6	118,3	28,9	89,5	1 049,5	794,1	670,0	2019 Jan.	
293,8	432,3	263,4	168,9	416,1	294,1	181,5	122,0	28,8	93,1	1 037,8	781,6	663,2	Febr.	
<b>Veränderungen 3)</b>														
- 18,0	- 74,0	- 59,1	- 14,9	- 16,6	- 13,8	- 5,5	- 2,7	- 8,0	- 10,7	- 39,5	- 34,9	- 112,9	2011	
- 11,8	- 10,7	- 10,5	21,2	- 0,2	- 0,7	- 1,5	0,5	- 2,2	2,7	- 15,5	- 17,7	- 62,2	2012	
2,0	- 7,0	- 10,9	3,9	- 3,0	- 3,4	- 9,3	0,5	- 2,6	3,1	- 38,8	- 47,2	- 420,8	2013	
15,5	- 12,3	- 15,1	2,9	15,1	0,4	- 4,0	14,6	0,9	13,8	83,6	72,0	194,0	2014	
11,5	- 3,9	- 4,2	0,3	0,7	4,4	1,8	- 3,7	- 1,0	- 2,8	- 88,3	- 101,0	- 150,1	2015	
7,8	- 35,4	- 12,1	- 23,3	4,0	8,2	14,6	- 4,2	- 0,9	- 3,3	51,4	55,0	- 51,4	2016	
13,7	- 51,3	- 22,8	- 28,5	- 12,2	- 3,4	4,0	- 8,7	0,1	- 8,9	- 12,3	- 6,7	- 173,1	2017	
- 9,8	- 46,2	- 19,1	- 27,0	6,8	18,2	18,6	- 11,4	- 1,5	- 9,9	29,0	18,9	14,8	2018	
5,2	- 7,9	- 2,3	- 5,6	- 4,8	- 3,5	- 2,7	- 1,3	0,1	- 1,3	15,6	15,3	- 65,2	2017 Juni	
0,3	- 1,7	2,0	- 3,7	1,4	2,4	2,4	- 1,0	- 0,2	- 0,8	- 24,4	- 24,9	- 12,3	Juli	
0,6	- 3,0	- 4,9	1,9	- 1,2	- 0,8	1,5	- 0,4	0,0	- 0,4	- 12,9	- 11,3	16,0	Aug.	
- 1,5	- 4,9	- 4,2	- 0,7	- 0,2	0,2	2,4	- 0,4	- 0,2	- 0,2	8,3	9,0	- 33,1	Sept.	
0,1	- 0,7	0,2	- 0,9	- 3,4	- 1,8	- 0,4	- 1,6	0,6	- 2,2	- 11,3	- 11,3	- 6,6	Okt.	
5,6	- 0,4	- 0,1	- 0,3	- 3,9	- 4,3	- 3,1	0,4	- 0,6	1,0	- 2,5	- 3,6	- 7,3	Nov.	
2,5	- 10,1	- 2,8	- 7,2	- 5,2	- 4,3	- 5,4	- 0,8	0,0	- 0,9	- 8,3	- 9,5	- 16,9	Dez.	
- 0,6	- 4,1	- 0,8	- 3,3	6,5	7,7	6,3	- 1,2	- 0,1	- 1,2	29,4	24,6	0,7	2018 Jan.	
- 3,0	- 8,4	- 5,2	- 3,3	1,0	1,7	1,7	- 0,7	- 0,2	- 0,5	10,6	11,1	- 5,4	Febr.	
- 2,2	- 4,5	- 1,9	- 2,6	- 2,9	- 1,6	- 0,4	- 1,3	0,1	- 1,4	- 5,5	- 8,2	2,8	März	
3,5	- 2,6	0,7	- 3,3	- 3,1	- 3,3	0,0	0,1	0,1	0,0	- 13,2	- 11,9	- 6,2	April	
0,9	- 5,8	- 4,3	- 1,5	3,5	4,6	1,8	- 1,2	- 0,1	- 1,1	30,9	29,9	27,5	Mai	
1,5	- 5,0	- 2,3	- 2,8	- 2,9	- 1,4	- 0,6	- 1,5	- 0,1	- 1,4	- 20,4	- 21,8	- 19,2	Juni	
- 0,2	0,9	2,2	- 1,3	0,9	3,1	3,7	- 2,2	- 0,2	- 2,0	- 0,7	- 3,8	- 31,6	Juli	
- 10,9	- 6,0	- 4,5	- 1,5	6,2	4,9	3,1	1,3	0,0	1,2	- 11,0	- 11,5	32,1	Aug.	
1,1	- 3,4	- 2,9	- 0,4	- 1,6	- 1,9	- 1,6	0,3	- 0,1	0,5	5,4	5,9	- 23,5	Sept.	
0,2	- 2,9	1,9	- 4,8	3,3	4,5	4,1	- 1,2	1,4	- 2,6	4,0	3,5	12,6	Okt.	
- 1,7	- 1,1	- 0,8	- 0,2	3,3	3,3	1,5	0,0	- 0,1	0,2	- 4,0	- 2,2	8,8	Nov.	
1,7	- 3,1	- 1,1	- 2,0	- 7,3	- 3,5	- 1,1	- 3,8	- 2,3	- 1,5	3,5	3,5	16,1	Dez.	
- 1,4	- 2,6	2,4	0,2	4,4	5,1	3,2	- 0,8	0,3	- 1,0	16,5	15,8	19,8	2019 Jan.	
- 0,8	- 4,2	- 2,6	- 1,7	6,3	2,6	2,4	3,7	- 0,0	3,7	- 11,5	- 12,3	- 6,9	Febr.	

Schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung \* in Tabelle II,1).

#### IV. Banken

#### 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland \*) Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Einlagen von Nicht-	
		ins- gesamt	von Banken		ins- gesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland			mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist			
			im Inland	in anderen Mitglieds- ländern		zu- sammen	täglich fällig	zu- sammen	darunter bis zu 2 Jahren	zu- sammen	darunter bis zu 3 Monaten	zu- sammen	täglich fällig	
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende</b>														
2010	8 304,8	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 089,1	1 110,3	304,6	618,2	512,5	68,4	19,3	
2011	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 143,3	1 155,8	362,6	616,1	515,3	78,8	25,9	
2012	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2	
2013	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8	
2014	7 802,3	1 324,0	1 112,3	211,7	3 197,7	3 107,4	1 514,3	985,4	298,1	607,7	531,3	79,7	34,4	
2015	7 665,2	1 267,8	1 065,9	201,9	3 307,1	3 215,1	1 670,2	948,4	291,5	596,4	534,5	80,8	35,3	
2016	7 792,6	1 205,2	1 033,2	172,0	3 411,3	3 318,5	1 794,8	935,3	291,2	588,5	537,0	84,2	37,2	
2017	7 710,8	1 233,6	1 048,6	184,9	3 529,1	3 411,1	1 936,6	891,7	274,2	582,8	541,0	108,6	42,5	
2018	7 776,0	1 213,8	1 021,8	192,0	3 642,8	3 527,0	2 075,5	872,9	267,2	578,6	541,1	104,5	45,0	
2017 Mai	7 947,0	1 259,3	1 079,9	179,4	3 463,2	3 360,6	1 848,6	926,4	292,7	585,7	536,8	93,5	44,2	
2017 Juni	7 849,7	1 235,2	1 054,2	181,0	3 477,7	3 362,0	1 865,6	911,8	290,3	584,6	536,2	107,1	44,8	
2017 Juli	7 818,7	1 239,8	1 062,3	177,5	3 470,9	3 353,4	1 862,3	907,6	287,9	583,4	538,2	107,5	45,8	
2017 Aug.	7 807,7	1 243,3	1 065,8	177,4	3 486,1	3 368,4	1 880,5	905,5	285,7	582,4	537,9	108,3	47,5	
2017 Sept.	7 811,3	1 256,2	1 071,9	184,3	3 494,8	3 371,4	1 886,8	902,8	284,3	581,8	537,9	114,7	50,7	
2017 Okt.	7 825,7	1 272,0	1 081,9	190,1	3 505,8	3 388,0	1 912,7	893,9	277,3	581,5	538,4	109,2	46,3	
2017 Nov.	7 849,9	1 275,5	1 081,0	194,5	3 542,9	3 417,4	1 939,9	896,5	276,9	581,0	538,6	113,6	52,1	
2017 Dez.	7 710,8	1 233,6	1 048,6	184,9	3 529,1	3 411,1	1 936,6	891,7	274,2	582,8	541,0	108,6	42,5	
2018 Jan.	7 817,2	1 249,4	1 060,8	188,6	3 539,8	3 419,1	1 944,5	892,2	276,8	582,4	539,7	110,6	46,4	
2018 Febr.	7 790,8	1 246,9	1 058,2	188,8	3 536,8	3 416,5	1 945,4	888,9	273,3	582,1	540,4	109,7	47,1	
2018 März	7 746,6	1 238,1	1 057,5	180,6	3 537,7	3 413,3	1 944,1	888,1	274,7	581,2	539,9	115,3	48,7	
2018 April	7 781,1	1 233,9	1 053,5	180,4	3 551,3	3 430,7	1 967,4	882,9	270,2	580,4	539,6	108,8	46,7	
2018 Mai	7 882,8	1 232,4	1 037,1	195,3	3 582,2	3 462,4	1 998,3	884,0	271,4	580,1	539,5	109,4	47,7	
2018 Juni	7 804,7	1 224,7	1 035,7	189,0	3 582,9	3 463,7	1 991,4	893,1	281,1	579,2	539,1	109,0	44,0	
2018 Juli	7 784,2	1 228,5	1 042,2	186,3	3 584,2	3 462,9	1 997,6	887,1	277,5	578,2	538,6	108,8	44,5	
2018 Aug.	7 828,0	1 229,6	1 043,7	185,9	3 595,2	3 474,5	2 014,0	882,9	276,6	577,6	538,3	106,9	45,1	
2018 Sept.	7 799,9	1 220,4	1 034,2	186,2	3 594,0	3 473,8	2 017,5	879,0	273,7	577,3	538,4	108,8	48,2	
2018 Okt.	7 845,2	1 227,0	1 034,3	192,7	3 614,3	3 494,1	2 039,3	877,8	273,4	577,0	538,6	108,8	47,3	
2018 Nov.	7 881,2	1 244,5	1 046,8	197,7	3 646,1	3 527,4	2 074,8	875,8	271,5	576,8	539,1	106,2	47,1	
2018 Dez.	7 776,0	1 213,8	1 021,8	192,0	3 642,8	3 527,0	2 075,5	872,9	267,2	578,6	541,1	104,5	45,0	
2019 Jan.	7 902,3	1 238,4	1 040,5	197,9	3 646,4	3 530,1	2 074,3	877,3	277,3	578,4	541,4	104,9	45,9	
2019 Febr.	7 935,7	1 258,4	1 046,6	211,8	3 658,9	3 544,0	2 083,6	880,9	281,8	579,5	542,4	103,3	44,6	
<b>Veränderungen 4)</b>														
2011	54,1	- 48,4	- 28,8	- 19,6	102,1	97,4	52,4	- 47,6	- 58,8	- 2,6	1,3	- 4,8	6,5	
2012	- 129,2	- 68,7	- 70,0	- 1,3	57,8	67,1	156,1	- 90,4	- 50,2	- 1,5	14,1	- 1,4	5,4	
2013	- 703,6	- 106,2	- 73,9	- 32,3	39,1	47,8	111,5	- 56,3	- 26,6	- 7,3	4,0	2,6	3,3	
2014	206,8	- 28,4	- 32,2	3,9	62,7	71,6	106,0	- 32,1	3,1	- 2,4	- 2,4	- 2,5	0,0	
2015	- 191,4	- 62,1	- 50,3	- 11,9	104,1	104,8	153,2	- 37,0	- 10,1	- 11,3	4,2	- 0,4	- 0,3	
2016	184,3	- 31,6	- 2,2	- 29,4	105,7	105,2	124,3	- 11,1	1,4	- 8,0	2,4	2,7	1,9	
2017	8,0	30,6	14,8	15,8	124,2	107,7	145,8	- 32,5	- 15,3	- 5,6	1,5	16,4	5,8	
2018	101,8	- 20,1	- 25,7	5,6	112,4	114,7	137,7	- 18,8	- 6,5	- 4,3	1,2	- 4,3	2,3	
2017 Juni	- 85,4	- 22,2	- 24,3	2,1	15,3	11,1	17,5	- 5,4	- 2,3	- 1,0	- 0,7	4,7	0,7	
2017 Juli	- 14,3	5,3	8,9	- 3,5	- 5,3	- 7,4	- 2,4	- 3,9	- 2,1	- 1,2	- 0,4	0,7	1,1	
2017 Aug.	- 4,7	4,1	3,8	0,3	15,8	15,5	18,5	- 1,9	- 2,1	- 1,1	- 0,3	0,9	1,7	
2017 Sept.	4,8	3,0	3,8	6,7	8,4	2,9	6,1	- 2,6	- 1,5	- 0,6	0,0	6,4	3,2	
2017 Okt.	8,6	15,2	9,8	5,5	10,3	16,0	25,5	- 9,1	- 7,1	- 0,3	0,5	- 5,6	- 4,4	
2017 Nov.	33,4	4,6	- 0,3	4,9	37,9	30,2	27,9	2,8	- 0,2	- 0,5	0,2	4,6	5,9	
2017 Dez.	- 126,4	- 36,9	- 27,7	- 9,2	- 13,1	- 5,7	- 3,0	- 4,6	- 2,6	1,9	2,4	- 4,9	- 9,6	
2018 Jan.	124,2	17,6	13,1	4,5	12,2	9,1	8,7	0,9	3,2	- 0,5	0,2	2,4	4,0	
2018 Febr.	6,3	- 3,6	- 3,2	- 0,4	- 4,0	- 3,5	0,2	- 3,5	- 3,7	- 0,2	0,4	- 1,1	0,7	
2018 März	- 37,4	- 8,3	- 0,5	- 7,9	1,3	- 2,8	- 1,1	- 0,8	1,5	- 0,9	- 0,5	5,7	1,6	
2018 April	28,9	- 4,5	- 3,8	- 0,6	13,5	17,5	22,8	- 4,6	- 4,0	- 0,8	- 0,3	- 6,6	- 2,0	
2018 Mai	85,0	- 3,5	- 17,3	13,9	29,2	30,2	29,9	0,7	0,8	- 0,3	- 0,1	0,4	0,9	
2018 Juni	- 77,2	- 7,8	- 1,5	- 6,3	0,7	1,2	- 6,9	9,0	9,7	- 0,9	- 0,4	- 0,4	- 3,8	
2018 Juli	- 14,4	4,7	7,2	- 2,5	1,8	- 0,4	6,5	- 5,9	- 3,5	- 1,0	- 0,5	- 0,1	0,5	
2018 Aug.	41,9	2,0	2,6	- 0,6	10,7	11,3	16,1	- 4,2	- 0,9	- 0,6	- 0,2	- 2,0	0,6	
2018 Sept.	- 30,4	- 9,6	- 9,7	0,1	- 1,2	- 0,7	3,6	- 4,0	- 3,1	- 0,3	0,0	1,9	3,1	
2018 Okt.	36,4	5,4	- 0,4	5,9	19,1	19,3	21,1	- 1,5	- 0,5	- 0,3	0,2	- 0,2	- 1,0	
2018 Nov.	38,5	17,7	12,6	5,1	32,1	33,5	35,5	- 1,9	- 1,9	- 0,1	0,5	- 2,5	- 0,2	
2018 Dez.	- 100,0	- 30,3	- 24,8	- 5,5	- 2,9	- 0,1	1,3	- 3,1	- 4,2	1,7	2,0	- 1,7	- 2,1	
2019 Jan.	128,9	24,8	18,9	6,0	3,6	3,0	- 1,2	4,4	10,1	- 0,2	0,3	- 0,4	1,4	
2019 Febr.	35,5	20,0	5,8	14,1	12,5	13,6	9,3	3,3	4,2	1,1	1,0	- 1,7	- 1,0	

\* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarktfondsanteile 3)	Begebene Schuldverschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen 1)	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)				
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten										
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,6	1 290,2	2010
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	2013
42,0	15,9	3,3	2,7	10,6	10,5	3,4	3,5	1 077,6	39,6	535,3	535,4	1 125,6	2014
42,2	16,0	3,3	2,8	11,3	9,6	2,5	3,5	1 017,7	48,3	526,2	569,3	971,1	2015
43,9	15,8	3,1	2,6	8,6	7,9	2,2	2,4	1 030,3	47,2	643,4	591,5	906,3	2016
63,2	19,7	2,9	2,6	9,4	8,7	3,3	2,1	994,5	37,8	603,4	686,0	658,8	2017
56,7	15,8	2,8	2,5	11,3	10,5	0,8	2,4	1 034,0	31,9	575,9	695,6	610,7	2018
46,4	17,2	3,0	2,6	9,1	7,8	2,4	2,1	1 042,5	44,6	724,9	603,2	849,4	2017 Mai
59,3	20,1	3,0	2,6	8,6	7,9	1,8	2,2	1 039,2	44,8	689,8	610,2	793,5	Juni
58,8	19,1	3,0	2,6	10,0	7,9	3,3	2,2	1 029,2	43,9	684,2	606,2	782,9	Juli
57,8	18,3	3,0	2,6	9,4	7,9	3,4	2,4	1 024,7	42,6	643,1	608,1	796,7	Aug.
61,0	20,5	2,9	2,6	8,7	8,0	2,6	2,4	1 015,2	42,2	669,5	612,4	758,2	Sept.
59,9	18,3	2,9	2,6	8,6	7,9	2,3	2,2	1 008,9	40,7	667,9	612,7	753,9	Okt.
58,6	16,7	2,9	2,6	11,8	8,3	2,6	2,2	1 004,7	40,1	664,4	609,8	747,9	Nov.
63,2	19,7	2,9	2,6	9,4	8,7	3,3	2,1	994,5	37,8	603,4	686,0	658,8	Dez.
61,3	18,9	2,9	2,6	10,0	8,9	4,3	2,1	1 002,6	35,4	682,4	666,5	670,0	2018 Jan.
59,7	18,2	2,9	2,6	10,7	8,8	3,8	2,1	1 006,3	36,0	690,3	678,6	625,9	Febr.
63,8	22,6	2,9	2,6	9,1	8,3	2,9	2,3	1 014,0	35,2	641,0	675,0	635,6	März
59,2	18,0	2,9	2,5	11,7	8,4	2,4	2,2	1 016,6	34,7	672,9	677,3	624,6	April
58,8	16,8	2,9	2,5	10,4	8,8	1,6	2,0	1 031,1	36,4	707,2	679,7	646,6	Mai
62,2	21,7	2,9	2,5	10,2	9,3	1,3	2,1	1 022,2	33,7	670,8	680,2	620,5	Juni
61,5	19,0	2,9	2,5	12,4	10,0	1,8	2,0	1 016,9	33,1	681,9	682,2	586,7	Juli
58,9	16,4	2,8	2,5	13,9	10,6	1,2	2,0	1 021,2	35,0	690,5	684,5	603,8	Aug.
57,8	17,4	2,8	2,5	11,5	9,2	1,3	2,0	1 034,7	33,9	681,7	687,2	578,7	Sept.
58,6	17,2	2,8	2,5	11,4	9,7	2,4	2,0	1 044,7	36,2	666,9	687,8	600,0	Okt.
56,3	15,0	2,8	2,5	12,5	10,0	1,3	2,4	1 048,3	34,6	643,3	688,1	607,3	Nov.
56,7	15,8	2,8	2,5	11,3	10,5	0,8	2,4	1 034,0	31,9	575,9	695,6	610,7	Dez.
56,2	15,3	2,8	2,5	11,5	10,1	1,7	2,4	1 048,1	32,1	636,9	688,3	640,1	2019 Jan.
55,9	14,9	2,8	2,5	11,7	10,0	2,0	2,3	1 067,8	32,1	621,9	685,0	639,4	Febr.
<b>Veränderungen 4)</b>													
- 2,2	1,7	0,5	0,3	- 0,1	- 0,7	10,0	- 3,7	- 76,9	- 6,6	- 80,5	13,7	137,8	2011
- 7,2	- 3,6	0,5	0,3	- 7,9	- 9,2	- 19,6	- 1,2	- 107,0	- 18,6	- 54,2	21,0	- 68,5	2012
- 0,5	2,2	- 0,3	- 0,1	- 11,3	- 10,0	- 4,1	- 3,2	- 104,9	- 17,6	- 134,1	18,9	- 417,1	2013
- 2,3	- 1,2	- 0,2	- 0,1	- 6,4	- 4,8	- 3,4	- 0,6	- 63,7	- 0,2	- 35,9	26,1	- 178,3	2014
- 0,1	0,0	0,0	0,1	- 0,4	- 1,9	- 1,0	- 0,0	- 86,8	- 7,7	- 30,3	28,0	- 143,2	2015
1,1	0,0	- 0,3	- 0,1	- 2,2	- 1,2	- 0,3	- 1,1	8,6	- 1,3	- 116,1	26,4	- 39,5	2016
10,8	4,2	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	1,1	- 0,3	- 3,3	- 8,5	- 16,1	34,1	- 162,3	2017
- 6,4	- 4,1	- 0,1	- 0,1	2,1	2,1	- 2,6	0,3	30,0	- 5,9	- 36,0	7,4	10,3	2018
4,0	2,9	- 0,0	- 0,0	- 0,5	0,1	- 0,6	0,1	1,0	0,3	- 31,9	8,9	- 56,0	2017 Juni
- 0,5	- 0,9	- 0,0	- 0,0	1,4	- 0,0	1,4	- 0,0	- 3,1	- 0,7	- 0,1	- 1,9	- 10,6	Juli
- 0,9	- 0,8	- 0,0	- 0,0	- 0,6	- 0,1	0,1	0,2	- 1,7	- 1,2	- 39,0	2,7	- 13,0	Aug.
3,2	2,2	- 0,0	- 0,0	- 0,8	0,0	- 0,7	0,0	- 10,2	- 0,5	25,3	4,7	- 25,6	Sept.
- 1,2	- 2,2	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 9,6	- 1,6	- 3,8	- 0,5	- 2,6	Okt.
- 1,3	- 1,5	- 0,0	- 0,0	3,0	0,3	0,3	0,0	- 0,2	- 0,5	- 0,6	- 1,5	- 7,1	Nov.
4,7	3,0	0,0	0,0	- 2,4	0,3	0,7	- 0,0	- 7,3	- 2,3	- 59,2	5,6	- 16,1	Dez.
- 1,5	- 0,8	- 0,0	- 0,0	0,6	0,2	1,0	- 0,0	15,8	- 2,2	84,0	- 17,5	11,0	2018 Jan.
- 1,7	- 0,8	- 0,0	- 0,0	0,6	- 0,1	- 0,5	- 0,0	- 0,5	0,6	5,0	10,8	- 1,0	Febr.
4,1	4,4	- 0,0	- 0,0	- 1,6	- 0,4	- 0,9	0,2	9,4	- 0,8	- 48,1	- 3,0	12,1	März
- 4,6	- 4,6	- 0,0	- 0,0	2,7	0,1	- 0,5	- 0,1	- 0,9	- 0,3	28,0	1,7	- 8,4	April
- 0,5	- 1,4	- 0,0	- 0,0	- 1,4	0,3	- 0,8	- 0,2	7,3	1,4	29,3	0,1	23,6	Mai
3,3	4,9	- 0,0	- 0,0	- 0,1	0,5	- 0,4	0,1	- 9,2	- 2,7	- 36,6	0,4	- 24,3	Juni
- 0,6	- 2,7	- 0,0	- 0,0	2,2	0,7	0,6	- 0,1	- 3,6	- 0,6	12,3	2,6	- 32,6	Juli
- 2,6	- 2,6	- 0,0	- 0,0	1,4	0,6	- 0,6	- 0,0	2,8	1,9	7,5	2,3	17,3	Aug.
- 1,2	0,9	- 0,0	- 0,0	- 2,4	- 1,3	0,1	- 0,0	11,8	- 1,1	- 10,0	2,2	- 23,7	Sept.
- 0,8	- 0,3	0,0	0,0	- 0,0	0,5	1,0	0,1	5,5	2,2	- 18,1	- 0,7	24,1	Okt.
- 2,3	- 2,2	- 0,0	- 0,0	1,2	0,5	- 1,0	0,3	4,4	- 1,6	- 23,1	0,5	7,6	Nov.
0,5	0,9	- 0,0	- 0,0	- 1,2	0,5	- 0,6	0,0	- 12,7	- 2,6	- 66,2	8,0	4,7	Dez.
- 0,6	- 0,5	- 0,0	- 0,0	0,2	- 0,4	0,9	0,0	13,9	0,2	61,2	- 7,3	31,7	2019 Jan.
- 0,3	- 0,4	- 0,0	- 0,0	0,5	0,2	0,3	- 0,1	20,3	0,5	- 15,0	- 3,9	1,4	Febr.

Zentralregierungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar

2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. \* in Tabelle II, 1).

## IV. Banken

### 2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen \*)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
<b>Alle Bankengruppen</b>													
2018 Sept.	1 591	7 848,1	518,2	2 377,8	1 893,6	480,6	4 126,4	355,9	3 079,5	0,5	683,4	110,6	715,1
Okt.	1 583	7 893,2	560,9	2 336,7	1 854,7	478,4	4 156,9	367,3	3 104,8	0,5	677,7	110,6	728,0
Nov.	1 581	7 928,3	550,1	2 358,2	1 873,0	482,3	4 173,7	368,0	3 124,0	0,6	674,6	110,1	736,0
Dez.	1 583	7 823,7	464,0	2 337,6	1 855,6	480,2	4 156,4	348,6	3 130,8	0,6	671,9	113,2	752,4
2019 Jan.	1 578	7 949,9	497,6	2 378,0	1 894,5	481,4	4 189,6	373,7	3 140,5	0,5	667,9	112,6	772,1
Febr.	1 579	7 984,1	516,1	2 393,6	1 904,1	487,0	4 195,5	367,4	3 150,9	0,5	670,6	112,8	766,2
<b>Kreditbanken 6)</b>													
2019 Jan.	263	3 225,2	318,5	969,0	886,6	81,9	1 327,2	215,2	904,7	0,4	204,0	51,7	558,8
Febr.	264	3 226,0	314,2	973,9	890,3	83,2	1 331,1	212,8	909,2	0,4	206,4	51,8	554,9
<b>Großbanken 7)</b>													
2019 Jan.	4	1 874,3	132,8	566,7	535,9	30,8	627,6	124,0	395,1	0,1	106,2	45,1	502,2
Febr.	4	1 871,7	134,1	567,9	536,7	31,2	627,4	120,9	397,2	0,1	107,6	45,2	497,0
<b>Regionalbanken und sonstige Kreditbanken</b>													
2019 Jan.	150	948,4	89,5	202,2	153,2	48,8	602,2	60,8	450,3	0,3	90,4	5,5	49,0
Febr.	150	953,8	85,6	208,3	158,6	49,7	603,8	59,8	452,1	0,3	91,4	5,6	50,5
<b>Zweigstellen ausländischer Banken</b>													
2019 Jan.	109	402,5	96,2	200,1	197,5	2,3	97,5	30,4	59,3	0,1	7,4	1,1	7,6
Febr.	110	400,4	94,5	197,7	195,1	2,3	99,9	32,1	60,0	0,1	7,4	1,1	7,3
<b>Landesbanken</b>													
2019 Jan.	6	782,7	50,6	250,8	190,2	60,2	394,6	49,2	296,9	0,0	46,7	9,0	77,7
Febr.	6	789,2	60,8	253,5	191,9	61,2	390,8	45,8	296,1	0,0	47,2	9,0	75,1
<b>Sparkassen</b>													
2019 Jan.	385	1 284,3	47,3	189,0	70,2	118,6	1 014,2	51,7	799,3	0,0	163,0	14,1	19,8
Febr.	385	1 289,5	48,1	189,7	70,0	119,6	1 017,6	52,1	802,4	0,0	162,9	14,1	20,0
<b>Kreditgenossenschaften</b>													
2019 Jan.	875	932,1	19,8	173,1	65,8	107,0	702,6	34,2	556,5	0,0	111,8	17,2	19,4
Febr.	875	936,4	21,0	172,7	65,0	107,4	706,0	34,6	558,8	0,0	112,4	17,2	19,4
<b>Realkreditinstitute</b>													
2019 Jan.	11	231,6	4,2	29,9	19,7	10,2	190,8	2,7	166,7	-	21,3	0,2	6,6
Febr.	11	233,6	4,9	30,6	20,3	10,3	191,4	2,6	167,6	-	21,1	0,2	6,6
<b>Bausparkassen</b>													
2019 Jan.	20	233,6	1,0	54,1	38,2	15,9	173,9	1,1	147,0	.	25,7	0,3	4,3
Febr.	20	234,3	1,1	54,1	38,2	15,9	174,5	1,1	147,6	.	25,8	0,3	4,2
<b>Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben</b>													
2019 Jan.	18	1 260,3	56,2	712,1	623,9	87,6	386,3	19,6	269,3	-	95,3	20,3	85,4
Febr.	18	1 275,0	65,9	719,0	628,4	89,4	384,0	18,2	269,1	-	94,7	20,2	85,9
<b>Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)</b>													
2019 Jan.	143	1 117,2	145,0	373,7	338,3	35,0	500,8	78,1	336,3	0,4	85,1	3,6	94,0
Febr.	144	1 125,7	144,9	379,9	344,2	35,4	503,1	78,4	338,0	0,4	85,9	3,6	94,3
<b>darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)</b>													
2019 Jan.	34	714,7	48,8	173,6	140,8	32,7	403,4	47,8	277,0	0,3	77,7	2,6	86,4
Febr.	34	725,3	50,4	182,3	149,1	33,1	403,2	46,3	278,0	0,3	78,5	2,6	87,0

\* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. 1 Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. 2 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 In den Termineinlagen enthalten. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. 5 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	Spareinlagen 4)		Sparbriefe					
	Sichteinlagen	Termineinlagen			bis 1 Jahr einschl. über 1 Jahr 2)	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist									
<b>Alle Bankengruppen</b>															
1 745,1	543,8	1 201,3	3 752,1	2 155,7	283,9	685,3	66,8	584,3	544,6	43,0	1 126,6	526,3	698,0	2018 Sept.	
1 735,3	524,9	1 210,5	3 775,0	2 174,5	286,9	687,1	72,3	584,0	544,8	42,5	1 140,4	526,5	715,8	Okt.	
1 739,4	526,0	1 213,5	3 795,6	2 212,2	269,6	688,1	61,7	583,9	545,3	41,8	1 143,7	527,1	722,5	Nov.	
1 664,0	476,1	1 187,8	3 769,1	2 190,3	260,8	691,2	38,8	585,6	547,3	41,2	1 130,3	531,3	729,0	Dez.	
1 714,0	520,3	1 193,6	3 809,3	2 212,1	284,4	686,8	70,9	585,4	547,6	40,6	1 143,3	531,3	752,0	2019 Jan.	
1 744,9	549,0	1 195,8	3 796,2	2 199,0	285,3	685,4	49,5	586,5	548,7	40,0	1 159,7	533,6	749,8	Febr.	
<b>Kreditbanken 6)</b>															
830,1	369,6	460,5	1 552,0	976,1	179,7	280,9	64,3	98,8	92,5	16,4	174,9	190,9	477,3	2019 Jan.	
842,3	388,7	453,6	1 536,5	964,1	178,2	278,6	45,5	99,6	93,0	16,1	178,2	193,0	475,9	Febr.	
<b>Großbanken 7)</b>															
437,1	173,0	264,0	779,1	468,0	107,7	117,6	64,2	82,3	77,0	3,5	123,9	109,8	424,5	2019 Jan.	
446,9	188,5	258,4	765,9	454,8	108,1	116,4	45,5	83,1	77,5	3,5	128,1	109,6	421,2	Febr.	
<b>Regionalbanken und sonstige Kreditbanken</b>															
171,8	64,8	106,9	611,8	395,9	46,3	140,4	0,0	16,3	15,3	12,9	50,5	71,0	43,4	2019 Jan.	
175,4	67,0	108,3	610,5	397,0	45,6	139,1	0,1	16,3	15,3	12,5	49,5	73,4	45,0	Febr.	
<b>Zweigstellen ausländischer Banken</b>															
221,3	131,7	89,6	161,1	112,2	25,7	23,0	–	0,2	0,2	0,0	0,5	10,0	9,5	2019 Jan.	
220,1	133,2	86,9	160,1	112,2	24,5	23,1	–	0,2	0,2	0,0	0,6	10,1	9,6	Febr.	
<b>Landesbanken</b>															
241,7	60,5	181,3	230,9	105,7	39,8	77,8	4,9	7,4	7,2	0,3	184,4	42,3	83,3	2019 Jan.	
248,5	66,3	182,2	231,5	103,1	41,9	78,8	3,3	7,4	7,2	0,3	185,4	42,3	81,6	Febr.	
<b>Sparkassen</b>															
133,3	4,9	128,4	970,2	627,9	16,9	15,7	–	292,4	269,5	17,2	19,0	117,1	44,7	2019 Jan.	
133,5	5,1	128,5	974,8	633,5	16,1	15,7	–	292,5	269,7	17,0	19,0	117,1	45,1	Febr.	
<b>Kreditgenossenschaften</b>															
117,3	1,5	115,8	694,8	456,2	33,3	13,9	–	186,3	178,0	5,0	9,8	79,4	30,8	2019 Jan.	
117,8	1,3	116,6	698,2	459,4	33,2	13,9	–	186,6	178,3	5,0	9,8	79,5	31,1	Febr.	
<b>Realkreditinstitute</b>															
47,2	4,1	43,1	74,7	2,2	3,1	69,4	–	–	–	–	91,8	10,6	7,3	2019 Jan.	
48,1	4,8	43,3	74,2	2,2	3,1	68,9	0,0	–	–	–	93,4	10,6	7,3	Febr.	
<b>Bausparkassen</b>															
23,0	3,2	19,8	184,7	3,3	2,1	178,8	–	0,5	0,4	0,1	3,3	11,7	11,0	2019 Jan.	
23,1	2,7	20,4	185,2	3,2	2,0	179,4	–	0,5	0,5	0,1	3,2	11,7	11,0	Febr.	
<b>Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben</b>															
321,3	76,6	244,7	101,9	40,6	9,5	50,3	1,7	–	–	–	660,0	79,3	97,8	2019 Jan.	
331,4	80,3	251,1	95,7	33,4	10,8	50,0	0,6	–	–	–	670,7	79,4	97,8	Febr.	
<b>Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)</b>															
393,9	205,5	188,3	552,9	396,8	50,2	80,0	6,4	19,9	19,5	5,9	27,4	53,9	89,2	2019 Jan.	
398,1	214,2	183,9	551,6	393,8	53,0	79,1	1,8	19,9	19,5	5,8	28,3	55,7	92,0	Febr.	
<b>darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)</b>															
172,6	73,8	98,8	391,8	284,6	24,6	57,0	6,4	19,7	19,3	5,9	26,8	43,8	79,7	2019 Jan.	
178,0	81,1	96,9	391,5	281,6	28,4	56,0	1,8	19,7	19,3	5,8	27,8	45,6	82,4	Febr.	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. 8 Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

#### IV. Banken

#### 3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland \*)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)					Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	–	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	–	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	–	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	–	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014	18,9	81,3	1 425,9	1 065,6	0,0	2,1	358,2	1,7	3 167,3	2 712,2	0,4	0,7	454,0
2015	19,2	155,0	1 346,6	1 062,6	0,0	1,7	282,2	1,7	3 233,9	2 764,0	0,4	0,4	469,0
2016	25,8	284,0	1 364,9	1 099,8	0,0	0,8	264,3	2,0	3 274,3	2 823,8	0,3	0,4	449,8
2017	31,9	392,5	1 407,5	1 163,4	0,0	0,7	243,4	1,9	3 332,6	2 894,0	0,4	0,7	437,5
2018	40,4	416,1	1 323,5	1 083,8	0,0	0,8	239,0	5,9	3 394,5	2 990,2	0,2	0,2	403,9
2017 Sept.	28,1	409,2	1 416,1	1 168,3	0,0	1,3	246,5	1,7	3 317,6	2 878,2	0,3	0,7	438,4
Okt.	28,1	472,7	1 378,5	1 130,6	0,0	0,9	247,0	1,7	3 326,1	2 887,0	0,3	0,8	438,0
Nov.	27,7	457,1	1 422,2	1 175,1	0,0	0,8	246,3	1,8	3 343,7	2 899,6	0,2	1,2	442,6
Dez.	31,9	392,5	1 407,5	1 163,4	0,0	0,7	243,4	1,9	3 332,6	2 894,0	0,4	0,7	437,5
2018 Jan.	29,0	448,1	1 421,7	1 176,0	0,0	0,7	245,1	2,5	3 339,3	2 904,9	0,3	1,0	433,1
Febr.	29,3	460,7	1 409,5	1 165,3	0,0	0,8	243,3	2,9	3 338,3	2 910,6	0,2	1,2	426,4
März	34,8	440,7	1 389,5	1 143,5	0,0	0,9	245,2	3,2	3 342,5	2 919,6	0,3	1,0	421,7
April	33,5	464,4	1 405,8	1 159,9	0,0	0,8	245,1	3,6	3 348,5	2 926,7	0,2	1,6	420,0
Mai	34,8	475,7	1 398,4	1 153,4	0,0	1,0	244,1	4,1	3 350,0	2 928,6	0,2	2,3	418,8
Juni	34,7	437,6	1 388,9	1 146,3	0,0	1,0	241,6	4,5	3 361,8	2 941,9	0,2	1,8	417,7
Juli	34,4	456,8	1 369,6	1 128,2	0,0	1,1	240,3	4,8	3 368,0	2 949,9	0,2	2,2	415,6
Aug.	34,8	455,2	1 383,7	1 141,5	0,0	1,2	241,0	5,3	3 368,5	2 956,8	0,2	1,6	409,9
Sept.	35,6	471,0	1 349,1	1 105,9	0,0	1,3	241,9	5,9	3 384,0	2 971,7	0,2	1,8	410,2
Okt.	36,6	505,8	1 323,8	1 082,0	0,0	1,4	240,3	6,1	3 384,4	2 977,1	0,2	0,6	406,6
Nov.	36,5	496,8	1 350,3	1 107,7	0,0	1,3	241,3	6,0	3 397,3	2 992,0	0,2	0,8	404,3
Dez.	40,4	416,1	1 323,5	1 083,8	0,0	0,8	239,0	5,9	3 394,5	2 990,2	0,2	0,2	403,9
2019 Jan.	36,5	451,8	1 346,4	1 106,7	0,0	0,8	238,9	6,1	3 405,3	3 003,3	0,2	1,0	400,8
Febr.	36,6	471,9	1 361,8	1 118,8	0,0	0,8	242,1	6,1	3 413,6	3 014,0	0,2	0,3	399,0
<b>Veränderungen *)</b>													
2010	– 0,9	+ 0,6	– 19,3	+ 61,5	± 0,0	– 24,0	– 56,8	– 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2011	– 0,2	+ 14,2	+ 47,3	+ 80,5	–	– 0,4	– 32,8	– 0,1	– 30,6	– 3,2	+ 0,0	– 21,5	– 5,9
2012	+ 2,7	+ 40,5	+ 68,6	+ 37,5	–	– 4,6	– 26,5	+ 0,1	+ 21,0	+ 9,8	– 0,2	+ 4,3	+ 15,7
2013	+ 0,0	– 48,8	– 204,1	– 170,6	+ 0,0	– 0,7	– 32,7	– 0,2	+ 4,4	+ 0,3	– 0,1	– 0,6	+ 4,8
2014	+ 0,4	– 4,3	– 119,3	– 87,1	+ 0,0	+ 0,4	– 32,6	+ 0,1	+ 36,7	+ 20,6	– 0,1	– 0,6	+ 16,8
2015	+ 0,3	+ 73,7	– 80,7	– 4,3	– 0,0	– 0,4	– 75,9	– 0,1	+ 68,9	+ 54,1	– 0,0	– 0,3	+ 15,1
2016	+ 6,5	+129,1	+ 48,1	+ 66,9	–	– 0,9	– 17,9	+ 0,4	+ 43,7	+ 62,8	– 0,1	– 0,1	– 18,9
2017	+ 6,1	+108,4	+ 50,3	+ 70,4	– 0,0	+ 0,0	– 20,1	– 0,1	+ 57,0	+ 70,2	+ 0,0	+ 0,4	– 13,6
2018	+ 8,5	+ 24,0	– 81,0	– 76,6	+ 0,0	+ 0,1	– 4,4	+ 3,8	+ 71,5	+ 105,4	– 0,1	– 0,5	– 33,2
2017 Sept.	+ 0,8	– 12,1	+ 34,1	+ 38,3	– 0,0	– 0,1	– 4,1	– 0,0	+ 7,3	+ 8,8	+ 0,1	– 0,0	– 1,5
Okt.	+ 0,1	+ 63,5	– 37,6	+ 37,6	+ 0,0	– 0,4	+ 0,5	+ 0,0	+ 8,6	+ 8,8	– 0,0	+ 0,0	– 0,3
Nov.	– 0,4	– 15,6	+ 43,7	+ 44,4	–	– 0,0	– 0,7	+ 0,1	+ 17,7	+ 12,7	– 0,0	+ 0,4	+ 4,6
Dez.	+ 4,1	– 64,6	– 10,3	– 7,3	– 0,0	– 0,2	– 2,9	+ 0,1	– 11,1	– 5,6	+ 0,1	– 0,5	– 5,1
2018 Jan.	– 2,9	+ 55,6	+ 13,7	+ 12,1	–	+ 0,0	+ 1,7	+ 0,6	+ 6,9	+ 11,0	– 0,1	+ 0,3	– 4,4
Febr.	+ 0,3	+ 12,7	– 12,3	– 10,7	+ 0,0	+ 0,1	– 1,7	+ 0,4	– 1,0	+ 5,6	– 0,1	+ 0,2	– 6,7
März	+ 5,5	– 20,0	– 19,9	– 21,9	–	+ 0,1	+ 1,9	+ 0,3	+ 4,2	+ 9,1	+ 0,1	– 0,2	– 4,7
April	– 1,3	+ 23,6	+ 16,8	+ 16,9	+ 0,0	– 0,0	– 0,0	+ 0,4	+ 6,4	+ 7,1	– 0,0	+ 0,7	– 1,3
Mai	+ 1,3	+ 11,4	– 5,8	– 4,9	–	+ 0,1	– 1,1	+ 0,5	+ 10,4	+ 10,8	– 0,0	+ 0,7	– 1,2
Juni	– 0,1	– 38,1	– 9,5	– 7,1	–	+ 0,0	– 2,4	+ 0,4	+ 11,8	+ 13,3	+ 0,0	– 0,5	– 1,0
Juli	– 0,3	+ 19,3	– 19,3	– 18,1	–	+ 0,1	– 1,3	+ 0,3	+ 6,2	+ 8,0	– 0,0	+ 0,4	– 2,1
Aug.	+ 0,4	– 1,6	+ 15,6	+ 14,8	–	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,7	+ 7,1	– 0,0	– 0,6	– 5,8
Sept.	+ 0,8	+ 16,0	– 34,6	– 35,7	–	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,4	+ 15,5	+ 14,9	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,4
Okt.	+ 1,1	+ 34,7	– 25,4	– 23,8	+ 0,0	+ 0,1	– 1,7	+ 0,1	+ 0,5	+ 5,4	– 0,0	– 1,2	– 3,6
Nov.	– 0,1	– 9,0	+ 26,6	+ 25,7	–	– 0,1	+ 1,0	– 0,1	+ 12,9	+ 14,9	+ 0,0	+ 0,2	– 2,2
Dez.	+ 3,9	– 80,6	– 26,9	– 24,0	–	– 0,6	– 2,3	– 0,1	– 2,9	– 1,8	+ 0,0	– 0,6	– 0,5
2019 Jan.	– 3,9	+ 35,6	+ 23,0	+ 23,0	– 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 10,8	+ 13,1	– 0,0	+ 0,8	– 3,1
Febr.	+ 0,1	+ 20,1	+ 15,3	+ 12,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 3,2	+ 0,0	+ 8,3	+ 10,7	+ 0,0	– 0,7	– 1,7

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm. \*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldver-

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nach-

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Zeit
			insgesamt	Sicht- einlagen 4)	Termin- ein- lagen 4)	weiter- gegebene Wechsel 5)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	insgesamt	Sicht- ein- lagen	Termin- ein- lagen 6)	Spar- ein- lagen 7)	Spar- briefe 8)		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009
-	33,7	96,8	1 238,3	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 935,2	1 104,4	1 117,1	618,2	95,4	37,5	2010
-	36,3	94,6	1 210,5	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 045,5	1 168,3	1 156,2	616,1	104,8	36,5	2011
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	2013
-	26,5	94,3	1 111,9	127,8	984,0	0,0	11,7	3 118,2	1 517,8	926,7	607,8	66,0	30,9	2014
-	20,4	89,6	1 065,6	131,1	934,5	0,0	6,1	3 224,7	1 673,7	898,4	596,5	56,1	29,3	2015
-	19,1	91,0	1 032,9	129,5	903,3	0,1	5,6	3 326,7	1 798,2	889,6	588,5	50,4	28,8	2016
-	19,1	88,1	1 048,2	110,7	937,4	0,0	5,1	3 420,9	1 941,0	853,2	582,9	43,7	30,0	2017
-	18,0	90,9	1 020,9	105,5	915,4	0,0	4,7	3 537,6	2 080,1	841,5	578,6	37,3	33,9	2018
-	19,5	88,1	1 071,5	120,2	951,3	0,0	5,3	3 380,7	1 891,7	861,9	581,8	45,3	30,0	2017 Sept.
-	19,4	87,9	1 081,0	122,8	958,2	0,0	5,3	3 396,5	1 916,8	853,4	581,5	44,8	29,9	Okt.
-	19,4	88,1	1 079,8	125,9	953,9	0,0	5,3	3 426,8	1 944,0	857,5	581,0	44,3	30,1	Nov.
-	19,1	88,1	1 048,2	110,7	937,4	0,0	5,1	3 420,9	1 941,0	853,2	582,9	43,7	30,0	Dez.
-	18,9	88,2	1 060,1	116,0	944,1	0,0	5,0	3 428,9	1 949,3	854,1	582,4	42,9	30,4	2018 Jan.
-	19,0	88,5	1 056,6	110,3	946,4	0,0	5,0	3 425,8	1 949,6	851,6	582,2	42,3	30,9	Febr.
-	18,9	88,5	1 056,3	118,6	937,7	0,0	5,0	3 421,8	1 948,0	850,7	581,3	41,8	31,5	März
-	18,8	89,2	1 052,8	118,2	934,6	0,0	5,0	3 439,5	1 971,4	846,3	580,5	41,3	31,9	April
-	18,8	93,8	1 035,9	107,1	928,9	0,0	5,0	3 471,4	2 002,6	847,7	580,2	40,9	32,4	Mai
-	18,7	94,0	1 034,3	122,0	912,2	0,0	4,9	3 473,1	1 996,6	856,7	579,3	40,6	32,6	Juni
-	18,5	94,4	1 041,4	118,8	922,6	0,0	4,9	3 473,2	2 002,6	852,3	578,2	40,0	32,8	Juli
-	18,4	88,0	1 042,8	117,3	925,5	0,0	4,8	3 485,0	2 020,0	847,9	577,6	39,5	33,1	Aug.
-	18,3	87,9	1 033,4	117,1	916,2	0,0	4,8	3 482,9	2 022,5	844,0	577,3	39,1	33,9	Sept.
-	17,9	87,9	1 032,9	111,3	921,6	0,0	4,8	3 504,0	2 044,7	843,7	577,0	38,6	33,7	Okt.
-	17,9	87,7	1 045,8	115,5	930,3	0,0	4,7	3 537,4	2 079,6	843,0	576,9	37,9	33,7	Nov.
-	18,0	90,9	1 020,9	105,5	915,4	0,0	4,7	3 537,6	2 080,1	841,5	578,6	37,3	33,9	Dez.
-	17,8	90,8	1 039,4	114,9	924,6	0,0	4,7	3 540,8	2 079,4	846,3	578,5	36,7	33,8	2019 Jan.
-	17,8	90,8	1 045,6	118,2	927,4	0,0	4,7	3 554,5	2 088,8	850,1	579,5	36,1	34,0	Febr.
<b>Veränderungen *)</b>														
-	2,1	- 9,2	- 96,5	+ 22,3	- 119,1	- 0,0	- 0,2	+ 77,8	+ 76,0	- 18,9	+ 24,0	- 3,3	- 1,7	2010
-	1,1	- 2,2	- 25,0	- 20,0	- 5,1	- 0,0	+ 0,1	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	2011
-	1,3	- 4,1	- 70,8	+ 21,5	- 91,9	- 0,0	+ 0,2	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	2012
-	3,3	+ 2,4	- 79,4	- 24,1	- 55,3	+ 0,0	- 3,4	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 7,4	- 17,0	- 1,7	2013
-	1,9	+ 2,0	- 29,0	+ 2,2	- 31,2	- 0,0	- 0,6	+ 69,7	+ 107,9	- 25,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	2014
-	2,1	- 4,3	- 46,6	+ 3,3	- 50,0	+ 0,0	- 1,3	+ 106,5	+ 156,2	- 28,3	- 11,3	- 10,1	- 1,6	2015
-	1,3	+ 1,5	- 1,7	+ 0,3	- 2,0	+ 0,0	- 0,5	+ 104,7	+ 124,5	- 6,9	- 7,9	- 5,0	- 0,5	2016
-	0,0	- 1,6	+ 11,0	- 18,4	+ 29,4	- 0,0	- 0,5	+ 103,1	+ 142,8	- 27,5	- 5,6	- 6,7	+ 0,4	2017
-	1,0	+ 3,1	- 25,0	- 3,1	- 21,9	+ 0,0	- 0,4	+ 117,7	+ 139,3	- 10,8	- 4,3	- 6,5	+ 3,9	2018
-	0,1	- 0,3	- 3,3	- 1,0	- 2,3	-	- 0,1	+ 4,3	+ 7,5	- 2,5	- 0,6	- 0,1	- 0,1	2017 Sept.
-	0,1	- 0,1	+ 9,5	+ 2,6	+ 6,9	-	+ 0,0	+ 15,7	+ 25,1	- 8,5	- 0,3	- 0,5	- 0,0	Okt.
-	0,0	+ 0,1	- 1,0	+ 3,1	- 4,2	-	+ 0,0	+ 30,3	+ 27,2	+ 4,0	- 0,5	- 0,5	+ 0,1	Nov.
-	0,3	+ 0,5	- 27,3	- 15,0	- 12,2	- 0,0	- 0,2	- 5,9	- 3,0	- 4,2	+ 1,9	- 0,6	- 0,1	Dez.
-	0,1	- 0,0	+ 11,9	+ 5,2	+ 6,7	+ 0,0	- 0,1	+ 7,6	+ 8,0	+ 0,9	- 0,4	- 0,8	+ 0,4	2018 Jan.
-	0,0	+ 0,4	- 3,5	- 5,8	+ 2,3	-	+ 0,0	- 3,1	+ 0,3	- 2,5	- 0,3	- 0,6	+ 0,5	Febr.
-	0,1	+ 0,0	- 0,3	+ 8,3	- 8,7	+ 0,0	- 0,0	- 4,0	- 1,7	- 0,9	- 0,9	- 0,5	+ 0,5	März
-	0,1	+ 0,7	- 3,0	+ 0,3	- 3,2	- 0,0	- 0,0	+ 18,6	+ 23,4	- 3,5	- 0,8	- 0,5	+ 0,4	April
-	0,0	+ 4,6	- 16,9	- 11,2	- 5,7	+ 0,0	- 0,0	+ 31,9	+ 31,3	+ 1,4	- 0,3	- 0,5	+ 0,5	Mai
-	0,1	+ 0,2	- 1,6	+ 15,0	- 16,6	-	- 0,1	+ 1,8	- 6,0	+ 9,1	- 0,9	- 0,4	+ 0,3	Juni
-	0,2	+ 0,4	+ 7,7	- 2,7	+ 10,4	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 6,1	- 4,4	- 1,0	- 0,6	+ 0,2	Juli
-	0,0	- 6,0	+ 2,8	- 1,5	+ 4,2	- 0,0	- 0,0	+ 11,9	+ 17,3	- 4,3	- 0,6	- 0,5	+ 0,5	Aug.
-	0,1	- 0,0	- 9,5	- 0,2	- 9,3	-	- 0,0	- 1,9	+ 2,7	- 3,9	- 0,3	- 0,4	+ 0,6	Sept.
-	0,4	- 0,1	- 0,5	- 5,8	+ 5,3	+ 0,0	- 0,0	+ 21,2	+ 22,2	- 0,2	- 0,3	- 0,5	- 0,2	Okt.
-	0,0	- 0,2	+ 13,0	+ 4,2	+ 8,8	+ 0,0	- 0,0	+ 33,4	+ 34,8	- 0,5	- 0,1	- 0,7	- 0,0	Nov.
-	0,1	+ 3,2	- 24,9	- 8,9	- 16,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,2	+ 0,8	- 1,8	+ 1,7	- 0,6	+ 0,2	Dez.
-	0,2	- 0,0	+ 18,6	+ 9,4	+ 9,2	- 0,0	- 0,0	+ 3,2	- 0,7	+ 4,7	- 0,2	- 0,6	+ 0,0	2019 Jan.
-	-	- 0,0	+ 5,9	+ 3,3	+ 2,6	+ 0,0	+ 0,0	+ 13,6	+ 9,3	+ 3,8	+ 1,1	- 0,6	+ 0,1	Febr.

rangiger Verbindlichkeiten. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. 5 Eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen;

siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

#### IV. Banken

#### 4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland \*)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittellangfristig					zusammen	kurzfristig	mittellangfristig		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														
2009	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3
2010	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3
2011	0,6	1 117,6	871,0	566,3	304,8	4,6	241,9	2,6	744,4	455,8	102,0	353,8	8,5	280,1
2012	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8
2013	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2014	0,2	1 125,2	884,8	618,7	266,1	7,9	232,5	1,1	735,1	415,2	94,4	320,8	6,5	313,5
2015	0,3	1 066,9	830,7	555,9	274,7	1,2	235,0	1,0	751,5	424,3	83,8	340,5	7,5	319,7
2016	0,3	1 055,9	820,6	519,8	300,7	0,5	234,9	1,0	756,2	451,6	90,1	361,4	5,0	299,6
2017	0,3	963,8	738,2	441,0	297,2	0,7	225,0	2,3	723,9	442,2	93,3	348,9	4,2	277,5
2018	0,2	1 014,1	771,9	503,8	268,1	1,0	241,3	3,0	762,0	489,6	99,9	389,7	4,3	268,1
2017 Sept.	0,3	1 007,0	780,1	484,7	295,4	1,9	225,1	2,1	743,3	457,8	107,9	349,9	6,7	278,8
Okt.	0,3	996,7	769,4	473,5	295,9	1,9	225,3	2,1	739,9	457,9	104,8	353,1	6,5	275,6
Nov.	0,3	988,3	761,0	467,6	293,4	1,4	225,9	2,2	736,5	454,9	105,5	349,3	6,4	275,2
Dez.	0,3	963,8	738,2	441,0	297,2	0,7	225,0	2,3	723,9	442,2	93,3	348,9	4,2	277,5
2018 Jan.	0,3	985,4	758,1	466,7	291,4	1,8	225,5	2,2	735,1	450,6	105,6	345,0	5,5	279,1
Febr.	0,3	999,3	770,8	477,7	293,1	2,1	226,3	2,3	742,5	459,1	111,5	347,7	6,2	277,2
März	0,3	993,3	759,8	469,7	290,0	2,2	231,3	2,4	736,2	456,1	108,7	347,4	6,5	273,6
April	0,3	1 003,7	769,6	478,3	291,3	2,3	231,8	2,4	730,1	453,9	105,2	348,7	6,8	269,4
Mai	0,3	1 030,6	796,6	501,0	295,6	2,3	231,7	2,5	749,9	470,2	112,9	357,2	5,3	274,4
Juni	0,3	1 027,1	792,4	501,1	291,2	2,3	232,4	2,5	732,4	454,6	97,7	356,9	5,9	271,8
Juli	0,2	1 031,9	795,4	502,7	292,7	2,3	234,2	2,6	740,4	464,1	103,9	360,2	6,1	270,2
Aug.	0,2	1 027,9	789,8	496,9	292,9	2,3	235,8	2,6	748,7	469,5	107,6	362,0	6,5	272,7
Sept.	0,3	1 028,7	787,7	496,7	291,1	2,3	238,6	2,7	742,5	464,0	102,4	361,6	5,3	273,2
Okt.	0,3	1 013,0	772,7	492,7	280,0	2,1	238,1	2,8	772,5	495,4	115,8	379,6	6,0	271,1
Nov.	0,3	1 007,9	765,4	491,4	274,0	1,5	241,0	2,9	776,4	500,3	117,6	382,7	5,9	270,2
Dez.	0,2	1 014,1	771,9	503,8	268,1	1,0	241,3	3,0	762,0	489,6	99,9	389,7	4,3	268,1
2019 Jan.	0,2	1 031,6	787,8	518,2	269,6	1,3	242,5	3,1	784,3	511,1	119,4	391,8	6,0	267,2
Febr.	0,2	1 031,8	785,3	511,5	273,7	1,7	244,8	3,2	782,0	504,5	110,6	393,9	5,9	271,5
<b>Veränderungen *)</b>														
2010	+ 0,1	- 141,5	- 116,2	- 47,3	- 68,9	- 4,8	- 20,4	- 0,2	- 62,0	- 24,5	- 12,6	- 11,9	+ 0,4	- 38,0
2011	+ 0,1	- 48,4	- 32,6	- 45,3	+ 12,7	+ 2,5	- 18,4	+ 0,0	- 38,9	- 13,6	- 12,8	- 0,9	- 1,6	- 23,6
2012	+ 0,1	- 70,1	- 56,8	- 23,1	- 33,7	+ 0,9	- 14,1	- 0,1	- 9,4	- 7,5	+ 8,3	- 15,9	+ 0,6	- 2,5
2013	- 0,5	- 22,7	- 26,9	- 1,3	- 25,6	+ 1,8	+ 2,4	- 0,0	- 21,2	- 33,1	- 5,8	- 27,2	- 0,7	+ 12,6
2014	- 0,0	+ 86,1	+ 80,1	+ 63,2	+ 16,8	+ 0,7	+ 5,3	- 0,6	+ 5,7	- 10,2	- 12,8	+ 2,7	- 1,8	+ 17,7
2015	+ 0,1	- 91,8	- 86,0	- 82,2	- 3,8	- 6,7	+ 0,8	- 0,1	- 6,1	- 9,2	- 6,5	- 2,7	+ 1,1	+ 2,0
2016	+ 0,0	- 25,5	- 14,5	- 38,2	+ 23,7	- 0,7	- 10,3	- 0,0	+ 17,4	+ 28,9	+ 10,1	+ 18,8	- 3,0	- 8,5
2017	+ 0,0	- 57,2	- 48,7	- 61,5	+ 12,8	+ 0,0	- 8,5	+ 0,6	- 4,7	+ 13,0	+ 8,6	+ 4,4	+ 0,7	- 18,4
2018	+ 0,0	+ 49,6	+ 34,0	+ 57,7	- 23,7	+ 0,2	+ 15,3	+ 0,7	+ 18,3	+ 28,3	+ 3,2	+ 25,2	- 0,4	- 9,7
2017 Sept.	+ 0,1	+ 5,0	+ 6,5	+ 5,6	+ 0,8	- 0,4	- 1,1	- 0,0	- 0,8	+ 2,1	+ 3,4	- 1,4	+ 0,7	- 3,5
Okt.	+ 0,0	- 13,4	- 13,6	- 12,3	- 1,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 5,3	- 1,5	- 3,4	+ 2,0	- 0,2	- 3,6
Nov.	- 0,0	- 3,2	- 3,4	- 3,4	- 0,1	- 0,5	+ 0,7	+ 0,0	- 0,8	- 0,9	+ 1,0	- 1,9	- 0,0	+ 0,1
Dez.	- 0,0	- 21,1	- 19,6	- 25,1	+ 5,5	- 0,7	- 0,8	+ 0,1	- 10,7	- 11,1	- 11,9	+ 0,8	- 2,2	+ 2,5
2018 Jan.	+ 0,0	+ 30,6	+ 28,8	+ 29,7	- 0,9	+ 1,1	+ 0,7	- 0,1	+ 15,8	+ 12,3	+ 12,8	- 0,6	+ 1,3	+ 2,3
Febr.	- 0,0	+ 8,4	+ 7,4	+ 8,2	- 0,8	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,1	+ 4,9	+ 6,5	+ 5,4	+ 1,1	+ 0,7	- 2,3
März	- 0,0	- 3,1	- 8,3	- 6,3	- 2,0	+ 0,0	+ 5,1	+ 0,1	- 5,1	- 2,1	- 2,6	+ 0,5	+ 0,4	- 3,4
April	+ 0,0	+ 6,0	+ 5,4	+ 6,6	- 1,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,0	- 8,2	- 4,1	- 3,9	- 0,3	+ 0,2	- 4,3
Mai	- 0,0	+ 16,9	+ 17,3	+ 17,3	- 0,0	- 0,0	- 0,4	+ 0,0	+ 14,7	+ 12,1	+ 7,0	+ 5,1	- 1,5	+ 4,2
Juni	+ 0,0	- 4,0	- 4,7	- 0,0	- 4,7	- 0,0	+ 0,8	+ 0,1	- 17,4	- 15,4	- 15,2	- 0,3	+ 0,6	- 2,6
Juli	- 0,0	+ 7,0	+ 5,1	+ 2,7	+ 2,4	+ 0,0	+ 1,8	+ 0,1	+ 9,2	+ 10,4	+ 6,4	+ 4,0	+ 0,1	- 1,4
Aug.	- 0,0	- 6,4	- 7,9	- 7,2	- 0,8	+ 0,0	+ 1,6	+ 0,1	+ 7,3	+ 4,7	+ 3,5	+ 1,1	+ 0,4	+ 2,3
Sept.	+ 0,0	- 1,2	- 3,9	- 1,2	- 2,8	- 0,0	+ 2,8	+ 0,1	- 7,6	- 6,8	- 5,5	- 1,3	- 1,1	+ 0,3
Okt.	- 0,0	- 7,7	- 6,9	- 4,5	- 2,4	- 0,2	- 0,6	+ 0,0	+ 12,8	+ 14,8	+ 10,5	+ 4,3	+ 0,6	- 2,6
Nov.	+ 0,0	- 4,9	- 6,5	- 0,9	- 5,6	- 0,6	+ 2,1	+ 0,1	+ 5,3	+ 5,4	+ 2,0	+ 3,5	- 0,1	- 0,0
Dez.	- 0,0	+ 8,0	+ 8,2	+ 13,2	- 4,9	- 0,6	+ 0,3	+ 0,1	- 13,4	- 9,5	- 17,4	+ 7,9	- 2,0	- 2,0
2019 Jan.	- 0,0	+ 17,6	+ 16,1	+ 14,5	+ 1,6	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,1	+ 22,2	+ 21,4	+ 19,4	+ 2,0	+ 1,7	- 0,9
Febr.	+ 0,0	- 1,8	- 4,5	- 7,7	+ 3,3	+ 0,4	+ 2,2	+ 0,1	- 4,3	- 8,3	- 9,2	+ 0,9	- 0,1	+ 4,2

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)							Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite			
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige				
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>																
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009		
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	227,6	84,8	142,7	76,7	66,0	1,5	2010		
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	2011		
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012		
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	2013		
14,0	35,6	609,2	277,1	332,1	242,7	89,4	0,1	221,0	113,0	107,9	47,8	60,1	0,7	2014		
13,1	30,5	611,9	323,4	288,5	203,8	84,7	0,1	201,1	102,6	98,5	49,3	49,2	0,7	2015		
13,1	28,7	696,1	374,4	321,6	234,2	87,5	0,0	206,2	100,3	105,9	55,2	50,8	0,7	2016		
12,1	24,3	659,0	389,6	269,4	182,4	87,0	0,0	241,2	109,4	131,8	68,1	63,8	0,3	2017		
11,8	22,1	643,1	370,6	272,5	185,6	86,8	0,0	231,5	110,2	121,3	63,7	57,6	0,1	2018		
12,4	24,8	691,5	430,5	261,0	176,6	84,3	0,0	279,1	133,5	145,7	84,3	61,4	0,5	2017 Sept.		
12,3	24,8	687,6	433,6	254,0	169,4	84,7	0,0	282,8	132,3	150,5	87,9	62,6	0,4	Okt.		
12,4	24,7	694,2	428,8	265,4	179,7	85,7	0,0	284,4	140,6	143,8	81,7	62,1	0,4	Nov.		
12,1	24,3	659,0	389,6	269,4	182,4	87,0	0,0	241,2	109,4	131,8	68,1	63,8	0,3	Dez.		
12,0	24,2	711,8	450,8	261,0	172,7	88,3	0,0	275,0	130,5	144,6	82,2	62,3	0,3	2018 Jan.		
12,1	23,7	715,7	441,2	274,5	185,5	89,0	0,0	279,6	134,8	144,8	85,5	59,3	0,3	Febr.		
12,2	24,0	668,6	385,6	283,0	196,4	86,5	0,0	272,9	126,3	146,6	87,8	58,8	0,3	März		
12,3	23,6	685,3	410,6	274,7	188,3	86,4	0,0	282,6	138,4	144,2	85,2	59,0	0,3	April		
12,2	23,7	730,1	452,6	277,4	188,0	89,4	0,0	285,8	140,5	145,4	86,9	58,5	0,3	Mai		
12,1	23,7	713,1	432,8	280,3	187,1	93,1	0,0	259,1	123,3	135,8	78,9	56,9	0,3	Juni		
11,9	23,0	708,4	420,2	288,2	197,2	91,0	0,0	273,1	129,4	143,7	84,1	59,6	0,3	Juli		
11,9	23,1	709,8	404,3	305,5	217,7	87,8	0,0	278,8	129,5	149,2	90,1	59,1	0,3	Aug.		
11,8	22,4	711,7	426,7	285,0	197,3	87,7	0,0	269,3	133,2	136,1	79,2	56,9	0,1	Sept.		
11,8	22,5	702,4	413,6	288,9	200,1	88,8	0,0	271,0	129,8	141,2	82,8	58,4	0,1	Okt.		
11,8	22,3	693,6	410,5	283,1	194,4	88,7	0,0	258,1	132,6	125,5	67,7	57,8	0,2	Nov.		
11,8	22,1	643,1	370,6	272,5	185,6	86,8	0,0	231,5	110,2	121,3	63,7	57,6	0,1	Dez.		
11,7	21,5	674,5	405,5	269,1	182,9	86,1	0,0	268,4	132,7	135,8	77,9	57,9	0,1	2019 Jan.		
11,8	21,7	699,2	430,9	268,3	181,1	87,3	0,0	241,7	110,2	131,5	73,6	57,8	0,1	Febr.		
<b>Veränderungen *)</b>																
+ 0,2	+ 1,4	+ 895,4	+ 42,0	+ 542,4	+ 38,1	+ 136,8	- 0,1	- 1,6	+ 6,0	- 7,6	- 3,3	- 4,4	- 0,4	2010		
- 0,1	- 3,9	- 88,8	- 13,8	- 75,0	- 61,8	- 13,1	- 0,0	- 9,3	+ 6,4	- 15,7	- 10,4	- 5,3	- 0,2	2011		
- 0,3	+ 1,5	+ 38,2	+ 51,7	- 13,5	- 7,5	- 6,0	- 0,0	+ 12,6	+ 15,2	- 2,6	+ 2,5	- 5,1	- 0,1	2012		
- 1,8	- 7,2	- 174,0	- 75,6	- 98,4	- 83,1	- 15,4	- 0,0	+ 13,5	+ 9,6	+ 3,9	+ 6,9	- 3,0	- 0,2	2013		
+ 0,1	- 3,8	+ 76,3	+ 47,8	+ 28,5	+ 39,0	- 10,5	- 0,0	- 43,6	- 8,3	- 35,3	- 30,7	- 4,6	+ 0,2	2014		
- 0,6	- 6,1	- 15,4	+ 40,6	- 56,0	- 48,6	- 7,4	- 0,0	- 26,5	- 13,9	- 12,6	+ 0,3	- 13,0	- 0,0	2015		
- 0,1	- 1,5	+ 82,7	+ 51,0	+ 31,7	+ 27,0	+ 4,7	- 0,0	+ 3,5	- 3,1	+ 6,7	+ 5,9	+ 0,8	- 0,0	2016		
- 1,0	- 4,1	- 15,5	+ 25,3	- 40,8	- 43,2	+ 2,4	± 0,0	+ 31,8	+ 11,0	+ 20,8	+ 15,6	+ 5,2	- 0,4	2017		
- 0,2	- 2,2	- 23,9	- 23,4	- 0,4	+ 2,1	- 2,6	- 0,0	- 11,9	- 0,2	- 11,8	- 5,7	- 6,0	- 0,2	2018		
- 0,0	+ 0,4	+ 42,4	+ 41,0	+ 1,5	+ 2,1	- 0,7	-	- 7,2	+ 0,2	- 7,4	- 8,4	+ 0,9	+ 0,0	2017 Sept.		
- 0,1	- 0,0	- 5,9	+ 2,4	- 8,3	- 8,3	+ 0,0	-	+ 3,0	- 1,4	+ 4,4	+ 3,4	+ 1,1	- 0,1	Okt.		
+ 0,1	- 0,0	+ 9,4	- 3,6	+ 13,0	+ 11,6	+ 1,4	-	+ 2,3	+ 8,6	- 6,2	- 5,9	- 0,4	- 0,0	Nov.		
- 0,3	- 0,4	- 33,3	- 38,4	+ 5,1	+ 3,5	+ 1,5	-	- 42,5	- 31,0	- 11,6	- 13,4	+ 1,8	- 0,1	Dez.		
- 0,1	- 0,0	+ 57,4	+ 63,5	- 6,1	- 5,0	- 1,1	-	+ 35,0	+ 21,4	+ 13,6	+ 14,4	- 0,8	- 0,0	2018 Jan.		
+ 0,1	- 0,5	+ 1,1	- 10,9	+ 12,0	+ 11,7	+ 0,3	- 0,0	+ 3,9	+ 4,0	- 0,2	+ 3,0	- 3,2	+ 0,0	Febr.		
+ 0,1	+ 0,3	- 45,8	- 55,0	+ 9,1	+ 11,5	- 2,3	-	- 6,4	- 8,3	+ 1,9	+ 2,3	- 0,4	- 0,0	März		
+ 0,1	- 0,5	+ 13,1	+ 22,9	- 9,8	- 9,3	- 0,5	+ 0,0	+ 9,1	+ 11,9	- 2,8	- 2,9	+ 0,0	+ 0,0	April		
- 0,0	+ 0,1	+ 39,7	+ 40,1	- 0,4	- 2,7	+ 2,3	-	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,5	+ 1,2	- 0,7	+ 0,0	Mai		
- 0,2	-	- 17,3	- 19,9	+ 2,7	- 1,0	+ 3,7	-	- 26,8	- 17,2	- 9,6	- 8,0	- 1,6	-	Juni		
- 0,1	- 0,6	- 3,0	- 12,2	+ 9,2	+ 9,1	+ 0,1	-	+ 13,9	+ 6,3	+ 7,6	+ 5,4	+ 2,2	-	Juli		
- 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 16,4	+ 16,3	+ 20,0	- 3,7	-	+ 5,7	- 0,1	+ 5,8	+ 5,8	- 0,1	- 0,0	Aug.		
- 0,0	- 0,7	+ 0,9	+ 22,1	- 21,2	- 20,9	- 0,3	-	- 9,8	+ 3,6	- 13,3	- 11,2	- 2,2	- 0,2	Sept.		
+ 0,0	+ 0,0	- 12,5	- 14,5	+ 2,0	+ 1,4	+ 0,6	-	+ 0,7	- 3,8	+ 4,5	+ 3,1	+ 1,4	+ 0,0	Okt.		
- 0,0	- 0,2	- 8,2	- 2,8	- 5,4	- 5,4	- 0,0	-	- 12,7	+ 2,9	- 15,6	- 15,0	- 0,6	+ 0,0	Nov.		
+ 0,0	- 0,1	- 49,1	- 40,2	- 8,9	- 7,2	- 1,7	- 0,0	- 26,5	- 22,3	- 4,1	- 4,0	- 0,1	- 0,0	Dez.		
- 0,1	- 0,6	+ 31,6	+ 34,9	- 3,3	- 2,6	- 0,7	-	+ 36,9	+ 22,5	+ 14,5	+ 14,2	+ 0,2	+ 0,0	2019 Jan.		
+ 0,0	+ 0,1	+ 23,6	+ 24,8	- 1,2	- 2,2	+ 1,0	-	- 27,2	- 22,6	- 4,6	- 4,6	- 0,1	+ 0,0	Febr.		

#### IV. Banken

##### 5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)\*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt  mit börsenfähige(n) Geldmarktpapieren(n), Wertpapieren(n), Ausleihforderungen		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unter-
				zu-	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zu-	Buchkredite	Schatzwechsel		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>											
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2014	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,1	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,8
2015	3 233,9	2 764,4	255,5	207,8	207,6	0,2	47,8	47,5	0,2	2 978,3	2 451,4
2016	3 274,3	2 824,2	248,6	205,7	205,4	0,3	42,9	42,8	0,1	3 025,8	2 530,0
2017	3 332,6	2 894,4	241,7	210,9	210,6	0,3	30,7	30,3	0,4	3 090,9	2 640,0
2018	3 394,5	2 990,4	249,5	228,0	227,6	0,4	21,5	21,7	- 0,2	3 145,0	2 732,8
2017 Sept.	3 317,6	2 878,5	246,2	214,1	213,5	0,6	32,2	32,0	0,2	3 071,3	2 608,7
Okt.	3 326,1	2 887,3	248,0	215,3	214,7	0,6	32,7	32,6	0,2	3 078,1	2 616,7
Nov.	3 343,7	2 899,8	248,0	215,4	214,9	0,5	32,6	31,9	0,7	3 095,6	2 636,3
Dez.	3 332,6	2 894,4	241,7	210,9	210,6	0,3	30,7	30,3	0,4	3 090,9	2 640,0
2018 Jan.	3 339,3	2 905,2	249,7	217,4	216,8	0,6	32,3	31,9	0,4	3 089,6	2 645,2
Febr.	3 338,3	2 910,8	247,6	219,8	219,3	0,6	27,8	27,1	0,6	3 090,7	2 650,4
März	3 342,5	2 919,9	253,5	225,6	224,9	0,7	27,9	27,6	0,2	3 089,0	2 653,3
April	3 348,5	2 926,9	254,0	223,0	222,1	0,9	31,0	30,3	0,7	3 094,5	2 664,6
Mai	3 350,0	2 928,9	254,5	226,6	225,4	1,2	27,9	26,8	1,1	3 095,5	2 667,7
Juni	3 361,8	2 942,2	257,0	229,8	228,9	0,9	27,2	26,3	0,9	3 104,7	2 681,4
Juli	3 368,0	2 950,1	256,7	225,4	224,7	0,7	31,3	29,8	1,5	3 111,3	2 692,5
Aug.	3 368,5	2 957,0	250,5	223,9	223,1	0,8	26,6	25,7	0,9	3 118,0	2 700,6
Sept.	3 384,0	2 971,9	255,9	232,3	231,6	0,7	23,6	22,5	1,1	3 128,1	2 711,1
Okt.	3 384,4	2 977,3	252,6	228,0	227,4	0,6	24,6	24,7	- 0,1	3 131,8	2 718,7
Nov.	3 397,3	2 992,2	251,7	227,9	227,4	0,5	23,9	23,6	0,3	3 145,6	2 732,7
Dez.	3 394,5	2 990,4	249,5	228,0	227,6	0,4	21,5	21,7	- 0,2	3 145,0	2 732,8
2019 Jan.	3 405,3	3 003,5	255,8	230,8	230,3	0,5	25,0	24,5	0,5	3 149,4	2 738,4
Febr.	3 413,6	3 014,2	257,6	235,4	234,9	0,5	22,2	22,4	- 0,2	3 156,0	2 746,3
<b>Veränderungen *)</b>											
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9
2011	- 30,6	- 3,2	- 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	- 57,0	- 21,7	+ 14,6	+ 9,4
2012	+ 21,0	+ 9,6	- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	- 4,3	+ 30,7	+ 10,9
2013	+ 4,4	+ 0,1	- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6
2014	+ 36,7	+ 20,5	- 11,6	- 4,5	- 4,5	- 0,0	- 7,1	- 6,5	- 0,6	+ 48,3	+ 52,5
2015	+ 68,9	+ 54,1	+ 1,6	- 1,3	- 0,9	- 0,4	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,1	+ 67,2	+ 73,9
2016	+ 43,7	+ 62,7	- 5,2	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 4,9	- 4,8	- 0,2	+ 48,9	+ 79,8
2017	+ 57,0	+ 70,2	- 6,5	+ 5,6	+ 5,6	+ 0,0	- 12,1	- 12,4	+ 0,3	+ 63,5	+ 103,4
2018	+ 71,5	+ 105,3	+ 6,6	+ 15,8	+ 15,7	+ 0,1	- 9,2	- 8,6	- 0,6	+ 65,0	+ 102,0
2017 Sept.	+ 7,3	+ 8,9	+ 3,5	+ 6,5	+ 6,5	- 0,0	- 3,0	- 3,0	- 0,0	+ 3,9	+ 5,8
Okt.	+ 8,6	+ 8,8	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,0	+ 6,8	+ 8,0
Nov.	+ 17,7	+ 12,6	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	- 0,1	- 0,6	+ 0,5	+ 17,6	+ 17,8
Dez.	- 11,1	- 5,5	- 6,4	- 4,5	- 4,3	- 0,2	- 1,9	- 1,6	- 0,3	- 4,7	+ 3,6
2018 Jan.	+ 6,9	+ 11,0	+ 8,0	+ 6,5	+ 6,1	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,6	- 0,1	- 1,2	+ 4,7
Febr.	- 1,0	+ 5,5	- 2,1	+ 2,4	+ 2,5	- 0,1	- 4,5	- 4,8	+ 0,3	+ 1,1	+ 5,0
März	+ 4,2	+ 9,2	+ 5,9	+ 5,8	+ 5,7	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	- 0,4	- 1,7	+ 2,9
April	+ 6,4	+ 7,0	+ 0,5	- 2,6	- 2,8	+ 0,2	+ 3,1	+ 2,6	+ 0,5	+ 5,9	+ 11,7
Mai	+ 10,4	+ 10,8	+ 0,5	+ 3,6	+ 3,3	+ 0,3	- 3,1	- 3,5	+ 0,4	+ 9,9	+ 12,4
Juni	+ 11,8	+ 13,3	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,5	- 0,3	- 0,7	- 0,5	- 0,2	+ 9,3	+ 13,6
Juli	+ 6,2	+ 7,9	- 0,3	- 4,5	- 4,3	- 0,2	+ 4,2	+ 3,6	+ 0,6	+ 6,5	+ 9,9
Aug.	+ 0,7	+ 7,1	- 6,2	- 1,5	- 1,5	+ 0,0	- 4,7	- 4,1	- 0,6	+ 6,9	+ 8,2
Sept.	+ 15,5	+ 14,9	+ 5,6	+ 8,6	+ 8,7	- 0,0	- 3,1	- 3,3	+ 0,2	+ 9,9	+ 10,3
Okt.	+ 0,5	+ 5,3	- 4,8	- 5,8	- 5,7	- 0,1	+ 1,1	+ 2,2	- 1,1	+ 5,2	+ 9,1
Nov.	+ 12,9	+ 14,9	- 0,9	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,8	- 1,1	+ 0,3	+ 13,8	+ 14,0
Dez.	- 2,9	- 1,8	- 2,2	+ 0,1	+ 0,3	- 0,1	- 2,4	- 1,9	- 0,5	- 0,6	+ 0,1
2019 Jan.	+ 10,8	+ 13,1	+ 6,3	+ 2,8	+ 2,7	+ 0,1	+ 3,5	+ 2,8	+ 0,7	+ 4,5	+ 5,6
Febr.	+ 8,3	+ 10,7	+ 1,8	+ 4,6	+ 4,5	+ 0,0	- 2,8	- 2,1	- 0,7	+ 6,5	+ 8,0

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrach-

ten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte								
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	–	4,3	2009	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	–	3,1	2010	
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	–	3,6	2011	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	–	3,5	2012	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	2,7	2013	
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	–	2,1	2014	
2 232,4	256,0	1 976,3	219,0	18,3	527,0	277,0	27,9	249,0	250,0	–	2,1	2015	
2 306,5	264,1	2 042,4	223,4	17,3	495,8	269,4	23,9	245,5	226,4	–	1,8	2016	
2 399,5	273,5	2 125,9	240,6	17,4	450,9	254,0	22,5	231,5	196,9	–	1,7	2017	
2 499,4	282,6	2 216,8	233,4	16,5	412,1	241,7	19,7	222,0	170,4	–	1,4	2018	
2 376,0	269,6	2 106,3	232,7	17,9	462,7	257,0	22,4	234,6	205,7	–	1,6	2017 Sept.	
2 383,4	270,9	2 112,5	233,2	17,8	461,4	256,6	22,7	234,0	204,8	–	1,6	Okt.	
2 397,7	274,4	2 123,3	238,6	17,8	459,3	255,4	22,8	232,6	204,0	–	1,6	Nov.	
2 399,5	273,5	2 125,9	240,6	17,4	450,9	254,0	22,5	231,5	196,9	–	1,7	Dez.	
2 405,7	274,8	2 130,8	239,5	17,4	444,4	250,9	22,0	228,9	193,6	–	1,5	2018 Jan.	
2 414,1	275,1	2 139,0	236,3	17,5	440,3	250,3	21,9	228,4	190,1	–	1,5	Febr.	
2 419,5	275,2	2 144,2	233,8	17,4	435,8	247,9	22,1	225,8	187,9	–	1,6	März	
2 428,6	277,1	2 151,5	236,0	17,3	430,0	245,9	21,9	224,1	184,0	–	1,5	April	
2 431,2	270,8	2 160,4	236,6	17,3	427,7	245,5	21,9	223,6	182,2	–	1,5	Mai	
2 443,3	275,3	2 168,0	238,1	17,2	423,4	243,7	21,0	222,7	179,7	–	1,5	Juni	
2 454,6	277,7	2 176,9	237,9	17,0	418,7	241,0	20,3	220,8	177,7	–	1,5	Juli	
2 467,5	279,3	2 188,2	233,1	17,0	417,4	240,6	21,1	219,5	176,8	–	1,3	Aug.	
2 476,9	280,1	2 196,8	234,1	16,9	417,1	241,0	20,5	220,5	176,1	–	1,3	Sept.	
2 484,5	279,7	2 204,9	234,1	16,6	413,1	240,7	20,2	220,5	172,5	–	1,3	Okt.	
2 500,3	284,2	2 216,1	232,4	16,6	412,9	240,9	20,0	220,9	171,9	–	1,3	Nov.	
2 499,4	282,6	2 216,8	233,4	16,5	412,1	241,7	19,7	222,0	170,4	–	1,4	Dez.	
2 507,3	283,1	2 224,2	231,1	16,5	411,1	241,4	19,3	222,0	169,7	–	1,3	2019 Jan.	
2 515,9	284,2	2 231,7	230,3	16,5	409,7	241,0	18,9	222,1	168,7	–	1,3	Febr.	
<b>Veränderungen *)</b>													
+ 18,6	– 4,0	+ 22,6	– 3,8	– 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	– 0,0	+ 31,7	–	– 0,3	2010	
+ 22,6	+ 2,2	+ 20,4	– 13,2	– 1,0	+ 5,2	– 2,1	+ 4,9	– 7,0	+ 7,3	–	– 0,2	2011	
+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	– 10,7	– 1,1	+ 19,8	– 6,6	– 1,9	– 4,7	+ 26,4	–	– 0,2	2012	
+ 17,7	– 0,1	+ 17,8	– 0,1	– 2,5	+ 0,6	– 4,3	– 0,7	– 3,6	+ 4,9	–	– 0,8	2013	
+ 39,9	+ 5,6	+ 34,3	+ 12,5	– 1,8	– 4,1	– 8,5	– 5,1	– 3,4	+ 4,3	–	– 0,2	2014	
+ 59,0	+ 4,5	+ 54,6	+ 14,8	– 2,1	– 6,6	– 6,9	– 4,8	– 2,0	+ 0,2	–	+ 0,0	2015	
+ 75,1	+ 9,7	+ 65,4	+ 4,7	– 0,9	– 30,9	– 7,3	– 4,0	– 3,3	– 23,6	–	– 0,4	2016	
+ 87,6	+ 9,4	+ 78,2	+ 15,8	+ 0,1	– 39,9	– 10,6	– 1,3	– 9,3	– 29,4	–	– 0,1	2017	
+ 108,7	+ 19,3	+ 89,4	– 6,7	– 0,9	– 37,1	– 10,5	– 2,7	– 7,8	– 26,6	–	– 0,0	2018	
+ 6,6	+ 0,2	+ 6,4	– 0,8	– 0,1	– 2,0	– 1,2	– 0,4	– 0,8	– 0,8	–	– 0,0	2017 Sept.	
+ 7,4	+ 1,3	+ 6,1	+ 0,6	– 0,1	– 1,2	– 0,3	+ 0,2	– 0,5	– 0,9	–	– 0,0	Okt.	
+ 12,4	+ 3,5	+ 9,0	+ 5,4	– 0,0	– 0,3	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,4	– 0,8	–	–	Nov.	
+ 1,7	– 0,9	+ 2,5	+ 2,0	– 0,4	– 8,3	– 1,3	– 0,3	– 1,0	– 7,1	–	+ 0,1	Dez.	
+ 5,7	+ 1,6	+ 4,2	– 1,0	– 0,0	– 5,9	– 2,5	– 0,5	– 2,0	– 3,4	–	– 0,1	2018 Jan.	
+ 8,2	+ 0,3	+ 8,0	– 3,2	– 0,0	– 3,9	– 0,4	– 0,1	– 0,3	– 3,5	–	– 0,0	Febr.	
+ 5,4	+ 0,2	+ 5,2	– 2,5	– 0,1	– 4,6	– 2,4	+ 0,1	– 2,5	– 2,2	–	+ 0,0	März	
+ 9,1	+ 1,8	+ 7,3	+ 2,5	– 0,1	– 5,8	– 1,9	– 0,2	– 1,8	– 3,9	–	– 0,0	April	
+ 11,8	+ 2,6	+ 9,3	+ 0,6	– 0,0	– 2,6	– 0,8	+ 0,1	– 0,8	– 1,8	–	+ 0,0	Mai	
+ 12,1	+ 4,5	+ 7,6	+ 1,5	– 0,1	– 4,3	– 1,8	– 0,9	– 0,8	– 2,6	–	– 0,1	Juni	
+ 10,1	+ 2,5	+ 7,6	– 0,2	– 0,2	– 3,4	– 1,4	– 0,7	– 0,7	– 1,9	–	– 0,0	Juli	
+ 13,1	+ 1,6	+ 11,5	– 4,9	– 0,0	– 1,3	– 0,4	+ 0,8	– 1,2	– 0,9	–	+ 0,0	Aug.	
+ 9,2	+ 0,5	+ 8,7	+ 1,1	– 0,1	– 0,4	+ 0,3	– 0,6	+ 0,9	– 0,7	–	– 0,0	Sept.	
+ 9,2	+ 1,0	+ 8,2	– 0,0	– 0,3	– 3,9	– 0,3	– 0,3	+ 0,0	– 3,6	–	– 0,0	Okt.	
+ 15,8	+ 4,6	+ 11,2	– 1,7	– 0,0	– 0,3	+ 0,3	– 0,1	+ 0,4	– 0,5	–	– 0,0	Nov.	
– 0,9	– 1,6	+ 0,7	+ 1,0	– 0,1	– 0,7	+ 0,8	– 0,3	+ 1,1	– 1,5	–	+ 0,2	Dez.	
+ 8,0	+ 0,5	+ 7,5	– 2,4	– 0,0	– 1,1	– 0,4	– 0,4	– 0,0	– 0,7	–	– 0,2	2019 Jan.	
+ 8,7	+ 1,1	+ 7,6	– 0,7	–	– 1,5	– 0,5	– 0,4	– 0,1	– 1,0	–	–	Febr.	

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-  
schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

#### IV. Banken

#### 6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche \*)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	darunter:													
	insgesamt	Kredite für den Wohnungsbau				Kredite an Unternehmen und Selbständige								
		insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen
<b>Kredite insgesamt</b>														
<b>Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)</b>														
2016	2 512,0	1 259,7	1 276,6	1 016,5	260,1	1 347,5	354,1	125,1	104,7	62,2	128,2	50,6	57,0	139,7
2017 Dez.	2 610,1	1 304,3	1 326,6	1 053,0	273,6	1 403,1	368,5	131,3	112,6	67,3	133,3	50,2	51,5	147,9
2018 März	2 644,4	1 317,6	1 338,2	1 061,5	276,7	1 429,5	373,4	136,0	115,2	69,4	137,5	50,1	51,2	151,4
Juni	2 672,2	1 333,8	1 357,5	1 074,2	283,3	1 445,5	380,1	139,2	114,2	71,9	136,5	50,5	51,0	152,8
Sept.	2 708,5	1 349,5	1 377,7	1 086,8	290,9	1 476,9	389,6	140,5	115,9	73,0	138,8	53,5	50,8	157,0
Dez.	2 727,0	1 382,2	1 391,2	1 116,4	274,8	1 483,6	392,7	139,3	116,5	71,9	138,7	53,2	50,6	157,3
<b>Kurzfristige Kredite</b>														
2016	205,5	–	6,9	–	6,9	174,3	3,7	29,7	4,4	11,8	43,2	3,6	4,4	29,3
2017 Dez.	210,6	–	6,5	–	6,5	180,8	3,6	32,3	4,0	13,6	45,2	3,4	4,0	27,4
2018 März	224,9	–	6,8	–	6,8	195,3	3,8	36,6	5,0	14,9	48,4	3,5	4,2	29,1
Juni	228,9	–	7,1	–	7,1	199,2	4,0	36,7	4,8	16,6	47,3	3,9	4,2	28,5
Sept.	231,6	–	7,4	–	7,4	201,9	4,3	37,3	4,2	16,6	48,7	4,2	4,0	29,4
Dez.	227,6	–	7,2	–	7,2	195,9	4,1	35,5	4,9	14,7	48,3	3,7	4,9	28,0
<b>Mittelfristige Kredite</b>														
2016	264,1	–	34,5	–	34,5	186,4	13,5	23,6	5,5	10,5	17,2	4,5	11,2	41,8
2017 Dez.	273,5	–	34,0	–	34,0	193,1	14,0	23,6	5,1	11,3	18,2	4,3	10,3	46,7
2018 März	275,2	–	34,0	–	34,0	194,0	14,4	23,3	5,0	11,7	18,6	4,2	10,4	47,0
Juni	275,3	–	34,7	–	34,7	195,1	15,0	25,5	4,4	11,8	18,2	4,2	10,4	47,5
Sept.	280,1	–	35,6	–	35,6	199,4	15,6	24,9	4,4	12,2	18,3	4,4	11,1	48,0
Dez.	282,6	–	35,4	–	35,4	202,5	15,4	24,9	4,5	12,5	19,0	4,5	10,6	49,0
<b>Langfristige Kredite</b>														
2016	2 042,4	1 259,7	1 235,1	1 016,5	218,6	986,8	336,9	71,8	94,8	39,9	67,7	42,5	41,4	68,6
2017 Dez.	2 125,9	1 304,3	1 286,1	1 053,0	233,1	1 029,2	351,0	75,4	103,5	42,4	70,0	42,4	37,2	73,8
2018 März	2 144,2	1 317,6	1 297,3	1 061,5	235,8	1 040,2	355,2	76,1	105,2	42,8	70,4	42,3	36,7	75,3
Juni	2 168,0	1 333,8	1 315,7	1 074,2	241,5	1 051,1	361,1	77,0	105,0	43,5	71,0	42,4	36,4	76,8
Sept.	2 196,9	1 349,5	1 334,6	1 086,8	247,8	1 075,6	369,7	78,4	107,4	44,2	71,8	44,9	35,7	79,6
Dez.	2 216,8	1 382,2	1 348,6	1 116,4	232,2	1 085,2	373,2	78,9	107,2	44,7	71,4	45,0	35,1	80,3
<b>Kredite insgesamt</b>														
<b>Veränderungen im Vierteljahr *)</b>														
2017 4.Vj.	+ 18,7	+ 9,7	+ 12,7	+ 7,8	+ 4,9	+ 8,9	+ 4,1	– 0,4	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,2	– 0,6	– 1,5	+ 1,5
2018 1.Vj.	+ 33,6	+ 10,6	+ 11,1	+ 8,1	+ 3,0	+ 26,0	+ 4,8	+ 4,7	+ 1,7	+ 2,0	+ 4,2	+ 0,3	– 0,3	+ 2,4
2.Vj.	+ 37,0	+ 15,4	+ 17,8	+ 11,8	+ 6,0	+ 23,1	+ 6,6	+ 4,1	– 0,6	+ 2,9	– 0,6	+ 1,1	+ 0,1	+ 1,6
3.Vj.	+ 35,2	+ 12,9	+ 19,4	+ 11,1	+ 8,3	+ 19,3	+ 6,0	+ 1,3	+ 0,3	+ 1,0	+ 2,3	+ 0,9	– 0,3	+ 4,1
4.Vj.	+ 18,5	+ 10,8	+ 15,2	+ 8,9	+ 6,2	+ 6,8	+ 4,8	– 1,1	+ 0,7	– 1,0	+ 0,1	– 0,3	– 0,2	+ 0,0
<b>Kurzfristige Kredite</b>														
2017 4.Vj.	– 2,8	–	0,0	–	0,0	– 2,6	+ 0,0	– 1,4	– 0,0	– 0,4	– 0,0	– 0,4	– 0,3	– 0,8
2018 1.Vj.	+ 14,3	–	0,3	–	0,3	+ 14,4	+ 0,3	+ 4,1	+ 0,9	+ 1,3	+ 3,3	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,7
2.Vj.	+ 4,0	–	0,3	–	0,3	+ 4,0	+ 0,1	+ 0,3	– 0,2	+ 1,7	– 1,3	+ 0,4	+ 0,1	– 0,6
3.Vj.	+ 2,8	–	0,3	–	0,3	+ 2,3	+ 0,2	+ 0,5	– 0,7	+ 0,0	+ 1,7	+ 0,1	– 0,2	+ 0,9
4.Vj.	– 5,5	–	0,1	–	0,1	– 6,2	– 0,1	– 1,7	+ 0,6	– 2,0	– 0,4	– 0,5	+ 0,9	– 1,4
<b>Mittelfristige Kredite</b>														
2017 4.Vj.	+ 3,9	–	0,1	–	0,1	+ 2,8	+ 0,3	+ 0,5	– 0,1	+ 0,1	– 0,0	– 0,1	– 0,1	+ 1,1
2018 1.Vj.	+ 2,0	–	0,0	–	0,0	+ 1,2	+ 0,4	– 0,2	– 0,1	+ 0,4	+ 0,4	– 0,0	– 0,1	+ 0,1
2.Vj.	+ 8,9	–	0,6	–	0,6	+ 7,3	+ 0,6	+ 3,0	– 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,6
3.Vj.	+ 4,6	–	0,9	–	0,9	+ 3,6	+ 0,5	– 0,6	– 0,1	+ 0,3	– 0,2	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,5
4.Vj.	+ 3,9	–	0,6	–	0,6	+ 3,4	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,1	– 0,5	+ 0,9
<b>Langfristige Kredite</b>														
2017 4.Vj.	+ 17,6	+ 9,7	+ 12,6	+ 7,8	+ 4,8	+ 8,7	+ 3,8	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,3	– 0,1	– 1,1	+ 1,1
2018 1.Vj.	+ 17,4	+ 10,6	+ 10,8	+ 8,1	+ 2,7	+ 10,3	+ 4,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,5	– 0,1	– 0,4	+ 0,6
2.Vj.	+ 24,1	+ 15,4	+ 16,9	+ 11,8	+ 5,1	+ 11,7	+ 5,8	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6	– 0,3	+ 1,6
3.Vj.	+ 27,8	+ 12,9	+ 18,2	+ 11,1	+ 7,1	+ 13,5	+ 5,3	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,6	– 0,7	+ 2,7
4.Vj.	+ 20,1	+ 10,8	+ 14,7	+ 8,9	+ 5,8	+ 9,6	+ 4,3	+ 0,6	– 0,1	+ 0,6	– 0,4	+ 0,2	– 0,6	+ 0,5

\* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Veränderun-

gen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen						Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit
darunter:				nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
zusammen	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen	Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk			zusammen	Ratenkredite 3)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten				
<b>Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)</b>														<b>Kredite insgesamt</b>
680,0	204,7	36,3	181,6	401,3	46,0	1 150,1	919,0	231,2	163,3	9,2	14,4	3,6	2016	
709,0	214,9	42,3	186,4	411,2	47,7	1 192,3	954,3	237,9	171,6	8,6	14,8	3,7	2017 Dez.	
718,8	217,2	44,1	188,5	414,4	48,2	1 200,0	961,1	239,0	173,3	8,4	14,9	3,7	2018 März	
729,3	221,8	47,3	190,7	415,5	48,3	1 211,8	973,7	238,1	173,0	8,4	14,9	3,8	2018 Juni	
747,4	231,0	48,2	194,9	430,6	48,6	1 216,6	984,4	232,2	172,2	8,4	15,0	3,7	2018 Sept.	
756,0	237,0	47,3	196,9	432,6	48,0	1 228,4	994,8	233,7	172,9	8,3	15,0	3,7	2018 Dez.	
<b>Kurzfristige Kredite</b>														
47,9	8,4	5,7	10,2	23,9	5,1	30,6	3,2	27,4	1,8	9,2	0,6	0,0	2016	
50,9	10,1	6,8	10,3	23,3	5,0	29,3	2,9	26,4	1,6	8,6	0,5	0,0	2017 Dez.	
53,5	10,2	7,9	10,7	23,7	5,8	29,0	3,0	26,1	1,5	8,4	0,6	–	2018 März	
57,2	10,7	10,2	10,6	23,5	5,7	29,2	3,1	26,1	1,5	8,4	0,5	–	2018 Juni	
57,4	11,6	10,3	10,2	24,0	5,7	29,2	3,2	26,0	1,5	8,4	0,5	0,0	2018 Sept.	
55,9	12,0	8,1	10,4	24,0	5,2	31,2	3,1	28,2	1,5	8,3	0,5	–	2018 Dez.	
<b>Mittelfristige Kredite</b>														
72,1	11,1	8,2	19,3	32,9	3,6	77,3	21,1	56,2	51,0	–	0,5	0,0	2016	
73,5	12,1	9,3	18,3	32,7	3,6	79,9	20,0	59,9	55,2	–	0,6	0,0	2017 Dez.	
73,9	12,6	9,3	18,3	32,8	3,4	80,7	19,7	61,0	56,5	–	0,5	0,0	2018 März	
73,0	13,0	9,7	19,2	31,0	3,4	79,6	19,7	59,9	55,4	–	0,5	0,0	2018 Juni	
76,2	14,0	9,8	20,0	31,7	3,5	80,1	20,0	60,2	55,8	–	0,5	0,1	2018 Sept.	
77,5	14,8	9,9	21,3	31,5	3,5	79,6	19,9	59,7	56,4	–	0,5	0,1	2018 Dez.	
<b>Langfristige Kredite</b>														
560,0	185,2	22,4	152,2	344,5	37,3	1 042,3	894,7	147,6	110,5	–	13,3	3,5	2016	
584,6	192,6	26,2	157,8	355,3	39,2	1 083,1	931,4	151,6	114,8	–	13,7	3,7	2017 Dez.	
591,3	194,5	27,0	159,4	357,9	39,1	1 090,3	938,5	151,9	115,3	–	13,7	3,7	2018 März	
599,1	198,1	27,4	160,9	361,1	39,2	1 103,0	950,9	152,1	116,0	–	13,9	3,7	2018 Juni	
613,8	205,3	28,0	164,7	374,9	39,5	1 107,2	961,2	146,0	114,9	–	14,0	3,7	2018 Sept.	
622,6	210,2	29,2	165,3	377,2	39,3	1 117,6	971,8	145,8	115,0	–	14,0	3,7	2018 Dez.	
<b>Veränderungen im Vierteljahr *)</b>														<b>Kredite insgesamt</b>
+ 8,5	+ 3,7	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	– 0,6	+ 9,8	+ 8,6	+ 1,1	+ 1,1	– 0,3	+ 0,1	– 0,0	2017 4.Vj.	
+ 11,0	+ 2,5	+ 1,9	+ 2,9	+ 3,6	+ 0,5	+ 7,5	+ 6,3	+ 1,2	+ 1,8	– 0,2	+ 0,2	+ 0,0	2018 1.Vj.	
+ 14,5	+ 4,8	+ 3,2	+ 2,2	+ 3,8	+ 0,1	+ 14,0	+ 11,1	+ 2,8	+ 3,2	– 0,0	– 0,0	+ 0,0	2018 2.Vj.	
+ 9,6	+ 3,9	+ 1,0	+ 2,0	+ 3,7	+ 0,3	+ 15,7	+ 13,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 0,1	+ 0,1	– 0,0	2018 3.Vj.	
+ 8,4	+ 6,1	– 1,1	+ 2,3	+ 2,1	– 0,5	+ 11,7	+ 10,3	+ 1,4	+ 1,0	– 0,2	+ 0,1	+ 0,0	2018 4.Vj.	
<b>Kurzfristige Kredite</b>														
+ 0,7	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,4	– 0,4	– 0,5	– 0,2	– 0,1	– 0,1	– 0,1	– 0,3	+ 0,0	+ 0,0	2017 4.Vj.	
+ 2,6	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,8	– 0,3	+ 0,1	– 0,4	– 0,1	– 0,2	+ 0,1	– 0,0	2018 1.Vj.	
+ 3,7	+ 0,6	+ 2,3	– 0,2	– 0,2	– 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	– 0,0	– 0,2	–	2018 2.Vj.	
– 0,0	+ 0,6	+ 0,1	– 0,4	+ 0,1	– 0,0	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,4	– 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	2018 3.Vj.	
– 1,8	+ 0,3	– 2,1	+ 0,2	– 0,1	– 0,4	+ 0,8	– 0,1	+ 0,8	– 0,0	– 0,2	+ 0,0	– 0,0	2018 4.Vj.	
<b>Mittelfristige Kredite</b>														
+ 1,4	+ 0,3	+ 0,2	– 0,0	– 0,3	+ 0,0	+ 1,0	– 0,2	+ 1,2	+ 1,2	–	+ 0,0	– 0,0	2017 4.Vj.	
+ 0,8	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	– 0,2	+ 0,8	– 0,4	+ 1,2	+ 1,3	–	– 0,0	+ 0,0	2018 1.Vj.	
+ 3,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,0	+ 1,6	+ 0,0	+ 1,5	+ 1,5	–	– 0,0	+ 0,0	2018 2.Vj.	
+ 2,8	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,6	–	– 0,0	+ 0,0	2018 3.Vj.	
+ 1,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 1,3	– 0,2	+ 0,0	+ 0,5	– 0,0	+ 0,6	+ 0,5	–	+ 0,0	–	2018 4.Vj.	
<b>Langfristige Kredite</b>														
+ 6,5	+ 2,9	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,5	– 0,1	+ 8,9	+ 8,9	– 0,0	– 0,1	–	+ 0,0	– 0,0	2017 4.Vj.	
+ 7,7	+ 2,0	+ 0,8	+ 2,3	+ 3,0	– 0,1	+ 7,0	+ 6,6	+ 0,4	+ 0,6	–	+ 0,1	+ 0,0	2018 1.Vj.	
+ 7,7	+ 3,6	+ 0,6	+ 1,4	+ 3,5	+ 0,1	+ 12,3	+ 11,0	+ 1,3	+ 1,6	–	+ 0,1	+ 0,0	2018 2.Vj.	
+ 6,9	+ 2,5	+ 0,7	+ 1,6	+ 3,4	+ 0,3	+ 14,2	+ 13,0	+ 1,2	+ 1,7	–	+ 0,1	– 0,0	2018 3.Vj.	
+ 8,9	+ 5,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 2,4	– 0,2	+ 10,4	+ 10,4	+ 0,0	+ 0,4	–	+ 0,1	+ 0,0	2018 4.Vj.	

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)\*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
<b>Inländische Nichtbanken insgesamt</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2016	3 326,7	1 798,2	889,6	232,4	657,3	47,2	610,1	588,5	50,4	28,8	18,3	0,9		
2017	3 420,9	1 941,0	853,2	207,6	645,6	57,3	588,3	582,9	43,7	30,0	16,3	1,6		
2018	3 537,6	2 080,1	841,5	203,4	638,2	56,8	581,4	578,6	37,3	33,9	14,9	0,5		
2018 März	3 421,8	1 948,0	850,7	212,9	637,8	52,6	585,2	581,3	41,8	31,5	15,8	0,6		
April	3 439,5	1 971,4	846,3	210,7	635,6	50,7	584,9	580,5	41,3	31,9	15,1	0,9		
Mai	3 471,4	2 002,6	847,7	210,8	636,9	51,9	585,0	580,2	40,9	32,4	14,8	0,7		
Juni	3 473,1	1 996,6	856,7	221,2	635,6	51,4	584,2	579,3	40,6	32,6	15,3	0,7		
Juli	3 473,2	2 002,6	852,3	218,3	634,0	52,0	582,1	578,2	40,0	32,8	14,9	1,5		
Aug.	3 485,0	2 020,0	847,9	215,1	632,8	53,8	579,0	577,6	39,5	33,1	14,9	0,5		
Sept.	3 482,9	2 022,5	844,0	210,9	633,0	54,7	578,3	577,3	39,1	33,9	14,8	0,3		
Okt.	3 504,0	2 044,7	843,7	210,3	633,4	55,1	578,3	577,0	38,6	33,7	14,9	0,7		
Nov.	3 537,4	2 079,6	843,0	208,1	635,0	55,8	579,2	576,9	37,9	33,7	14,9	0,4		
Dez.	3 537,6	2 080,1	841,5	203,4	638,2	56,8	581,4	578,6	37,3	33,9	14,9	0,5		
2019 Jan.	3 540,8	2 079,4	846,3	212,7	633,6	57,1	576,4	578,5	36,7	33,8	14,9	0,8		
Febr.	3 554,5	2 088,8	850,1	217,9	632,2	56,2	576,0	579,5	36,1	34,0	15,1	0,6		
<b>Veränderungen *)</b>														
2017	+ 103,1	+ 142,8	- 27,5	- 24,7	- 2,8	+ 10,1	- 12,8	- 5,6	- 6,7	+ 0,4	- 2,0	+ 0,8		
2018	+ 117,7	+ 139,3	- 10,8	- 3,5	- 7,3	- 0,1	- 7,2	- 4,3	- 6,5	+ 3,9	- 1,4	- 1,2		
2018 März	- 4,0	- 1,7	- 0,9	+ 3,0	- 3,9	- 1,8	- 2,1	- 0,9	- 0,5	+ 0,5	- 0,2	- 0,5		
April	+ 18,6	+ 23,4	- 3,5	- 1,3	- 2,2	- 1,9	- 0,3	- 0,8	- 0,5	+ 0,4	- 0,6	+ 0,2		
Mai	+ 31,9	+ 31,3	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,0	- 0,3	- 0,5	+ 0,5	- 0,3	- 0,2		
Juni	+ 1,8	- 6,0	+ 9,1	+ 10,3	- 1,2	- 0,5	- 0,7	- 0,9	- 0,4	+ 0,3	+ 0,5	- 0,0		
Juli	+ 0,1	+ 6,1	- 4,4	- 2,9	- 1,5	+ 0,6	- 2,1	- 1,0	- 0,6	+ 0,2	- 0,3	+ 0,8		
Aug.	+ 11,9	+ 17,3	- 4,3	- 3,2	- 1,1	+ 1,9	- 3,1	- 0,6	- 0,5	+ 0,5	- 0,0	- 1,0		
Sept.	- 1,9	+ 2,7	- 3,9	- 4,1	+ 0,2	+ 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,4	+ 0,6	- 0,1	- 0,1		
Okt.	+ 21,2	+ 22,2	- 0,2	- 0,6	+ 0,4	+ 0,4	- 0,0	- 0,3	- 0,5	- 0,2	+ 0,0	+ 0,4		
Nov.	+ 33,4	+ 34,8	- 0,5	- 2,3	+ 1,7	+ 0,7	+ 1,0	- 0,1	- 0,7	- 0,0	+ 0,0	- 0,3		
Dez.	+ 0,2	+ 0,8	- 1,8	- 4,7	+ 2,9	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,7	- 0,6	+ 0,2	- 0,0	+ 0,1		
2019 Jan.	+ 3,2	- 0,7	+ 4,7	+ 9,3	- 4,6	+ 0,3	- 4,9	- 0,2	- 0,6	- 0,0	- 0,0	+ 0,4		
Febr.	+ 13,6	+ 9,3	+ 3,8	+ 5,2	- 1,4	- 0,9	- 0,4	+ 1,1	- 0,6	+ 0,1	+ 0,2	- 0,2		
<b>Inländische öffentliche Haushalte</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2016	199,8	57,9	133,5	79,5	54,0	16,6	37,4	3,9	4,5	27,1	2,5	-		
2017	201,7	58,9	134,7	65,8	69,0	27,4	41,5	3,6	4,4	25,7	2,3	-		
2018	218,9	62,7	148,2	67,9	80,3	28,5	51,8	3,7	4,2	25,3	2,2	-		
2018 März	205,9	57,2	140,6	72,2	68,4	25,2	43,2	3,7	4,4	26,0	2,3	-		
April	205,1	56,9	140,2	72,3	67,9	23,8	44,1	3,7	4,4	26,0	2,3	-		
Mai	215,9	62,8	145,0	74,7	70,3	25,1	45,2	3,8	4,3	26,0	2,2	-		
Juni	221,4	63,3	150,0	79,3	70,7	24,9	45,8	3,8	4,3	25,8	2,2	-		
Juli	214,9	57,0	149,9	77,3	72,6	25,8	46,8	3,8	4,3	25,7	2,2	0,7		
Aug.	223,9	62,7	153,2	79,1	74,0	25,7	48,3	3,8	4,3	25,7	2,2	-		
Sept.	221,1	60,4	152,7	76,9	75,9	27,1	48,8	3,8	4,3	25,6	2,2	-		
Okt.	216,5	57,5	151,1	73,8	77,3	27,3	50,0	3,7	4,2	25,3	2,2	-		
Nov.	224,6	62,6	154,0	74,8	79,1	27,9	51,2	3,8	4,2	25,3	2,2	-		
Dez.	218,9	62,7	148,2	67,9	80,3	28,5	51,8	3,7	4,2	25,3	2,2	-		
2019 Jan.	221,7	59,2	154,7	74,8	79,8	29,2	50,6	3,7	4,2	25,2	2,2	-		
Febr.	230,4	63,0	159,5	80,1	79,4	28,4	51,0	3,8	4,1	25,2	2,2	-		
<b>Veränderungen *)</b>														
2017	- 1,0	+ 1,6	- 2,4	- 14,1	+ 11,7	+ 10,7	+ 0,9	- 0,3	+ 0,1	- 1,1	- 0,3	± 0,0		
2018	+ 16,9	+ 3,6	+ 13,5	+ 2,0	+ 11,5	+ 1,1	+ 10,3	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,1	± 0,0		
2018 März	+ 1,6	- 1,6	+ 3,2	+ 3,5	- 0,3	- 1,0	+ 0,7	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,1	-		
April	- 0,8	- 0,3	- 0,5	+ 0,0	- 0,5	- 1,4	+ 0,9	- 0,0	+ 0,0	-	- 0,0	-		
Mai	+ 10,8	+ 5,9	+ 4,8	+ 2,4	+ 2,4	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,1	- 0,1	-	- 0,0	-		
Juni	+ 5,3	+ 0,5	+ 4,8	+ 4,5	+ 0,4	- 0,2	+ 0,6	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,0	-		
Juli	- 6,4	- 6,3	- 0,1	- 2,0	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,7		
Aug.	+ 9,1	+ 5,7	+ 3,3	+ 1,9	+ 1,4	- 0,1	+ 1,5	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0	- 0,7		
Sept.	- 2,9	- 2,5	- 0,4	- 2,3	+ 1,9	+ 1,3	+ 0,5	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	-		
Okt.	- 4,7	- 2,9	- 1,7	- 3,0	+ 1,3	+ 0,2	+ 1,1	- 0,0	- 0,0	- 0,3	+ 0,0	-		
Nov.	+ 8,1	+ 5,1	+ 3,0	+ 1,0	+ 2,0	+ 0,7	+ 1,3	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	-		
Dez.	- 5,7	+ 0,1	- 5,7	- 6,9	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,6	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	-		
2019 Jan.	+ 2,7	- 3,5	+ 6,3	+ 6,9	- 0,6	+ 0,6	- 1,2	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	-		
Febr.	+ 8,7	+ 3,7	+ 4,9	+ 5,3	- 0,4	- 0,8	+ 0,4	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	-		

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)\*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
<b>Inländische Unternehmen und Privatpersonen</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2016	3 127,0	1 740,3	756,2	152,8	603,3	30,6	572,7	584,6	45,9	1,7	15,8	0,9		
2017	3 219,2	1 882,1	718,5	141,9	576,6	29,9	546,8	579,3	39,3	4,3	14,0	1,6		
2018	3 318,7	2 017,4	693,3	135,4	557,9	28,3	529,6	574,9	33,1	8,6	12,7	0,5		
2018 März	3 215,8	1 890,8	710,1	140,7	569,4	27,4	542,1	577,6	37,4	5,5	13,5	0,6		
April	3 234,4	1 914,4	706,1	138,5	567,7	26,9	540,8	576,8	37,0	5,9	12,8	0,9		
Mai	3 255,5	1 939,8	702,7	136,1	566,6	26,8	539,7	576,4	36,6	6,4	12,6	0,7		
Juni	3 251,8	1 933,3	706,7	141,8	564,9	26,5	538,4	575,5	36,3	6,9	13,1	0,7		
Juli	3 258,2	1 945,7	702,4	141,0	561,4	26,1	535,3	574,5	35,7	7,0	12,8	0,8		
Aug.	3 261,1	1 957,3	694,7	135,9	558,8	28,1	530,7	573,8	35,3	7,4	12,7	0,5		
Sept.	3 261,8	1 962,1	691,2	134,1	557,1	27,6	529,5	573,5	34,8	8,2	12,6	0,3		
Okt.	3 287,5	1 987,2	692,6	136,5	556,1	27,8	528,3	573,3	34,4	8,4	12,7	0,7		
Nov.	3 312,8	2 017,0	689,1	133,3	555,8	27,8	528,0	573,1	33,7	8,4	12,7	0,4		
Dez.	3 318,7	2 017,4	693,3	135,4	557,9	28,3	529,6	574,9	33,1	8,6	12,7	0,5		
2019 Jan.	3 319,1	2 020,2	691,6	137,9	553,7	27,9	525,8	574,8	32,5	8,7	12,7	0,8		
Febr.	3 324,1	2 025,8	690,6	137,8	552,8	27,8	525,0	575,8	32,0	8,8	12,9	0,6		
<b>Veränderungen *)</b>														
2017	+ 104,1	+ 141,3	- 25,1	- 10,6	- 14,4	- 0,7	- 13,8	- 5,3	- 6,7	+ 1,6	- 1,7	+ 0,8		
2018	+ 100,8	+ 135,7	- 24,3	- 5,5	- 18,8	- 1,3	- 17,5	- 4,3	- 6,3	+ 4,1	- 1,3	- 1,2		
2018 März	- 5,6	- 0,1	- 4,1	- 0,5	- 3,6	- 0,8	- 2,8	- 1,0	- 0,5	+ 0,6	- 0,1	- 0,5		
April	+ 19,4	+ 23,7	- 3,0	- 1,3	- 1,7	- 0,5	- 1,2	- 0,8	- 0,5	+ 0,4	- 0,6	+ 0,2		
Mai	+ 21,1	+ 25,3	- 3,4	- 2,3	- 1,1	- 0,0	- 1,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,5	- 0,3	- 0,2		
Juni	- 3,6	- 6,5	+ 4,2	+ 5,8	- 1,6	- 0,3	- 1,3	- 0,9	- 0,4	+ 0,5	+ 0,5	- 0,0		
Juli	+ 6,6	+ 12,4	- 4,2	- 0,8	- 3,4	- 0,4	- 3,1	- 1,0	- 0,6	+ 0,2	- 0,3	+ 0,1		
Aug.	+ 2,8	+ 11,6	- 7,7	- 5,1	- 2,6	+ 2,0	- 4,6	- 0,7	- 0,5	+ 0,4	- 0,0	- 0,4		
Sept.	+ 1,0	+ 5,2	- 3,5	- 1,8	- 1,7	- 0,5	- 1,2	- 0,3	- 0,4	+ 0,6	- 0,1	- 0,1		
Okt.	+ 25,8	+ 25,1	+ 1,5	+ 2,4	- 1,0	+ 0,1	- 1,1	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,4		
Nov.	+ 25,3	+ 29,8	- 3,6	- 3,3	- 0,3	+ 0,1	- 0,4	- 0,1	- 0,7	- 0,0	+ 0,0	- 0,3		
Dez.	+ 5,9	+ 0,8	+ 3,9	+ 2,2	+ 1,7	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,8	+ 0,6	+ 0,2	- 0,0	+ 0,1		
2019 Jan.	+ 0,5	+ 2,8	- 1,6	+ 2,4	- 4,0	- 0,3	- 3,7	- 0,1	- 0,6	+ 0,1	- 0,0	+ 0,4		
Febr.	+ 4,9	+ 5,6	- 1,1	- 0,1	- 0,9	- 0,1	- 0,8	+ 1,0	- 0,6	+ 0,1	+ 0,2	- 0,2		
<b>darunter: inländische Unternehmen</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2016	1 032,4	518,3	494,1	98,3	395,8	17,4	378,4	6,9	13,2	1,6	13,0	0,9		
2017	1 039,6	558,9	461,0	92,9	368,2	17,2	351,0	6,8	12,8	2,7	11,6	1,6		
2018	1 035,4	584,0	432,9	86,0	346,9	17,2	329,7	7,0	11,4	2,8	10,3	0,5		
2018 März	1 026,9	555,0	452,5	92,1	360,5	14,9	345,6	7,0	12,4	2,8	11,1	0,6		
April	1 034,1	566,2	448,6	89,6	359,0	14,6	344,4	7,1	12,3	2,9	10,5	0,9		
Mai	1 042,4	578,3	444,6	87,0	357,7	14,6	343,0	7,2	12,3	2,9	10,2	0,7		
Juni	1 030,4	562,4	448,5	92,7	355,8	14,2	341,6	7,2	12,4	2,9	10,7	0,7		
Juli	1 033,0	569,8	444,0	91,5	352,5	14,0	338,5	7,2	12,1	2,6	10,4	0,8		
Aug.	1 028,5	573,1	436,2	86,3	349,9	16,3	333,6	7,2	12,0	2,5	10,3	0,5		
Sept.	1 021,9	570,3	432,5	84,5	348,0	16,0	332,0	7,2	11,9	2,6	10,3	0,3		
Okt.	1 039,7	586,7	434,0	86,6	347,4	16,4	331,0	7,1	11,8	2,6	10,3	0,7		
Nov.	1 040,8	590,9	431,3	84,2	347,1	16,5	330,6	7,1	11,6	2,6	10,3	0,4		
Dez.	1 035,4	584,0	432,9	86,0	346,9	17,2	329,7	7,0	11,4	2,8	10,3	0,5		
2019 Jan.	1 036,9	587,8	430,7	88,3	342,4	16,9	325,5	7,0	11,4	2,6	10,2	0,8		
Febr.	1 026,7	579,2	429,1	88,2	340,9	16,7	324,2	7,0	11,4	2,7	10,4	0,6		
<b>Veränderungen *)</b>														
2017	+ 19,5	+ 40,2	- 20,0	- 4,7	- 15,4	- 0,2	- 15,2	- 0,0	- 0,6	+ 0,8	- 1,3	+ 0,8		
2018	- 3,2	+ 25,1	- 27,2	- 5,9	- 21,3	+ 0,3	- 21,7	+ 0,2	- 1,3	+ 0,1	- 1,3	- 1,2		
2018 März	- 9,9	- 5,9	- 4,0	- 0,4	- 3,6	- 0,6	- 3,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,5		
April	+ 8,1	+ 11,2	- 3,0	- 1,6	- 1,4	- 0,3	- 1,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,6	+ 0,2		
Mai	+ 8,3	+ 12,1	- 3,9	- 2,7	- 1,3	+ 0,1	- 1,3	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,3	- 0,2		
Juni	- 11,9	- 15,9	+ 4,1	+ 5,8	- 1,8	- 0,4	- 1,4	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,5	- 0,0		
Juli	+ 2,7	+ 7,4	- 4,4	- 1,2	- 3,3	- 0,2	- 3,0	- 0,0	- 0,3	- 0,2	- 0,3	+ 0,1		
Aug.	- 4,5	+ 3,4	- 7,8	- 5,2	- 2,6	+ 2,3	- 4,9	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,4		
Sept.	- 6,5	- 2,7	- 3,6	- 1,8	- 1,9	- 0,2	- 1,6	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,1		
Okt.	+ 17,8	+ 16,4	+ 1,5	+ 2,1	- 0,5	+ 0,4	- 0,9	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,4		
Nov.	+ 1,1	+ 4,1	- 2,8	- 2,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,5	- 0,0	- 0,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,3		
Dez.	- 5,4	- 6,6	+ 1,3	+ 1,9	- 0,5	+ 0,6	- 1,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,1		
2019 Jan.	+ 1,6	+ 3,9	- 2,2	+ 2,2	- 4,4	- 0,2	- 4,2	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,4		
Febr.	- 10,3	- 8,6	- 1,6	- 0,1	- 1,5	- 0,2	- 1,3	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,2	- 0,2		

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2. Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3. Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. 4. Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

#### IV. Banken

### 8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck \*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen					Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen				insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen					inländische Organisationen ohne Erwerbszweck				
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen		zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>												
2016	2 094,5	1 222,0	1 186,9	206,0	828,6	152,3	35,1	262,1	248,6	25,0	182,0	41,5
2017	2 179,7	1 323,1	1 286,6	223,4	907,6	155,7	36,5	257,5	243,5	23,4	182,9	37,1
2018	2 283,4	1 433,5	1 396,1	248,4	991,3	156,4	37,4	260,4	246,7	21,3	188,6	36,7
2018 Sept.	2 239,8	1 391,8	1 353,8	239,8	961,9	152,1	38,0	258,7	244,6	21,3	186,8	36,6
Okt.	2 247,8	1 400,5	1 362,8	246,1	964,4	152,3	37,7	258,6	244,7	21,2	187,0	36,5
Nov.	2 272,0	1 426,1	1 388,9	248,6	985,1	155,3	37,2	257,8	244,3	21,2	186,7	36,4
Dez.	2 283,4	1 433,5	1 396,1	248,4	991,3	156,4	37,4	260,4	246,7	21,3	188,6	36,7
2019 Jan.	2 282,2	1 432,4	1 395,7	251,2	988,1	156,4	36,6	260,9	247,2	21,4	188,8	37,0
Febr.	2 297,4	1 446,6	1 408,9	252,6	999,8	156,5	37,7	261,5	247,7	21,5	189,3	36,9
<b>Veränderungen *)</b>												
2017	+ 84,7	+ 101,1	+ 99,8	+ 17,5	+ 77,8	+ 4,5	+ 1,3	- 5,0	- 5,1	- 1,8	- 2,1	- 1,3
2018	+ 104,0	+ 110,5	+ 109,7	+ 20,3	+ 83,1	+ 6,2	+ 0,9	+ 3,0	+ 3,2	- 2,3	+ 5,8	- 0,3
2018 Sept.	+ 7,5	+ 7,9	+ 7,6	- 3,4	+ 10,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2	+ 0,5	- 0,2
Okt.	+ 8,0	+ 8,7	+ 8,9	+ 6,3	+ 2,4	+ 0,3	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2	- 0,1
Nov.	+ 24,2	+ 25,6	+ 26,2	+ 2,5	+ 20,7	+ 3,0	- 0,5	- 0,8	- 0,4	- 0,0	- 0,3	- 0,1
Dez.	+ 11,3	+ 7,3	+ 7,2	- 0,2	+ 6,3	+ 1,1	+ 0,2	+ 2,6	+ 2,3	+ 0,1	+ 1,9	+ 0,3
2019 Jan.	- 1,1	- 1,1	- 0,3	+ 2,8	- 3,3	+ 0,1	- 0,7	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,3
Febr.	+ 15,2	+ 14,2	+ 13,2	+ 1,4	+ 10,9	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,5	- 0,1

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm. \*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

### 9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen \*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder					
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													
2016	199,8	7,9	3,6	2,0	2,2	0,1	13,5	42,3	13,4	11,2	16,6	1,1	13,2
2017	201,7	8,7	4,3	1,5	2,8	0,1	12,9	37,5	11,9	9,9	14,5	1,3	12,7
2018	218,9	10,5	4,7	1,7	4,1	0,1	12,2	39,0	13,4	11,5	13,0	1,2	13,0
2018 Sept.	221,1	9,2	5,1	1,4	2,6	0,1	12,7	48,3	11,2	21,4	14,5	1,2	12,9
Okt.	216,5	9,7	5,1	1,3	3,1	0,1	12,4	46,1	11,2	19,1	14,5	1,2	12,8
Nov.	224,6	10,0	4,9	1,4	3,7	0,1	12,4	40,6	11,2	14,1	14,2	1,2	12,9
Dez.	218,9	10,5	4,7	1,7	4,1	0,1	12,2	39,0	13,4	11,5	13,0	1,2	13,0
2019 Jan.	221,7	10,1	4,8	1,2	4,1	0,1	12,2	43,3	12,1	18,4	11,7	1,2	12,9
Febr.	230,4	10,0	5,0	1,0	4,0	0,1	12,2	49,9	12,7	24,0	12,1	1,2	13,0
<b>Veränderungen *)</b>													
2017	- 1,0	- 0,0	+ 0,7	- 1,0	+ 0,2	- 0,0	- 0,6	- 5,1	- 1,4	- 1,4	- 2,5	+ 0,2	- 0,5
2018	+ 16,9	+ 2,1	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,4	- 0,0	- 0,7	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,5	- 1,3	- 0,1	+ 0,5
2018 Sept.	- 2,9	- 1,3	- 1,0	- 0,3	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,5	- 0,0	- 0,3	- 0,0	- 0,0
Okt.	- 4,7	+ 0,5	+ 0,0	- 0,1	+ 0,5	- 0,0	- 0,3	- 2,2	- 0,0	- 2,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0
Nov.	+ 8,1	+ 0,5	- 0,2	+ 0,0	+ 0,6	- 0,0	- 0,0	- 5,4	- 0,2	- 5,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0
Dez.	- 5,7	+ 0,5	- 0,2	+ 0,3	+ 0,4	-	- 0,2	- 1,6	+ 2,2	- 2,6	- 1,2	- 0,0	+ 0,2
2019 Jan.	+ 2,7	- 0,4	+ 0,0	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 4,2	- 1,3	+ 6,9	- 1,3	- 0,0	- 0,1
Febr.	+ 8,7	+ 0,2	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 6,4	+ 0,7	+ 5,5	+ 0,3	- 0,0	- 0,0	+ 0,0

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm. \*; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

					Spareinlagen <sup>3)</sup>			Nachrichtlich:				
nach Befristung					insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe <sup>4)</sup>	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) <sup>5)</sup>	Verbindlichkeiten aus Repos	Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr <sup>2)</sup>		zusammen								
		darunter:										
		bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre									
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende <sup>*)</sup></b>												
13,5	54,5	207,5	13,3	194,3	577,7	569,3	8,4	32,7	0,1	2,9	–	2016
14,0	49,0	208,5	12,7	195,8	572,4	564,6	7,9	26,6	1,7	2,4	–	2017
13,7	49,4	211,0	11,1	199,9	567,9	560,6	7,2	21,7	5,8	2,4	–	2018
14,1	49,6	209,1	11,6	197,5	566,4	558,8	7,6	23,0	5,6	2,4	–	2018 Sept.
13,9	49,9	208,7	11,4	197,3	566,1	558,6	7,5	22,6	5,8	2,4	–	Okt.
13,5	49,1	208,7	11,3	197,4	566,0	558,7	7,3	22,1	5,8	2,4	–	Nov.
13,7	49,4	211,0	11,1	199,9	567,9	560,6	7,2	21,7	5,8	2,4	–	Dez.
13,8	49,6	211,3	11,1	200,3	567,8	560,5	7,3	21,1	6,0	2,4	–	2019 Jan.
13,8	49,6	211,9	11,1	200,8	568,7	561,5	7,3	20,6	6,1	2,4	–	Febr.
<b>Veränderungen <sup>*)</sup></b>												
+ 0,1	– 5,9	+ 0,9	– 0,5	+ 1,4	– 5,3	– 4,7	– 0,6	– 6,1	+ 0,8	– 0,4	–	2017
– 0,2	+ 0,4	+ 2,6	– 1,6	+ 4,2	– 4,5	– 3,9	– 0,6	– 5,0	+ 4,0	+ 0,0	–	2018
+ 0,0	– 0,1	+ 0,2	– 0,2	+ 0,5	– 0,2	– 0,2	– 0,0	– 0,3	+ 0,5	– 0,0	–	2018 Sept.
– 0,2	+ 0,4	– 0,4	– 0,2	– 0,2	– 0,3	– 0,1	– 0,1	– 0,3	+ 0,1	+ 0,0	–	Okt.
– 0,4	– 0,9	+ 0,1	– 0,0	+ 0,1	– 0,1	+ 0,0	– 0,2	– 0,5	+ 0,0	– 0,0	–	Nov.
+ 0,2	+ 0,3	+ 2,2	– 0,2	+ 2,5	+ 1,9	+ 2,0	– 0,1	– 0,4	+ 0,0	+ 0,0	–	Dez.
+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	– 0,1	+ 0,4	– 0,1	– 0,1	+ 0,0	– 0,5	+ 0,2	+ 0,0	–	2019 Jan.
– 0,0	– 0,0	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,0	– 0,0	– 0,5	+ 0,1	+ 0,0	–	Febr.

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen <sup>3)</sup>		Spareinlagen und Sparbriefe <sup>2) 4)</sup>	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe <sup>2)</sup>	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende <sup>*)</sup></b>												
56,0	31,5	8,7	10,1	5,7	0,4	93,6	9,4	57,6	25,1	1,5	–	2016
61,6	33,2	8,8	14,1	5,5	0,0	93,8	9,5	45,6	37,6	1,1	–	2017
65,4	35,1	9,8	14,9	5,7	0,0	103,9	9,5	45,0	48,4	1,0	–	2018
60,0	29,8	9,8	14,8	5,6	0,0	103,6	14,2	44,3	44,0	1,1	–	2018 Sept.
58,2	28,4	9,4	14,8	5,6	0,0	102,6	12,7	44,0	44,8	1,1	–	Okt.
62,8	32,5	9,7	14,9	5,7	0,0	111,1	14,0	49,7	46,3	1,1	–	Nov.
65,4	35,1	9,8	14,9	5,7	0,0	103,9	9,5	45,0	48,4	1,0	–	Dez.
57,7	28,0	9,2	14,9	5,6	0,0	110,6	14,4	46,1	49,1	1,0	–	2019 Jan.
61,6	31,5	9,6	14,9	5,7	0,0	108,8	13,7	45,6	48,5	1,0	–	Febr.
<b>Veränderungen <sup>*)</sup></b>												
+ 4,5	+ 2,1	+ 0,1	+ 2,3	– 0,0	– 0,0	– 0,3	+ 0,2	– 11,8	+11,6	– 0,4	–	2017
+ 3,6	+ 1,9	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 9,9	– 0,0	– 0,8	+10,8	– 0,1	–	2018
– 3,3	– 2,8	– 0,4	– 0,1	– 0,0	–	+ 1,5	+ 0,9	– 1,6	+ 2,2	+ 0,0	–	2018 Sept.
– 1,9	– 1,4	– 0,4	– 0,0	– 0,0	+ 0,0	– 1,1	– 1,5	– 0,3	+ 0,8	– 0,0	–	Okt.
+ 4,5	+ 4,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,0	– 0,0	+ 8,5	+ 1,3	+ 5,7	+ 1,5	– 0,0	–	Nov.
+ 2,7	+ 2,6	+ 0,1	– 0,1	+ 0,0	+ 0,0	– 7,2	– 4,5	– 4,7	+ 2,1	– 0,0	–	Dez.
– 7,8	– 7,1	– 0,6	+ 0,0	– 0,1	– 0,0	+ 6,7	+ 4,9	+ 1,1	+ 0,7	– 0,0	–	2019 Jan.
+ 3,8	+ 3,5	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,0	–	– 1,7	– 0,6	– 0,5	– 0,7	+ 0,0	–	Febr.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

#### IV. Banken

#### 10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland \*)

Mrd €															
Spareinlagen 1)										Sparbriefe 3), abgegeben an					
Zeit	von Inländern						von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	Nichtbanken insgesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nichtbanken
	insgesamt	zusammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zusammen	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	zusammen			darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren		
			zusammen	darunter Sonderformen 2)	zusammen	darunter Sonderformen 2)									
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>															
2016	596,5	588,5	537,1	361,6	51,5	37,7	8,0	6,9	3,3	59,1	50,4	35,8	8,7		
2017	590,3	582,9	541,0	348,3	41,9	30,3	7,4	6,5	2,7	52,0	43,7	31,4	8,2		
2018	585,6	578,6	541,1	333,4	37,5	27,2	7,0	6,2	2,3	41,2	37,3	27,9	3,9		
2018 Okt.	584,0	577,0	538,6	335,5	38,4	27,7	7,0	6,2	0,1	42,5	38,6	28,6	3,9		
Nov.	583,9	576,9	539,1	332,2	37,8	27,4	7,0	6,2	0,1	41,8	37,9	28,2	3,9		
Dez.	585,6	578,6	541,1	333,4	37,5	27,2	7,0	6,2	1,0	41,2	37,3	27,9	3,9		
2019 Jan.	585,4	578,5	541,4	331,6	37,0	26,9	7,0	6,2	0,1	40,6	36,7	27,4	3,9		
Febr.	586,5	579,5	542,5	329,9	37,1	27,0	7,0	6,2	0,1	40,0	36,1	26,9	3,9		
<b>Veränderungen *)</b>															
2017	- 6,2	- 5,6	+ 1,5	- 13,1	- 7,1	- 7,4	- 0,6	- 0,4	.	- 7,2	- 6,7	- 4,4	- 0,5		
2018	- 4,7	- 4,3	+ 1,2	- 15,9	- 5,5	- 3,2	- 0,5	- 0,3	.	- 9,1	- 6,5	- 3,6	- 2,6		
2018 Okt.	- 0,3	- 0,3	+ 0,2	- 0,0	- 0,5	- 0,3	- 0,0	- 0,0	.	- 0,4	- 0,5	- 0,4	+ 0,0		
Nov.	- 0,1	- 0,1	+ 0,5	- 3,3	- 0,6	- 0,3	- 0,0	- 0,0	.	- 0,7	- 0,7	- 0,4	+ 0,0		
Dez.	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,2	- 0,3	- 0,3	- 0,0	- 0,0	.	- 0,6	- 0,6	- 0,4	- 0,0		
2019 Jan.	- 0,2	- 0,2	+ 0,3	- 1,7	- 0,5	- 0,2	- 0,0	- 0,0	.	- 0,6	- 0,6	- 0,5	+ 0,0		
Febr.	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	- 1,7	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	.	- 0,6	- 0,6	- 0,4	+ 0,0		

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

#### 11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland \*)

Mrd €														
Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene		
Zeit	insgesamt	darunter:								insgesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsenfähige Schuldverschreibungen	nicht börsenfähige Schuldverschreibungen	
		variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremdwährungsanleihen 3) 4)	Certificates of Deposit	mit Laufzeit								
						zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)	zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)					über 2 Jahre
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														
2016	1 098,1	177,0	28,1	407,1	90,9	111,3	4,1	37,4	5,8	949,4	0,6	0,2	33,8	0,5
2017	1 066,5	147,2	26,0	370,4	89,8	107,4	4,1	32,9	6,4	926,2	0,4	0,2	30,5	0,5
2018	1 099,7	139,4	27,5	355,9	88,3	106,2	3,1	22,0	6,1	971,5	0,6	0,1	30,6	0,4
2018 Okt.	1 109,6	140,8	27,2	363,7	89,2	108,1	3,7	23,8	7,0	977,7	0,9	0,1	30,8	0,4
Nov.	1 112,9	140,5	28,3	360,2	87,9	107,4	3,6	22,6	6,8	983,0	0,7	0,1	30,8	0,4
Dez.	1 099,7	139,4	27,5	355,9	88,3	106,2	3,1	22,0	6,1	971,5	0,6	0,1	30,6	0,4
2019 Jan.	1 112,4	138,1	30,0	358,3	84,6	105,8	3,2	21,6	5,8	985,1	0,7	0,1	30,9	0,4
Febr.	1 128,7	139,1	30,4	359,7	81,8	103,0	3,1	21,0	5,5	1 004,7	0,8	0,1	30,9	0,4
<b>Veränderungen *)</b>														
2017	- 30,8	- 29,7	- 2,1	- 36,7	- 0,5	- 3,9	- 0,0	- 4,6	+ 0,6	- 22,3	- 0,2	+ 0,0	- 3,2	- 0,0
2018	+ 33,6	- 7,8	+ 1,5	- 14,3	- 1,6	- 1,2	- 1,0	- 10,5	- 0,3	+ 45,3	+ 0,3	- 0,1	- 0,0	+ 0,0
2018 Okt.	+ 13,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 12,2	+ 5,4	+ 5,8	- 0,4	+ 0,2	- 0,1	+ 7,6	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2	- 0,0
Nov.	+ 3,3	- 0,3	+ 1,2	- 3,6	- 1,3	- 0,7	- 0,2	- 1,2	+ 0,1	+ 5,2	- 0,1	- 0,0	- 0,0	-
Dez.	- 13,3	- 1,1	- 0,8	- 4,2	+ 0,4	- 1,2	- 0,5	- 0,6	- 0,8	- 11,5	- 0,1	- 0,0	- 0,1	-
2019 Jan.	+ 12,7	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,3	- 3,7	- 0,4	+ 0,1	- 0,4	- 0,3	+ 13,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,2	-
Febr.	+ 16,3	+ 1,0	+ 0,4	+ 1,4	- 2,8	- 2,7	- 0,1	- 0,6	- 0,3	+ 19,7	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	-

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

#### IV. Banken

##### 12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland \*) Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats- ende	Anzahl der Insti- tute	Bilanz- sum- me 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaber- schuld- ver- schrei- bungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rückkla- gen) 7)	Nach- richtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abge- schlos- sene Ver- träge 8)
			Gut- haben und Dar- lehen (ohne Baudar- lehen) 1)	Baudar- lehen 2)	Bank- schuld- ver- schrei- bun- gen 3)	Baudarlehen			Wert- papiere (einschl. Schatz- wechsel und U-Schät- ze) 4)	Einlagen und Termin- gelder	Sicht- und Termin- gelder 6)					
						Bauspar- darlehen	Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite	sonstige Baudar- lehen				Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder			
<b>Alle Bausparkassen</b>																
2017	20	229,2	41,8	0,0	15,8	12,3	104,4	24,8	25,1	2,6	23,0	168,6	9,5	3,0	11,0	83,6
2018	20	233,4	39,4	0,0	15,7	11,9	110,2	25,7	25,8	2,8	20,4	174,3	10,0	3,3	11,7	86,6
2018 Dez.	20	233,4	39,4	0,0	15,7	11,9	110,2	25,7	25,8	2,8	20,4	174,3	10,0	3,3	11,7	8,3
2019 Jan.	20	233,6	39,2	0,0	15,9	11,9	110,4	25,9	25,7	2,8	20,2	174,8	9,9	3,3	11,7	6,9
2019 Febr.	20	234,3	39,3	0,0	15,9	11,8	110,8	26,1	25,8	2,8	20,3	175,4	9,8	3,2	11,7	7,1
<b>Private Bausparkassen</b>																
2018 Dez.	12	162,3	23,8	-	6,6	8,9	85,6	22,0	11,7	1,7	18,5	113,3	9,7	3,3	8,1	5,1
2019 Jan.	12	162,2	23,7	-	6,7	8,9	85,7	22,2	11,6	1,7	18,4	113,6	9,6	3,3	8,0	4,3
2019 Febr.	12	162,7	23,7	-	6,6	8,9	86,0	22,4	11,6	1,7	18,7	113,9	9,5	3,2	8,0	4,6
<b>Öffentliche Bausparkassen</b>																
2018 Dez.	8	71,2	15,6	0,0	9,2	3,0	24,7	3,6	14,1	1,1	1,9	61,0	0,3	-	3,7	3,2
2019 Jan.	8	71,4	15,6	0,0	9,2	3,0	24,7	3,7	14,1	1,1	1,8	61,3	0,3	-	3,7	2,7
2019 Febr.	8	71,6	15,6	0,0	9,3	2,9	24,8	3,7	14,2	1,1	1,7	61,5	0,3	-	3,7	2,5

##### Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen						Noch bestehen- de Auszahlungs- verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar- darlehen 10)		Nach- richtlich: Einge- gangene Wohn- ungs- bau- prä- mien 12)
	eingezahlte Bauspar- beiträge 9)	Zinsgut- schriften auf Bauspar- einlagen	Rückzah- lungen von Bauspar- einlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto- Zutei- lungen 11)	Zuteilungen			neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lungen	ins- gesamt	darunter Til- gungen im Quartal			
						Bauspareinlagen	Bauspardarlehen 9)	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schenfinan- zierungs- krediten						darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schenfinan- zierungs- krediten		
<b>Alle Bausparkassen</b>																
2017	26,7	2,3	7,6	45,3	26,0	39,6	16,4	4,1	4,5	3,4	18,7	16,4	7,4	7,1	6,2	0,2
2018	27,0	2,1	7,4	45,2	25,1	40,2	15,9	4,3	4,8	3,7	19,5	16,6	6,8	6,6	5,5	0,2
2018 Dez.	2,3	1,9	0,5	3,3	1,9	3,1	1,2	0,3	0,4	0,3	1,5	16,6	6,8	0,5	1,4	0,0
2019 Jan.	2,5	0,0	0,6	3,8	2,2	3,4	1,3	0,4	0,5	0,4	1,7	16,7	6,9	0,6		0,0
2019 Febr.	2,3	0,0	0,5	3,8	2,1	3,1	1,2	0,3	0,4	0,3	1,5	17,0	7,0	0,6		0,0
<b>Private Bausparkassen</b>																
2018 Dez.	1,5	1,2	0,2	2,3	1,3	2,4	0,9	0,2	0,2	0,2	1,2	11,9	3,8	0,4	1,0	0,0
2019 Jan.	1,6	0,0	0,3	2,9	1,6	2,7	1,0	0,3	0,3	0,3	1,3	12,0	3,9	0,5		0,0
2019 Febr.	1,5	0,0	0,3	2,8	1,4	2,4	0,9	0,3	0,3	0,2	1,2	12,1	3,8	0,5		0,0
<b>Öffentliche Bausparkassen</b>																
2018 Dez.	0,9	0,7	0,3	1,0	0,6	0,7	0,3	0,1	0,1	0,1	0,3	4,8	3,0	0,1	0,3	0,0
2019 Jan.	0,9	0,0	0,3	0,9	0,6	0,8	0,3	0,1	0,1	0,1	0,3	4,7	3,0	0,1		0,0
2019 Febr.	0,8	0,0	0,3	1,1	0,7	0,7	0,3	0,1	0,1	0,1	0,3	4,9	3,2	0,1		0,0

\* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. 7 Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. 9 Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zugeordneten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. 13 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

#### IV. Banken

##### 13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) \*)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Kredite an Banken (MFIs)						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen 7)		
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter	Bilanzsumme 7)	Guthaben und Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	insgesamt	Buchkredite			insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands			
				insgesamt	zusammen	deutsche Banken			ausländische Banken	insgesamt	zusammen			an deutsche Nichtbanken	an ausländische Nichtbanken	Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)
<b>Auslandsfilialen</b>															<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2016	51	192	1 873,3	584,2	570,5	205,0	365,5	13,8	580,5	489,8	14,5	475,3	90,8	708,5	485,3	
2017	52	188	1 647,8	493,9	484,1	197,1	287,0	9,8	528,8	443,2	13,1	430,1	85,6	625,1	402,9	
2018	49	183	1 401,2	403,8	392,8	192,1	200,7	11,0	516,8	427,7	20,0	407,7	89,1	480,5	309,0	
2018 April	49	183	1 634,4	504,6	491,8	187,1	304,8	12,7	524,6	443,8	10,8	433,1	80,8	605,2	408,0	
Mai	48	182	1 612,2	497,1	484,2	190,3	293,9	12,8	531,9	452,8	14,5	438,3	79,1	583,2	364,2	
Juni	48	183	1 533,3	473,3	461,3	182,2	279,1	11,9	510,3	431,6	14,5	417,1	78,7	549,8	350,1	
Juli	48	183	1 523,3	472,0	459,9	186,8	273,1	12,1	523,2	443,2	23,6	419,6	80,0	528,1	328,8	
Aug.	48	182	1 501,4	450,4	438,8	183,2	255,6	11,6	524,4	442,6	22,5	420,1	81,8	526,6	328,2	
Sept.	48	183	1 494,1	452,1	441,2	185,4	255,8	10,8	541,6	456,5	21,9	434,7	85,1	500,5	318,4	
Okt.	49	184	1 487,3	439,9	428,6	205,9	222,7	11,3	535,8	448,0	20,3	427,8	87,8	511,6	336,0	
Nov.	49	184	1 456,1	454,1	443,4	206,9	236,5	10,8	519,7	433,1	20,7	412,4	86,6	482,2	313,7	
Dez.	49	183	1 401,2	403,8	392,8	192,1	200,7	11,0	516,8	427,7	20,0	407,7	89,1	480,5	309,0	
2019 Jan.	50	184	1 451,6	419,4	408,0	190,8	217,2	11,4	541,3	453,3	19,8	433,5	88,0	491,0	309,4	
<b>Veränderungen *)</b>																
2017	+ 1	- 4	- 216,7	- 52,5	- 49,4	- 7,9	- 41,5	- 3,1	- 10,9	- 10,0	- 1,4	- 8,6	- 0,9	- 74,6	- 60,4	
2018	- 3	- 5	- 250,2	- 101,0	- 102,0	- 5,0	- 97,0	+ 1,0	- 24,8	- 27,1	+ 7,0	- 34,1	+ 2,4	- 148,2	- 102,6	
2018 Mai	- 1	- 1	- 24,6	- 15,2	- 15,1	+ 3,2	- 18,3	- 0,1	- 2,1	+ 0,6	+ 3,8	- 3,1	- 2,8	- 24,4	- 50,3	
Juni	-	+ 1	- 79,0	- 24,1	- 23,2	- 8,1	- 15,1	- 0,9	- 21,5	- 21,2	- 0,0	- 21,1	- 0,3	- 33,5	- 14,3	
Juli	-	-	- 9,5	+ 0,3	+ 0,1	+ 4,6	- 4,5	+ 0,2	+ 15,2	+ 13,5	+ 9,1	+ 4,4	+ 1,6	- 21,1	- 20,3	
Aug.	-	- 1	- 22,4	- 23,1	- 22,6	- 3,6	- 19,0	- 0,5	- 0,5	- 2,2	- 1,1	+ 1,1	+ 1,7	- 2,0	- 1,5	
Sept.	-	+ 1	- 7,7	+ 0,6	+ 1,4	+ 2,3	- 0,9	- 0,8	+ 15,3	+ 12,3	- 0,6	+ 12,9	+ 3,0	- 26,6	- 10,6	
Okt.	+ 1	+ 1	- 8,5	- 16,3	- 16,7	+ 20,5	- 37,2	+ 0,4	- 12,1	- 14,1	- 1,6	- 12,5	+ 1,9	+ 9,5	+ 15,0	
Nov.	-	-	- 30,9	+ 14,9	+ 15,4	+ 1,0	+ 14,4	- 0,5	- 14,9	- 13,8	+ 0,5	- 14,3	- 1,1	- 29,1	- 21,8	
Dez.	-	- 1	- 54,5	- 49,4	- 49,7	- 14,8	- 34,9	+ 0,3	- 1,2	- 3,9	- 0,7	- 3,3	+ 2,8	- 1,3	- 3,9	
2019 Jan.	+ 1	+ 1	+ 50,5	+ 15,5	+ 15,2	- 1,3	+ 16,5	+ 0,3	+ 24,1	+ 25,4	- 0,2	+ 25,6	- 1,3	+ 10,5	+ 0,4	
<b>Auslandstöchter</b>															<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2016	20	53	320,5	82,1	72,2	21,4	50,8	9,9	161,4	130,3	22,6	107,7	31,2	76,9	-	
2017	20	50	276,6	70,4	63,9	25,0	39,0	6,5	149,5	122,2	22,2	99,9	27,4	56,7	-	
2018	17	43	237,2	51,2	45,4	20,1	25,3	5,8	136,4	111,7	13,8	97,8	24,7	49,6	-	
2018 April	20	50	267,7	64,4	58,0	23,6	34,3	6,4	147,7	120,7	21,7	99,0	27,0	55,7	-	
Mai	20	50	274,5	67,0	60,5	26,3	34,1	6,6	149,3	121,6	21,8	99,8	27,6	58,2	-	
Juni	20	48	269,1	64,2	57,9	24,5	33,4	6,3	148,8	122,5	21,9	100,5	26,3	56,1	-	
Juli	19	47	248,5	62,2	56,0	24,5	31,5	6,3	136,5	112,6	13,5	99,1	23,8	49,8	-	
Aug.	19	47	245,8	56,7	50,6	21,1	29,5	6,1	137,9	113,2	13,4	99,8	24,7	51,1	-	
Sept.	18	46	244,8	55,2	49,4	19,8	29,6	5,8	138,8	114,5	13,7	100,8	24,4	50,8	-	
Okt.	17	45	243,8	52,1	46,2	19,5	26,7	5,9	139,3	114,2	13,5	100,7	25,1	52,4	-	
Nov.	17	45	239,8	51,0	45,0	20,4	24,7	6,0	136,8	110,8	13,6	97,2	26,1	52,0	-	
Dez.	17	43	237,2	51,2	45,4	20,1	25,3	5,8	136,4	111,7	13,8	97,8	24,7	49,6	-	
2019 Jan.	16	42	234,8	49,0	42,8	18,1	24,6	6,2	135,4	109,4	13,9	95,4	26,0	50,5	-	
<b>Veränderungen *)</b>																
2017	-	- 3	- 33,3	- 4,9	- 2,4	+ 3,5	- 6,0	- 2,5	- 8,2	- 4,4	- 0,4	- 4,0	- 3,8	- 20,2	-	
2018	- 3	- 7	- 42,2	- 20,9	- 19,9	- 4,9	- 15,1	- 1,0	- 14,2	- 11,6	- 8,4	- 3,2	- 2,6	- 7,0	-	
2018 Mai	-	-	+ 4,5	+ 1,2	+ 1,3	+ 2,7	- 1,4	- 0,1	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,7	+ 2,5	-	
Juni	-	- 2	- 5,4	- 2,9	- 2,6	- 1,8	- 0,8	- 0,3	- 0,5	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7	- 1,3	- 2,1	-	
Juli	- 1	- 1	- 20,2	- 1,7	- 1,7	- 0,1	- 1,6	+ 0,0	- 12,2	- 9,7	- 8,4	- 1,3	- 2,5	- 6,4	-	
Aug.	-	-	- 3,4	- 6,0	- 5,7	- 3,3	- 2,4	- 0,2	+ 1,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,4	-	
Sept.	- 1	- 1	- 1,3	- 1,7	- 1,5	- 1,3	- 0,1	- 0,3	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,8	- 0,3	- 0,4	-	
Okt.	- 1	- 1	- 2,1	- 3,8	- 3,6	- 0,3	- 3,3	- 0,1	+ 0,0	- 0,7	- 0,2	- 0,6	+ 0,7	+ 1,6	-	
Nov.	-	-	- 3,8	- 1,0	- 1,1	+ 0,9	- 2,0	+ 0,1	- 2,4	- 3,4	+ 0,1	- 3,4	+ 1,0	- 0,4	-	
Dez.	-	- 2	- 2,2	+ 0,4	+ 0,5	- 0,3	+ 0,8	- 0,1	- 0,3	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,8	- 1,3	- 2,4	-	
2019 Jan.	- 1	- 1	- 2,2	- 2,1	- 2,5	- 2,0	- 0,5	+ 0,4	- 1,0	- 2,3	+ 0,1	- 2,4	+ 1,3	+ 0,8	-	

\* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslandsstöckern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite										Geld- markt- papiere und Schuld- verschrei- bungen im Um- lauf 5)	Betriebs- kapital bzw. Eigen- kapital	Sonstige Passivpositionen 6) 7)		Zeit
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)				insgesamt	darunter: Derivative Finanz- instrumente des Handels- bestands					
	zu- sammen	deutsche Banken	aus- ländische Banken	ins- gesamt	deutsche Nichtbanken 4)		auslän- dische Nicht- banken							
					zu- sammen	kurz- fristig	mittel- und lang- fristig							
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													<b>Auslandsfilialen</b>	
1 136,5	800,9	424,9	376,0	335,6	15,4	11,8	3,6	320,2	100,6	51,2	585,1	481,0	2016	
1 000,3	682,5	372,8	309,7	317,8	16,0	14,1	1,9	301,8	97,0	51,9	498,6	399,2	2017	
897,1	607,2	428,8	178,4	290,0	11,4	9,7	1,8	278,5	91,2	54,0	358,9	302,6	2018	
1 015,5	678,3	389,4	288,9	337,2	14,8	13,2	1,6	322,5	99,6	51,1	468,2	399,6	2018 April	
1 034,4	685,7	411,6	274,1	348,7	13,5	11,9	1,5	335,2	104,5	51,7	421,6	358,5	Mai	
973,0	658,6	407,0	251,7	314,4	12,4	10,9	1,5	301,9	109,6	51,7	399,0	347,1	Juni	
972,2	662,1	405,8	256,3	310,1	10,8	9,3	1,5	299,3	101,5	53,1	396,5	323,8	Juli	
957,3	651,9	404,6	247,4	305,3	10,4	8,8	1,5	295,0	108,1	53,2	382,8	325,2	Aug.	
964,0	648,5	417,8	230,7	315,4	10,8	9,3	1,5	304,6	101,5	53,5	375,2	313,0	Sept.	
938,4	608,2	400,9	207,3	330,2	8,8	7,3	1,5	321,4	100,2	53,9	394,7	330,9	Okt.	
931,9	611,9	392,8	219,1	319,9	13,1	11,3	1,8	306,8	101,4	53,8	369,0	307,1	Nov.	
897,1	607,2	428,8	178,4	290,0	11,4	9,7	1,8	278,5	91,2	54,0	358,9	302,6	Dez.	
928,8	622,0	420,2	201,8	306,7	9,5	7,7	1,7	297,3	93,9	54,0	375,0	304,6	2019 Jan.	
<b>Veränderungen *)</b>													<b>Auslandstöchter</b>	
- 97,3	- 80,7	- 52,1	- 28,6	- 16,7	+ 0,6	+ 2,3	- 1,7	- 17,3	+ 5,2	+ 0,8	- 86,5	- 58,1	2017	
- 113,1	- 84,7	+ 56,0	- 140,8	- 28,3	- 4,6	- 4,4	- 0,2	- 23,8	- 9,4	+ 2,0	- 139,7	- 105,7	2018	
+ 11,5	+ 0,3	+ 22,2	- 21,8	+ 11,2	- 1,3	- 1,3	- 0,0	+ 12,5	+ 2,5	+ 0,6	- 46,6	- 47,6	2018 Mai	
- 61,7	- 27,3	- 4,6	- 22,7	- 34,4	- 1,1	- 1,1	+ 0,0	- 33,3	+ 4,9	+ 0,1	- 22,5	- 11,6	Juni	
+ 0,6	+ 4,7	- 1,2	+ 6,0	- 4,1	- 1,6	- 1,6	- 0,0	- 2,6	- 7,5	+ 1,3	- 2,6	- 22,3	Juli	
- 16,4	- 11,5	- 1,2	- 10,3	- 4,8	- 0,5	- 0,5	+ 0,0	- 4,4	+ 6,1	+ 0,1	- 13,6	+ 0,4	Aug.	
+ 5,7	- 4,3	+ 13,2	- 17,6	+ 10,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,0	+ 9,5	- 7,1	+ 0,4	- 7,7	- 13,1	Sept.	
- 29,3	- 43,9	- 16,9	- 26,9	+ 14,6	- 2,0	- 2,0	-	+ 16,6	- 2,9	+ 0,4	+ 19,5	+ 15,0	Okt.	
- 5,9	+ 4,3	- 8,0	+ 12,3	- 10,2	+ 4,3	+ 4,0	+ 0,3	- 14,5	+ 1,4	- 0,1	- 25,7	- 23,3	Nov.	
- 33,9	- 4,0	+ 36,0	- 40,0	- 29,9	- 1,7	- 1,6	- 0,1	- 28,2	- 9,8	+ 0,1	- 10,1	- 3,7	Dez.	
+ 31,7	+ 14,9	- 8,6	+ 23,5	+ 16,8	- 2,0	- 1,9	- 0,0	+ 18,7	+ 2,7	- 0,0	+ 16,1	+ 2,0	2019 Jan.	
247,0	134,3	71,8	62,5	112,7	12,2	6,7	5,5	100,5	13,6	23,8	36,0	-	2016	
207,1	96,3	49,8	46,5	110,8	12,0	6,2	5,8	98,8	13,0	24,2	32,3	-	2017	
171,5	71,6	36,1	35,5	100,0	9,1	6,4	2,7	90,8	14,3	22,4	29,0	-	2018	
200,4	90,3	48,5	41,7	110,1	11,6	5,7	5,9	98,6	13,4	23,8	30,1	-	2018 April	
206,7	95,4	49,8	45,6	111,2	12,3	6,4	5,9	98,9	13,4	23,9	30,5	-	Mai	
202,6	95,4	50,9	44,5	107,2	12,1	6,1	6,0	95,1	12,7	23,8	30,0	-	Juni	
184,1	77,4	40,3	37,2	106,7	12,3	6,3	5,9	94,4	12,7	22,9	28,8	-	Juli	
181,4	78,7	40,2	38,5	102,8	9,5	5,6	3,8	93,3	12,7	22,9	28,7	-	Aug.	
178,9	75,0	37,8	37,3	103,9	10,1	6,1	3,9	93,8	13,9	22,8	29,2	-	Sept.	
175,5	73,4	36,5	36,8	102,1	9,6	6,0	3,6	92,6	14,1	22,8	31,3	-	Okt.	
172,2	72,6	35,7	37,0	99,5	9,1	5,5	3,6	90,4	13,7	22,5	31,4	-	Nov.	
171,5	71,6	36,1	35,5	100,0	9,1	6,4	2,7	90,8	14,3	22,4	29,0	-	Dez.	
168,3	70,9	35,5	35,4	97,4	7,0	4,3	2,7	90,4	16,1	21,8	28,7	-	2019 Jan.	
<b>Veränderungen *)</b>													<b>Auslandstöchter</b>	
- 32,8	- 33,7	- 22,0	- 11,8	+ 0,9	- 0,2	- 0,5	+ 0,3	+ 1,1	- 0,6	+ 0,3	- 0,3	-	2017	
- 37,4	- 25,8	- 13,7	- 12,0	- 11,7	- 2,8	+ 0,2	- 3,0	- 8,8	+ 1,3	- 1,8	- 4,3	-	2018	
+ 4,9	+ 4,4	+ 1,3	+ 3,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,0	- 0,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,5	-	2018 Mai	
- 4,2	- 0,1	+ 1,0	- 1,1	- 4,0	- 0,2	- 0,3	+ 0,0	- 3,8	- 0,7	- 0,1	- 0,5	-	Juni	
- 18,2	- 17,8	- 10,6	- 7,2	- 0,4	+ 0,2	+ 0,2	- 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,9	- 1,1	-	Juli	
- 3,0	+ 1,1	- 0,1	+ 1,2	- 4,0	- 2,8	- 0,7	- 2,1	- 1,3	+ 0,0	+ 0,0	- 0,5	-	Aug.	
- 2,8	- 3,8	- 2,4	- 1,4	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,4	+ 1,2	- 0,1	+ 0,4	-	Sept.	
- 4,3	- 2,1	- 1,2	- 0,9	- 2,1	- 0,5	- 0,2	- 0,3	- 1,6	+ 0,2	+ 0,0	+ 1,9	-	Okt.	
- 3,2	- 0,7	- 0,8	+ 0,2	- 2,5	- 0,4	- 0,4	- 0,0	- 2,1	- 0,4	- 0,3	+ 0,1	-	Nov.	
- 0,3	- 0,9	+ 0,4	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,9	- 0,9	+ 0,6	+ 0,6	- 0,1	- 2,4	-	Dez.	
- 3,2	- 0,6	- 0,6	- 0,0	- 2,5	- 2,1	- 2,1	-	- 0,4	+ 1,8	- 0,6	- 0,3	-	2019 Jan.	

zählen als eine Filiale. 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuld-

verschreibungen. 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

## V. Mindestreserven

### 1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum

Mrd €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2012	10 648,6	106,5	106,0	489,0	383,0	0,0
2013	10 385,9	103,9	103,4	248,1	144,8	0,0
2014	10 677,3	106,8	106,3	236,3	130,1	0,0
2015	11 375,0	113,8	113,3	557,1	443,8	0,0
2016	11 918,5	119,2	118,8	919,0	800,3	0,0
2017	12 415,8	124,2	123,8	1 275,2	1 151,4	0,0
2018	12 775,2	127,8	127,4	1 332,1	1 204,8	0,0
2019 Jan.	12 828,2	128,3	127,9	1 364,8	1 236,9	0,0
Febr.	.	.	.	.	.	.
März p)	12 884,9	128,8	128,4	...	...	...

### 2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Anteil Deutschlands an der Reservebasis des Eurosystems in %	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2012	2 874 716	27,0	28 747	28 567	158 174	129 607	1
2013	2 743 933	26,4	27 439	27 262	75 062	47 800	2
2014	2 876 931	26,9	28 769	28 595	75 339	46 744	4
2015	3 137 353	27,6	31 374	31 202	174 361	143 159	0
2016	3 371 095	28,3	33 711	33 546	301 989	268 443	0
2017	3 456 192	27,8	34 562	34 404	424 547	390 143	2
2018	3 563 306	27,9	35 633	35 479	453 686	418 206	1
2019 Jan.	3 580 966	27,9	35 810	35 656	466 005	430 348	1
Febr.	.	.	.	.	.	.	.
März p)	3 567 804	27,7	35 678	35 525	...	...	...

#### a) Reserve-Soll einzelner Bankengruppen

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Landesbanken und Sparkassen	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben
2012 3)	5 388	4 696	2 477	9 626	4 886	248	1 247
2013	5 189	4 705	1 437	9 306	5 123	239	1 263
2014	5 593	4 966	1 507	9 626	5 375	216	1 312
2015	6 105	5 199	2 012	10 432	5 649	226	1 578
2016	6 384	5 390	2 812	10 905	5 960	236	1 859
2017	6 366	5 678	3 110	11 163	6 256	132	1 699
2018	7 384	4 910	3 094	11 715	6 624	95	1 658
2019 Jan.	7 457	5 015	2 965	11 800	6 691	93	1 636
Febr.	.	.	.	.	.	.	.
März	7 481	5 125	2 913	11 492	6 690	98	1 727

#### b) Zusammensetzung der Reservebasis nach Verbindlichkeiten

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen, Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Nicht-MFIs mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindestreserve unterliegenden MFIs im Euroraum mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Banken im anderen Ausland außerhalb des Euroraums mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Spareinlagen mit Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten aus ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl. nach Pauschalabzug bzw. Abzug der Beträge im Besitz selbst reservspflichtiger MFIs
2012	1 734 716	2 451	440 306	602 834	94 453
2013	1 795 844	2 213	255 006	600 702	90 159
2014	1 904 200	1 795	282 843	601 390	86 740
2015	2 063 317	1 879	375 891	592 110	104 146
2016	2 203 100	1 595	447 524	585 099	133 776
2017	2 338 161	628	415 084	581 416	120 894
2018	2 458 423	1 162	414 463	576 627	112 621
2019 Jan.	2 489 543	1 335	402 626	576 645	110 815
Febr.	.	.	.	.	.
März	2 496 551	1 227	382 972	578 521	108 534

1 Die Erfüllungsperiode beginnt am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer

Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren einschl. betrug vom 1. Januar 1999 bis 17. Januar 2012 2 %. Ab dem 18. Januar 2012 liegt er bei 1 %. 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreserve 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages.

## VI. Zinssätze

### 1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität
		Festsatz	Mindestbietungssatz				Festsatz	Mindestbietungssatz	
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	13. Juli	0,75	1,50	–	2,25
15. Juni	1,75	–	2,75	3,75	9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00
9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75
11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50
13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50	2013 8. Mai	0,00	0,50	–	1,00
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75	13. Nov.	0,00	0,25	–	0,75
13. Juni	3,00	–	4,00	5,00	2014 11. Juni	–0,10	0,15	–	0,40
2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25	10. Sept.	–0,20	0,05	–	0,30
8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75	2015 9. Dez.	–0,30	0,05	–	0,30
9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25	2016 16. März	–0,40	0,00	–	0,25
12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75					
10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00					
2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00					
11. März	0,50	1,50	–	2,50					
8. April	0,25	1,25	–	2,25					
13. Mai	0,25	1,00	–	1,75					

1 Gemäß § 247 BGB.

### 2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	2,47	1. Juli	0,12
2003 1. Jan.	1,97	2011 1. Juli	0,37
1. Juli	1,22	2012 1. Jan.	0,12
2004 1. Jan.	1,14	2013 1. Jan.	–0,13
1. Juli	1,13	1. Juli	–0,38
2005 1. Jan.	1,21	2014 1. Jan.	–0,63
1. Juli	1,17	1. Juli	–0,73
2006 1. Jan.	1,37	2015 1. Jan.	–0,83
1. Juli	1,95	2016 1. Juli	–0,88
2007 1. Jan.	2,70		
1. Juli	3,19		
2008 1. Jan.	3,32		
1. Juli	3,19		

### 3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) \*)

Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengentender	Zinstender		Gewichteter Durchschnittssatz	Laufzeit
		Festsatz	Mindestbietungssatz	marginaler Satz 1)		
Gutschriftstag	Mio €	% p.a.				Tage
<b>Hauptrefinanzierungsgeschäfte</b>						
2019 13. März	6 093	6 093	0,00	–	–	7
20. März	5 621	5 621	0,00	–	–	7
27. März	6 095	6 095	0,00	–	–	7
3. April	5 379	5 379	0,00	–	–	7
10. April	5 335	5 335	0,00	–	–	7
<b>Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte</b>						
2019 31. Jan.	952	952	2) 0,00	–	–	84
28. Febr.	1 319	1 319	2) 0,00	–	–	91
28. März	1 072	1 072	2) 0,00	–	–	91

\* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

### 4. Geldmarktsätze nach Monaten \*)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	EONIA 1)	EURIBOR 2)					
		Wochengeld	Monatsgeld	Dreimonatsgeld	Sechsmonatsgeld	Neunmonatsgeld	Zwölfmonatsgeld
2018 Sept.	– 0,36	– 0,38	– 0,37	– 0,32	– 0,27	– 0,21	– 0,17
Okt.	– 0,37	– 0,38	– 0,37	– 0,32	– 0,26	– 0,20	– 0,15
Nov.	– 0,36	– 0,38	– 0,37	– 0,32	– 0,26	– 0,20	– 0,15
Dez.	– 0,36	– 0,38	– 0,37	– 0,31	– 0,24	3) .	– 0,13
2019 Jan.	– 0,37	– 0,38	– 0,37	– 0,31	– 0,24	.	– 0,12
Febr.	– 0,37	– 0,37	– 0,37	– 0,31	– 0,23	.	– 0,11
März	– 0,37	– 0,38	– 0,37	– 0,31	– 0,23	.	– 0,11

\* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Umstimmigkeiten des EONIA Satzes und der EURIBOR Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act 360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tages-

gelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht wird. 2 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act 360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz. 3 Ab 3. Dezember 2018 nicht mehr erhoben.

## VI. Zinssätze

### 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) \*)

#### a) Bestände <sup>o)</sup>

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2018 Febr.	0,28	65 984	1,31	216 585	0,04	75 362	1,03	26 887
März	0,27	65 081	1,30	216 572	0,05	72 699	1,01	26 676
April	0,27	64 883	1,29	216 237	0,04	69 677	0,99	26 913
Mai	0,27	64 743	1,28	216 238	0,06	68 665	0,97	26 848
Juni	0,26	64 554	1,27	216 143	0,03	68 825	0,94	26 966
Juli	0,26	64 623	1,26	215 907	0,03	67 013	0,93	26 859
Aug.	0,25	64 215	1,25	216 126	0,03	67 659	0,92	27 206
Sept.	0,24	63 849	1,25	216 273	0,03	66 871	0,90	27 188
Okt.	0,24	63 652	1,24	215 766	0,04	66 681	0,89	27 535
Nov.	0,24	62 369	1,23	215 502	0,03	68 118	0,88	28 176
Dez.	0,23	63 057	1,23	217 570	0,01	68 323	0,87	28 597
2019 Jan.	0,23	62 837	1,21	217 168	0,01	68 701	0,86	28 839
Febr.	0,23	62 576	1,20	217 250	0,01	69 389	0,85	28 815

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte <sup>3)</sup>						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte <sup>4) 5)</sup>					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr <sup>6)</sup>		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr <sup>6)</sup>		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2018 Febr.	2,31	3 869	1,95	25 474	2,65	1 147 522	7,07	48 468	3,84	87 842	3,92	312 671
März	2,31	3 983	1,94	25 497	2,62	1 153 724	7,03	49 131	3,82	88 481	3,91	311 587
April	2,32	3 933	1,93	25 480	2,60	1 157 212	6,99	48 590	3,79	89 131	3,90	312 321
Mai	2,31	4 024	1,93	25 609	2,58	1 162 731	7,04	48 209	3,76	84 759	3,89	312 220
Juni	2,27	4 139	1,92	25 721	2,56	1 169 692	7,03	48 827	3,74	85 404	3,88	311 756
Juli	2,27	4 217	1,90	25 586	2,54	1 174 210	7,00	48 360	3,75	85 994	3,86	312 593
Aug.	2,28	4 215	1,89	25 643	2,52	1 180 809	7,00	48 053	3,75	86 634	3,85	313 801
Sept.	2,27	4 306	1,89	26 196	2,50	1 186 420	7,00	49 160	3,74	86 205	3,85	313 297
Okt.	2,25	4 311	1,87	26 171	2,48	1 191 048	7,17	50 033	3,54	85 254	3,83	313 604
Nov.	2,25	4 299	1,87	26 265	2,46	1 196 579	7,01	49 658	3,53	85 715	3,83	314 344
Dez.	2,27	4 242	1,86	26 203	2,44	1 199 525	7,10	51 196	3,53	85 387	3,81	312 896
2019 Jan.	2,27	4 379	1,85	25 867	2,42	1 200 982	7,19	49 709	3,52	85 499	3,79	314 143
Febr.	2,28	4 300	1,85	25 861	2,41	1 204 756	7,17	49 608	3,51	85 678	3,78	314 958

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr <sup>6)</sup>		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2018 Febr.	2,39	142 819	1,88	138 735	2,19	672 403
März	2,39	145 640	1,87	139 810	2,18	672 250
April	2,33	145 705	1,86	140 823	2,16	675 236
Mai	2,26	149 325	1,78	138 956	2,15	678 530
Juni	2,29	149 189	1,76	140 052	2,13	680 131
Juli	2,20	148 897	1,74	142 697	2,12	684 893
Aug.	2,22	148 026	1,74	144 021	2,11	688 709
Sept.	2,22	150 891	1,74	144 942	2,10	691 969
Okt.	2,21	147 714	1,73	147 743	2,08	696 222
Nov.	2,20	148 399	1,72	151 603	2,07	702 286
Dez.	2,24	146 721	1,72	150 727	2,06	703 722
2019 Jan.	2,22	151 176	1,70	152 824	2,04	707 410
Febr.	2,22	154 912	1,70	154 061	2,03	712 053

\* Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber im Euroraum gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Geld- und Kapitalmärkte / Zinssätze und Renditen / Einlagen- und Kreditzinssätze) entnehmen. — <sup>o</sup> Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. <sup>1</sup> Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. <sup>2</sup> Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. <sup>3</sup> Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichten im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. <sup>4</sup> Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. <sup>5</sup> Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. <sup>6</sup> Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 12 bis 14 S. 47\*).

Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber im Euroraum gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Geld- und Kapitalmärkte / Zinssätze und Renditen / Einlagen- und Kreditzinssätze) entnehmen. — <sup>o</sup> Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. <sup>1</sup> Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. <sup>2</sup> Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. <sup>3</sup> Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichten im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. <sup>4</sup> Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. <sup>5</sup> Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. <sup>6</sup> Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 12 bis 14 S. 47\*).

## VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) <sup>\*)</sup>  
b) Neugeschäft <sup>+)</sup>

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist <sup>8)</sup>				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2018 Febr.	0,03	1 328 779	0,26	4 181	0,31	652	0,80	737	0,17	539 604	0,27	41 465
März	0,02	1 334 702	0,30	3 995	0,38	470	0,74	765	0,17	539 077	0,27	41 021
April	0,02	1 347 466	0,31	4 240	0,32	552	0,60	712	0,17	538 787	0,26	40 559
Mai	0,02	1 360 605	0,36	4 235	0,42	446	0,62	587	0,16	538 616	0,27	40 277
Juni	0,02	1 370 363	0,30	4 294	0,51	597	0,66	737	0,16	538 165	0,26	39 811
Juli	0,02	1 375 299	0,27	5 005	0,40	626	0,63	693	0,16	537 703	0,26	39 331
Aug.	0,01	1 383 683	0,30	5 135	0,43	516	0,67	677	0,15	537 459	0,26	38 903
Sept.	0,01	1 391 356	0,31	4 831	0,40	476	0,64	645	0,15	537 477	0,25	38 579
Okt.	0,01	1 399 998	0,28	4 853	0,38	772	0,70	803	0,15	537 728	0,25	38 051
Nov.	0,02	1 425 632	0,30	4 599	0,39	752	0,65	752	0,15	538 222	0,25	37 420
Dez.	0,02	1 432 861	0,28	5 439	0,26	642	0,65	702	0,14	540 271	0,25	37 155
2019 Jan.	0,02	1 432 335	0,28	6 375	0,44	603	0,69	1 074	0,14	540 608	0,24	36 693
Febr.	0,02	1 446 688	0,29	5 693	0,45	619	0,68	1 032	0,13	541 529	0,24	36 726

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2018 Febr.	- 0,02	419 428	- 0,09	8 751	0,11	186	0,32	932
März	- 0,02	418 683	- 0,08	10 133	0,13	347	0,31	427
April	- 0,03	430 412	- 0,11	8 954	0,06	314	0,35	815
Mai	- 0,03	440 268	- 0,04	9 576	0,11	490	0,34	587
Juni	- 0,03	424 633	- 0,10	11 185	0,06	240	0,23	447
Juli	- 0,02	429 934	- 0,13	11 466	0,08	354	0,29	754
Aug.	- 0,02	436 893	- 0,06	10 147	0,07	303	0,46	723
Sept.	- 0,02	433 078	- 0,10	9 835	0,07	347	0,23	375
Okt.	- 0,03	445 427	- 0,07	12 291	0,17	518	0,66	891
Nov.	- 0,03	448 301	- 0,08	12 192	0,13	376	0,78	1 035
Dez.	- 0,03	445 954	- 0,07	15 012	0,14	308	0,55	1 109
2019 Jan.	- 0,03	443 971	0,01	16 527	0,08	549	0,40	545
Febr.	- 0,03	439 935	0,02	15 774	0,11	277	0,31	238

Kredite an private Haushalte											
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung <sup>4)</sup>											
insgesamt (einschl. Kosten)		insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite <sup>9)</sup>		variabel oder bis 1 Jahr <sup>9)</sup>		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
Erhebungs- zeitraum	effektiver Jahres- zinssatz 10) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2018 Febr.	5,70	5,68	8 315	7,09	1 451	6,15	258	4,28	3 497	6,72	4 560
März	5,44	5,43	9 545	7,04	1 732	5,97	287	4,10	4 259	6,53	4 999
April	5,66	5,64	9 413	7,17	1 772	6,14	290	4,27	3 912	6,64	5 211
Mai	5,87	5,85	9 002	7,40	1 846	6,12	292	4,42	3 737	6,91	4 973
Juni	5,87	5,85	9 052	7,39	1 870	6,25	279	4,39	3 737	6,92	5 036
Juli	6,02	6,00	9 543	7,42	2 140	6,64	312	4,57	3 715	6,93	5 516
Aug.	6,08	6,02	9 242	7,44	1 938	7,95	395	4,59	3 702	6,91	5 145
Sept.	5,96	5,91	8 166	7,33	1 629	8,14	372	4,41	3 239	6,79	4 555
Okt.	6,06	5,99	8 915	7,34	1 797	7,68	421	4,60	3 527	6,83	4 967
Nov.	5,84	5,83	8 668	7,19	1 694	7,21	489	4,40	3 599	6,80	4 580
Dez.	5,80	5,81	6 514	7,04	1 133	7,58	518	4,45	2 820	6,72	3 176
2019 Jan.	5,98	5,98	9 985	7,13	2 196	8,08	544	4,53	3 696	6,72	5 745
Febr.	5,80	5,83	9 354	6,98	1 934	7,98	486	4,44	3 556	6,55	5 312

Anmerkungen \* und 1 bis 6 s. S. 44\*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolvingierenden Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolvingierende Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das be-

deutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Melde-  
monats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden.  
7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen  
wird mittels eines geeigneten Schätzverfahrens auf die Grundgesamtheit aller MFIs  
in Deutschland hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaf-  
ten; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Effektiv-  
zinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Ver-  
waltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) \*)  
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte										
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)										
insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	
<b>Kredite an private Haushalte</b>										
2018 Febr.	1,97	5 062	1,77	1 470	1,77	2 161	2,50	753	1,99	2 148
März	2,03	5 883	1,87	1 424	1,77	2 440	2,58	950	2,08	2 493
April	2,12	5 995	2,02	1 826	1,95	2 612	2,65	1 008	2,09	2 375
Mai	2,04	5 257	1,84	1 476	1,87	2 165	2,48	737	2,07	2 355
Juni	2,06	6 370	1,93	1 713	1,87	2 607	2,58	903	2,07	2 860
Juli	2,06	6 380	1,88	2 123	1,94	2 532	2,35	910	2,08	2 938
Aug.	2,07	5 365	1,83	1 452	1,99	2 124	2,51	756	2,00	2 485
Sept.	2,08	4 952	1,76	1 425	1,98	2 265	2,51	634	2,05	2 053
Okt.	2,11	5 549	1,84	1 952	2,01	2 413	2,48	810	2,08	2 326
Nov.	1,96	5 394	1,75	1 743	1,76	2 263	2,51	720	1,98	2 411
Dez.	1,89	5 777	1,79	1 716	1,76	2 554	2,42	717	1,87	2 506
2019 Jan.	1,96	5 889	1,84	2 160	1,81	2 541	2,39	860	1,96	2 488
Febr.	1,99	4 707	1,78	1 408	1,82	2 095	2,59	661	1,96	1 951
<b>darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen</b>										
2018 Febr.	2,07	3 412	.	.	2,01	1 390	2,61	564	1,93	1 458
März	2,07	4 103	.	.	1,87	1 645	2,65	741	2,02	1 717
April	2,18	4 204	.	.	2,05	1 850	2,75	793	2,04	1 561
Mai	2,11	3 558	.	.	2,09	1 373	2,50	560	2,00	1 625
Juni	2,07	4 528	.	.	1,92	1 869	2,58	692	2,02	1 967
Juli	2,13	4 266	.	.	2,09	1 755	2,46	647	2,05	1 864
Aug.	2,13	3 553	.	.	2,12	1 431	2,56	563	1,98	1 559
Sept.	2,04	3 403	.	.	1,91	1 586	2,52	491	2,02	1 326
Okt.	2,11	3 858	.	.	2,04	1 691	2,49	597	2,04	1 570
Nov.	1,96	3 869	.	.	1,81	1 526	2,50	561	1,93	1 782
Dez.	1,96	4 139	.	.	1,94	1 777	2,42	546	1,83	1 816
2019 Jan.	2,00	4 236	.	.	1,94	1 774	2,46	640	1,89	1 822
Febr.	2,02	3 331	.	.	1,94	1 502	2,61	504	1,89	1 325

noch: Kredite an private Haushalte													
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)													
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren		
	effektiver Jahres- zinssatz 10) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
<b>Kredite insgesamt</b>													
2018 Febr.	1,90	1,84	18 839	1,95	3 687	2,07	2 090	1,73	1 624	1,68	6 400	1,92	8 725
März	1,94	1,89	20 592	1,95	3 981	2,05	2 256	1,73	1 773	1,74	7 047	1,98	9 516
April	1,94	1,89	21 351	1,92	4 645	2,09	2 369	1,72	1 895	1,77	7 418	1,96	9 669
Mai	1,96	1,91	19 514	1,97	3 803	2,09	2 193	1,74	1 735	1,77	6 847	2,00	8 739
Juni	1,95	1,90	21 464	1,98	4 691	2,07	3 226	1,76	1 882	1,75	6 771	1,97	9 585
Juli	1,94	1,88	22 177	1,94	4 907	2,16	2 675	1,74	1 994	1,73	7 666	1,95	9 842
Aug.	1,93	1,87	20 493	1,96	3 401	2,13	2 337	1,70	1 753	1,71	6 974	1,97	9 429
Sept.	1,92	1,86	17 864	1,96	3 046	2,11	1 973	1,71	1 544	1,69	5 923	1,94	8 424
Okt.	1,91	1,86	21 275	1,94	4 124	2,08	2 443	1,68	1 884	1,71	7 669	1,97	9 279
Nov.	1,94	1,88	20 357	1,94	3 423	2,02	2 313	1,74	1 779	1,72	6 738	1,98	9 527
Dez.	1,90	1,85	17 630	1,89	3 168	2,02	2 113	1,71	1 519	1,70	6 088	1,94	7 910
2019 Jan.	1,92	1,86	20 907	1,93	4 619	2,09	2 475	1,69	1 962	1,70	7 080	1,95	9 390
Febr.	1,84	1,78	19 352	1,84	3 469	2,04	2 163	1,65	1 749	1,63	6 344	1,85	9 095
<b>darunter: besicherte Kredite 11)</b>													
2018 Febr.	.	1,76	8 579	.	.	2,02	702	1,53	803	1,61	2 946	1,86	4 128
März	.	1,81	9 154	.	.	1,96	831	1,61	871	1,67	3 271	1,94	4 181
April	.	1,82	9 782	.	.	2,08	866	1,55	907	1,71	3 606	1,91	4 403
Mai	.	1,84	8 392	.	.	2,02	733	1,55	834	1,71	3 043	1,96	3 782
Juni	.	1,83	9 040	.	.	2,00	1 087	1,61	901	1,71	3 025	1,94	4 027
Juli	.	1,83	9 622	.	.	2,06	914	1,60	960	1,69	3 575	1,94	4 173
Aug.	.	1,82	8 424	.	.	2,02	807	1,54	792	1,65	2 911	1,96	3 914
Sept.	.	1,82	7 495	.	.	2,13	664	1,51	715	1,65	2 604	1,95	3 512
Okt.	.	1,81	9 201	.	.	1,98	880	1,51	846	1,67	3 351	1,96	4 124
Nov.	.	1,83	8 504	.	.	1,95	750	1,53	771	1,67	2 910	1,98	4 073
Dez.	.	1,79	7 242	.	.	2,02	694	1,49	670	1,64	2 592	1,93	3 286
2019 Jan.	.	1,81	9 238	.	.	2,04	922	1,50	948	1,65	3 196	1,96	4 172
Febr.	.	1,72	8 040	.	.	2,07	682	1,45	859	1,56	2 709	1,84	3 790

Anmerkungen \* und 1 bis 6 s. S. 44\*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45\*; Anmerkung 11 s. S. 47\*.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) \*)  
b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter				Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter			
			Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)		Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2018 Febr.	8,36	39 233	8,39	31 380	14,92	4 334	3,40	70 798	3,42	70 488		
März	8,31	39 818	8,36	31 844	14,87	4 340	3,41	71 713	3,43	71 381		
April	8,29	39 308	8,35	31 176	14,85	4 408	3,29	72 449	3,30	72 100		
Mai	8,29	39 115	8,38	30 991	14,79	4 376	3,35	71 010	3,37	70 690		
Juni	8,26	39 717	8,34	31 627	14,77	4 370	3,30	74 485	3,32	74 136		
Juli	8,19	39 373	8,29	31 035	14,74	4 430	3,25	73 268	3,26	72 921		
Aug.	8,20	39 040	8,27	30 862	14,73	4 390	3,21	72 775	3,23	72 415		
Sept.	8,18	40 096	8,27	31 781	14,79	4 421	3,18	76 148	3,19	75 723		
Okt.	8,16	39 591	8,24	31 353	14,79	4 366	3,13	74 312	3,15	73 892		
Nov.	7,88	40 395	7,93	31 901	14,77	4 429	3,11	74 306	3,13	73 881		
Dez.	7,86	41 799	7,96	32 782	14,75	4 585	3,14	73 787	3,16	73 380		
2019 Jan.	8,01	40 499	7,96	32 586	14,78	4 389	3,09	76 006	3,10	75 622		
Febr.	7,99	40 394	7,99	32 324	14,76	4 384	3,09	78 104	3,10	77 717		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften															
	insgesamt		darunter				Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15)				Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15)					
			neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
<b>Kredite insgesamt</b>																
2018 Febr.	1,32	53 831	1,48	13 339	2,47	7 501	2,57	1 390	1,97	1 123	0,94	36 050	1,43	1 794	1,68	5 973
März	1,42	69 102	1,52	18 706	2,48	8 966	2,52	1 744	1,93	1 470	1,09	44 944	1,50	3 379	1,74	8 599
April	1,39	65 864	1,46	18 840	2,44	8 704	2,54	1 749	1,94	1 527	1,04	43 667	1,64	2 828	1,73	7 389
Mai	1,20	72 958	1,36	17 150	2,31	9 732	2,40	1 395	1,95	1 290	0,85	51 023	1,59	2 988	1,73	6 530
Juni	1,31	84 383	1,42	24 657	2,24	11 612	2,44	1 531	1,97	1 470	0,97	55 948	1,64	3 981	1,73	9 841
Juli	1,19	81 709	1,41	22 096	2,09	10 235	2,41	1 466	1,93	1 578	0,85	55 149	1,53	3 956	1,74	9 325
Aug.	1,18	66 072	1,41	16 124	2,05	9 274	2,44	1 316	1,86	1 311	0,85	44 950	1,73	2 130	1,64	7 091
Sept.	1,26	76 448	1,40	22 010	2,04	9 668	2,49	1 315	1,94	1 180	0,98	53 010	1,78	3 023	1,66	8 252
Okt.	1,28	78 085	1,39	21 850	2,04	10 699	2,50	1 580	1,92	1 403	0,98	52 918	1,64	3 158	1,72	8 327
Nov.	1,27	74 844	1,47	18 178	2,05	9 884	2,46	1 578	1,91	1 400	0,96	50 045	1,80	3 422	1,63	8 515
Dez.	1,29	96 525	1,46	25 307	2,06	10 205	2,40	1 480	1,85	1 434	1,02	62 907	1,72	5 156	1,60	15 343
2019 Jan.	1,24	74 566	1,42	20 900	2,01	10 992	2,43	1 491	1,94	1 376	0,96	50 703	1,46	2 676	1,58	7 328
Febr.	1,25	65 640	1,46	16 417	2,04	9 918	2,51	1 338	1,86	1 136	0,97	43 884	1,37	3 016	1,56	6 348
<b>darunter: besicherte Kredite 11)</b>																
2018 Febr.	1,55	6 461	.	.	1,96	428	2,77	134	1,79	324	1,30	3 638	1,54	457	1,88	1 480
März	1,62	11 118	.	.	1,92	608	2,46	160	1,78	396	1,44	6 583	1,68	1 010	1,93	2 361
April	1,57	8 174	.	.	1,91	620	2,50	152	1,83	434	1,26	4 155	2,07	764	1,77	2 049
Mai	1,61	7 425	.	.	1,93	540	2,47	158	1,77	354	1,38	4 223	1,82	639	1,92	1 511
Juni	1,68	12 565	.	.	1,88	647	2,60	182	1,82	380	1,42	7 324	2,60	1 202	1,83	2 830
Juli	1,55	9 982	.	.	1,95	707	2,74	155	1,81	468	1,25	5 263	1,81	1 205	1,85	2 184
Aug.	1,56	7 174	.	.	2,10	507	2,74	151	1,76	302	1,32	4 296	2,50	348	1,68	1 570
Sept.	1,56	10 319	.	.	1,89	576	2,57	124	1,83	309	1,33	6 391	2,52	646	1,79	2 273
Okt.	1,55	9 237	.	.	1,96	640	2,64	138	1,84	376	1,32	5 296	1,77	627	1,80	2 160
Nov.	1,61	9 181	.	.	1,96	528	2,64	140	1,79	379	1,41	5 283	2,15	824	1,72	2 027
Dez.	1,50	16 695	.	.	1,90	607	2,55	122	1,68	411	1,37	8 845	2,04	1 266	1,51	5 444
2019 Jan.	1,42	9 732	.	.	1,83	630	2,46	149	1,84	429	1,20	5 503	1,90	464	1,57	2 557
Febr.	1,42	7 982	.	.	1,90	485	2,59	151	1,70	323	1,23	4 383	1,46	648	1,56	1 992

Anmerkungen \* und 1 bis 6 s. S. 44\*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45\*. **11** Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. **12** Revolvierende Kredite besitzen folgende Eigenschaften: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzah-

lung der Mittel. **13** Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. **14** Einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. **15** Die Betragskategorie bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

## VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

### 1. Aktiva \*)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bargeld und Einlagen 1)	Schuldver- schreibungen	Kredite 2)	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Investment- fondsanteile	Finanz- derivate	Anteile der Rück- versicherer an den ver- sicherungs- technischen Bruttorück- stellungen	Nicht- finanzielle Aktiva	Sonstige Aktiva
<b>Versicherungsunternehmen insgesamt</b>										
2016 3.Vj.	2 219,9	378,7	397,3	387,3	280,2	613,9	5,3	46,1	31,4	79,9
4.Vj.	2 189,4	361,5	371,0	374,6	308,6	623,2	3,3	44,1	32,4	70,6
2017 1.Vj.	2 189,7	355,4	377,5	367,7	297,7	635,8	2,8	50,4	32,5	69,7
2.Vj.	2 178,4	344,0	378,9	365,2	302,0	643,8	3,1	49,1	32,6	59,6
3.Vj.	2 188,1	331,2	386,1	371,0	305,6	650,5	3,1	49,5	32,7	58,4
4.Vj.	2 212,2	320,9	387,0	354,3	336,1	671,3	2,9	48,2	34,3	57,3
2018 1.Vj.	2 217,9	344,3	394,6	327,1	343,3	663,1	2,3	50,7	33,9	58,5
2.Vj.	2 226,3	347,5	400,2	320,1	347,1	668,0	2,2	53,6	34,1	53,6
3.Vj.	2 224,8	327,3	401,2	328,7	350,5	675,0	2,0	52,9	35,7	51,6
4.Vj.	2 211,9	320,8	400,8	329,9	351,0	662,0	2,0	55,7	36,8	53,0
<b>Lebensversicherung</b>										
2016 3.Vj.	1 247,0	242,9	203,0	241,2	47,0	445,8	4,0	10,2	18,7	34,0
4.Vj.	1 197,3	231,3	182,7	223,0	50,7	456,9	2,1	9,6	19,1	21,9
2017 1.Vj.	1 170,5	223,8	185,3	217,2	37,2	462,6	1,8	8,2	19,1	15,3
2.Vj.	1 172,8	215,7	189,5	217,6	38,6	467,1	2,0	8,0	19,1	15,3
3.Vj.	1 177,5	207,6	193,6	220,6	38,4	472,5	1,9	7,9	19,1	16,0
4.Vj.	1 193,2	199,2	192,4	226,1	41,4	487,8	1,8	8,6	20,0	16,0
2018 1.Vj.	1 187,6	213,0	199,0	207,0	43,1	480,9	1,2	8,5	19,4	15,5
2.Vj.	1 195,2	216,2	202,0	201,1	46,3	486,1	1,1	8,8	19,5	14,2
3.Vj.	1 194,1	201,0	202,2	209,8	47,4	491,2	1,0	8,8	19,3	13,4
4.Vj.	1 184,9	196,3	201,3	209,3	50,5	481,1	1,0	11,6	20,3	13,5
<b>Nicht-Lebensversicherung</b>										
2016 3.Vj.	592,3	123,8	103,2	93,6	50,8	154,4	0,5	28,5	8,6	28,8
4.Vj.	583,5	118,9	98,6	91,8	56,8	152,0	0,5	26,8	9,0	29,0
2017 1.Vj.	606,7	120,3	102,5	92,1	56,9	157,3	0,3	34,1	9,1	34,2
2.Vj.	603,7	116,8	103,9	91,2	58,5	160,4	0,4	33,3	9,1	30,1
3.Vj.	603,1	111,9	106,2	92,9	58,6	162,9	0,4	32,5	9,2	28,4
4.Vj.	606,7	111,6	108,1	82,2	70,8	165,9	0,4	31,4	9,7	26,5
2018 1.Vj.	623,1	120,1	112,5	75,1	72,3	166,9	0,3	34,6	9,8	31,4
2.Vj.	621,6	120,0	115,3	72,9	73,4	167,4	0,3	35,6	9,8	27,0
3.Vj.	618,0	116,2	115,6	72,9	74,4	168,8	0,2	34,9	9,8	25,1
4.Vj.	614,8	114,0	116,6	73,1	74,2	167,2	0,2	33,8	10,8	24,8
<b>Rückversicherung 3)</b>										
2016 3.Vj.	380,7	12,0	91,0	52,5	182,3	13,8	0,8	7,3	4,0	17,0
4.Vj.	408,6	11,3	89,7	59,7	201,0	14,3	0,7	7,7	4,3	19,7
2017 1.Vj.	412,5	11,4	89,8	58,4	203,6	15,9	0,8	8,1	4,3	20,2
2.Vj.	401,9	11,6	85,5	56,5	204,8	16,3	0,8	7,9	4,4	14,2
3.Vj.	407,5	11,7	86,3	57,5	208,6	15,1	0,9	9,2	4,4	13,9
4.Vj.	412,3	10,2	86,5	45,9	223,9	17,6	0,7	8,2	4,7	14,7
2018 1.Vj.	407,2	11,2	83,1	45,0	227,8	15,3	0,8	7,6	4,8	11,6
2.Vj.	409,5	11,3	82,9	46,1	227,4	14,6	0,8	9,1	4,8	12,4
3.Vj.	412,7	10,0	83,4	46,0	228,7	14,9	0,8	9,3	6,6	13,1
4.Vj.	412,2	10,4	82,8	47,6	226,2	13,7	0,7	10,3	5,7	14,7
<b>Pensionseinrichtungen 4)</b>										
2016 3.Vj.	608,0	107,7	63,5	29,3	19,1	326,2	-	6,3	35,4	20,5
4.Vj.	609,6	106,4	61,1	29,7	19,9	328,1	-	6,7	37,0	20,8
2017 1.Vj.	617,0	103,4	60,3	30,1	20,3	337,7	-	6,7	37,5	20,9
2.Vj.	624,5	102,7	60,6	30,3	20,7	344,3	-	6,8	38,1	21,1
3.Vj.	633,7	100,6	61,7	30,3	21,2	353,1	-	7,0	38,6	21,3
4.Vj.	645,5	96,0	63,5	30,6	21,6	364,5	-	7,1	40,3	21,8
2018 1.Vj.	646,8	94,8	63,1	31,0	22,0	366,1	-	7,2	40,6	21,9
2.Vj.	652,7	95,2	62,8	31,5	22,9	369,9	-	7,3	41,1	22,1
3.Vj.	656,4	92,0	62,6	31,6	23,3	376,3	-	7,3	41,5	21,9
4.Vj.	663,0	91,4	63,3	32,0	23,5	380,3	-	7,4	42,6	22,3

Quellen: Die Werte der Versicherungsunternehmen basieren auf Aufsichtsdaten nach Solvency I und II. Die Berechnung der Pensionseinrichtungen beruht auf Solvency I-Aufsichtsdaten, ergänzt um freiwillige Meldungen und eigene Berechnungen.  
\* Bewertung der börsennotierten Wertpapiere zum jeweiligen einheitlichen Preis der Wertpapierstammdatenbank des EZSB. 1 Buchforderungen an Monetäre Finanzinstitute einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. 2 Einschl. Depotforderungen sowie Namensschuldverschreibungen, Schuld-

scheindarlehen und Namenspfandbriefe. 3 Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durchgeführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. 4 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen“ des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

## VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

### 2. Passiva

Mrd €

Stand am Jahres-bzw. Quartalsende	Versicherungstechnische Rückstellungen									
	Insgesamt	Schuldver- schreibungen	Kredite 1)	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Versicherungstechnische Rückstellungen			Finanz- derivate	Sonstige Passiva	Reinvermögen 5)
					Insgesamt	Leben / Ansprüche an Pensionsein- richtungen 2)	Nicht-Leben			
<b>Versicherungsunternehmen insgesamt</b>										
2016 3.Vj.	2 219,9	30,7	73,7	383,0	1 579,4	1 396,9	182,5	1,5	151,5	–
4.Vj.	2 189,4	30,7	70,3	441,0	1 494,4	1 313,3	181,1	2,3	150,7	–
2017 1.Vj.	2 189,7	30,5	57,2	448,6	1 511,9	1 309,6	202,3	1,8	139,6	–
2.Vj.	2 178,4	28,6	57,0	450,8	1 505,5	1 308,5	197,0	2,1	134,3	–
3.Vj.	2 188,1	28,5	58,4	455,6	1 513,1	1 317,2	195,9	2,3	130,2	–
4.Vj.	2 212,2	28,3	62,6	466,0	1 521,6	1 334,2	187,4	2,2	131,6	–
2018 1.Vj.	2 217,9	28,0	61,9	460,5	1 538,9	1 333,5	205,4	1,5	127,1	–
2.Vj.	2 226,3	27,7	64,0	457,1	1 553,3	1 347,6	205,7	1,9	122,3	–
3.Vj.	2 224,8	27,5	65,1	462,6	1 545,0	1 343,7	201,4	2,0	122,5	–
4.Vj.	2 211,9	29,3	64,6	463,0	1 529,6	1 331,5	198,1	1,6	123,9	–
<b>Lebensversicherung</b>										
2016 3.Vj.	1 247,0	3,8	25,9	96,0	1 066,2	1 066,2	–	0,7	54,4	–
4.Vj.	1 197,3	4,1	25,0	116,3	993,7	993,7	–	1,2	56,9	–
2017 1.Vj.	1 170,5	4,1	12,5	116,3	991,8	991,8	–	0,9	44,8	–
2.Vj.	1 172,8	4,0	12,1	119,8	989,6	989,6	–	1,0	46,2	–
3.Vj.	1 177,5	4,1	12,3	121,5	994,0	994,0	–	1,1	44,5	–
4.Vj.	1 193,2	4,1	12,8	122,2	1 007,1	1 007,1	–	1,1	45,9	–
2018 1.Vj.	1 187,6	4,0	13,3	119,8	1 007,0	1 007,0	–	0,7	42,7	–
2.Vj.	1 195,2	4,1	13,0	119,6	1 017,0	1 017,0	–	0,8	40,8	–
3.Vj.	1 194,1	4,1	12,6	121,2	1 013,3	1 013,3	–	0,9	42,0	–
4.Vj.	1 184,9	4,1	15,2	122,9	1 000,3	1 000,3	–	0,5	42,0	–
<b>Nicht-Lebensversicherung</b>										
2016 3.Vj.	592,3	0,9	6,6	120,0	407,4	310,1	97,3	0,0	57,3	–
4.Vj.	583,5	1,1	6,3	130,4	390,1	300,5	89,7	0,2	55,4	–
2017 1.Vj.	606,7	1,1	7,3	134,1	409,0	300,8	108,2	0,1	55,1	–
2.Vj.	603,7	1,1	6,8	135,7	406,8	302,5	104,3	0,1	53,1	–
3.Vj.	603,1	1,1	6,9	137,5	406,8	305,8	101,1	0,1	50,7	–
4.Vj.	606,7	1,1	6,7	141,2	405,7	309,7	96,0	0,1	51,9	–
2018 1.Vj.	623,1	1,1	7,7	141,4	422,8	311,1	111,7	0,0	50,0	–
2.Vj.	621,6	1,1	8,1	140,6	424,5	314,3	110,2	0,1	47,2	–
3.Vj.	618,0	1,1	8,0	141,7	420,7	314,0	106,7	0,0	46,4	–
4.Vj.	614,8	1,0	8,2	139,6	417,1	315,5	101,6	0,0	48,8	–
<b>Rückversicherung 3)</b>										
2016 3.Vj.	380,7	26,0	41,3	167,0	105,8	20,5	85,3	0,8	39,8	–
4.Vj.	408,6	25,5	39,0	194,3	110,5	19,1	91,4	0,9	38,3	–
2017 1.Vj.	412,5	25,3	37,4	198,2	111,1	17,0	94,1	0,8	39,7	–
2.Vj.	401,9	23,5	38,1	195,2	109,1	16,4	92,6	1,1	35,0	–
3.Vj.	407,5	23,3	39,3	196,6	112,3	17,5	94,9	1,1	35,0	–
4.Vj.	412,3	23,1	43,1	202,6	108,8	17,4	91,4	1,0	33,8	–
2018 1.Vj.	407,2	22,9	40,8	199,3	109,0	15,4	93,7	0,8	34,4	–
2.Vj.	409,5	22,5	43,0	196,9	111,7	16,2	95,5	1,1	34,3	–
3.Vj.	412,7	22,4	44,4	199,7	111,0	16,4	94,7	1,1	34,1	–
4.Vj.	412,2	24,1	41,2	200,6	112,2	15,7	96,5	1,1	33,2	–
<b>Pensionseinrichtungen 4)</b>										
2016 3.Vj.	608,0	–	6,4	6,7	536,0	536,0	–	–	3,3	55,6
4.Vj.	609,6	–	6,8	6,9	546,0	546,0	–	–	2,4	47,5
2017 1.Vj.	617,0	–	6,9	7,0	552,9	552,9	–	–	2,5	47,8
2.Vj.	624,5	–	6,9	7,1	558,7	558,7	–	–	2,5	49,4
3.Vj.	633,7	–	6,9	7,2	565,2	565,2	–	–	2,5	51,9
4.Vj.	645,5	–	7,1	7,4	576,1	576,1	–	–	2,5	52,4
2018 1.Vj.	646,8	–	7,2	7,4	579,5	579,5	–	–	2,6	50,0
2.Vj.	652,7	–	7,3	7,5	585,7	585,7	–	–	2,6	49,6
3.Vj.	656,4	–	7,4	7,7	587,7	587,7	–	–	2,6	51,0
4.Vj.	663,0	–	7,6	7,8	597,2	597,2	–	–	2,6	47,8

Quellen: Die Werte der Versicherungsunternehmen basieren auf Aufsichtsdaten nach Solvency I und II. Die Berechnung der Pensionseinrichtungen beruht auf Solvency I-Aufsichtsdaten, ergänzt um freiwillige Meldungen und eigene Berechnungen. 1 Einschl. Depotverbindlichkeiten sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. 2 Versicherungstechnische Rückstellungen „Leben“ unter Berücksichtigung von Übergangsmaßnahmen. In der Sparte „Nicht-Lebensversicherung“ sind auch die Krankenversicherungen enthalten. 3 Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durchgeführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter

den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. 4 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen“ des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung. 5 Das Eigenkapital entspricht der Summe aus Reinvermögen und der Passivposition „Aktien und sonstige Anteilsrechte“.

## VIII. Kapitalmarkt

### 1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Schuldverschreibungen										
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb				
		inländische Schuldverschreibungen 1)	Bank-schuld-ver-schrei-bungen	Anleihen von Unter-nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent-lichen Hand	aus-ländische Schuldver-schrei-bungen 3)	Inländer				
zu-sammen	zu-sammen 4)	Kredit-institute einschließlich Bauspar-kassen 5)					Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 6)	Aus-länder 7)		
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	26 762	96 476	8 645	123 238	244 560
2008	76 490	66 139	45 712	86 527	25 322	10 351	18 236	68 049	49 813	58 254	
2009	70 208	538	114 902	22 709	91 655	70 747	90 154	12 973	8 645	68 536	19 945
2010	146 620	1 212	7 621	24 044	17 635	147 831	92 682	103 271	22 967	172 986	53 938
2011	33 649	13 575	46 796	850	59 521	20 075	23 876	94 793	36 805	34 112	57 525
2012	51 813	21 419	98 820	8 701	86 103	73 231	3 767	42 017	3 573	41 823	55 581
2013	15 969	101 616	117 187	153	15 415	85 645	16 409	25 778	12 708	54 895	32 379
2014	64 775	31 962	47 404	1 330	16 776	96 737	50 408	12 124	11 951	74 484	14 366
2015	33 024	36 010	65 778	26 762	3 006	69 034	116 493	66 330	121 164	61 657	83 471
2016	69 745	27 429	19 177	18 265	10 012	42 316	164 603	58 012	187 500	35 113	94 856
2017	53 710	11 563	1 096	7 112	3 356	42 147	141 177	71 454	161 012	51 620	87 470
2018	56 664	16 630	33 251	12 433	29 055	40 034	102 442	24 417	67 328	59 529	45 778
2018 April	9 497	12 541	469	7 199	19 271	3 044	8 911	2 582	5 172	6 321	18 408
Mai	20 869	20 327	6 728	2 570	11 028	542	1 645	1 553	7 676	4 479	19 225
Juni	13 186	12 897	10 982	2 030	115	289	6 121	7 009	6 353	6 777	19 307
Juli	3 825	9 880	7 055	3 563	6 389	6 055	11 980	3 117	5 835	9 262	15 805
Aug.	16 191	10 891	2 640	3 890	12 142	5 300	10 923	1 567	4 562	7 928	5 267
Sept.	19 809	11 015	8 990	84	2 109	8 794	19 310	5 189	7 652	6 470	499
Okt.	2 853	7 812	10 652	4 521	7 361	4 959	1 962	8 161	3 659	2 540	4 815
Nov.	18 500	13 260	6 849	693	7 104	5 240	11 009	3 159	3 945	3 904	7 492
Dez.	39 633	31 356	9 339	2 127	19 890	8 277	106	6 873	3 343	3 424	39 527
2019 Jan.	34 314	20 326	8 377	1 319	10 630	13 988	9 297	1 486	1 700	9 511	25 018
Febr.	26 493	13 718	16 833	2 035	5 150	12 775	14 110	7 239	1 984	8 855	12 384

Mio €

Zeit	Aktien						
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz			Erwerb		
		inländische Aktien 8)	ausländische Aktien 9)	ausländische Aktien 9)	Inländer	Ausländer 12)	
zu-sammen 10)	Kredit-institute 5)	übrige Sektoren 11)	Ausländer 12)				
2007	5 009	10 053	15 062	62 308	6 702	55 606	57 299
2008	29 452	11 326	40 778	2 743	23 079	25 822	32 195
2009	35 980	23 962	12 018	30 496	8 335	38 831	5 485
2010	37 767	20 049	17 718	36 406	7 340	29 066	1 360
2011	25 833	21 713	4 120	40 804	670	40 134	14 971
2012	15 061	5 120	9 941	14 405	10 259	4 146	656
2013	20 187	10 106	10 081	17 336	11 991	5 345	2 851
2014	43 501	18 778	24 723	43 950	17 203	26 747	449
2015	44 165	7 668	36 497	34 437	5 421	39 858	9 728
2016	31 881	4 409	27 472	30 525	5 143	35 668	1 356
2017	50 410	15 570	34 840	48 773	7 031	41 742	1 637
2018	61 212	16 188	45 024	50 020	11 184	61 204	11 192
2018 April	4 580	3 219	1 361	915	2 546	3 461	3 665
Mai	17 273	1 175	16 098	16 713	1 156	15 557	560
Juni	8 677	6 593	2 084	8 537	2 250	6 287	140
Juli	5 062	549	4 513	5 110	257	4 853	48
Aug.	4 698	193	4 505	6 240	473	5 767	1 542
Sept.	484	225	709	2 392	2 837	445	1 908
Okt.	13 611	1 227	14 838	16 477	1 242	15 235	2 866
Nov.	3 032	227	3 259	3 854	1 544	2 310	822
Dez.	11 300	482	10 818	13 017	637	13 654	1 717
2019 Jan.	4 206	671	3 535	5 804	55	5 859	1 598
Febr.	1 330	122	1 208	2 112	436	2 548	782

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 4 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 5 Buchwerte; statistisch bereinigt. 6 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 7 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktions-

werte. 8 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 9 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 10 In- und ausländische Aktien. 11 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 12 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

## VIII. Kapitalmarkt

### 2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten \*)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)				Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand	
		zusammen	Hypothekenspfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten			Sonstige Bankschuldverschreibungen
<b>Brutto-Absatz</b>								
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 044	262 873
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 421
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 653	563 730
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 614	592 375
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	63 258	574 530
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	66 630	458 892
2014	1 362 056	829 864	24 202	13 016	620 409	172 236	79 873	452 321
2015	1 359 422	852 045	35 840	13 376	581 410	221 417	106 675	400 701
2016 3)	1 206 483	717 002	29 059	7 621	511 222	169 103	73 371	416 108
2017 3)	1 047 822	619 199	30 339	8 933	438 463	141 466	66 290	362 332
2018	1 148 091	703 416	38 658	5 673	534 552	124 530	91 179	353 496
2018 Juli	106 400	65 758	3 016	784	53 034	8 925	6 455	34 187
Aug.	101 600	64 709	1 549	184	50 391	12 584	5 293	31 597
Sept.	86 951	56 321	4 237	560	41 454	10 070	4 764	25 867
Okt.	105 393	68 523	3 117	636	54 075	10 694	7 347	29 523
Nov.	92 380	53 292	3 214	39	39 121	10 918	5 917	33 171
Dez.	54 388	28 723	2 215	151	19 140	7 217	11 345	14 320
2019 Jan.	127 454	77 489	6 215	3 057	58 545	9 672	5 380	44 585
Febr.	123 547	81 698	5 742	1 909	57 017	17 030	5 091	36 758
<b>darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 4)</b>								
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	44 042	199 888
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	45 244	175 765
2014	420 006	157 720	17 678	8 904	61 674	69 462	56 249	206 037
2015	414 593	179 150	25 337	9 199	62 237	82 379	68 704	166 742
2016 3)	375 859	173 900	24 741	5 841	78 859	64 660	47 818	154 144
2017 3)	357 506	170 357	22 395	6 447	94 852	46 663	44 891	142 257
2018	375 906	173 995	30 934	4 460	100 539	38 061	69 150	132 760
2018 Juli	28 315	10 970	3 016	604	5 273	2 078	4 707	12 638
Aug.	27 181	12 138	1 305	133	4 488	6 212	2 962	12 081
Sept.	35 433	19 654	3 047	558	13 354	2 694	3 847	11 932
Okt.	24 646	9 564	2 567	636	3 609	2 751	4 924	10 158
Nov.	32 905	15 498	2 686	39	9 850	2 924	5 015	12 391
Dez.	16 845	5 192	1 542	20	1 905	1 725	8 650	3 003
2019 Jan.	46 309	24 508	5 786	750	15 779	2 194	4 264	17 538
Febr.	42 078	23 849	3 661	1 726	13 196	5 266	3 505	14 723
<b>Netto-Absatz 5)</b>								
2007	86 579	58 168	- 10 896	- 46 629	42 567	73 127	- 3 683	32 093
2008	119 472	8 517	15 052	- 65 773	25 165	34 074	82 653	28 302
2009	76 441	- 75 554	858	- 80 646	25 579	- 21 345	48 508	103 482
2010	21 566	- 87 646	- 3 754	- 63 368	28 296	- 48 822	23 748	85 464
2011	22 518	- 54 582	- 1 657	- 44 290	32 904	- 44 852	- 3 189	80 289
2012	- 85 298	- 100 198	- 4 177	- 41 660	- 3 259	- 51 099	- 6 401	21 298
2013	- 140 017	- 125 932	- 17 364	- 37 778	- 4 027	- 66 760	1 394	- 15 479
2014	- 34 020	- 56 899	- 6 313	- 23 856	- 862	- 25 869	10 497	12 383
2015	- 65 147	- 77 273	9 271	- 9 754	- 2 758	- 74 028	25 300	- 13 174
2016 3)	21 951	10 792	2 176	- 12 979	16 266	5 327	18 177	- 7 020
2017 3)	2 669	5 954	6 389	- 4 697	18 788	- 14 525	6 828	- 10 114
2018	2 758	26 648	19 814	- 6 564	18 850	- 5 453	9 738	- 33 630
2018 Juli	- 9 530	- 6 298	1 570	- 107	- 7 834	73	3 562	- 6 794
Aug.	11 892	2 687	886	- 481	- 1 396	3 679	- 3 774	12 979
Sept.	11 957	8 528	2 319	42	5 728	438	714	2 715
Okt.	2 584	7 796	2 226	- 359	3 035	2 894	3 318	- 8 529
Nov.	13 993	3 367	1 184	- 662	1 476	1 370	- 574	11 200
Dez.	- 30 192	- 11 122	966	- 1 558	- 7 164	- 3 366	- 593	- 18 478
2019 Jan.	10 398	8 587	4 184	1 318	6 820	- 3 735	735	1 075
Febr.	16 523	17 671	2 937	0	9 033	5 702	2 320	- 3 468

\* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beihft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 77 ff. 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Änderung in der

sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 4 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. 5 Brutto-Absatz minus Tilgung.

## VIII. Kapitalmarkt

### 3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten \*)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand\$
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten\$	Sonstige Bankschuldverschreibungen		
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581
2010	3 348 201	1) 1 570 490	147 529	232 954	544 517	1) 645 491	250 774	1) 1 526 937
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226
2012	3 285 422	1) 1 414 349	145 007	147 070	574 163	1) 548 109	1) 220 456	1) 1 650 617
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138
2014	3 111 308	1 231 445	121 328	85 434	569 409	455 274	232 342	1 647 520
2015	3 046 162	1 154 173	130 598	75 679	566 811	381 085	257 612	1 634 377
2016 1)	3 068 111	1 164 965	132 775	62 701	633 578	335 910	275 789	1 627 358
2017 1)	3 090 708	1 170 920	141 273	58 004	651 211	320 432	2) 302 543	1 617 244
2018	3 091 303	1 194 160	161 088	51 439	670 062	1) 311 572	1) 2) 313 527	1 583 616
2018 Aug.	3 092 960	1 185 591	154 392	53 976	666 987	1) 310 236	1) 2) 310 662	1 596 707
Sept.	3 104 917	1 194 119	156 711	54 018	672 715	310 674	311 376	1 599 422
Okt.	3 107 502	1 201 915	158 937	53 659	675 750	313 569	314 694	1 590 893
Nov.	3 121 495	1 205 282	160 121	52 996	677 226	314 938	314 120	1 602 093
Dez.	3 091 303	1 194 160	161 088	51 439	670 062	311 572	313 527	1 583 616
2019 Jan.	3 101 701	1 202 748	165 272	52 757	676 882	307 837	314 262	1 584 691
Febr.	3 118 224	1 220 419	168 209	52 757	685 915	313 538	316 582	1 581 223

#### Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: Februar 2019

bis unter 2	1 008 355	445 019	44 749	17 859	276 147	106 263	60 818	502 518
2 bis unter 4	597 589	277 398	37 384	12 605	157 123	70 286	47 052	273 138
4 bis unter 6	501 327	207 048	41 315	7 008	113 948	44 778	48 012	246 267
6 bis unter 8	304 094	121 708	24 311	8 692	55 502	33 203	31 655	150 733
8 bis unter 10	254 186	87 291	15 227	3 865	48 373	19 825	17 185	149 710
10 bis unter 15	126 058	33 383	3 881	1 033	15 608	12 861	26 499	66 176
15 bis unter 20	81 714	18 948	486	1 248	13 584	3 630	6 226	56 539
20 und darüber	244 902	29 625	854	448	5 629	22 694	79 135	136 142

\* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 2 Änderung durch Sitzlandwechsel von Emittenten. 3 Gerechnet vom Berichtsmo-

nat bis zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

### 4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten \*)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von						Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)					
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalverschreibungssaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform		Kapitalherabsetzung und Auflösung				
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	-	682	-	1 847	-	1 636	1 481 930	
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	-	428	-	608	-	1 306	830 622	
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	-	-	3 741	-	1 269	-	974	927 256	
2010	174 596	-	1 096	3 265	497	178	10	-	486	-	993	-	3 569	1 091 220
2011	177 167	-	2 570	6 390	552	462	9	-	552	-	762	-	3 532	924 214
2012	178 617	-	1 449	3 046	129	570	-	-	478	-	594	-	2 411	1 150 188
2013	171 741	-	6 879	2 971	718	476	-	-	1 432	-	619	-	8 992	1 432 658
2014	177 097	-	5 356	5 332	1 265	1 714	-	-	465	-	1 044	-	1 446	1 478 063
2015	177 416	-	319	4 634	397	599	-	-	1 394	-	1 385	-	2 535	1 614 442
2016	176 355	-	1 062	3 272	319	337	-	-	953	-	2 165	-	1 865	1 676 397
2017	178 828	-	2 471	3 894	776	533	-	-	457	-	661	-	1 615	1 933 733
2018	180 187	-	1 357	3 670	716	82	-	-	1 055	-	1 111	-	946	1 634 155
2018 Aug.	180 004	-	47	171	112	13	-	-	89	-	13	-	147	1 898 601
Sept.	180 260	-	256	189	195	1	-	-	51	-	36	-	43	1 856 858
Okt.	180 431	-	170	284	3	2	-	-	2	-	91	-	29	1 759 237
Nov.	180 307	-	123	106	19	3	-	-	0	-	0	-	252	1 729 978
Dez.	180 187	-	120	317	22	6	-	-	13	-	423	-	29	1 634 155
2019 Jan.	180 090	-	97	223	-	-	-	-	2	-	8	-	310	1 726 959
Febr.	180 116	-	26	116	-	-	-	-	-	-	37	-	52	1 755 552

\* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Alle Börsensegmente. Eigene Berechnung unter Ver-

wendung von Angaben der Herausbergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

## VIII. Kapitalmarkt

### 5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Schuldverschreibungen inländischer Emittenten <sup>1)</sup>							Indizes <sup>2) 3)</sup>			
	Anleihen der öffentlichen Hand				Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
	insgesamt	zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren <sup>4)</sup>		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren <sup>4)</sup>							
% p.a.							Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000	
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39
2013	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16
2014	1,0	1,0	1,0	1,2	0,9	1,7	3,0	139,68	114,37	468,39	9 805,55
2015	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5	1,2	2,4	139,52	112,42	508,80	10 743,01
2016	0,1	0,0	0,0	0,1	0,3	1,0	2,1	142,50	112,72	526,55	11 481,06
2017	0,3	0,2	0,2	0,3	0,4	0,9	1,7	140,53	109,03	595,45	12 917,64
2018	0,4	0,3	0,3	0,4	0,6	1,0	2,5	141,84	109,71	474,85	10 558,96
2018 Okt.	0,5	0,3	0,3	0,4	0,6	1,1	2,8	141,11	108,69	519,54	11 447,51
2018 Nov.	0,4	0,3	0,2	0,3	0,6	1,0	3,0	141,47	109,14	509,46	11 257,24
2018 Dez.	0,3	0,2	0,1	0,2	0,6	1,0	3,3	141,84	109,71	474,85	10 558,96
2019 Jan.	0,3	0,2	0,1	0,1	0,5	0,9	3,3	142,15	110,01	505,55	11 173,10
2019 Febr.	0,2	0,1	0,0	0,1	0,4	0,8	3,0	142,06	109,52	517,62	11 515,64
2019 März	0,2	0,0	0,0	0,0	0,4	0,6	2,7	143,19	111,35	516,84	11 526,04

<sup>1)</sup> Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominated sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. <sup>2)</sup> Stand am Jahres- bzw. Monatsende. <sup>3)</sup> Quelle: Deutsche Börse AG. <sup>4)</sup> Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

### 6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Mio €													
	Absatz							Erwerb						
	Offene inländische Fonds <sup>1)</sup> (Mittelaufkommen)							Inländer						
	Absatz = Erwerb insgesamt	zusammen	Publikumsfonds		Spezial-fonds	aus-ländische Fonds <sup>4)</sup>	zusammen	Kreditinstitute <sup>2)</sup> einschl. Bausparkassen		übrige Sektoren <sup>3)</sup>		Aus-länder <sup>5)</sup>		
zusammen			Geldmarkt-fonds	Wertpapier-fonds				Immo-bilien-fonds	zusammen	darunter ausländische Anteile	zusammen		darunter ausländische Anteile	
2008	2 598	- 7 911	- 14 409	- 12 171	- 11 149	799	6 498	10 509	11 315	- 16 625	- 9 252	27 940	19 761	- 8 717
2009	49 929	43 747	10 966	- 5 047	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	- 14 995	- 8 178	53 127	14 361	11 796
2010	106 190	84 906	13 381	- 148	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	3 873	6 290	98 718	14 994	3 598
2011	46 512	45 221	- 1 340	- 379	- 2 037	1 562	46 561	1 290	39 474	- 7 576	- 694	47 050	1 984	7 035
2012	111 236	89 942	2 084	- 1 036	97	3 450	87 859	21 293	114 676	- 3 062	- 1 562	117 738	22 855	- 3 437
2013	123 736	91 337	9 184	- 574	5 596	3 376	82 153	32 400	117 028	771	100	116 257	32 300	6 710
2014	140 233	97 711	3 998	- 473	862	1 000	93 713	42 521	144 075	819	- 1 745	143 256	44 266	- 3 840
2015	181 889	146 136	30 420	318	22 345	3 636	115 716	35 753	174 018	7 362	494	166 656	35 259	7 871
2016	157 068	119 369	21 301	- 342	11 131	7 384	98 068	37 698	163 998	2 877	- 3 172	161 121	40 870	- 6 931
2017	145 017	94 921	29 560	- 235	21 970	4 406	65 361	50 096	147 006	4 938	- 1 048	142 068	49 048	- 1 991
2018	122 353	103 694	15 279	377	4 166	6 168	88 415	18 660	128 170	2 979	- 2 306	125 191	20 966	- 5 821
2018 Aug.	8 547	8 402	1 519	- 27	783	407	6 884	144	8 610	- 215	- 324	8 825	468	- 63
2018 Sept.	7 531	5 836	937	25	- 285	797	4 899	1 695	8 132	1 126	249	7 006	1 446	- 601
2018 Okt.	4 731	6 658	649	80	- 713	820	6 009	- 1 927	5 704	180	- 758	5 524	- 1 169	- 974
2018 Nov.	11 824	11 097	1 729	378	542	580	9 368	727	11 966	- 1 338	- 718	13 304	1 445	- 143
2018 Dez.	17 639	16 880	- 1 797	6	- 2 620	511	18 676	759	17 176	- 697	- 574	17 873	1 333	462
2019 Jan.	11 660	7 739	1 569	56	43	1 336	6 170	3 921	12 727	- 1 334	423	14 061	3 498	- 1 067
2019 Febr.	12 093	8 702	1 188	- 107	127	965	7 514	3 391	14 085	692	1 228	13 393	2 163	- 1 991

<sup>1)</sup> Einschl. Investmentaktiengesellschaften. <sup>2)</sup> Buchwerte. <sup>3)</sup> Als Rest errechnet. <sup>4)</sup> Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. <sup>5)</sup> Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

## IX. Finanzierungsrechnung

### 1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2015	2016	2017	2017			2018		
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
<b>Geldvermögensbildung</b>									
Bargeld und Einlagen	30,93	37,18	48,20	16,74	0,02	25,72	- 15,64	0,05	12,22
Schuldverschreibungen insgesamt	- 1,20	- 3,40	- 5,65	- 0,65	- 1,05	- 3,01	0,65	0,55	1,46
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 0,84	- 0,58	- 2,26	- 1,89	- 0,26	- 0,34	- 0,12	- 0,02	0,38
langfristige Schuldverschreibungen	- 0,36	- 2,81	- 3,39	1,24	- 0,78	- 2,67	0,77	0,57	1,09
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	0,64	- 2,68	- 2,80	- 0,04	- 1,07	- 1,15	0,11	0,47	- 0,02
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 0,80	0,67	0,56	- 0,72	- 0,56	- 0,14	- 0,01	0,32	- 0,13
finanzielle Kapitalgesellschaften	1,86	- 2,53	- 0,41	0,67	- 0,14	- 0,59	0,19	0,31	0,08
Staat	- 0,42	- 0,82	- 1,82	0,01	- 0,37	- 0,43	- 0,07	- 0,15	0,03
Schuldverschreibungen des Auslands	- 1,83	- 0,72	- 2,85	- 0,61	0,02	- 1,86	0,54	0,08	1,48
Kredite insgesamt	22,33	18,11	52,64	8,08	7,52	1,67	- 2,46	- 9,92	- 0,59
kurzfristige Kredite	43,50	18,80	28,74	0,47	2,69	4,31	5,71	- 4,96	- 0,62
langfristige Kredite	- 21,17	- 0,70	23,90	7,60	4,83	- 2,63	- 8,17	- 4,96	0,03
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	1,04	0,67	21,78	2,89	2,42	7,47	- 0,75	- 3,75	4,64
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	28,57	- 4,78	15,23	6,29	4,07	4,18	- 2,41	- 4,52	2,50
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 27,73	5,25	6,26	- 3,47	- 1,72	3,22	1,60	0,72	2,10
Staat	0,20	0,20	0,29	0,07	0,07	0,07	0,05	0,05	0,05
Kredite an das Ausland	21,28	17,44	30,86	5,19	5,10	- 5,80	- 1,71	- 6,17	- 5,23
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	110,02	89,30	54,66	1,04	17,38	17,98	30,21	42,62	40,73
Anteilsrechte insgesamt	93,62	83,47	46,11	3,22	15,11	8,27	26,69	41,64	40,63
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	- 10,40	22,91	- 3,82	- 2,05	1,91	0,65	21,74	- 2,70	- 1,34
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 8,04	22,59	- 3,76	- 2,26	1,96	0,80	21,64	- 2,90	- 1,38
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 2,36	0,31	- 0,06	0,21	- 0,04	- 0,14	0,10	0,20	0,04
Börsennotierte Aktien des Auslands	2,05	10,84	7,16	10,26	- 5,14	0,42	0,80	16,15	- 15,14
Übrige Anteilsrechte <sup>1)</sup>	101,98	49,73	42,77	- 4,99	18,34	7,20	4,15	28,19	57,11
Anteile an Investmentfonds	16,40	5,83	8,55	- 2,18	2,26	9,71	3,52	0,98	0,10
Geldmarktfonds	0,21	0,36	- 0,46	0,00	- 1,07	0,89	- 0,63	- 0,03	- 0,14
Sonstige Investmentfonds	16,19	5,47	9,01	- 2,19	3,34	8,83	4,15	1,01	0,24
Versicherungstechnische Rückstellungen	2,94	1,15	3,92	1,31	1,26	0,51	0,96	1,36	1,33
Finanzderivate	- 1,42	22,74	12,68	3,57	2,85	2,86	2,57	- 2,68	1,37
Sonstige Forderungen	5,21	3,76	155,95	- 13,89	56,16	33,87	26,61	10,62	0,56
<b>Insgesamt</b>	<b>168,80</b>	<b>168,83</b>	<b>322,40</b>	<b>16,19</b>	<b>84,13</b>	<b>79,61</b>	<b>42,89</b>	<b>42,61</b>	<b>57,07</b>
<b>Außenfinanzierung</b>									
Schuldverschreibungen insgesamt	7,78	23,71	8,56	- 0,52	0,96	0,55	2,79	2,36	0,90
kurzfristige Schuldverschreibungen	1,96	- 0,15	0,60	- 0,42	- 2,62	- 1,83	2,54	1,48	0,38
langfristige Schuldverschreibungen	5,82	23,85	7,95	- 0,10	3,58	2,37	0,24	0,89	0,53
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	1,70	10,82	7,13	1,24	0,76	- 1,83	2,48	1,65	- 0,98
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 0,80	0,67	0,56	- 0,72	- 0,56	- 0,14	- 0,01	0,32	- 0,13
finanzielle Kapitalgesellschaften	2,05	10,06	9,13	2,08	1,48	2,39	2,19	1,38	- 0,58
Staat	0,02	0,01	0,01	0,02	0,00	0,00	0,01	- 0,01	0,00
Private Haushalte	0,42	0,08	- 1,45	- 0,14	- 0,16	- 0,42	0,29	- 0,05	- 0,27
Schuldverschreibungen des Auslands	6,08	12,89	1,42	- 1,76	0,20	- 1,28	0,31	0,71	1,88
Kredite insgesamt	70,25	41,74	97,41	16,68	23,95	14,83	40,15	46,92	33,60
kurzfristige Kredite	49,31	14,98	21,51	4,06	9,93	- 6,31	26,97	22,86	23,49
langfristige Kredite	20,94	26,76	75,91	12,61	14,02	21,14	13,18	24,06	10,11
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	39,10	20,78	55,94	11,29	14,94	10,82	27,94	19,87	23,77
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	28,57	- 4,78	15,23	6,29	4,07	4,18	- 2,41	- 4,52	2,50
finanzielle Kapitalgesellschaften	17,37	22,35	40,62	5,36	13,16	4,12	30,50	23,61	20,14
Staat	- 6,83	3,22	0,09	- 0,36	- 2,28	2,52	- 0,15	0,78	1,13
Kredite aus dem Ausland	31,15	20,95	41,47	5,38	9,00	4,01	12,21	27,05	9,83
Anteilsrechte insgesamt	23,71	16,09	13,41	6,26	5,76	- 2,67	2,40	11,38	- 1,03
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	7,42	27,31	6,93	2,68	3,43	5,36	19,82	4,46	5,16
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 8,04	22,59	- 3,76	- 2,26	1,96	0,80	21,64	- 2,90	- 1,38
finanzielle Kapitalgesellschaften	11,70	- 2,10	9,53	6,21	0,26	3,83	- 5,23	4,50	4,07
Staat	0,11	0,07	0,51	0,13	0,16	0,15	0,16	0,15	0,09
Private Haushalte	3,66	6,74	0,65	- 1,39	1,05	0,59	3,26	2,71	2,38
Börsennotierte Aktien des Auslands	- 1,40	- 25,79	- 2,59	- 1,28	- 1,47	- 4,71	8,91	6,20	- 4,78
Übrige Anteilsrechte <sup>1)</sup>	17,69	14,57	9,07	4,86	3,80	- 3,32	- 26,33	0,71	- 1,42
Versicherungstechnische Rückstellungen	5,60	3,60	7,25	1,81	1,81	1,81	1,81	1,81	1,81
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	- 10,81	- 0,13	3,69	2,23	1,00	- 2,12	1,50	3,27	3,72
Sonstige Verbindlichkeiten	17,41	37,62	57,05	- 17,89	25,29	15,71	18,30	19,82	5,60
<b>Insgesamt</b>	<b>113,94</b>	<b>122,62</b>	<b>187,37</b>	<b>8,57</b>	<b>58,76</b>	<b>28,11</b>	<b>66,95</b>	<b>85,55</b>	<b>44,60</b>

<sup>1</sup> Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

## IX. Finanzierungsrechnung

### 2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2015	2016	2017	2017			2018		
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
<b>Geldvermögen</b>									
Bargeld und Einlagen	465,0	516,9	559,6	526,5	533,7	559,6	528,4	540,4	541,9
Schuldverschreibungen insgesamt	47,8	44,8	38,8	42,8	41,9	38,8	39,2	39,7	41,0
kurzfristige Schuldverschreibungen	6,0	5,5	3,3	3,9	3,6	3,3	3,1	3,1	3,5
langfristige Schuldverschreibungen	41,7	39,3	35,6	39,0	38,3	35,6	36,0	36,6	37,5
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	23,3	20,8	18,2	20,2	19,3	18,2	18,2	18,7	18,6
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	3,6	4,4	3,9	4,6	4,1	3,9	3,8	4,1	4,0
finanzielle Kapitalgesellschaften	14,5	12,0	11,7	12,3	12,3	11,7	11,9	12,2	12,3
Staat	5,2	4,4	2,5	3,3	3,0	2,5	2,4	2,3	2,3
Schuldverschreibungen des Auslands	24,4	24,0	20,7	22,7	22,6	20,7	21,0	21,1	22,5
Kredite insgesamt	526,6	546,2	590,7	585,7	591,2	590,7	586,9	578,5	577,9
kurzfristige Kredite	432,0	450,7	475,0	470,6	472,3	475,0	480,1	476,0	475,5
langfristige Kredite	94,6	95,5	115,8	115,1	118,9	115,8	106,9	102,5	102,4
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	350,6	351,2	373,0	363,1	365,6	373,0	372,3	368,5	373,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	287,3	282,6	297,8	289,5	293,6	297,8	295,4	290,9	293,4
finanzielle Kapitalgesellschaften	56,7	62,0	68,2	66,7	65,0	68,2	69,8	70,5	72,6
Staat	6,5	6,7	7,0	6,9	7,0	7,0	7,1	7,1	7,2
Kredite an das Ausland	176,1	195,0	217,7	222,5	225,6	217,7	214,6	210,0	204,7
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	1 959,8	2 013,5	2 155,5	2 083,2	2 112,5	2 155,5	2 152,2	2 202,8	2 232,2
Anteilsrechte insgesamt	1 807,9	1 853,6	1 985,5	1 925,1	1 951,1	1 985,5	1 981,3	2 030,0	2 058,4
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	273,0	292,3	332,2	304,1	322,7	332,2	349,4	338,5	338,3
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	266,6	286,2	325,3	297,9	315,9	325,3	342,2	330,9	330,4
finanzielle Kapitalgesellschaften	6,3	6,1	6,8	6,2	6,9	6,8	7,1	7,6	7,9
Börsennotierte Aktien des Auslands	32,3	44,4	48,5	56,3	47,8	48,5	49,3	64,8	49,7
Übrige Anteilsrechte <sup>1)</sup>	1 502,6	1 516,8	1 604,8	1 564,6	1 580,6	1 604,8	1 582,6	1 626,7	1 670,3
Anteile an Investmentfonds	151,9	159,9	170,1	158,2	161,4	170,1	170,9	172,8	173,9
Geldmarktfonds	1,4	1,9	1,5	1,7	0,6	1,5	0,9	0,9	0,7
Sonstige Investmentfonds	150,6	158,0	168,6	156,4	160,7	168,6	170,0	172,0	173,1
Versicherungstechnische Rückstellungen	48,8	50,2	54,2	52,4	53,5	54,2	55,4	56,6	57,8
Finanzderivate	42,7	60,1	49,3	51,1	50,2	49,3	48,7	42,8	41,4
Sonstige Forderungen	930,9	974,2	1 081,3	1 017,8	1 075,4	1 081,3	1 137,0	1 150,5	1 145,9
<b>Insgesamt</b>	<b>4 021,7</b>	<b>4 205,9</b>	<b>4 529,5</b>	<b>4 359,4</b>	<b>4 458,3</b>	<b>4 529,5</b>	<b>4 547,8</b>	<b>4 611,4</b>	<b>4 638,2</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>									
Schuldverschreibungen insgesamt	156,8	183,8	210,6	188,1	210,2	210,6	185,4	189,0	185,8
kurzfristige Schuldverschreibungen	3,0	2,9	3,4	7,9	5,3	3,4	5,9	7,4	6,5
langfristige Schuldverschreibungen	153,7	180,9	207,2	180,2	205,0	207,2	179,4	181,6	179,2
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	58,7	72,1	82,8	75,4	80,0	82,8	79,6	80,1	78,9
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	3,6	4,4	3,9	4,6	4,1	3,9	3,8	4,1	4,0
finanzielle Kapitalgesellschaften	40,0	51,9	64,3	55,9	61,0	64,3	61,2	61,5	60,7
Staat	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Private Haushalte	15,0	15,7	14,4	14,8	14,8	14,4	14,4	14,3	14,1
Schuldverschreibungen des Auslands	98,1	111,7	127,8	112,7	130,3	127,8	105,8	108,9	106,9
Kredite insgesamt	1 477,0	1 514,1	1 610,8	1 566,5	1 586,2	1 610,8	1 648,0	1 693,2	1 721,2
kurzfristige Kredite	582,6	598,0	624,1	612,6	621,3	624,1	650,1	674,1	692,7
langfristige Kredite	894,4	916,1	986,8	953,9	964,9	986,8	997,9	1 019,1	1 028,5
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	1 144,3	1 160,2	1 211,4	1 188,5	1 201,0	1 211,4	1 237,4	1 253,3	1 276,1
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	287,3	282,6	297,8	289,5	293,6	297,8	295,4	290,9	293,4
finanzielle Kapitalgesellschaften	798,6	817,2	854,2	839,1	849,7	854,2	883,0	903,0	922,4
Staat	58,4	60,4	59,5	59,8	57,7	59,5	59,0	59,5	60,4
Kredite aus dem Ausland	332,7	353,9	399,4	378,0	385,2	399,4	410,6	439,9	445,1
Anteilsrechte insgesamt	2 702,8	2 785,3	3 062,0	2 929,4	3 014,5	3 062,0	2 957,4	2 978,5	2 942,3
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	626,4	664,0	756,6	697,8	737,6	756,6	745,7	735,0	740,5
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	266,6	286,2	325,3	297,9	315,9	325,3	342,2	330,9	330,4
finanzielle Kapitalgesellschaften	150,1	154,7	180,2	166,4	173,4	180,2	163,6	164,5	167,5
Staat	43,4	44,4	51,8	46,7	51,0	51,8	48,7	49,0	52,1
Private Haushalte	166,2	178,7	199,2	186,8	197,4	199,2	191,1	190,7	190,5
Börsennotierte Aktien des Auslands	756,3	803,7	925,3	879,1	906,1	925,3	881,6	907,0	875,0
Übrige Anteilsrechte <sup>1)</sup>	1 320,1	1 317,6	1 380,1	1 352,4	1 370,8	1 380,1	1 330,2	1 336,5	1 326,8
Versicherungstechnische Rückstellungen	255,9	259,5	266,7	263,1	264,9	266,7	268,6	270,4	272,2
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	42,0	38,2	26,9	32,7	31,3	26,9	26,7	28,2	30,1
Sonstige Verbindlichkeiten	1 013,6	1 056,9	1 103,8	1 051,6	1 091,6	1 103,8	1 128,7	1 147,9	1 158,4
<b>Insgesamt</b>	<b>5 648,1</b>	<b>5 837,8</b>	<b>6 280,8</b>	<b>6 031,5</b>	<b>6 198,8</b>	<b>6 280,8</b>	<b>6 214,7</b>	<b>6 307,2</b>	<b>6 310,0</b>

<sup>1</sup> Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

## IX. Finanzierungsrechnung

### 3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2015	2016	2017	2017			2018		
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
<b>Geldvermögensbildung</b>									
Bargeld und Einlagen	96,67	114,85	106,17	30,14	22,25	41,37	14,00	40,39	27,25
Bargeld	25,51	21,18	19,73	5,55	6,67	3,81	3,67	7,57	7,00
Einlagen insgesamt	71,16	93,68	86,45	24,59	15,58	37,57	10,33	32,83	20,24
Sichteinlagen	100,96	105,26	99,72	29,95	20,65	35,86	12,14	33,90	21,35
Termineinlagen	- 9,22	1,28	- 4,03	- 2,32	- 2,47	2,34	1,15	1,99	1,43
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	- 20,58	- 12,87	- 9,24	- 3,04	- 2,61	- 0,64	- 2,95	- 3,06	- 2,53
Schuldverschreibungen insgesamt	- 18,40	- 12,80	- 8,14	- 1,49	- 2,28	- 3,01	- 1,00	0,52	1,71
kurzfristige Schuldverschreibungen	0,75	- 0,16	- 0,20	0,18	- 0,34	- 0,41	- 0,37	- 0,01	- 0,02
langfristige Schuldverschreibungen	- 19,15	- 12,63	- 7,93	- 1,67	- 1,94	- 2,60	- 0,63	0,53	1,72
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	- 10,06	- 4,14	- 5,09	- 0,67	- 1,88	- 2,56	- 0,01	0,16	1,18
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,36	- 0,01	- 1,43	- 0,22	- 0,14	- 0,40	0,08	- 0,23	- 0,12
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 7,42	- 2,48	- 2,68	- 0,17	- 1,55	- 1,97	0,07	0,61	1,36
Staat	- 2,99	- 1,65	- 0,99	- 0,28	- 0,18	- 0,19	- 0,17	- 0,22	- 0,06
Schuldverschreibungen des Auslands	- 8,34	- 8,66	- 3,05	- 0,82	- 0,41	- 0,45	- 0,98	0,36	0,53
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	47,95	45,78	55,13	12,32	14,08	16,62	17,73	8,06	11,79
Anteilsrechte insgesamt	16,62	21,65	14,69	2,21	5,11	3,97	7,35	2,79	7,01
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	4,17	9,37	0,90	- 0,18	0,89	0,04	4,27	2,55	2,63
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	3,88	6,09	0,54	- 1,42	1,01	0,47	3,12	1,63	2,27
finanzielle Kapitalgesellschaften	0,28	3,28	0,36	- 0,67	- 1,88	- 2,56	1,15	0,92	0,37
Börsennotierte Aktien des Auslands	8,00	6,94	9,66	1,69	2,94	2,77	1,47	- 0,83	2,82
Übrige Anteilsrechte <sup>1)</sup>	4,45	5,35	4,13	0,70	1,28	1,15	1,61	1,07	1,57
Anteile an Investmentfonds	31,33	24,13	40,44	10,11	8,97	12,65	10,38	5,27	4,77
Geldmarktfonds	- 0,57	- 0,53	- 0,28	0,04	- 0,16	0,05	- 0,40	- 0,03	- 0,06
Sonstige Investmentfonds	31,90	24,66	40,72	10,08	9,12	12,60	10,79	5,29	4,83
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	20,09	15,58	20,23	4,18	4,17	7,75	4,22	4,24	4,16
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	31,69	24,79	37,68	9,33	7,55	8,20	11,79	8,20	7,47
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	30,85	32,58	30,84	8,59	6,87	3,49	4,30	4,84	4,51
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Forderungen <sup>2)</sup>	- 17,31	- 19,49	- 30,79	- 10,30	- 5,28	- 25,36	19,03	- 9,88	- 7,96
<b>Insgesamt</b>	<b>191,54</b>	<b>201,31</b>	<b>211,12</b>	<b>52,77</b>	<b>47,35</b>	<b>49,06</b>	<b>70,09</b>	<b>56,37</b>	<b>48,91</b>
<b>Außenfinanzierung</b>									
Kredite insgesamt	38,20	47,46	55,55	16,64	18,56	12,45	10,81	20,12	20,41
kurzfristige Kredite	- 3,17	- 4,31	- 2,19	- 0,34	- 1,09	- 0,40	- 0,02	0,11	1,83
langfristige Kredite	41,36	51,76	57,74	16,98	19,66	12,85	10,83	20,01	18,58
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	35,63	41,92	47,41	13,31	15,84	12,15	9,00	15,79	17,50
Konsumentenkredite	5,44	9,78	11,25	3,25	3,41	2,19	1,78	4,34	2,36
Gewerbliche Kredite	- 2,88	- 4,24	- 3,11	0,07	- 0,68	- 1,89	0,04	- 0,01	0,55
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	39,35	42,87	49,99	15,54	16,93	10,42	11,00	17,65	19,41
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	- 1,16	4,59	5,57	1,10	1,63	2,03	- 0,19	2,47	1,00
Kredite vom Staat und Ausland	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	- 1,14	- 0,23	0,53	0,06	0,02	0,34	0,22	0,01	- 0,05
<b>Insgesamt</b>	<b>37,06</b>	<b>47,23</b>	<b>56,09</b>	<b>16,70</b>	<b>18,58</b>	<b>12,79</b>	<b>11,03</b>	<b>20,13</b>	<b>20,36</b>

<sup>1</sup> Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. <sup>2</sup> Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

## IX. Finanzierungsrechnung

### 4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2015	2016	2017	2017			2018		
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
<b>Geldvermögen</b>									
Bargeld und Einlagen	2 094,8	2 208,7	2 313,7	2 252,0	2 274,3	2 313,7	2 327,7	2 368,1	2 397,1
Bargeld	153,2	174,4	194,1	183,6	190,3	194,1	197,8	205,3	212,3
Einlagen insgesamt	1 941,6	2 034,4	2 119,6	2 068,4	2 084,0	2 119,6	2 130,0	2 162,8	2 184,8
Sichteinlagen	1 082,4	1 188,0	1 287,7	1 231,2	1 251,8	1 287,7	1 299,8	1 333,7	1 354,9
Termineinlagen	246,8	248,7	245,4	245,6	243,1	245,4	246,6	248,6	250,2
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	612,4	597,7	586,5	591,7	589,1	586,5	583,6	580,5	579,8
Schuldverschreibungen insgesamt	139,8	127,4	120,5	125,4	123,6	120,5	117,7	118,1	119,3
kurzfristige Schuldverschreibungen	2,9	2,7	2,5	3,2	2,9	2,5	2,1	2,0	2,0
langfristige Schuldverschreibungen	136,9	124,7	118,0	122,2	120,7	118,0	115,6	116,0	117,3
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	89,4	85,6	82,5	86,2	85,1	82,5	81,2	81,4	82,5
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	13,4	13,9	12,5	13,0	12,9	12,5	12,4	12,1	12,1
finanzielle Kapitalgesellschaften	69,5	66,7	66,1	68,9	68,1	66,1	65,1	65,7	67,0
Staat	6,5	5,0	3,9	4,3	4,1	3,9	3,7	3,5	3,4
Schuldverschreibungen des Auslands	50,3	41,8	37,9	39,3	38,5	37,9	36,4	36,7	36,9
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	1 040,7	1 105,7	1 215,8	1 156,1	1 190,9	1 215,8	1 196,1	1 214,9	1 239,8
Anteilsrechte insgesamt	555,9	587,9	639,7	609,0	630,2	639,7	624,0	628,5	644,2
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	188,9	200,8	226,4	211,1	223,7	226,4	217,3	214,2	217,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	158,7	169,8	190,3	177,5	188,4	190,3	182,5	180,8	180,8
finanzielle Kapitalgesellschaften	30,3	31,0	36,1	33,6	35,4	36,1	34,8	33,4	36,5
Börsennotierte Aktien des Auslands	74,8	86,8	101,0	92,7	96,5	101,0	97,7	102,9	111,4
Übrige Anteilsrechte <sup>1)</sup>	292,2	300,3	312,3	305,2	309,9	312,3	309,0	311,5	315,6
Anteile an Investmentfonds	484,8	517,8	576,2	547,2	560,7	576,2	572,1	586,3	595,7
Geldmarktfonds	3,4	2,8	2,7	2,8	2,6	2,7	2,3	2,3	2,1
Sonstige Investmentfonds	481,4	515,0	573,5	544,4	558,1	573,5	569,8	584,1	593,5
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	324,3	339,9	360,1	348,2	352,3	360,1	364,3	368,6	372,7
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	919,5	947,8	991,4	973,2	981,9	991,4	1 003,6	1 012,2	1 020,1
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	786,6	819,2	849,8	832,1	839,7	849,8	854,1	859,0	863,5
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Forderungen <sup>2)</sup>	37,1	32,6	31,1	32,2	31,7	31,1	31,5	31,8	31,8
<b>Insgesamt</b>	<b>5 342,8</b>	<b>5 581,4</b>	<b>5 882,5</b>	<b>5 719,3</b>	<b>5 794,4</b>	<b>5 882,5</b>	<b>5 895,1</b>	<b>5 972,6</b>	<b>6 044,4</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>									
Kredite insgesamt	1 606,6	1 654,7	1 711,9	1 680,5	1 699,1	1 711,9	1 722,6	1 737,9	1 758,7
kurzfristige Kredite	60,9	56,6	54,4	55,9	54,8	54,4	54,4	54,5	56,3
langfristige Kredite	1 545,8	1 598,1	1 657,5	1 624,6	1 644,3	1 657,5	1 668,2	1 683,4	1 702,4
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	1 153,8	1 195,8	1 247,4	1 218,3	1 234,7	1 247,4	1 257,4	1 275,0	1 292,9
Konsumentenkredite	191,9	201,8	211,8	207,4	210,6	211,8	212,8	213,4	215,5
Gewerbliche Kredite	260,9	257,0	252,7	254,8	253,8	252,7	252,5	249,5	250,4
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	1 514,9	1 558,3	1 610,0	1 582,3	1 599,2	1 610,0	1 620,9	1 633,7	1 653,5
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	91,8	96,4	101,9	98,3	99,9	101,9	101,8	104,2	105,2
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	15,1	15,4	16,3	16,4	16,7	16,3	17,6	17,2	17,4
<b>Insgesamt</b>	<b>1 621,7</b>	<b>1 670,1</b>	<b>1 728,3</b>	<b>1 697,0</b>	<b>1 715,8</b>	<b>1 728,3</b>	<b>1 740,3</b>	<b>1 755,1</b>	<b>1 776,1</b>

<sup>1</sup> Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. <sup>2</sup> Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen
<b>Finanzierungssaldo <sup>1)</sup></b>										
2012	- 0,9	- 16,1	- 5,5	+ 2,2	+ 18,4	- 0,0	- 0,6	- 0,2	+ 0,1	+ 0,7
2013	- 4,0	- 7,4	- 2,5	+ 0,5	+ 5,4	- 0,1	- 0,3	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2
2014	+ 16,7	+ 13,7	+ 0,1	- 0,2	+ 3,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1
2015 <b>p)</b>	+ 23,9	+ 14,7	+ 2,2	+ 4,3	+ 2,7	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
2016 <b>p)</b>	+ 28,7	+ 11,5	+ 4,2	+ 4,8	+ 8,2	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3
2017 <b>p)</b>	+ 34,0	+ 6,1	+ 8,3	+ 9,5	+ 10,1	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
2018 <b>ts)</b>	+ 58,0	+ 17,9	+ 11,1	+ 14,0	+ 14,9	+ 1,7	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4
2017 1.Hj. <b>p)</b>	+ 19,8	+ 1,5	+ 5,1	+ 6,2	+ 7,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4
2.Hj. <b>p)</b>	+ 14,2	+ 4,6	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,1	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
2018 1.Hj. <b>ts)</b>	+ 48,2	+ 17,3	+ 14,5	+ 7,5	+ 9,0	+ 2,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,5
2.Hj. <b>ts)</b>	+ 9,8	+ 0,6	- 3,3	+ 6,6	+ 6,0	+ 0,6	+ 0,0	- 0,2	+ 0,4	+ 0,3
<b>Schuldenstand <sup>2)</sup></b>										
<b>Stand am Jahres- bzw. Quartalsende</b>										
2012	2 225,2	1 387,9	684,1	169,8	1,2	80,7	50,3	24,8	6,2	0,0
2013	2 210,7	1 390,4	663,5	172,9	1,3	78,2	49,2	23,5	6,1	0,0
2014	2 212,3	1 396,5	657,8	174,5	1,4	75,3	47,5	22,4	5,9	0,0
2015 <b>p)</b>	2 182,0	1 372,6	654,5	174,4	1,4	71,6	45,0	21,5	5,7	0,0
2016 <b>p)</b>	2 165,9	1 366,8	637,5	175,8	1,1	68,5	43,3	20,2	5,6	0,0
2017 <b>p)</b>	2 115,4	1 351,3	610,5	171,7	0,8	64,5	41,2	18,6	5,2	0,0
2018 <b>p)</b>	2 063,2	1 323,0	595,5	162,6	0,7	60,9	39,1	17,6	4,8	0,0
2017 1.Vj. <b>p)</b>	2 140,2	1 351,0	628,1	174,7	1,2	67,0	42,3	19,7	5,5	0,0
2.Vj. <b>p)</b>	2 133,9	1 353,6	620,5	174,6	0,9	66,4	42,1	19,3	5,4	0,0
3.Vj. <b>p)</b>	2 127,5	1 353,0	618,5	173,1	0,8	65,5	41,7	19,1	5,3	0,0
4.Vj. <b>p)</b>	2 115,4	1 351,3	610,5	171,7	0,8	64,5	41,2	18,6	5,2	0,0
2018 1.Vj. <b>p)</b>	2 092,5	1 338,6	599,8	171,2	1,0	63,4	40,5	18,2	5,2	0,0
2.Vj. <b>p)</b>	2 076,9	1 329,3	595,9	169,8	0,9	62,2	39,8	17,9	5,1	0,0
3.Vj. <b>p)</b>	2 077,1	1 335,5	594,8	164,5	0,8	61,8	39,7	17,7	4,9	0,0
4.Vj. <b>p)</b>	2 063,2	1 323,0	595,5	162,6	0,7	60,9	39,1	17,6	4,8	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Der Finanzierungssaldo gemäß ESVG 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. **2** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

### 2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>\*)</sup>

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Fiskalische Belastung insgesamt <sup>1)</sup>	
	insgesamt	davon:			insgesamt	davon:							
		Steuern	Sozialbeiträge	sonstige		Sozialleistungen	Arbeitnehmerentgelte	Vorleistungen	Bruttoinvestitionen	Zinsen			sonstige
<b>Mrd €</b>													
2012	1 220,9	624,9	454,3	141,7	1 221,8	645,5	212,3	126,5	61,5	63,1	112,8	- 0,9	1 083,7
2013	1 259,0	651,0	465,0	143,0	1 263,0	666,4	217,8	133,0	60,1	55,5	130,2	- 4,0	1 120,3
2014	1 308,5	673,6	482,0	153,0	1 291,8	691,1	224,4	137,7	60,1	47,0	131,6	+ 16,7	1 160,2
2015 <b>p)</b>	1 356,5	704,2	500,8	151,5	1 332,6	721,7	229,8	143,8	64,1	42,3	130,9	+ 23,9	1 212,0
2016 <b>p)</b>	1 415,5	738,7	523,9	152,9	1 386,8	755,2	237,8	150,1	68,2	37,4	138,0	+ 28,7	1 269,5
2017 <b>p)</b>	1 473,8	772,5	548,6	152,8	1 439,8	784,5	246,7	156,3	72,4	33,8	146,1	+ 34,0	1 327,9
2018 <b>ts)</b>	1 543,6	807,8	571,7	164,0	1 485,5	806,5	256,3	161,8	78,1	31,0	151,9	+ 58,0	1 386,6
<b>in % des BIP</b>													
2012	44,3	22,7	16,5	5,1	44,3	23,4	7,7	4,6	2,2	2,3	4,1	- 0,0	39,3
2013	44,5	23,0	16,5	5,1	44,7	23,6	7,7	4,7	2,1	2,0	4,6	- 0,1	39,6
2014	44,5	22,9	16,4	5,2	44,0	23,5	7,6	4,7	2,0	1,6	4,5	+ 0,6	39,5
2015 <b>p)</b>	44,5	23,1	16,4	5,0	43,7	23,7	7,5	4,7	2,1	1,4	4,3	+ 0,8	39,8
2016 <b>p)</b>	44,8	23,4	16,6	4,8	43,9	23,9	7,5	4,8	2,2	1,2	4,4	+ 0,9	40,2
2017 <b>p)</b>	45,0	23,6	16,7	4,7	43,9	23,9	7,5	4,8	2,2	1,0	4,5	+ 1,0	40,5
2018 <b>ts)</b>	45,6	23,9	16,9	4,8	43,9	23,8	7,6	4,8	2,3	0,9	4,5	+ 1,7	41,0
<b>Zuwachsraten in %</b>													
2012	+ 3,2	+ 4,4	+ 2,7	+ 0,0	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,0	+ 0,2	- 6,5	- 0,3	.	+ 3,6
2013	+ 3,1	+ 4,2	+ 2,4	+ 1,0	+ 3,4	+ 3,2	+ 2,6	+ 5,1	- 2,2	- 12,0	+ 15,4	.	+ 3,4
2014	+ 3,9	+ 3,5	+ 3,6	+ 6,9	+ 2,3	+ 3,7	+ 3,1	+ 3,5	- 0,1	- 15,4	+ 1,1	.	+ 3,6
2015 <b>p)</b>	+ 3,7	+ 4,5	+ 3,9	- 0,9	+ 3,2	+ 4,4	+ 2,4	+ 4,5	+ 6,6	- 9,9	- 0,6	.	+ 4,5
2016 <b>p)</b>	+ 4,4	+ 4,9	+ 4,6	+ 0,9	+ 4,1	+ 4,6	+ 3,5	+ 4,4	+ 6,5	- 11,7	+ 5,5	.	+ 4,7
2017 <b>p)</b>	+ 4,1	+ 4,6	+ 4,7	- 0,1	+ 3,8	+ 3,9	+ 3,8	+ 4,1	+ 6,2	- 9,5	+ 5,9	.	+ 4,6
2018 <b>ts)</b>	+ 4,7	+ 4,6	+ 4,2	+ 7,4	+ 3,2	+ 2,8	+ 3,9	+ 3,6	+ 7,9	- 8,5	+ 4,0	.	+ 4,4

Quelle: Statistisches Bundesamt. \* Ergebnisse gemäß ESVG 2010. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Bankenabgaben an den Einheitlichen Abwicklungsfonds.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2012 p)	745,0	600,0	14,7	770,2	218,8	285,2	69,9	42,6	25,5	- 25,2	536,2	518,8	+ 17,4	1 171,1	1 178,8	- 7,8
2013 p)	761,8	619,7	14,7	773,6	225,3	286,9	65,7	42,8	23,5	- 11,8	536,7	531,9	+ 4,9	1 198,1	1 205,0	- 6,9
2014 p)	791,8	643,6	11,3	786,7	236,0	292,9	57,1	45,9	17,6	+ 5,1	554,5	551,1	+ 3,5	1 245,3	1 236,7	+ 8,6
2015 p)	829,5	673,3	10,4	804,1	244,1	302,6	49,8	46,4	12,5	+ 25,5	575,0	573,1	+ 1,9	1 300,8	1 273,4	+ 27,4
2016 p)	862,1	705,8	9,0	843,4	251,3	320,5	43,4	49,0	11,8	+ 18,7	601,8	594,8	+ 7,1	1 355,0	1 329,2	+ 25,8
2017 p)	900,0	734,5	7,9	872,1	261,6	325,9	42,0	52,3	13,8	+ 27,9	631,3	621,8	+ 9,5	1 417,0	1 379,7	+ 37,4
2016 1.Vj. p)	206,1	169,9	1,4	205,5	60,0	81,2	17,7	8,4	2,2	+ 0,6	143,0	146,6	- 3,6	322,2	325,3	- 3,0
2.Vj. p)	216,7	176,6	2,4	194,1	60,7	77,7	5,4	10,4	2,4	+ 22,7	148,7	147,0	+ 1,7	338,5	314,2	+ 24,3
3.Vj. p)	207,1	169,3	2,9	210,9	62,0	79,3	14,5	12,3	2,4	- 3,8	148,3	149,7	- 1,4	328,2	333,4	- 5,2
4.Vj. p)	232,6	189,2	2,1	233,2	68,1	82,6	7,7	17,2	4,8	- 0,6	160,1	152,2	+ 7,8	365,3	358,1	+ 7,2
2017 1.Vj. p)	216,0	180,4	0,9	199,6	62,9	80,3	13,8	10,2	1,9	+ 16,4	150,3	155,1	- 4,8	338,0	326,4	+ 11,6
2.Vj. p)	217,9	177,3	1,2	206,6	63,9	83,6	6,6	8,8	3,6	+ 11,3	156,4	154,3	+ 2,1	346,1	332,7	+ 13,4
3.Vj. p)	219,6	180,4	3,5	215,9	64,4	78,6	14,5	13,4	4,2	+ 3,8	154,8	155,7	- 0,9	346,1	343,2	+ 2,8
4.Vj. p)	243,8	196,3	2,1	244,4	69,8	84,7	6,9	19,2	4,1	- 0,6	168,2	158,0	+ 10,2	383,4	373,8	+ 9,6
2018 1.Vj. p)	225,7	189,1	1,1	210,0	66,0	81,7	14,6	9,1	2,5	+ 15,7	156,1	160,8	- 4,7	352,7	341,7	+ 11,0
2.Vj. p)	239,9	194,7	1,0	206,2	65,9	80,9	5,8	11,4	2,1	+ 33,7	162,4	160,1	+ 2,3	373,3	337,3	+ 36,1
3.Vj. p)	228,8	189,0	1,8	223,6	67,0	84,6	13,4	14,4	1,9	+ 5,2	161,8	161,1	+ 0,7	361,3	355,5	+ 5,9

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zahlreiche Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen, aber in den Rechnungsergebnissen bisher nicht enthalten sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. 2 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzteren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahres-

angaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

### 4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2012 p)	312,5	335,3	- 22,8	311,0	316,1	- 5,1	200,0	198,5	+ 1,5
2013 p)	313,2	335,6	- 22,4	324,3	323,9	+ 0,4	207,6	206,3	+ 1,3
2014 p)	322,9	323,3	- 0,3	338,3	336,1	+ 2,1	218,7	218,7	- 0,1
2015 p)	338,3	326,5	+ 11,8	355,1	350,6	+ 4,5	232,7	229,1	+ 3,6
2016 p)	344,7	338,4	+ 6,2	381,1	372,4	+ 8,8	248,9	243,1	+ 5,8
2017 p)	357,8	352,8	+ 5,0	397,7	385,8	+ 11,8	260,3	249,1	+ 11,2
2016 1.Vj. p)	81,1	82,2	- 1,1	90,5	88,2	+ 2,4	49,0	55,1	- 6,1
2.Vj. p)	87,5	73,6	+ 13,8	92,7	88,2	+ 4,4	61,1	57,9	+ 3,2
3.Vj. p)	85,2	88,6	- 3,5	91,5	90,0	+ 1,5	60,7	60,7	+ 0,1
4.Vj. p)	90,9	93,9	- 3,0	104,3	104,4	- 0,0	76,3	68,0	+ 8,3
2017 1.Vj. p)	88,2	82,9	+ 5,3	95,6	90,0	+ 5,6	52,7	57,7	- 4,9
2.Vj. p)	81,5	80,0	+ 1,4	96,3	93,6	+ 2,7	65,0	59,5	+ 5,5
3.Vj. p)	88,6	93,6	- 5,0	98,9	91,4	+ 7,5	63,4	61,5	+ 1,9
4.Vj. p)	99,5	96,2	+ 3,3	104,7	109,2	- 4,5	77,2	69,1	+ 8,2
2018 1.Vj. p)	87,9	83,9	+ 4,0	100,0	92,7	+ 7,3	54,9	60,3	- 5,3
2.Vj. p)	94,5	79,8	+ 14,6	104,3	91,8	+ 12,5	68,5	62,4	+ 6,1
3.Vj. p)	91,7	95,9	- 4,2	100,7	95,4	+ 5,3	66,0	64,3	+ 1,7

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaa-

ten. 3 Quartalsdaten der Kern- und der zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte. Jahresangaben bis einschl. 2011 ohne Extrahaushalte, aber mit Zweckverbänden und Sonderrechnungen gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes, für die Folgejahre eigene Zuschätzungen.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union						Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
	Insgesamt	zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)	Gemeinden 3)			
2012	600 046	518 963	284 801	207 846	26 316	81 184	-	101	28 498
2013	619 708	535 173	287 641	216 430	31 101	84 274	+	262	27 775
2014	643 624	556 008	298 518	226 504	30 986	87 418	+	198	27 772
2015	673 276	580 485	308 849	240 698	30 938	93 003	-	212	27 241
2016	705 797	606 965	316 854	260 837	29 273	98 648	+	186	27 836
2017	734 540	629 458	336 730	271 046	21 682	105 158	-	76	27 368
2018	...	665 005	349 134	287 282	28 589	...	...	...	26 775
2017 1.Vj.	181 506	154 154	85 256	66 704	2 194	17 950	+	9 403	6 606
2.Vj.	177 090	149 915	76 391	66 605	6 918	27 631	-	456	6 825
3.Vj.	180 407	155 250	82 576	66 718	5 957	25 517	-	361	7 467
4.Vj.	195 537	170 139	92 507	71 019	6 613	34 060	-	8 662	6 471
2018 1.Vj.	189 457	159 974	83 370	69 413	7 191	19 173	+	10 310	6 398
2.Vj.	194 715	166 191	88 450	71 995	5 745	29 064	-	540	6 592
3.Vj.	189 015	161 683	84 952	69 414	7 317	27 579	-	248	7 579
4.Vj.	...	177 157	92 363	76 459	8 335	...	...	...	6 206
2018 Jan.	.	44 363	23 285	20 388	691	.	.	.	2 133
Febr.	.	52 743	27 156	21 606	3 980	.	.	.	2 133
2019 Jan.	.	45 319	21 694	21 139	2 486	.	.	.	2 090
Febr.	.	51 841	23 568	21 883	6 391	.	.	.	2 090

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Regionalisierungsmittel (ÖPNV), Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. 2 Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bundes verbuch-

ten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. 3 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. 4 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. 5 Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

### 6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern										Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern	
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)								Gewerbesteuerumlagen 6)
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuer 4)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer						
2012	551 785	231 555	149 065	37 262	16 934	28 294	194 635	142 439	52 196	7 137	99 794	14 201	4 462	32 822	
2013	570 213	245 909	158 198	42 280	19 508	25 923	196 843	148 315	48 528	7 053	100 454	15 723	4 231	35 040	
2014	593 039	258 875	167 983	45 613	20 044	25 236	203 110	154 228	48 883	7 142	101 804	17 556	4 552	37 031	
2015	620 287	273 258	178 891	48 580	19 583	26 204	209 921	159 015	50 905	7 407	104 204	20 339	5 159	39 802	
2016	648 309	291 492	184 826	53 833	27 442	25 391	217 090	165 932	51 157	7 831	104 441	22 342	5 113	41 345	
2017	674 598	312 462	195 524	59 428	29 259	28 251	226 355	170 498	55 856	8 580	99 934	22 205	5 063	45 141	
2018	713 576	332 141	208 231	60 415	33 425	30 069	234 800	175 437	59 363	9 078	108 586	23 913	5 057	48 571	
2017 1.Vj.	165 352	76 990	45 309	17 009	8 511	6 161	57 502	44 196	13 306	438	23 364	5 834	1 224	11 198	
2.Vj.	161 036	78 178	48 256	14 825	7 872	7 225	54 243	39 885	14 358	2 059	19 868	5 407	1 281	11 121	
3.Vj.	165 923	75 218	47 253	12 720	6 034	9 211	56 481	42 571	13 911	2 214	25 114	5 580	1 315	10 673	
4.Vj.	182 288	82 077	54 707	14 873	6 843	5 654	58 128	43 846	14 282	3 868	31 587	5 384	1 243	12 149	
2018 1.Vj.	172 111	81 713	48 059	17 640	9 418	6 595	59 248	45 272	13 977	291	23 752	5 836	1 271	12 136	
2.Vj.	178 102	86 322	51 395	14 889	9 302	10 736	55 801	41 220	14 581	2 215	26 474	6 170	1 119	11 912	
3.Vj.	173 202	78 105	50 368	12 683	7 192	7 862	59 169	43 951	15 218	2 315	26 424	5 797	1 391	11 519	
4.Vj.	190 161	86 001	58 409	15 204	7 513	4 876	60 581	44 994	15 587	4 257	31 936	6 109	1 276	13 004	
2018 Jan.	47 874	21 863	17 305	985	773	2 800	19 073	14 865	4 207	85	4 552	1 959	343	3 511	
Febr.	56 241	19 520	15 732	1 287	486	2 015	24 142	18 811	5 331	186	10 109	1 808	476	3 499	
2019 Jan.	49 004	22 717	18 456	1 116	327	2 817	19 252	15 138	4 114	-	4 574	2 196	304	3 684	
Febr.	55 324	18 356	16 611	442	-	33	24 937	19 272	5 665	149	9 327	2 054	500	3 482	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. 1 Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. 2 Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. 3 Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. 4 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. 5 Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2018: 49,6/47,2/3,2. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. 6 Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2018: 22,7/77,3. 7 Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Tabak- steuer	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer	Strom- steuer	Alkohol- steuer	sonstige	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	Rennwett- und Lotterie- steuer	sonstige	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer 2)	Grund- steuern
2012	39 305	13 624	14 143	11 138	8 443	6 973	2 121	4 047	7 389	4 305	1 432	1 076	55 398	42 345	12 017
2013	39 364	14 378	13 820	11 553	8 490	7 009	2 102	3 737	8 394	4 633	1 635	1 060	56 549	43 027	12 377
2014	39 758	15 047	14 612	12 046	8 501	6 638	2 060	3 143	9 339	5 452	1 673	1 091	57 728	43 763	12 691
2015	39 594	15 930	14 921	12 419	8 805	6 593	2 070	3 872	11 249	6 290	1 712	1 088	60 396	45 752	13 215
2016	40 091	16 855	14 186	12 763	8 952	6 569	2 070	2 955	12 408	7 006	1 809	1 119	65 319	50 103	13 654
2017	41 022	17 953	14 399	13 269	8 948	6 944	2 094	-4 695	13 139	6 114	1 837	1 115	68 522	52 899	13 966
2018	40 882	18 927	14 339	13 779	9 047	6 858	2 133	2 622	14 083	6 813	1 894	1 122	...	...	...
2017 1.Vj.	4 812	4 324	2 637	6 178	2 536	1 746	578	553	3 359	1 641	490	343	16 593	12 905	3 228
2.Vj.	10 091	4 809	3 634	2 353	2 374	1 784	476	-5 652	3 129	1 538	474	265	18 113	13 881	3 832
3.Vj.	10 497	4 144	3 867	2 669	2 132	1 628	502	-324	3 394	1 497	417	273	16 698	12 443	3 824
4.Vj.	15 622	4 677	4 261	2 070	1 906	1 786	538	727	3 257	1 438	456	233	17 118	13 670	3 082
2018 1.Vj.	4 865	4 587	2 425	6 388	2 602	1 725	591	569	3 576	1 431	479	350	17 638	13 880	3 291
2.Vj.	10 158	5 127	3 485	2 442	2 360	1 805	466	631	3 270	2 166	470	264	18 827	14 548	3 853
3.Vj.	10 423	4 353	3 886	2 752	2 128	1 677	531	674	3 592	1 463	464	278	18 128	13 764	3 919
4.Vj.	15 436	4 860	4 543	2 197	1 956	1 650	545	749	3 645	1 752	481	231	...	...	...
2018 Jan.	279	1 222	332	834	905	586	221	174	1 223	486	174	76	.	.	.
Febr.	1 436	1 138	991	4 820	739	546	228	211	1 131	453	150	74	.	.	.
2019 Jan.	353	1 279	247	802	918	576	216	184	1 407	514	192	83	.	.	.
Febr.	1 314	1 081	843	4 359	766	531	217	214	1 276	557	150	71	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Zur Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Einschl. Einnahmen aus Offshore-Windparks.

### 8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen \*)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Ein- nahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 4)					Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 5)	Wertpa- piere	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 6)	Grund- stücke	
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner							
2012	259 700	181 262	77 193	254 604	216 450	15 283	+ 5 096	30 481	28 519	1 756	104	102	4 315
2013	260 166	181 991	77 067	258 268	219 560	15 528	+ 1 898	33 114	29 193	3 701	119	100	4 250
2014	269 115	189 080	78 940	265 949	226 204	15 978	+ 3 166	36 462	32 905	3 317	146	94	4 263
2015	276 129	194 486	80 464	277 717	236 634	16 705	- 1 588	35 556	32 795	2 506	167	88	4 228
2016	286 399	202 249	83 154	288 641	246 118	17 387	- 2 242	34 094	31 524	2 315	203	52	4 147
2017	299 826	211 424	87 502	299 297	255 261	18 028	+ 529	35 366	33 740	1 335	238	53	4 032
2018 p)	311 975	221 558	89 699	307 944	263 687	18 582	+ 4 031	40 353	38 332	1 713	252	56	4 018
2016 1.Vj.	68 182	47 397	20 665	70 076	60 143	4 239	- 1 894	33 865	31 194	2 406	179	86	4 223
2.Vj.	71 291	50 372	20 548	70 418	60 097	4 238	+ 873	34 427	31 892	2 265	183	87	4 220
3.Vj.	70 218	49 333	20 670	73 782	63 081	4 453	- 3 564	31 412	28 776	2 365	187	84	4 213
4.Vj.	76 136	55 171	20 733	74 016	63 117	4 450	+ 2 120	34 088	31 529	2 315	192	53	4 161
2017 1.Vj.	71 301	49 388	21 715	73 731	63 263	4 460	- 2 430	31 660	29 133	2 270	205	52	4 140
2.Vj.	74 581	52 739	21 632	73 785	63 016	4 440	+ 796	32 535	30 372	1 901	210	52	4 136
3.Vj.	73 295	51 374	21 738	75 569	64 628	4 560	- 2 274	30 801	28 831	1 701	214	54	4 115
4.Vj.	79 956	57 910	21 790	75 842	64 694	4 562	+ 4 114	35 362	33 750	1 335	224	53	4 045
2018 1.Vj.	74 368	51 726	22 489	75 482	64 885	4 569	- 1 114	34 219	32 775	1 146	240	58	4 029
2.Vj.	77 824	55 186	22 451	75 747	64 742	4 557	+ 2 077	36 244	34 963	983	241	57	4 033
3.Vj.	76 831	54 085	22 575	78 284	67 017	4 727	- 1 453	35 344	34 104	936	248	57	4 019
4.Vj.	82 953	60 561	22 185	78 432	67 042	4 729	+ 4 521	40 353	38 332	1 713	252	56	4 018

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. \* Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn/See“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der ausgewiesenen vorläufigen Vierteljahresergebnisse ab, da letztere nicht nachträglich revidiert wer-

den. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. 4 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. 5 Einschl. Barmittel. 6 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung <sup>1)</sup>

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizitausgleich bzw. Darlehen des Bundes	
	insgesamt <sup>1)</sup>	darunter:			insgesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenzgeldumlage	Bundesbeteiligung		Arbeitslosen-geld <sup>2)</sup>	Kurz-arbeiter-geld <sup>3)</sup>	berufliche Förderung <sup>4)</sup>	Ein-gliederungs-beitrag <sup>5)</sup>	Insolvenz-geld			Ver-waltungs-ausgaben <sup>6)</sup>
2012	37 429	26 570	314	7 238	34 842	13 823	828	6 699	3 822	982	5 117	+ 2 587	-
2013	32 636	27 594	1 224	245	32 574	15 411	1 082	6 040	.	912	5 349	+ 61	-
2014	33 725	28 714	1 296	-	32 147	15 368	710	6 264	.	694	5 493	+ 1 578	-
2015	35 159	29 941	1 333	-	31 439	14 846	771	6 295	.	654	5 597	+ 3 720	-
2016	36 352	31 186	1 114	-	30 889	14 435	749	7 035	.	595	5 314	+ 5 463	-
2017	37 819	32 501	882	-	31 867	14 055	769	7 043	.	687	6 444	+ 5 952	-
2018	39 335	34 172	622	-	33 107	13 757	761	6 951	.	588	8 129	+ 6 228	-
2016 1.Vj.	8 376	7 271	261	-	7 984	4 083	395	1 739	.	150	984	+ 393	-
2.Vj.	8 991	7 737	278	-	7 807	3 648	203	1 847	.	147	1 288	+ 1 184	-
3.Vj.	8 877	7 609	276	-	7 349	3 428	74	1 608	.	165	1 399	+ 1 529	-
4.Vj.	10 108	8 569	299	-	7 750	3 276	77	1 841	.	134	1 642	+ 2 358	-
2017 1.Vj.	8 859	7 564	204	-	8 834	3 973	478	1 772	.	146	1 749	+ 26	-
2.Vj.	9 355	8 112	227	-	7 964	3 529	173	1 802	.	155	1 577	+ 1 391	-
3.Vj.	9 159	7 897	210	-	7 281	3 360	63	1 646	.	171	1 402	+ 1 878	-
4.Vj.	10 446	8 929	241	-	7 789	3 193	55	1 823	.	215	1 717	+ 2 657	-
2018 1.Vj.	9 167	7 926	151	-	9 546	3 826	415	1 742	.	174	2 625	- 379	-
2.Vj.	9 713	8 523	152	-	8 471	3 431	245	1 752	.	161	2 209	+ 1 243	-
3.Vj.	9 515	8 355	152	-	7 288	3 296	50	1 623	.	114	1 514	+ 2 227	-
4.Vj.	10 940	9 367	167	-	7 802	3 204	51	1 834	.	139	1 781	+ 3 138	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. \* Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. **1** Ohne Zuschuss zum Defizitausgleich bzw. Darlehen des Bundes. **2** Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. **3** Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. **4** Berufliche Bildung, Förde-

rung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. **5** Bis einschl. 2012. Von 2005 bis 2007: Aussteuerungsbeitrag. **6** Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

### 10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen <sup>1)</sup>			Ausgaben <sup>1)</sup>							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	insgesamt	darunter:		insgesamt	Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung <sup>4)</sup>	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld		Ver-waltungs-ausgaben <sup>5)</sup>
		Beiträge <sup>2)</sup>	Bundes-mittel <sup>3)</sup>									
2012	193 314	176 388	14 000	184 289	60 157	29 156	29 682	11 749	11 477	9 171	9 711	+ 9 025
2013	196 405	182 179	11 500	194 537	62 886	30 052	32 799	12 619	12 087	9 758	9 979	+ 1 867
2014	203 143	189 089	10 500	205 589	65 711	33 093	34 202	13 028	13 083	10 619	10 063	- 2 445
2015	210 147	195 774	11 500	213 727	67 979	34 576	35 712	13 488	13 674	11 227	10 482	- 3 580
2016	223 692	206 830	14 000	222 936	70 450	35 981	37 300	13 790	14 256	11 677	11 032	+ 757
2017	233 814	216 227	14 500	230 773	72 303	37 389	38 792	14 070	14 776	12 281	10 912	+ 3 041
2018 <sup>1)</sup>	242 367	224 913	14 500	239 807	74 544	38 566	40 023	14 453	15 894	13 091	11 481	+ 2 560
2016 1.Vj.	53 320	49 292	3 500	55 424	18 044	8 879	9 374	3 470	3 419	2 955	2 458	- 2 104
2.Vj.	54 988	51 009	3 500	55 603	17 686	9 005	9 362	3 478	3 528	2 963	2 599	- 615
3.Vj.	55 632	51 377	3 500	55 114	17 421	8 929	9 166	3 399	3 585	2 842	2 628	+ 517
4.Vj.	59 552	55 146	3 500	56 832	17 342	9 194	9 351	3 526	3 698	2 912	3 291	+ 2 720
2017 1.Vj.	55 809	51 632	3 625	57 716	18 632	9 215	9 807	3 559	3 516	3 173	2 514	- 1 907
2.Vj.	57 801	53 621	3 625	57 502	17 973	9 239	9 822	3 614	3 748	3 043	2 589	+ 298
3.Vj.	57 617	53 442	3 625	57 202	17 802	9 330	9 629	3 374	3 679	2 980	2 731	+ 415
4.Vj.	62 391	57 526	3 625	58 527	17 878	9 627	9 712	3 566	3 792	3 080	3 095	+ 3 865
2018 1.Vj.	57 788	53 670	3 625	59 854	19 028	9 569	10 045	3 656	3 763	3 370	2 614	- 2 067
2.Vj.	59 796	55 571	3 625	60 060	18 677	9 591	10 049	3 639	3 904	3 294	2 821	- 264
3.Vj.	60 138	55 778	3 625	59 204	18 302	9 600	9 862	3 481	4 070	3 155	2 810	+ 934
4.Vj.	64 645	59 893	3 625	60 689	18 537	9 806	10 067	3 677	4 157	3 272	3 236	+ 3 956

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. **1** Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der ausgewiesenen vorläufigen Vierteljahresergebnisse ab, da letztere nicht nachträglich revidiert werden. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. **2** Einschl. Beiträge aus geringfügigen Be-

schäftigungen. **3** Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. **4** Einschl. Zahnersatz. **5** Netto, d. h. nach Abzug der Kostenerstattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung \*)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)		Verwaltungsausgaben	
2012	23 082	22 953	22 988	3 135	9 961	5 073	881	1 083	+	95
2013	24 972	24 891	24 405	3 389	10 058	5 674	896	1 155	+	567
2014	25 974	25 893	25 457	3 570	10 263	5 893	946	1 216	+	517
2015	30 825	30 751	29 101	3 717	10 745	6 410	960	1 273	+	1 723
2016	32 171	32 100	30 936	3 846	10 918	6 673	983	1 422	+	1 235
2017	36 305	36 248	38 862	4 609	13 014	10 010	1 611	1 606	-	2 557
2018 p)	37 719	37 654	41 273	4 783	12 952	10 877	2 080	1 594	-	3 553
2016 1.Vj.	7 600	7 578	7 587	941	2 703	1 613	238	389	+	13
2.Vj.	7 918	7 901	7 659	949	2 724	1 665	244	331	+	259
3.Vj.	7 958	7 942	7 810	961	2 746	1 682	247	373	+	147
4.Vj.	8 550	8 535	7 941	975	2 741	1 877	250	322	+	608
2017 1.Vj.	8 558	8 538	9 092	1 046	3 194	2 261	289	405	-	534
2.Vj.	8 978	8 962	9 379	1 080	3 230	2 440	347	397	-	400
3.Vj.	8 945	8 932	9 944	1 210	3 289	2 562	422	411	-	999
4.Vj.	9 620	9 610	10 110	1 158	3 285	2 731	470	387	-	490
2018 1.Vj.	8 961	8 948	10 146	1 192	3 233	2 603	496	424	-	1 185
2.Vj.	9 338	9 322	10 118	1 160	3 217	2 658	509	389	-	780
3.Vj.	9 349	9 334	10 428	1 202	3 251	2 781	515	397	-	1 079
4.Vj.	10 071	10 050	10 581	1 229	3 251	2 835	561	384	-	510

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. \* Einschl. der Zuführungen an den Vorsorgefonds. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der ausgewiesenen vorläufigen Vierteljahresergebnisse ab, da letztere nicht nachträg-

lich revidiert werden. 2 Seit 2005: Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

### 12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen 3)
	brutto 2)	netto		
2013	+ 246 781	+ 19 473	+ 7 292	- 4 601
2014	+ 192 540	- 2 378	- 3 190	+ 891
2015	+ 167 655	- 16 386	- 5 884	- 1 916
2016	+ 182 486	- 11 331	- 2 332	- 16 791
2017	+ 171 906	+ 4 531	+ 11 823	+ 2 897
2018	+ 167 231	- 16 248	91	- 1 670
2016 1.Vj.	+ 61 598	+ 10 650	+ 8 501	- 19 345
2.Vj.	+ 60 691	+ 4 204	+ 3 694	+ 4 084
3.Vj.	+ 33 307	- 13 887	- 18 398	- 4 864
4.Vj.	+ 26 890	- 12 297	+ 3 872	+ 3 333
2017 1.Vj.	+ 47 749	- 5 700	+ 6 178	- 2 428
2.Vj.	+ 42 941	+ 5 281	+ 318	+ 4 289
3.Vj.	+ 44 338	+ 3 495	+ 587	+ 941
4.Vj.	+ 36 878	+ 1 455	+ 4 741	+ 95
2018 1.Vj.	+ 42 934	- 4 946	- 5 138	+ 3 569
2.Vj.	+ 43 602	- 5 954	- 166	- 6 139
3.Vj.	+ 46 500	+ 4 856	+ 1 688	+ 1 871
4.Vj.	+ 34 195	- 10 205	+ 3 525	- 971

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe. 3 Ohne Saldo des Zentralkontos bei der Deutschen Bundesbank.

### 13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern \*)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Inländische MFIs ts)	sonst. inländ. finanzielle Unternehmen ts)	sonstige Inländer-Gläubiger 1)	
2013	2 210 739	12 438	660 140	190 555	43 994	1 303 612
2014	2 212 280	12 774	630 752	190 130	44 949	1 333 675
2015	2 181 972	85 952	617 681	186 661	45 028	1 246 650
2016	2 165 891	205 391	594 765	179 755	41 737	1 144 243
2017 p)	2 115 397	319 159	547 973	175 617	38 678	1 033 970
2018 p)	2 063 172	364 731	493 533	181 077	39 043	984 788
2016 1.Vj.	2 190 308	108 746	632 259	183 160	41 396	1 224 747
2.Vj.	2 193 776	142 139	620 966	181 372	39 602	1 209 696
3.Vj.	2 187 329	172 567	607 540	179 359	38 912	1 188 950
4.Vj.	2 165 891	205 391	594 765	179 755	41 737	1 144 243
2017 1.Vj. p)	2 140 165	239 495	581 651	178 219	39 561	1 101 239
2.Vj. p)	2 133 921	265 130	567 962	176 810	39 008	1 085 011
3.Vj. p)	2 127 477	290 214	555 881	176 646	39 276	1 065 460
4.Vj. p)	2 115 397	319 159	547 973	175 617	38 678	1 033 970
2018 1.Vj. p)	2 092 470	329 387	525 588	176 495	37 574	1 023 426
2.Vj. p)	2 076 933	344 279	509 060	179 856	36 929	1 006 809
3.Vj. p)	2 077 122	356 899	497 343	180 464	37 203	1 005 212
4.Vj. p)	2 063 172	364 731	493 533	181 077	39 043	984 788

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. \* In Maastricht-Abgrenzung. 1 Als Differenz ermittelt.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 14. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	insgesamt	Bargeld und Einlagen <sup>1)</sup>	Wertpapierverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Nachrichtlich: <sup>2)</sup>	
			Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)	Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
<b>Gesamtstaat</b>								
2012	2 225 204	9 742	106 945	1 441 406	124 389	542 722	.	.
2013	2 210 739	10 592	85 836	1 470 698	100 646	542 966	.	.
2014	2 212 280	12 150	72 618	1 501 494	95 945	530 073	.	.
2015	2 181 972	14 303	65 676	1 499 098	85 232	517 662	.	.
2016 1.Vj.	2 190 308	11 976	69 372	1 491 129	104 397	513 434	.	.
2.Vj.	2 193 776	12 181	76 710	1 485 041	111 107	508 737	.	.
3.Vj.	2 187 329	15 370	77 249	1 491 971	98 090	504 648	.	.
4.Vj.	2 165 891	15 845	69 715	1 484 378	91 406	504 547	.	.
2017 1.Vj. p)	2 140 165	12 891	60 798	1 479 234	89 209	498 033	.	.
2.Vj. p)	2 133 921	15 196	54 362	1 486 948	83 649	493 767	.	.
3.Vj. p)	2 127 477	16 161	48 197	1 489 630	82 844	490 645	.	.
4.Vj. p)	2 115 397	14 651	48 789	1 484 691	82 876	484 390	.	.
2018 1.Vj. p)	2 092 470	12 472	48 449	1 479 750	70 445	481 354	.	.
2.Vj. p)	2 076 933	12 636	54 968	1 466 057	66 345	476 927	.	.
3.Vj. p)	2 077 122	15 607	60 047	1 466 370	63 884	471 215	.	.
4.Vj. p)	2 063 172	14 833	52 674	1 456 412	71 008	468 245	.	.
<b>Bund</b>								
2012	1 387 857	9 742	88 372	1 088 796	88 311	112 636	1 465	11 354
2013	1 390 440	10 592	78 996	1 113 029	64 970	122 852	2 696	10 303
2014	1 396 496	12 150	64 230	1 141 973	54 388	123 756	1 202	12 833
2015	1 372 604	14 303	49 512	1 139 039	45 256	124 494	2 932	13 577
2016 1.Vj.	1 382 473	11 976	49 030	1 138 051	58 381	125 035	2 853	10 025
2.Vj.	1 391 131	12 181	59 399	1 129 874	65 168	124 508	2 803	11 367
3.Vj.	1 381 054	15 370	61 408	1 134 326	46 832	123 117	2 634	9 042
4.Vj.	1 366 840	15 845	55 208	1 124 445	50 004	121 338	2 238	8 478
2017 1.Vj. p)	1 350 988	12 891	45 510	1 124 430	48 082	120 075	2 465	7 469
2.Vj. p)	1 353 600	15 196	40 225	1 132 686	44 682	120 811	2 547	8 136
3.Vj. p)	1 352 975	16 161	34 216	1 136 873	45 235	120 490	2 674	10 160
4.Vj. p)	1 351 290	14 651	36 297	1 132 542	47 758	120 041	2 935	10 603
2018 1.Vj. p)	1 338 606	12 472	35 921	1 133 358	37 206	119 650	2 953	9 862
2.Vj. p)	1 329 320	12 636	42 883	1 120 469	34 038	119 293	2 662	10 643
3.Vj. p)	1 335 479	15 607	46 608	1 119 011	35 617	118 637	2 492	10 185
4.Vj. p)	1 322 995	14 833	42 237	1 107 646	41 057	117 222	2 468	9 917
<b>Länder</b>								
2012	684 123	–	18 802	355 756	12 314	297 252	13 197	2 968
2013	663 514	–	6 847	360 706	11 862	284 099	12 141	2 655
2014	657 812	–	8 391	361 916	19 182	268 323	14 825	2 297
2015	654 484	–	16 169	362 376	18 707	257 232	15 867	4 218
2016 1.Vj.	647 567	–	20 347	355 304	21 563	250 352	12 358	4 230
2.Vj.	644 144	–	17 318	357 069	23 456	246 301	13 860	4 061
3.Vj.	644 655	–	15 848	359 618	26 149	243 040	11 685	3 871
4.Vj.	637 534	–	14 515	361 996	16 116	244 907	11 408	3 376
2017 1.Vj. p)	628 149	–	15 308	356 832	15 938	240 071	10 407	3 527
2.Vj. p)	620 539	–	14 167	356 647	14 792	234 933	11 180	3 578
3.Vj. p)	618 534	–	14 021	355 342	16 358	232 813	13 313	3 581
4.Vj. p)	610 473	–	12 543	354 941	15 154	227 835	14 325	3 609
2018 1.Vj. p)	599 752	–	12 583	349 945	13 307	223 916	13 305	3 740
2.Vj. p)	595 914	–	12 144	349 086	13 648	221 036	14 387	3 754
3.Vj. p)	594 816	–	13 499	350 782	11 107	219 427	13 967	3 666
4.Vj. p)	595 496	–	10 499	352 351	15 127	217 520	14 344	3 272
<b>Gemeinden</b>								
2012	169 839	–	–	423	24 791	144 625	3 124	802
2013	172 858	–	–	646	25 435	146 777	2 523	530
2014	174 527	–	–	1 297	26 121	147 109	1 959	734
2015	174 415	–	–	2 047	26 998	145 370	2 143	463
2016 1.Vj.	176 617	–	–	2 076	26 908	147 633	2 348	476
2.Vj.	176 233	–	–	2 453	26 469	147 312	2 216	503
3.Vj.	177 037	–	–	2 455	26 788	147 794	2 123	527
4.Vj.	175 839	–	–	2 404	26 521	146 914	1 819	566
2017 1.Vj. p)	174 709	–	–	2 645	25 561	146 503	1 959	610
2.Vj. p)	174 565	–	–	2 672	25 370	146 523	1 950	644
3.Vj. p)	173 054	–	–	2 687	24 581	145 786	1 851	664
4.Vj. p)	171 702	–	–	2 947	24 101	144 654	1 600	714
2018 1.Vj. p)	171 159	–	–	2 427	22 887	145 846	1 765	719
2.Vj. p)	169 777	–	–	2 561	22 551	144 665	1 912	724
3.Vj. p)	164 544	–	–	2 703	20 604	141 236	2 049	757
4.Vj. p)	162 623	–	–	2 914	18 823	140 887	1 804	770

Anmerkungen siehe Ende der Tabelle.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### noch: 14. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	insgesamt	Bargeld und Einlagen <sup>1)</sup>	Wertpapierverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Nachrichtlich: <sup>2)</sup>	
			Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)	Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
<b>Sozialversicherungen</b>								
2012	1 171	–	–	–	195	976	–	2 661
2013	1 287	–	–	–	360	927	–	3 872
2014	1 430	–	–	–	387	1 043	–	2 122
2015	1 411	–	–	–	446	965	–	2 685
2016 1. Vj.	1 211	–	–	–	458	753	–	2 828
2. Vj.	1 147	–	–	–	443	704	–	2 948
3. Vj.	1 025	–	–	–	334	691	–	3 002
4. Vj.	1 143	–	–	–	473	670	–	3 044
2017 1. Vj. <sup>p)</sup>	1 150	–	–	–	504	646	–	3 226
2. Vj. <sup>p)</sup>	895	–	–	–	290	605	–	3 318
3. Vj. <sup>p)</sup>	750	–	–	–	184	566	–	3 433
4. Vj. <sup>p)</sup>	792	–	–	–	247	545	–	3 934
2018 1. Vj. <sup>p)</sup>	975	–	–	–	424	551	–	3 702
2. Vj. <sup>p)</sup>	883	–	–	–	383	500	–	3 840
3. Vj. <sup>p)</sup>	790	–	–	–	400	390	–	3 900
4. Vj. <sup>p)</sup>	674	–	–	–	372	302	–	4 659

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts und der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. <sup>1)</sup> Insbesondere Verbindlichkeiten aus dem Münzumsatz. <sup>2)</sup> Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber anderen staatlichen Ebenen umfassen neben den direkten Kreditbeziehun-

gen auch die Bestände am Markt erworbener Wertpapiere. Kein Ausweis beim Gesamtstaat, da Verschuldung und Forderungen zwischen den staatlichen Ebenen konsolidiert sind.

### 15. Maastricht-Verschuldung des Bundes nach Arten und Instrumenten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Bargeld und Einlagen <sup>2)</sup>		Wertpapierverschuldung									Kreditverschuldung <sup>1)</sup>	
	insgesamt <sup>1)</sup>	insgesamt <sup>1)</sup>	darunter: <sup>3)</sup> Tagesanleihe	insgesamt <sup>1)</sup>	darunter: <sup>3)</sup>						Bundes-schatzbriefe		
					Bundesanleihen	Bundesobligationen	inflation-indexierte Anleihen <sup>4)</sup>	inflation-indexierte Obligationen <sup>4)</sup>	Kapitalindexierung inflation-indexierter Wertpapiere	Bundes-schatzanzweisungen <sup>5)</sup>			Unverzinsliche Schatzanzweisungen <sup>6)</sup>
2007	984 256	6 675	–	917 584	564 137	173 949	10 019	3 444	506	102 083	37 385	10 287	59 997
2008	1 016 364	12 466	3 174	928 754	571 913	164 514	12 017	7 522	1 336	105 684	40 795	9 649	75 144
2009	1 082 644	9 981	2 495	1 013 072	577 798	166 471	16 982	7 748	1 369	113 637	104 409	9 471	59 592
2010	1 334 021	10 890	1 975	1 084 019	602 624	185 586	25 958	9 948	2 396	126 220	85 867	8 704	239 112
2011	1 344 082	10 429	2 154	1 121 331	615 200	199 284	29 313	14 927	3 961	130 648	58 297	8 208	212 322
2012	1 387 857	9 742	1 725	1 177 168	631 425	217 586	35 350	16 769	5 374	117 719	56 222	6 818	200 947
2013	1 390 440	10 592	1 397	1 192 025	643 200	234 759	41 105	10 613	4 730	110 029	50 004	4 488	187 822
2014	1 396 496	12 150	1 187	1 206 203	653 823	244 633	48 692	14 553	5 368	103 445	27 951	2 375	178 144
2015	1 372 604	14 303	1 070	1 188 551	663 296	232 387	59 942	14 553	5 607	96 389	18 536	1 305	169 750
2016	1 366 840	15 845	1 010	1 179 653	670 245	221 551	51 879	14 585	3 602	95 727	23 609	737	171 342
2017 <sup>p)</sup>	1 351 290	14 651	966	1 168 840	693 687	203 899	58 365	14 490	4 720	91 013	10 037	289	167 800
2018 <sup>p)</sup>	1 322 995	14 833	921	1 149 883	710 513	182 847	64 647	–	5 139	86 009	12 949	48	158 279
2016 1. Vj.	1 382 473	11 976	1 051	1 187 081	666 565	225 678	61 893	14 603	4 395	98 232	20 526	1 205	183 416
2. Vj.	1 391 131	12 181	1 033	1 189 273	675 794	220 840	49 675	14 550	3 099	99 417	28 369	1 108	189 676
3. Vj.	1 381 054	15 370	1 021	1 195 734	664 034	231 375	50 869	14 570	3 097	102 053	30 626	922	169 949
4. Vj.	1 366 840	15 845	1 010	1 179 653	670 245	221 551	51 879	14 585	3 602	95 727	23 609	737	171 342
2017 1. Vj. <sup>p)</sup>	1 350 988	12 891	995	1 169 939	674 049	213 371	53 838	14 535	3 362	95 148	14 910	619	168 158
2. Vj. <sup>p)</sup>	1 353 600	15 196	986	1 172 911	687 278	205 203	55 842	14 465	4 507	93 795	14 431	487	165 493
3. Vj. <sup>p)</sup>	1 352 975	16 161	977	1 171 089	684 134	215 029	56 905	14 490	4 092	91 893	11 851	398	165 726
4. Vj. <sup>p)</sup>	1 351 290	14 651	966	1 168 840	693 687	203 899	58 365	14 490	4 720	91 013	10 037	289	167 800
2018 1. Vj. <sup>p)</sup>	1 338 606	12 472	951	1 169 279	699 638	193 811	60 778	14 455	4 421	94 282	9 031	219	156 855
2. Vj. <sup>p)</sup>	1 329 320	12 636	941	1 163 353	710 784	185 042	62 863	–	4 276	92 639	15 049	141	153 330
3. Vj. <sup>p)</sup>	1 335 479	15 607	932	1 165 619	703 682	194 356	64 304	–	4 548	90 575	17 340	75	154 254
4. Vj. <sup>p)</sup>	1 322 995	14 833	921	1 149 883	710 513	182 847	64 647	–	5 139	86 009	12 949	48	158 279

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. <sup>1)</sup> Umfasst die gesamte zentralstaatliche Ebene, d.h. neben dem Kernhaushalt sämtliche Extrahaushalte des Bundes einschl. der staatlichen Bad Bank „FMS Wertmanagement“ sowie Verbindlichkeiten, die dem Bund nach Maßgabe des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 aus ökonomischer Sicht zugerechnet werden. <sup>2)</sup> Insbesondere Ver-

bindlichkeiten aus dem Münzumsatz. <sup>3)</sup> Emissionen der Bundesrepublik Deutschland. Ohne Eigenbestände des Emittenten, aber einschließlich der Bestände, die von anderen staatlichen Einheiten gehalten werden. <sup>4)</sup> Ohne inflationsbedingte Kapitalindexierung. <sup>5)</sup> Einschl. Medium-Term-Notes der Treuhandanstalt (2011 ausgelaufen). <sup>6)</sup> Einschl. Finanzierungsschätze (2014 ausgelaufen).

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2017			2018			2017				2018			
	2016	2017	2018	2016	2017	2018	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	
	Index 2010 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %										
<b>Preisbereinigt, verkettet</b>														
<b>I. Entstehung des Inlandsprodukts</b>														
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	118,0	120,8	121,8	4,8	2,4	0,8	- 0,6	2,6	3,5	1,7	3,3	- 0,2	- 1,5	
Baugewerbe	105,5	108,0	111,3	1,8	2,4	3,0	0,3	1,8	2,3	1,0	3,1	3,0	4,4	
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	110,6	114,3	116,7	1,3	3,4	2,1	2,2	3,5	2,8	1,9	2,8	1,7	2,0	
Information und Kommunikation	132,9	137,6	142,5	3,4	3,6	3,5	3,2	3,4	3,4	3,6	3,9	3,3	3,4	
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	104,5	105,0	105,6	0,4	0,4	0,6	0,3	0,4	0,5	0,2	1,0	0,6	0,7	
Grundstücks- und Wohnungswesen	104,5	105,6	106,8	0,0	1,1	1,1	0,4	1,3	1,4	1,1	1,0	1,0	1,2	
Unternehmensdienstleister <sup>1)</sup>	109,5	112,3	114,2	1,0	2,6	1,7	0,9	2,9	2,3	1,8	2,8	1,5	0,9	
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	108,2	109,7	111,2	2,6	1,4	1,4	1,2	1,4	0,8	1,4	1,2	1,3	1,6	
Sonstige Dienstleister	98,9	100,1	100,5	- 1,1	1,2	0,5	0,1	1,4	0,4	0,1	0,9	0,2	0,7	
<b>Bruttowertschöpfung</b>	<b>111,1</b>	<b>113,5</b>	<b>115,1</b>	<b>2,2</b>	<b>2,2</b>	<b>1,4</b>	<b>0,7</b>	<b>2,3</b>	<b>2,3</b>	<b>1,5</b>	<b>2,4</b>	<b>1,0</b>	<b>0,9</b>	
<b>Bruttoinlandsprodukt <sup>2)</sup></b>	<b>111,3</b>	<b>113,7</b>	<b>115,3</b>	<b>2,2</b>	<b>2,2</b>	<b>1,4</b>	<b>0,9</b>	<b>2,2</b>	<b>2,2</b>	<b>1,4</b>	<b>2,3</b>	<b>1,1</b>	<b>0,9</b>	
<b>II. Verwendung des Inlandsprodukts</b>														
Private Konsumausgaben <sup>3)</sup>	108,4	110,3	111,3	2,1	1,8	1,0	1,8	2,1	1,1	1,7	1,0	0,2	1,0	
Konsumausgaben des Staates	112,3	114,1	115,3	4,0	1,6	1,0	1,4	1,5	1,7	0,7	1,1	0,5	1,8	
Ausrüstungen	113,8	118,0	123,0	2,2	3,7	4,2	1,7	4,1	4,7	4,8	5,4	3,4	3,5	
Bauten	112,3	115,6	118,4	3,8	2,9	2,4	1,6	3,0	1,8	0,5	2,7	2,3	4,0	
Sonstige Anlagen <sup>4)</sup>	124,7	126,3	126,8	5,2	1,3	0,4	1,2	0,4	1,5	0,4	0,4	0,4	0,5	
Vorratsveränderungen <sup>5) 6)</sup>	.	.	.	0,2	0,1	0,6	0,3	0,1	- 0,1	0,0	0,3	1,3	0,5	
<b>Inländische Verwendung</b>	<b>109,5</b>	<b>111,7</b>	<b>113,9</b>	<b>3,0</b>	<b>2,0</b>	<b>1,9</b>	<b>2,0</b>	<b>2,2</b>	<b>1,5</b>	<b>1,5</b>	<b>1,9</b>	<b>2,2</b>	<b>2,2</b>	
<b>Außenbeitrag <sup>6)</sup></b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>- 0,5</b>	<b>0,3</b>	<b>- 0,4</b>	<b>- 0,9</b>	<b>0,1</b>	<b>0,8</b>	<b>0,0</b>	<b>0,6</b>	<b>- 0,9</b>	<b>- 1,1</b>	
Exporte	127,8	133,7	136,4	2,3	4,6	2,0	1,8	4,9	4,7	2,2	4,3	1,2	0,4	
Importe	125,5	131,6	136,0	4,1	4,8	3,3	4,5	5,5	3,7	2,6	3,7	3,8	3,2	
<b>Bruttoinlandsprodukt <sup>2)</sup></b>	<b>111,3</b>	<b>113,7</b>	<b>115,3</b>	<b>2,2</b>	<b>2,2</b>	<b>1,4</b>	<b>0,9</b>	<b>2,2</b>	<b>2,2</b>	<b>1,4</b>	<b>2,3</b>	<b>1,1</b>	<b>0,9</b>	
<b>In jeweiligen Preisen (Mrd €)</b>														
<b>III. Verwendung des Inlandsprodukts</b>														
Private Konsumausgaben <sup>3)</sup>	1 675,6	1 732,2	1 776,7	2,7	3,4	2,6	3,4	3,6	2,7	3,1	2,6	1,9	2,7	
Konsumausgaben des Staates	615,5	638,9	662,2	4,8	3,8	3,6	3,4	3,9	4,4	3,3	3,8	3,1	4,3	
Ausrüstungen	206,5	215,2	225,7	2,6	4,2	4,9	2,1	4,5	5,7	5,1	6,0	4,1	4,3	
Bauten	307,1	326,6	350,5	5,6	6,4	7,3	4,8	6,5	5,8	4,7	7,2	7,6	9,4	
Sonstige Anlagen <sup>4)</sup>	120,4	123,9	127,1	6,0	2,9	2,6	2,8	2,1	3,1	2,6	2,6	2,6	2,7	
Vorratsveränderungen <sup>5)</sup>	- 12,8	- 7,2	14,6	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
<b>Inländische Verwendung</b>	<b>2 912,3</b>	<b>3 029,5</b>	<b>3 156,8</b>	<b>3,8</b>	<b>4,0</b>	<b>4,2</b>	<b>4,0</b>	<b>4,3</b>	<b>3,6</b>	<b>3,3</b>	<b>4,1</b>	<b>4,8</b>	<b>4,6</b>	
<b>Außenbeitrag</b>	<b>247,5</b>	<b>247,8</b>	<b>229,2</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	
Exporte	1 450,2	1 541,9	1 590,2	1,5	6,3	3,1	3,9	6,5	6,0	2,7	4,9	2,9	2,1	
Importe	1 202,8	1 294,1	1 360,9	1,5	7,6	5,2	8,0	7,2	5,5	2,9	4,7	7,1	5,9	
<b>Bruttoinlandsprodukt <sup>2)</sup></b>	<b>3 159,8</b>	<b>3 277,3</b>	<b>3 386,0</b>	<b>3,6</b>	<b>3,7</b>	<b>3,3</b>	<b>2,5</b>	<b>4,2</b>	<b>4,0</b>	<b>3,2</b>	<b>4,2</b>	<b>3,0</b>	<b>2,9</b>	
<b>IV. Preise (2010 = 100)</b>														
Privater Konsum	106,9	108,6	110,4	0,7	1,6	1,6	1,5	1,6	1,6	1,4	1,6	1,6	1,7	
Bruttoinlandsprodukt	110,1	111,8	113,8	1,4	1,5	1,9	1,6	2,0	1,8	1,8	1,8	1,9	1,9	
Terms of Trade	103,9	102,8	102,1	1,7	- 1,0	- 0,7	- 1,2	- 0,1	- 0,5	0,2	- 0,4	- 1,5	- 0,9	
<b>V. Verteilung des Volkseinkommens</b>														
Arbeitnehmerentgelt	1 601,0	1 668,8	1 746,0	3,8	4,2	4,6	4,4	4,3	4,1	4,6	4,6	5,1	4,3	
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	762,7	787,6	785,3	3,5	3,3	- 0,3	- 1,5	5,4	3,3	- 0,0	3,4	- 2,2	- 2,2	
<b>Volkseinkommen</b>	<b>2 363,7</b>	<b>2 456,4</b>	<b>2 531,3</b>	<b>3,7</b>	<b>3,9</b>	<b>3,1</b>	<b>2,5</b>	<b>4,7</b>	<b>3,9</b>	<b>3,0</b>	<b>4,2</b>	<b>2,6</b>	<b>2,5</b>	
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	3 222,4	3 346,3	3 458,4	3,5	3,8	3,3	2,8	4,3	3,8	3,1	4,3	3,1	3,0	

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2019. <sup>1</sup> Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. <sup>2</sup> Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubven-

tionen). <sup>3</sup> Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. <sup>4</sup> Geistiges Eigentum (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. <sup>5</sup> Einschl. Nettozugang an Wertsachen. <sup>6</sup> Wachstumsbeitrag zum BIP.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 2. Produktion im Produzierenden Gewerbe \*)

Arbeitstäglich bereinigt 0)

	davon:											
	Produzierendes Gewerbe	Baugewerbe	Energie	Industrie				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
				zusammen	Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallenerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
<b>2015=100</b>												
Gewicht in % 1)	100,00	14,04	6,37	79,60	29,44	36,96	2,28	10,92	10,27	9,95	12,73	14,14
Zeit												
2015	99,7	99,6	100,1	99,7	99,8	99,7	99,6	99,8	99,8	99,7	99,7	99,6
2016	101,5	105,3	98,7	101,1	100,9	101,3	102,6	101,0	101,6	101,0	99,6	102,1
2017	104,9	108,7	98,8	104,7	104,9	105,0	106,9	103,0	106,2	107,0	104,1	105,3
2018 2)x)	106,0	109,7	97,0	106,1	105,7	106,1	106,1	107,1	107,4	109,1	106,5	103,7
2017 4.Vj.	109,9	122,3	104,6	108,2	104,6	111,3	109,6	107,0	106,7	111,6	115,8	104,7
2018 1.Vj.	102,7	87,8	105,1	105,2	106,1	104,3	108,9	104,7	107,3	108,3	100,6	109,5
2.Vj.	107,5	113,6	90,5	107,7	108,0	107,6	105,4	107,4	110,1	107,6	104,9	110,8
3.Vj. 2)	106,2	115,5	93,3	105,6	106,8	103,2	104,1	111,4	107,9	110,3	105,1	96,5
4.Vj. x)	107,6	122,0	99,2	105,8	101,8	109,2	106,0	105,0	104,4	110,1	115,6	97,8
2018 Febr.	98,8	83,0	101,6	101,4	102,6	100,7	105,4	99,4	104,9	104,3	97,1	105,3
März	113,6	105,1	107,7	115,6	113,3	118,4	118,4	112,0	115,5	118,7	116,7	123,8
April	105,1	109,6	92,5	105,3	106,0	105,5	103,2	103,0	108,6	104,0	100,3	112,3
Mai	106,7	114,1	90,2	106,7	108,2	104,8	102,8	109,6	109,4	105,9	101,7	108,2
Juni	110,6	117,1	88,9	111,1	109,8	112,6	110,3	109,6	112,3	112,9	112,7	112,0
Juli 2)3)	106,9	115,5	93,6	106,5	108,6	104,3	98,4	109,9	109,3	108,9	104,7	100,6
Aug. 3)	100,5	111,4	94,9	99,0	102,9	93,0	95,0	110,0	102,9	105,5	98,1	80,4
Sept.	111,2	119,5	91,4	111,4	108,8	112,2	118,9	114,2	111,5	116,6	112,6	108,5
Okt. x)	110,0	121,3	97,1	109,1	109,1	108,4	111,9	111,0	111,8	112,2	108,5	104,5
Nov. x)	111,4	122,5	99,0	110,4	107,3	113,4	111,7	108,4	111,6	114,6	113,2	108,0
Dez. x)	101,5	122,2	101,5	97,8	88,9	105,8	94,3	95,5	89,8	103,6	125,0	81,0
2019 Jan. x)	93,1	73,4	107,9	95,4	99,8	90,6	101,6	98,2	99,2	99,5	87,9	89,9
Febr. x)p)	98,4	92,3	97,0	99,6	100,0	100,5	105,3	94,2	101,3	101,1	95,4	103,8
<b>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</b>												
2015	+ 0,9	- 2,3	+ 5,1	+ 0,4	- 0,1	+ 0,9	+ 2,2	- 0,3	+ 0,1	+ 0,7	- 0,3	- 0,2
2016	+ 1,8	+ 5,7	- 1,4	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,6	+ 3,0	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,3	- 0,1	+ 2,5
2017	+ 3,3	+ 3,2	+ 0,1	+ 3,6	+ 4,0	+ 3,7	+ 4,2	+ 2,0	+ 4,5	+ 5,9	+ 4,5	+ 3,1
2018 2)x)	+ 1,0	+ 0,9	- 1,8	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,0	- 0,7	+ 4,0	+ 1,1	+ 2,0	+ 2,3	- 1,5
2017 4.Vj.	+ 4,7	+ 3,3	+ 0,3	+ 5,3	+ 6,2	+ 5,4	+ 3,1	+ 3,3	+ 5,9	+ 7,5	+ 7,2	+ 5,6
2018 1.Vj.	+ 3,9	+ 3,5	+ 0,7	+ 4,2	+ 3,8	+ 4,3	+ 2,6	+ 5,3	+ 3,9	+ 5,9	+ 4,9	+ 4,2
2.Vj.	+ 2,9	+ 2,2	- 3,5	+ 3,5	+ 2,4	+ 3,5	- 0,2	+ 7,0	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,1	+ 4,6
3.Vj. 2)	- 0,2	- 1,0	+ 0,9	- 0,2	- 0,6	- 1,5	- 2,0	+ 5,9	+ 0,1	+ 0,8	+ 2,0	- 8,3
4.Vj. x)	- 2,1	- 0,2	- 5,2	- 2,2	- 2,7	- 1,9	- 3,3	- 1,9	- 2,2	- 1,3	- 0,2	- 6,6
2018 Febr.	+ 2,1	- 1,3	+ 2,0	+ 2,6	+ 3,5	+ 1,6	+ 0,6	+ 4,2	+ 4,2	+ 5,2	+ 2,5	- 0,4
März	+ 3,6	- 0,6	+ 5,1	+ 4,3	+ 3,0	+ 5,4	+ 3,4	+ 4,6	+ 2,8	+ 6,1	+ 6,5	+ 7,5
April	+ 1,8	+ 0,3	- 3,1	+ 2,5	+ 0,8	+ 3,7	- 2,4	+ 4,5	+ 2,8	+ 1,0	+ 2,9	+ 4,9
Mai	+ 3,6	+ 4,2	- 4,8	+ 4,1	+ 3,7	+ 3,0	- 0,4	+ 9,2	+ 2,8	+ 3,8	+ 3,0	+ 3,5
Juni	+ 3,3	+ 2,2	- 2,6	+ 3,7	+ 2,8	+ 3,6	+ 2,1	+ 7,5	+ 2,9	+ 3,7	+ 3,3	+ 5,3
Juli 2)3)	+ 0,3	- 3,0	+ 2,5	+ 0,8	± 0,0	+ 0,2	- 3,1	+ 5,2	+ 0,6	- 0,3	+ 2,8	- 3,1
Aug. 3)	- 0,7	- 0,9	+ 2,0	- 0,9	- 0,6	- 3,5	- 3,3	+ 7,1	+ 0,7	+ 1,2	+ 3,4	- 16,0
Sept.	- 0,3	+ 1,0	- 1,7	- 0,4	- 1,3	- 1,3	- 0,1	+ 5,4	- 0,9	+ 1,4	+ 0,2	- 6,5
Okt. x)	+ 0,5	+ 0,4	- 5,7	+ 1,0	- 0,5	+ 2,0	- 1,8	+ 2,7	- 0,1	+ 2,5	+ 5,3	- 3,2
Nov. x)	- 4,0	- 0,7	- 5,1	- 4,5	- 3,9	- 4,9	- 5,1	- 4,2	- 3,0	- 2,4	- 2,3	- 11,8
Dez. x)	- 2,7	- 0,4	- 4,8	- 3,1	- 3,8	- 2,3	- 2,9	- 4,3	- 3,6	- 4,0	- 2,8	- 3,3
2019 Jan. x)	- 2,7	- 2,4	+ 1,8	- 3,1	- 2,5	- 3,4	- 1,2	- 4,5	- 2,3	- 2,5	± 0,0	- 9,6
Febr. x)p)	- 0,4	+ 11,2	- 4,5	- 1,8	- 2,5	- 0,2	- 0,1	- 5,2	- 3,4	- 3,1	- 1,8	- 1,4

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* Erläuterungen siehe Statistisches Beihft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. 0) Mithilfe von JDemetra+ 2.2.1 (X13). 1) Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr 2015. 2) Ab Juli 2018 deflationiert mithilfe von Erzeugerpreisen mit Wägungsbasis 2015, davor mit Wägungsbasis 2010. 3) Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine. x) Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

basis 2010. 3) Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine. x) Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 3. Auftragseingang in der Industrie <sup>\*)</sup>

Arbeitsstaglich bereinigt <sup>o)</sup>

Zeit	Industrie		davon:						davon:			
			Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Konsumgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
	2015=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2015=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2015=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2015=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2015=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2015=100	Verände- rung gegen Vorjahr %
<b>insgesamt</b>												
2014	97,8	+ 2,7	100,6	+ 0,6	96,2	+ 3,9	96,8	+ 4,6	95,8	+ 0,6	97,1	+ 5,9
2015	99,8	+ 2,0	99,8	- 0,8	99,8	+ 3,7	99,8	+ 3,1	99,7	+ 4,1	99,8	+ 2,8
2016	100,7	+ 0,9	98,9	- 0,9	101,9	+ 2,1	100,6	+ 0,8	105,3	+ 5,6	99,0	- 0,8
2017	108,6	+ 7,8	109,4	+ 10,6	108,5	+ 6,5	105,7	+ 5,1	116,5	+ 10,6	102,2	+ 3,2
2018	110,5	+ 1,7	111,5	+ 1,9	109,9	+ 1,3	110,0	+ 4,1	118,9	+ 2,1	107,1	+ 4,8
2018 Febr. <sup>r)</sup>	110,5	+ 4,2	110,0	+ 1,5	110,8	+ 6,5	111,7	+ 1,4	111,0	+ 2,0	112,0	+ 1,2
März <sup>r)</sup>	121,6	+ 3,8	121,2	+ 4,1	122,5	+ 3,3	116,0	+ 5,0	122,9	- 2,8	113,7	+ 8,0
April <sup>r)</sup>	108,8	+ 2,0	114,7	+ 6,1	105,6	- 0,8	104,8	+ 2,6	113,7	+ 2,2	101,8	+ 2,7
Mai <sup>r)</sup>	109,6	+ 5,6	113,1	+ 6,2	107,8	+ 5,3	106,6	+ 4,9	121,0	+ 9,7	101,9	+ 3,1
Juni <sup>r)</sup>	112,3	+ 1,4	114,6	+ 3,3	110,4	- 0,9	115,2	+ 10,8	122,6	+ 4,3	112,8	+ 13,4
Juli <sup>r)</sup>	107,9	+ 1,9	113,6	+ 4,4	102,7	- 1,0	120,7	+ 12,1	120,0	+ 10,3	120,9	+ 12,6
Aug. <sup>r)</sup>	98,9	- 0,1	103,2	- 1,6	94,7	+ 0,5	109,9	+ 1,9	116,7	+ 1,2	107,6	+ 1,9
Sept. <sup>r)</sup>	109,7	- 0,5	109,2	+ 0,3	109,6	- 2,0	113,1	+ 5,7	125,4	- 0,6	109,1	+ 8,3
Okt. <sup>r)</sup>	111,6	- 1,1	113,9	+ 0,4	110,7	- 1,9	108,9	- 0,6	127,4	- 0,4	102,8	- 0,8
Nov. <sup>r)</sup>	112,4	- 2,1	111,3	- 5,8	114,0	+ 0,8	105,7	- 5,2	121,6	- 6,2	100,4	- 4,7
Dez. <sup>r)</sup>	111,6	- 3,1	96,8	- 6,4	122,8	- 1,9	95,8	+ 1,5	109,6	+ 0,9	91,3	+ 1,8
2019 Jan. <sup>r)</sup>	108,0	- 2,4	110,0	- 5,0	106,8	- 0,6	108,3	- 3,0	118,6	+ 3,7	104,9	- 5,2
Febr. <sup>p)</sup>	102,6	- 7,1	104,4	- 5,1	101,1	- 8,8	106,0	- 5,1	114,7	+ 3,3	103,2	- 7,9
<b>aus dem Inland</b>												
2014	98,1	+ 1,1	101,7	- 1,1	95,2	+ 3,1	97,1	+ 2,0	100,4	± 0,0	96,0	+ 2,8
2015	99,8	+ 1,7	99,8	- 1,9	99,7	+ 4,7	99,8	+ 2,8	99,7	- 0,7	99,8	+ 4,0
2016	99,8	± 0,0	97,6	- 2,2	101,9	+ 2,2	98,0	- 1,8	103,1	+ 3,4	96,3	- 3,5
2017	107,0	+ 7,2	107,1	+ 9,7	107,8	+ 5,8	101,7	+ 3,8	108,6	+ 5,3	99,3	+ 3,1
2018	107,2	+ 0,2	108,6	+ 1,4	106,6	- 1,1	102,9	+ 1,2	114,7	+ 5,6	98,9	- 0,4
2018 Febr. <sup>r)</sup>	104,9	- 4,1	107,2	- 1,7	103,2	- 6,4	103,8	- 1,0	108,1	+ 5,8	102,4	- 3,1
März <sup>r)</sup>	119,7	+ 4,4	119,5	+ 6,0	121,6	+ 3,1	108,1	+ 2,7	121,4	+ 4,5	103,6	+ 2,0
April <sup>r)</sup>	104,3	- 5,3	107,9	+ 2,0	102,4	- 12,0	96,7	+ 3,6	113,3	+ 11,3	91,1	+ 0,8
Mai <sup>r)</sup>	106,0	+ 4,6	109,0	+ 5,1	103,4	+ 3,5	105,9	+ 9,7	127,3	+ 28,8	98,7	+ 3,1
Juni <sup>r)</sup>	107,7	- 0,9	110,9	+ 5,1	105,8	- 6,2	101,6	+ 1,7	115,5	+ 7,7	96,9	- 0,5
Juli <sup>r)</sup>	109,6	+ 2,1	112,9	+ 4,3	107,2	+ 0,4	106,3	+ 1,3	108,9	+ 6,6	105,4	- 0,4
Aug. <sup>r)</sup>	97,6	- 3,6	101,5	- 5,1	93,5	- 2,0	103,1	+ 3,0	114,8	+ 3,5	99,2	- 5,3
Sept. <sup>r)</sup>	107,8	+ 0,3	107,5	+ 1,5	109,2	- 0,2	100,7	- 3,6	119,1	- 1,6	94,5	- 4,4
Okt. <sup>r)</sup>	106,8	- 3,7	110,4	- 1,7	103,7	- 5,8	107,4	- 1,1	120,5	- 6,2	102,9	+ 1,1
Nov. <sup>r)</sup>	112,2	- 0,4	111,0	- 2,7	113,8	+ 1,9	108,2	- 3,0	121,3	- 1,5	103,8	- 3,6
Dez. <sup>r)</sup>	101,4	+ 0,1	91,6	- 6,9	111,3	+ 4,9	90,9	+ 5,5	99,0	+ 11,2	88,1	+ 3,4
2019 Jan. <sup>r)</sup>	107,2	- 0,6	106,3	- 6,2	108,9	+ 4,7	101,1	- 1,2	109,3	+ 1,8	98,3	- 2,3
Febr. <sup>p)</sup>	104,2	- 0,7	102,5	- 4,4	105,2	+ 1,9	107,0	+ 3,1	112,5	+ 4,1	105,2	+ 2,7
<b>aus dem Ausland</b>												
2014	97,5	+ 3,8	99,5	+ 2,5	96,7	+ 4,2	96,5	+ 6,6	92,0	+ 1,1	97,9	+ 8,3
2015	99,8	+ 2,4	99,8	+ 0,3	99,8	+ 3,2	99,8	+ 3,4	99,8	+ 8,5	99,8	+ 1,9
2016	101,5	+ 1,7	100,4	+ 0,6	101,9	+ 2,1	102,6	+ 2,8	107,0	+ 7,2	101,1	+ 1,3
2017	109,8	+ 8,2	111,9	+ 11,5	108,9	+ 6,9	108,9	+ 6,1	122,8	+ 14,8	104,4	+ 3,3
2018	113,0	+ 2,9	114,6	+ 2,4	111,9	+ 2,8	115,5	+ 6,1	122,2	- 0,5	113,3	+ 8,5
2018 Febr. <sup>r)</sup>	114,8	+ 11,0	113,1	+ 5,1	115,3	+ 15,1	117,9	+ 3,1	113,4	- 0,6	119,4	+ 4,3
März <sup>r)</sup>	123,0	+ 3,3	123,1	+ 2,2	123,0	+ 3,3	122,2	+ 6,7	124,1	- 7,8	121,5	+ 12,4
April <sup>r)</sup>	112,2	+ 7,7	122,1	+ 10,5	107,6	+ 7,0	111,0	+ 1,9	114,1	- 4,0	110,0	+ 4,1
Mai <sup>r)</sup>	112,4	+ 6,3	117,6	+ 7,4	110,5	+ 6,4	107,1	+ 1,4	115,9	- 3,0	104,3	+ 3,2
Juni <sup>r)</sup>	115,8	+ 3,2	118,6	+ 1,5	113,2	+ 2,4	125,8	+ 17,4	128,3	+ 1,9	125,0	+ 23,6
Juli <sup>r)</sup>	106,6	+ 1,7	114,3	+ 4,4	100,0	- 1,9	131,8	+ 19,9	128,9	+ 12,9	132,8	+ 22,3
Aug. <sup>r)</sup>	99,8	+ 2,6	105,1	+ 2,4	95,5	+ 2,2	115,1	+ 5,4	118,3	- 0,4	114,1	+ 7,4
Sept. <sup>r)</sup>	111,2	- 1,2	111,0	- 1,0	109,9	- 2,9	122,8	+ 12,7	130,5	+ 0,2	120,3	+ 17,8
Okt. <sup>r)</sup>	115,3	+ 1,0	117,6	+ 2,3	114,9	+ 0,4	110,1	- 0,2	133,0	+ 4,4	102,7	- 2,1
Nov. <sup>r)</sup>	112,6	- 3,3	111,7	- 9,0	114,2	+ 0,3	103,7	- 6,9	121,9	- 9,8	97,8	- 5,7
Dez. <sup>r)</sup>	119,4	- 5,0	102,5	- 5,8	129,8	- 5,0	99,6	- 1,2	118,1	- 5,0	93,7	+ 0,5
2019 Jan. <sup>r)</sup>	108,6	- 3,7	113,9	- 3,8	105,5	- 3,6	113,9	- 4,2	126,0	+ 4,9	110,0	- 7,2
Febr. <sup>p)</sup>	101,4	- 11,7	106,4	- 5,9	98,6	- 14,5	105,2	- 10,8	116,4	+ 2,6	101,6	- 14,9

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14 bis II.16. <sup>o)</sup> Mithilfe von JDemetra+ 2.2.1 (X13).

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe \*)

Arbeitstäglich bereinigt o)

Zeit	Gliederung nach Bauarten											Gliederung nach Bauherren 1)				
	Hochbau											Tiefbau				
	Insgesamt		zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber 2)	
2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2015	99,9	+ 4,7	99,9	+ 4,9	99,9	+ 12,9	99,9	- 2,1	99,8	+ 8,7	99,8	+ 4,4	99,9	+ 0,7	99,8	+ 4,9
2016	114,4	+ 14,5	115,0	+ 15,1	116,9	+ 17,0	114,9	+ 15,0	108,8	+ 9,0	113,7	+ 13,9	111,7	+ 11,8	116,0	+ 16,2
2017	122,4	+ 7,0	123,1	+ 7,0	123,0	+ 5,2	123,4	+ 7,4	121,8	+ 11,9	121,6	+ 6,9	119,8	+ 7,3	125,0	+ 7,8
2018	134,7	+ 10,0	131,1	+ 6,5	136,6	+ 11,1	127,9	+ 3,6	125,2	+ 2,8	138,9	+ 14,2	135,7	+ 13,3	132,5	+ 6,0
2018 Jan.	99,2	+ 8,9	100,8	+ 8,3	102,1	+ 9,9	103,4	+ 5,5	86,7	+ 15,3	97,4	+ 9,7	105,8	+ 4,5	89,9	+ 14,5
Febr.	124,1	+ 18,4	118,0	+ 9,3	112,8	+ 6,1	124,7	+ 11,3	110,2	+ 11,5	131,2	+ 29,8	136,3	+ 31,2	117,0	+ 11,4
März	145,6	+ 1,7	140,3	- 0,4	138,6	- 4,9	137,1	+ 0,3	158,0	+ 12,4	151,8	+ 4,3	137,6	+ 3,0	159,2	+ 4,5
April	135,8	+ 1,4	130,7	+ 1,2	141,1	+ 13,1	125,8	- 7,6	114,4	- 2,4	141,9	+ 1,8	127,0	+ 0,2	142,8	- 3,3
Mai	142,8	+ 14,8	136,9	+ 13,7	130,7	+ 7,9	143,0	+ 25,8	134,9	- 5,8	149,6	+ 16,0	142,8	+ 27,4	150,2	+ 7,0
Juni	147,1	+ 5,6	141,7	+ 0,7	142,5	- 1,0	136,1	+ 3,0	159,7	- 1,0	153,4	+ 11,3	136,8	+ 7,5	161,7	+ 7,4
Juli	142,2	+ 7,3	142,1	+ 12,4	142,3	+ 14,9	143,8	+ 11,0	134,9	+ 10,0	142,4	+ 2,0	144,4	+ 13,6	139,7	- 3,0
Aug.	128,6	+ 10,4	119,7	+ 5,4	125,7	+ 13,2	116,4	+ 2,6	112,3	- 8,5	139,0	+ 16,0	127,3	+ 13,0	132,0	+ 6,4
Sept.	139,8	+ 14,3	143,6	+ 16,9	155,9	+ 28,7	130,5	+ 9,1	152,2	+ 8,5	135,3	+ 11,1	134,9	+ 14,0	135,6	+ 6,2
Okt.	132,1	+ 15,7	128,6	+ 11,6	141,3	+ 14,3	122,2	+ 14,7	110,8	- 7,7	136,1	+ 20,4	134,4	+ 23,9	123,8	+ 7,7
Nov.	128,6	+ 13,9	125,6	+ 6,6	139,5	+ 23,0	117,1	- 6,8	111,8	+ 9,2	131,9	+ 23,0	136,7	+ 10,0	112,5	+ 13,2
Dez.	150,5	+ 12,4	145,7	- 2,1	166,6	+ 12,1	135,1	- 14,2	116,5	- 1,1	156,2	+ 34,1	164,2	+ 15,4	125,2	+ 8,5
2019 Jan.	117,3	+ 18,2	120,7	+ 19,7	123,8	+ 21,3	123,6	+ 19,5	99,7	+ 15,0	113,3	+ 16,3	126,4	+ 19,5	102,8	+ 14,3

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbe-

reinjigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.21. o) Mithilfe von JDemetra+ 2.2.1 (X13). 1) Ohne Wohnungsbauaufträge. 2) Einschl. Straßenbau.

### 5. Umsätze des Einzelhandels \*)

Kalenderbereinigt o)

Zeit	darunter:															
	in Verkaufsräumen nach dem Schwerpunktsortiment der Unternehmen:															
	Insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 1)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln		Internet- und Versandhandel sowie sonstiger Einzelhandel 2)			
in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in Preisen von 2015 3)	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %			
2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100	2015 = 100			
2015	100,1	+ 3,7	100,1	+ 3,8	100,1	+ 2,9	100,2	+ 0,3	100,2	+ 1,0	100,2	+ 2,7	100,0	+ 5,3	100,0	+ 20,0
2016	102,5	+ 2,4	102,2	+ 2,1	101,7	+ 1,6	101,0	+ 0,8	99,9	- 0,3	101,5	+ 1,3	103,9	+ 3,9	109,8	+ 9,8
2017	107,6	+ 5,0	105,8	+ 3,5	105,9	+ 4,1	108,2	+ 7,1	106,2	+ 6,3	103,0	+ 1,5	107,7	+ 3,7	120,4	+ 9,7
2018 5)	110,5	+ 2,7	107,3	+ 1,4	109,4	+ 3,3	105,6	- 2,4	106,8	+ 0,6	103,0	± 0,0	112,1	+ 4,1	127,5	+ 5,9
2018 Febr.	96,3	+ 2,4	94,3	+ 1,6	98,3	+ 3,8	78,4	- 4,3	92,5	+ 1,5	88,9	+ 0,1	104,7	+ 5,7	108,6	+ 2,5
März	110,9	+ 1,2	107,8	+ 0,2	110,3	+ 3,9	100,1	- 10,1	103,6	+ 2,1	107,0	- 4,6	113,3	+ 3,8	126,4	+ 6,0
April	112,9	+ 5,5	109,5	+ 4,3	112,4	+ 4,1	119,9	+ 9,8	90,8	- 1,7	113,9	+ 5,0	112,9	+ 7,6	121,7	+ 7,2
Mai	110,4	+ 2,6	106,8	+ 1,0	112,2	+ 5,0	110,0	- 1,0	89,5	+ 0,4	106,1	- 1,0	107,8	+ 1,1	119,2	+ 3,9
Juni	109,3	+ 3,3	106,2	+ 1,7	111,6	+ 5,9	106,2	- 4,0	99,8	+ 5,2	101,5	- 1,0	109,3	+ 3,1	114,2	+ 1,9
Juli	110,2	+ 2,5	107,9	+ 1,4	110,4	+ 2,5	105,6	- 1,9	96,5	- 4,5	102,8	- 1,2	115,2	+ 5,6	122,4	+ 9,0
Aug.	106,0	+ 2,9	103,3	+ 1,4	107,1	+ 3,1	98,4	- 1,0	96,9	- 0,2	96,3	- 0,8	108,8	+ 4,4	115,3	+ 4,5
Sept.	107,6	+ 1,8	103,7	+ 0,1	105,4	+ 2,5	108,7	- 8,3	107,7	+ 5,1	99,6	+ 0,4	109,4	+ 3,2	125,6	+ 7,4
Okt.	114,1	+ 3,4	109,7	+ 1,8	110,5	+ 4,1	115,9	- 2,6	107,1	- 1,9	108,5	- 0,3	113,9	+ 4,6	136,9	+ 12,6
Nov.	118,8	+ 3,4	114,6	+ 2,0	109,2	+ 0,8	112,3	- 0,1	130,8	+ 6,3	112,0	+ 2,0	117,4	+ 3,5	163,4	+ 8,1
Dez.	128,9	- 0,3	125,1	- 1,1	126,4	+ 0,6	121,8	- 4,8	155,9	- 3,6	109,2	- 2,6	124,3	+ 0,8	156,2	+ 1,1
2019 Jan.	103,6	+ 3,3	101,1	+ 2,7	102,1	+ 2,8	87,7	- 2,0	109,6	- 0,4	91,9	+ 1,9	110,0	+ 2,0	130,9	+ 9,4
Febr. 6)	101,7	+ 5,6	98,8	+ 4,8	101,4	+ 3,2	82,7	+ 5,5	92,5	± 0,0	94,1	+ 5,8	111,4	+ 6,4	120,0	+ 10,5

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. o) Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1) Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. 2) Nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten. 3) Deflationiert mit Indizes der Einzelhandelspreise in der

Gewichtung des Jahres 2015. 4) Ab Mai 2015 Einbeziehung eines größeren Unternehmens des Online-Handels, das im Mai 2015 eine Niederlassung in Deutschland gründete. 5) Ergebnisse ab Januar 2018 vorläufig und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher. 6) Ursprungswerte vom Statistischen Bundesamt teilweise geschätzt.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt \*)

Zeit	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2)					Kurzarbeiter 3)			Arbeitslose 4)		Arbeitslosenquote 4) 5) in %	Offene Stellen 4) 6) in Tsd
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:			insgesamt	darunter: konjunkturell bedingt	insgesamt	darunter: dem Rechtskreis SGB III zugeordnet			
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbe- reich ohne Arbeitnehmer- überlasung	Arbeitnehmer- überlasung					Ausschl. gering- ent- lohnte Beschäftigte 2)		
2014	42 670	+ 0,8	30 197	+ 1,6	8 860	20 332	770	5 029	134	49	2 898	933	6,7	490
2015	43 071	+ 0,9	30 823	+ 2,1	8 938	20 840	806	4 856	130	44	2 795	859	6,4	569
2016	43 642	+ 1,3	31 508	+ 2,2	9 028	21 407	834	4 804	128	42	2 691	822	6,1	655
2017	44 269	+ 1,4	32 234	+ 2,3	9 146	21 980	868	4 742	r) 114	r) 24	2 533	7) 855	5,7	731
2018	8) 44 838	8) + 1,3	9) 32 966	9) + 2,3	9) 9 349	9) 22 534	9) 840	9) 4 671	...	9) 25	2 340	802	5,2	796
2016 1.Vj.	43 087	+ 1,4	31 077	+ 2,4	8 929	21 131	793	4 785	312	50	2 892	932	6,6	610
2.Vj.	43 563	+ 1,3	31 350	+ 2,2	8 988	21 298	820	4 823	59	47	2 674	782	6,1	653
3.Vj.	43 842	+ 1,3	31 593	+ 2,1	9 056	21 431	858	4 827	46	35	2 651	808	6,0	682
4.Vj.	44 076	+ 1,4	32 014	+ 2,2	9 137	21 770	866	4 881	93	36	2 547	766	5,8	677
2017 1.Vj.	43 729	+ 1,5	31 790	+ 2,3	9 040	21 697	830	4 728	307	41	2 734	7) 987	6,2	671
2.Vj.	44 195	+ 1,5	32 064	+ 2,3	9 110	21 857	852	4 762	36	25	2 513	822	5,6	717
3.Vj.	44 479	+ 1,5	32 324	+ 2,3	9 172	22 011	892	4 766	28	16	2 504	833	5,6	763
4.Vj.	44 672	+ 1,4	32 759	+ 2,3	9 263	22 354	900	4 711	r) 82	r) 15	2 381	780	5,3	771
2018 1.Vj.	44 369	+ 1,5	32 563	+ 2,4	9 214	22 279	843	4 664	r) 325	r) 24	2 525	909	5,7	760
2.Vj.	44 782	+ 1,3	32 802	+ 2,3	9 296	22 414	843	4 701	r) 23	r) 14	2 325	760	5,1	794
3.Vj.	45 020	+ 1,2	33 040	+ 2,2	9 387	22 546	855	4 694	35	27	2 311	784	5,1	828
4.Vj.	8) 45 179	8) + 1,1	9) 33 460	9) + 2,1	9) 9 499	9) 22 898	9) 819	9) 4 625	...	9) 36	2 200	755	4,9	804
2019 1.Vj.	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	2 360	892	5,2	780
2015 Nov.	43 554	+ 1,3	31 389	+ 2,5	9 060	21 247	842	4 846	66	52	2 633	764	6,0	610
2015 Dez.	43 385	+ 1,3	31 150	+ 2,5	8 964	21 167	798	4 843	177	39	2 681	798	6,1	591
2016 Jan.	42 993	+ 1,3	30 983	+ 2,3	8 906	21 073	784	4 774	343	48	2 920	961	6,7	581
Febr.	43 049	+ 1,4	31 069	+ 2,4	8 923	21 127	793	4 769	343	50	2 911	947	6,6	614
März	43 218	+ 1,4	31 209	+ 2,2	8 954	21 217	804	4 782	252	52	2 845	888	6,5	635
April	43 386	+ 1,3	31 314	+ 2,2	8 983	21 279	809	4 806	67	55	2 744	817	6,3	640
Mai	43 580	+ 1,3	31 410	+ 2,3	9 000	21 337	826	4 838	57	45	2 664	774	6,0	655
Juni	43 724	+ 1,3	31 443	+ 2,2	9 010	21 339	846	4 865	54	42	2 614	754	5,9	665
Juli	43 704	+ 1,2	31 378	+ 2,1	9 007	21 273	853	4 863	43	31	2 661	805	6,0	674
Aug.	43 810	+ 1,3	31 675	+ 2,2	9 076	21 486	865	4 802	50	38	2 684	830	6,1	685
Sept.	44 011	+ 1,3	32 007	+ 2,2	9 157	21 729	869	4 768	46	35	2 608	787	5,9	687
Okt.	44 093	+ 1,3	32 045	+ 2,2	9 154	21 773	871	4 767	50	39	2 540	756	5,8	691
Nov.	44 140	+ 1,3	32 069	+ 2,2	9 147	21 807	876	4 794	52	40	2 532	756	5,7	681
Dez.	43 994	+ 1,4	31 848	+ 2,2	9 063	21 731	835	4 794	178	30	2 568	785	5,8	658
2017 Jan.	43 644	+ 1,5	31 707	+ 2,3	9 017	21 648	825	4 719	370	43	2 777	7) 1 010	6,3	647
Febr.	43 694	+ 1,5	31 774	+ 2,3	9 032	21 690	828	4 706	335	42	2 762	1 014	6,3	675
März	43 850	+ 1,5	31 930	+ 2,3	9 078	21 777	838	4 722	216	40	2 662	935	6,0	692
April	44 024	+ 1,5	32 013	+ 2,2	9 101	21 831	838	4 748	39	27	2 569	861	5,8	706
Mai	44 205	+ 1,4	32 131	+ 2,3	9 124	21 900	859	4 775	36	25	2 498	810	5,6	714
Juni	44 356	+ 1,4	32 165	+ 2,3	9 135	21 902	878	4 802	33	22	2 473	796	5,5	731
Juli	44 375	+ 1,5	32 128	+ 2,4	9 123	21 869	890	4 803	30	18	2 518	842	5,6	750
Aug.	44 445	+ 1,4	32 396	+ 2,3	9 189	22 060	896	4 739	28	15	2 545	855	5,7	765
Sept.	44 618	+ 1,4	32 732	+ 2,3	9 272	22 304	901	4 711	28	16	2 449	800	5,5	773
Okt.	44 683	+ 1,3	32 778	+ 2,3	9 274	22 355	901	4 696	r) 27	r) 16	2 389	772	5,4	780
Nov.	44 737	+ 1,4	32 830	+ 2,4	9 278	22 395	916	4 720	r) 26	r) 16	2 368	772	5,3	772
Dez.	44 595	+ 1,4	32 609	+ 2,4	9 202	22 319	867	4 722	r) 194	r) 12	2 385	796	5,3	761
2018 Jan.	44 317	+ 1,5	32 504	+ 2,5	9 191	22 249	841	4 660	r) 287	r) 23	2 570	941	5,8	736
Febr.	44 340	+ 1,5	32 551	+ 2,4	9 223	22 262	838	4 642	r) 359	r) 23	2 546	927	5,7	764
März	44 451	+ 1,4	32 660	+ 2,3	9 253	22 334	837	4 656	r) 327	r) 27	2 458	859	5,5	778
April	44 625	+ 1,4	32 782	+ 2,4	9 291	22 404	840	4 686	r) 23	r) 13	2 384	796	5,3	784
Mai	44 812	+ 1,4	32 857	+ 2,3	9 310	22 450	845	4 718	r) 21	r) 12	2 315	751	5,1	793
Juni	44 910	+ 1,2	32 870	+ 2,2	9 325	22 439	853	4 742	r) 25	r) 16	2 276	735	5,0	805
Juli	44 922	+ 1,2	32 844	+ 2,2	9 339	22 396	860	4 736	r) 22	r) 14	2 325	788	5,1	823
Aug.	44 992	+ 1,2	33 131	+ 2,3	9 412	22 609	856	4 664	r) 41	r) 33	2 351	804	5,2	828
Sept.	45 145	+ 1,2	33 422	+ 2,1	9 496	22 827	842	4 619	...	...	2 256	759	5,0	834
Okt.	45 209	+ 1,2	9) 33 481	9) + 2,1	9) 9 512	9) 22 893	9) 827	9) 4 619	...	9) 41	2 204	742	4,9	824
Nov.	45 246	+ 1,1	9) 33 538	9) + 2,2	9) 9 518	9) 22 955	9) 823	9) 4 637	...	9) 40	2 186	745	4,8	807
Dez.	8) 45 083	8) + 1,1	9) 33 298	9) + 2,1	9) 9 436	9) 22 864	9) 773	9) 4 623	...	9) 26	2 210	777	4,9	781
2019 Jan.	8) 44 794	8) + 1,1	9) 33 165	9) + 2,0	9) 9 407	9) 22 771	9) 764	9) 4 554	...	9) 34	2 406	919	5,3	758
Febr.	8) 44 822	8) + 1,1	...	...	...	...	...	...	...	...	2 373	908	5,3	784
März	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	2 301	850	5,1	797

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. \* Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitte; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitte. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Anzahl innerhalb eines Monats. 4 Stand zur Monatsmitte. 5 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 6 Gemeldete Stellen ohne geförderte Stellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. 7 Ab Januar 2017 werden Aufstocker (Personen, die gleichzeitig Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II beziehen) dem Rechts-

kreis SGB III zugeordnet. 8 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts. 9 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2016 und 2017 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 1,1 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 0,4 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 70,0 % von den endgültigen Angaben ab. 10 Ab Mai 2018 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Harmonisierter Verbraucherpreisindex						nachrichtlich: Verbraucher- preisindex (nationale Abgrenzung)	Baupreis- index	Index der Erzeu- gerprei- se gewerb- licher Produkte im Inlands- absatz 7)	Index der Erzeu- gerprei- se landwirt- schaft- licher Pro- dukte 7)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarkt- preise für Rohstoffe 8)	
	insgesamt 2)	davon: 1)									Ausfuhr	Einfuhr	Energie 9)	sonstige Rohstoffe 10)
		Nah- rungs- mittel 3)	Industrie- erzeu- nisse ohne Energie 4)	Energie 4) 5)	Dienst- lei- stungen 2) 4)	darunter: Wohnungs- mieten 6)								
	2015 = 100									2010 = 100		2015 = 100		
<b>Indexstand</b>														
2015	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	106,9	100,0	100,0	100,0	100,0	
2016	100,4	101,3	101,0	94,6	101,1	101,2	100,5	101,9	98,4	106,6	99,0	96,7	83,2	
2017	102,1	104,0	102,2	97,5	102,5	102,9	102,0	105,3	101,1	115,2	100,7	100,1	99,6	
2018	104,0	106,7	103,0	102,3	104,2	104,6	103,8	110,2	103,7	115,2	101,9	102,7	124,6	
2017 Mai	101,8	103,5	102,7	96,9	102,0	102,8	101,8	104,9	100,8	120,9	100,8	100,0	93,1	
2017 Juni	102,3	103,6	102,0	96,1	103,5	102,9	102,1		100,8	121,3	100,6	99,0	85,7	
2017 Juli	102,9	103,8	101,3	95,9	105,2	103,0			101,0	120,2	100,5	98,6	86,5	
2017 Aug.	103,0	103,8	101,7	96,3	105,2	103,1	102,6	105,7	101,1	121,2	100,3	98,6	90,1	
2017 Sept.	103,0	104,1	102,8	97,5	104,0	103,2	102,7		101,5	116,0	100,5	99,3	96,3	
2017 Okt.	102,7	104,8	103,1	97,4	103,1	103,3	102,5		101,6	114,3	100,6	99,9	101,6	
2017 Nov.	102,0	104,8	103,1	98,7	101,3	103,5	102,1	106,5	101,7	114,8	100,8	100,6	110,3	
2017 Dez.	102,7	105,5	102,7	98,5	102,8	103,6	102,6		101,9	114,4	100,8	100,8	113,7	
2018 Jan.	101,7	106,2	101,7	98,9	100,8	103,9	102,0		102,4	110,6	101,1	101,4	115,9	
2018 Febr.	102,2	106,2	102,1	98,5	101,9	104,0	102,3	108,3	102,3	110,1	101,0	100,9	108,7	
2018 März	103,0	106,4	103,1	97,9	102,9	104,1	102,9		102,4	111,4	101,1	100,8	109,5	
2018 April	103,2	106,8	103,3	99,5	102,8	104,3	103,1		102,8	110,8	101,3	101,4	116,7	
2018 Mai	104,3	106,9	103,2	101,9	104,6	104,4	103,9	109,4	103,3	109,7	101,8	102,9	129,9	
2018 Juni	104,4	106,9	102,8	102,4	104,9	104,5	104,0		103,7	110,4	102,1	103,4	130,5	
2018 Juli	105,2	106,6	101,7	102,3	107,4	104,7	104,4		103,9	112,5	102,2	103,3	129,9	
2018 Aug.	105,2	106,4	102,3	103,1	107,0	104,8	104,5	111,0	104,2	115,6	102,4	103,3	130,5	
2018 Sept.	105,3	107,1	103,8	105,1	105,6	104,9	104,7		104,7	118,2	102,4	103,7	140,8	
2018 Okt.	105,4	107,1	104,1	106,1	105,5	105,0	104,9		105,0	117,8	102,6	104,7	144,7	
2018 Nov.	104,2	107,0	104,1	108,0	102,4	105,1	104,2	112,0	105,1	118,3	102,5	103,7	123,7	
2018 Dez.	104,4	107,0	103,8	103,5	104,0	105,2	104,2		104,7	118,2	102,1	102,4	111,4	
2019 Jan.	103,4	107,4	102,9	101,5	102,9	105,4	103,4		105,1	118,5	102,2	102,2	112,3	
2019 Febr.	103,9	107,9	103,4	101,7	103,6	105,6	103,8	114,0	105,0	...	102,3	102,5	114,3	
2019 März	104,4	107,7	103,9	102,4	104,1	105,7	104,2		...	...	...	...	115,2	
<b>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</b>														
2015	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,8	- 7,0	+ 2,5	+ 1,2	.	+ 1,4	- 1,9	- 3,8	+ 0,9	- 2,8	- 30,0	
2016	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,0	- 5,4	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,5	+ 1,9	- 1,6	- 0,3	- 1,0	- 3,3	- 16,8	
2017	+ 1,7	+ 2,7	+ 1,2	+ 3,1	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,5	+ 3,3	+ 2,7	+ 8,1	+ 1,7	+ 3,5	+ 19,7	
2018	+ 1,9	+ 2,6	+ 0,8	+ 4,9	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,8	+ 4,7	+ 2,6	± 0,0	+ 1,2	+ 2,6	+ 25,1	
2017 Mai	+ 1,3	+ 2,2	+ 1,3	+ 2,0	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,2	+ 3,1	+ 2,8	+ 14,1	+ 2,1	+ 4,0	+ 12,7	
2017 Juni	+ 1,7	+ 2,6	+ 1,3	- 0,1	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,4		+ 2,4	+ 14,0	+ 1,6	+ 2,4	- 2,5	
2017 Juli	+ 1,7	+ 2,5	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,4		+ 2,4	+ 9,3	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,5	
2017 Aug.	+ 1,9	+ 2,9	+ 1,4	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 3,4	+ 2,6	+ 13,6	+ 1,4	+ 2,0	+ 7,4	
2017 Sept.	+ 1,9	+ 2,9	+ 1,3	+ 2,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7		+ 3,2	+ 10,8	+ 1,5	+ 2,8	+ 14,8	
2017 Okt.	+ 1,5	+ 3,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,3		+ 2,8	+ 5,1	+ 1,3	+ 2,5	+ 5,6	
2017 Nov.	+ 1,7	+ 2,7	+ 1,1	+ 3,7	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,6	+ 3,8	+ 2,6	+ 3,1	+ 1,1	+ 2,3	+ 15,6	
2017 Dez.	+ 1,5	+ 2,8	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,4		+ 2,3	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,7	+ 6,7	
2018 Jan.	+ 1,5	+ 2,9	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,4		+ 2,1	11) - 3,7	+ 0,4	+ 0,6	+ 6,4	
2018 Febr.	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,1	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,1	+ 4,2	+ 1,8	- 5,2	+ 0,1	- 0,5	- 1,4	
2018 März	+ 1,7	+ 2,9	+ 0,6	+ 0,4	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,5		+ 1,8	- 5,3	+ 0,2	- 0,3	+ 9,8	
2018 April	+ 1,3	+ 3,3	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,7	+ 1,3		+ 1,9	- 7,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 16,2	
2018 Mai	+ 2,5	+ 3,3	+ 0,5	+ 5,2	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,1	+ 4,3	+ 2,5	- 9,3	+ 1,0	+ 2,9	+ 39,5	
2018 Juni	+ 2,1	+ 3,2	+ 0,8	+ 6,6	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,9		+ 2,9	- 9,0	+ 1,5	+ 4,4	+ 52,3	
2018 Juli	+ 2,2	+ 2,7	+ 0,4	+ 6,7	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,9		+ 2,9	- 6,4	+ 1,7	+ 4,8	+ 50,2	
2018 Aug.	+ 2,1	+ 2,5	+ 0,6	+ 7,1	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,9	+ 5,0	+ 3,1	- 4,6	+ 2,1	+ 4,8	+ 44,8	
2018 Sept.	+ 2,2	+ 2,9	+ 1,0	+ 7,8	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,9		+ 3,2	+ 1,9	+ 1,9	+ 4,4	+ 46,2	
2018 Okt.	+ 2,6	+ 2,2	+ 1,0	+ 8,9	+ 2,3	+ 1,6	+ 2,3		+ 3,3	+ 3,1	+ 2,0	+ 4,8	+ 42,4	
2018 Nov.	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,0	+ 9,4	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 5,2	+ 3,3	+ 3,0	+ 1,7	+ 3,1	+ 12,1	
2018 Dez.	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,1	+ 5,1	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,6		+ 2,7	+ 3,3	+ 1,3	+ 1,6	- 2,0	
2019 Jan.	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,6	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,4		+ 2,6	+ 7,1	+ 1,1	+ 0,8	- 3,1	
2019 Febr.	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 3,2	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,5	+ 5,3	+ 2,6	...	+ 1,3	+ 1,6	+ 5,2	
2019 März	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,8	+ 4,6	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,3		...	...	...	...	+ 5,2	

Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. 1 Die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind runderungsbedingt. 2 Ab 2015 methodische Änderungen bei der Erhebung der Preise von Pauschalreisen mit Auswirkungen bis Reihenbeginn. 3 Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabakwaren. 4 Ab 2017 revidiert aufgrund der Berechnung auf Basis von

5-Stellern nach der European Classification of Individual Consumption by Purpose (ECOICOP). 5 Strom, Gas und andere Brennstoffe, sowie Kraft- und Schmierstoffe, ab Januar 2017 ohne Schmierstoffe. 6 Nettomieten. 7 Ohne Mehrwertsteuer. 8 HWWI-Rohstoffpreisindex Euroraum auf Euro-Basis. 9 Kohle, Rohöl (Brent) und Erdgas. 10 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrierohstoffe. 11 Ab Januar 2018 vorläufig.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 8. Einkommen der privaten Haushalte <sup>\*)</sup>

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter <sup>1)</sup>		Nettolöhne und -gehälter <sup>2)</sup>		Empfangene monetäre Sozialleistungen <sup>3)</sup>		Masseneinkommen <sup>4)</sup>		Verfügbares Einkommen <sup>5)</sup>		Sparen <sup>6)</sup>		Sparquote <sup>7)</sup>
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2011	1 088,6	4,8	729,4	3,9	380,4	- 1,3	1 109,8	2,0	1 653,7	2,9	158,2	- 1,2	9,6
2012	1 133,0	4,1	756,8	3,8	387,6	1,9	1 144,5	3,1	1 695,6	2,5	157,6	- 0,4	9,3
2013	1 167,4	3,0	778,3	2,8	388,1	0,1	1 166,4	1,9	1 717,2	1,3	153,7	- 2,5	8,9
2014	1 213,0	3,9	807,2	3,7	398,4	2,6	1 205,6	3,4	1 761,3	2,6	167,2	8,8	9,5
2015	1 261,4	4,0	837,2	3,7	416,5	4,5	1 253,7	4,0	1 805,7	2,5	174,8	4,5	9,7
2016	1 311,9	4,0	869,1	3,8	430,5	3,4	1 299,6	3,7	1 857,5	2,9	181,9	4,1	9,8
2017	1 366,6	4,2	902,9	3,9	444,8	3,3	1 347,7	3,7	1 922,0	3,5	189,8	4,3	9,9
2018	1 432,5	4,8	945,2	4,7	455,7	2,5	1 400,9	3,9	1 983,6	3,2	206,9	9,0	10,4
2017 3.Vj.	337,4	4,3	227,7	4,1	111,7	2,6	339,5	3,6	480,0	3,7	39,9	4,2	8,3
4.Vj.	377,6	4,0	249,2	3,7	110,3	2,9	359,5	3,5	485,1	2,9	42,0	6,0	8,7
2018 1.Vj.	333,6	4,8	220,6	4,7	115,3	2,2	335,9	3,8	494,9	3,5	67,0	6,4	13,5
2.Vj.	349,3	4,8	225,4	4,7	112,4	2,3	337,8	3,9	494,2	3,2	48,8	8,6	9,9
3.Vj.	355,3	5,3	239,6	5,2	114,5	2,5	354,1	4,3	492,5	2,6	44,1	10,7	9,0
4.Vj.	394,3	4,4	259,6	4,2	113,5	2,9	373,1	3,8	502,0	3,5	46,9	11,6	9,3

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2019. \* Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. **1** Inländerkonzept. **2** Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. **3** Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. **4** Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene mo-

netäre Sozialleistungen. **5** Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. **6** Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. **7** Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

### 9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex <sup>1)</sup>								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer <sup>3)</sup>	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen <sup>2)</sup>			
2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	
2011	101,7	1,7	101,7	1,7	101,8	1,8	101,8	1,8	103,4	3,4
2012	104,4	2,7	104,4	2,6	104,7	2,8	104,7	2,8	106,2	2,7
2013	106,9	2,4	106,9	2,4	107,2	2,4	107,2	2,4	108,4	2,1
2014	110,0	2,9	109,9	2,8	110,1	2,7	110,1	2,7	111,5	2,8
2015	112,6	2,3	112,3	2,2	112,6	2,3	112,7	2,3	114,6	2,8
2016	114,9	2,1	114,7	2,1	115,0	2,1	115,2	2,2	117,3	2,4
2017	117,3	2,1	117,1	2,1	117,4	2,1	117,8	2,3	120,3	2,5
2018	120,6	2,9	120,4	2,9	120,6	2,7	121,0	2,7	124,1	3,2
2017 3.Vj.	119,8	1,9	119,6	1,9	119,9	1,9	118,2	2,1	118,4	2,6
4.Vj.	130,3	1,9	130,1	1,9	130,5	1,9	118,6	2,2	131,4	2,4
2018 1.Vj.	111,5	2,3	111,3	2,3	111,4	2,1	119,4	2,2	116,8	3,0
2.Vj.	113,7	3,4	113,4	3,3	113,5	3,0	121,1	3,0	121,3	3,2
3.Vj.	123,3	2,9	123,1	2,9	123,5	2,9	121,6	2,8	122,8	3,7
4.Vj.	134,1	2,9	133,9	2,9	134,1	2,7	122,0	2,8	135,2	2,9
2018 Aug.	113,3	2,8	113,1	2,8	113,5	2,8	121,6	2,8	.	.
Sept.	113,4	2,7	113,2	2,7	113,6	2,7	121,7	2,7	.	.
Okt.	113,6	2,4	113,4	2,4	113,7	2,4	121,9	2,8	.	.
Nov.	173,2	3,3	172,8	3,3	172,7	2,9	122,1	2,8	.	.
Dez.	115,7	2,9	115,4	2,9	115,8	2,9	122,1	2,9	.	.
2019 Jan.	114,6	3,1	114,4	3,1	114,7	3,1	122,9	3,1	.	.
Febr.	115,0	3,4	114,8	3,4	114,8	3,1	122,9	3,1	.	.

**1** Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. **2** Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (Verml., Sonder-

zahlungen z.B. Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). **3** Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2019.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen \*)

Stand am Jahres- bzw. Halbjahressende

Zeit	Aktiva									Passiva						
	Bilanzsumme	darunter:				darunter:				Eigenkapital	Schulden					
		langfristige Vermögenswerte	immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	finanzielle Vermögenswerte	kurzfristige Vermögenswerte	Vorräte	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel 1)		insgesamt	langfristig		kurzfristig		darunter: Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
												zu-	Finanzschulden	zu-	Finanzschulden	
<b>Insgesamt (Mrd €)</b>																
2014	2 079,8	1 284,9	431,2	521,0	249,6	794,9	203,1	187,3	132,5	583,2	1 496,6	812,6	427,4	684,0	207,2	175,8
2015	2 226,9	1 395,2	470,9	565,6	273,1	831,7	215,5	190,5	136,1	633,6	1 593,3	861,3	466,2	732,0	222,8	180,3
2016	2 367,8	1 478,1	493,4	595,9	288,9	889,6	226,8	218,0	150,5	672,2	1 695,6	889,3	482,6	806,3	249,1	192,8
2017	2 400,8	1 490,0	500,0	602,9	295,9	910,8	230,6	225,7	158,2	758,8	1 642,0	867,3	496,4	774,7	236,4	195,7
2016 2.Hj.	2 367,8	1 478,1	493,4	595,9	288,9	889,6	226,8	218,0	150,5	672,2	1 695,6	889,3	482,6	806,3	249,1	192,8
2017 1.Hj.	2 385,4	1 471,8	502,3	584,2	288,6	913,6	238,2	220,8	149,9	701,7	1 683,6	888,0	498,3	795,7	246,2	194,9
2017 2.Hj.	2 400,8	1 490,0	500,0	602,9	295,9	910,8	230,6	225,7	158,2	758,8	1 642,0	867,3	496,4	774,7	236,4	195,7
2018 1.Hj. p) 3)	2 551,8	1 533,0	541,7	602,5	289,8	1 018,8	250,1	236,1	143,3	775,6	1 776,2	909,5	541,0	866,7	254,7	210,2
<b>in % der Bilanzsumme</b>																
2014	100,0	61,8	20,7	25,1	12,0	38,2	9,8	9,0	6,4	28,0	72,0	39,1	20,6	32,9	10,0	8,5
2015	100,0	62,7	21,1	25,4	12,3	37,4	9,7	8,6	6,1	28,5	71,6	38,7	20,9	32,9	10,0	8,1
2016	100,0	62,4	20,8	25,2	12,2	37,6	9,6	9,2	6,4	28,4	71,6	37,6	20,4	34,1	10,5	8,1
2017	100,0	62,1	20,8	25,1	12,3	37,9	9,6	9,4	6,6	31,6	68,4	36,1	20,7	32,3	9,9	8,2
2016 2.Hj.	100,0	62,4	20,8	25,2	12,2	37,6	9,6	9,2	6,4	28,4	71,6	37,6	20,4	34,1	10,5	8,1
2017 1.Hj.	100,0	61,7	21,1	24,5	12,1	38,3	10,0	9,3	6,3	29,4	70,6	37,2	20,9	33,4	10,3	8,2
2017 2.Hj.	100,0	62,1	20,8	25,1	12,3	37,9	9,6	9,4	6,6	31,6	68,4	36,1	20,7	32,3	9,9	8,2
2018 1.Hj. p) 3)	100,0	60,1	21,2	23,6	11,4	39,9	9,8	9,3	5,6	30,4	69,6	35,6	21,2	34,0	10,0	8,2
<b>Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd €) 2)</b>																
2014	1 656,6	990,2	276,6	412,6	236,0	666,3	185,7	140,3	99,0	451,7	1 204,9	644,6	319,1	560,3	185,7	122,5
2015	1 782,4	1 077,9	304,2	447,3	259,0	704,5	198,8	147,0	104,4	485,3	1 297,1	690,3	354,0	606,8	198,4	127,5
2016	1 910,2	1 147,2	322,5	473,9	270,8	762,9	209,7	170,0	115,5	514,5	1 395,7	715,9	370,3	679,8	223,1	140,9
2017	1 936,3	1 150,3	323,1	474,5	281,8	786,0	212,5	175,2	127,0	588,2	1 348,1	698,4	381,6	649,7	215,5	148,4
2016 2.Hj.	1 910,2	1 147,2	322,5	473,9	270,8	762,9	209,7	170,0	115,5	514,5	1 395,7	715,9	370,3	679,8	223,1	140,9
2017 1.Hj.	1 923,5	1 138,9	325,3	464,9	273,1	784,6	224,2	171,9	125,5	550,6	1 372,9	709,7	379,4	663,2	224,4	153,2
2017 2.Hj.	1 936,3	1 150,3	323,1	474,5	281,8	786,0	212,5	175,2	127,0	588,2	1 348,1	698,4	381,6	649,7	215,5	148,4
2018 1.Hj. p) 3)	2 071,9	1 177,0	360,2	460,4	277,5	894,9	232,7	185,5	115,2	604,9	1 467,0	727,9	411,2	739,2	229,5	167,5
<b>in % der Bilanzsumme</b>																
2014	100,0	59,8	16,7	24,9	14,3	40,2	11,2	8,5	6,0	27,3	72,7	38,9	19,3	33,8	11,2	7,4
2015	100,0	60,5	17,1	25,1	14,5	39,5	11,2	8,3	5,9	27,2	72,8	38,7	19,9	34,0	11,1	7,2
2016	100,0	60,1	16,9	24,8	14,2	39,9	11,0	8,9	6,1	26,9	73,1	37,5	19,4	35,6	11,7	7,4
2017	100,0	59,4	16,7	24,5	14,6	40,6	11,0	9,1	6,6	30,4	69,6	36,1	19,7	33,6	11,1	7,7
2016 2.Hj.	100,0	60,1	16,9	24,8	14,2	39,9	11,0	8,9	6,1	26,9	73,1	37,5	19,4	35,6	11,7	7,4
2017 1.Hj.	100,0	59,2	16,9	24,2	14,2	40,8	11,7	8,9	6,5	28,6	71,4	36,9	19,7	34,5	11,7	8,0
2017 2.Hj.	100,0	59,4	16,7	24,5	14,6	40,6	11,0	9,1	6,6	30,4	69,6	36,1	19,7	33,6	11,1	7,7
2018 1.Hj. p) 3)	100,0	56,8	17,4	22,2	13,4	43,2	11,2	9,0	5,6	29,2	70,8	35,1	19,9	35,7	11,1	8,1
<b>Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd €)</b>																
2014	423,2	294,7	154,6	108,4	13,6	128,6	17,4	47,0	33,5	131,5	291,7	168,0	108,3	123,7	21,6	53,4
2015	444,5	317,3	166,7	118,3	14,1	127,2	16,7	43,5	31,6	148,3	296,2	171,0	112,2	125,2	24,4	52,7
2016	457,6	330,9	170,9	122,0	18,1	126,7	17,1	48,0	34,9	157,7	299,9	173,4	112,3	126,5	25,9	51,9
2017	464,5	339,7	176,9	128,4	14,1	124,8	18,1	50,4	31,3	170,6	293,9	168,9	114,8	125,0	20,9	47,3
2016 2.Hj.	457,6	330,9	170,9	122,0	18,1	126,7	17,1	48,0	34,9	157,7	299,9	173,4	112,3	126,5	25,9	51,9
2017 1.Hj.	461,9	332,9	177,0	119,3	15,5	129,0	14,0	48,8	24,5	151,1	310,7	178,3	118,9	132,5	21,8	41,8
2017 2.Hj.	464,5	339,7	176,9	128,4	14,1	124,8	18,1	50,4	31,3	170,6	293,9	168,9	114,8	125,0	20,9	47,3
2018 1.Hj. p) 3)	479,8	356,0	181,4	142,1	12,3	123,8	17,4	50,5	28,1	170,7	309,2	181,6	129,8	127,6	25,2	42,7
<b>in % der Bilanzsumme</b>																
2014	100,0	69,6	36,5	25,6	3,2	30,4	4,1	11,1	7,9	31,1	68,9	39,7	25,6	29,2	5,1	12,6
2015	100,0	71,4	37,5	26,6	3,2	28,6	3,8	9,8	7,1	33,4	66,6	38,5	25,3	28,2	5,5	11,9
2016	100,0	72,3	37,3	26,7	4,0	27,7	3,7	10,5	7,6	34,5	65,5	37,9	24,5	27,7	5,7	11,3
2017	100,0	73,1	38,1	27,6	3,0	26,9	3,9	10,9	6,7	36,7	63,3	36,4	24,7	26,9	4,5	10,2
2016 2.Hj.	100,0	72,3	37,3	26,7	4,0	27,7	3,7	10,5	7,6	34,5	65,5	37,9	24,5	27,7	5,7	11,3
2017 1.Hj.	100,0	72,1	38,3	25,8	3,4	27,9	3,0	10,6	5,3	32,7	67,3	38,6	25,7	28,7	4,7	9,0
2017 2.Hj.	100,0	73,1	38,1	27,6	3,0	26,9	3,9	10,9	6,7	36,7	63,3	36,4	24,7	26,9	4,5	10,2
2018 1.Hj. p) 3)	100,0	74,2	37,8	29,6	2,6	25,8	3,6	10,5	5,9	35,6	64,4	37,8	27,1	26,6	5,2	8,9

\* Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- bzw. halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. 1 Einschl. Zahlungsmitteläquivalen-

te. 2 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft. 3 Ab diesem Zeitpunkt: Signifikante IFRS-Standardänderungen, die die Vergleichbarkeit mit den Vorperioden einschränken.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen \*)

Zeit	Umsatz		Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1) in % des Umsatzes				Verteilung 2)			Operatives Ergebnis (EBIT)		Operatives Ergebnis (EBIT) in % des Umsatzes				
	Mrd € 3)	Veränderung gegen Vorjahr in % 4)	Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1)		Gewogener Durchschnitt	Verteilung 2)			Operatives Ergebnis (EBIT)	Veränderung gegen Vorjahr in % 4)	Gewogener Durchschnitt	Verteilung 2)				
			Mrd € 3)	Veränderung gegen Vorjahr in % 4)		1.Quartil	Median	3.Quartil				1.Quartil	Median	3.Quartil		
<b>Insgesamt</b>																
2010	1 320,9	13,3	181,4	30,6	13,7	1,8	6,6	11,4	18,6	98,3	66,7	7,4	-2,4	3,2	6,9	12,1
2011	1 414,3	8,5	175,9	0,5	12,4	-1,0	5,5	11,0	17,4	93,8	-4,1	6,6	-0,9	2,7	6,6	12,0
2012	1 532,9	6,6	188,8	3,2	12,3	-0,4	5,2	10,2	17,5	95,7	-7,7	6,2	-0,9	1,9	6,1	11,0
2013	1 541,1	-0,6	187,2	-2,8	12,2	-0,3	5,1	10,3	18,5	99,5	5,5	6,5	0,4	1,9	5,9	11,1
2014	1 565,7	1,0	198,9	4,9	12,7	0,5	5,9	10,3	17,4	109,4	8,5	7,0	0,5	1,9	6,1	11,1
2015	1 635,4	6,9	196,2	-1,0	12,0	-1,0	6,1	10,6	17,9	91,6	-16,3	5,6	-1,5	1,7	6,6	11,4
2016	1 626,1	-0,4	214,9	8,0	13,2	1,0	6,6	11,4	18,0	112,1	9,2	6,9	0,5	2,6	6,7	12,0
2017	1 722,9	5,2	243,9	14,6	14,2	1,2	6,8	11,0	18,0	142,3	33,2	8,3	1,7	2,5	6,7	12,1
2013 2.Hj.	780,0	-1,1	93,9	-2,0	12,0	-0,1	5,4	10,9	19,2	45,7	25,6	5,9	1,3	1,7	6,3	12,2
2014 1.Hj.	757,3	-0,9	97,2	4,6	12,8	0,7	4,8	9,6	16,1	57,9	9,4	7,6	0,7	1,0	5,2	10,5
2014 2.Hj.	808,8	2,9	101,7	5,3	12,6	0,3	5,4	10,8	19,1	51,5	7,6	6,4	0,3	1,7	7,1	12,0
2015 1.Hj.	815,3	8,7	102,9	5,7	12,6	-0,4	4,8	10,2	17,6	59,1	1,3	7,3	-0,5	1,1	5,9	10,9
2015 2.Hj.	831,4	5,1	93,5	-7,6	11,3	-1,5	6,3	11,5	18,5	32,7	-36,6	3,9	-2,5	2,3	7,2	11,7
2016 1.Hj.	782,7	-1,9	111,8	6,3	14,3	1,1	6,1	10,5	18,0	65,7	2,8	8,4	0,4	1,7	6,4	11,4
2016 2.Hj.	843,4	1,1	103,1	9,8	12,2	1,0	6,8	11,9	19,1	46,4	21,0	5,5	0,8	2,9	7,5	12,5
2017 1.Hj.	845,0	6,8	125,9	14,5	14,9	1,0	5,7	10,1	17,2	78,6	29,3	9,3	1,6	1,8	5,8	11,6
2017 2.Hj.	881,1	3,7	117,8	14,7	13,4	1,3	6,8	11,9	19,2	63,3	38,4	7,2	1,8	3,0	7,3	12,4
2018 1.Hj. p) 6)	849,5	-0,1	120,7	-2,4	14,2	-0,3	5,1	10,5	18,2	72,9	-5,0	8,6	-0,5	1,6	6,3	12,5
<b>Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe 5)</b>																
2010	980,7	15,8	136,2	38,7	13,9	2,3	6,6	11,4	16,3	75,7	72,5	7,7	-2,6	3,0	7,3	12,0
2011	1 079,0	10,6	130,0	-1,7	12,1	-1,5	5,5	11,3	16,4	74,1	-4,9	6,9	-1,1	2,1	6,8	11,5
2012	1 173,8	7,7	140,8	5,3	12,0	-0,3	5,4	10,2	16,1	81,7	2,2	7,0	-0,4	1,8	6,1	9,8
2013	1 179,0	-0,8	138,8	-2,6	11,8	-0,2	4,4	10,3	15,7	74,5	-5,8	6,3	-0,3	1,3	5,8	10,5
2014	1 197,4	1,0	148,1	5,8	12,4	0,6	5,4	9,8	15,5	82,0	9,3	6,9	0,5	1,4	5,9	10,2
2015	1 282,5	7,0	144,0	-2,7	11,2	-1,1	6,1	10,5	16,0	65,2	-20,3	5,1	-1,8	1,8	6,5	10,3
2016	1 267,1	-1,0	156,5	6,0	12,4	0,8	6,5	10,5	16,0	80,6	4,3	6,4	0,3	2,7	6,3	10,4
2017	1 362,9	5,5	181,6	16,8	13,3	1,3	6,7	10,9	15,6	108,0	41,1	7,9	2,0	2,9	6,7	10,4
2013 2.Hj.	591,8	-1,4	67,1	-0,2	11,3	0,1	4,0	10,5	16,2	31,4	1,7	5,3	0,2	0,6	5,8	11,2
2014 1.Hj.	584,4	-1,1	74,3	3,8	12,7	0,6	4,7	9,6	15,2	46,3	8,9	7,9	0,7	1,4	5,5	9,7
2014 2.Hj.	613,1	3,0	73,8	7,8	12,0	0,5	4,2	9,8	15,9	35,8	9,8	5,8	0,4	0,7	6,3	10,8
2015 1.Hj.	636,4	8,7	80,1	7,8	12,6	-0,1	5,1	10,1	15,5	48,8	4,8	7,7	-0,3	2,1	6,1	10,0
2015 2.Hj.	646,7	5,3	63,9	-13,3	9,9	-2,1	5,3	11,1	15,6	16,4	-52,4	2,5	-3,3	1,8	6,9	10,7
2016 1.Hj.	611,3	-2,6	84,0	1,3	13,7	0,5	6,7	10,6	15,8	50,7	-6,5	8,3	-0,3	2,9	6,4	10,0
2016 2.Hj.	655,9	0,5	72,5	11,9	11,1	1,1	6,1	11,2	16,0	29,9	34,8	4,6	0,9	2,4	6,3	10,5
2017 1.Hj.	678,7	7,2	98,5	18,7	14,5	1,4	5,9	10,1	16,1	64,0	37,5	9,4	2,1	2,3	5,8	10,6
2017 2.Hj.	684,9	3,9	83,1	14,7	12,1	1,2	6,6	11,7	16,5	44,0	46,4	6,4	1,9	3,0	7,1	10,8
2018 1.Hj. p) 6)	665,8	-0,2	90,9	-3,7	13,7	-0,5	6,2	10,8	16,7	57,1	-5,6	8,6	-0,5	2,8	6,6	11,5
<b>Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor</b>																
2010	340,2	5,8	45,1	9,0	13,3	0,4	6,0	11,2	19,7	22,6	47,0	6,7	-1,8	3,4	6,0	12,8
2011	335,3	1,7	45,9	7,6	13,7	0,8	6,0	10,4	20,7	19,7	-0,7	5,9	-0,1	3,2	6,2	13,8
2012	359,1	2,8	48,0	-3,3	13,4	-0,8	5,1	10,1	23,0	14,0	-47,2	3,9	-3,0	2,1	5,7	14,2
2013	362,0	-0,1	48,4	-3,4	13,4	-0,5	5,2	10,5	21,6	25,0	84,4	6,9	3,0	2,4	5,9	12,5
2014	368,3	1,1	50,8	2,2	13,8	0,1	6,2	12,7	22,6	27,3	5,7	7,4	0,3	2,9	6,5	13,7
2015	352,9	6,4	52,2	4,8	14,8	-0,2	6,1	11,4	22,1	26,4	-1,6	7,5	-0,6	1,4	6,7	14,1
2016	358,9	2,4	58,4	14,6	16,3	1,8	6,9	13,5	25,8	31,6	24,7	8,8	1,5	2,5	8,3	15,5
2017	360,0	3,8	62,3	7,7	17,3	0,6	7,3	11,6	23,0	34,3	10,0	9,5	0,5	2,4	7,2	15,1
2013 2.Hj.	188,2	0,2	26,7	-6,7	14,2	-1,1	5,6	11,4	21,8	14,3	241,4	7,6	5,2	2,2	7,4	13,5
2014 1.Hj.	172,9	-0,5	23,0	7,7	13,3	1,0	4,8	9,3	20,4	11,6	11,7	6,7	0,7	1,0	5,1	13,5
2014 2.Hj.	195,6	2,5	27,8	-2,2	14,2	-0,7	6,4	13,5	23,8	15,7	1,5	8,1	-0,1	3,6	8,1	18,0
2015 1.Hj.	178,9	8,4	22,8	-2,2	12,7	-1,5	4,4	10,9	21,5	10,3	-15,7	5,8	-1,6	-0,5	4,5	14,2
2015 2.Hj.	184,7	4,6	29,7	10,8	16,1	0,9	7,0	12,1	23,5	16,3	9,3	8,8	0,4	2,5	7,7	15,0
2016 1.Hj.	171,5	1,2	27,8	27,7	16,2	3,5	5,1	10,3	23,8	15,0	62,1	8,7	3,3	1,0	6,4	14,9
2016 2.Hj.	187,4	3,6	30,6	4,6	16,3	0,2	7,4	13,7	24,4	16,6	2,7	8,8	-0,1	4,0	9,0	17,2
2017 1.Hj.	166,3	4,8	27,4	-0,2	16,5	-0,8	5,3	10,5	21,2	14,6	-0,8	8,8	-0,5	1,3	5,8	14,6
2017 2.Hj.	196,2	2,8	34,7	14,9	17,7	1,9	6,9	12,5	24,6	19,3	20,2	9,8	1,4	3,0	7,8	17,9
2018 1.Hj. p) 6)	183,7	0,4	29,8	3,0	16,2	0,4	4,0	9,7	22,9	15,8	-1,8	8,6	-0,2	-0,9	5,1	15,5

\* Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- bzw. halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. 1 Earnings before interest, taxes, depreciation and amortisation. 2 Quantilsangaben basieren auf den ungewogenen Umsatzrenditen der Unternehmensgruppen. 3 Jahreswerte entsprechen nicht zwangsläufig

der Summe der Halbjahreswerte. Siehe Qualitätsbericht zur Konzernabschlussstatistik S. 3. 4 Bereinigt um erhebliche Veränderungen im Konsolidierungskreis großer Unternehmensgruppen sowie im Berichtskreis. Siehe Erläuterungen im Statistischen Beiflag 4 – Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. 5 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft. 6 Ab diesem Zeitpunkt: Signifikante IFRS-Standardänderungen, die die Vergleichbarkeit mit den Vorperioden einschränken.

## XII. Außenwirtschaft

### 1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum \*)

Mio €

Position	2016 <sup>1)</sup>	2017 <sup>1)</sup>	2018 <sup>1)</sup>	2018 <sup>1)</sup>					2019
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Nov.	Dez.	Jan. <sup>1)</sup>
<b>A. Leistungsbilanz</b>	+ 334 624	+ 362 825	+ 334 673	+ 73 093	+ 82 837	+ 104 274	+ 28 829	+ 41 494	+ 9 327
1. Warenhandel									
Ausfuhr	2 116 412	2 251 144	2 332 835	580 267	574 155	614 387	211 030	186 097	187 969
Einfuhr	1 769 839	1 933 352	2 056 395	507 170	514 612	536 709	183 401	160 006	181 206
Saldo	+ 346 576	+ 317 788	+ 276 440	+ 73 097	+ 59 543	+ 77 678	+ 27 629	+ 26 091	+ 6 763
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	818 021	874 456	904 308	222 989	239 254	237 466	76 356	84 193	71 660
Ausgaben	774 459	770 519	797 386	191 474	204 109	219 235	71 401	77 732	66 878
Saldo	+ 43 561	+ 103 936	+ 106 923	+ 31 516	+ 35 145	+ 18 231	+ 4 955	+ 6 461	+ 4 781
3. Primäreinkommen									
Einnahmen	668 424	694 825	752 705	204 533	179 961	199 725	59 622	77 254	57 514
Ausgaben	585 226	616 494	651 897	207 593	156 662	148 598	49 416	52 673	46 274
Saldo	+ 83 198	+ 78 332	+ 100 807	- 3 061	+ 23 299	+ 51 126	+ 10 206	+ 24 580	+ 11 240
4. Sekundäreinkommen									
Einnahmen	103 416	107 802	114 566	31 152	26 624	30 330	9 574	11 985	8 677
Ausgaben	242 127	245 034	264 062	59 611	61 774	73 091	23 534	27 623	22 135
Saldo	- 138 711	- 137 230	- 149 495	- 28 459	- 35 150	- 42 760	- 13 960	- 15 638	- 13 457
<b>B. Vermögensänderungsbilanz</b>	+ 1 620	- 21 413	- 3 086	- 581	+ 2 972	- 11 747	- 6 560	+ 1 161	+ 1 735
<b>C. Kapitalbilanz (Zunahme: +)</b>	+ 336 720	+ 376 168	+ 317 591	+ 42 985	+ 87 093	+ 85 524	+ 51 943	+ 61 091	+ 8 464
1. Direktinvestitionen	+ 186 860	+ 78 533	+ 52 634	+ 18 058	- 13 946	- 73 651	- 35 632	- 56 946	- 12 180
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 541 442	+ 435 361	- 220 242	+ 39 237	- 116 197	- 208 286	- 106 113	- 135 731	+ 43
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 354 583	+ 356 827	- 272 878	+ 21 179	- 102 252	- 134 636	- 70 482	- 78 785	+ 12 223
2. Wertpapieranlagen	+ 460 718	+ 297 042	+ 213 992	+ 51 662	+ 44 314	+ 105 887	+ 14 132	+ 107 041	- 1 226
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 386 628	+ 653 092	+ 184 034	+ 451	+ 43 851	- 55 570	+ 1 862	- 27 236	+ 38 057
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 19 665	+ 198 545	+ 19 020	+ 6 015	+ 12 681	- 56 946	+ 4 794	- 39 989	+ 15 446
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 358 992	+ 376 615	+ 201 143	+ 14 571	+ 71 390	+ 5 990	+ 8 175	+ 6 768	+ 7 908
Kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 7 971	+ 77 936	- 36 127	- 20 135	- 40 219	- 4 612	- 11 106	+ 5 985	+ 14 703
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	- 74 091	+ 356 050	- 29 958	- 51 211	- 463	- 161 457	- 12 270	- 134 277	+ 39 283
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 112 111	+ 486 296	+ 157 517	+ 21 051	+ 14 296	+ 15 715	- 17 395	+ 29 655	- 19 583
Langfristige Schuldverschreibungen	- 238 070	- 135 984	- 113 476	- 50 365	- 4 391	- 102 695	+ 5 843	- 103 315	+ 35 071
Kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 51 868	+ 5 738	- 74 003	- 21 898	- 10 370	- 74 478	- 719	- 60 617	+ 23 795
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	+ 15 229	+ 23 967	+ 98 856	+ 38 387	+ 35 428	+ 29 539	+ 15 967	+ 6 565	+ 5 676
4. Übriger Kapitalverkehr	- 341 566	- 21 975	- 72 885	- 71 724	+ 20 049	+ 17 918	+ 54 019	+ 1 308	+ 18 900
Eurosysteem	- 152 798	- 175 527	- 131 473	- 27 444	+ 40 556	- 148 428	- 20 909	- 158 540	+ 140 568
Staat	+ 12 593	+ 21 595	- 3 327	- 4 105	- 8 979	+ 15 534	- 1 668	+ 19 689	+ 6 279
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	- 123 705	+ 144 138	+ 95 773	- 38 864	- 20 592	+ 175 314	+ 59 311	+ 162 340	- 121 031
Unternehmen und Privatpersonen	- 77 653	- 12 182	- 33 857	- 1 310	+ 9 065	- 24 504	+ 17 285	- 22 183	- 6 915
5. Währungsreserven des Eurowährungssystems	+ 15 480	- 1 400	+ 24 989	+ 6 601	+ 1 246	+ 5 830	+ 3 456	+ 3 124	- 2 706
<b>D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen</b>	+ 474	+ 34 755	- 13 993	- 29 527	+ 1 285	- 7 001	+ 29 675	+ 18 436	- 2 598

\* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds.

## XII. Außenwirtschaft

### 2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz						Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslands- vermögen: + / Abnahme: -)			Statistisch nicht auf- gliederbare Trans- aktionen 5)
	Insgesamt	Warenhandel (fob/fob) 1)		Dienst- leistungen 3)	Primär- einkommen	Sekundär- einkommen	Vermögens- änderungs- bilanz 4)	Insgesamt	darunter: Währungs- reserven	
		Insgesamt	darunter: Ergänzungen zum Außen- handel, Saldo 2)							
2004	+ 102 270	+ 152 851	- 7 174	- 35 480	+ 14 856	- 29 957	- 119	+ 112 867	- 1 470	+ 10 715
2005	+ 106 942	+ 156 563	- 6 515	- 37 924	+ 19 644	- 31 341	- 2 334	+ 96 436	- 2 182	- 8 172
2006	+ 137 674	+ 160 965	- 4 687	- 32 206	+ 40 928	- 32 014	- 1 328	+ 157 142	- 2 934	+ 20 796
2007	+ 171 493	+ 201 728	- 1 183	- 32 909	+ 36 064	- 33 390	- 1 597	+ 183 169	+ 953	+ 13 273
2008	+ 144 954	+ 184 160	- 3 947	- 29 453	+ 24 394	- 34 147	- 893	+ 121 336	+ 2 008	- 22 725
2009	+ 142 744	+ 140 626	- 6 605	- 16 973	+ 53 855	- 34 764	- 1 858	+ 129 693	+ 8 648	- 11 194
2010	+ 147 298	+ 160 829	- 6 209	- 24 476	+ 50 527	- 39 582	+ 1 219	+ 92 757	+ 1 613	- 55 760
2011	+ 167 340	+ 162 970	- 9 357	- 29 004	+ 68 161	- 34 787	+ 419	+ 120 857	+ 2 836	- 46 902
2012	+ 195 712	+ 199 531	- 11 388	- 30 056	+ 64 940	- 38 703	- 413	+ 151 417	+ 1 297	- 43 882
2013	+ 184 274	+ 203 802	- 12 523	- 38 848	+ 62 733	- 43 413	- 563	+ 225 360	+ 838	+ 41 649
2014	+ 210 735	+ 219 629	- 14 296	- 25 029	+ 57 014	- 40 880	+ 2 936	+ 240 117	- 2 564	+ 26 446
2015	+ 259 920	+ 248 394	- 15 405	- 18 296	+ 68 316	- 38 494	- 48	+ 234 404	- 2 213	- 25 467
2016	+ 265 489	+ 252 581	- 19 010	- 20 967	+ 74 743	- 40 868	+ 2 138	+ 259 720	+ 1 686	- 7 908
2017	+ 261 894	+ 253 111	- 14 069	- 21 938	+ 80 276	- 49 554	- 1 947	+ 282 947	- 1 269	+ 23 000
2018	+ 246 236	+ 221 740	- 24 490	- 19 551	+ 91 666	- 47 619	+ 1 858	+ 225 597	+ 392	- 22 497
2016 1.Vj.	+ 66 715	+ 61 071	- 1 945	- 3 402	+ 22 302	- 13 256	- 319	+ 40 359	+ 1 228	- 26 036
2.Vj.	+ 69 036	+ 72 328	- 4 699	- 4 093	+ 4 255	- 3 453	- 799	+ 68 761	+ 761	+ 524
3.Vj.	+ 60 302	+ 63 541	- 4 007	- 11 645	+ 20 138	- 11 733	+ 412	+ 60 148	- 261	- 566
4.Vj.	+ 69 437	+ 55 640	- 8 359	- 1 827	+ 28 048	- 12 425	+ 2 844	+ 90 452	- 43	+ 18 171
2017 1.Vj.	+ 69 906	+ 63 678	- 1 365	- 2 653	+ 22 781	- 13 901	+ 562	+ 69 234	- 360	- 1 234
2.Vj.	+ 52 671	+ 64 258	- 3 660	- 5 301	+ 5 673	- 11 959	- 2 624	+ 67 523	+ 385	+ 17 476
3.Vj.	+ 64 060	+ 65 296	- 3 113	- 12 334	+ 21 991	- 10 893	+ 766	+ 62 836	+ 152	- 1 990
4.Vj.	+ 75 257	+ 59 879	- 5 931	- 1 651	+ 29 831	- 12 802	- 652	+ 83 353	- 1 446	+ 8 749
2018 1.Vj.	+ 69 981	+ 61 219	- 3 973	- 2 188	+ 25 279	- 14 329	+ 4 003	+ 67 340	+ 699	- 6 644
2.Vj.	+ 60 539	+ 60 111	- 8 201	- 2 869	+ 8 504	- 5 205	- 2 563	+ 56 803	- 374	- 1 173
3.Vj.	+ 48 268	+ 47 693	- 7 861	- 12 908	+ 25 305	- 11 823	- 1 050	+ 39 839	- 493	- 7 378
4.Vj.	+ 67 448	+ 52 717	- 4 455	- 1 586	+ 32 578	- 16 262	+ 1 467	+ 61 614	+ 560	- 7 301
2016 Sept.	+ 23 564	+ 24 527	- 1 241	- 3 190	+ 6 064	- 3 836	+ 468	+ 27 208	- 695	+ 3 175
Okt.	+ 19 688	+ 19 289	- 1 161	- 3 490	+ 7 371	- 3 482	- 37	+ 32 541	- 145	+ 12 890
Nov.	+ 25 359	+ 22 461	- 1 790	- 2 30	+ 8 018	- 4 890	- 103	+ 18 934	+ 140	- 6 322
Dez.	+ 24 390	+ 13 891	- 5 408	+ 1 893	+ 12 659	- 4 053	+ 2 984	+ 38 976	- 38	+ 11 603
2017 Jan.	+ 15 714	+ 15 218	- 880	- 619	+ 7 919	- 6 803	- 104	+ 11 208	- 124	- 4 403
Febr.	+ 21 505	+ 21 492	- 336	- 817	+ 5 441	- 4 611	+ 252	+ 12 282	- 216	- 9 475
März	+ 32 687	+ 26 969	- 149	- 1 217	+ 9 421	- 2 487	+ 414	+ 45 745	- 21	+ 12 644
April	+ 15 315	+ 19 080	- 763	- 1 286	+ 5 841	- 8 319	- 384	+ 17 461	- 2	+ 2 529
Mai	+ 14 767	+ 21 701	- 2 429	- 1 721	- 4 343	- 869	+ 20	+ 10 532	- 47	+ 4 256
Juni	+ 22 588	+ 23 477	- 468	- 2 293	+ 4 175	- 2 770	- 2 260	+ 39 530	+ 434	+ 19 202
Juli	+ 18 800	+ 19 876	- 203	- 4 325	+ 7 632	- 4 383	+ 483	+ 18 879	+ 463	- 404
Aug.	+ 17 949	+ 20 316	- 2 098	- 5 515	+ 6 576	- 3 427	+ 130	+ 9 684	- 912	- 8 395
Sept.	+ 27 311	+ 25 104	- 812	- 2 494	+ 7 783	- 3 082	+ 154	+ 34 273	+ 602	+ 6 808
Okt.	+ 19 647	+ 20 060	- 767	- 4 091	+ 7 853	- 4 175	- 270	+ 16 992	+ 1 176	- 2 385
Nov.	+ 27 382	+ 23 893	- 1 960	- 345	+ 8 266	- 4 432	- 521	+ 30 390	- 270	+ 3 530
Dez.	+ 28 228	+ 15 926	- 3 204	+ 2 785	+ 13 712	- 4 195	+ 139	+ 35 971	- 2 353	+ 7 604
2018 Jan.	+ 21 060	+ 17 587	- 1 544	- 378	+ 8 866	- 5 016	+ 3 772	+ 27 335	- 121	+ 2 503
Febr.	+ 19 493	+ 19 147	- 883	- 774	+ 6 465	- 5 346	+ 324	+ 13 905	+ 583	- 5 911
März	+ 29 428	+ 24 484	- 1 546	- 1 036	+ 9 948	- 3 967	- 92	+ 26 100	+ 236	- 3 236
April	+ 22 738	+ 20 264	- 2 447	+ 72	+ 4 958	- 2 556	+ 301	+ 30 453	- 670	+ 7 413
Mai	+ 12 993	+ 19 112	- 2 380	- 1 414	- 4 851	+ 146	- 27	+ 20 458	+ 83	+ 7 492
Juni	+ 24 808	+ 20 734	- 3 373	- 1 527	+ 8 396	- 2 795	- 2 838	+ 5 892	+ 213	- 16 078
Juli	+ 13 800	+ 15 286	- 1 892	- 4 938	+ 8 090	- 4 638	- 231	+ 6 482	+ 266	- 7 087
Aug.	+ 15 119	+ 15 923	- 2 680	- 5 759	+ 8 565	- 3 610	+ 97	+ 21 233	- 640	+ 6 018
Sept.	+ 19 349	+ 16 483	- 3 289	- 2 210	+ 8 651	- 3 576	- 915	+ 12 124	- 119	- 6 309
Okt.	+ 20 631	+ 19 801	- 512	- 3 888	+ 9 005	- 4 287	- 822	+ 2 938	+ 700	- 16 872
Nov.	+ 23 683	+ 19 517	- 2 015	+ 515	+ 9 185	- 5 534	- 489	+ 25 512	- 124	+ 2 319
Dez.	+ 23 134	+ 13 399	- 1 928	+ 1 787	+ 14 389	- 6 440	+ 2 779	+ 33 164	- 17	+ 7 252
2019 Jan.	+ 18 822	+ 15 834	- 1 006	- 1 088	+ 9 112	- 5 036	+ 2 133	+ 15 240	+ 158	- 5 714
Febr. p)	+ 16 254	+ 19 056	- 312	- 1 051	+ 6 192	- 7 945	+ 322	+ 29 205	+ 112	+ 12 630

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung, Absetzungen der Rückwaren und Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung. 3 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 4 Einschl. Nettoerwerb/veräußerung von

nichtproduzierten Sachvermögen. 5 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland  
 nach Ländergruppen und Ländern \*)

Mio €

Ländergruppe/Land		2016	2017	2018	2018				2019	
					September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar p)
Alle Länder 1)	Ausfuhr	1 203 833	1 278 958	1 317 631	109 181	117 129	116 329	96 111	108 877	108 788
	Einfuhr	954 917	1 031 013	1 089 842	90 975	98 535	96 101	81 764	94 314	90 877
	Saldo	+ 248 916	+ 247 946	+ 227 789	+ 18 206	+ 18 594	+ 20 228	+ 14 347	+ 14 563	+ 17 911
I. Europäische Länder	Ausfuhr	818 644	872 427	900 217	74 388	80 505	78 871	63 385	74 914	75 749
	Einfuhr	657 753	699 677	745 343	62 254	66 729	65 848	56 089	62 711	62 876
	Saldo	+ 160 891	+ 172 749	+ 154 873	+ 12 134	+ 13 776	+ 13 022	+ 7 296	+ 12 203	+ 12 872
1. EU-Länder (28)	Ausfuhr	705 548	749 850	778 646	64 809	69 937	68 169	55 202	65 316	65 646
	Einfuhr	551 344	586 071	623 061	52 481	55 240	54 695	47 391	51 710	53 164
	Saldo	+ 154 204	+ 163 780	+ 155 585	+ 12 328	+ 14 697	+ 13 473	+ 7 811	+ 13 606	+ 12 481
Euroraum (19)	Ausfuhr	441 092	471 213	492 464	41 061	44 175	42 858	35 360	41 687	41 441
	Einfuhr	358 848	378 700	404 863	33 840	35 409	34 976	31 463	33 943	34 905
	Saldo	+ 82 244	+ 92 513	+ 87 601	+ 7 221	+ 8 765	+ 7 883	+ 3 897	+ 7 744	+ 6 536
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	46 931	50 071	50 381	4 074	4 427	4 283	3 626	4 294	4 275
	Einfuhr	40 960	43 689	49 583	4 350	3 860	4 370	3 875	4 481	4 313
	Saldo	+ 5 971	+ 6 381	+ 798	- 276	+ 567	- 87	- 249	- 187	- 38
Frankreich	Ausfuhr	101 106	105 687	105 321	8 922	8 975	9 118	7 908	9 004	9 285
	Einfuhr	65 651	64 329	65 209	5 189	5 973	5 723	5 114	5 419	5 571
	Saldo	+ 35 454	+ 41 359	+ 40 112	+ 3 733	+ 3 002	+ 3 395	+ 2 793	+ 3 585	+ 3 714
Italien	Ausfuhr	61 265	65 422	69 958	5 750	7 140	6 138	4 754	5 819	5 726
	Einfuhr	51 737	55 342	60 245	5 171	5 317	5 003	4 138	4 504	4 703
	Saldo	+ 9 528	+ 10 080	+ 9 714	+ 579	+ 1 823	+ 1 136	+ 617	+ 1 315	+ 1 023
Niederlande	Ausfuhr	78 433	84 661	91 176	7 363	8 114	8 116	6 754	7 957	7 636
	Einfuhr	83 142	90 597	98 040	8 083	8 800	8 366	8 206	7 858	8 871
	Saldo	- 4 709	- 5 935	- 6 864	- 721	- 686	- 250	- 1 452	+ 99	- 1 235
Österreich	Ausfuhr	59 778	62 656	64 890	5 549	5 979	5 790	4 620	5 402	5 502
	Einfuhr	38 543	40 686	43 108	3 645	3 936	3 816	3 109	3 636	3 655
	Saldo	+ 21 235	+ 21 970	+ 21 783	+ 1 904	+ 2 043	+ 1 975	+ 1 511	+ 1 765	+ 1 847
Spanien	Ausfuhr	40 497	43 067	44 273	3 514	3 942	3 921	3 201	3 859	3 814
	Einfuhr	27 870	31 396	32 505	2 584	2 703	2 786	2 611	2 893	2 668
	Saldo	+ 12 627	+ 11 671	+ 11 767	+ 930	+ 1 239	+ 1 135	+ 590	+ 966	+ 1 146
Andere EU-Länder	Ausfuhr	264 456	278 638	286 182	23 748	25 763	25 310	19 842	23 628	24 204
	Einfuhr	192 496	207 371	218 198	18 641	19 831	19 720	15 928	17 767	18 259
	Saldo	+ 71 960	+ 71 267	+ 67 985	+ 5 107	+ 5 932	+ 5 590	+ 3 914	+ 5 862	+ 5 945
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	85 939	85 440	82 090	6 537	7 096	7 146	5 570	6 796	7 529
	Einfuhr	35 654	36 820	36 943	2 919	3 281	3 243	2 722	2 887	2 958
	Saldo	+ 50 285	+ 48 620	+ 45 147	+ 3 617	+ 3 815	+ 3 904	+ 2 848	+ 3 909	+ 4 571
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	113 096	122 576	121 571	9 579	10 567	10 702	8 184	9 599	10 103
	Einfuhr	106 409	113 607	122 283	9 773	11 488	11 153	8 698	11 002	9 712
	Saldo	+ 6 687	+ 8 969	- 712	- 194	- 921	- 451	- 515	- 1 403	+ 391
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	50 161	53 913	54 051	4 457	4 963	4 919	3 632	4 644	4 531
	Einfuhr	43 896	45 689	45 881	3 822	4 349	4 240	3 102	4 103	3 605
	Saldo	+ 6 265	+ 8 224	+ 8 170	+ 635	+ 614	+ 679	+ 530	+ 541	+ 925
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	382 486	403 490	413 654	34 427	36 248	37 215	32 447	33 680	32 773
	Einfuhr	297 164	328 606	342 977	28 604	31 664	30 030	25 509	31 432	27 827
	Saldo	+ 85 322	+ 74 884	+ 70 677	+ 5 824	+ 4 585	+ 7 185	+ 6 937	+ 2 248	+ 4 946
1. Afrika	Ausfuhr	24 434	25 431	22 631	1 805	1 945	1 935	1 891	1 967	1 932
	Einfuhr	16 675	20 428	22 489	1 870	2 202	2 091	1 727	1 980	1 643
	Saldo	+ 7 759	+ 5 003	+ 142	- 65	- 257	- 156	+ 163	- 14	+ 290
2. Amerika	Ausfuhr	147 542	154 644	159 006	12 933	14 153	14 187	11 820	13 118	12 886
	Einfuhr	83 499	89 927	92 386	7 553	8 040	7 984	6 790	8 303	8 073
	Saldo	+ 64 043	+ 64 717	+ 66 620	+ 5 380	+ 6 114	+ 6 203	+ 5 031	+ 4 815	+ 4 813
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	106 822	111 805	113 335	9 274	9 979	10 188	8 494	9 444	9 074
	Einfuhr	57 968	61 902	64 565	5 443	5 866	5 703	4 774	5 800	5 886
	Saldo	+ 48 855	+ 49 903	+ 48 770	+ 3 831	+ 4 112	+ 4 485	+ 3 720	+ 3 644	+ 3 188
3. Asien	Ausfuhr	200 158	212 070	219 718	18 729	19 160	20 012	17 796	17 726	16 972
	Einfuhr	193 979	214 393	224 470	18 928	21 107	19 612	16 737	20 856	17 864
	Saldo	+ 6 179	- 2 323	- 4 751	- 198	- 1 947	+ 399	+ 1 058	- 3 131	- 892
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	36 659	33 104	29 157	2 482	2 469	2 943	2 868	1 926	1 956
	Einfuhr	6 581	6 963	8 125	654	763	611	565	657	532
	Saldo	+ 30 079	+ 26 141	+ 21 032	+ 1 828	+ 1 706	+ 2 332	+ 2 303	+ 1 269	+ 1 424
Japan	Ausfuhr	18 307	19 546	20 445	1 879	1 724	1 756	1 657	1 962	1 640
	Einfuhr	21 922	22 955	23 728	1 945	2 109	2 078	1 640	2 085	1 947
	Saldo	- 3 615	- 3 410	- 3 283	- 66	- 385	- 322	+ 17	- 123	- 306
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	76 046	86 141	93 072	7 948	8 472	8 361	7 142	7 836	7 429
	Einfuhr	94 172	101 837	106 293	8 823	10 527	9 878	8 358	10 455	8 395
	Saldo	- 18 126	- 15 695	- 13 222	- 875	- 2 056	- 1 518	- 1 216	- 2 619	- 966
Neue Industriestaaten und Schwellenländer Asiens 3)	Ausfuhr	51 921	53 425	54 917	4 428	4 613	4 742	4 021	4 475	4 302
	Einfuhr	42 966	50 873	52 922	4 548	4 938	4 517	3 999	4 615	4 227
	Saldo	+ 8 955	+ 2 552	+ 1 995	- 120	- 325	+ 225	+ 22	+ 140	+ 76
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	10 352	11 344	12 299	960	990	1 082	940	870	983
	Einfuhr	3 011	3 857	3 633	253	315	343	255	293	247
	Saldo	+ 7 341	+ 7 487	+ 8 666	+ 707	+ 675	+ 739	+ 685	+ 578	+ 736

\* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem jeweils neuesten Stand. 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regional

nicht zuordenbarer Angaben. 2 Ohne Hongkong. 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

## XII. Außenwirtschaft

### 4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen 1)								Primäreinkommen		
	Insgesamt	darunter:							Arbeitnehmerentgelt	Vermögens-einkommen	Sonstiges Primär-einkommen 4)
		Transport-dienst-leistungen	Reise-verkehr 2)	Finanz-dienst-leistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommuni-kations-, EDV- und Infor-mationsdienst-leistungen	Sonstige unternehmens-bezogene Dienst-leistungen	Regierungs-leistungen 3)			
2014	- 25 029	- 6 867	- 37 653	+ 7 556	+ 3 549	+ 1 280	+ 555	+ 2 971	+ 1 184	+ 54 939	+ 891
2015	- 18 296	- 5 203	- 36 595	+ 9 567	+ 5 354	+ 2 601	- 1 216	+ 3 161	+ 1 114	+ 67 560	- 358
2016	- 20 967	- 5 978	- 38 247	+ 9 454	+ 6 779	+ 1 536	- 1 716	+ 3 093	+ 441	+ 75 371	- 1 070
2017	- 21 938	- 3 669	- 43 558	+ 10 726	+ 5 930	+ 1 349	+ 39	+ 2 138	- 702	+ 82 270	- 1 292
2018	- 19 551	- 2 500	- 43 408	+ 10 044	+ 7 453	+ 1 597	- 353	+ 3 209	- 1 118	+ 93 548	- 765
2017 2.Vj.	- 5 301	- 389	- 10 607	+ 2 626	+ 1 496	+ 316	- 426	+ 637	- 306	+ 8 096	- 2 118
3.Vj.	- 12 334	- 1 123	- 17 109	+ 2 693	+ 1 275	+ 128	+ 435	+ 558	- 822	+ 23 960	- 1 147
4.Vj.	- 1 651	- 1 013	- 9 509	+ 2 970	+ 2 263	+ 1 084	- 72	+ 381	- 150	+ 26 848	+ 3 133
2018 1.Vj.	- 2 188	- 811	- 6 962	+ 2 590	+ 1 077	- 68	+ 43	+ 824	+ 374	+ 25 736	- 831
2.Vj.	- 2 869	- 249	- 9 219	+ 2 093	+ 1 998	+ 804	- 225	+ 906	- 469	+ 11 098	- 2 125
3.Vj.	- 12 908	- 654	- 17 988	+ 1 777	+ 1 604	+ 287	+ 326	+ 822	- 918	+ 27 163	- 939
4.Vj.	- 1 586	- 786	- 9 239	+ 3 585	+ 2 774	+ 574	- 497	+ 656	- 104	+ 29 552	+ 3 130
2018 April	+ 72	- 150	- 1 558	+ 790	+ 748	- 40	- 361	+ 271	- 158	+ 5 562	- 446
Mai	- 1 414	- 74	- 3 751	+ 657	+ 837	+ 162	- 45	+ 268	- 160	- 3 357	- 1 334
Juni	- 1 527	- 25	- 3 910	+ 646	+ 413	+ 682	+ 181	+ 367	- 151	+ 8 893	- 346
Juli	- 4 938	- 103	- 5 933	+ 744	+ 168	- 104	- 443	+ 256	- 332	+ 8 767	- 346
Aug.	- 5 759	- 271	- 6 636	+ 280	+ 989	- 171	- 271	+ 187	- 306	+ 9 198	- 327
Sept.	- 2 210	- 280	- 5 418	+ 752	+ 446	+ 562	+ 1 040	+ 379	- 281	+ 9 198	- 266
Okt.	- 3 888	- 290	- 5 623	+ 940	+ 637	- 68	- 81	+ 238	- 47	+ 9 589	- 537
Nov.	+ 515	- 164	- 2 314	+ 1 510	+ 1 645	- 496	- 410	+ 162	- 51	+ 9 534	- 298
Dez.	+ 1 787	- 333	- 1 303	+ 1 135	+ 492	+ 1 137	+ 6	+ 257	- 6	+ 10 429	+ 3 966
2019 Jan.	- 1 088	- 337	- 1 739	+ 762	+ 218	- 119	- 362	+ 244	+ 119	+ 9 207	- 214
Febr. p)	- 1 051	- 375	- 2 106	+ 752	+ 1 058	- 315	- 582	+ 255	+ 127	+ 6 353	- 288

1 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 3 Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht

unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. den Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen. 4 Enthält u.a. Pacht, Produktions- und Importabgaben an die EU sowie Subventionen von der EU.

### 5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Staat				Alle Sektoren ohne Staat 2)					
	Insgesamt	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	Insgesamt	darunter:			
			Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit 1)	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen u.a.			Persönliche Übertragungen 3)	darunter: Heimatüberweisungen		
2014	- 40 880	- 28 146	- 6 419	+ 8 105	- 12 734	- 3 477	- 3 451	+ 2 936	+ 2 841	+ 95
2015	- 38 494	- 24 087	- 6 805	+ 10 455	- 14 406	- 3 540	- 3 523	+ 48	+ 1 787	- 1 835
2016	- 40 868	- 25 232	- 11 516	+ 10 627	- 15 636	- 4 214	- 4 196	+ 2 138	+ 3 208	- 1 070
2017	- 49 554	- 21 979	- 9 852	+ 10 446	- 27 576	- 4 632	- 4 613	- 1 947	+ 2 502	- 4 449
2018	- 47 619	- 27 748	- 9 880	+ 10 351	- 19 871	- 5 152	- 5 142	+ 1 858	+ 5 375	- 3 517
2017 2.Vj.	- 11 959	- 1 841	- 1 500	+ 6 075	- 10 117	- 1 159	- 1 153	- 2 624	+ 220	- 2 844
3.Vj.	- 10 893	- 5 341	- 1 557	+ 1 780	- 5 552	- 1 157	- 1 153	+ 766	+ 1 396	- 630
4.Vj.	- 12 802	- 7 191	- 3 800	+ 795	- 5 611	- 1 158	- 1 153	- 652	+ 216	- 868
2018 1.Vj.	- 14 329	- 9 218	- 2 234	+ 1 698	- 5 111	- 1 291	- 1 286	+ 4 003	+ 3 390	+ 613
2.Vj.	- 5 205	- 347	- 1 260	+ 6 233	- 4 858	- 1 287	- 1 286	- 2 563	- 48	- 2 515
3.Vj.	- 11 823	- 7 249	- 1 926	+ 1 225	- 4 574	- 1 287	- 1 286	- 1 050	- 297	- 753
4.Vj.	- 16 262	- 10 934	- 4 461	+ 1 195	- 5 328	- 1 287	- 1 286	+ 1 467	+ 2 329	- 862
2018 April	- 2 556	- 935	- 314	+ 1 503	- 1 621	- 429	- 429	+ 301	+ 448	- 147
Mai	+ 146	+ 1 698	- 281	+ 3 663	- 1 551	- 429	- 429	- 27	- 185	+ 159
Juni	- 2 795	- 1 110	- 665	+ 1 067	- 1 685	- 429	- 429	- 2 838	- 311	- 2 527
Juli	- 4 638	- 2 760	- 858	+ 184	- 1 878	- 430	- 429	- 231	+ 85	- 316
Aug.	- 3 610	- 2 441	- 529	+ 281	- 1 169	- 429	- 429	+ 97	+ 244	- 147
Sept.	- 3 576	- 2 048	- 540	+ 760	- 1 527	- 429	- 429	- 915	- 626	- 289
Okt.	- 4 287	- 3 183	- 1 074	+ 172	- 1 104	- 429	- 429	- 822	- 594	- 228
Nov.	- 5 534	- 3 195	- 999	+ 180	- 2 339	- 429	- 429	- 489	- 313	- 176
Dez.	- 6 440	- 4 556	- 2 388	+ 843	- 1 885	- 429	- 429	+ 2 779	+ 3 237	- 458
2019 Jan.	- 5 036	- 3 623	- 1 286	+ 278	- 1 413	- 453	- 453	+ 2 133	+ 1 831	+ 302
Febr. p)	- 7 945	- 6 364	- 1 046	+ 927	- 1 581	- 453	- 453	+ 322	- 156	+ 478

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen. 2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebens-

versicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

### 6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Insgesamt	Nicht produzierte Sachvermögen	Vermögensübertragungen
2014	+ 2 936	+ 2 841	+ 95
2015	- 48	+ 1 787	- 1 835
2016	+ 2 138	+ 3 208	- 1 070
2017	- 1 947	+ 2 502	- 4 449
2018	+ 1 858	+ 5 375	- 3 517
2017 2.Vj.	- 2 624	+ 220	- 2 844
3.Vj.	+ 766	+ 1 396	- 630
4.Vj.	- 652	+ 216	- 868
2018 1.Vj.	+ 4 003	+ 3 390	+ 613
2.Vj.	- 2 563	- 48	- 2 515
3.Vj.	- 1 050	- 297	- 753
4.Vj.	+ 1 467	+ 2 329	- 862
2018 April	+ 301	+ 448	- 147
Mai	- 27	- 185	+ 159
Juni	- 2 838	- 311	- 2 527
Juli	- 231	+ 85	- 316
Aug.	+ 97	+ 244	- 147
Sept.	- 915	- 626	- 289
Okt.	- 822	- 594	- 228
Nov.	- 489	- 313	- 176
Dez.	+ 2 779	+ 3 237	- 458
2019 Jan.	+ 2 133	+ 1 831	+ 302
Febr. p)	+ 322	- 156	+ 478

## XII. Außenwirtschaft

### 7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2016	2017	2018	2018				2019	
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Dez.	Jan.	Febr. <sup>Ⓟ</sup>
<b>I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)</b>	+ 401 354	+ 376 599	+ 349 234	+ 118 727	+ 58 020	+ 6 713	- 3 881	- 13 236	+ 28 565
1. Direktinvestitionen	+ 99 180	+ 123 084	+ 132 671	+ 58 257	+ 24 534	+ 2 237	+ 7 434	+ 15 956	+ 12 785
Beteiligungskapital	+ 83 199	+ 76 326	+ 140 071	+ 64 431	+ 24 116	+ 11 697	+ 14 408	+ 12 278	+ 5 223
darunter:									
Reinvestierte Gewinne <sup>1)</sup>	+ 32 535	+ 24 572	+ 31 689	+ 6 858	+ 8 735	+ 3 530	- 5 258	+ 5 670	+ 2 934
Direktinvestitionskredite	+ 15 981	+ 46 758	- 7 400	- 6 174	+ 418	- 9 459	- 6 975	+ 3 679	+ 7 562
2. Wertpapieranlagen	+ 96 969	+ 106 469	+ 68 098	+ 5 641	+ 27 974	- 8 940	- 7 994	+ 21 242	+ 16 603
Aktien <sup>2)</sup>	+ 16 954	+ 14 229	+ 9 406	- 2 161	+ 3 866	- 504	- 477	+ 3 332	+ 437
Investmentsfondanteile <sup>3)</sup>	+ 37 698	+ 50 094	+ 18 658	+ 4 505	+ 3 959	- 441	+ 759	+ 3 921	+ 3 391
Langfristige Schuldverschreibungen <sup>4)</sup>	+ 48 544	+ 44 184	+ 44 648	+ 3 827	+ 20 819	- 2 411	- 5 037	+ 8 605	+ 12 469
Kurzfristige Schuldverschreibungen <sup>5)</sup>	- 6 227	- 2 038	- 4 613	- 530	- 671	- 5 585	- 3 240	+ 5 383	+ 306
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen <sup>6)</sup>	+ 29 053	+ 11 618	+ 23 253	+ 10 175	+ 10 660	+ 537	- 3 552	+ 756	+ 4 165
4. Übriger Kapitalverkehr <sup>7)</sup>	+ 174 467	+ 136 697	+ 124 819	+ 45 028	- 4 656	+ 12 320	+ 249	- 51 348	- 5 099
Monetäre Finanzinstitute <sup>8)</sup>									
langfristig	+ 18 509	- 20 986	+ 49 856	+ 6 132	+ 1 171	+ 1 493	- 10 240	+ 38 709	- 13 657
kurzfristig	+ 44 861	+ 19 641	+ 4 456	- 496	+ 3 336	+ 3 023	+ 3 254	+ 3 363	+ 4 964
Bundeskbank	- 26 353	- 40 627	+ 45 400	+ 6 628	- 2 165	- 1 530	- 13 494	+ 35 346	- 18 621
Unternehmen und Privatpersonen <sup>9)</sup>									
langfristig	- 13 510	+ 5 039	+ 26 981	- 8 501	+ 16 433	+ 2 625	- 10 886	- 3	+ 5 115
kurzfristig	- 3 237	- 2 062	+ 10 456	+ 3 830	+ 2 606	+ 2 393	+ 478	+ 951	+ 332
Staat	- 10 273	+ 7 102	+ 16 526	- 12 331	+ 13 826	+ 232	- 11 363	- 954	+ 4 783
langfristig	- 1 022	- 3 993	- 8 814	- 4 950	- 4 063	+ 1 020	+ 1 292	+ 96	+ 374
kurzfristig	- 7 408	- 4 408	- 1 097	- 881	- 714	- 121	+ 134	+ 359	+ 43
Bundeskbank	+ 6 386	+ 415	- 7 717	- 4 069	- 4 777	+ 1 141	+ 1 158	- 263	- 417
5. Währungsreserven	+ 170 491	+ 156 637	+ 56 795	+ 52 347	- 18 197	+ 7 181	+ 20 082	- 90 150	+ 3 816
<b>II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)</b>	+ 141 635	+ 93 652	+ 123 637	+ 61 924	+ 18 180	- 54 901	- 37 045	- 28 476	- 640
1. Direktinvestitionen	+ 56 018	+ 74 395	+ 89 151	+ 22 613	+ 17 882	+ 25 853	+ 9 004	+ 3 678	+ 7 488
Beteiligungskapital	+ 13 883	+ 21 255	+ 13 396	+ 165	+ 2 282	+ 7 680	+ 1 592	+ 1 847	+ 2 887
darunter:									
Reinvestierte Gewinne <sup>1)</sup>	+ 2 188	+ 8 115	+ 4 531	- 901	+ 211	+ 2 551	+ 104	+ 1 653	+ 1 469
Direktinvestitionskredite	+ 42 135	+ 53 140	+ 75 755	+ 22 449	+ 15 600	+ 18 172	+ 7 411	+ 1 830	+ 4 601
2. Wertpapieranlagen	- 102 008	- 90 176	- 44 980	- 17 813	- 11 969	- 27 860	- 40 827	+ 22 352	+ 9 011
Aktien <sup>2)</sup>	- 221	- 715	+ 6 618	+ 3 715	- 1 589	+ 14	- 1 763	- 1 598	- 1 382
Investmentsfondanteile <sup>3)</sup>	- 6 932	- 1 991	- 5 821	- 3 038	- 341	- 654	+ 462	- 1 067	- 1 991
Langfristige Schuldverschreibungen <sup>4)</sup>	- 95 327	- 70 432	- 47 593	- 26 390	- 13 850	- 22 480	- 27 989	+ 15 289	+ 17 016
Kurzfristige Schuldverschreibungen <sup>5)</sup>	+ 471	- 17 039	+ 1 815	+ 7 900	+ 3 811	- 4 740	- 11 538	+ 9 729	- 4 632
3. Übriger Kapitalverkehr <sup>7)</sup>	+ 187 625	+ 109 433	+ 79 466	+ 57 124	+ 12 268	- 52 893	- 5 221	- 54 506	- 17 139
Monetäre Finanzinstitute <sup>8)</sup>									
langfristig	+ 86 742	+ 17 476	- 35 965	+ 19 374	+ 8 519	- 108 955	- 75 434	+ 68 246	- 3 896
kurzfristig	+ 5 774	+ 7 541	- 8 496	+ 3 309	- 3 878	- 509	- 1 790	- 442	+ 910
Bundeskbank	+ 80 968	+ 9 935	- 27 469	+ 16 065	+ 12 397	- 108 446	- 73 643	+ 68 688	- 4 806
Unternehmen und Privatpersonen <sup>9)</sup>									
langfristig	- 4 658	+ 23 541	+ 15 750	+ 16 481	+ 14 391	- 19 053	- 17 237	+ 6 080	- 3 349
kurzfristig	+ 78	+ 8 855	+ 8 259	+ 9 585	- 2 054	- 1 417	- 1 225	+ 2 922	+ 213
Staat	- 4 736	+ 14 687	+ 7 491	+ 6 896	+ 16 445	- 17 636	- 16 012	+ 3 158	- 3 562
langfristig	- 5 309	- 8 719	+ 2 890	- 595	+ 4 069	- 4 205	- 7 219	+ 4 563	+ 6 835
kurzfristig	- 4 682	- 3 723	+ 660	+ 151	+ 101	+ 402	+ 65	- 0	+ 0
Bundeskbank	- 626	- 4 996	+ 2 230	- 746	+ 3 968	- 4 607	- 7 284	- 4 563	+ 6 835
Bundeskbank	+ 110 849	+ 77 135	+ 96 792	+ 21 864	- 14 710	+ 79 319	+ 94 668	- 124 269	- 16 728
<b>III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslandsvermögen: + / Abnahme: -)</b>	+ 259 720	+ 282 947	+ 225 597	+ 56 803	+ 39 839	+ 61 614	+ 33 164	+ 15 240	+ 29 205

<sup>1</sup> Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Sonderveröffentlichung 10). <sup>2</sup> Einschl. Genussscheine. <sup>3</sup> Einschl. reinvestierter Erträge. <sup>4</sup> Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. <sup>5</sup> Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit

bis zu einem Jahr. <sup>6</sup> Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. <sup>7</sup> Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. <sup>8</sup> Ohne Bundesbank. <sup>9</sup> Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

## XII. Außenwirtschaft

### 8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank <sup>o)</sup>

Mio €

Ende des Berichtszeitraums	Auslandsaktiva									Auslands-passiva <sup>3) 4)</sup>	Netto-Auslandsposition (Spalte 1 abzüglich Spalte 10)
	Währungsreserven					Übrige Kapitalanlagen					
	insgesamt	insgesamt	Gold und Goldforderungen	Sonderziehungsrechte	Reserveposition im IWF	Bargeld, Einlagen und Wertpapieranlagen	insgesamt	darunter: Verrechnungskonten innerhalb des ESZB <sup>1)</sup>	Wertpapieranlagen <sup>2)</sup>		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1999 Jan. <sup>5)</sup>	95 316	93 940	29 312	1 598	6 863	56 167	1 376	–	–	9 628	85 688
1999	141 958	93 039	32 287	1 948	6 383	52 420	48 919	26 275	–	7 830	134 129
2000	100 762	93 815	32 676	1 894	5 868	53 377	6 947	– 6 851	–	8 287	92 475
2001	76 147	93 215	35 005	2 032	6 689	49 489	– 17 068	– 30 857	–	10 477	65 670
2002	103 948	85 002	36 208	1 888	6 384	40 522	18 780	4 995	166	66 278	37 670
2003	95 394	76 680	36 533	1 540	6 069	32 538	18 259	4 474	454	83 329	12 065
2004	93 110	71 335	35 495	1 512	5 036	29 292	21 110	7 851	665	95 014	– 1 904
2005	130 268	86 181	47 924	1 601	2 948	33 708	43 184	29 886	902	115 377	14 891
2006	104 389	84 765	53 114	1 525	1 486	28 640	18 696	5 399	928	134 697	– 30 308
2007	179 492	92 545	62 433	1 469	949	27 694	84 420	71 046	2 527	176 569	2 923
2008	230 775	99 185	68 194	1 576	1 709	27 705	129 020	115 650	2 570	237 893	– 7 118
2009	323 286	125 541	83 939	13 263	2 705	25 634	190 288	177 935	7 458	247 645	75 641
2010	524 695	162 100	115 403	14 104	4 636	27 957	337 921	325 553	24 674	273 241	251 454
2011	714 662	184 603	132 874	14 118	8 178	29 433	475 994	463 311	54 065	333 730	380 932
2012	921 002	188 630	137 513	13 583	8 760	28 774	668 672	655 670	63 700	424 999	496 003
2013	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	401 524	320 217
2014	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 314	282 490
2015	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	481 787	318 921
2016	990 450	175 765	119 253	14 938	6 581	34 993	767 128	754 263	47 557	592 723	397 727
2017	1 142 845	166 842	117 347	13 987	4 294	31 215	923 765	906 941	52 238	668 652	474 193
2018	1 209 982	173 138	121 445	14 378	5 518	31 796	980 560	966 190	56 284	765 813	444 168
2016 Juli	904 044	186 300	130 417	14 698	6 736	34 449	672 748	660 320	44 996	518 941	385 103
Aug.	918 692	183 951	128 171	14 685	6 642	34 452	689 906	677 479	44 834	525 342	393 349
Sept.	957 860	183 796	128 795	14 657	6 605	33 738	728 554	715 738	45 510	549 904	407 956
Okt.	947 718	181 623	126 245	14 708	6 631	34 039	720 795	708 029	45 300	542 995	404 723
Nov.	991 108	177 348	121 032	14 917	6 572	34 826	766 905	754 057	46 855	552 558	438 550
Dez.	990 450	175 765	119 253	14 938	6 581	34 993	767 128	754 263	47 557	592 723	397 727
2017 Jan.	1 034 804	177 256	121 656	14 806	6 523	34 270	809 862	795 621	47 687	577 945	456 858
Febr.	1 060 894	184 666	128 507	14 976	6 248	34 935	828 264	814 375	47 964	609 216	451 678
März	1 075 039	181 898	126 158	14 886	6 183	34 671	843 892	829 751	49 249	623 524	451 515
April	1 089 144	180 726	126 011	14 697	6 055	33 963	858 281	843 439	50 137	601 492	487 652
Mai	1 098 879	175 958	122 486	14 459	5 907	33 107	871 724	857 272	51 197	601 093	497 785
Juni	1 098 880	171 295	118 235	14 349	5 695	33 016	875 312	860 764	52 273	623 914	474 966
Juli	1 092 769	169 735	117 330	14 124	5 531	32 750	871 752	856 510	51 282	612 871	479 898
Aug.	1 089 883	171 044	119 770	14 071	5 530	31 673	867 696	852 511	51 143	620 273	469 611
Sept.	1 115 200	169 937	118 208	14 089	5 471	32 169	894 441	878 888	50 821	618 496	496 703
Okt.	1 085 916	172 047	118 569	14 208	5 446	33 824	862 772	848 443	51 097	600 416	485 499
Nov.	1 091 832	169 539	117 208	14 069	5 168	33 094	869 988	855 548	52 305	576 550	515 282
Dez.	1 142 845	166 842	117 347	13 987	4 294	31 215	923 765	906 941	52 238	668 652	474 193
2018 Jan.	1 114 774	164 944	117 008	13 776	4 166	29 994	896 665	882 043	53 165	617 024	497 750
Febr.	1 147 979	166 370	117 138	13 949	4 138	31 146	928 275	913 989	53 333	636 717	511 262
März	1 158 983	165 830	116 630	13 906	4 114	31 181	939 229	923 466	53 924	678 829	480 155
April	1 139 056	166 970	117 867	14 043	4 150	30 910	917 971	902 364	54 115	633 679	505 377
Mai	1 198 995	171 469	120 871	14 287	4 172	32 139	973 323	956 150	54 203	656 506	542 489
Juni	1 213 511	167 078	116 291	14 245	4 983	31 559	991 577	976 266	54 857	701 075	512 436
Juli	1 147 878	163 308	112 693	14 131	4 881	31 603	930 107	913 270	54 463	666 362	481 515
Aug.	1 145 283	162 346	111 986	14 208	4 879	31 273	929 073	912 448	53 864	644 650	500 633
Sept.	1 189 175	161 078	110 755	14 236	4 889	31 199	973 380	956 487	54 717	686 357	502 818
Okt.	1 167 004	168 272	116 314	14 440	5 259	32 258	943 644	927 555	55 089	662 976	504 029
Nov.	1 184 703	168 198	116 409	14 405	5 244	32 140	960 478	941 130	56 026	671 196	513 507
Dez.	1 209 982	173 138	121 445	14 378	5 518	31 796	980 560	966 190	56 284	765 813	444 168
2019 Jan.	1 123 169	176 720	124 811	14 424	5 486	31 999	890 410	868 142	56 039	646 268	476 902
Febr.	1 127 455	178 016	125 793	14 496	5 510	32 217	894 226	872 698	55 214	624 925	502 530
März	1 190 416	178 088	125 302	14 629	5 561	32 596	958 243	941 310	54 086	644 360	546 056

<sup>o)</sup> Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb des Euroraums. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. **1** Enthält vor allem die Netto-Forderungen aus dem Target-System (in der je-

weiligen Länderabgrenzung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Zentralbanken des Nicht-Euroraums innerhalb des ESZB. **2** In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euroraums. **3** Einschließlich Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. **4** Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. **5** Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

## XII. Außenwirtschaft

### 9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland \*)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland						Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland							
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken				insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken					
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten				zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten			
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele					geleistete An- zahlungen	zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
<b>Alle Länder</b>														
2015	876 992	264 561	612 431	416 692	195 739	181 240	14 499	1 018 628	152 364	866 264	681 975	184 289	112 668	71 621
2016	877 132	245 991	631 141	420 851	210 290	196 110	14 180	1 051 138	132 151	918 987	722 253	196 734	124 129	72 605
2017	892 379	218 372	674 007	450 147	223 860	210 204	13 657	1 087 106	138 289	948 818	750 318	198 500	128 892	69 607
2018	914 056	233 402	680 654	450 943	229 712	215 637	14 075	1 174 527	138 328	1 036 199	832 342	203 857	133 440	70 417
2018 Sept.	922 499	230 478	692 021	458 498	233 523	219 087	14 436	1 178 398	163 706	1 014 692	807 566	207 126	135 158	71 968
Okt.	921 515	225 566	695 949	459 475	236 474	221 848	14 626	1 169 101	152 902	1 016 199	811 437	204 762	131 844	72 917
Nov.	935 679	239 450	696 229	455 777	240 453	225 823	14 630	1 188 504	155 022	1 033 482	825 473	208 009	135 779	72 230
Dez.	914 056	233 402	680 654	450 943	229 712	215 637	14 075	1 174 527	138 328	1 036 199	832 342	203 857	133 440	70 417
2019 Jan.	920 513	231 959	688 554	456 365	232 189	218 067	14 121	1 186 689	149 754	1 036 935	837 130	199 805	128 847	70 958
Febr.	934 429	234 324	700 105	466 603	233 502	219 193	14 309	1 192 390	145 679	1 046 711	847 634	199 077	127 401	71 676
<b>Industrieländer <sup>1)</sup></b>														
2015	768 263	260 659	507 604	374 690	132 915	119 868	13 047	919 095	147 507	771 588	644 558	127 030	91 119	35 911
2016	760 622	242 112	518 510	378 804	139 705	127 025	12 680	946 894	128 163	818 731	685 120	133 611	96 436	37 174
2017	773 242	214 321	558 921	406 982	151 939	139 749	12 190	982 241	131 450	850 792	711 976	138 816	104 054	34 762
2018	789 499	228 170	561 329	406 279	155 050	142 678	12 372	1 058 150	125 576	932 574	792 349	140 225	105 662	34 563
2018 Sept.	799 530	225 893	573 638	415 219	158 418	145 732	12 686	1 056 984	144 883	912 101	767 055	145 045	109 773	35 272
Okt.	796 752	220 825	575 926	415 462	160 464	147 634	12 831	1 052 766	138 639	914 127	771 060	143 066	107 551	35 515
Nov.	812 453	234 780	577 673	412 732	164 941	152 121	12 820	1 071 166	140 381	930 785	784 834	145 951	110 655	35 296
Dez.	789 499	228 170	561 329	406 279	155 050	142 678	12 372	1 058 150	125 576	932 574	792 349	140 225	105 662	34 563
2019 Jan.	797 882	227 225	570 657	411 689	158 968	146 553	12 415	1 071 055	134 564	936 492	797 253	139 239	104 035	35 204
Febr.	813 762	229 692	584 069	421 169	162 901	150 206	12 695	1 083 891	136 347	947 544	807 004	140 540	105 108	35 432
<b>EU-Länder <sup>1)</sup></b>														
2015	631 596	242 588	389 007	294 555	94 452	83 957	10 495	752 188	136 630	615 558	531 136	84 422	58 673	25 749
2016	614 938	224 194	390 744	293 305	97 439	87 421	10 018	770 003	118 015	651 988	563 776	88 212	61 312	26 901
2017	612 266	194 340	417 927	311 482	106 445	96 562	9 882	807 572	115 034	692 538	596 293	96 244	71 297	24 947
2018	629 920	207 625	422 295	314 364	107 932	98 242	9 689	865 713	108 560	757 153	661 338	95 816	71 623	24 192
2018 Sept.	633 560	204 746	428 813	317 170	111 643	101 493	10 150	871 538	127 819	743 719	641 379	102 340	77 384	24 956
Okt.	629 357	199 862	429 495	317 937	111 557	101 287	10 270	864 837	121 601	743 237	643 082	100 154	74 962	25 192
Nov.	647 568	214 611	432 957	316 846	116 111	106 011	10 100	880 193	123 014	757 179	654 397	102 783	77 829	24 953
Dez.	629 920	207 625	422 295	314 364	107 932	98 242	9 689	865 713	108 560	757 153	661 338	95 816	71 623	24 192
2019 Jan.	636 908	205 944	430 964	320 731	110 233	100 652	9 582	877 374	118 330	759 045	663 219	95 825	71 078	24 747
Febr.	650 405	208 744	441 661	328 355	113 306	103 626	9 680	893 247	121 253	771 994	673 539	98 455	73 423	25 033
<b>darunter: Euroraum <sup>2)</sup></b>														
2015	469 103	195 348	273 755	212 286	61 469	54 890	6 579	606 161	94 619	511 542	458 734	52 808	38 164	14 644
2016	450 353	171 625	278 728	214 125	64 603	57 876	6 727	616 804	75 803	541 001	484 967	56 034	41 167	14 867
2017	449 892	150 351	299 541	227 981	71 560	64 102	7 458	642 801	74 554	568 248	503 475	64 773	49 432	15 342
2018	461 247	155 715	305 532	234 656	70 875	63 734	7 141	702 037	67 366	634 671	569 246	65 425	49 682	15 743
2018 Sept.	462 244	155 813	306 431	232 372	74 059	66 392	7 668	702 011	78 277	623 734	554 659	69 075	52 852	16 223
Okt.	460 629	151 633	308 995	235 253	73 743	66 047	7 696	694 235	76 590	617 645	550 889	66 756	50 259	16 497
Nov.	473 045	161 836	311 209	234 443	76 766	69 179	7 587	706 487	77 914	628 573	559 246	69 327	52 985	16 342
Dez.	461 247	155 715	305 532	234 656	70 875	63 734	7 141	702 037	67 366	634 671	569 246	65 425	49 682	15 743
2019 Jan.	467 975	156 211	311 764	240 030	71 734	64 716	7 018	710 224	72 176	638 047	572 881	65 166	49 197	15 969
Febr.	474 557	157 196	317 361	244 090	73 270	66 174	7 096	721 398	75 640	645 758	578 673	67 085	50 819	16 266
<b>Schwellen- und Entwicklungsländer <sup>3)</sup></b>														
2015	107 753	3 094	104 659	42 003	62 656	61 204	1 452	95 363	886	94 477	37 218	57 259	21 549	35 710
2016	115 100	2 632	112 468	42 031	70 437	68 937	1 500	101 101	1 061	100 039	36 933	63 107	27 693	35 414
2017	117 488	2 618	114 871	43 097	71 774	70 307	1 467	98 839	1 101	97 738	38 142	59 596	24 838	34 758
2018	122 483	3 445	119 038	44 535	74 503	72 800	1 703	104 630	1 236	103 394	39 793	63 601	27 778	35 823
2018 Sept.	120 876	2 804	118 072	43 150	74 922	73 172	1 750	103 965	1 674	102 291	40 311	61 980	25 346	36 634
Okt.	122 668	2 957	119 711	43 884	75 826	74 031	1 795	103 512	1 740	101 772	40 177	61 595	24 254	37 341
Nov.	121 150	2 885	118 265	42 916	75 349	73 539	1 810	104 130	1 739	102 391	40 439	61 953	25 086	36 867
Dez.	122 483	3 445	119 038	44 535	74 503	72 800	1 703	104 630	1 236	103 394	39 793	63 601	27 778	35 823
2019 Jan.	120 577	2 946	117 630	44 548	73 082	71 376	1 707	101 471	1 299	100 172	39 677	60 496	24 780	35 716
Febr.	118 621	2 851	115 770	45 305	70 465	68 851	1 614	100 196	1 304	98 892	40 430	58 462	22 262	36 200

\* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleich-

bar. 1 Ab Juli 2013 einschl. Kroatien. 2 Ab Januar 2014 einschl. Lettland; ab Januar 2015 einschl. Litauen. 3 Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Bis Juni 2013 einschl. Kroatien.

## XII. Außenwirtschaft

### 10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen \*)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2014	1,4719	8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	1,3285	0,80612
2015	1,4777	6,9733	7,4587	134,31	1,4186	8,9496	9,3535	1,0679	1,1095	0,72584
2016	1,4883	7,3522	7,4452	120,20	1,4659	9,2906	9,4689	1,0902	1,1069	0,81948
2017	1,4732	7,6290	7,4386	126,71	1,4647	9,3270	9,6351	1,1117	1,1297	0,87667
2018	1,5797	7,8081	7,4532	130,40	1,5294	9,5975	10,2583	1,1550	1,1810	0,88471
2017 Dez.	1,5486	7,8073	7,4433	133,64	1,5108	9,8412	9,9370	1,1689	1,1836	0,88265
2018 Jan.	1,5340	7,8398	7,4455	135,25	1,5167	9,6464	9,8200	1,1723	1,2200	0,88331
Febr.	1,5684	7,8068	7,4457	133,29	1,5526	9,6712	9,9384	1,1542	1,2348	0,88396
März	1,5889	7,7982	7,4490	130,86	1,5943	9,5848	10,1608	1,1685	1,2336	0,88287
April	1,5972	7,7347	7,4479	132,16	1,5622	9,6202	10,3717	1,1890	1,2276	0,87212
Mai	1,5695	7,5291	7,4482	129,57	1,5197	9,5642	10,3419	1,1780	1,1812	0,87726
Juni	1,5579	7,5512	7,4493	128,53	1,5327	9,4746	10,2788	1,1562	1,1678	0,87886
Juli	1,5792	7,8504	7,4523	130,23	1,5356	9,4975	10,3076	1,1622	1,1686	0,88726
Aug.	1,5762	7,9092	7,4558	128,20	1,5063	9,6161	10,4668	1,1413	1,1549	0,89687
Sept.	1,6189	7,9930	7,4583	130,54	1,5211	9,6205	10,4426	1,1286	1,1659	0,89281
Okt.	1,6158	7,9481	7,4597	129,62	1,4935	9,4793	10,3839	1,1413	1,1484	0,88272
Nov.	1,5681	7,8880	7,4611	128,79	1,4998	9,6272	10,2918	1,1377	1,1367	0,88118
Dez.	1,5849	7,8398	7,4653	127,88	1,5278	9,8055	10,2766	1,1293	1,1384	0,89774
2019 Jan.	1,5975	7,7504	7,4657	124,34	1,5196	9,7631	10,2685	1,1297	1,1416	0,88603
Febr.	1,5895	7,6485	7,4627	125,28	1,4995	9,7444	10,4986	1,1368	1,1351	0,87264
März	1,5959	7,5868	7,4625	125,67	1,5104	9,7181	10,4999	1,1311	1,1302	0,85822

\* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkursstatistik.

### 11. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irisches Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
	2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280

## XII. Außenwirtschaft

### 12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft \*)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro gegenüber den Währungen der Ländergruppe						Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft						
	EWK-19 1)			EWK-38 2)			auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)			auf Basis der Verbraucherpreisindizes gegenüber			
	nominal	real auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real auf Basis der Verbraucherpreisindizes	26 ausgewählten Industrieländern 4)			37 Ländern 5)	26 ausgewählten Industrieländern 4)	37 Ländern 5)	56 Ländern 6)
							insgesamt	davon: Euro-Länder	Nicht-Euro-Länder				
1999	96,3	96,1	96,0	96,1	96,5	95,8	97,9	99,5	95,9	97,6	98,3	98,1	97,7
2000	87,2	86,7	86,0	85,3	88,0	85,8	91,9	97,3	85,3	90,9	93,1	92,1	91,0
2001	87,8	87,0	86,5	86,0	90,6	86,8	91,7	96,4	86,2	90,2	93,1	91,5	90,9
2002	90,1	90,0	89,4	89,4	95,2	90,4	92,3	95,5	88,7	90,7	93,6	92,0	91,7
2003	100,7	101,1	100,3	100,5	107,1	101,2	95,7	94,5	97,8	94,8	97,0	96,6	96,7
2004	104,6	104,8	103,1	103,8	111,7	104,9	95,9	93,3	100,2	95,1	98,4	98,0	98,3
2005	102,9	103,3	100,9	101,9	109,6	102,3	94,8	91,9	99,3	92,9	98,4	96,9	96,6
2006	102,8	103,2	100,1	100,6	109,6	101,5	93,5	90,3	98,7	91,2	98,6	96,5	95,8
2007	106,1	105,8	101,9	102,8	113,0	103,4	94,4	89,5	102,5	91,4	100,9	97,9	97,1
2008	109,3	107,9	103,2	106,0	117,1	105,3	94,6	88,1	105,6	90,5	102,2	97,8	97,1
2009	110,7	108,7	104,1	111,0	120,2	106,4	94,8	88,8	105,0	91,0	101,8	98,0	97,5
2010	103,6	101,0	95,9	102,9	111,6	97,4	92,3	88,5	98,6	87,2	98,7	93,6	92,0
2011	103,3	99,9	93,7	101,4	112,3	96,9	92,0	88,4	97,9	86,4	98,2	92,8	91,3
2012	97,7	94,7	88,3	95,3	107,2	92,0	90,1	88,3	92,9	83,7	95,9	89,8	88,3
2013	101,0	97,5	91,0	97,8	111,8	94,9	92,4	88,8	98,1	85,6	98,2	91,5	90,2
2014	101,4	97,1	91,1	98,7	114,1	95,2	93,0	89,6	98,4	86,3	98,3	91,7	90,8
2015	91,7	87,5	82,9	88,5	105,7	86,8	90,2	90,5	89,7	82,7	94,7	87,0	86,3
2016	94,4	89,4	85,1	89,3	109,7	88,7	91,1	91,0	91,2	84,1	95,3	88,0	87,5
2017	96,6	91,3	86,0	89,8	112,0	89,9	92,4	91,2	94,2	85,1	96,6	89,1	88,4
2018	98,9	93,3	87,6	91,0	117,9	93,7	93,6	91,3	97,2	86,1	97,9	90,3	90,4
2016 April	94,4	89,3			109,8	88,8					95,5	88,1	87,7
2016 Mai	94,6	89,7	85,2	89,7	110,2	89,3	91,1	91,0	91,1	84,3	95,3	88,2	87,9
2016 Juni	94,4	89,5			109,8	88,9					95,1	88,1	87,6
2016 Juli	94,6	89,6			109,5	88,5					95,3	88,1	87,4
2016 Aug.	94,9	89,9	85,4	89,5	110,0	88,9	91,2	90,9	91,6	84,3	95,6	88,2	87,6
2016 Sept.	95,1	90,0			110,2	89,1					95,6	88,3	87,7
2016 Okt.	95,1	90,1			110,0	88,8					95,9	88,3	87,6
2016 Nov.	94,6	89,5	84,8	88,8	109,6	88,5	91,1	90,9	91,2	84,0	95,5	88,1	87,4
2016 Dez.	93,7	88,8			108,6	87,7					95,3	87,9	87,1
2017 Jan.	93,9	89,0			109,0	87,8					95,2	87,7	87,0
2017 Febr.	93,4	88,7	83,5	87,9	108,1	87,3	90,8	90,9	90,6	83,6	95,1	87,7	86,7
2017 März	94,0	89,0			108,5	87,4					95,4	87,8	86,8
2017 April	93,7	88,8			108,2	87,1					95,1	87,6	86,5
2017 Mai	95,6	90,3	85,0	88,7	110,5	88,7	91,8	91,3	92,5	84,6	96,0	88,6	87,6
2017 Juni	96,3	91,0			111,4	89,4					96,4	88,9	88,0
2017 Juli	97,6	92,2			113,3	90,8					97,1	89,7	89,0
2017 Aug.	99,0	93,5	87,8	91,4	115,0	92,2	93,3	91,3	96,4	86,1	97,9	90,4	89,8
2017 Sept.	99,0	93,5			115,0	92,1					97,9	90,5	89,9
2017 Okt.	98,6	93,0			114,8	91,8					97,5	89,9	89,4
2017 Nov.	98,5	92,9	87,6	91,1	115,0	91,9	93,5	91,3	97,0	86,0	97,9	90,2	89,7
2017 Dez.	98,8	93,2			115,3	92,0					98,1	90,3	89,8
2018 Jan.	99,4	93,8			116,1	92,6					98,3	90,4	89,9
2018 Febr.	99,6	93,8	88,1	91,5	117,3	93,5	94,0	91,2	98,6	86,3	98,3	90,5	90,1
2018 März	99,7	94,0			117,7	93,8					98,4	90,6	90,3
2018 April	99,5	93,8			117,9	93,9					98,6	90,6	90,5
2018 Mai	98,1	92,6	87,2	90,5	116,6	93,0	93,7	91,3	97,4	85,8	98,0	90,0	89,9
2018 Juni	97,9	92,4			116,7	92,9					97,8	89,9	90,0
2018 Juli	99,2	93,6			118,2	94,0					97,7	90,4	90,5
2018 Aug.	99,0	93,3	87,8	91,3	119,0	94,5	93,5	91,4	96,8	86,2	97,5	90,2	90,6
2018 Sept.	99,5	93,8			120,4	95,4					98,0	90,8	91,5
2018 Okt.	98,9	93,2			119,0	94,2					97,5	90,3	90,7
2018 Nov.	98,3	92,8	87,2	90,6	117,9	93,4	93,2	91,4	95,9	85,9	97,6	90,3	90,5
2018 Dez.	98,4	92,6			118,0	93,2					97,4	90,0	90,3
2019 Jan.	97,8	92,0			117,3	92,6					97,0	89,5	89,7
2019 Febr.	97,4	91,6			116,6	91,9					96,9	89,3	89,4
2019 März	96,9	91,1			116,2	91,5					96,6	88,9	89,1

\* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und August 2017, S. 43 ff.). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB (www.ecb.eu). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnittsindizes der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechien, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. Soweit die aktuellen Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die Ländergruppe

EWK-19 (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. Aufgrund der Währungsumstellung in der Boliviarischen Republik Venezuela am 20. August 2018 wird ab diesem Zeitpunkt der Devisenkurs vom 17. August 2018 in der Berechnung verwendet. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 Euro-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 5 Euro-Länder (in aktueller Zusammensetzung) sowie die Länder der Gruppe EWK-19. 6 Euro-Länder (in aktueller Zusammensetzung) sowie die Länder der Gruppe EWK-38 (siehe Fußnote 2).



# Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem stehen aktualisierte Ergebnisse ausgewählter Statistiken im Internet bereit.

## ■ Geschäftsbericht

## ■ Finanzstabilitätsbericht

## ■ Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2018 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2019 beigefügte Verzeichnis.

### Aufsätze im Monatsbericht

#### Mai 2018

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2018

#### Juni 2018

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2018 und 2019 mit einem Ausblick auf das Jahr 2020
- Zinsuntergrenze, angestrebte Inflationsrate und die Verankerung von Inflationserwartungen

#### Juli 2018

- Der Markt für Bundeswertpapiere: Halterstruktur und wesentliche Einflussfaktoren auf die Renditeentwicklung
- Die Neuausrichtung der chinesischen Wirtschaft und ihre internationalen Folgen
- Tendenzen in den Finanzierungsstrukturen deutscher nichtfinanzieller Unternehmen im Spiegel der Unternehmensabschlussstatistik

#### August 2018

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2018

#### September 2018

- Modelle zur kurzfristigen Konjunkturprognose: eine Aktualisierung
- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2017

#### Oktober 2018

- Länderfinanzen: Entwicklungen im Vergleich, Schuldenbremsen und Haushaltsüberwachung
- Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen von Unsicherheit
- Aktivitäten multinationaler Unternehmensgruppen und nationale Wirtschaftsstatistiken
- Die wachsende Bedeutung von Exchange-Traded Funds an den Finanzmärkten

### November 2018

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2018

### Dezember 2018

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2019 und 2020 mit einem Ausblick auf das Jahr 2021
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2017
- Die deutsche Auslandsposition: Höhe, Rentabilität und Risiken der grenzüberschreitenden Vermögenswerte

### Januar 2019

- Zum Einfluss einer Zinsnormalisierung auf den nichtfinanziellen Privatsektor im Euroraum aus bilanzieller Perspektive
- Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit einzelner Länder des Euroraums: Entwicklungen, Ursachen und Einfluss von Arbeitsmarktrefor-men
- Finanzzyklen im Euroraum
- IFRS9 aus Perspektive der Bankenaufsicht

### Februar 2019

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2018/2019

### März 2019

- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2018
- Bargeldnachfrage in der Schattenwirtschaft

### April 2019

- Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2017
- Zinsweitergabe im Niedrigzinsumfeld
- Europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt: zu einzelnen Reformoptionen
- Deutsche Schuldenbremse: zur Überwachung durch den Stabilitätsrat

## Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik<sup>1)</sup>
- 2 Kapitalmarktstatistik<sup>1)</sup>
- 3 Zahlungsbilanzstatistik<sup>1)</sup>
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen<sup>1)</sup>
- 5 Devisenkursstatistik

## Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996<sup>2)</sup>

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997<sup>2)</sup>

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999<sup>2)</sup>

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013<sup>2)</sup>

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005<sup>2)</sup>

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006<sup>2)</sup>

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

## ■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Januar 2019<sup>3)</sup>
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Januar 2019<sup>2)3)</sup>
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013<sup>2)3)</sup>
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2012 bis 2017, Juli 2018<sup>3)</sup>
- 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1997 bis 2013, Mai 2015<sup>3)</sup>
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2014 bis 2015, Mai 2018<sup>2)3)</sup>
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990<sup>o)</sup>
- 9 Wertpapierdepots, August 2005
- 10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2018<sup>1)</sup>
- 11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2013
- 12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011<sup>2)</sup>

## ■ Diskussionspapiere<sup>\*)</sup>

- 04/2019  
Anatomy of regional price differentials: Evidence from micro price data
- 05/2019  
What drives the short-term fluctuations of banks' exposure to interest rate risk?
- 06/2019  
Connectedness between G10 currencies: Searching for the causal structure
- 07/2019  
Information effects of euro area monetary policy: New evidence from high-frequency futures data
- 08/2019  
The nonlinear dynamics of corporate bond spreads: Regime-dependent effects of their determinants
- 09/2019  
Model and estimation risk in credit risk stress tests
- 10/2019  
Procyclical leverage in Europe and its role in asset pricing
- 11/2019  
Redemptions and asset liquidations in corporate bond funds
- 12/2019  
Fear, deposit insurance schemes, and deposit reallocation in the German banking system
- 13/2019  
Labor market reforms, precautionary savings, and global imbalances

---

<sup>o)</sup> Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.  
<sup>\*</sup> Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.  
Weitere Anmerkungen siehe S. 88•.

## ■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 <sup>2)</sup>

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 <sup>2)</sup>

---

**1** Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

**2** Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

**3** Nur im Internet verfügbar.